



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

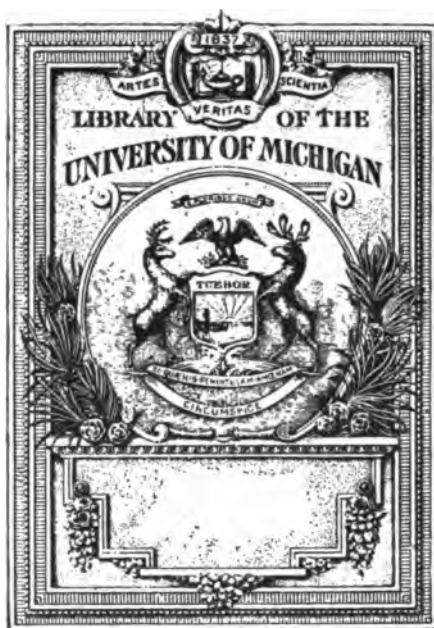
Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

A

455634

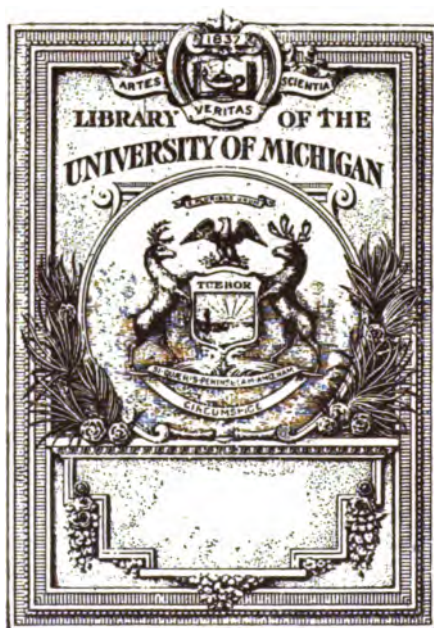
DUPL



350.05

25

✓4



350.05

25

✓4

ZEITSCHRIFT

FÜR

VERGLEICHENDE RECHTSWISSENSCHAFT

HERAUSGEGEBEN

VON

Dr. FRANZ BERNHÖFT

o. ö. Professor, an der Universität Rostock

Dr. GEORG COHN

o. ö. Professor an der Universität Zürich,
correspond. Mitglied der R. Accademia di
Scienze, Lettere ed Arti di Padova

UND

Dr. JOSEF KOHLER

o. ö. Professor an der Universität Berlin, Geh. Justizrat, Auswärtigem Mitgliede des Königl. Instituts voor de Oost-Indische Volkskunde van Nederlandsch Indië, Correspondirendem Delegirten der Société Académique Indo-Chinoise zu Paris, Correspondirendem Mitglied der Société de Législation comparée in Paris und der Genootschap van kunsten en wetenschappen in Batavia, Ehrenmitglied des Istituto di Storia del Diritto Romano an der Universität Catania, Mitglied der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde in Köln
LL.D. der Universität Chicago.

NEUNZEHNTER BAND.



STUTTGART.

VERLAG VON FERDINAND ENKE.

1906.

IV

Inhalt.

	Seite
XIV. Weiteres über das Recht der Herero. Von <i>Josef Kohler</i> . . .	412
XV. Rechtsvergleichende Skizzen. Von <i>Josef Kohler</i>	417
XVI. Eskimo und Gruppenehe. Von <i>Josef Kohler</i>	423

Literatur.

1. Kurze Besprechungen von <i>Josef Kohler</i> . . .	432—469
2. Besprechungen von Prof. E. Zürcher	470—475
3. , , Dr. Albert Hellwig . . .	476—477
4. , , H. F. Hitzig	477—478
5. , , Georg Cohn	478—480

I.

Die Bedeutung des altgriechischen Rechtes für die vergleichende Rechtswissenschaft.

Vortrag, gehalten am 20. Oktober 1905*) in Berlin.

Von

Dr. H. F. Hitzig,

ordentlichen Professor der Rechte an der Universität Zürich.

Wenn der Bearbeiter der vergleichenden Rechtswissenschaft sich nicht begnügt mit der Erforschung des heutigen Rechtszustandes bei verschiedenen Völkern, wenn er zurückblickt in die Vergangenheit und Bausteine sammelt für eine Universalgeschichte des Rechts, dann wird er auch Halt machen bei dem Volk der Hellenen und sich die Frage vorlegen, ob nicht dieses Volk, das auf anderen Gebieten menschlicher Geistesarbeit so Hervorragendes geschaffen und politische Denker wie Plato und Aristoteles hervorgebracht hat, — ob nicht dieses Land auch auf dem Gebiete des Rechts, im besonderen des Privatrechts, die höchste Stufe der Entwicklung erklommen habe. Wer dieser Frage näher tritt und sich über Wesen

*) Die Abhandlung enthält einen Vortrag, den der Verfasser in der internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft in Berlin gehalten hat, und der im Organ dieses Vereins (Blätter für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre I S. 879 ff.) erschienen ist. Ich habe den Verfasser gebeten, die Arbeit mit den wertvollen Noten, welche im Vereinsorgane fehlen, in unserer Zeitschrift zu bringen. Redaktion und Verlag der Vereinszeitschrift haben freundlichst ihre Zustimmung erteilt. Kohler.

und Art des griechischen Rechts erkundigen will, der staunt zunächst darüber, wie wenig erforscht dieses Gebiet ist, wie klein die Zahl der wissenschaftlichen Abhandlungen, wie selten in rechtsvergleichenden Schriften die Verweisung auf das griechische Recht; während das Recht der Römer in aller Mund ist, scheint das Recht der Griechen durchaus als *quantité négligeable* behandelt zu werden.

Es gibt mancherlei Gründe, die diese stiefmütterliche Behandlung des griechischen Rechts verschuldet haben; der Hauptgrund aber liegt darin, daß der Rechtshistoriker bis in die jüngste Zeit hinein die wissenschaftliche Behandlung und Erforschung des griechischen Rechts dem Philologen überlassen hat, der in den griechischen Privataltertümern auch das griechische Privatrecht darstellte¹⁾. So verdienstlich diese Arbeiten waren: dem Philologen fehlte das juristische Rüstzeug und damit die Möglichkeit, die griechischen Institute mit denjenigen anderer Rechte zu vergleichen, bereits Bekanntes von noch nicht Dagewesenem zu trennen; er konnte nicht unterscheiden, was dem griechischen Recht und seiner Entwicklung mit anderen Rechten gemeinsam ist, und was sich als griechisches Sondergut erweist; und so entfiel mit der Möglichkeit der Vergleichung auch die Möglichkeit einer gerechten Kritik des griechischen Rechts. — In neuester Zeit vollzieht sich hier eine Wendung zum Besseren. Die wissenschaftlichen Darstellungen des griechischen Rechts mehren sich; wir besitzen eine umfassende Darstellung des athenischen Privatrechts (Beauchet)²⁾; Juristen und Philologen vereinigen sich zu gemeinsamer Arbeit; rechtsvergleichende Zeitschriften bringen Aufsätze über griechisches Recht; es ergeht sogar der Ruf nach einer antiken Rechtsgeschichte, die die Fäden freilegen soll, die Orient und Okzident, das Einst und das Jetzt ver-

¹⁾ Näheres hierüber in meiner Rezension des Buches von Beauchet in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung Roman. Abt. XVIII, S. 147.

²⁾ L. Beauchet, *Histoire du droit privé de la république Athénienne*, 4 Bände, 1897.

binden³⁾. In der jüngsten Zeit waren es neben Inschriftenfunden besonders die ägyptischen Papyrusfunde, die den Blick des Forschers auf das griechische Recht lenkten; hier beobachtete man griechische Einflüsse, Kampf zwischen griechischer und römischer Kultur; und wenn auch bisher die mächtig aufblühende Papyrusforschung sich im wesentlichen mit dem griechischen Recht in den Papyri beschäftigt hat, so wird sie doch mehr und mehr über die Papyri hinaus in das eigentliche Gebiet des griechischen Rechts gedrängt werden.

Mit dem eben Gesagten sind wir bereits der Quellenfrage nahe gekommen; auch hierüber muß kurz gesprochen werden. Die Komposition unseres Quellenmaterials für das griechische Recht ist — im besondern, wenn man das römische Recht zum Vergleich heranzieht — eigenartig. Die Hauptquellen für unsere Kenntnis des griechischen Privatrechts bilden die Gerichtsreden der attischen Redner und die in über tausend Inschriften überlieferten Geschäftsurkunden. Neben diesen Quellen tritt die direkte Ueberlieferung von Gesetzestexten — wenn wir etwa von dem großen Fund von Gortyn absehen — durchaus zurück; eine eigentliche Rechtsliteratur (Schriften griechischer Juristen) fehlt ganz. Diese eigenartige Zusammensetzung unseres Quellenmaterials ergibt zweierlei: eine besondere Schwierigkeit der Forschung und eine eigenartige Unbestimmtheit des Forschungsergebnisses. Die Schwierigkeit der Forschung liegt wesentlich darin, daß die sich immer vermehrenden Inschriften in vielen Sammlungen zerstreut sind und da in der Regel nur im Urtext (ohne Uebersetzung) zu lesen sind; zudem enthalten die Inschriftenwerke nicht immer genügende Wortindices; die Arbeit wird heute zum Teil erleichtert durch ein sehr verdienstliches Unternehmen, zu dem sich drei französische Forscher vereinigt haben, ich meine den *Recueil des inscriptions juridiques grecques* von Dareste,

³⁾ L. Wenger, Römische und antike Rechtsgeschichte, Akademische Antrittsvorlesung, Wien 1905.

Reinach und Haussoullier⁴⁾, eine Sammlung, in welcher — nach Materien geordnet — besonders interessante Inschriften mit Uebersetzung und Kommentar abgedruckt sind. Die Unbestimmtheit des Forschungsergebnisses liegt darin, daß wir nicht oder doch nur selten die abstrakte Rechtsnorm kennen lernen, sondern nur die Ausgestaltung konkreter Lebensverhältnisse; wir erfahren nicht, wie die dispositive Rechtsnorm lautet, sondern sehen nur, wie auf Grund des objektiven Rechts und im Rahmen der von ihm gewährten Vertragsfreiheit die Parteien ihre Rechtslage gestalten; wir hören nicht, was gelten soll, wenn sie nichts abmachen, wir hören aber, was sie abmachen^{4a)}. Liegt in dieser Verdunkelung der abstrakten Norm vielleicht ein Manko unseres Wissens, so gewinnen wir anderseits ein lebensvolles plastisches Bild, wir vernehmen in Reden und Urkunden die *viva vox juris civilis* und erhalten ein Material, wie wir es für moderne Rechte nicht besitzen und auch nur schwer herstellen können⁵⁾. Die Urkunden sind vieltätig; oftmals gelingt es aber doch, übereinstimmende Züge im Inhalt und Redaktion zu entdecken; wir erfahren wohl auch, daß einzelne Verträge auf eine gemeinsame Vorlage, einen durch Gesetz oder Reglement geschaffenen Normaltypus zurückgehen; so erfahren wir von solchen Vorlagen in den Pachtverträgen von Delos, in den delphischen Baurechnungen⁶⁾. Da viele dieser Verträge unmittelbar oder mittelbar mit der Tempelverwaltung zusammenhängen, liegt die Annahme nahe,

⁴⁾ Von diesem Werk sind bisher zwei Bände erschienen, 1891—1905.

^{4a)} Gelegentlich wird freilich auch in Geschäftsurkunden auf Gesetze verwiesen, vgl. z. B. die Verweisung auf den *πολιτικὸς νόμος* in den Pachtverträgen von Mylasa und Olymos (s. u. Anm. 25), *κοινὸς νόμος* der Boiotier über Expropriation (s. u. Anm. 27).

⁵⁾ Ueber das Bedürfnis nach der Sammlung solchen Materials auch für das moderne Recht s. besonders Ehrlich, *Freie Rechtsfindung und freie Rechtswissenschaft* (1908) S. 35 ff.

⁶⁾ Ueber die *ἐπὶ συγγραφῇ* für die Pacht- und Werkverträge in Delos s. Bull. de correspond. hellénique. XIV, S. 430, VI, S. 64; ein *νασκευαὶς νόμος* wird für Lebadcia erwähnt C. J. Graec. Sept. 3073, ein *κοινὸς*

daß — ähnlich wie in Rom und anderwärts — diese Ausbildung der Kautelarjurisprudenz durch die Priester besorgt und damit auch ein disziplinierender Einfluß auf die Entwicklung des Rechts ausgeübt wurde.

Wir haben bisher angenommen, daß es ein griechisches, ein gemeines griechisches Recht gegeben habe. Bis in die jüngste Zeit wurde die Einheitlichkeit des griechischen Rechts geleugnet; man erklärte, es gäbe wohl attisches, spartanisches, thebanisches, kretisches Recht u. s. w., aber kein griechisches Recht; so stellte man wohl das attische Recht dar, wie es in Reden und attischen Inschriften zu Tage trat, verzichtete aber bei solcher Darstellung auf die Heranziehung anderer griechischer Rechte. In neuerer Zeit haben aber neue Inschriften, insbesondere der Fund von Gortyn, in die Frage neues Licht gebracht; man beobachtete, wie Institutionen, die wir als attische aus den attischen Rednern kennen, sich wiederfinden in dem kretischen Gesetzbuch, in den ägyptischen Papyri, im syrisch-römischen Rechtsbuch; man entdeckte, wie in der römischen Kaiserzeit die ganze östliche Reichshälfte ein einziges von übereinstimmenden Anschauungen beherrschtes Rechtsgebiet darstellt. Bahnbrechend hat hier namentlich das klassische Werk von L. Mitteis „Reichsrecht und Volksrecht in den östlichen Provinzen des römischen Kaiserreichs“ (1891) gewirkt. Hier wurde zum erstenmal die Existenz des gemeingriechischen Rechts erkannt und in den verschiedensten Materien nachgewiesen; hier wurde auch gezeigt, welche äußere Einrichtungen des griechischen Staatslebens die Ausbildung eines einheitlichen Rechts ermöglichten und förderten (Koloniegründung, Rechtsbewildmung, Entlehnung von Richtern aus fremden Städten; Ausbildung eines *jus gentium* in den Fremdengerichten, Verdrängung des Personalitätsprinzips durch das Territorialitätsprinzip). —

ὄγγραφος für Tegea s. Le Bas-Foucart, Voy. arch. 340e; vgl. noch B. Keil, Die Rechnungen über den epidaurischen Tholosbau (1896) S. 51; Beauchet, Droit priv. Athén. IV S. 210; E. Bourguet, Administration financière du sanctuaire pythique (1905) S. 28, Anm.

Zu den eigenartigsten Erscheinungen des griechischen Rechtslebens, die der Ausbildung eines panhellenischen Rechts günstig waren, aber ebenso die Einheitlichkeit des Rechtsbewußtseins bereits voraussetzen, gehört die weit verbreitete griechische Sitte, zur Schlichtung von Streitigkeiten Richter aus dem Auslande kommen zu lassen (*δικασταὶ μεταπεμπτοί*). Ueber diese „arbitri externi“ hat schon im Jahre 1888 Erich Sonne in einer Göttinger Dissertation gehandelt und damals bereits gegen 150 Beispiele nachgewiesen; seither ist eine stattliche Zahl weiterer Fälle hinzugekommen; insbesondere haben die Inschriften von Pergamon und von Magnesia am Mäander neues Material ergeben⁷⁾. Die Fälle sind sehr vielfältig. Ich sehe zunächst ganz ab von den Fällen, wo zwei streitende Gemeinwesen zur Schlichtung ihres Streites ein drittes Gemeinwesen auffordern, sei es auf Grund eines bereits bestehenden Staatsvertrages, sei es durch ein *compromissum ad hoc*. Noch interessanter vielleicht sind die ziemlich zahlreichen Fälle, wo ein Gemeinwesen interne Angelegenheiten, Streitigkeiten der eigenen Bürger nicht durch die eigenen, sondern durch fremde Richter entscheiden läßt. Es kommt dies namentlich zur Zeit politischer Wirren vor und bedeutet ein Mißtrauen gegenüber der einheimischen Rechtsprechung. Das Vorgehen ist hier in der Regel folgendes: Das Gemeinwesen a beschließt durch seine kompetenten Organe, das Gemeinwesen b um Entsendung von Richtern zu bitten. Die Bestimmung der Zahl der Richter, die Auswahl der Persönlichkeiten wird dem angegangenen Gemeinwesen

⁷⁾ Man vergleiche aus den neueren Funden etwa folgende: Bull. de corr. hell. XXIV, S. 75 (Richter aus Megara in Akraephia), Athen. Mitteilg. XXIV, S. 411 (Richter aus Kios bei den Magneten an Sipylos), Corp. Inscr. Graec. Sept. III, 1073 (Richter aus Melos in Pergai), Michel, Recueil d'inscriptions grecques N. 508 (Richter aus Priene in Erythrai), Inschriften von Magnesia am Mäander (ed. Kern) 15, 101 (Richter aus Magnesia in Knidos und bei den Larbenern).

überlassen. Das Gemeinwesen b tritt auf das Gesuch ein, normiert die Zahl der Richter und wählt aus seinen Bürgern die geeigneten Persönlichkeiten aus, in der Regel mehrere Richter (meist drei) und einen Schreiber. Diese Personen begeben sich nun, begleitet von einem Sendboten des einladenden Gemeinwesens (δικασταγωγός), zu diesem letzteren; dort bleiben sie in der Regel längere Zeit (παρεπιδημία), da sie immer eine größere Zahl von Streitigkeiten erledigen; sie tun dies zum Teil durch Herbeiführung eines Vergleichs, zum Teil durch Fällung eines Urteils (συνέλυσαν — ἐδίκασαν). Nach Vollendung ihres Werks kehren sie in die Heimat zurück; das Gemeinwesen, dem sie ihre Dienste geleistet haben, beschließt dann einen besonderen Dank und besondere Ehrungen für die Richter und den Schreiber, sowie für das Gemeinwesen, das sie gesandt hat. Dieses Ehrendekret wird dann in beiden Gemeinwesen publiziert; es kommt auch vor, daß das Gemeinwesen, dem die Richter angehört hatten, seinerseits am Ende nochmals einen Beschluß faßt über Annahme der Ehrungen, Empfang und Rückgeleitung der Dankgesandtschaft u. s. w.⁵⁾. Wir sind über diese Vorgänge besonders durch die eben erwähnten auf Säulen eingegrabenen Dankdekrete unterrichtet.

Bei dieser ganzen Einrichtung erhebt sich die Frage, nach welchem Recht denn die auswärtigen Richter urteilten; die Inschriften erklären hier nur, daß die Richter gerecht und gemäß den Gesetzen geurteilt haben. Das ist nur verständlich, wenn eine weitgehende Uebereinstimmung zwischen inländischem und ausländischem Recht vorausgesetzt wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf eine eigenartige Urkunde aufmerksam machen, die bisher von den Bearbeitern des griechischen Rechts übersehen wurde: ich meine den Freundschaftsvertrag zwischen Ephesos und Sardes aus

⁵⁾ N. 101 der Inschriften aus Magnesia am Mäander zeigt auf einer Marmorstele das Dankdekret der Larbener und das Dankannahmedekret der Magneten. Am Kopf der Inschrift stehen die Namen der Geehrten (drei Richter und ein Schreiber).

der Zeit des Prokonsulats des jüngeren Scaevola, Q. Mucius Scaevola P. Fil., aus dem Jahre 98 v. Chr. Vielleicht auf Veranlassung des Scaevola hatte die Stadt Pergamon vermittelt in einem Streit zwischen Sardes und Ephesos. Die in den Altertümern von Pergamon (VIII, 2, S. 196 ff.) veröffentlichte Inschrift enthält am Ende einen Teil des Vertrages, den die streitenden Parteien unter Vermittlung von Pergamon abgeschlossen haben. Von besonderem Interesse sind in diesem Vertrag zwei Stellen. Zunächst finden wir ein Stück internationales Strafrecht: wenn ein Ephesier einen Sardianer beschädigt (oder umgekehrt), so soll der Beschädigte den Prozeß einleiten in der Stadt des Uebeltäters (forum rei); wird ein Sardianer oder Ephesier von einem Angehörigen eines dritten Gemeinwesens verletzt, so kann der Ephesier in Sardes, der Sardianer in Ephesus klagen nach dem Gesetz der Stadt, in der der Uebeltäter ergriffen worden ist (forum comprehensiois), sofern nicht mit dem Gemeinwesen, dem der Uebeltäter angehört, ein besonderer Staatsvertrag abgeschlossen ist; in letzterem Fall entscheidet über die Kompetenz der Staatsvertrag⁹⁾. Die Vergünstigung würde also darin bestehen, daß überall da, wo der Ephesier wegen ἀδικία in Ephesus klagen kann, auch der Sardianer in Ephesus zur Klage zugelassen wird (und umgekehrt). Solche Vergünstigungen begegnen auch in anderen griechischen Staatsverträgen¹⁰⁾ und erinnern an die Fälle, wo in Rom der Praetor die im Zivilrecht auf den Bürger zugeschnittene Klage ficta civitate den Peregrinen zugesteht¹¹⁾. — Wegen ihrer besonderen Bedeutung für die

⁹⁾ Wortlaut: παραγίνεται, δικάζονται τὸν ἀδικ[ο]ύμενον κατὰ τὰ προγεγραμμένα ἐν [τ]ῇ [τ]οῦ ἀδικούντος πόλει. ἐάν δε τις σολη[θ]ῇ ἢ ἀδικη[θ]ῇ Σαρδιανῶν ἢ Ἐφεσίων ὁπὸ τοῦ μὴ ὄντος μήτε Σαρδιανοῦ μήτε Ἐφεσίου ἐξέστω τῷ Ἐφεσίῳ ἐν Σάρδεσι καὶ τῷ Σαρδιανῷ ἐν Ἐφέσῳ τὸ δίκαιον λαμβάνειν κατὰ τοὺς τῆς πόλ[εως] νόμους ἐν ᾗ ἂν ληφθῇ ὁ ἀδικήσας πλὴν εἰ τις εἰσιν ἐκ τῶν πόλεων, πρὸς ἃς εἰσιν συνθῆ[και] ἰδ[ι]αι, τότε] διεξάγεσθαι κατὰ τὰς ἰδίας συνθήκας.

¹⁰⁾ C. J. A II, 32; 115, IV, 22 d.

¹¹⁾ Gai. IV, 37.

Rechtsvergleichung. — insbesondere für die Vergleichung mit dem römischen Prozeß — noch interessanter sind andere Bestimmungen des Vertrages, welche sich auf die Streitigkeiten beziehen, die etwa später zwischen den vertragschließenden Gemeinwesen entstehen sollten; hier wird in ganz eigenartiger Weise das Vermittleramt der Stadt Pergamon perpetuiert. Die klägerische Stadt soll zunächst durch eine Gesandtschaft vorstellig werden bei der Gegnerin und dieser ein φήρισμα zustellen *προλέγειν διὰ προσβείας τὸ ἐγκλημα*; von diesem Zeitpunkt an läuft eine 30tägige Frist; am 30. Tag sollen die beiden Parteien, Klägerin und Beklagte, in Pergamon vor dem *δῆμος μεσιτῶν* erscheinen; nach weiteren 5 Tagen sollen die Parteien das Los ziehen zur Ermittlung der urteilenden Stadt (*δῆμος κρινῶν*), wobei wohl die Auswahl der zur Auslosung zu bringenden Städte der Vereinbarung der Parteien unterlag; von dieser Losziehung an läuft eine Frist von 60 Tagen; dann sollen die Vertreter der Parteien in der urteilenden Stadt erscheinen und mit Vorweisung eines Schreibens der Partei die Einsetzung des Gerichtshofes (*δόσις τοῦ δικαστηρίου*) erbitten¹²⁾. Beidemale wird für die Verhandlung der Parteien der Ausdruck *διαδικασία* verwendet; erscheint zu der einen oder anderen Verhandlung eine der beiden Parteien nicht, so soll zu Gunsten der erschienenen Partei entschieden werden (*ἔστω κατὰ τὸν παρόντα*)¹³⁾.

¹²⁾ Wortlaut: *μετὰ δὲ τὸν κλήρον ἐν ἄλλαις ἡμέραις ἐξήκοντα παραγόμενοι πρὸς τὸν εἰληχότα δῆμον διαδικαζέσθωσαν, φέροντας παρὰ τῶν ἰδίων πατριδῶν γράμματα πρὸς τὴν εἰληχείαν πόλιν ὅπῃ τῆς δόσεως τοῦ δικαστηρίου.*

¹³⁾ Das Verfahren ist kompliziert und nicht in allem klar; es fragt sich besonders, wie die Städte bezeichnet wurden, von denen eine durch das Los gewählt wird. Die fünftägige Frist zwischen Erscheinen in Pergamon und Losziehung (ebenda) soll wohl den Abschluß eines Vergleiches erleichtern. Die Ladung auf den dreißigsten Tag *ad capeendum iudicem* erinnert an Erscheinungen und Probleme des römischen Zivilprozesses (*comperendinatio*, *denuntiatio*, *condictio*, *status* und *condictus dies*). Die Annahme Eiseles, daß die *condictio* ein außergerichtlicher

Wenden wir uns nun nach diesen einleitenden Bemerkungen zu dem griechischen Recht, wie es uns in den Quellen entgegentritt. Ein vollständiges Bild läßt sich hier nicht geben; ich scheidet das Gebiet des öffentlichen Rechtes aus und beschränke mich im Gebiete des Privatrechts auf das eigentliche Verkehrsrecht, das in den Inschriftenfunden die erste Stelle einnimmt. Gerade in der Entwicklung des Verkehrsrechts zeigt sich die Bedeutung des griechischen Rechts; hier ist mancherlei Arbeit noch nicht getan, da die Philologen ihre Aufmerksamkeit mehr dem — besonders in den attischen Gerichtsreden hervortretenden — Familien- und Erbrecht zugewendet haben; ich werde im besonderen zu zeigen suchen, wie dieses griechische Verkehrsrecht einzelne moderne Rechtsideen bereits kennt, von denen wir selbst im römischen Recht keine oder nur spärliche Spuren finden. —

Eine allgemeine Bemerkung über dieses griechische Verkehrsrecht mag vorausgeschickt sein. Man hat früher vielfach angenommen, das griechische Recht sei ausgegangen vom Prinzip des formlosen Vertrages, und hat wohl gelegentlich in der Entwicklung des römischen Rechts vom *jus civile* zum freieren *jus gentium* Einflüsse des griechischen Rechts erblickt. Dem gegenüber ist festzuhalten, daß das griechische Recht im Verkehrsrecht eine Reihe von Formen gekannt hat, die dem römischen Recht fehlten, und daß es im besonderen im Immobiliarsachenrecht in verschiedener Weise für die Publizität der Rechtsgeschäfte gesorgt hat. Wir finden da einmal die Anbringung von Zeichen auf dem Grundstück selbst (Aufstel-

Akt sei und aus dem Fremdenprozeß stamme, erhält durch unsere Inschrift Unterstützung; freilich folgt auf den ersten Termin (in Pergamon) und nach Ablauf der zweiten Frist (60 Tage) nicht sofort das Verfahren in *judicio*, sondern die ausgeloste Stadt, in der die Parteien nun erscheinen, muß erst noch einen Gerichtshof bestellen (*δόσις δικαστηρίου*). — Zu der Schlußbestimmung *ἔστω κατὰ τὸν παρόντα* vgl. die Parallelen aus dem römischen Recht bei Wlassak, Ztschr. der Savigny-Stiftung XXV, S. 94, Anm. 1.

lung des Pachtvertrages¹⁴⁾, Setzen von Hypothekensteinen¹⁵⁾; wir erfahren von Grund- und Hypothekenbüchern, Registern, aus denen man entnehmen konnte, ob ein Grundstück frei und unbeschwert sei¹⁶⁾; wir hören von städtischen Archiven (*χρσοφυλάκιον*)¹⁷⁾, bei denen Verträge der verschiedensten Art (nicht nur Verträge über Immobilien) deponiert werden, und können feststellen, wie aus dieser Sitte, die Urkunde über den Vertrag bei dem Archivbeamten zu hinterlegen, die andere Sitte sich entwickelte, den Vertrag direkt vor dem Archivbeamten abzuschließen. Zeigt diese Institution des *χρσοφυλάκιον*, wie sachlich (Art der beurkundeten Rechtsgeschäfte), so auch lokal die größte Verbreitung, so ist die Institution des Grundbuchs nur verhältnismäßig selten nachweisbar, sie erscheint als die Weiterentwicklung des Gedankens des *χρσοφυλάκιον* und bildet die höchste Stufe der Entwicklung; aus den Inschriften kommt hier besonders das sogen. Kaufregister aus Tenos¹⁸⁾ in Frage; die Inschrift trägt den Titel „Register der Grundstückkäufe und der Dosbestellungen“; erhalten ist nur ein Stück des Katalogs der Grundstückkäufe; wir finden da 47 Kaufverträge in chronologischer Reihenfolge mit genauer Bezeichnung des Tages des Eintrags; neben den Vertrags-

¹⁴⁾ Siehe z. B. den Pachtvertrag aus Attika C J A II, 600 (= Rec. inscr. jur. I, 264 ff.) (*ἀναγράφαι δε τὴν μίσθωσιν ταύτην ἐν στήλει λιθίνει . . καὶ στήσαι ἐπὶ τὸ χωρίον*) und die Ausschreibung der Pachtbedingungen in Ephesos Jahreshefte des öst. arch. Inst. II, 1899, Beiblatt S. 27.

¹⁵⁾ Ueber die Horoi s. u. S. 25.

¹⁶⁾ Ueber diese Bücher s. Hofmann, Beiträge zur Geschichte des griech. u. röm. Rechts S. 94 ff. — Lipsius, Von der Bedeutung des griechischen Rechts. S. 12 ff. — Hitzig, Griechisches Pfandrecht S. 51 ff. — Beauchet, Droit privé Athénien. III, S. 345 ff. — Swoboda, Archäol. epigr. Mitteilungen aus Oesterreich-Ungarn XX (1897), S. 127 ff.

¹⁷⁾ Siehe hierüber bes. Mitteis, Reichsrecht und Volksrecht S. 95 ff., 173 ff. — Beauchet, Droit privé Athénien IV, S. 64 ff. — Dareste, Nouvelles études d'histoire du droit (1902), S. 105 ff.

¹⁸⁾ CIGr. 2338; abgedruckt, übersetzt und mit Kommentar versehen im Recueil des inscriptions juridiques grecques I, S. 63 ff.

parteien (Käufer und Verkäufer) werden auch weitere mitwirkende Personen im Eintrag genannt: Vormünder, Beispruchsberechtigte, Kaufbürgen. —

Versuchen wir nun im folgenden namentlich an Hand der Inschriften ein Bild von den wichtigsten Verkehrsgeschäften zu geben; irgend welche Vollständigkeit ist dabei nicht angestrebt.

An dieser Stelle möchte ich im besonderen von folgenden Instituten sprechen: Pacht, Kauf und Verwandtes, Freilassung, Werkvertrag, Darlehns- und Kreditgeschäfte, Pfandbestellung und Pfändung. —

1. Pachtverträge^{18a)}. Die in den Inschriften begegnenden Pachtverträge zeigen meistens Gemeinden und Tempel als Verpächter; nur selten erscheinen Private als Verpächter. Wir finden da eigentliche fertige Pachtverträge, daneben aber auch Ausschreibung von Pachtbedingungen durch den Verpächter; in beiden Fällen wird gelegentlich auf Reglemente und Formulare verwiesen, in denen die Pachtbedingungen ein für allemal vorgezeichnet sind, so z. B. die *ἐπὶ συγγραφή* in Delos. Die Bezeichnung des Pachtobjekts gibt häufig Auskunft über den Eigentumserwerb des Verpächters; z. B. ein Tempel erklärt, das Grundstück zu verpachten, das bisher dem X gehört habe. Die Dauer der Pachtverträge ist sehr verschieden; in der Regel wird der Vertrag auf 10 Jahre abgeschlossen, es begegnen aber auch längere und kürzere Fristen (5, 14¹⁹⁾, 20, 40 Jahre). Das Land, das in Pacht gegeben wird, ist bald Rottland, bald bereits bebautes Land; im ersteren Fall wird dem Pächter häufig für die ersten Jahre der Pachtzins ermäßigt oder ganz erlassen²⁰⁾. Die merces des Pächters be-

^{18a)} Siehe besonders *Recueil des inscriptions juridiques grecques* I, S. 198 ff. Beauchet l. c. IV, S. 167 ff. und dazu Hitzig, *Ztschr. d. Savigny-Stiftung* XVIII, S. 187 ff.

¹⁹⁾ Siehe Pachtvertrag aus Thespias in *Rev. d. étud. grecq.* X, S. 26 ff.

²⁰⁾ Ähnliches findet sich bekanntlich auch anderwärts; aus den römischen Quellen die *ara legis Hadrianae* s. Girard, *Textes de droit*

steht in Geld und wird jährlich in der Regel in zwei Raten entrichtet; auch das Institut des *remissio mercedis* kommt vor. Neben dem zu bebauenden Land werden häufig die auf dem Land stehenden Gebäude besonders erwähnt (Reparaturen, Mitbenutzung des Verpächters, Aenderungen am Bau). Von den sehr zahlreichen besonderen Klauseln, die da begegnen, seien etwa folgende hervorgehoben: der Pächter muß abziehen, wenn er den Pachtzins nicht rechtzeitig zahlt; er darf nicht den zweiten Zins entrichten, bevor er den ersten entrichtet hat; er erhält nach Ablauf der Pachtzeit ein *jus tollendi* bezüglich dessen, was er mit dem Pachtobjekt verbunden hat, sowie andererseits dem Pächter mehrmals gewisse Eingriffe auf das Pachtobjekt während der Dauer des Vertrages zugestanden werden²¹⁾. Den Uebergang zur eigentlichen Erbpacht bilden Verträge mit zeitlicher Begrenzung, in denen dem Zeitpächter für eine spätere Pachtperiode bestimmte Vorrechte eingeräumt werden, etwa so, daß nach Beendigung des laufenden Vertrages der Pächter ohne weiteres wieder zugelassen ist, wenn er bereit ist, den bisher bezahlten Pachtzins um einen im voraus fixierten Betrag zu erhöhen; bei solcher Wiedererneuerung des Vertrages tritt dann auch eine Vereinfachung der Förmlichkeiten der Vertragsschließung ein²²⁾; neben solcher

romain (2. Aufl.) S. 186 ff.; indisches Recht bei Kohler, Ztschr. f. vgl. Rechtswissenschaft Bd. VIII, 96, X, 189, XI, 178.

²¹⁾ Siehe z. B. den athenischen Pachtvertrag im *Americ. Journ. of Archäol.* 1899, S. 44 ff. (= Michel, *Recueil* Nr. 1856); hier wird der Pächter verpflichtet, das auf dem gepachteten Grundstück stehende Haus für Opferhandlungen an bestimmten Tagen offen zu halten.

²²⁾ Delos Bull. corr. hell. XIV, S. 431; Thespiai ebd. XXI, S. 553 ff.; in Delos ist ein Zuschlag von einem Zehntel vorgesehen; ob auch in Thespiai das Vorrecht des bisherigen Pächters an eine solche Erhöhung des Pachtzinses gebunden war, ist aus der Inschrift nicht ersichtlich. Nebenbei sei bemerkt, dass in der letztgenannten Inschrift die minderjährigen und die unverheirateten Frauen — bei verheirateten wirkt der Ehemann mit — von einem Familienrat (drei Freunde) verbeiständet werden.

Verabredung eines Vorpachtrechts kommt auch die Einräumung eines Vorkaufsrechts (zu Gunsten des Pächters) vor²³⁾.

Eigentliche Erbpachtverträge haben sich mehrere gefunden; eine besonders wichtige Urkunde ist der Erbpachtvertrag von Thespiæ, in welchem nicht nur der technische Ausdruck *ἐμφυτεύειν* (Emphyteusis) begegnet, sondern auch die Rechtsstellung der Emphyteuta genau mit denselben Worten wie im römischen Recht bezeichnet wird²⁴⁾. Eine Sonderstellung unter den Pachtverträgen nehmen die inschriftlich überlieferten Pachtverträge von Mylasa und Olymos (Städte in Karien in Kleinasien)²⁵⁾ ein; hier fand man eine ganze Reihe gleichgearteter Inschriften oder Inschriftenkomplexe; es handelt sich darin im Endresultat um Verkauf eines Grundstücks mit Konstituierung eines Erbpachtrechts für die bisherigen Eigentümer (Verkäufer). Dieser einfache Vorgang spielt sich in vier getrennten Geschäften ab: 1. Beschluß (*ψήφισμα*) der Gemeinde, das Grundstück zu kaufen; die Gemeinde beschließt auf Antrag der Gemeindegutsverwalter (*ταμίαι*), das Grundstück, das ihr der Private X angeboten hat, für die Gottheit zu kaufen; gleichzeitig werden für den Abschluß des Geschäftes besondere Vertreter (*πληρωταὶ*) bezeichnet; 2. Kaufvertrag zwischen den *πληρωταὶ* und dem Privaten X (als Verkäufer); 3. Besitzeinweisungsakt, *ἐμβασις*, Einweisung der Käuferin in den Besitz; 4. Pachtvertrag zwischen der Käuferin und dem bisherigen Eigentümer; dieser Pachtvertrag ist ein Erbpachtvertrag, er wird geschlossen *εἰς τὰ πατρικά*, der Pächter pachtet für sich und für seine ge-

²³⁾ C. J. A. II 500. — Der Pächter zahlt einen Jahreszins von 600 Drachmen und erhält nach 10 Jahren das Recht, das Grundstück zu kaufen für 5000 Drachmen.

²⁴⁾ Näheres s. Ztschr. d. Savigny-Stiftung XVIII, S. 176.

²⁵⁾ S. Lebas-Waddington, *Inscriptions d'Asie mineure* 323 ff., 404 ff.; Judeich, *Athenische Mitteilungen* XIV, S. 373 ff., XXI, S. 119 ff.; *Recueil des inscr. jur. grecq.* I, S. 242 ff., 272 ff.; Lipsius, *Von der Bedeutung des griechisch. Rechts* S. 31, N. 32; Billeter, *Geschichte des Zinsfußes* (1898), S. 85 ff.; Mitteis, *Gesch. d. Erbpacht im Altertum* (1901), S. 8 ff.

setzlichen oder testamentarischen Erben. Wie üblich solche Verträge waren, ergibt sich daraus, daß auf ein besonderes, Rechte und Pflichten der Parteien regelndes Gesetz (πωλητικὸς νόμος) verwiesen wird. — Besonders interessant ist vom juristischen Standpunkt aus der (dritte) Akt der ἐμβασις; dieses deutliche Markieren des Uebergangs des juristischen Besitzes erinnert an die Bedenken, die anderwärts gegen das constitutum possessorium erhoben werden, und an die Bestrebungen moderner Gesetzgebungen, den Moment des Besitzübergangs in solchen Fällen zu fixieren. Wirtschaftlich handelt es sich um die Konstituierung einer Rente, die durch das Eigentum des Gläubigers am Pachtobjekt sichergestellt ist; die Vergleichung des Kaufpreises (den der X erhält) und des Pachtzinses (den der X zahlt) ergibt, daß dieser für den Kredit gewährenden besonders sicheren Geldanlage ein — mit dem üblichen Zinsfuß verglichen — sehr mäßiger Zins entspricht; es scheint, daß gerade Tempelverwaltungen solch sichere, wenn auch wenig rentable Geldanlagen bevorzugten.

2. Kaufverträge erscheinen in den Inschriften — abgesehen von den nachher zu erwähnenden — in Kaufform auftretenden Freilassungsgeschäften und abgesehen von dem oben erwähnten Kaufregister von Tenos verhältnismäßig selten. Dagegen hat in dieser Materie eine neu aufgefundene Rede, die Rede des Hyperides gegen Athenogenes, neue Aufschlüsse gebracht, im besonderen in Bezug auf die Haftung des Verkäufers²⁶⁾.

Bei den Kaufverträgen mag, da ja häufig die Enteignung als eine Abart des Kaufes angesehen wird, auch eine Inschrift Platz finden, die von Expropriationen spricht²⁷⁾. Die Stadt Tanagra beschließt, das Heiligtum der Demeter und der Kora, das bisher außerhalb der Stadtmauern sich befand, in

²⁶⁾ Näheres s. Ztschr. d. Savigny-Stiftung. XVIII, S. 186 ff.

²⁷⁾ Veröffentlicht in der Revue des études grecques XII, S. 53 ff. und neuerdings Recueil des inscr. jurid. grecq. II, S. 354 ff.

die Stadt zu verlegen; sie ernennt auf 3 Jahre eine Kommission von drei Männern im Alter von mindestens 30 Jahren, die zusammen mit den Polemarchen und dem Architekten den Bau leiten sollen. Wenn für den Bau das Grundstück oder Haus eines Privaten nötig ist, so sollen die Polemarchen das Volk zusammenrufen und elf Schätzer bezeichnen lassen nach dem gemeinsamen Gesetz der Boiotier. Zu bemerken ist dabei, daß die boiotischen Gemeinden einen Städtebund bildeten, und daß die Gesamtheit der Abgeordneten auch Gesetze mit Verbindlichkeit für alle Städte des Bundes erlassen konnten.

Unter diesen Bundesgesetzen befand sich, wie wir aus unserer Inschrift erfahren, auch ein Expropriationsgesetz, das die Einsetzung einer Schätzungskommission vorsah; über die Zusammensetzung der Kommission erfahren wir nichts Näheres²⁸⁾. Die Inschrift zeigt auch etwas anderes: zur Aufbringung der nötigen Mittel für den Bau wird eine Subskription unter den Bürgerinnen der Gemeinde eröffnet und dabei ein Höchstbetrag für die einzelne Zeichnung fixiert nach einem verbreiteten und wesentlich demokratischen Brauch (Reinach); die Inschrift sieht auch vor, daß im Fall einer Ueberzeichnung die Kommission den Mehrbetrag einziehen und den Gemeindegutsverwaltern abliefern solle, die das Geld für spätere Bedürfnisse in Reserve halten. Der Bericht über die Sammlung ergibt, daß von 98 zeichnenden Bürgerinnen 92 mit dem — allerdings niedrigen — Maximum von 5 Drachmen sich beteiligt haben.

3. Freilassungen²⁹⁾. Zu den Kaufverträgen gehören ihrer äußeren Form nach auch die meisten Freilassungs-

²⁸⁾ Reinach (rev. d. et. grec. XII, S. 58 ff.) vermutet, der Zweck des Gesetzes sei gewesen, protéger les intérêts des membres d'une cité propriétaires fonciers dans l'autre cité. Das würde die Annahme nahe legen, daß auf das Bürgerrecht des Expropriaten bei der Zusammensetzung der Kommission Rücksicht genommen werden mußte.

²⁹⁾ S. bes. die Zusammenstellung im Recueil des inscr. jurid. grecq. II, S. 233 ff.

geschäfte, von den über tausend Freilassungsurkunden alle diejenigen, in denen die Freilassung die äußere Form des Verkaufs des Sklaven an die Gottheit annimmt. Neben Freilassungsformen ohne religiösen Charakter³⁰⁾ begegnet im griechischen Recht eine sakrale Form, von der sich wesentlich zwei Typen finden: die einfache Devotion an die Gottheit mit der Formel (ὁ δεῖνα ἀνέθηκε τὸν δοῦλον τῷ θεῷ oder ἀνάθηκε — ὡς ἱερὸν εἶναι) und der Verkauf des Sklaven an die Gottheit um einen bestimmten Preis (ὁ δεῖνα ἀπέδοτο τῷ θεῷ τιμὰς . . .).

Beide Typen der sakralen Freilassung faßt man wohl unter der Bezeichnung Hierodulismus³¹⁾ zusammen. Der Verkauf an die Gottheit hat sich besonders in delphischen Freilassungsurkunden gefunden; hier gestattet auch die große Zahl der Urkunden aus verschiedenen Jahrhunderten und ihre genaue Datierung einen Einblick in die geschichtliche Entwicklung des eigenartigen Instituts. Der Vertrag spielt sich folgendermaßen ab: der Eigentümer des Sklaven (Freilasser) schließt formell einen Kaufvertrag mit dem Gotte ab, in Delphi mit dem pythischen Apollon; Kaufobjekt und Kaufpreis werden genau bezeichnet; der Verkäufer erklärt, er habe den Kaufpreis erhalten (ἔχει τιμὴν, τιμὴν πᾶσαν); formell wird dieser Kaufpreis von der Gottheit bezahlt, in Wahrheit zahlt ihn der Sklave aus seinen Ersparnissen, ganz ausnahmsweise wird auch ausdrücklich gesagt, der Sklave zahle. Der Zweck des Kaufes ist Freilassung des Sklaven, Stellung des Freigelassenen unter sakralen Schutz³²⁾. Die äußere Form des Kaufvertrags bot

³⁰⁾ Hier haben sich besonders Formen gefunden, die im römischen Recht zu den „formlosen“ Freilassungen gerechnet werden, z. B. die Manumissio per convivii adhibitionem; siehe Corp. Inscr. Graec. Sept. III 63.

³¹⁾ Ueber den Hierodulismus s. bes. Foucart, *Mémoire sur l'affranchissement des esclaves par forme de vente à une divinité* (1867). Mitteis, *Reichsrecht und Volksrecht* S. 374 ff., G. Colin, *Bull. de corr. hell.* XXII, 1 ff. (Texte), 184 ff. (Kommentar).

³²⁾ Hierin erinnert die Freilassung durch Hierodulismus an das Asylrecht der Sklaven und Verwandtes; über dieses Asylrecht im Altertum

praktisch die Möglichkeit, dem Freilasser-Verkäufer auch die bei Kaufverträgen üblichen Verkäuferpflichten aufzulegen, so begegnen denn auch, ähnlich wie bei dem Kauf, Bürgen des Freilassers, denen aufgegeben wird, dem Freigelassenen bei Antastung seiner Freiheit beizustehen; erfüllen sie diese Pflicht nicht, so verfallen sie in eine Konventionalstrafe, die gewöhnlich in der Freilassungsurkunde fixiert und in Proportion mit dem Kaufpreis gebracht wird; die Strafe kann von jedermann eingetrieben werden.

Besonders interessant ist in diesen Freilassungsurkunden zweierlei, einmal die weitgehende Vertragsfreiheit und sodann die allmählich fortschreitende Zivilisierung, Verweltlichung der sakralen Institution. Bezüglich des ersten Punktes (Vertragsfreiheit) sei erwähnt, daß die Parteien durch Klauseln des Vertrages das Maß der verliehenen Freiheit bestimmen können, für den Freigelassenen selbst, wie für seine Abkömmlinge; da wird in der Regel ausgemacht, daß der Freigelassene noch eine bestimmte Zeit bei dem Freilasser verbleiben *παράμενειν* solle (etwa bis zum Tod des Freilassers), und solange nicht vollfrei sein solle; auch darüber hinaus werden noch weitergehende Auflagen den Freigelassenen gemacht, etwa daß der Freigelassene auch nach dem Tod des Freilassers noch nicht vollfrei wird, sondern vorerst noch gewisse Zuwendungen an die Hinterbliebenen machen muß (Geldleistung, Sklavenstellung des zu gebärenden Kindes). — Bezüglich der Verweltlichung der ursprünglichen Formalität ergibt eine geschichtliche Betrachtung der delphischen Urkunden, daß der eigentliche Kaufvertrag und die Ausbezahlung des Kaufpreises nicht mehr im Tempel oder vor dem Tempel erfolgt, sondern in der Volksversammlung (*ἐκκλησία*); neben der Urkunde, die im Tempelarchiv verwahrt wird, findet sich eine zweite Urkunde, die in das Gemeindearchiv gelangt. So nähern sich diese

s. Pernice, Ztschr. d. Savigny-Stiftung XVII, S. 178; vgl. etwa das Recht der Azteken bei Kohler, Ztschr. f. vgl. R.-W. X 1, S. 45.

sakralen Freilassungen mehr und mehr den nicht sakralen, bürgerlichen Freilassungen; ganz ausgeschaltet ist das sakrale Element freilich auch jetzt noch nicht; es zeigt sich im sakralen Schutz, im Verfall von Strafgeldern zu Gunsten der Tempelkasse, in der Anbringung von Freilassungsinschriften an der Tempelmauer. An dieses eigenartige griechische Institut scheint sich in ihrer geschichtlichen Entwicklung die römische *manumissio in ecclesia* angelehnt zu haben.

4. Werkverträge geben die Inschriften in ziemlich großer Zahl; meist handelt es sich dabei um Bauten, die von Tempeln oder Gemeinden vergeben werden; der Vertrag wird bald unmittelbar zwischen Besteller und einem einzelnen Unternehmer geschlossen, bald auf Grund einer vorausgehenden öffentlichen Bewerbung^{32a)}; ähnlich wie im römischen Recht wird der Unternehmer auch als Werkkäufer, Werknehmer (*ἐργώνης, ἐργολαβών*), der Besteller als Vergeber (*ἐκδοσις, ἐγδοτήρ*) bezeichnet; überdies wird wie im römischen Recht der Ausdruck *μίσθωσις*, sowohl für Sachmiete, wie für Dienst- und Werkmiete verwendet. An mehreren Orten verweisen die einzelnen erhaltenen Verträge auf eine Vorlage, ein Reglement der Tempelverwaltung u. s. w., dem die einzelnen Verträge angepaßt werden. Wir sind über diese Dinge besonders durch einzelne Baurechnungen unterrichtet³³⁾, die über die Ausgaben (Materialien, Arbeitslöhne) Auskunft erteilen; wir

^{32a)} Eine Unterscheidung zwischen Fällen unmittelbarer Vergabung der Arbeit und Fällen von Vergabung auf Grund einer Submission begegnet in der Inschrift von Epidauros im Corp. Inscr. Pelop. 1484; im ersteren Fall (*ὁ θεῖνα σῆστε*) stellt der Unternehmer in der Regel Bürgen, im zweiten (*τῷ θεῖναι*) nicht.

³³⁾ Ueber die delphischen Rechnungen s. jetzt zusammenfassend E. Bourguet, *L'administration financière du sanctuaire pythique* (1905); über „die Rechnungen über den epidaurischen Tholosbau“ s. B. Keil, in den athen. Mitteilungen XX (1895); vgl. weiter Fabricius, *Hermes XVII* (Baukontrakt aus Delos) und Chloisy, *Bull. Corr. hell. XX*, S. 318 ff. (*Devis de Livadie*).

gewinnen da im besonderen auch einen Einblick in Maß und Art der Löhnung. Besonders hervorheben möchte ich aus dieser Vertragspraxis folgendes: die notwendigen Arbeiten werden nicht einem Unternehmer übergeben, sondern verteilt unter mehrere; der Unternehmer erhält seine merces nicht auf einmal ausbezahlt, der Besteller behält vielmehr zunächst ein Zehntel ($\tau\delta\ \epsilon\pi\iota\delta\epsilon\chi\alpha\tau\omicron\nu$) zurück als Garantie für Ersatzforderungen, Konventionalstrafansprüche u. s. w.; nur die übrigen neun Zehntel gelangen zur Auszahlung; auch hier begegnet in der Regel wieder eine Teilung, etwa so, daß die Hälfte (neun Zwanzigstel) in einem früheren Zeitpunkt (z. B. sobald die Bürgen gestellt sind), die andere Hälfte erst später (bei Ablieferung des Werks) bezahlt werden.

Einen breiten Raum nehmen die Fristbestimmungen ein, die Verabredungen über Ablieferung und Abnahme des Werks, Konventionalstrafen und Rücktrittsrechte für den Fall ungehöriger oder verspäteter Erfüllung. Der Unternehmer stellt Bürgen; diese haften im besonderen für die Konventionalstrafen; in den Baurechnungen findet sich gelegentlich, daß eine Person bezahlt habe als Bürge eines Unternehmers⁵⁴⁾; an anderen Stellen wird als ausgegeben gebucht ein Betrag Reisespesen, der an eine Vertrauensperson bezahlt wurde, welche die Bürgen eines Unternehmers aufsuchen sollte⁵⁵⁾; mit dem Regreß des zahlenden Bürgen hängt es wohl zusammen, wenn gelegentlich der Besteller die merces nicht dem Unternehmer, sondern dem Bürgen des Unternehmers auszahlt⁵⁶⁾. — Eine besondere Bedeutung kommt den Verdingungen zu, die das Nichtleisten eines in erster Linie Arbeitspflichtigen zur Voraussetzung haben: X ist — ex contractu oder Kraft öffentlich-rechtlicher allgemeiner Bürgerpflicht — zur Arbeitsleistung verpflichtet; er leistet die Arbeit nicht; nun wird die

⁵⁴⁾ Bull. corr. hell. XIV, S. 393 (Delos).

⁵⁵⁾ Bull. corr. hell. XX, S. 201, Z. 48. 56 (Delphi).

⁵⁶⁾ Corp. inscr. Pelop. 1496.

Arbeit von dem Berechtigten ausgebaut und dem Y vergeben; dann haftet X (und sein Bürge) für die Auslage, die dem Berechtigten nun dem Y gegenüber erwächst und überdies auf die Hälfte dieses Betrages (ἡμιόλιον); solche Bestimmungen finden sich nicht nur in Werkverträgen³⁷⁾, sondern auch in Polizeiordnungen, die die Verpflichtung der Bürger bezüglich der Instandhaltung der öffentlichen Straßen regeln; besonders eingehende Bestimmungen hierüber enthält die Astynomeninschrift³⁸⁾ von Pergamon, die in vielem an eine verwandte römische Städteordnung (lex Julia municipalis) erinnert.

5. Aus dem Gebiete der Darlehens- und Kreditgeschäfte besitzen wir verschiedene Schuldurkunden; wir hören von solchen Kreditgeschäften auch in Tempelrechnungen und finden etwa in Stiftungsurkunden Bestimmungen darüber, wie das Stiftungsgut verwaltet und zinstragend angelegt werden solle. Ich will hier nicht reden von der äußeren Form der Schuldurkunde, von den Zinsen und den Sicherungsmitteln, sondern nur zwei auch für die Rechtsvergleichung besonders interessante Probleme herausgreifen: Exekutivklausel und Ordrepapier, deren Beantwortung wesentlich zusammenhängt mit der Würdigung einiger inschriftlich erhaltener Schuldurkunden; die wichtigsten dieser Urkunden sind das sogen. Nikaretdarlehen³⁹⁾ (ein Schuldvertrag zwischen der Stadt Orchomenos als Schuldnerin und einer gewissen Nikareta aus Thespias als Gläubigerin) und einige Urkunden aus der Insel Amorgos⁴⁰⁾; in allen Fällen erscheinen Stadtgemeinden als Schuldnerinnen.

³⁷⁾ Bull. corr. hell. XX, 318 ff., Corp. inscr. Graec. Sept. I, 3073 und 3074 (Lebadea); über ähnliche Bestimmungen in Pachtverträgen s. mein griech. Pfandrecht S. 40, N. 5.

³⁸⁾ Ueber diese Inschrift s. meinen Aufsatz in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung XXVI, S. 432 ff., zu dem im Text Gesagten vgl. besonders S. 434.

³⁹⁾ S. Recueil des inscriptions juridiques I, S. 275 ff. Dazu meine Bemerkungen Ztschr. d. Savigny-Stiftung XVIII, S. 185 ff. und die dort zitierten.

⁴⁰⁾ S. Recueil des inscriptions juridiques I, S. 312 ff.

Von den beiden erwähnten Fragen ist durch die erwähnte Urkunde die eine (Exekutivklausel) zur Abklärung gelangt; wir wissen heute, daß das griechische Recht eine Exekutiv- oder Pfändungsklausel in dem Sinn kennt, daß im Schuldvertrag bestimmt werden konnte, der Gläubiger dürfe ohne Urteil bei Fälligkeit und Nichtzahlung gegen den Schuldner im Wege der Pfändung vorgehen, wie wenn er ein obsiegendes Urteil gegen ihn erstritten hätte; der Gläubiger pfändet dann wie auf Grund eines Urteils (*καθάπερ ἐκ δίκης*). Die Existenz dieser Pfändungsklausel ist zuerst von Mitteis erkannt worden; man hat sie wiedergefunden in den ägyptischen Papyrusurkunden; auch in der justinianischen Kompilation finden sich die Spuren dieser griechischen Rechtssitte; Funde und Forschungen der letzten Jahre haben die Entdeckung von Mitteis durchaus bestätigt. —

Viel weniger Einigkeit herrscht bezüglich des zweiten Problems, i. e. in der Frage, ob das griechische Schuldrecht ein Inhaber- oder Ordrepapier, gekannt habe. Die Quellenstellen, auf die man sich dabei stützt, sind folgende: in der Inschrift von Orchomenos findet sich der Passus: wenn der Schuldner nicht rechtzeitig zahle, dürfe die Gläubigerin pfänden, wie sie wolle; dabei soll die Schuldurkunde auch dann gelten, wenn ein anderer [sie] an Stelle der Nikareta (Gläubigerin) überbringe; in ganz ähnlicher Weise wird in der Schuldurkunde aus Amorgos der Fall vorgesehen, wo ein anderer „an Stelle des Gläubigers (*ὕπὲρ*)“, „auf Geheiß des Gläubigers (*καλεσθόντος*)“, „geschickt vom Gläubiger (*πέμπειν εἰσπράσσειν*)“ pfändet. Man hat mit Recht in dem Ueberbringen (*ἐπιτίθεσθαι*) ein Ueberbringen und Vorweisen der Schuldurkunde gefunden und weiter dann in dem „Befehl“ des Gläubigers etwas unserer „Ordre“ entsprechendes; aber es fehlt der Beweis dafür, daß auf der Urkunde selbst der Befehl des Gläubigers vermerkt war, und daß überhaupt die Vorweisung der Urkunde erforderlich war; jedenfalls war es voreilig anzunehmen, es handle sich hier um eine eigentliche Zession des Forderungsrechts

oder um eine von der Uebertragung des Forderungsrechts verschiedene Kreation eines selbständigen Forderungsrechts in der Person des Befehlsempfängers, es ist kaum mehr nachgewiesen als dies, daß der Gläubiger — wenn die Schuldurkunde es so bestimmte — nicht in eigener Person pfänden mußte, sondern die Pfändung einem freigewählten Vertreter überlassen konnte; dieser fordert und pfändet dann für den Vertretenen (ὄπέρ, nicht ἀντ'). Daß die erwähnten Klauseln mit dem Vertretungsgedanken zusammenhängen, wird auch durch ein Fragment eines gortynischen Gesetzes⁴¹⁾ wahrscheinlich gemacht: da wird bestimmt, der Gläubiger müsse persönlich pfänden, er könne aber durch einen Vertreter pfänden lassen, wenn er alt und außer stande sei, an den Ort der Pfändung zu gehen; der Vertreter müsse dann aber vor Zeugen den Namen des Vertretenen angeben. Wenn man ursprünglich die Idee der Höchstpersönlichkeit im Prinzip festhielt, so wäre in den oben erwähnten Schuldurkunden die Neuerung, daß der Schuldner im Schuldvertrage selbst auf die persönliche Ausübung des Pfändungsrechts durch den Gläubiger verzichten und sich auch der Pfändung durch einen Vertreter unterwerfen konnte. —

Man ist noch weiter gegangen und hat im griechischen Recht auch die Anfänge des heutigen Wechselrechts finden wollen. Während man sich früher für diese Behauptung auf Stellen der Redner und z. B. auch auf die ebenerwähnten Schuldurkunden berief, ist man in jüngster Zeit auf eigenartige Erscheinungen in delphischen Tempelrechnungen aufmerksam geworden; die in Betracht kommenden Inschriften sind besonders von französischen Forschern untersucht worden⁴²⁾. Homolle findet in diesen Urkunden einen gezogenen Wechsel, er spricht von einer *traite en action*, von Ausstellung und Indossierung

⁴¹⁾ Publiziert von F. Halbherr im *Americ. Journ. of Archæol.* 2. Ser. I (1897), S. 225; abgedruckt auch *Recueil inscr. jurid. grecq.* II, S. 328.

⁴²⁾ Bourguet (zusammenfassend jetzt): *L'administration financière du sanctuaire pythique* (1905); Homolle, *Bull. corr. hell.* XX, S. 602 ff.

eines billet à ordre und davon, daß der Bezogene zahle à présentation à la personne désignée⁴³⁾. Die tatsächlichen Verhältnisse sind folgende: die Tempelbaubehörde (ναποιοί) hat bei der städtischen Kasse in Delphi ein großes Gelddepot (85000 Drachmen); über dieses Guthaben verfügt sie in der Weise, daß sie durch Beschluß (der Gesamtheit der ναποιοί) ihre Schuldnerin, die Stadt, anweist, bestimmte Beträge an Drittpersonen auszuzahlen; diese Drittpersonen sind Gläubiger der Tempelbaubehörde, Unternehmer u. s. w.; die Stadt zahlt diese Summen und trägt dies in ihre Rechnungen so ein: zurückgegeben den ναποιοί so und soviel. Dieser Betrag wurde gegeben dem und dem für die und die Leistung oder Lieferung (ἀπεδώκαμεν τοῖς ναποιοῖς τοῦτο ἐδόθη τῷ δεῖνι). In der Schlußabrechnung werden diese Auszahlungen der Stadt belastet, d. h. von dem ursprünglichen Guthaben der Tempelbaubehörde in Abzug gebracht, sowie andererseits gewisse Einnahmen der Tempelbaubehörde gutgeschrieben werden. Man kann mit Homolle dieses ganze Rechnungsverhältnis zwischen Stadt und Tempelbehörde als ein Kontokorrentverhältnis bezeichnen und in den Zahlungen an Drittpersonen einen Anweisungsverkehr erblicken: die Stadt in der Rolle des Angewiesenen, die Lieferanten in der Rolle des Anweisungsempfängers, der Tempel in der Rolle des Anweisenden. Ein Vergleich mit dem Wechsel ist aber schon deswegen ausgeschlossen, weil wir nichts von einer schriftlichen Anweisung erfahren, nichts von Präsentation einer Urkunde und weiter, weil die Zahlung nicht unmittelbar vom Bezogenen an den Remittenten erfolgt; die Zahlung erfolgt vielmehr in Gegenwart aller drei Beteiligten; das Geld gelangt erst durch die Hand des Anweisenden in die Hand des Anweisungsempfängers; man betrachtete dies wohl als nötig, um den Zahlungsvorgang gleichzeitig ebenso als eine Zahlung (der Stadt) an die Baubehörde, wie als eine solche (der Baubehörde) an die Drittpersonen wirken

⁴³⁾ Homolle a. a. O. S. 604.

zu lassen. Man sieht: wir haben ein unentwickeltes Anweisungssystem vor uns; der Gedanke der indirekten Vermögensleistung ist noch nicht vollständig erfaßt; aber man scheint sich dem Gedanken zu nähern; er erscheint mehr in der Art der Buchung als in der Art der Zahlung; wir gewinnen einen Einblick in das geschichtliche Werden des Anweisungsrechts. —

6. Schließlich noch ein Wort über Pfandrecht und Pfändungsrecht. Da wir heute noch daran gewöhnt sind, im Pfandrecht mit griechischen Wörtern zu operieren (Hypothek, Hyperocha, Antichrese) liegt die Vermutung nahe, daß die Griechen bereits ein entwickeltes Pfandrecht besessen haben, das auch für die Römer vorbildlich werden konnte.

Gerade hier liefern uns in allererster Linie die Inschriften wertvolles Material; in Attika und auf den zur attischen Machtsphäre gehörenden Inseln treffen wir sogen. Horoi⁴⁴⁾, Pfandsteine und Pfandsäulen, die auf dem verpfändeten Grundstück aufgestellt sind und Schuldbetrag und Namen des Pfandgläubigers angeben; meist wird auch gesagt, wo die über das Schuldverhältnis ausgestellte Urkunde verwahrt sei. Die Zusammenstellung der Horoi, die ich vor 10 Jahren in meinem griechischen Pfandrecht gegeben habe, ist seither durch neue Funde, besonders durch attische Horoi, vermehrt worden. In diesen Horoi finden wir auch Fälle mehrfacher Verpfändung; wir begegnen der Formel, daß das Objekt dem posterior creditor verpfändet sei, soweit als der Wert des Pfandes den Betrag der Forderung des prior creditor übersteigt; wir finden für diese Differenz auch bereits den technischen Namen Hyperocha⁴⁵⁾. Ein Pfandstein aus der Insel Lemnos⁴⁶⁾, der erst kürzlich gefunden wurde, zeigt uns, wie bei einem Nachtragskredit desselben Gläubigers die neue Zusatzforderung auf dem bereits für die erste Forderung errichteten Horos nachgetragen

⁴⁴⁾ Siehe mein griechisches Pfandrecht (1895), S. 67 ff.

⁴⁵⁾ Siehe ebd. S. 125 ff.; der Ausdruck ὑπεροχή jetzt in dem Gesetz von Samos. Siehe Anm. 48.

⁴⁶⁾ Revue des études grecques XV, S. 140.

wird. Die auf den Horoi vermerkten und so publizierten Pfandrechte sind bald eigentliche Hypotheken, bald Fälle von sogen. *πρᾶσις ἐπὶ λόσσι* (Verkauf auf Wiederverkauf); genauere Untersuchungen haben ergeben, daß diese *πρᾶσις ἐπὶ λόσσι* die ältere und auch später noch die normale Erscheinungsform des Sicherungsgeschäftes war, neben der sich die Hypothek erst allmählich und zunächst nur für einzelne Fälle (Pacht, Restitution der Dos) entwickelte. Auch die Entwicklung vom Verfallspfand zum Verkaufspfand begegnet im griechischen Recht; die Annahme, daß das griechische Konventionalpfand von Anfang an Verkaufspfand gewesen sei, ist irrig. — Interessante Aufschlüsse über das Verhältnis von Pfandrecht und Bürgschaft hat neuerdings das Gesetz von Samos über Getreideverkauf und -Verteilung gebracht⁴⁷⁾. Hier begegnet durchweg bei Geldanlagen eine Sicherung durch Hypothek und Bürgschaft⁴⁸⁾; handelt es sich um langfristige Anlagen, so muß der von der Tausendschaft (*χιλιαστός*) bestellte Pfleger die von den Schuldnern angebotenen Bürgen und Pfänder durch die Versammlung der Tausendschaft prüfen lassen (*δοκιμάζειν*); bei kürzeren Anlagen kann der Pfleger selbständig über die Tauglichkeit der angebotenen Sicherheit entscheiden. Zahlt der Schuldner nicht, so wird zuerst das Pfand verkauft (*τὸ ὑπόθεμα ἀποδόσθω ἢ χιλιαστός*); ist der Erlös größer als der Forderungsbetrag, so wird der Ueberschuß (*ὑπεροχή*) dem Verpfänder herausgegeben; ist der Erlös kleiner als der Forderungsbetrag, so wird gegen den Bürgen im Wege der Pfändung vorgegangen (*ἐὰν δέ τι ἐνλίπη, τὴν πρᾶξιν ποιησάσθω ἐκ τοῦ ἑγγύου*).

Neben dem Konventionalpfand steht auch im griechischen Recht das Pfändungspfand, welches mit dem — auch für das

⁴⁷⁾ Siehe die Publikation (mit Kommentar) von Thalheim in *Hermes* XXXIX (1904), S. 604 ff.

⁴⁸⁾ Siehe über das Zusammentreffen von Bürgschaft und Pfandrecht mein griech. Pfandrecht S. 145 ff. u. bes. das dort erwähnte Dekret der Delphier über die Verwendung der Schenkung des Königs Attalos II.

Vertragspfand an Mobilien verwendeten — Ausdruck ἐνέχυρον bezeichnet wird. Die Pfändung (ἐνέχυρασία, ἐνέχυράζειν) erfolgt bald auf Grund eines Urteils, bald ohne ein solches auf Grund eines Urteilsurrogates (Pfändungsklausel s. o.) Unsere Nachrichten über das griechische Pfändungsverfahren haben in der neuen Zeit Ergänzung erfahren durch wichtige Inschriftenfunde, insbesondere aus Gortyn und Pergamon. Neben der Pfändung des Gläubigers um Schuld sehen wir da die administrative Pfändung (pignoris capio); bei der letzteren treffen wir in weiter Verbreitung den Satz, daß wenn der Magistrat den Kontravenienten nicht büßt und pfändet, dann er selbst (der Magistrat) von einem übergeordneten Magistrat gebüßt und gepfändet werden solle. Ueber die Stellvertretung bei Pfändungen s. o.; eine andere Entwicklung zeigt uns die allmähliche Beschränkung des Alleinhandelns des Gläubigers bei der Pfändung, die obrigkeitliche Kontrollierung des Pfändungsaktes. Nur zwei Dinge möchte ich hier herausheben. Eine neue gortynische Urkunde gibt uns einen Katalog unpfändbarer Sachen⁴⁹⁾, es werden da als unpfändbar erklärt: die Waffen des Mannes, das Werkzeug, die Wolle, Geräte für die Weberei, die eisernen Sachen, der Pflug, das Joch, die beiden Mühlsteine, das Ehebett; dagegen werden als pfändbar erklärt der Mantel und Schmucksachen. Einige weitere Nummern des Katalogs sind nicht zu entziffern. Es gehört zu den eigenartigen Zufällen wissenschaftlicher Forschung, daß beinahe gleichzeitig mit diesem Fund auch eine ägyptische Papyrusurkunde aufgefunden wurde, die einen ähnlichen Katalog enthält und im besonderen auch Handwerkszeug und Webstühle erwähnt⁵⁰⁾.

Eine andere ebenfalls erst jetzt durch verschiedene Funde gleichzeitig bekannt gewordene Besonderheit des griechischen

⁴⁹⁾ Publiziert von F. Halbherr im Americ. Journ. of Archaeol. 2 Ser. I. (1897), S. 222.

⁵⁰⁾ S. L. Wenger, Römische und antike Rechtsgeschichte (1905), S. 22 ff.

Pfändungsverfahrens bezieht sich auf die Pfandwehrung; wir hören, daß gegenüber der Pfändung Einsprache erfolgen kann, daß diese Einsprache von staatlichen Organen geprüft wird, und daß der Einsprecher durch seinen Eid die genommenen Pfänder ausschwört und so aus dem Pfandnexus befreit. Auch hierfür finden sich Analogien in anderen Rechten⁵¹⁾.

Mit den vorstehenden Ausführungen wollte ich ein Bild von der Reichhaltigkeit des griechischen Rechtes geben und damit gleichzeitig den Beweis erbringen, daß dieses Recht eine größere Beachtung verdient als es bisher gefunden hat, und daß es den Vergleich mit anderen Rechten durchaus nicht zu scheuen hat. Nur in diesem Sinn wollte ich von der Bedeutung des griechischen Rechts für die vergleichende Rechtswissenschaft reden. Man kann freilich unter dieser Frage auch etwas ganz anderes verstehen, nämlich die Frage des Abhängigkeitsverhältnisses: welche Rechte haben auf das griechische eingewirkt und welche andere sind von ihm beeinflusst worden? Diese Frage, die man oftmals in den Vordergrund schob, ist heute durchaus verfrüht; eine Antwort ist da erst möglich, wenn wir einmal das griechische Recht selbst genau kennen gelernt haben, nach jeder Richtung; dazu ist aber noch viel Arbeit nötig und zwar ernste, sorgfältige, tiefgründige Arbeit, nicht ein oberflächliches Antippen, dilettantisches Vermuten, Verwertung tralatizischer Bücherweisheit.

Ich bin damit am Schluß meiner Ausführungen angelangt; sie haben ihren Zweck erreicht, wenn es mir gelungen ist, einiges Interesse für das griechische Recht zu erwecken.

⁵¹⁾ S. meinen Aufsatz in der Ztschr. d. Savigny-Stiftung (roman. Abt.) XXVI, S. 492 ff. und Nachtrag S. 488.

II.

Ueber das Recht der Herero.

(Zusätze zu XIV, S. 294 f.)

Von

Josef Kohler.

§ 1.

Ueber das Recht der Ovaherero sind mir neuerdings neue wichtige Mitteilungen geworden, teils in einigen Heften der Zeitschrift der südafrikanischen Folk Lore Society, die allerdings älteren Datums sind, aber früher wohl kaum in unsere Gegend gelangten, teils in der Darstellung von Felix Meyer über Recht und Wirtschaft der Herero, die deshalb zu gleicher Zeit als Quellenmaterial dienen kann, weil der Verfasser in dankenswerter Weise durch eingehende Befragung von Missionaren uns neue Kunde herbeigeholt hat. Dazu kommt der Fortgang der sprachlichen Forschung und Darstellungen von Brincker und Viehe¹⁾, die ebenfalls manches klarlegen konnten. Auf diese Weise bleiben zwar die Grundlagen des ehemals in der Zeitschrift XIV, S. 294 f. Entwickelten bestehen, es kann aber manches weiter ausgearbeitet werden, und manches, was damals noch unsicher oder dunkel war, tritt jetzt in klares Licht.

¹⁾ Brincker in den Mitteil. des Seminars für orientalische Sprachen III, 3, S. 66 f., Viehe ebenda V, 3, S. 109 f. Im folgenden ist die Schrift von F. Meyer einfach mit der Seitenzahl angegeben ohne weitere Benennung; Folk Lore I, 3 ist mit F. L., die Aufsätze von Brincker und Viehe sind mit dem Namen der Verfasser bezeichnet.

§ 2.

So vor allem das Verhältnis zwischen den Omaanda (Plural von Eanda) und den Otuzo (Plural von Oruzo). Wie alle Bantus, sind auch die Hereros offensichtlich vom Mutterrecht ausgegangen, haben teilweise das Vaterrecht angenommen, teilweise noch wesentliche mutterrechtliche Züge behalten. Daher die eigentümliche Verknüpfung einer Mutterrechtsfamilie und einer Vaterrechtsfamilie, welche Verknüpfung zwar nicht unerhört ist, aber bei den sonst bekannten Völkern sich selten in solcher Schärfe durchgebildet hat. Eanda ist die Mutterrechts-, Oruzo die Vaterrechtsfamilie²⁾.

Das Verhältnis der Omaanda zu den Otuzo ist folgendes: Eanda ist die mutterrechtliche Familie, welche noch für die Erbfolge im großen ganzen maßgebend ist, namentlich für die Erbfolge in die Ehefrau des verstorbenen Mannes: denn diese wird nach mutterrechtlichen Grundsätzen vererbt, ebenso auch das angestammte Gut. Außerdem gilt eine Unterhaltungspflicht der Eandagenossen, Brincker, 73 und ein Vormundschaftsrecht des Avunculus, Meyer, 33. Dagegen vererbt sich der Totemgeist nicht mehr mutterrechtlich, sondern vaterrechtlich, indem die Söhne den Totem ihres Vaters annehmen. Die Gesamtheit dieser nach Vaterrecht sich gruppierenden Totemgenossen nun heißt Oruzo: sie sind vaterrechtliche Verwandte, und ihre Verbindung ist umso bedeutungsvoller, als das Zusammenleben ebenso wie bei sonstigen afrikanischen Stämmen ein vaterrechtliches ist, d. h. Vater, Mutter und Kind leben gemeinsam, auch Bruder und Bruder, und es besteht eine gewisse Gemeinsamkeit in Bezug auf den Erwerb. Auf diese Weise bildet sich neben dem angestammten Erbgut die Errungenschaft, und diese Errungenschaft ist den Oruzogenossen verfallen, weshalb sie nach vaterrechtlichen Grundsätzen ver-

²⁾ Vgl. auch Viehe, Grammatik des Otjherero (1897), Wörterbuch unter eanda und oruzo.

erbt wird, denn sie ist gewissermaßen schon Gemeingut der vaterrechtlichen Genossenschaft. Vgl. darüber S. 32 f.

Der Zug nach dem Vaterrecht zeigt sich auch darin, daß man die Eandaerben möglichst beschränken will. Der Erblasser bestimmt mitunter in seinem letzten Willen, den man mehr oder minder anzuerkennen pflegt, daß das Vermögen tunlichst an die Söhne fallen solle, daß der Schwestersohn nach dem Tod nicht in die Hütte kommen dürfe, daß der Geist des Toten ihn sonst verderben werde u. s. w. Alles dies sind die bekannten Züge, womit das Vaterrecht allmählich das Mutterrecht verdrängt, und dazu kommt auch noch der Brauch, daß, wenn das Vermögen erbweise an die mutterrechtliche Gruppe gelangt und damit den Oruzo wechselt, besondere stöhnende Vorkehrungen getroffen werden, die man mit yambere bezeichnet, S. 34. Und was die Häuptlingschaft betrifft, so wird zwar sonst auch mutterrechtliche Folge erwähnt, Viehe aber S. 110 erklärt ausdrücklich, daß sich Priestertum und Häuptlingsrecht in dem Oruzo, also vaterrechtlich vererbt.

Ueber die Speiseverbote dieser Otuzo werden einige neue Mitteilungen gegeben, S. 30, und es wird beigelegt, daß das Verbot durch gewisse Zeremonien, Besprengen mit Wasser u. s. w. gehoben und dadurch eine an sich verbotene Speise genießbar gemacht werden kann. Was ein Fremdling mitbringt, muß zuerst von der Familie beschmeckt werden, S. 30 f., 80, ebenso findet ein Beschmecken (makera) der Milch durch den Hausvater statt, ehe sie genossen wird, Brincker, S. 75³⁾; auch die Braut, die in den Oruzo des Mannes eintritt, wird (an unmaßgeblicher Stelle) — — beschmeckt.

Entsprechend ist auch die Entsöhnung des mit fremdem Blute benetzten Kriegers, bevor er wieder in den Lebensverkehr eintritt: sie geschieht ebenfalls durch Besprengen mit geweihtem Wasser, Brincker, 76.

³⁾ Ueber makera vgl. Viehe, Grammatik S. 102.

§ 3.

Viehe in den Mitteilungen des Seminars für orientalische Sprachen V, 3, S. 110 f. zählt folgende 16 Otuzo auf (die ich mit den in Zeitschrift XIV, S. 296, 297 erwähnten vergleiche):

1. Oronguahonge,
2. Orondjiva (ongandjiva XIV, 296),
3. Orojatjirungu,
4. Orojahorongo (ojahorongo, oruhoronyo XIV, 296),
5. Orotjisamatjinge,
6. Oronguejuva (oonguejuva, ovakuenejuva XIV, 296),
7. Oronguatjindu,
8. Orokanene (ojakanene, orukanene XIV, 296),
9. Orosembi (ojaessembi, oruessembi XIV, 296),
10. Orotjiporo (oruotyipora XIV, 297),
11. Oronguatjija (onjuatjija, ovakuatyija XIV, 296),
12. Orojatjitjindua (oonguenjandje, ovakuenyandye XIV, 296, 297),
13. Oronguangoro (ojombonjova, oru ombongora XIV, 296, 297),
14. Orojarutun,
15. Oromuhinaruzo
16. Orojakoto

} (15 und 16 entsprechen den ovehin-
oruzo, den kastenlosen, den outcasts,
XIV, 297).

Von Omaanda gibt er 8 Namen an:

1. Ekuejuva (benannt nach der Sonne),
2. Ekuenombura (benannt nach den Regen),
3. Ekuendjata (benannt nach der Quelle),
4. Ekuauti (benannt nach Bäumchen, Strauch),
5. Ekuatjiti (benannt nach Baum⁴⁾),
6. Ekuahere (benannt nach Felsenkaninchen),
7. Ekuenjandje (?),
8. Ekuatjivi (?).

⁴⁾ 4 und 5 haben denselben Ursprung, 4 nach kleinem, 5 nach großem Baume.

Diese Omaanda sind wieder in Unteromaanda geteilt und zwar: Ekuejuva in 3 (Ekuejuva der Pfeilspitze, des Scharrens und des Omutati). Die 2. Eanda, Ekuenombura, wird, wie es scheint, in 5 Unterschichten geteilt, die 3., Ekuendjata, in 4, die des großen Hauses, des kleinen Hauses, der Schweinehöhle und des Mastdarms. Die Ekuauti und Ekuatjiti werden wohl nicht weiter eingeteilt, ebensowenig die Ekuahere, dagegen die Ekuenjandje in 2 Abteilungen, die der Dunkelheit und die der Röte, ebenso die Ekuatjivi in 2 Abteilungen, die des uomungambu-Baumes, und die des Morgens.

§ 4.

Von Spuren der Gruppenehe sind noch folgende zu nennen:

1. Es wird uns mitgeteilt, daß in dieser Sprache die Schwester der Mutter = Mutter und der Sohn der Schwester = Sohn ist; es wird hervorgehoben, daß Kinder zweier Brüder und Kinder zweier Schwestern einander nicht heiraten dürfen, daß dagegen die Cousinehe in der Art, daß Kinder eines Bruders und einer Schwester sich heiraten, sogar sehr häufig ist, S. 51.

2. Ueber die oupanga erhalten wir sichere Erklärungen. Sie ist, wie wir wissen, eine Gemeinsamkeit von Gütern und Frauen. Wie sie sich jetzt gestaltet hat, ist sie eine Art Blutsbrüderschaft, und es ist bezeichnend, daß sie auch in der Art eingegangen werden kann, daß die eine oder andere Frau ausgenommen wird, so daß die Gemeinschaft sich auf die übrigen beschränkt, S. 57. Höchst wahrscheinlich aber ist, daß die Oupanga-Gemeinschaft in der Gruppenehe ihren Ursprung hat und ebenso eine künstliche Nachbildung dieser ist, wie die Erwerbagesellschaft des deutschen Rechts eine Nachbildung der Familie⁵⁾. Sie findet sich auch bei den Ovambos als unkomme, Brincker, 86.

⁵⁾ Sie ist jetzt auch unter Frauen üblich, Viehe, Grammatik S. 122.

Von der oupanga ist die Jünglingsgemeinschaft als Gemeinschaft der Beschneidungsgenossen, kurandje, und die entsprechende Mädchengemeinschaft wohl zu unterscheiden; darüber s. Brincker 80, 86.

3. Auf gruppeneheliche Verhältnisse deutet der kräftig ausgeprägte Totemismus und die Schöpfungssage vom heiligen Baum, dem orumborombonga, von welchem Menschen und Großvieh stammen (Kleinvieh stammt von Felsen, vgl. Brincker, 73), die Verehrung eines gewissen Baumes, mit dessen Zweigen man das Wasser weicht, und die Verehrung des heiligen Feuers, das von der Vestalin, der ondangere (der ältesten Häuptlingstochter) ständig gehütet werden muß, Brincker, 75.

4. Von dem Brauche, daß bei der Eheschließung die Brautleute sich möglichst verbergen müssen, bekommen wir neue Belege. Vgl. namentlich F. L. 49. Ich möchte der Sache nunmehr die Wendung geben: die Entstehung der Einzelehe an Stelle des gemeinsamen Zusammenlebens ist eine Verletzung der Götter und der alten Bräuche; die Ehe gilt als fluchbeladene Einrichtung, welche Furcht und Scham des Volkes aufs höchste erregt: darum die Heimlichkeiten, darum auch die Schwieger-scheu, welche sich während der Zeit der Verlobung auch auf die Brautleute bezieht, F. L. 46, in Bezug auf die Schwiegereltern beständig ist: der Schwiegersohn ist der Schwiegermutter ein omuhenu, Brincker, 84.

§ 5.

Im übrigen erfahren wir, daß die Kinderverlobung sehr häufig ist, F. L. 46; wir erfahren weiteres vom Frauenpreis: dieser heißt otjitunja, Brincker, 82.

§ 6.

Von Zwillingen wurde Zeitschrift S. 314 entwickelt, daß auf ihnen kein Fluch laste, sondern sie eher eine gewisse geheiligte Stellung haben; so auch Brincker, 70: Zwillinge

und ihre Mutter sind geweiht (zera)⁶⁾. Nach weiteren Mittheilungen, namentlich von Dannert im *Folk Lore Journal*, November 1880 (erwähnt von Junod, Baronga, S. 415 f.) scheint die Sache sich so zu verhalten, daß der Fluch auf dem ganzen Stamm liegt und der ganze Stamm eine Entsühnung mitmachen muß: es ist die epaha-Zeremonie⁷⁾, wovon auch bei Brincker, 77 f. und bei Meyer, S. 61, die Rede ist. Sie besteht darin, daß 1. tiefes Stillschweigen gewahrt wird, 2. die Eltern mit den Zwillingen und einigen Gefährten in eine besondere Hütte, ondanda, gehen müssen (ausgesondert werden), 3. eine scheinbare Bewerfung mit Erde, Mist u. dergl. stattfindet (Brincker, 77 f.). Hierauf bekommt der Vater reichliche Geschenke vom Stamme, der seinen Fluch damit auskauft. Dann tritt der Weihezustand ein⁸⁾.

Die Namengebung ist vaterrechtlich, sie erfolgt durch den Vater, *Folk Lore-Journal*, Nr. 41, oder den Häuptling, Brincker, 77. Für die Beschneidung wird das 4.—7.⁹⁾, für die Zahnfeilung das 8.—10. Lebensjahr angegeben, *Folk Lore Journal* Nr. 41, 44.

Bei den Mädchen wird zur Feier der eintretenden Menses eine Feier veranstaltet, sie selbst werden als unrein eingeschlossen, Brincker, 80 f.

Bei den Ovambos finden vor der Eheschließung die efundula-Tänze statt; vorher soll (trotz des geschlechtlichen Umgangs) kein Mädchen ein Kind bekommen; daher die häufige Abtreibung, die allerdings mit Sühnungen verbunden ist, Brincker, 82.

⁶⁾ Ueber das Wort vgl. Viehe, Grammatik S. 140.

⁷⁾ Epaha = Zwillinge (der einzelne Zwilling = ouepaha), Viehe, Grammatik S. 89.

⁸⁾ Ueber die Tötung der Zwillinge bei den Bantus vgl. Negerrecht S. 15, Zeitschr. XV, S. 5; nach Brincker 79 töten die Ovambos beide Zwillinge, die Zulu den einen; die Wasagara töten beide (*Journ. Anthr. Inst. Gr. Brit. XXXII*, p. 308). Sühnungen finden statt bei den Barongas (*Zeitschr. XIV*, S. 469).

⁹⁾ Ueber die Beschneidung bei Bantustämmen vgl. Negerrecht S. 17 f. und Zeitschr. XV, S. 37 f. Sie kommt vielfach außer Übung; darüber siehe Zeitschr. XV, S. 327, XIV, S. 469, auch X, S. 43 (Rehme).

§ 7.

Die Blutrache geschieht von Stamm zu Stamm, von Familie zu Familie, S. 80. Sie wird auch dann geübt, wenn jemand sich selbst umbringt, indem dafür der Veranlasser des Selbstmordes haftet, S. 83. Namentlich aber wütet auch hier der Wahn, daß jemand nicht von selbst stirbt, sondern nur infolge eines bösen Zaubers. Das Bahrrecht scheint schon zu Lebzeiten ausgeübt zu werden, indem der Sterbende jemanden als seinen Feind bezeichnet, weshalb dieser, abgesehen von der Blutrache der Hinterbliebenen, die Verfolgung durch den Geist des Verstorbenen fürchtet: er pflegt deswegen sofort eine andere Tracht anzunehmen, um sich vor dem Toten zu bergen, Folk Lore Journal, 51 f. Die Toten fürchtet man überhaupt sehr; man glaubt, daß sie die Ueberlebenden schwer bedrängen können, Folk Lore Journal II, 5, p. 91; auch nimmt man an, daß sie sich in eine besondere Art von Tieren in der Form von Katzen verwandeln, Folk Lore Journal p. 65.

Sie werden darum auch verehrt, und ihre Verehrung ist bereits zu einem wahren Ahnenkult geworden: als Vertreter der Ahnen gelten Stäbe aus geweihtem Holz mit Farren-genital umwickelt, ozohongue, die bei Festen am heiligen Feuer, dem okuruo¹⁰⁾, niedergelegt werden — offenbar als phallisches Zeichen, Brincker, 74.

§ 8.

Von der Gerichtsverhandlung erfahren wir, daß neben dem Häuptling etwa sechs Beisitzer tätig zu sein pflegen, daß jedermann in der Versammlung für die Parteien als Sprecher auftreten kann; und von dem Eid wird uns noch einiges nähere geschildert, daß er z. B. auf die Gebeine des Vaters, auf die Trauermütze, auf den Begräbnisplatz der Eltern, auf Himmel und auf Gift geschworen wird, S. 93, Brincker, 70.

¹⁰⁾ Okuruo = Opferstätte, Viehe, Grammatik S. 107.

III.

Zum islamischen Prozeßrecht.

Von

Josef Kohler.

Zu meiner Darstellung des islamischen Prozeßrechts in den Rechtsvergleichenden Studien, S. 146 kann ich noch einige Zusätze geben, da uns neuerdings durch Vassel in den Mitteilungen des Seminars für orientalische Sprachen V, 2, S. 170 f., über die marokkanische Prozeßübung weitere Kunde geworden ist. Zunächst ist hervorzuheben, daß entgegen der Annahme von Vassel die Grundzüge des Islamprozesses festgehalten worden sind. Es besteht nach wie vor Einlassungs- und Antwortspflicht im Prozeß in der Art, daß, wenn der Beklagte seine Mitwirkung verweigert, er in Haft genommen wird. Und ebenso ist es nicht etwa, wie Vassel, S. 173 sagt, auffallend, sondern vollkommen dem Zuge des Islamrechts entsprechend, daß das einzige Zwangsmittel gegen den Beklagten die Haft ist: er ist ungehorsam gegen das Gericht, und gegen den Ungehorsam schreitet man durch Verhaftung ein. Vgl. Vassel, S. 173 in Verbindung mit Rechtsvergleichende Studien, S. 148, 158, 159, Zeitschr. XII, S. 82, ferner Ebn acem, 266¹⁾. Ebenso besteht der islamische Grundsatz, wonach die Zeugen nicht nur auf die sinnliche Wahrnehmung beschränkt sind, sondern nach ihrer Ueberzeugung dasjenige

¹⁾ Ein andalusischer Jurist 1359—1426, übersetzt in Houdas et Martel, *Traité de droit Musulman* (1882—1893).

auszusagen haben, was ihnen in der Sache als Rechtens erscheint. Dies ergibt sich aus den bei Vassel gegebenen Beispielen, so S. 199. Ferner besteht noch heute die Beweistheorie in der Art, daß eine bestimmte Anzahl von Zeugen den Richter binden. Vgl. hierzu Rechtsvergleichende Studien, S. 153 f. Auch über die Eideszuschreibung gilt das seinerzeit Entwickelte, wonach der Eid regelmäßig nicht ein Tatsacheneid, sondern ein Anspruchseid ist und der Kläger den Eid dem leugnenden Beklagten zuschiebt; während, wenn der Beklagte tatsächliche Einwendungen macht, darüber der Eid vom Kläger zu leisten ist. Vgl. Studien, S. 150, Zeitschr. XII, S. 83, Vassel, S. 185 f.²⁾ Ebenso gilt das, was von Vindikation und Kontravindikation in den Studien S. 152 gesagt wurde, wie sich aus dem angeführten Beispiel bei Vassel, S. 197 ergibt; und daß Bevollmächtigte aufgestellt werden können (Studien, S. 147), wird gleichfalls durch Vassel bestätigt, so S. 173 und die dortigen Beispiele: es hat sich in Marokko sogar eine Art von Anwaltstand entwickelt und der Kadi übt die Aufsicht.

Ueber diese Bevollmächtigten ist auch noch beizufügen, was Ebn acem, 282, 283 sagt, daß niemand zwei Bevollmächtigte ernennen dürfe und daß die Vollmacht zugleich eine Vollmacht zum Geständnis sein muß; ferner daß im Notfall auch ein Geschäftsführer einstweilen ohne Vollmacht zuzulassen ist, Ebn acem, S. 296 f.

Was die Entwicklung in Marokko neues gebracht, ist vor allem das Aufkommen eines Standes der Notare (Adul), die unter Aufsicht des Kadi stehen und als eine besonders hervorragende Art von gerechten und wirksamen Zeugen gelten, so daß das Zeugnis zweier Aduls für den Kadi bindend ist. Seit neuerer Zeit werden alle gerichtlichen Akte durch solche Aduls urkundlich festgestellt — diese weilen in Läden in der Nähe der

²⁾ Daneben gibt es einen Erfüllungseid (Rechtsvergl. Studien S. 156), z. B. des Verwalters über richtige Verwendung der Erträge, vgl. Krcsmarik, Z. morgenl. Gesellsch. 45, S. 571.

Gerichtsstätte —, aber auch die Beweisaufnahme geschieht durch sie, allerdings regelmäßig in der Art, daß sie selber das Zeugnis geben, da ja das Zeugnis auch eine Ueberzeugungserklärung enthalten kann. Nur ausnahmsweise scheinen sie noch auf andere Zeugen zurückzukommen, in welchem Falle aber das Zeugnis ein Mengezeugnis sein muß, d. h. es müssen bezüglich jedes der Notare sechs Zeugen die Sache bestätigen. Offenbar handelt es sich hier ebenfalls um Ueberzeugungsaussagen oder um Aussagen über mehr oder minder notorische Erscheinungen wie z. B. Feststellung der Mündigkeit, Feststellung des Erbeseins, Feststellung des Besitzes u. s. w. Hiernach entwickeln sich die Prozesse regelmäßig in der Art, daß entweder auf den Eid zurückgegriffen wird oder daß die Partei eine Zeugnisurkunde beibringt; was nicht schwer ist, da ja zwei Notare leicht zu haben sind, die auf Grund irgend einer summarischen Prüfung der Sache das von der Partei zu Beweisende als ihre Ueberzeugung eidlich aussagen, wodurch die Beweisfrage erledigt ist. Daneben gibt es auch noch Sachverständigengutachten: der Sachverständige wird von dem Kadi bestimmt und erklärt sodann sein Gutachten ebenfalls zwei Notaren zu Protokoll. Daraus erklärt sich von selbst, daß die Tätigkeit des Richters eine ziemlich formale bleibt und daß jedenfalls für ein genaueres Eingehen auf Tatfragen kein Raum gegeben ist; und was die Rechtsfragen betrifft, so pflegen die Parteien häufig Rechtsgutachten einzuholen und zwar nicht nur ein einzelnes, sondern vielfach mehrere, worauf auch der Gegner Gutachten einbringt u. s. w.

Bemerkenswert ist noch, daß auch, was S. 146 der Studien bezüglich der Selbsthilfe gesagt ist, seine Bestätigung findet: dem Kläger ist bei besonderen Schwierigkeiten der Rechtsverfolgung die Pfandnahme, Kefafa, gestattet (Vassel, S. 191).

Uebrigens gibt es in Marokko neben diesem offiziellen Rechte auch noch alte einheimische Arten der Rechtsverfolgung, und zwar einmal die Rechtsverfolgung durch Blutrache, sobald die Be-

teiligten verschiedenen Gemeinden angehören; welche Blutrache dann durch Verbrüderung, *tata*, beschwichtigt wird, S. 187 f. Bei Streitigkeiten innerhalb derselben Gemeinde kommt es zur Entscheidung des Dorfgerichts in altertümlicher Weise: es werden die Anwesenden als Zeugen aufgerufen, also *litis contestatio*; sodann findet noch die Hinterlegung eines Unterliegungsgeldes statt, und die Einleitung des Prozesses erfolgt durch Gebet mit offener Hand, indem die Hände nach oben auseinandergelegt werden und sodann die Anwesenden sich dreimal mit der rechten Hand von oben über das Gesicht fahren; endlich gilt der Satz, daß der Unterliegende vertragsweise die Entscheidung anerkennen muß, ansonst er für friedlos erklärt wird (Vassel, S. 188). Das sind alles ursprüngliche, dem Islam unbekannte Formen, die an ähnliche Prozeßübungen anderer Völker gemahnen und wohl in gewissen Stufen der Kultur allüberall auftauchen: *Litiscontestatio*, Prozeßwette, Anrufung Gottes und Urteilsversprechen!

IV.

Nachträge zum Asylrecht in Ozeanien.

Von

Dr. Albert Hellwig.

Jahre sind verflossen, seit der erste Band meines Asylrechts, mein Erstlingswerk, als erstes Heft der von Professor Kohler herausgegebenen „Berliner juristischen Beiträge“ erschien. Schon damals konnte ich das Erscheinen weiterer Forschungen über die Universalgeschichte des Asylrechts in bestimmte Aussicht stellen. Allerdings dachte ich damals nicht, daß es so lange dauern würde, bis ich den nächsten Band veröffentlichten könnte.

Es freut mich, daß ich an dieser Stelle für die im allgemeinen sehr wohlwollende Kritik des ersten Bandes danken kann. Insbesondere möchte ich Herrn Prof. Dr. Steinmetz ¹⁾, Oberlandesgerichtsrat Wilntzky ²⁾, Prof. Dr. Oetker ³⁾, Dr. Mazzarella ⁴⁾ Prof. Dr. Hafter ⁵⁾, Dr. Max Schmidt ⁶⁾, Prof. v. Salis ⁷⁾ und Prof. Dr. Dürkheim ⁸⁾ meinen Dank

¹⁾ „Globus“, Bd. 84 Nr. 18 S. 292.

²⁾ „Juristisches Literaturblatt“, Bd. XV, 1808, Nr. 150 S. 239 f.

³⁾ „Der Gerichtssaal“, Bd. LXIV, 1904, S. 475 ff.

⁴⁾ „Rivista Italiana di Sociologia“, IX, 1905.

⁵⁾ „Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht“, Jhg. 17 p. 94 ff.

⁶⁾ „Zeitschrift für Ethnologie“, 1904, p. 323 f.

⁷⁾ „Zentralblatt für Rechtswissenschaft“, Bd. XXXIII, 1903, p. 66 ff.

⁸⁾ „L'année sociologique“, 1904.

aussprechen⁹⁾. Die letztgenannte Rezension ist zwar im allgemeinen durchaus nicht anerkennend, aber teils enthält sie berechnete Aussetzungen, teils beruht sie auf einem Mißverständnis und teils geht sie zurück auf die methodologischen Verschiedenheiten der juristischen Ethnologen der Postschen Schule und der Soziologenschule Dürkheims. Hierauf kann ich hier nicht näher eingehen.

Auf einem Mißverständnisse beruht es, wenn Dürkheim und andere, dem von Kohler in seiner Vorrede gegebenen Beispiele folgend, behaupten, ich erkenne den Begriff eines „zeitlichen Asyls“ nicht an und habe die unter ihn fallenden Tatsachen ausgeschieden. Dies ist aber durchaus unzutreffend. Zwar war ich und bin ich noch der Ueberzeugung, daß die Unterscheidung in zeitliches, örtliches und persönliches Asylrecht keine das Wesen der Sache berührende Einteilung ist, da alle drei Arten im Grunde auf das persönliche Asylrecht zurückgeführt werden müssen, aber dennoch kann man diese Terminologie weitergebrauchen, wie ich S. 5 klar ausgesprochen habe und S. 4 habe ich ebenso unzweideutig gesagt, daß sich gegen die Ausdehnung des Asylrechtsbegriffs auf die von Kohler unter dem Begriff des zeitlichen Asyls zusammengefaßten Tatsachen nichts Prinzipielles einwenden lasse. Wenn Kohler trotzdem glaubte, ich erkenne den von ihm geschaffenen Begriff nicht an, so erklärt sich dieser Irrtum daraus, daß ich allerdings zu Beginn meiner Asylrechtsstudien mich dieser Auffassung zuneigte und ihr auch Kohler gegenüber in den Referaten bei den seminaristischen Uebungen Ausdruck gab. Daß ich aber im Laufe der Zeit meine Ansicht geändert habe, ergibt sich auch daraus mit Gewißheit, daß ich die, allerdings spärlichen Notizen über ein zeitliches Asylrecht, die mir aufstießen, mitverwertet habe,

⁹⁾ Die Rezension von Prof. J. van Gennep in der „Revue de l'histoire des religions“, 1904, p. 80 ff. ist mir noch nicht zu Gesicht gekommen.

so z. B. S. 43 f. bezüglich Ostafrika. Der vorliegende und die weiteren Bände werden fernere Belege bringen. Außerdem gedenke ich Begriff und Verbreitung des zeitlichen Asylrechts demnächst gesondert darzustellen.

Was dagegen meine Stellungnahme zum Tierasylrecht betrifft, so hat Dürkheim vollkommen recht, wenn er dagegen polemisiert, wenigstens insofern, als ich mich sehr unklar ausgedrückt habe. Ich erkannte zwar das Tierasylrecht als Institut des objektiven Rechts an, lehnte es aber ab, es in den Kreis meiner Betrachtungen zu ziehen, „da Tiere im Gegensatz zu Menschen nie als Rechtssubjekte in Betracht kommen“. Das ist natürlich für das primitive Recht nicht richtig. Ich hatte diesen Satz auch nur geschrieben, weil ich den ganz richtigen, mir nur damals noch nicht klar zum Bewußtsein gekommenen Gedanken hatte, daß in der Tat Menschenasylrecht und Tierasylrecht ganz andersartige Rechtsinstitute sind, zwar nicht ihrer Entstehung nach, wohl aber in ihren sozialen Wirkungen. Und auf diese kulturgeschichtliche Betrachtungsweise des Asylrechtsinstitutes kam es mir überall bei meinen Forschungen an: Von diesem Gesichtspunkte aus kam ich zu einer Verwerfung der rein äußerlichen Einteilung in persönliches, örtliches und zeitliches Asylrecht und zur Einführung der neuen Begriffe des Fremdenasylrechts und Sklavenasylrechts, des absoluten und relativen Asylrechts, und von diesem Gesichtspunkte aus mußte ich auch mit Notwendigkeit dazu kommen, es abzulehnen, das Tierasylrecht hier zu behandeln: denn die sozialen Wirkungen des Schutzes, der Einfluß, den das Asylinstitut auf die kulturelle Entwicklung in der mannigfachsten Art ausgeübt hat, sind selbstverständlich in ihrer Tragweite für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft gänzlich anders, je nachdem, ob einerseits Tiere, deren Erhaltung für die menschliche Gesellschaft von keiner Bedeutung war, vor dem Tode gerettet wurden, oder ob andererseits das Verbrecherasylrecht die Umwandlung der Blutrache in staatliches Strafrecht sowie die Milderung des Straf-

rechts mit herbeigeführt, das Fremdenasylrecht die feindliche Isolierung der Völkerschaften durchbrochen und einen friedlich internationalen Verkehr angebahnt, sowie endlich das Sklavenasylrecht zu einer Milderung des Loses der Sklaven, sowie zu ihrer Befreiung und dadurch zur Bildung eines freien Arbeiterstandes mit beigetragen hat. Deshalb werde ich auch in den künftigen Bänden das Tiersylrecht nicht behandeln; wohl aber gedenke ich die zahlreichen und sehr interessanten Materialien, die ich mittlerweile über dies eigenartige Institut gesammelt habe, in einem besondern Aufsätze zu verarbeiten.

Besonders freut es mich, daß das eigentlich Neue meiner Asylrechtsforschungen, die Schaffung der Begriffe Verbrecherasylrecht, Fremdenasylrecht und Sklavenasylrecht und ihre Subsumierung unter einen einheitlichen Gedanken von kompetenten Forschern wie Kohler, Wilutzky, Steinmetz, Mazzarella, Hafter u. a. als durchaus berechtigt, ja notwendig anerkannt worden ist.

Auch die kulturgeschichtliche Behandlung des Stoffes hat wider Erwarten überall Beifall gefunden. Ich muß sagen wider Erwarten: Denn die rein formale Behandlungsweise entwicklungsgeschichtlicher Probleme herrscht leider auch noch in der ethnologischen Jurisprudenz vor. Zwar ist vielfach schon auf die innigen Beziehungen zwischen Kulturentwicklung und Rechtsentwicklung in allgemeinen Aufsätzen hingewiesen worden, so insbesondere bekanntlich von Kohler: Aber so recht Ernst gemacht bei Spezialabhandlungen haben doch nur recht wenige. Es ist das auch leicht erklärlich: Die Rechtsitten eines Volkes auf Grund einiger Reiseberichte oder Monographien darzustellen ist eine Kleinigkeit. Bei weitem schwieriger ist es dagegen, ein Rechtsinstitut in seiner universalen Entwicklung und in seinen kulturellen Wechselbeziehungen zu verfolgen. Ja, es muß als heutzutage unmöglich bezeichnet werden, dieses Problem unter Berücksichtigung der Lücken und teilweisen Unverläßlichkeit unseres Materials,

relativ vollkommen zu lösen. Denn dann müßte man die sämtliche rechtsgeschichtliche, kulturgeschichtliche, ethnologische und folkloristische Literatur über alle Länder und Zeiten durcharbeiten, was aber wohl ein Unding sein dürfte, selbst wenn man die Arbeit eines Menschenlebens daran wenden wollte. Je weiter ich in meinen Forschungen fortgeschritten bin, desto mehr empfinde ich es, wie unvollkommen alle unsere Arbeiten sind, die sich nur auf die Ausnutzung einiger weniger Quellen stützen. Bei großer Vorsicht und etwas Glück kann man allerdings auch hierbei zu einigermaßen gesicherten Ergebnissen und Hypothesen kommen. Ebenso kann man aber auch zu bösen Fehlschlüssen gelangen. Um den höchst erreichbaren Grad von relativer Sicherheit der Resultate zu erlangen, müßte man nicht nur die Quellen, aus denen sich unmittelbare Notizen für das behandelte Rechtsproblem ergeben, hieraufhin durchforschen, also Gesetze, Reisebeschreibungen u. s. w. und dann die sich hierbei ergebenden Verschiedenheiten in der Auffassung des Rechtsproblems erklären entweder durch die zeitliche oder örtliche Entwicklung oder anderseits durch Quellenkritik, sondern man müßte anderseits auch erstens die sämtlichen anderen Rechtsinstitutionen mit dem behandelten in Beziehung zu bringen suchen und dann noch weiter auch selbst die Wechselbeziehungen zwischen dem behandelten Rechtsinstitut und den übrigen Kulturfaktoren prüfen. In dieser Beziehung kann man nie zu weit gehen. Oft findet man zwischen den verschiedensten Gegenständen Beziehungen, wo man sie gar nicht vermuten sollte. Dies habe ich unzählige Male bei meinen Studien über ethnologisch-juristische Materien einerseits, über kriminalistische Probleme, besonders über den kriminellen Aberglauben, anderseits erfahren. So habe ich, um nur ein Beispiel anzuführen, aus spiritistischen Zeitschriften nicht nur eine Unmasse Stoff für Aberglaube und Strafrecht gesammelt, sondern durch Bemerkungen über den bösen Blick und dadurch angeregte weitere Nachforschungen ein wichtiges Erklärungsmoment für die ur-

sprüngliche vielfach vorhandene Rechtlosigkeit der Fremden sowie für die Auffassung mancher Zeremonien beim Asylrecht, so für das Speien erhalten. Gerade der Einfluß mystischer Vorstellungen ist, wie ich glaube, für das ganze Rechts- und Kulturleben der Naturvölker und der unteren Schichten der Kulturvölker in bei weitem noch nicht genügender Weise erkannt. Bei eingehender Kenntnis abergläubischer Gebräuche und Vorstellungen und ihrer realen Kraft im Volksleben wird man, glaube ich, gar manches Kapitel der Universalrechtsgeschichte bedeutend vertiefen können, so z. B. Gottesurteile, Couvade, Pflanzenehe, Tötung der Kranken und alten Leute u. s. w.

Aber selbst wenn wir alle diese folkloristischen Disziplinen, soweit nur möglich, mitverwerten, werden wir doch nie ein abschließendes Urteil über die universale Entwicklungsgeschichte eines Rechtsinstitutes fällen können, bevor wir nicht eingehende Monographien über die Gesamtentwicklung des Rechtslebens aller Völker haben, die von dem oben dargelegten kulturgeschichtlichen Standpunkt aus geschrieben sind. Diese Rechtsgeschichten zu schreiben muß ich als nächste Aufgabe der ethnologischen Jurisprudenz bezeichnen. Auf ihrer Grundlage werden spätere Forscher bedeutend leichter und bedeutend sicherer die universalgeschichtliche Entwicklung der einzelnen Rechtsinstitute verfolgen und so schließlich zur Erkenntnis der Grundprinzipien der Gesamtrechtsentwicklung kommen können. Damit will ich denjenigen ethnologisch-juristischen Arbeiten, die schon heute ein derartiges Ziel verfolgen, nicht allen Wert absprechen — dann dürfte ich ja konsequenterweise auch meine Asylrechtsstudien nicht fortsetzen — vielmehr gestehe ich ihnen ohne weiteres auch für heute einen gewissen Wert zu, da die durch sie gewonnenen relativen Ergebnisse wieder neue Schlaglichter auch auf die Entwicklungsgeschichte des Rechts- und Kulturlebens eines einzelnen Volkes werfen und oft eigenartige, bisher nicht beachtete Gesichtspunkte ergeben: aber dieser Relativität der Ergebnisse muß man sich eben bewußt bleiben.

Daß man leicht zu unzulässigen Verallgemeinerungen kommt, wenn man nicht das ganze Material beherrscht, habe ich selbst oft genug erfahren. Es herrscht vielfach, glaube ich, noch eine Art naturrechtlicher Zug in der ethnologischen Jurisprudenz. Wir übersehen die Schranken, die unserer Forschung einstweilig noch gestellt sind, und kommen dadurch zu übereilten Fehlschlüssen: Universale Entwicklungsgeschichte zu konstatieren, dazu sind wir noch längst nicht in der Lage. Da wir die für eine gesicherte universalgeschichtliche Forschung unerläßliche Vorarbeit der nationalen Entwicklungsgeschichten des Rechts und der Sitte noch nicht getan haben, kommen wir gar leicht dazu, äußerlich analoge Rechtsinstitute auch für innerlich gleich zu halten, oder wie Leist es einmal irgendwo ausdrückt, Identität des Rechtsschemas mit Identität der Rechtsinstitution zu verwechseln, während in Wirklichkeit äußerlich ganz gleichartige Rechtsschemata ihren Gedanken, Entstehungsursachen und ihrer sozialen Bedeutung nach ganz verschiedenartig sein können. So geht zweifellos die Rechtlosigkeit der Fremden bei vielen Naturvölkern auf die verschiedensten Gründe zurück, ebenso die Tötung der Kranken und alten Leute, die Couvade, manche Hochzeitsitten, wie das Schießen, die vielfach eigenartige Stellung der Schmiede u. s. w. Alle diese Rechtsschemata von einem Gedankengang aus interpretieren zu wollen, ist durchaus verkehrt. Die Frage, ob wir überhaupt berechtigt sind, von wirklich universalen Rechtsinstituten zu sprechen, kann ich hier nur andeuten.

Alle diese Fragen und noch viele andere methodologische Probleme hoffe ich binnen kurzem eingehender behandeln zu können. Aber schon hier glaubte ich kurz auf sie hinweisen zu müssen, um keinen Zweifel zu lassen, in welchem Sinne ich selber meine Asylrechtsforschungen auffasse.

Das Nachfolgende enthält Nachträge und neue Beiträge zu dem Asylrecht von Ozeanien. Daß es keinen Anspruch auf Vollständigkeit macht, brauche ich nach den obigen Ausführungen kaum erst besonders zu betonen. Die Methode ist

im wesentlichen dieselbe geblieben; insbesondere habe ich mich auch hier immer bemüht, die verbindenden Fäden zwischen dem Asylrechtsinstitut und den übrigen Einrichtungen des Rechts und der Sitte aufzufinden. Durch zweierlei unterscheidet er sich aber doch von dem ersten Band. Einmal habe ich öfter als früher meine Gewährsmänner selber sprechen lassen. Ich halte das methodologisch insofern für zuverlässiger, als sich nun die Leser selber ein Urteil darüber bilden können, auf Grund welcher Daten die einzelnen Züge für die partikuläre Entwicklungsgeschichte des Asylrechts gewonnen sind und ob meine Schlußfolgerungen zutreffen. Ferner habe ich öfter als früher Gelegenheit genommen, an den einzelnen Fall allgemeine Bemerkungen anzuknüpfen, also einige Punkte aus der Philosophie des Asylrechts schon zu antizipieren. Ich bin mir wohl bewußt, daß diese Neuerung dazu führen kann, mich unzulässiger Verallgemeinerungen zu bezichtigen. Ich hoffe aber gleichfalls, daß man mir glauben wird, daß ich diese Bemerkungen immer nur scheinbar einzig und allein auf Grund der einzelnen konkreten Tatsache getan habe, an die ich gerade anknüpfe, in Wirklichkeit aber auf Grund des äußerst umfangreichen weiteren Materials, das ich schon längst gesammelt habe. Ich habe derartige Bemerkungen ab und zu eingeflochten, um die Darstellung zu beleben und um dem Leser schon jetzt ab und zu einen Ausblick auf die Probleme zu gewähren, die ich späterhin in der Philosophie des Asylrechts zu behandeln gedenke. Ob diese beiden methodologischen Aenderungen auch Verbesserungen sind oder nicht, das zu beurteilen muß ich anderen überlassen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich wohl darauf hinweisen, daß ich im vorigen Jahr schon ausführlich gehandelt habe über „Die jüdischen Freistädte in ethnologischer Beleuchtung¹⁰⁾“.

¹⁰⁾ „Globus“ Bd. LXXXVII (1905), S. 213—216.

§ 1.

Australien ¹¹⁾.

Meine Beiträge muß ich gleich mit einer Berichtigung beginnen, zum Glück ist dies aber auch die einzige Berichtigung der im ersten Bande dargestellten Tatsachen, zu der ich mich gezwungen sehe.

Ich sprach es dort als sehr wahrscheinlich aus, daß es Verbrecherasylrecht in Australien nicht geben könne und folgerte dies daraus, daß die Rechts- und Kulturordnung zur Bildung eines solchen Institutes noch nicht reif sei.

Kaum aber hatte ich meine Materialsammlungen einige Monate nach Vollendung des ersten Bandes wieder aufgenommen, da stieß ich auf ein Institut, das man als voll ausgebildetes Verbrecherasylrecht ansprechen muß, aufmerksam gemacht durch eine Notiz im Register eines der Bände der „L'année sociologique“.

Es handelt sich um das interessante Ertnatulunga-Institut bei den Arunta in Zentralaustralien, das von Spencer und Gillen in ihrem klassischen Werke eingehend folgendermaßen beschrieben wird: „The Ertnatulunga may be regarded as the early rudiment of a city or house of refuge. Everything in its immediate vicinity is sacred and must on no account be hurt; a man who was being pursued by others would not be touched so long as he remained at this spot.“

„In each Oknanikilla or local totem centre, there is a spot called by the natives the Ertnatulunga. This is, in reality, a sacred storehouse, which usually has the form of a small cave or crevice in some unfrequented spot amongst the rough hills and ranges which abound in the area occupied by the tribe. The entrance is carefully blocked up with stones so naturally arranged as not to arouse suspicion of the fact that

¹¹⁾ Vgl. Bd. I, 73.

they conceal from view the most sacred possessions of the tribe. In this often carefully tied up in bundles, are numbers of the Churinga, and in one or other of these storehouses every member of the tribe, men and women alike, is represented by his or her Churinga nanja.“

„The immediate surroundings of one of these Ertnatulunga is a kind of haven of refuge for wild animals; once they come close to one of these they are safe, because any animal — emu or kangaroo or wallaby — which, when pursued, ran by instinct or by chance towards the Ertnatulunga was, when once it came close to it, tabu and safe from the spear of the pursuing native. Even the plants in the immediate vicinity of the spot are never touched or interfered with in any way^{12) 13)}.

Ueber die Regierungsorganisation, insbesondere das fast völlige Fehlen jeder Staatsgewalt, vergleiche noch Vierkandt¹⁴⁾, über das Strafrecht auch Letourneau¹⁵⁾.

Obiger trefflichen Schilderung des Ertnatulunga-Institutes ist wenig hinzuzufügen. Es ergibt sich die unzweifelhaft religiöse Grundlage des Asylinstitutes. Interessant ist die gleichzeitige Verwendung als Tierasyl und — wenn man so sagen darf — als Pflanzenasyl: die Idee dieses allgemeinen Ayles scheint hier so entstanden zu sein, daß man annimmt, ebenso wie der einzelne Mensch sich rächt, wenn er oder irgend etwas von seinem Eigentum oder den unter seinem Schutz Stehenden

¹²⁾ B. Spencer and F. J. Gillen, „The native tribes of Central Australia“ (London 1899), p. 135, 133, 134, 134 f. Vgl. außerdem p. 128, 132 f., 648.

¹³⁾ Bemerken möchte ich, daß Prof. Kohler nach seiner Rückkehr von der Reise nach Amerika mir eines Tages hochehrent mitteilte, auch bei den Australnegern habe er Asylrecht gefunden: Wie sich dann herausstellte, hatten wir beide unabhängig voneinander dieselbe Entdeckung gemacht.

¹⁴⁾ Vierkandt, „Die politischen Verhältnisse der Naturvölker“, Zeitschrift f. Sozialwissenschaft IV (1901), p. 418 f.

¹⁵⁾ Letourneau, „L'évolution juridique“ (Paris 1891), p. 27, 28 ff.

von einem Dritten verletzt wird, ebenso würde auch die Gottheit, d. h. wohl die Gesamtheit der Schutzgeister (Churingas) aller lebenden und toten Stammesangehörigen, über jede Verletzung ihrer Interessensphäre ergrimmt sein, möge diese nun im Abhauen eines Baumes, im Töten eines Tieres oder in der Verwundung eines Menschen bestehen. Wir haben es hier also mit einem Asylrecht auf rein religiöser Grundlage zu tun, bei dessen Entstehung egoistische Triebe irgendwelcher Art nicht mitgewirkt zu haben scheinen, das vielmehr lediglich der Furcht vor dem Zorn Gottes seine Wirksamkeit verdankt. Uebrigens begegnen wir auch dem Pflanzenasyl sonst vielfach.

Zu bemerken wäre noch, daß es zweifelhaft erscheint, ob auch Frauen und Kinder — die der Blutrache mit unterworfen sind — im Ertnatulunga Asyl finden oder nur erwachsene Männer. Es ist nämlich gesagt, daß die Churinga bei Todesstrafe (durch den Zorn der Gottheit) von Weibern und Kindern nicht gesehen werden dürften¹⁶⁾. Da sich nun die Churinga eben im Ertnatulunga befinden, so dürfen an und für sich nur Männer diesen Raum betreten. Da wir aber auch anderswo Parallelen dazu finden, so ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß dieses Verbot nicht für verfolgte Verbrecher gilt. Andererseits gewährt ja auch der Platz um das Ertnatulunga herum Asyl, und hier könnten auch Frauen und Kinder Schutz finden, da sie die Churinga nicht sehen: aber es ist auch möglich, daß auch diese ganze heilige Umgegend für Frauen und Kinder tabuiert ist, denn auch hierzu finden wir Analogien im Völkerleben. Zu einer bestimmten Entscheidung der Frage, ob das Asylrecht sich auf alle Stammesangehörigen (und vielleicht sogar auf die Fremden) erstreckt, oder nur auf die erwachsenen Männer, vermögen wir nicht zu gelangen.

Was das Fremdenasylrecht anlangt, so hatte ich im ersten Band nur ein solches gegenüber fremden Eingeborenensstämmen geschildert; nicht dagegen hatte ich die Frage be-

¹⁶⁾ Eod. p. 128.

rührt, wie sich die Australneger gegenüber den Europäern verhalten, einmal, weil mir noch nicht bewußt war, daß sich oft ein Unterschied in der Behandlung fremder Weißen und fremder Eingeborenen konstatieren läßt, und dann, weil ich vom Dogma der Rechtslosigkeit der Fremden ausging. Es hat den Anschein, als ob tatsächlich nur für die Eingeborenen fremder Stämme ein Asylrecht besteht, nicht dagegen für die Europäer; nicht jedoch in dem Sinne, als ob jede Willkür und Gewalttat gegen diese als erlaubt gelte, wenn sie nur ohne Gefahr begangen werden könne, sondern so, daß jedem friedfertigen Fremden auch friedlich und freundlich entgegengetreten wird und Ueberfälle im allgemeinen nur auf solche Weise geschehen, welche durch ihre Ungeschicklichkeit oder auch durch zufälliges Verletzen religiöser Vorstellungen den Unwillen der Eingeborenen erregt haben¹⁷⁾. Einer solchen Stellung gegenüber den Fremden werden wir noch des öfteren begegnen. Was sich daraus für die Entwicklungsgeschichte der rechtlichen Stellung der Fremden ergibt, das gehört in die „Philosophie des Asylrechts“.

§ 2.

Neuseeland.

Ueber die Stellung der Neuseeländer zu den Fremden haben wir eine Nachricht, die deshalb bemerkenswert ist, weil sie zeigt, daß Reisende, die sich nur vorübergehend aufhalten, in diesem Punkte zu einem entgegengesetzten Urteil kommen können gegenüber den langjährig mit der Bevölkerung Vertrauten.

¹⁷⁾ W. Schneider, „Die Naturvölker“ (Paderborn und Münster 1880), II, p. 108 f. unter Berufung auf Leichhardt, „Tagebuch einer Landreise in Australien“, deutsch von Zuchold (Halle 1851), p. 406, 418. Eyre, *Journal of expeditions into Central Australia* (London 1845), II, p. 461 ff. und Frey, „*Journal of two expeditions in Australia*“ (London 1841), II, p. 234 f.

Der Bericht lautet: „Ein Mann, der die Neuseeländer lange gekannt hat und auf dessen Urteil man sich deshalb verlassen kann, erklärt sie für verständig und edelmütig und sagt, sie seien gastfrei und vertrauensvoll gegen die Fremden. . . . Sie sind schlau, aber nicht trügerisch in ihrem Verkehr, gierig nach dem Besitz anderer Gegenstände, obwohl zuverlässig, wenn man ihnen etwas unmittelbar anvertraut, sonst aber nicht sonderlich ehrlich. Wer sie vorübergehend besucht, möchte kaum ein günstiges Urteil unterschreiben und wäre eher geneigt, eine ungünstige Meinung von der Rasse zu fassen“ ¹⁸⁾.

Ueber ein Fremdenasylrecht erfahren wir aus dieser Mitteilung nichts; vielmehr hat es den Anschein, als ob der Fremde — wenigstens der Europäer — als vollkommen gleichberechtigt behandelt wird; aus dem Diebstahl von Sachen der Fremden, die ihnen nicht ausdrücklich anvertraut sind, darf man noch nicht ohne weiteres auf früher bestehende Rechtlosigkeit der Fremden schließen, wovon dies ein survival wäre; dies kann zwar der Fall sein, ist möglicherweise auch anders zu erklären, so z. B. durch die Geschenksitten und die kommunistische Nichtunterscheidung zwischen Mein und Dein ¹⁹⁾. Andererseits können wir aber aus diesem friedfertigen Verhalten den Weißen gegenüber nicht auf ein gleiches Verhalten den fremden Eingeborenenstämmen gegenüber schließen, vielmehr kann diesen gegenüber noch das Prinzip des Fremdenasylrechts oder gar der Rechtlosigkeit in Anwendung kommen. Denn, wie schon oben bemerkt, werden beide Kreise von

¹⁸⁾ „Die Entdeckungsexpedition der Vereinigten Staaten in den Jahren 1838—1842 unter Leutnant Charles Wilkes“. Von ihm selbst beschrieben und nach der Originalausgabe abgekürzt und übersetzt. Stuttgart und Tübingen, Bd. I (1848), p. 300 f.

¹⁹⁾ Vgl. Bücher, „Die Entstehung der Volkswirtschaft“. 4. Aufl. (Leipzig 1904), p. 96 f. Vgl. auch die treffenden Bemerkungen von Fridhjoef Nansen „Eskimoleben“, übers. von M. Langfeldt (Leipzig und Berlin 1903) p. 132 ff. — Dies „Prinzip der Vielseitigkeit der survivals“, wie ich es nennen möchte, wird viel zu wenig beachtet, wodurch man zu einseitigen falschen Schlüssen kommt.

Fremden öfters verschieden behandelt aus verschiedenen Ursachen, worüber in der Philosophie des Asylrechts näher zu handeln ist.

Ueber eigentliches Verbrecherasylrecht habe ich keine Nachricht, auch fehlen mir Angaben über das Strafrecht, so daß ich keinerlei Schlüsse zu ziehen vermag, ob ein solches besteht oder nicht. Dagegen berichtet uns Taylor von einem Asyl für Kriegsfeinde:

„If a person had been taken prisoner in war, and a feeling of pity arose in the breast of one of his captors, though it may have been the general determination to put him to death, the desire of the merciful individual would prevail, by throwing his garment over him; he whom then touched the prisoner with a hostile intention touched also his preserver. An instance of this kind occurred during the late war at Wanganni: one of the inhabitants was captured by the hostile natives, he was on the point of being put to death (as a return in kind for our own narrow and barbarous policy to a native prisoner who was hung at Porirua) when an old chief rushed forward, and threw his blanket over him; the man was spared; and afterwards was treated with great kindness, as though he were one of the tribe“²⁰⁾.

Dieses persönliche Asylrecht, das hiernach der Häuptling den Kriegsgefangenen gewähren lassen kann, beruht auf dem tabu-Gedanken: dadurch, daß er sein Gewand über ihn wirft, erklärt er den Gefangenen für tabuiert, erklärt es für verboten, ihn zu schädigen. Da nun nicht nur der Häuptling etwas tabuieren kann, sondern ein jeder, wenngleich das tabu eines weniger Mächtigen öfters verletzt wird²¹⁾, so konnte wohl auch irgend ein anderer Volksgenosse mit Wirkung gegen Dritte einem Gefangenen Asyl gewähren, nur wird faktisch das Häuptlingsasyl bei weitem quantitativ und qualitativ

²⁰⁾ R. Taylor, „New Zealand“ (London 1855), p. 58 f.

²¹⁾ Eod. p. 59.

den Vorrang gehabt haben. Als möglich, ja wahrscheinlich, muß es übrigens bezeichnet werden, daß derselbe Gedanke auch zur Bildung eines reinen Verbrecherasylrechts geführt hat.

Die Form dieses Asylrechts ist dem „Mantelfrieden“ des deutschen Rechts analog, wozu wir schon früher eine Parallele bei den Tacullies gefunden hatten²²⁾ und weitere, so von den Beduinen, später kennen lernen werden.

§ 3.

Neu-Irland.

Was wir über die Stellung der Neu-Irländer den Fremden gegenüber erfahren, ist interessant, da es unsere schon öfters ausgesprochene Meinung bestätigt, daß im allgemeinen zunächst der friedliche Fremde auch freundlich aufgenommen, und nur der bösesinnige oder der, von dem man sich Böses gewärtig ist, auch als Feind betrachtet wird. Kommt dies letztere öfters vor, so verallgemeinert sich dieser Gedanke leicht zu einer Identifizierung von Fremden und Feind. Hier muß dann das Fremdenasylrecht wohlthätig eingreifen.

Im Gegensatz zu ihrem nicht gerade guten Ruf sind die Neu-Irländer in Wirklichkeit sehr fröhliche und aufgeweckte Menschen, die im Verkehr mit Weißen einen sehr guten Eindruck machen. So besuchte z. B. der Reverend Brown unbewaffnet Plätze, die vorher noch nie von Weißen betreten waren, und obwohl sich einige hundert bewaffnete Eingeborene um ihn sammelten, geschah ihm nie etwas, im Gegenteil wurde er stets freundlich behandelt. „Der längere Verkehr mit Weißen ändert solche Verhältnisse gar bald“²³⁾.

²²⁾ Bd. I p. 112.

²³⁾ Finsch, „Ethnologische Erfahrungen und Belegstücke aus der Südsee“, in „Annalen des k. k. naturhistorischen Hofmuseums“ (Wien 1888), S. 124.

§ 4.

Bismarck-Archipel.

Ueber das Fremdenasylrecht und seine Grundlagen orientiert uns gut, wenngleich etwas einseitig, Graf Pfeil²⁴⁾, zugleich auch über die staatlichen und strafrechtlichen Verhältnisse und das Nichtbestehen eines Verbrecherasylrechtes speziell auf den Wissen-Inseln der Händler Sorge in einem im allgemeinen recht brauchbaren Bericht²⁵⁾.

Für das Fremdenasylrecht liefert Graf Pfeil das Hauptmaterial. Er sagt u. a.: „Ein Fremder erhält zwar, solange er in Geschäften abwesend ist, ebenfalls Nahrung umsonst, ist jedoch sein Geschäft abgewickelt, er aber durch irgend ein Ereignis, vielleicht widrige Winde, an der Abreise verhindert, so wird von ihm erwartet, daß er seinen Unterhalt durch Arbeitsleistung im Garten seines Gastgebers verdiene²⁶⁾.“

„Die Tötung eines nicht zum Stamme gehörigen Mannes wird nicht als Mord angesehen, sondern gilt als verdienstvolle Handlung, weil durch sie die Anzahl der Feinde — und jeder nicht zum Stamme Gehörige ist Feind — verringert wird²⁷⁾.“

„Der Händler begibt sich nun in das Haus seines Gastfreundes; ohne einen solchen zu haben, würde er den Ort nicht zu betreten wagen.“

„Der Gastfreund ist nicht verpflichtet, den Besucher zu beköstigen. Dieser bringt selbst meist einige Nahrungsmittel mit und sucht sich auf der reichbedeckten Tafel, welche das Riff denen, welche es mit offenen Augen betrachten können, stets serviert, seine Mahlzeiten zusammen. . . . Dauert der

²⁴⁾ Graf Pfeil, „Studien und Beobachtungen aus der Südsee“. Braunschweig 1899.

²⁵⁾ Abgedruckt bei Steinmetz, „Rechtsverhältnisse von eingeborenen Völkern in Afrika und Ozeanien“ (Berlin 1903), p. 397—424.

²⁶⁾ Graf Pfeil a. a. O. p. 47.

²⁷⁾ Eod. p. 76.

Besuch lange, und bei ungünstiger Witterung kann er sich leicht beträchtlich in die Länge ziehen, und gehen deshalb dem Besucher die Lebensmittel aus, so macht sich der Gastfreund die Lage sogleich zu Nutzen. Der Besucher muß ihm gewisse Dienstleistungen im Felde oder beim Hausbau verrichten, wofür er Nahrungsmittel zugeteilt erhält“²⁸⁾.

„Ist der Händler ein steter Besucher seines Gastfreundes, so entsteht unter ihnen das stillschweigende Uebereinkommen, sich auch dann nicht offen oder heimlich zu bekämpfen, wenn sie sich auf neutralem Boden treffen, im Falle ihre Stämme sich in offener Feindseligkeit miteinander befinden. Ist dagegen die Gastfreundschaft nur eine flüchtige und zufällige gewesen, so steht beiden Teilen, ohne Verletzung guter Sitte, das Recht zu, sich gegenseitig umzubringen, wenn sie sich begegnen, während ihre Stämme in Fehde liegen“²⁹⁾.

Mit dieser Schilderung steht die knappe Bemerkung Sorges³⁰⁾ im Einklange, daß Gastfreundschaft immer nur „Verbündeten und Freunden“ gewährt werde, niemals einem Mann aus einem „feindlichen“ Bezirke. Ein solcher werde vielmehr stets getötet.

Aus diesem Material lassen sich folgende Grundzüge des Fremdenasylrechts entnehmen: Nur wenn der Fremde einem ausgesprochen feindlichen Stamme angehört, gilt er nicht als Rechtssubjekt: Einem Feinde wird also hier niemals — wie bei vielen anderen Völkern, so z. B. den Kabylen, Arabern, verschiedenen Indianerstämmen Nordamerikas u. s. w. — Asyl erteilt. Eine Mittelstellung zwischen diesen Feinden und den eigenen Stammesangehörigen nehmen die übrigen Stammesfremden ein. Diese sind dem Insulaner zunächst gleichgültig, er verhält sich ihnen gegenüber indifferent. Durch verschiedene Umstände kann sich dieses indifferente Verhalten in Abneigung oder in Zuneigung verkehren.

²⁸⁾ Eod. p. 124 f.

²⁹⁾ Eod. p. 125.

³⁰⁾ Steinmetz a. a. O. p. 416.

Einmal nämlich ist der Eingeborene nach den Gütern des Fremden lüstern oder wittert in ihm gar einen feisten Sonntagsbraten oder aber — und das ist sehr häufig der Fall — fürchtet von dem Fremden bezaubert zu werden u. s. w. Dann wird der Fremde zum Feind. Ist eine dieser Charaktereigenschaften, z. B. die Furcht vor magischen schädlichen Einwirkungen, die von Fremden drohen, bei einem bestimmten Stamm weitverbreitet und sehr groß, so sind bei diesem Stamm die Fremden bis auf weiteres rechtlos, nämlich bis man sich auf irgend eine Weise überzeugt hat, daß vom Fremden eine Gefahr irgendwelcher Art nicht droht.

Andererseits kann sich die Gleichgültigkeit aber auch in freundschaftliches Verhalten verwandeln: Diese Uebergangsstadien haben das Rechtsgebilde des Fremdenasylrechts. Auch diese Umwandlung kann durch die verschiedenartigsten Motive veranlaßt sein. In der Regel aber ist es der Eigennutz, welcher diesen Umschwung herbeiführt, so auch im Bismarckarchipel: Der Händler ist meistens der erste Fremde, welcher Schutz erhält.

Wir können hier noch gut aus den Zeremonien, die vor Aufnahme von Fremden als Gastfreunde für erforderlich erachtet werden, ersehen, daß sich beide Teile erst vergewissern müssen, daß sie keine feindseligen Absichten hegen. So, wenn ein fremder Schiffer erst dann ans Land geht, nachdem er von den Bewohnern begrüßt ist und sie seinerseits wieder angegrünzt hat und diese Zeremonie auf dem Lande bei Annäherung beider Parteien wiederholt wird³¹⁾. Dann das Kauen von Betel und das Essen von Nahrungsmitteln, die dem völlig Fremden, beim ersten Besuche gereicht, von ihm aber zum Teil dem Hausherrn zurückgegeben werden und von diesem und seinen Familienmitgliedern gleichfalls verzehrt werden müssen: Auch hierin sehe ich wie Graf Pfeil ein survival von der Rechtslosigkeit des Fremden, deute aber doch den

³¹⁾ Eod. p. 124.

Vorgang wesentlich anders. Während Pfeil annimmt, daß man sich hierdurch vor einer Vergiftung hüten wolle, glaube ich vielmehr, daß durch das gemeinsame Essen vielmehr eine mystische Beziehung ähnlich der Blutsbrüderschaft hergestellt wird, welchen Gedanken wir auch sonst finden, so bei den Arabern²³⁾. Es beruht dies auf einer Art philosophischer Weltanschauung der Naturvölker, deren Prinzip ist, daß alles, was mit einem Menschen in Beziehungen steht, auch von diesem Menschen wesentlich beeinflußt ist. Hierauf werden wir ausführlich in der Philosophie des Asylrechts zu sprechen kommen. Die Deutung, die Pfeil diesem Brauche gibt, erweist sich schon deshalb als unzulänglich, weil hierdurch höchstens erklärt werden könnte, daß auch der Hausherr und seine Familie von der dem Fremden gereichten Speise essen müssen, — dafür aber, daß dem Fremden überhaupt Speise gereicht wird und daß er vorher nichts unternehmen darf, ist damit keinerlei Deutung gegeben.

Interessant ist auch die verschiedene Abstufung der Wirkungen des Fremdenasylrechts. An und für sich widerspricht es durchaus nicht der guten Sitte, wenn man einen früheren Gastfreund als Feind betrachtet, wenn der eigene Stamm mit dem des früheren Gastes in Krieg geraten ist: Man kann ihn daher erschlagen, wo man ihn trifft, und tut dies auch. Anders ist es aber, wenn es sich nicht um einmalige flüchtige Gastfreundschaft handelt, sondern um fast dauernd gewordene, oft langjährige Beziehungen, so daß der Stammesfremde für seinen Wirt fast zum Stammesfreund geworden ist. Werden dann die beiden Stämme einander feindlich gesinnt, dann werden eo ipso damit zwar auch die beiden zu Nationalfeinden, suchen

²³⁾ Vgl. z. B. auch die Eheschließung durch gemeinsamen Schmaus: Post, „Grundriß der ethnologischen Jurisprudenz“ II (Oldenburg und Leipzig 1895) p. 86, wovon sich im Erzgebirge ein Rest in der Art findet, daß man glaubt, eine Ehe würde friedlich, wenn die Verlobten einmal aus einer Schüssel „essen oder suppen“: Ad. Wuttke, „Der deutsche Volksaberglaube der Gegenwart“, 3. Bearbeitung (Berlin 1900) § 560.

sich aber, soweit möglich, zu schonen, und unternehmen gegeneinander wenigstens nichts, wenn sie sich nicht in offener Schlacht, sondern auf neutralem Gebiete begegnen. Bestehen zwischen zwei Stämmen zahlreiche solche Freundschaftsbünde, so leuchtet es ein, daß dies im Laufe der Zeit naturgemäß auch auf die Beziehungen beider Stämme als Ganzes einen mildernden Einfluß haben muß: Es entstehen dann Friedens- und Freundschaftsbündnisse zwischen beiden Stämmen; das Fremdenasylrecht hat seine segensreiche Mission erfüllt und ist zwischen diesen beiden Stämmen ein überwundener Zustand.

Soviel über das reine Fremdenasylrecht. Aber auch fremden Verbrechern kommt das Asylrecht zu gute. „Es gibt hier ein Asylrecht für flüchtige Verbrecher. Und zwar gewährt eine fremde Gemeinde in einem fremden Bezirke diesem Schutz. Will der Flüchtling den von seinen Widersachern verlangten Blutpreis oder die Buße nicht zahlen, so kommt es auch vor, daß er sich dauernd in der ihm Schutz gewährenden Gemeinde niederläßt“³³⁾).

Die soziale Funktion dieses Asylrechts für Verbrecher können wir erst voll würdigen, wenn wir uns mit den Prinzipien des Strafrechts und den damit zusammenhängenden des Staatsrechts vertraut gemacht haben.

Das wollen wir im folgenden ausführlich tun, da wir aus dem Charakter dieser Rechtsbestimmungen zugleich auf die Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit der Existenz oder des Nichtbestehens von Verbrecherasylrecht — unzweideutige Nachrichten fehlen darüber — ziehen wollen.

Es gibt Häuptlinge, die im allgemeinen wie jeder andere Kanake leben³⁴⁾. Wir haben es hier mit einem rein faktischen und nicht erblichen Häuptlingstum zu tun. „Der tapferste, schlaueste und reichste Mann wird Häuptling, und wenn er körperlich und besonders geistig schwach wird, dann tritt ein

³³⁾ Steinmetz a. a. O. p. 420.

³⁴⁾ Eod. p. 416.

anderer an seine Stelle. Dieses kann natürlich sein Schwestersohn oder eigner Sohn sein³⁵⁾.

Die Rechtspflege innerhalb des Bezirkes eines Häuptlings wird von den Volksgenossen ausgeübt. „Wenn Streitfälle vorkommen, so werden dieselben gewöhnlich durch ein Palaver, an dem sich der ganze Bezirk beteiligt, erledigt. Der Streit wird entweder friedlich beigelegt, oder es wird eine Sühne gezahlt, oder aber die Parteien scheiden als Feinde und bei nächster Gelegenheit überfällt einer den anderen und sucht den Gegner schwer zu verwunden oder gar zu ermorden“³⁶⁾.

Also Häuptlingstum noch faktisch und Prozeß noch Selbsthilfe.

Die Blutrache geht auch gegen die Verwandten und Stammesgenossen des Mörders³⁷⁾, in der Regel jedoch nur subsidiär, wenn derjenige, gegen den sich die Blutrache in erster Linie richtet, nicht erwischt werden kann³⁸⁾, z. B. weil er zu einem fremden Stamme geflohen ist.

Als Straftaten gelten Tötung durch Waffen, Vergiftung oder Zaubern³⁹⁾, auch Verwundungen und Ehebruch. Diese ziehen Blutrache nach sich, bezw. Krieg zwischen den verschiedenen Stämmen. Beleidigungen, Diebstahl, Tötung von fremden Haustieren werden durch Zahlung einer Buße gesühnt⁴⁰⁾.

Primäre Blutrache, d. h. solche für einen Mord (oder angeblichen durch Zauberei) wird niemals abgelöst. Meistens zieht auch die in berechtigter Blutrache geschehene Tötung wieder Blutrache nach sich, doch wird für die Ablösung dieser sekundären Blutrache manchmal, wenn auch sehr selten, ein Blutpreis angenommen⁴¹⁾.

³⁵⁾ Eod. p. 417.

³⁶⁾ Loc. cit.

³⁷⁾ Eod. p. 417 f.

³⁸⁾ Eod. p. 401.

³⁹⁾ Eod. p. 420.

⁴⁰⁾ Eod. p. 421, vgl. p. 420 in Verbindung mit 419.

⁴¹⁾ Eod. p. 418.

Der Häuptling bekommt entsprechend seiner minimalen Machtstellung keinen Teil der Buße oder des Blutpreises, aber auch nicht die Gemeinschaft der Dorfgenossen, vielmehr fallen beide unverkürzt der Familie des Verletzten oder Ermordeten zu⁴²⁾).

Wie man es nach alledem auch gar nicht anders erwarten kann, gilt das Prinzip der objektiven Erfolgshaftung: auf Zufall und Unzurechnungsfähigkeit wird keinerlei Rücksicht genommen⁴³⁾).

Was nun die Bedeutung des Verbrechern dienenden Fremdenasylrechts anbelangt, so muß es einerseits eine große soziale Aufgabe erfüllen, weil durch den Glauben an Mord durch Zauberei und durch die Nichtberücksichtigung der Unzurechnungsfähigkeit und des Zufalls sicher zahlreiche Unschuldige der Blutrache verfallen, denen aber durch dieses Asylrecht die Möglichkeit geboten wird, ihr Leben in Sicherheit zu bringen; andererseits aber wird dies Asylrecht in seiner segensreichen Wirkung zum Teil dadurch unwirksam gemacht, daß subsidiär die Blutrache sich auch gegen die Sippegenossen des der Blutrache Verfallenen richtet. Auch hier gilt aber, was ich schon im ersten Band gelegentlich einmal ausgeführt habe, daß nämlich von den nicht persönlich Schuldigen im Laufe der Zeit die Komposition doch leichter angenommen wird, analog wie sich zuerst bei Fahrlässigkeitsdelikten die Komposition entwickelt hat, während die vorsätzlichen zunächst unstöhnbar blieben.

Was nun die Möglichkeit des Bestehens eines internen Verbrecherasylrechts anbetrifft, so möchte ich sie der Schwäche des Häuptlingstums und des primitiven Charakters des gesamten Strafrechts wegen verneinen. Auch erfüllt ja das Fremdenasylrecht hier zum großen Teil die Zwecke des Verbrecherasylrechts. Doch muß man mit solchen Schlüssen sehr vorsichtig sein, wie mein Irrtum bezüglich der Australneger

⁴²⁾ Eod. p. 419, 420.

⁴³⁾ Eod. p. 418, 420.

ja zur Genüge gezeigt hat. In unserm Falle, glaube ich, gehen wir aber bei der Verneinung ganz sicher, denn wir können annehmen, daß, wenn unser Gewährsmann das völkerrechtliche Asylrecht anführt, er auch etwa bestehendes Verbrecherasylrecht erkannt hätte, schon wegen der Reminiszenzen aus der Schulzeit an die jüdischen Freistädte.

So werden wir in der folgenden Mitteilung von Finsch kein Asylrecht vermuten. Nachdem er ausgeführt, daß das Tabu nichts mit der Religion zu tun habe, sondern der Hauptsache nach praktischen Zwecken diene, fährt er fort: „Auch die Mission zog Vorteil aus dieser Sitte und stellte die Kirchen als unverletzlich unter den Tabu der Eingeborenen, wußte also den heidnischen Gebrauch zum Besten der Kirche klugerweise auszunützen“⁴⁴).“

Soll auch nicht die Möglichkeit geleugnet werden, daß die Missionare — ähnlich wie in China⁴⁵) — die Unverletzlichkeit der Kirche benutzend, sie zuerst faktisch kraft ihrer Macht zu einem Asyl gemacht haben, und daß sich dieses rein tatsächliche Verhältnis durch die Anerkennung seitens der Eingeborenen in eine Rechtsqualität umgewandelt hat, d. h., daß die rein faktische Asyleinrichtung zu einem Asylrecht geworden ist, so muß dies doch nach dem vorhergehenden als sehr unwahrscheinlich bezeichnet und überhaupt jedes Verbrecherasylrecht als nicht vorhanden stark vermutet werden.

⁴⁴) Finsch, „Ethnologische Erfahrungen und Belegstücke aus der Südsee“ (Annalen des k. k. naturhistorischen Hofmuseums, Wien 1888), p. 115.

⁴⁵) Vgl. hierüber vorläufig Giles, „Chinesische Skizzen“, p. 254.

§ 5.

Neu-Guinea⁴⁶⁾.

Ueber das Verbrecherasylrecht sind nur einige kurze Ergänzungen zu geben.

Ueber den eigenartigen Charakter der Asylstätten, der Dubus, vergleiche man Schurtz⁴⁷⁾.

Von dem Papuastamm der Jabims erwähnt Hagen⁴⁸⁾ kurz sowohl örtliches als auch zeitliches Verbrecherasylrecht, während ihm in Bogadjim (an der Astrolabebai⁴⁹⁾) kein Asylrecht bekannt ist. Er sagt: „Ich weiß zwar nicht, ob in Wjenge die sonst überall bei den Papua streng herrschende Blutrache bereits abgeschafft wurde, wie es seit kurzem in Bogadjim der Fall ist, wobei ich aus Mangel an Erfahrung unentschieden lassen muß, ob an Stelle derselben wie anderwärts ein Abkauf, eine Komposition getreten ist und ob dies für alle Fälle, selbst absichtlichen, vorsätzlichen Mord gilt. Ein Asylrecht besteht meines Wissens in Bogadjim nicht, wie bei den Jabims, wo das Dorfhaus und das Haus des Häuptlings dem Verfolgten Schutz gewähren. Auf den Märkten selbst und während der Beschneidungsmonate herrscht Gottesfriede.“

Interessant ist, daß neben dem Dubu auch die Häuptlingshütte Schutz gewährt. Das Asylrecht hat seinen ausschließlich demokratischen Charakter, wenn man so sagen darf, verloren und nebenbei monarchistischen angenommen. Das zeitliche Asylrecht während der Beschneidungsmonate ist bemerkenswert; eine Parallele dazu ist mir bislang nicht aufgestoßen.

⁴⁶⁾ Vgl. Bd. I, § 7. — Ueber die staatlichen Verhältnisse auch Featherman, *The social origin of the races of mankind* II (1887), p. 137 ff.

⁴⁷⁾ Schurtz, „Altersklassen und Männerbünde“. Berlin 1902, p. 225 ff. Dort auch p. 226 die Asylqualität der Dubus erwähnt.

⁴⁸⁾ B. Hagen, „Unter den Papuas“, S. 253.

⁴⁹⁾ Eod. p. 211 und 253 f.

Was das Asylrecht der Märkte anbelangt, so ist es nicht recht ersichtlich, ob wir es hier mit zeitlichem oder örtlichem Asylrecht zu tun haben, d. h. ob wir „Märkte“ mit Marktzeit oder mit Markttort zu identifizieren haben. Für die zweite Annahme spricht die Präposition „auf“; für zeitliches Asyl dagegen die Zusammenstellung mit dem zeitlichen Asylrecht der Beschneidungsmonate und nicht mit den anderen beiden örtlichen. Doch läßt sich die logisch unkorrekte Verbindung der vier Asylformen immerhin leichter erklären (der Symmetrie halber: Zwei Gruppen mit je zwei Fällen) als der Gebrauch von „auf“ statt „während“. Aus diesem Grunde werden wir es hier wohl mit einem örtlichen Asylrecht zu tun haben. Nicht ausgeschlossen ist — ja ich möchte es sogar für recht wahrscheinlich halten — daß dies örtliche Asylrecht zugleich zeitlich beschränkt ist. Wie noch heutzutage unsere Wochenmärkte, Jahrmärkte und Messen nicht ständig stattfinden, sondern in mehr oder minder regelmäßigen Zeitintervallen, so auch bei den Naturvölkern⁵⁰⁾. In der Regel wird nun der Markttort nur während der Marktzeit Asyl gewähren, denn der Zweck dieses Rechtsinstitutes ist, den Frieden, der durch das Zusammenströmen so vieler Menschen besonders gefährdet ist, zu wahren, um einen Austausch der Güter überhaupt zu ermöglichen. Später kann freilich die Entwicklung dahin gehen, daß das Asylrecht seinen temporären Charakter verliert und zeitlich unbeschränkt wird; das erste Entwicklungsstadium des Marktfriedens stellt dieser Zustand aber nicht dar. So haben wir in dem Marktfrieden ein Rechtsinstitut, das so recht die Verquickung des örtlichen und zeitlichen Asylrechts — und indirekt dadurch auch des persönlichen — veranschaulicht.

Nun noch einige Worte über die negative Mitteilung bezüglich Bogadjim. Hagen drückt sich vorsichtig aus, indem

⁵⁰⁾ Vgl. K. Bücher, „Die Entstehung der Volkswirtschaft“, 4. Aufl. (Tübingen 1904), p. 70 und H. Schurtz, „Urgeschichte der Kultur“ (Leipzig und Wien 1900), p. 288. Vgl. auch Dr. Karl Friedrichs, „Universales Obligationenrecht“ (Berlin 1896) p. 88 f.

er sagt, seines Wissens bestände dort kein Asylrecht. Manchmal ist eine solche negative Mitteilung nur auf eine Verkenning des Begriffes Asylrecht zurückzuführen⁵¹⁾; bei Hagen scheint dies aber ausgeschlossen zu sein, da er nicht nur das örtliche Asylrecht erwähnt, sondern auch das zeitliche, so daß man wohl nicht fehlgeht mit der Annahme, daß er auch etwaiges in Bogadjim bestehendes persönliches Asylrecht als solches erkannt und richtig gedeutet haben würde. Nun sind zwei Möglichkeiten vorhanden: Entweder bestand in der Tat in Bogadjim kein Asylrecht oder das bestehende blieb Hagen nur unbekannt. Da Hagen durch seine vorsichtige Ausdrucksweise andeutet, daß er die Rechtsverhältnisse in Bogadjim nicht so weit beherrscht, daß er ein sicheres Urteil fällen kann, so berechtigt uns nichts dazu, diese negative Mitteilung in eine negative Tatsache zu verwandeln, d. h. anzunehmen, daß in Bogadjim kein Asylrecht besteht. Würden wir diesen Schluß ziehen dürfen, dann wäre die negative Tatsache des Fehlens des Verbrecherasylrechts in Bogadjim allerdings ebensowichtig für die Erkenntnis der Entwicklungsprinzipien dieses Rechtsinstitutes als die positive Tatsache des Vorhandenseins von Verbrecherasylrecht bei den Janbims. So aber, wie die Sachen liegen, ist die Mitteilung für uns belanglos.

Auch über das Fremdenasylrecht sind einige geringfügige Zusätze zu machen.

Ich hatte ausgeführt, daß anscheinend weniger der Dubu Fremden Asyl gewährt, als die schon vorher erteilte gastliche Aufnahme⁵²⁾. Diese Ansicht kann ich durch zwei weitere Berichte stützen.

Einmal durch das, was Wilkes bezüglich der Fidschi-Inseln sagt: „Every Feejee village has a sacred house or „mbure“ . . . Women are excluded from the Feejee mbures; which are

⁵¹⁾ So z. B. die Negierung des Verbrecherasylrechts auf den Marshallinseln von Senfft bei Steinmetz, „Rechtsverhältnisse“ p. 450.

⁵²⁾ Bd. I, S. 8 f.

used by the men as places of public resort, and around which they are often seen lounging. Strangers are entertained and lodged and feasts are held in these houses . . .⁵³⁾. Ganz analog wie der Dubu auf Neuguinea dient also der mbure der Fidschi-Insulaner zugleich als Männerhaus und als — modern ausgedrückt — Hotel. Davon aber, daß die Fremden erst dann sicher sind, wenn sie das Junggesellenhaus betreten haben, findet sich keine Spur.

Noch deutlicher tritt derselbe Gedanke, daß es sich bei dem Fremdenasylrecht der Papuas nicht um das örtliche Asylrecht der Dubu handelt, sondern um das persönliche der ausdrücklich erteilten Gastfreundschaft, geht aus einem Bericht hervor, der sich bei Basset findet:

„D'après le rapport de Witsen, dans le „Nord en Oost Tartarye“ les Papous du Nord-Ouest de la Nouvelle Guinée, dans les endroits fréquentés par les gens de Ceram font, avec un bambou effilé, des entailles à leurs bras et à ceux de leurs visiteurs. Le succion réciproque de ces blessures constitue leur serment et implique l'engagement de ne se causer aucun dommage“⁵⁴⁾. Hierdurch dürfte meine Vermutung als zutreffend erwiesen sein.

Die Zeremonie der Blutsbrüderschaft soll nicht nur vor körperlichen Angriffen sicher stellen, sondern vor allen Dingen auch vor envoûtement und sonstigen Zaubereien, denn, wie in der Philosophie des Asylrechts näher ausgeführt werden soll, beruht das Mißtrauen der Wilden gegen die Fremden, das

⁵³⁾ Wilkes, „United states exploring expedition“, Vol. IX (Philadelphia 1848), p. 152.

⁵⁴⁾ René Basset, „Les fraternisations par sang“ (in „Rev. des traditions populaires“ (Paris XVII, 1902), p. 59, unter Berufung auf Major, „Early voyages to Terra Australia“ (London 1859), p. 92. — Bei dieser Gelegenheit sei auf das ungemein reichhaltige Material hingewiesen, das die volkkundlichen Zeitschriften dem ethnologischen Juristen bieten und das noch völlig brach liegt. In der Zeitschr. f. vergl. Rechtswiss. werde ich mich nächstens darüber näher verbreiten.

sich sehr oft bis zur völligen Nichtachtung der Persönlichkeit („Rechtslosigkeit“) steigert, zum großen Teil auf ihrer mythischen Weltanschauung, auf der Furcht, der Fremde könne ihnen durch allerlei magische Künste Schaden an Leib und Seele zufügen.

§ 6.

Samoa ⁵⁵⁾.

Auch dieses Kapitel der Universalgeschichte des Asylrechts erhält, wie gar manches andere, durch das neu durchforschte Material eine wesentliche Bereicherung: Während im ersten Band nur Verbrechern dienendes Fremdenasylrecht geschildert werden konnte, läßt sich jetzt nicht nur reines Fremdenasylrecht nachweisen, sondern auch Verbrecherasylrecht, und zwar sowohl reines als auch Kriegsfeinden dienendes.

Für die Schilderung der staatlichen Verhältnisse ist zunächst eine Reihe neuer Quellen anzuführen ⁵⁶⁾. Gut ist die Zusammenfassung bei Featherman ⁵⁷⁾: „The chiefs (alii) occupied the highest rank in Samoan society . . . They enjoyed many privileges, and universal deference was paid to them . . . The village chiefs (fa'i-pule) looked upon the inhabitants of the community as their children, and they considered it their duty to avenge their wrongs . . . Their authority was by no means arbitrary, for on all important occasions they called a meeting which was attended by the heads of families, whose opinion exercised much influence in reaching a final decision; for here all questions of general interest were discussed . . .“

⁵⁵⁾ Vgl. Bd. I, § 8.

⁵⁶⁾ Meinicke, „Die Inseln des Stillen Ozeans“ II, S. 199 f. — Turner, „Nineteen years in Polynesia“ S. 279 f. — Powell in „Christian work“ 1868, S. 287. — „Nautical Magazine“ XXXIV, S. 293 f. — Die beiden letzten waren mir aber nicht zugänglich.

⁵⁷⁾ Featherman a. a. O. II (1888), S. 155.

Um dieses Bild zu vervollständigen, wollen wir die für das Fremdenasylrecht wichtige Tatsache hervorheben, daß in der Regel jede Insel, ja jeder Distrikt in der Regel durchaus souverän war, und daß nur selten sich die verschiedenen Häuptlinge zu einem Staatenbund vereinigten, und daß der einzige Herrscher, der ganz Samoa unter seinem Szepter vereinte, der in den ersten Dezennien des neunzehnten Jahrhunderts regierende König Tavita war⁵⁸⁾.

Für die innerstaatliche Stellung des Häuptlings ist besonders charakteristisch und gerade uns am meisten interessierend sein Einfluß auf die Strafrechtspflege.

Wir wissen schon, daß im allgemeinen das Strafrecht noch im Stadium der Blutrache von Familie zu Familie sich befindet, daß sich aber Keime eines staatlichen Strafrechts schon nachweisen lassen⁵⁹⁾.

Wir sind jetzt in der Lage, diesen für das Verbrecherasylrecht bedeutungsvollen Umstand näher charakterisieren zu können. Da sich die Samoaner im Uebergangsstadium befinden, so wird es im Interesse größerer Klarheit angebracht sein, von den individualistischen, d. h. dem Gedanken der Rache angehörenden Elementen des konkreten Strafrechts zu sondern die sozialen, d. h. das Strafrecht und die Strafpflicht des Staates anerkennenden.

Die individualistischen Faktoren überwiegen hier noch, bezeichnet doch v. Bülow das Gesetz der Privatrache geradezu als der Samoaner oberstes Gesetz⁶⁰⁾. Mord und Ehebruch wurden auf dem Wege der Blutrache mit dem Tode gesühnt⁶¹⁾;

⁵⁸⁾ A. a. O. S. 156.

⁵⁹⁾ Vgl. Bd. I, S. 14.

⁶⁰⁾ W. v. Bülow, „Das ungeschriebene Gesetz der Samoaner“, im „Globus“ LXIX (1869), S. 192.

⁶¹⁾ Featherman a. a. O. p. 156. — „Die Entdeckungsexpedition der Vereinigten Staaten in den Jahren 1838—1842 unter Leutnant Charles Wilkes“. Von ihm selbst beschrieben und nach der Originalausgabe abgekürzt übersetzt (Stuttgart und Tübingen, 2 Bde., 1848 und 1850).

während aber anfänglich diese Verbrechen ebenso wie die Entführung einer Häuptlingsfrau mit ihrer Einwilligung stets mit dem Tode bestraft wurden⁶²⁾, hat sich allmählich Ablösbarkeit der Todesstrafe herausgebildet. Trotzdem durch die Ablösbarkeit der Blutrache indirekt dem staatlichen Strafrecht der Boden bereitet wird, so ist das Kompositionssystem in Samoa doch zu den individualistischen Elementen des Strafrechts zu zählen, weil es sich offenbar ohne Einwirkung des Staates gebildet hat, jedenfalls die Annahme der Sühne ganz im Belieben des Verletzten steht und die Komposition, falls sie angenommen wird, unverkürzt dem Bluträcher zu gute kommt, ohne daß, wie etwa im spätern germanischen Recht, ein Teil derselben als *fredus*, als Friedensgeld, an den Häuptling zu zahlen wäre: hierin zeigt sich, daß auch durch einen Mord noch nicht die Gesamtheit verletzt gilt, sondern nur die betreffende, unmittelbar getroffene Familie. Ein weiteres Zeichen dafür, daß die Ablösbarkeit der Blutrache erst im Begriff ist, sich zu einer allgemeinen Einrichtung des Rechtslebens auszubilden, ist, daß sich noch kein fester Blutpreis, noch keine Durchschnittstaxe für den Wert eines Menschenlebens gebildet hat, sondern daß der Betrag der Komposition von Fall zu Fall vereinbart wird⁶³⁾. Weiterhin mußte nicht nur der eigentliche Blutpreis als Sühne gezahlt werden, sondern die der Blutrache Ausgesetzten mußten sich ihren Todfeinden auf Gnade und Ungnade preisgeben in demütiger Stellung und unter Symbolen, die mehr als deutlich erkennen ließen, daß die Flehenden eigentlich den Tod verdient hätten⁶⁴⁾.

Wenn nun auch in der Regel zwar diese Sühne als aus-

[Reisen und Länderbeschreibungen der älteren und neuesten Zeit, herausgegeben von E. Widenmann und H. Hauff⁶⁾, Lieferung 33 und 34.] Bd, II, S. 231. — [Künftig einfach zitiert als Wilkes Uebersetzung.]

⁶²⁾ Wilkes (Uebers.) II, S. 231.

⁶³⁾ Wilkes (Uebers.) II, S. 231.

⁶⁴⁾ M. v. Bülow a. a. O. S. 193. — Wilkes (Uebers.) II, S. 231. — A. Krämer, „Die Samoainseln“ II (Stuttgart 1903), S. 100.

reichend angesehen wurde und der Zorn der Bluträcher verschwand⁶⁵⁾, so kamen doch auch Fälle vor, wo der Bluträcher sich durch den Anblick des Gegenstandes seines Hasses zur sofortigen Vergeltung hinreißen ließ⁶⁶⁾. Die Sühnezeremonie — ifoga genannt — verpflichtet also auf Samoa den Rächer nicht zum Aufgeben seiner Rache, wie dies bei vielen andern Völkern der Fall ist — wieder ein Zeichen der geringen Entwicklung des Kompositionsgedankens —, es hatte sich also kein persönliches Asylrecht gebildet, die individualistische Sühnezeremonie hat sich noch nicht zu einer sozialen entwickelt. Schließlich gehört hierher noch die Verwandtenhaftung.

v. Bülow berichtet, daß bei den schwersten Verbrechen, nämlich bei Mord, Totschlag und Ehebruch mit der Frau des Häuptlings oder Tulafale die Blutrache auch gegen jedes beliebige Mitglied der Familie des Täters sich richtet⁶⁷⁾. Für den Mord wird diese Richtung der Blutrache gegen die Sippe des Täters von Wilkes bestätigt, aus dessen Mitteilung zugleich hervorgeht, daß die Blutrache auch aktiv eine Sache der Sippe war, daß wir es hier also noch mit Blutrache von Sippe zu Sippe zu tun haben⁶⁸⁾.

Während all diese Momente der Periode der privaten Vergeltung für erlittenes Unrecht angehören, zeigen doch anderseits zahlreiche, bedeutungsvolle Ansätze zu einem staatlichen Strafrecht. Schon nach dem ältesten Bericht ist die Blutrache an eine gewisse Frist gebunden: Nach längerer Zeit darf sie nicht mehr ausgeübt werden, sondern muß das Lösegeld verbunden mit der Demütigung angenommen werden⁶⁹⁾. Dies ist für das Fremdenasylrecht, wie unten des nähern ausgeführt werden soll, von weittragender Bedeutung. Nach v. Bülow hat

⁶⁵⁾ M. v. Bülow a. a. O. S. 193.

⁶⁶⁾ Krämer a. a. O. II, S. 100.

⁶⁷⁾ a. a. O. S. 193.

⁶⁸⁾ a. a. O. S. 231; vgl. Featherman a. a. O. S. 156.

⁶⁹⁾ Wilkes (Uebers.) a. a. O. S. 168 f.

die Ortsversammlung gar das Recht, die Privatrache dadurch außer Wirksamkeit zu setzen, daß sie selber die Initiative ergreift und entweder den Uebeltäter bestraft oder die angebotene Strafe annimmt. Wer sich trotzdem rächt, verfällt selber der öffentlichen Strafe der Landesverweisung, Wüstung und Vermögenskonfiskation⁷⁰⁾. Auch hierauf werden wir noch zurückkommen. Noch weiter hatte der soziale Gedanke des Strafrechts und der Strafpflicht des Staates Eingang gefunden nach Krämer: „Wenn auch hauptsächlich alles zwischen den einzelnen Familien ausgemacht wurde, so gab es doch genug Vergehen, welche in den Augen der Bevölkerung herkömmlicherweise so verdammenswert erschienen, wie z. B. Ehebruch, Beraubung namentlich der Taropflanzungen, daß die Mitwirkung dritter häufig genug in solchen Fällen vorkam⁷¹⁾. Des weitern meldet derselbe äußerst gewissenhafte Reisende, daß öffentliche Hinrichtung als Strafe für Mord — Raubmord sei so gut wie unbekannt — von den Versammlungen von Dorfschaften oder Distrikten beschlossen werde⁷²⁾. Hier hat also die Gesamtheit das Amt des Bluträchers an sich genommen.

Nach all diesem muß Samoa ein für das Aufkommen von Verbrecherasylrecht in hohem Grade geeignetes Land sein, da, wie wir schon im ersten Band des öftern nachweisen konnten, dieses Rechtsinstitut im Zersetzungsstadium der Blutrache und in der Periode der ersten Entwicklung staatlichen Strafrechts seinen Ursprung hat, indem einerseits seine Bildung von dem Gedanken das Strafrecht des Staates begünstigt wird, während es anderseits wiederum an der Erstarkung des Staatsgedankens einen kaum hoch genug anzuschlagenden Anteil hat.

So kann es uns denn zum mindesten nicht überraschen, wenn wir jetzt in der Lage sind, in der Tat außer dem schon

⁷⁰⁾ A. a. O. S. 192.

⁷¹⁾ A. a. O. II, S. 96; eod. I, S. 40 wird in einer Erzählung ein Beispiel hierfür angeführt.

⁷²⁾ Eod. II, S. 101.

im ersten Band geschilderten Fremdenasylrecht für Verbrecher auch innerstaatliches Verbrecherasylrecht nachzuweisen.

Das Asylrecht beruhte auf durchaus weltlicher Grundlage, nämlich auf dem Häuptlingsrecht: „Das Haus des Häuptlings ist eine Freistätte für Notleidende, Bedrohte, Verfolgte. Die Verletzung dieser Freistätte, die Bedrohung, Beschimpfung der den Schutz des Häuptlings Nachsuchenden wird als Beleidigung des Häuptlings bestraft. Es gilt für den Häuptling als Ehrensache, den Schutz nachhaltig auszuüben“ ⁷³⁾. Nähere interessante Details werden durch Krämer gegeben, der dies Asylrecht folgendermaßen schildert: „Natürlicherweise standen dem Verurteilten auf Samoa keinerlei Rechtsmittel zur Verfügung, auch kein König vermochte ein Wort der Begnadigung“ ⁷⁴⁾ zu sprechen. Wohl aber gab es doch einen Weg, der vor der Ausführung des Urteils und sogar vor dem Tode schützen konnte, nämlich gewisse Asyle, Zufluchtsstätten, *salufaiga*, deren Betreten Befreiung und Rettung brachte. Vor allem waren diese Zufluchtsstätten gewisse Häuser angesehener Häuptlinge, die schon im ersten Bande genannt sind, nämlich z. B. das des Tafaeono zu Vaila auf Upolu, das des Salā in Lealatele auf Savai'i, das Haus des Fa'ivae in Leone auf Tutuila u. s. w., während bei kleineren Strafen als Prügel, namentlich wegen Achtungsverletzung gegen Häuptlinge, schon jedes Haus eines Dorf- oder Sprecherhäuptlings Schutz bot“ ⁷⁵⁾.

Die Struktur des Asylrechts ist nach diesen beiden Berichten also folgende: Asyl gewähren können für kleinere Vergehen auch die Dorfhäuptlinge, für schwere Verbrechen nur gewisse angesehene Häuptlinge. Dies ist in der Natur der Sache begründet. Das Asylrecht tritt der wilden Rachgier des einzelnen hemmend gegenüber; es vermag sich deshalb

⁷³⁾ v. Bülow a. a. O. S. 194.

⁷⁴⁾ Ueber den Zusammenhang des Begnadigungsrechts der Krone mit dem Asylrecht wird in der Philosophie des Asylrechts näher zu sprechen sein.

⁷⁵⁾ A. a. O. II, 101.

wirksam zu erweisen nur dann, wenn hinter ihm eine Macht steht, die sich als kräftig genug erweist, in dem Bluträcher mindestens ebenso starke Gegenmotive zu erzeugen; bei kleineren Vergehen ist die Rachgier bei weitem nicht so intensiv und leidenschaftlich, als wenn es sich um Leib und Leben handelt, und infolgedessen vermag hier eine Macht dem Verbrecher wirksamen Schutz zu verleihen, die sich als absolut unfähig erweisen würde, der Leidenschaft des Bluträchers ein Bollwerk entgegenzusetzen und den Mörder zu schützen. Es ist dies dieselbe Erscheinung, die wir auch bei den Kabylen fanden: „Tant l'homme, tant vaut l'anaïa“⁷⁶⁾.

Teilhaftig werden des Asylrechts kann ein jeder, selbst der schlimmste Verbrecher: In dieser Beziehung ist das Verbrecherasylrecht also zweifellos absolut. Ob es auch in dem Sinn absolut ist, daß der Verbrecher jeder Strafe ledig wird, darüber geben uns beide Quellen keine Auskunft. Es läßt sich aber nach der ganzen Sachlage vermuten, daß dem nicht so ist: Denn mit einer völligen Straffreiheit würde die immerhin noch im ersten Stadium befindliche Entwicklung des staatlichen Strafrechts und entsprechend nicht unumschränkte Macht der Häuptlinge im Widerspruch stehen. Im Einklang hiermit steht folgende Bemerkung Feathermans: „To restrict the practice of self-revenge or private war, they established places of refuge where the offender was safe until the case would be investigated and tried by the public authorities“⁷⁷⁾.

Auch über die Entstehungsursache dieses Asylrechts erhalten wir unzweideutige Aufklärung: Seine Grundlage ist die Heiligkeit der Gastfreundschaft. Bezeichnend hierfür ist, daß, wie oben erwähnt, das Haus des Häuptlings sei eine Freistätte für Notleidende, Bedrohte und Verfolgte und Verletzung dieses Asyls werde als Beleidigung des Häuptlings aufgefaßt;

⁷⁶⁾ Vgl. Bd. I, S. 71 f.

⁷⁷⁾ A. a. O. S. 157. — Die Quelle, auf die er sich stützt, vermochte ich bislang noch nicht ausfindig zu machen.

auch ist es wohl kaum Zufall, wenn v. Bülow unmittelbar darauf von der Heiligkeit der Gastfreundschaft redet. Wenn gleich also der Träger des Asylrechts der Häuptling ist, das Asylrecht also rein weltlichen Charakters zu sein scheint, so kann doch eine gewisse religiöse Nüance kaum geleugnet werden, da die Ideen von der Ehrenpflicht, dem um Schutz Flehenden diesen zu gewähren, wohl auch hier auf religiöse Motive zurückgehen. Diese Vermutung wird dadurch gestützt, daß, wie unten des nähern dargelegt werden soll, auch das Grab des Häuptlings als Asylstätte dient.

Bevor wir jedoch dazu übergehen, müssen wir uns noch mit einem Bericht über das eben abgehandelte Asylrecht beschäftigen, da diese Schilderung scheinbar mit den übrigen Berichten nicht harmoniert. Diese Beschreibung, die als ebenso verläßlich bezeichnet werden muß wie die anderen bereits erwähnten, lautet folgendermaßen: „Das Haus des Tofaiono wird *salufaiga* (Asyl) genannt. Ein schwerer Verbrecher kann sein Leben retten, wenn er sich in das Innere des Tofaiono flüchtet. Wenn jemand, der einen anderen Menschen getötet hat, oder jemand, der mit der Frau eines Häuptlings Ehebruch getrieben hat, rasch nach dem Haus des Tofaiono läuft und dort bleibt, so wird er nicht sterben. Kommen seine Verfolger und sehen sie, daß der Verbrecher in dem Hause des Tofaiono ist, so können sie ihn aus dem Innern des Hauses nicht herausholen. Es darf auch keiner von den Verfolgern in das Haus des Tofaiono hineingehen. Der, von dem man weiß, daß er in das Haus des Tofaiono gegangen und dort den Verbrecher, welcher darin saß, herausgeholt hat, wird getötet. Auch wird die ganze Vaimauya das Dorf, welchem die Verfolger des Verbrechers angehören, mit Krieg überziehen“⁷⁸⁾.

Tofaiono ist ein Beiname für angesehenere Häuptlinge⁷⁹⁾, die wir „Fürsten“ nennen können.

⁷⁸⁾ O. Stübel, „Samoanische Texte“ in den „Veröffentlichungen aus den Königlichen Museen für Völkerkunde“, IV, Heft 2—4. (Berlin 1896), S. 118.

⁷⁹⁾ Vgl. Stübel S. 91, 111.

Dieser Bericht Stübels reiht sich ungezwungen den anderen an. Wir erhalten durch ihn eine Bestätigung uns schon bekannter Tatsachen: Das einzige novum, das er bringt, ist, daß wir erfahren, daß Todesstrafe auf Verletzung des Asyls steht und daß diese Nichtachtung der Gastfreundschaft des Fürsten für ein so schweres Verbrechen gehalten wird, daß auch das ganze Dorf, dem die Bluträcher angehörten, von allen anderen zum Fürstentum gehörenden Dörfern mit Krieg überzogen wird.

Schon oben wurde kurz angedeutet, daß auch das Grab von Häuptlingen als Asylstätte diene ⁸⁰⁾. Die Glaubwürdigkeit dieses Berichts wird dadurch nicht vermindert, daß Pritchard zwar ausführlich über das Häuptlingsgrab handelt ⁸¹⁾, dessen Asylqualität jedoch nicht erwähnt: Denn einerseits haben wir bei Pritchard überhaupt keine Notiz über Verbrecherasylrecht gefunden, und andererseits sind die Angaben von Wilkes durchaus verläßlich. Daß dagegen auch weder v. Bülow noch Krämer diese Art des Asylrechts verzeichnen, scheint darauf hinzudeuten, daß es keine allgemeine, durch ganz Samoa verbreitete Institution war. Auch insofern bietet dies Asylrecht Schwierigkeiten, als sich nicht klar ergibt, wie Wilkes den Begriff „Häuptling“ faßt: Ob er damit das bezeichnen will, was wir „Fürsten“ nennen, oder ob dieser Begriff auch die einfachen Dorfhäupter umfassen soll. Wir müssen es demgemäß dahingestellt sein lassen, ob nur die Gräber gewisser Fürsten Asylstätten waren, oder ob auch Gräber von Dorfhäuptlingen leichten Verbrechen Schutz boten.

Noch eine Abart des reinen Verbrecherasylrechts glaubt Krämer in einer Sage entdeckt zu haben. So lobenswert es an und für sich ist, auch die Sagen und Märchen auf Material für die ethnologische Jurisprudenz zu durchforschen, so zeigt doch auch dieser Fall wieder, daß die folkloristische Methode der

⁸⁰⁾ Wilkes (Uebers.) a. a. O. S. 231.

⁸¹⁾ Pritchard, „Polynesian reminiscences“ (London 1866), S. 151.

Stoffsammlung nur mit allergrößter Vorsicht angewandt werden kann, da sie sonst leicht zu falschen Resultaten führen kann.

Die Sage, auf die Krämer seine Behauptung, auch der Sandelholzbaum von Vaigafa biete den Verbrechern Schutz, stützt⁸²⁾, ist folgende: „Eine Frau Palapu sah eines Tages die Dämonen des Waldes tanzen. Von wilder Tanzwut erfaßt, mischte sie sich unter dieselben. Aber als die Dämonen sie angriffen, floh sie und verbarg sich im Innern des Steines, an dem die Geister vergeblich herumschnitten, wodurch er so zerschnitten aussieht. Später soll sie nach Falelatai geflohen sein, wo sie sich in einen Stamm verwandelte“⁸³⁾.

Zunächst unterliegt es manchen Bedenken, die Tat der Frau als ein Verbrechen aufzufassen. Aber selbst, wenn man davon absieht, will es mir nicht recht einleuchten, wie daraus, daß die Frau sich in einen Baum verwandelte — und dadurch vermutlich dem Zorn der sie verfolgenden Geister entging — geschlossen werden kann, daß der Baum als Asyl für Verbrecher diene. Allenfalls wäre es noch verständlich gewesen, wenn man aus obiger Sage gefolgert hätte, der Stein, unter den sich jene Frau gerettet hatte, biete Verbrechern Schutz: Allerdings ist auch dies kein Asylrecht, sondern nur faktisches Asyl, das auf gleicher Stufe mit der Erscheinung steht, daß in einem blutigen Kriege sich nur wenige retteten und unter anderen „diejenigen, welche nach den Olos oder unzugänglichen Zufluchtsorten flohen“^{84) 85)}. Krämers Meinung beruht also auf der falschen Deutung einer Sage⁸⁶⁾ und ist durch nichts

⁸²⁾ A. a. O. III, S. 101.

⁸³⁾ A. a. O. I, S. 287.

⁸⁴⁾ Wilkes (Uebers.) S. 232 f.

⁸⁵⁾ Denkbar ist übrigens doch, daß im letzten Beispiel doch wirkliches Asylrecht vorliegt: darüber unten.

⁸⁶⁾ Hiermit soll den hochverdienten Reisenden selbstverständlich nicht der geringste Vorwurf gemacht werden. Wenn so häufig gegen die ethnologische Jurisprudenz der Einwand erhoben ist, die Reisenden seien nicht juristisch gebildet, infolgedessen das Material nicht brauchbar, so ist dagegen geltend zu machen, daß es Sache des Bearbeiters ist — der

bewiesen, daß in der Tat auch ein Baum Asyl bot, was an und für sich ja durchaus denkbar wäre.

Gehen wir jetzt nach der eingehenden Darstellung der äußeren Tatsachen des reinen Verbrecherasylrechts dazu über, die Wirksamkeit dieses Instituts im Rechtsorganismus der Samoaner zu erforschen.

Da können wir nun feststellen, daß das Asylrecht, wie in allen analogen Uebergangsstadien, auch hier einen äußerst segensreichen Einfluß ausüben muß. Wie einerseits das Bestehen eines weltlichen Asylrechtes zwar eine gewisse Erstarkung der Staatsmacht zur Voraussetzung hat, so trägt es andererseits, wie schon des öftern dargelegt, auch seinerseits in intensivem Maße zur Weiterentwicklung des Staatsgedankens bei. Ganz besonders günstig ist, daß das Asylrecht nicht absolut ist, sondern relativ, und zwar relativ in mehrfacher Beziehung.

Einmal ist, wie wir sahen, die Ausübung der Blutrache nach bestimmter Zeit verboten; mit diesem Zeitpunkt tritt eine Devolution des Vergeltungsrechts von dem Bluträcher auf den Staat ein. Andererseits dient das Asylrecht, wie Feathermans Bericht ergibt, nicht dazu, den Verbrecher jeder Strafe zu entziehen, sondern nur an Stelle der ungezügelten Leidenschaft der unmittelbar Verletzten das parteilose Urteil des Staates treten zu lassen: Wir haben hier also eine ähnliche günstige Gestaltung des Asylrechts wie bei den Israeliten. Die Freistätten können keinen Verbrecher vor der ihm von Gesetzes wegen zukommenden Strafe sichern, sondern erfüllen einen zwiefachen segensreichen Zweck: Sie dienen einmal dazu, dem Racheexzeß gegenüber dem Täter vorzubeugen und die Annahme des Sühnegeldes zu begünstigen und andererseits den Racheexzeß nach der Richtung hin zu beseitigen, daß statt des Täters, der sich vielleicht im fremden Land in Sicherheit gebracht hatte, seine Verwandten zur Verantwortung gezogen

allerdings nicht nur ethnologisch, sondern auch juristisch gebildet sein muß — das Material korrekt zu deuten und daraus seine Schlüsse zu ziehen.

wurden. Zieht man ferner in Betracht, daß wie bei den Suaheli⁸⁷⁾, so auch hier gar mancher Verbrecher sich scheuen wird, sich seiner gerechten Strafe zu entziehen, aus Furcht, statt seiner könnten seine nächsten Verwandten die Sühne auf sich nehmen müssen, berücksichtigt man schließlich, daß durch Bestehen eines innerstaatlichen Verbrecherasylrechts, die in Samoa bei der geringen Größe der souveränen Gebietskörperschaften durch die Natur des Landes sehr erleichterte Flucht der Verbrecher ins „Ausland“, wenn auch nicht beseitigt, so doch sicherlich eingeschränkt und damit die völlige Straffreiheit zahlreicher Verbrecher beseitigt wird: So wird man zu keinem anderen Resultat kommen können, als daß das Verbrecherasylrecht auch hier seiner segensreichen Kulturmission in vollem Maße gerecht wird, daß es auch hier zur Ueberwindung der Blutrache und damit zur Anbahnung einer neuen Periode nicht nur des Strafrechts, sondern des Rechts überhaupt, ja, man kann ohne Uebertreibung sagen, der Gesamtkultur beigetragen hat.

Einen in anderer Beziehung gleich segensreichen Einfluß kann man der anderen Abart des Verbrecherasylrechts nachrühmen, die uns in Samoa begegnet: Es ist dies das Kriegsfeinden zu gute kommende Asylrecht.

Früher war der Kriegszustand zwischen den einzelnen „Staaten“ fast die Regel⁸⁸⁾. Anschaulich schildert dies Featherman: „The Samoans were constantly at war with each other, for the district chiefs were ambitious, and each one endeavoured to gain the supreme control of the island. The victorious conquerors bore the title of malo, and they never failed to take advantage of their superiority; if the life of the vanquished was spared, they were deprived of their lands and houses; and being reduced to servitude they were compelled to cultivate the lands of their masters . . . They gave no quarter to

⁸⁷⁾ Völten, „Sitten und Gebräuche der Suaheli“ (Göttingen 1908), S. 357.

⁸⁸⁾ Meinicke, „Die Inseln des Stillen Ozeans“, II, S. 122.

the men, but the women were spared and were distributed among the warriors“⁸⁹⁾. Meinicke berichtet nun, daß in früheren Zeiten Frauen und Kinder geschont sein sollen, wenn sie in den Tempel geflohen waren, daß die Samoaner durch den schädlichen Einfluß der Vitier sich an größere Grausamkeit gewöhnt hätten⁹⁰⁾. So dienten die Tempel denn wenigstens dazu, das Leben der Frauen und Kinder zu erhalten, wenngleich sie nicht die Funktion gehabt zu haben scheinen, zugleich — wie die Pubonna auf den Sandwichinseln — den Besiegten selber als sicherer Zufluchtsort zu dienen, wenn anders man nicht jene oben als rein faktisches Asyl gedeutete Notiz von Wilkes dahin auffassen will.

Da wir gerade beim Verbrecherasylrecht sind, so wollen wir vor dem Fremdenasylrecht auch zuerst das fremden Verbrechern zu gute kommende erörtern, das zwar im ersten Bande kurz dargestellt ist⁹¹⁾, aber einige Ergänzungen erhält.

Nach Featherman⁹²⁾ scheint das Fremdenasylrecht vielfach dazu gedient zu haben, um die Verwandten des Mörders, die für die Bluttat mit einzustehen hatten⁹³⁾, vor den Verfolgungen der Bluträcher zu sichern. Es kann vielleicht zweifelhaft erscheinen, zu welcher Kategorie dieses Asylrecht gehört, ob zu dem reinen Fremdenasylrecht oder zu dem fremden Verbrechern dienenden, oder, wie wir sagen können, zu dem kriminalistischen Fremdenasylrecht zu rechnen ist. Die Verwandten des Mörders haften zwar für das Verbrechen, aber sie haben doch den Mord nicht selber begangen, und so könnte man sich der Ansicht zuneigen, daß wir es hier mit reinem Fremdenasylrecht zu tun haben. Dem ist aber doch nicht so: Das hieße nämlich unsere Anschauung und Auffassung in die Gedanken der primitiven Völker hineintragen. Von unserem Standpunkt aus haftet aller-

⁸⁹⁾ a. a. O. S. 157. — Vgl. auch Wilkes (Uebers.) a. a. O. S. 281 f.

⁹⁰⁾ Meinicke a. a. O. II, S. 122.

⁹¹⁾ a. a. O. p. 14.

⁹²⁾ a. a. O. p. 156.

⁹³⁾ Krämer a. a. O. II, 96; Featherman loc. cit.

dings ein jeder nur für die von ihm persönlich begangene Tat und ist nur für sein eigenes schuldhaftes rechtswidriges Handeln verantwortlich. Anders aber bei jenen Völkern: Am Anfang der Entwicklung steht ja bekanntlich die Familie (im weiteren Sinn), nicht der einzelne, nicht die Individualpsychologie, sondern die Sozialpsychologie; für den primitiven Menschen wäre das heutigen Tags viel erörterte Problem der Deliktsfähigkeit der juristischen Personen einfach unverständlich: In den Zeiten der Gruppenhaftung ist ihm vielmehr das Problem der Deliktsfähigkeit der Einzelperson noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen; für ihn sind alle Delikte Kollektivdelikte; einen Unterschied zwischen dem eigentlichen Täter und den nur mithaftenden Familienmitgliedern zu machen, liegt ihm anfangs völlig fern. Später allerdings, als ihm schon die Erkenntnis aufgedämmert ist, daß das Individuum, nicht der größere soziale Verband, die Einheit ist, wird aus Zweckmäßigkeitsrücksichten die Kollektivhaftung — die übrigens in ihren Ausläufern selbst im modernen Recht noch zu finden ist⁹⁴⁾ — sei es als prinzipale, sei es als subsidiäre lange Zeit beibehalten. Falsch aber wäre es, aus diesem späteren Entwicklungsstadium den Schluß zu ziehen, daß auch früher nur aus Zweckmäßigkeitsgründen die Familienmitglieder für die verbrecherischen Handlungen eines jeglichen von ihnen haftbar gemacht wurden, und nicht vielmehr deshalb, weil man die Tat als einen Willensakt der Familie, nicht des einzelnen ansah⁹⁵⁾. Im Sinne der

⁹⁴⁾ So z. B. wenn man zur Sühnung eines von Wilden begangenen Mordes Expeditionen ausrüstet, ganze Dörfer niederbrennen und alles Erreichbare niederschießen läßt; so auch, wenn nach preussischem Recht die Gemeinde subsidiär haftet für den durch Aufruhr angerichteten Schaden. In manchen Fällen war eine Einführung derartiger, vielleicht subsidiärer Gesamthaftung wünschenswert, so insbesondere den Delikten der Zigeunerbanden gegenüber.

⁹⁵⁾ Später, als diese Anschauung verdrängt wurde, sprach anfangs doch immerhin noch die Vermutung dafür, daß die Familie mit dem Täter identisch sei. Diese Vermutung konnte aber dadurch widerlegt

Samoaner sind also auch die Verwandten des Mörders wirkliche Verbrecher, das hier fragliche Asylrecht also kriminalistisches Fremdenasylrecht⁹⁶⁾.

Haben wir es hier also mit kriminalistischem Fremdenasylrecht zu tun, so liegt in einem anderen Falle, der auch Zweifeln begegnen könnte, reines Fremdenasylrecht vor. Es handelt sich um den in den Rechten der Völker des öfteren vorkommenden Fall der Verbannung von Verbrechern. Wie wir schon oben sahen, erlischt das Recht der Privatrache, wenn die Ortsversammlung die Strafverfolgung übernommen hat; wer sich trotzdem rächt, wird mit Verbannung und mit Wüstung seines Eigentums bestraft⁹⁷⁾. Diese Verbannten haben ein Verbrechen begangen — nämlich unerlaubte Selbsthilfe —; trotzdem ist das ihnen im Ausland gewährte Asyl kein kriminalistisches, denn sie sind für ihr Verbrechen schon bestraft worden, ihre Verbannung ist ja eben ein Teil ihrer Strafe: Kriminalistisches Fremdenasylrecht liegt also nur dann vor, wenn der Heimatstaat des Fremden noch einen Strafanspruch gegen ihn hat; ist dieser dagegen durch Strafverbüßung — eventuell auch Verjährung oder Begnadigung — getilgt, so kann es sich nur um reines Fremdenasylrecht handeln⁹⁸⁾.

Ueber das reine, d. h. friedfertigen Fremden dienende

werden, daß sich die Familie von dem Täter lossagte. Ein Analogon in dieser Entwicklungsstufe ist die *noxae datio*.

⁹⁶⁾ Zu bemerken ist noch, daß der in Bd. I, p. 15 benutzte Bericht im „Ausland“ vermutlich aus Turner a. a. O. p. 285 entnommen ist, da beide völlig übereinstimmen.

⁹⁷⁾ v. Bülow a. a. O. p. 192.

⁹⁸⁾ Vielleicht erscheinen dem einen oder dem andern vorstehende Erörterungen eine lediglich terminologische Bedeutung zu haben und überflüssig zu sein. Die scharfe juristische Formulierung der Begriffe scheint mir aber von weittragender Bedeutung zu sein: Ob wir es mit Verbrecherasylrecht oder Fremdenasylrecht und hier wiederum mit reinem oder kriminalistischem zu tun haben, macht einen großen Unterschied in Bezug auf die Entstehungsursachen und soziale Wirksamkeit des Asyl-

Fremdenasylrecht, das im ersten Band noch nicht behandelt werden konnte, haben wir noch einige weitere Notizen, die deshalb besonders interessant sind, weil sie uns Gelegenheit geben — wenn auch nur flüchtig — auf den Unterschied in der Behandlung der Leute der eigenen Rasse, aber anderer politischen Gemeinschaft einerseits, und der Europäer anderseits einzugehen.

v. Bülow's interessante Nachrichten über diesen Punkt lauten folgendermaßen ⁹⁹⁾:

„Gastfreundschaft ist heilig.“

„Zu widerhandlung gegen die Befehle der Ortsversammlung bezüglich der Bewirtung und Behandlung der Fremden wird streng bestraft.“

„Beleidigung wird durch Austreibung des Beleidigers aus dem Dorfe geahndet.“

„Die Gesetze, welche die Ausübung der Gastfreundschaft gebieten, finden nur Anwendung im Verkehr der Samoaner untereinander. Nur wenn letztere erwarten können, daß etwaige ausländische Besucher die ihnen gewährte Gastfreundschaft in klingender Münze (oder in Waren) weit über den Wert des Gebotenen vergelten werden, wird auch ihnen Gastfreundschaft geboten.“

„Auch alle übrigen, im ganzen so wohlwollend klingenden

rechts. Ich glaube, es ist an der Zeit, daß wir der vielfach herrschenden Begriffsverwirrung ein Ende machen. So scharfschneidige Begriffe wie in der dogmatischen Rechtswissenschaft werden sich allerdings kaum aufstellen lassen; aber zum wenigsten müssen wir versuchen die Mannigfaltigkeit der Erscheinungen so weit wie irgend möglich unter feste Begriffe zu subsumieren, da sich nur dann ein gesichertes Fortarbeiten ermöglicht. Ein und dasselbe Wort darf nicht von dem einen ethnologischen Juristen in dem Sinne, von einem andern aber in ganz anderem gebraucht werden, oder gar von demselben bald so, bald anders. Vielleicht wäre es angebracht ein Wörterbuch der ethnologisch-juristischen Termini technici zu schreiben.

⁹⁹⁾ A. a. O. p. 194.

Gebrauchsgesetze der Samoaner werden den Ausländern gegenüber nicht nur nicht in Anwendung gebracht, sondern sogar aufs gröblichste verletzt. (N.B. Auch dies hängt wieder mit dem Tagaloaglauben zusammen, nach welchem die Samoaner von Tagaloa abstammen, also göttlichen Ursprungs sind. Alle, die nicht von Tagaloa abstammen, sind in ihren Augen ‚luaa elo‘, das ist stinkende Schweine.)“

„Vielmehr kann man sagen, daß — den Ausländern gegenüber — den Samoanern alles erlaubt zu sein scheint, was — ohne Repressalien seitens der Konsuln gegen die Samoaner fürchten zu müssen — die Ausländer in irgend nur denkbarer Weise schädigen könnte.“

Es wird also ein Unterschied gemacht zwischen Samoanern und Nicht-Samoanern, insbesondere Europäern. Bei der politischen Zersplitterung sind, wie schon oben auseinander-gesetzt, als Fremde im staatsrechtlichen Sinn auch die Samoaner eines anderen Distriktes anzusehen¹⁰⁰). Ihnen wird aber regelmäßig Asyl gewährt und alles vermieden, was den Gästen schaden könnte.

Interessant in dieser Hinsicht ist auch, was Wilkes uns erzählt. Die Samoaner machen nämlich des öfteren längere, einige Monate dauernde Rundreisen durch einen Teil des Archipels, so z. B., wenn eine Ernte fehlgeschlagen ist, so daß sie Mangel an Lebensmitteln haben. Sie werden freundlich aufgenommen in der berechtigten Erwartung, daß sie ihre jetzigen Wirte vorkommenden Falls ebenso gut als Gäste empfangen werden. Bei diesen Gastreisen wird gleichzeitig primitiver Handel getrieben¹⁰¹).

Anderen Ausländern gegenüber, namentlich natürlich Europäern, sucht man so viel zu schaden als nur möglich und läßt sich die gewährte Gastfreundschaft mehr als reichlich bezahlen. Zwar werden auch ihnen Geschenke angeboten, aber

¹⁰⁰) Vgl. auch Bd. I, p. 15.

¹⁰¹) Wilken (Uebers.) p. 229 f.

man ist herzlich froh, wenn sie nicht angenommen werden, und Nahrungsmittel gibt man ihnen nur in Erwartung reichlichen Entgeltes ¹⁰²⁾ ¹⁰³⁾).

Woher rührt diese anscheinend sehr ungleiche Behandlung der fremden Samoaner und der Nicht-Samoaner? Eine Erklärung könnte hierfür der von v. Bülow angeführte Tagaloa-mythus bieten: Wir wollen es aber dahingestellt sein lassen, ob der Mythus das Ursprüngliche und prinzipielle Rechtlosigkeit der Nicht-Samoaner die Folge ist oder ob nicht vielmehr der Mythus nur ein Erklärungsversuch der tatsächlich schon bestehenden Verhältnisse sein soll. Der Mythus braucht aber auch gar nicht zur Erklärung herangezogen zu werden, da Zweckmäßigkeitsgründe eine vollauf befriedigende Lösung dieser nur scheinbar verschiedenen Behandlung geben.

Formell sind auch die Samoaner eines fremden Distrikts rechtlos: nur faktisch wird ihnen gegenüber eine weitgehende Gastfreundschaft erwiesen, während die anderen Fremden nach Möglichkeit ausgenutzt werden und zweifellos gänzlich ausgeplündert würden, wenn nicht Repressalien befürchtet würden. Nichts anderes ist aber auch der Grund, weshalb fremde Samoaner in der Regel gastlich aufgenommen werden. Einer Verletzung der Gastfreundschaft würde blutige Vergeltung auf dem Fuße folgen. Dazu kommt noch der positive Grund, daß die jetzigen Wirte gar leicht in die Lage kommen können, ihrerseits auf Gnade und Ungnade auf die Gastfreundschaft eines fremden Distrikts ihrer Inselgruppe angewiesen zu sein, und daß durch diese freundliche Aufnahme allein der förderliche Tauschverkehr der Erzeugnisse ihres eigenen Dorfes mit denen des fremden ermöglicht wird.

¹⁰²⁾ Eod. p. 205.

¹⁰³⁾ Erwähnt sei noch, daß nach Krämer a. a. O. I, p. 478 ein besonderes Gästehaus (falelete) besteht, entsprechend den Dubus auf Neu-Guinea, das zugleich als Versammlungshaus dient. „Der Häuptling empfängt hier seine Gäste, während er selbst in seinem zurückliegenden anders gebauten Haus, dem Schlafhaus . . . wohnt.“

Wir kommen hier also zum Resultat, daß im Grunde kein Unterschied in der Behandlung der fremden Rasseangehörigen und der Europäer besteht, und daß diese Differenz darauf zurückzuführen ist, daß durch gute Behandlung der fremden Samoaner ihre eigenen zukünftigen Interessen gewahrt werden und schlechter Behandlung die Strafe auf dem Fuße folgt, daß dagegen die durchreisenden und auch die ansässigen Europäer keine Gewähr dafür bieten, daß die ihnen erwiesenen Wohltaten in der Zukunft mit Zins und Zinseszins vergolten werden, daß man infolgedessen sofortigen, möglichst hohen Gewinn einzuheimsen sucht.

Aber auch ein anderes Resultat hätte durchaus nichts Erstaunliches gehabt, da wir öfters eine Differenz zwischen der Aufnahme von Europäern und von fremden Angehörigen der eigenen Rasse konstatieren können, wofür die Erklärung an den betreffenden Stellen und im Zusammenhang in der „Philosophie des Asylrechts“ seiner Zeit gegeben werden wird.

§ 7.

Sandwichinseln ¹⁰⁴⁾.

Das im ersten Bande ausführlich geschilderte Verbrecherasylrecht bedarf einiger Nachträge, die aber durchweg nur Verbesserungen sind, wesentlich neue Momente aber nicht ergeben.

Zunächst ist zu bemerken, daß die Funktion der Puhonua in Kriegszeiten fälschlich von mir als Fremdenasylrecht bezeichnet ist ¹⁰⁵⁾. Bei der Darstellung des amerikanischen Asyl-

¹⁰⁴⁾ Vgl. Bd. I, § 7. — Der Bericht von Ellis geht anscheinend zurück auf den fast wörtlich gleichen von Freycinet, „Voyage autour du monde“. II (Paris 1829), p. 599. — Ueber den Charakter des Strafrechts vgl. auch Featherman a. a. O. II (1888), p. 247 f.

¹⁰⁵⁾ Bd. I, S. 12.

rechts habe ich mittlerweile schon dargelegt, weshalb ein derartiges Asylrecht in die Kategorie des Verbrecherasylrechts fällt und nicht dem Fremdenasylrecht einzureihen ist¹⁰⁶⁾.

Was die Stellung der Könige anbelangt, so wird die im ersten Bande gegebene Darstellung durchweg bestätigt¹⁰⁷⁾. Nach einer Mitteilung Marcuses erscheint es sogar nicht ausgeschlossen, daß die Fürsten auch persönlich Asyl gewähren konnten, denn von der früher existierenden Blutrache sagt er, sie hätte erst „durch den Einspruch des Königs“ aufgehoben werden können¹⁰⁸⁾. Wir hätten es hier dann mit einer Art *ius evocationis* zu tun. Doch ist die Nachricht zu unbestimmt, als daß sich sichere Schlüsse darauf bauen ließen.

Den Schluß, den ich früher zog, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Asylqualität der Puhonua aus dem Ende des 16. oder Anfang des 17. Jahrhunderts stammen werde, „weil ein Verstorbener in der Zeit unmittelbar nach seinem Tode, wenn die Erinnerung an ihn noch ungeschwächt ist, am meisten Einfluß auf die Lebenden auszuüben vermag“¹⁰⁹⁾, möchte ich jetzt nicht mehr aufrechterhalten, da sehr wohl in einzelnen Fällen die umgekehrte Entwicklung möglich ist.

Dagegen wird meine Mutmaßung, daß in früheren Jahrhunderten die ganzen Sandwichinseln unter einem Herrscher gestanden haben, woraus sich der eigenartige Charakter des Asylrechts erkläre, wenigstens als möglich erwiesen durch die Mitteilung Meinicke, daß nicht festgestellt werden könne, ob es jemals einen die ganze Inselgruppe umfassenden Staat gegeben habe¹¹⁰⁾.

Soviel steht wenigstens fest, zu Cooks Zeit bestanden

¹⁰⁶⁾ Eod. p. 106 f.

¹⁰⁷⁾ Vgl. Marcuse, „Die hawaischen Inseln“. Berlin 1894, S. 95 f.
— Meinicke, „Die Inseln des Stillen Ozeans“. II (Leipzig 1876), p. 301.
Featherman a. a. O. II (1888), p. 245 f.

¹⁰⁸⁾ Marcuse a. a. O. p. 96.

¹⁰⁹⁾ Bd. I, S. 12.

¹¹⁰⁾ Meinicke a. a. O. II, p. 301.

seit der Eroberung Manis durch den König von Hawaii drei Staaten, nämlich die von Hawaii, Oahu und Kanai¹¹¹⁾, und jeder von ihnen hatte, wie schon dargelegt, wenigstens eine Asylstätte.

Ueber die Orte der einzelnen Puhonua und ihre Anzahl herrscht Verwirrung. Nach den Gewährsmännern, denen wir im ersten Bande folgten, waren es Oahu, Hani, Kanai, Waipio und Honaunau, von denen die letzten beiden auf Hawai lagen¹¹²⁾. Nach Marcuse dagegen gab es Zufluchtsstätten auf den Inseln Hawaii, Lanai und Oahu¹¹³⁾, und Meinicke führt namentlich nur die beiden auf Hawaii befindlichen an, nämlich Honaunau und Napopo, gibt aber durch die Fassung der Sätze klar zu erkennen, daß es auch auf den anderen Sandwichinseln Puhonua gab¹¹⁴⁾.

Als sicher kann man danach die Asylstätten auf Oahu und auf Hawaii Honaunau annehmen, sowie daß es solche auch noch auf der einen oder anderen Sandwichinsel gab. Das ist für uns aber vollkommen ausreichend; wie sich der sonstige Widerspruch unserer Gewährsmänner erklären läßt, ob durch sprachliches Mißverständnis (Napopo und Waipio) oder durch historische Erklärung oder sonstwie, ist für uns belanglos, da wir nicht eine systematische detaillierte Darstellung des Rechtes der Sandwichinsulaner zu geben gedenken, sondern uns nur mit den wesentlichen Grundzügen des Asylrechts vertraut machen wollen.

Ueber die Raumverhältnisse der berühmtesten Puhonua, der zu Honaunau, deren gewaltige Dimensionen schon im ersten Bande angedeutet waren, erfahren wir, daß sie fast 30000 qm umfaßte und von einer 4 m hohen und 5 m dicken Steinmauer eingefast war¹¹⁵⁾.

¹¹¹⁾ Loc. cit.

¹¹²⁾ Bd. I, S. 10 f.

¹¹³⁾ Marcuse a. a. O. p. 100.

¹¹⁴⁾ Meinicke a. a. O. II, p. 299.

¹¹⁵⁾ Meinicke a. a. O. II, p. 299; Marcuse a. a. O. p. 95, 96.

Für die Auffassung des Asylrechts ist auch von Bedeutung, daß die Priester zwar zahlreich, hochgeachtet und einflußreich waren, aber doch dem Fürsten gegenüber eine untergeordnete Stellung einnahmen ¹¹⁶⁾.

Um die segensreiche Wirkung des Asylrechts sowohl für Einheimische als für Kriegsfeinde annähernd würdigen zu können, müssen wir noch ein wenig auf die Tabugesetze und die Behandlung der Kriegsgefangenen eingehen.

„Das Tabusystem war auf den hawaiischen Inseln besonders vollständig ausgebildet. Die Tabuvorschriften, welche von den Priestern und vom König ausgingen, bezogen sich sowohl auf religiöse Gebote, als auch auf gesetzartige Verfügungen. Alles, was mit dem tabu belegt wurde, war verboten. Die Verletzung dieser Vorschriften wurde als Veründigung gegen die Götter aufgefaßt und mit dem Tode bestraft“ ¹¹⁷⁾.

„Es gab dauernde und nur zeitweilige tabu. Die vortübergehend eingeführten Tabuvorschriften öffneten der Willkür der Fürsten und Priester ein weites Feld und waren für das Volk so lästig, daß die häufige Nichtbeachtung derselben in früheren Zeiten vielen Tausenden das Leben gekostet hat“ ¹¹⁸⁾. Was die Kriegsgefangenen angeht, so wurden sie sehr grausam behandelt und in der Regel der Gottheit geopfert ¹¹⁹⁾.

Jetzt werden wir die ethische Wirkung dieses Asylrechts noch besser zu würdigen vermögen. Der religiöse Gedanke, der ihm zu Grunde liegt, scheint sowohl bei den eigentlichen Verbrechern, insbesondere den Frevlern gegen die Tabuverbote, als auch bei den Kriegsfeinden der zu sein, daß derjenige, dessen Leben den Göttern verwirkt ist, nicht getötet werden

¹¹⁶⁾ Marcuse a. a. O. p. 100.

¹¹⁷⁾ Marcuse a. a. O. p. 99.

¹¹⁸⁾ Eod. p. 99 f.

¹¹⁹⁾ Marcuse a. a. O. p. 102 f.; Meinicke a. a. O. p. 804; vgl. auch Nieboer, „The slavery as and industrial system“, The Hague 1900.

darf, wenn die Gottheit selber zu erkennen gibt, daß sie ihm verzeiht und ihn unter ihren Schutz nimmt, dadurch, daß sie ihn eine Puhonua erreichen läßt.

§ 8.

Fidschiinseln.

Zwar nicht umfangreich, aber durch einige eigenartige Züge wertvoll sind die Nachrichten, die ich jetzt über das Fremdenasylrecht zu geben vermag.

Die Fidschiinsulaner sollen heimtückisch und dem Diebstahl ergeben sein, wenigstens gegen Weiße. Mein Gewährsmann bemerkt selber, „daß sie auch nach wertlosesten Erzeugnissen unserer Industrie lüstern sind“¹²⁰⁾, was uns ja nicht wundernehmen kann, da eben auch das für uns Wertlose in ihren Augen eine unbezahlbare Kostbarkeit darstellt. Daher war jeder Weiße in Gefahr, Opfer eines Raubmordes zu werden.

Hier trat nun das Asylrecht wohlthätig ein. „Bei all dieser Gefahr totgeschlagen zu werden, kann man übrigens sicher auf gastfreundliche Aufnahme und Bewirtung in ihren Häusern rechnen, und sich auch, solange man darin ist, für vollkommen sicher halten. Derselbe Eingeborene, welcher einige Yards von seinem Hause entfernt einen kommenden oder gehenden Gast um eines Messers oder einer Axt willen ermorden würde, wird denselben mit Gefahr seines eigenen Lebens verteidigen, sobald er die Schwelle seines Hauses überschritten hat“¹²¹⁾. Dieses Asylrecht beruht also auf der Idee von der Heiligkeit des Hauses und zeigt die universalen charakteristischen Züge.

Anders ist es mit dem anderen Rechtsinstitut, das nun geschildert werden soll, dem Vasu-Institut, zu dem mir bis jetzt noch keine Parallele bekannt ist. Die Wesensnatur dieser

¹²⁰⁾ Wilkes (Uebers.) p. 33.

¹²¹⁾ A. a. O. II, p. 33 f.

merkwürdigen Rechtseinrichtung vermag ich noch nicht zur Genuge erkennen; es ist daher fraglich, ob wir es hier wirklich mit einem Asylrecht zu tun haben.

Wilken¹²²⁾ schildert das Vasu-Institut folgendermaßen: „Einer der eigentümlichsten Gebräuche der Fidschiinsulaner, über dessen Ursprung man sich nur schwer einen vernünftigen Grund denken kann, ist derjenige, welcher dem Mitgliede eines anderen Stammes, welcher Vasu (Neffe) genannt wird, gewisse Rechte verleiht. Um einen Begriff von dem Wesen dieses Rechtes und von der Art, mit welcher es ausgeübt wird, zu geben, will ich den Fall Tanoas anführen. Dieser, obgleich der mächtigste Häuptling der Gruppe, sieht sich gezwungen, den Thokanauto . . . als Vasu-togai von Amban anzuerkennen, der infolge davon das Recht hat, alles, was er braucht, von da, ja von Tanoa selbst holen zu lassen.“ — —

„Wenn ein Vasu-togai oder Vasu-levu einer Stadt oder eines Distriktes dahin zum Besuch kommt, so wird er mit größeren Ehrenbezeugungen als selbst der regierende Häuptling empfangen. Alles beugt sich in Gehorsam vor seinem Willen, und er wird mit Händeklatschen und dem Gruße „O sa vi naka lako mai vaka tuvanga Ratu Vasu-levu“ (Heil! Gut ist die Hierherkunft unseres edlen Herrn Neffen!) empfangen. Wenn der Vasu-levu von Mbenga dorthin kommt, so werden ihm fast göttliche Ehren erwiesen, denn man glaubt, daß er in direkter Linie von den Göttern abstamme.“

Die Grundsätze, die man dieser Schilderung entnehmen kann, sind folgende: Das Vasu-Institut ist nicht nur einem Dorf oder Eiland eigen, sondern auf den Fidschiinseln weit verbreitet, ob ganz allgemein, läßt sich nicht sagen. Der Vasu ist stets ein Stammesfremder. Da aber die einzelnen Stämme einander feindselig gesinnt sind und häufig Krieg miteinander führen¹²³⁾, so ist auch der Vasu, wenn man von seinen be-

¹²²⁾ A. a. O. II, p. 84 f.

¹²³⁾ Wilkes a. a. O. II, p. 35.

sonderen Beziehungen absieht, im Grunde ein Feind, zum mindesten ein rechtloser Fremder. Ob jeder beliebige ein Vasu werden kann oder ob sich diese Fähigkeit auf gewisse Familien des fremden Stammes beschränkt, ist zwar nicht ausdrücklich gesagt. Aber liegt es schon an sich nahe, daß eine so große Macht, wie sie der Vasu in dem mit ihm in Beziehung stehenden Stamm ausübt, nur infolge großer faktischer Macht oder mystisch-religiösen Ansehens eingeräumt wird, so ergibt sich dies mit voller Evidenz aus der Angabe, daß dem Vasu-levu von Mbenga fast göttliche Ehren erwiesen werden, weil man an seine göttliche Abstammung glaubt. Nicht klar ist, ob ein einzelner Stamm mehrere Vasu in verschiedenen Stämmen haben kann, oder ob jeder Stamm nur in einem einzigen im Vasuverhältnis stehen kann. Die Rechte, die der Vasu ausübt, charakterisieren sich als despotische, unbeschränkte Macht, zum mindesten über das Eigentum seines Vasustammes, er herrscht wie ein Feind im eroberten Land.

Auf dieser Grundlage möchte ich folgende Erklärung dieses interessanten Rechtsinstitutes wagen: Der Vasu ist der Schutzherr des fremden Stammes, dieser sein dakhil. Ein gewisses völkerrechtliches Friedens- und Freundschaftsbündnis wird dadurch geschlossen, daß der Häuptling des einen, vermutlich des mächtigsten¹²⁴⁾, unter Mitwirkung religiös-mystischer Motive¹²⁵⁾ für sich und die Seinen Schutz erhielt im fremden Land und die Angehörigen dieses Stammes ihrerseits natürlich auch im Lande ihres Schutzherrn. Daß der Vasu im Lande seiner Schützlinge alles okkupieren kann, was ihm beliebt, deutet noch auf den früheren Kriegszustand; daß anscheinend

¹²⁴⁾ Daß zur Zeit Wilkes der Vasu über Tanoas Stamm, Thokananto nicht so mächtig war wie Tanoa, spricht natürlich nicht dagegen, daß das Verhältnis in früheren Zeiten umgekehrt gewesen ist.

¹²⁵⁾ Vielleicht lautet daraufhin auch die Bezeichnung als „Vasu“, d. h. als „Neffe“: Es würde eine Art geistige Verwandtschaft durch das Freundschaftsbündnis verwickelt. Daß der Schutzherr „Neffe“ genannt wurde, hängt wohl mit mutterrechtlichen Anschauungen zusammen.

den Schützlingen, oder vielmehr ihrem Oberhaupt, nicht dasselbe Recht im Lande des Vasu zusteht, läßt sich aus der faktischen größeren Machtstellung des Vasu erklären, denn jener ursprüngliche (vielleicht nicht ausdrücklich erklärte, sondern stillschweigend geschlossene) Asylvertrag war ein Vertrag zwischen verschiedenen mächtigen Kontrahenten, auf welche die Fiktion der völkerrechtlichen Gleichheit ebensowenig paßte wie auf die Staaten des europäischen Konzertes, und deren Ungleichheit auch in der faktischen Gestaltung ihren Ausdruck fand.

Nun noch einige kurze Notizen über ein faktisches Verbrecherasyl, das sich allem Anscheine nach auf Muthuatu, einer der Fidschiinseln befand. Von den Bewohnern der schwer zugänglichen Berge im Innern der Insel sagt Wilkes, sie seien ohne Zweifel meist Leute, die einer Strafe für Verbrechen entflohen seien oder vor der Grausamkeit der Häuptlinge an der Küste in den Bergen Sicherheit suchten¹²⁶⁾. Sollte dieser Bericht den Tatsachen entsprechen¹²⁷⁾, so hätten wir hier ein faktisches Verbrecherasyl und zwar sowohl reines als auch gegen Despoten dienendes. Daß dann auch noch ein Verbrecherasylrecht irgendwelcher Art bestanden haben sollte, halte ich für unwahrscheinlich, weil unnötig.

§ 9.

Tongainseln¹²⁸⁾.

Die Ausführungen über den Antagonismus von Häuptlingtum und Priesterwürde werden bestätigt, ebenso aber auch meine Vermutung, daß die Häuptlinge in diesem Kampf die

¹²⁶⁾ A. a. O. II, p. 121.

¹²⁷⁾ Aus seiner Fassung geht nicht klar hervor, ob diese Angaben Wilkes nur auf einer Vermutung beruhen oder einen faktischen Hintergrund haben.

¹²⁸⁾ Vgl. Cod. I, § 9.

Oberhand hatten und ihre Würde gleichfalls religiösen Charakter hatte ¹²⁹⁾.

Ueber das Verbrecherasylrecht vermag ich einige interessante Ergänzungen zu geben, aus denen sich eine ziemliche Aehnlichkeit mit der Gestaltung des Asylrechts der Sandwicheinseln ergibt.

Nach Meinicke ¹³⁰⁾ gab es gewisse Plätze, „Hufanga“ genannt, welche Bedrängten als Asyl dienten. Nach Meinicke scheinen diese Asylplätze, die uns an die „Puhonua“ der Sandwicheinseln erinnern, dereinstens Tempel gewesen zu sein. Dies scheint mir auch wahrscheinlich, insofern, als berühmte Tempel Asylqualität erlangt haben werden, und daß sich diese Eigenschaft dann auf den sie umgebenden Platz ausgedehnt hat, wie wir analogen Entwicklungen ja auch sonst vielfach begegnen, so in Abessinien und im christlichen Mittelalter, daß schließlich, um einen sicheren Rechtszustand zu schaffen, die Grenze zwischen Asylort und ungeweihtem Ort durch eine Umzäunung abgegrenzt wurde. Auch mit Ratzels ¹³¹⁾ Mitteilung von der Asylqualität der Häuptlingsgräber läßt sich diese Auffassung sehr wohl vereinbaren, da nach Meinicke ¹³²⁾ Tempel und Begräbnisplätze von Cook für identisch erklärt werden, was aber ungenau sein soll, da zwar die Verehrung der Geister verstorbener Vornehmer an den Gräbern stattfand, die Verehrung der anderen Götter aber in besonderen Tempeln, die mitten auf Grasplätzen standen, analog den Häusern der Vornehmen, nur zierlicher, gebaut waren. Die Bemerkung von Meinicke, daß es auch „heilige Dörfer“ gab, so z. B. Maofanga in Tonga und Neiafu und Ngakan in Vavan, die deswegen so

¹²⁹⁾ Mariner, „An account of the natives of the Tonga islands“, compiled by John Martin, II, London 1818, p. 1 ff. — Meinicke, „Die Inseln des Stillen Ozeans“ II, Leipzig 1876, p. 83 f. — Vgl. Klemm, Kulturgeschichte IV, p. 863 ff.

¹³⁰⁾ Meinicke a. a. O. p. 81.

¹³¹⁾ Bd. I, p. 16.

¹³²⁾ A. a. O. II, p. 80.

hießen, weil in ihnen ein Tempel oder das Grab eines berühmten Häuptlings lag, läßt zum wenigsten die Möglichkeit erkennen, daß sich hier die Tempelasyle bzw. Grabasyle zu Asylstädten erweiterten, wie wir sie ja auch sonst, so z. B. außer bei den Juden auch im Usambara und in Abessinien treffen. Ob tatsächlich die „heiligen Dörfer“ in ihrem gesamten Umfang Verbrechern Schutz gewährten oder nicht, muß ich dahingestellt sein lassen.

Bei Mariner¹⁸³⁾ findet sich ein ausführlicher Bericht über einen Fall praktischer Anwendung der Asylrechtsnormen und ihre Verletzung. Der wichtige Bericht sei wörtlich wiedergegeben: „It has already been mentioned, more than once, that places, which have been consecrated either by express declaration, or by the burial of great chiefs, are forbidden to be the scene of war, and that it would be highly sacrilegious to attack an enemy, or spill his blood within their confines. This circumstances, however, occurred a few days after the dispute about the female prisoners; the particulars of it are as follow: Palavali (brother of Havili) went out one day on a foraging party with six men in two small canoes, and landed near a consecrated inclosure, called Gnacao, one of the most fertile places in the whole island. Here, they met with four of the enemy, who, perceiving their inferiority, made an endeavour to get into the consecrated place, where they would have been perfectly safe: Palavali, however, seeing their intention, got between them und the fencing, when one of the enemy made a bold push to pass his antagonist, and scramble over the reed-work, and had actually got one leg over, when Palavali struck him a furious blow on the head, and felled him dead within the place; seeing what he had done, he was struck with fear, and ran away to the canoes, followed by his men. As soon as he arrived at the fortress, he communicated to Finow what had passed, saying, in his defence, that he was

¹⁸³⁾ A. a. O. I, p. 216 f.

so eager in pursuit, as to be out of all selfcommand. The king immediately ordered cava to be taken to the priest of his own tutelar god, that the divinity might be consulted as to what atonement was proper to be made for so heinous a sacrilege. The priest being inspired, made answer that it was necessary a child should be strangled to appease the anger of the gods.“ Dies geschah auch ¹³⁵⁾.

Nicht mit voller Gewißheit läßt sich aus diesem Bericht ersehen, ob die Feinde Palavalis demselben Stamm, wie er, angehörten oder Fremde waren, d. h. ob wir es hier mit Blutrache oder mit Krieg zu tun haben oder mit anderen Worten, ob die „consecrated inclosure“ in unserem Fall als reines Verbrecherasyl fungierte oder als Kriegsfeinden dienendes. Die Wahrscheinlichkeit spricht allerdings für die zweite Annahme, da nicht nur Mariner von „war“ spricht — denn das kann auf einer unkorrekten Ausdrucksweise beruhen — sondern auch keinen speziellen Grund für die Feindschaft nennt, was er bei Blutrache wohl getan hätte. Sollte es sich hier, wie zu vermuten, in der Tat um Kriegsfeinden dienendes Verbrecherasylrecht handeln, so wäre die Analogie mit dem hawaiischen Asylrecht noch größer als schon ohnehin.

Noch zu einigen weiteren Bemerkungen gibt dieser Bericht Anlaß. Zunächst geht aus ihm hervor, daß die Asylstätte nicht nur demjenigen Schutz bot, der sich vollkommen innerhalb ihrer Grenzen befand, sondern auch jenen, welche nur mit ihr in Berührung waren, ohne sich wirklich auf dem heiligen Grund und Boden zu befinden: So demjenigen, der im Begriff war, die Umzäunung zu übersteigen. Es ist dies derselbe Gedanke, daß die Heiligkeit eines Ortes, einer Person u. s. w. auch demjenigen sich mitteilt, der mit ihr nur in mittelbarer Berührung sich befindet, der uns öfters entgegentritt, so bei den Arabern darin, daß man schon dann Schützling einer Person wird, wenn man das eine Ende eines Bindfadens

¹³⁴⁾ Loc. cit. S. 217 f.

hält, dessen anderes Ende an dem anderen unbemerkt — etwa im Schlafe — befestigt ist, oder bei den Griechen, wenn wir den „Schutzflehenden“ des Aeschylos zu entnehmen vermögen, daß nicht nur diejenigen des Asylschutzes teilhaftig wurden, welche einen Altar anfaßten, sondern auch diejenigen, welche eine solche geschützte Person, etwa an der einen ausgestreckten Hand festhielten u. s. w.

Hervorzuheben ist noch, daß die Verletzung des Asylrechts ein todeswürdiges Verbrechen gegen die Gottheit ist; denn die Gottheit selber gibt durch den Mund ihres Priesters die Sühne kund, die erforderlich ist, um den Frevel zu sühnen, nicht der König, der Vertreter weltlichen Strafrechts. Die Buße beruht auf dem Talionsgedanken; aber nicht der Gottesfrevler selbst braucht seine Tat mit dem Tode zu büßen; es genügt, wenn statt seiner ein Kind den Opfertod erleidet, um die erzürnte Gottheit mit seinem unschuldigen Blut zu versöhnen. Wahrscheinlich kam eine solche Verletzung des Asylrechts sehr, sehr selten vor. Ob aber auch sonst der Mörder selber frei ausging und statt seiner ein Kind substituiert wurde, möchte ich bezweifeln, vielmehr annehmen, daß dies nur im vorliegenden Falle geschah, weil der Täter sich durch seinen Verfolgungseifer hatte hinreißen lassen, seinen Gegner, der sich noch halb außerhalb der Umzäunung befand, niederzuhauen. Da schon in einem so milde liegenden Fall immerhin der Sühnetod eines Kindes zur Besänftigung der Gottheit für erforderlich erachtet wurde, möchte ich es fast für gewiß annehmen, daß der Gottesfrevler selber getötet worden wäre, wenn er etwa gewagt hätte, seinem Feind in die Hufanga zu folgen und ihn dort niederzuschlagen.

Zum Schluß sei noch kurz darauf hingewiesen, daß aus dem Anfang des Berichtes hervorzugehen scheint, daß es zwei Arten von Asylstätten gab, nämlich einmal Gräber berühmter Häuptlinge und zweitens besonders zu Freistätten erklärte Plätze, vermutlich die Hufanga. Ihrem inneren Wesen nach, nämlich in ihrem religiösen Grundcharakter, waren sie aber

jedenfalls gleich, denn einerseits werden die Seelen der verstorbenen Häuptlinge wie Götter verehrt, und anderseits scheinen auch die Hufanga ursprünglich nichts anderes als Tempel gewesen zu sein ¹⁸⁵).

§ 10.

Osterinseln.

Trotzdem das, was wir über die Behandlung der Fremden auf der Osterinsel erfahren, streng genommen nicht in eine Abhandlung über Fremdenasylrecht, sondern über Gastfreundschaft gehört, so interessiert es uns doch auch hier, weil wir an einem Beispiele kennen lernen, welch' gewaltigen Einfluß äußere Verhältnisse, insbesondere Armut oder Wohlstand des Landes, auf das Verhalten Fremden gegenüber unter Umständen gewinnen können.

Die Osterinsulaner sollen in Bezug auf die Gastlichkeit allen anderen Südseeinsulanern nachstehen. Sie suchen den Fremden nur deshalb und möglichst lange zu beherbergen, um recht viel von ihm zu erpressen. Diese Ungastlichkeit, die zu der sprichwörtlichen Gastfreundschaft der übrigen Polynesier in schroffem Gegensatze steht, läßt sich nur durch die Verschiedenheit der Lebensbedingungen auf der Osterinsel und auf den anderen Inselgruppen Polynesiens erklären.

„Auf jener Insel gibt eine reiche Vegetation, jahraus, jahrein Nahrung im Ueberfluß, so daß ein großer Teil desjenigen, was die Natur bietet, noch unbenutzt zu Grunde geht, und man hat es daher leicht, Fremden zu geben. Auf Rapanai dagegen, wo die Natur nichts hervorbringt, sondern das zur Nahrung Erforderliche mit vieler Mühe und zum Teil harter Arbeit angebaut, gepflegt und geerntet werden muß und man kaum genug hatte, um selbst leben zu können, erlangen

¹⁸⁵) Meinicke a. a. O. II, p. 80 f.

Nahrungsmittel einen höheren Wert und gebieten ein nicht so sorgloses Umgehen mit denselben wie auf den übrigen Inseln¹³⁶⁾.

Wenngleich hierdurch allein natürlich das ungastliche Verhalten der Osterinsulaner nicht erklärt werden kann, da andere Völker, wie die Araber und Kabylen, lieber selber Not leiden, als dem Gaste irgend etwas vorenthalten, so sehen wir doch, daß Armut eines Landes mit zu den Faktoren gehört, welche die Entstehung eines Fremdenasylrechts erschweren und, wenn das anfänglich gänzlich passive Verhalten Fremden gegenüber schließlich doch dem Fremdenasylrecht gewichen ist, dieses wenigstens zu einem durch materielle Beweggründe begründeten machen.

Daß übrigens bei dieser Ungastlichkeit der Osterinsulaner nicht nur die Armut des Landes eine Rolle spielt, sondern auch die ursprüngliche Rechtlosigkeit der Fremden, ergibt sich aus der interessanten Differenz zwischen dem Diebstahl gegen Stammesgenossen und dem Diebstahl gegen Fremde. Diebstahl gegen Eingeborene gilt als sehr schimpflich, kommt sehr selten vor und erstreckt sich dann auch nur auf Nahrungsmittel. Europäern dagegen etwas wegzunehmen, gilt nicht für schimpflich, sie rechnen es sich vielmehr als große Schlaueit an. Bezeichnend ist, daß sie deshalb auch keinesfalls beschämt sind, wenn sie ertappt werden¹³⁷⁾.

So haben wir es hier doch mit einer Art Fremdenasylrecht zu tun, bei dem die ursprüngliche Rechtlosigkeit der Fremden noch ziemlich unverblümt durchschimmert, und das noch weit entfernt davon ist, sich zu einer rechtlichen und sozialen Gleichstellung des Fremden mit den Stammesgenossen weiterzubilden.

¹³⁶⁾ Geiseler, „Die Osterinsel“ (Berlin 1883), S. 27.

¹³⁷⁾ Eod. p. 28 f.; vgl. auch p. 42.



§ 11.

Palauinseln ¹³⁹⁾.

Das Asylrecht dieser Inselgruppe war schon im ersten Band so eingehend dargestellt worden auf Grund der hervorragenden Mitteilungen Kubarys, daß wir hier nur geringe Ergänzungen auf Grund anderer Berichte desselben Reisenden beifügen können, die aber wenig neue Gesichtspunkte ergeben.

Für das Fremdenasylrecht ist die Frage von Bedeutung, ob die Fremden im allgemeinen als rechtlos gelten. Im ersten Band hatten wir diese Frage bejaht ¹³⁹⁾ und können nun noch einen signifikanten Beleg für unsere Ansicht anführen. Auch heute noch bekriegen sich die einzelnen Gemeinden vielfach, und zwar ohne irgendwelche politischen oder sozialen Zwecke zu fördern ¹⁴⁰⁾. Besteht nun Friede (Budok) zwischen zwei Gemeinden, so verkehren die Leute frei auf beiden Seiten; im entgegengesetzten Falle besteht ein „Lokot“, „das ist kein aktiver Krieg, aber man muß gewärtig sein, jeden Augenblick ein Alarmsignal mittels des Tritonhorns zu vernehmen und dann heißt es, dieser oder jener ist weg, Korryor oder dergleichen hat ihn genommen. Es ist dann immer ein einzelnes und unbewaffnetes Individuum und nicht selten eine Frau, die ganz ungeahnt zum Opfer fallen“ ¹⁴¹⁾. Friedlicher Verkehr ist also nur dann gegeben, wenn ausdrücklich Friede gemacht, d. h. Freundschaftsverträge geschlossen sind; sonst herrscht Kriegszustand, d. h. jeden Augenblick kann es zu einem Gewaltakt kommen.

Einige ergänzende Mitteilungen lassen sich über das Fremdenasylrecht machen, das gegen ungerechte Behandlung von seiten

¹³⁹⁾ Vgl. Bd. I, § 11.

¹³⁹⁾ S. 17.

¹⁴⁰⁾ Kubary, „Die sozialen Einrichtungen der Pelauer“. Berlin 1885, p. 124.

¹⁴¹⁾ Ebd. p. 126.

des Häuptlings schützt ¹⁴²⁾. Kubary ¹⁴³⁾ teilt darüber nämlich noch folgendes mit: „Wo es zwischen den fremden Gemeinden zu Feindseligkeiten kam, so entstand eine fernere Veranlassung Gemeinden zu gründen, indem die vertriebene Bevölkerung zu einer andern Gemeinde kam und von ihr entweder Land mit gewissen Rechten erwarb oder es erhielt, wofür sie in ein Pflichtverhältnis mit der gebenden Gemeinde trat.“ — — „Ein Volk, das entfloh und sich wo anders niederließ, ohne das Land bezahlt zu haben, wurde zu Leistungen verpflichtet, ohne welche zu erhalten, es wurde ein ‚Gar‘, eine Quelle für das Hauptland und selbstverständlich lieferte es Frauen und einen formellen Tribut, der ‚Tanget‘ hieß.“

Dies Fremdenasylrecht hat mit dem im ersten Bande geschilderten gemein, daß es, wie jenes gegen Willkür des eigenen Häuptlings Schutz gewährt, so dieses gegen Mißbrauch der Macht seitens des Eroberers schützt. Daß diejenigen Fremden, welche Land angewiesen erhalten, ohne es zu bezahlen, Tribut leisten müssen, ist selbstverständlich, denn dies ist nur die Gegenleistung. Die anderen Fremden aber, welche das Land bezahlen, scheinen in keinerlei rechtliche Abhängigkeit von den Schutzgewährenden zu kommen; es hat daher den Anschein, als ob der Asylstaat im allgemeinen keine besondere „materielle Anerkennung“ erhält, sondern daß er allein deshalb ein Interesse an der gastlichen Aufnahme der Fremden hat, weil durch sie die Zahl seiner Krieger, und damit seine Macht verstärkt wird.

Ueber die Grundlagen des Verbrecherasylrechts lassen sich gleichfalls einige neue Belegstellen anführen, welche im wesentlichen dasselbe Bild geben, wie es im ersten Bande dargestellt ist. Ueber Häuptlingstum, Strafrecht und Einfluß religiöser Ideen vergleiche Kubary ¹⁴⁴⁾, über:

¹⁴²⁾ Bd. I, S. 19; vgl. auch Kubary a. a. O. p. 88.

¹⁴³⁾ A. a. O. p. 115.

¹⁴⁴⁾ Kubary a. a. O. p. 43 f., 72–74, 81. — Derselbe, „Die Verbrechen und das Strafverfahren auf den Palauinseln“ („Original-

die Junggesellenverbände der jungen Krieger Schurtz und Usener ¹⁴⁵⁾.

Methodologisch interessant ist, daß Kubary in seiner eben zitierten eingehenden Darstellung des Strafrechts das Verbrecherasylrecht, von dem er uns doch in seiner allgemeineren Abhandlung, wie im ersten Band dargelegt, Kunde gibt, nicht erwähnt. Es zeigt das wieder einmal, wie ungemein vorsichtig man mit der Verwertung der sogenannten negativen Fälle sein muß. Selbst wenn wir bei einem zuverlässigen Schriftsteller — und das ist Kubary im höchsten Grade — über die Rechtsverhältnisse eines bestimmten Stammes die minutiösesten Nachrichten haben, über ein Institut aber nicht, so können wir nur dann auf die Nicht-Existenz dieser Rechtseinrichtung schließen, wenn das betreffende Institut seinem Wesen nach allgemein bekannt ist, wie z. B. Sklaverei, Tötung der Gefangenen, Darlehn u. s. w., und auch dann erreichen wir immer erst einen gewissen Grad von Wahrscheinlichkeit, keine Gewißheit; dies selbst dann sogar, wenn der Gewährsmann das Bestehen des Institutes ausdrücklich verneint, wie verschiedene Fälle bei Steinmetz „Rechtsverhältnisse“, so betreffs des Verbrecherasylrechts, zeigen ¹⁴⁶⁾.

mitteilungen aus der ethnologischen Abteilung der königlichen Museen zu Berlin“, Jahrg. I, Heft 2 (1886), p. 77—91). Derselbe, „Die Religion der Pelauer“ (In Bastian, „Allerlei aus Völker- und Menschenkunde“ I. (Berlin 1888), p. 5 ff., 8 f.

¹⁴⁵⁾ Schurtz, „Alterklassen und Männerbünde“, 1901, besonders Kap. IV; Usener, „Ueber vergleichende Sitten- und Rechtsgeschichte“ (Leipzig 1902).

¹⁴⁶⁾ Auch jetzt glaube ich bei weitem noch nicht, das Asylrecht Ozeaniens einigermaßen vollständig dargestellt zu haben, wenngleich die Mitteilungen des ersten Bandes sehr ergänzt und vermehrt sind. Auch für das afrikanische Asylrecht habe ich wichtige Ergänzungen gesammelt, die bei weitem umfangreicher sind als die für Ozeanien, und an deren Bearbeitung ich sobald als möglich herangehen werde.

V.

Altsyrisches und armenisches Recht.

Von

Josef Kohler.

§ 1.

Die Kenntnis des syrisch-römischen Rechtsbuches bildet einen Grenzpunkt in der geschichtlichen Behandlung des römischen Rechts. Die naive Vorstellung, als ob die klassische römische Lehre überall in dem ungeheuren Gebiete des Römerreichs geherrscht hätte, ist handgreiflich zerstört worden, und es zeigte sich, daß das Recht der römischen Juristen größtenteils ein volkstümliches Wesen hatte, so daß es nur in beschränkter Weise als Weltrecht Anklang finden konnte. Erst die Renaissance unter Justinian hat für einige Zeit das Juristenrecht wieder in Schwung gebracht, ganz ebenso wie späterhin, nachdem die bilderstürmenden Kaiser ein ganz neues Gesetzeswesen im oströmischen Recht geschaffen hatten, unter den Mazedoniern das römische Digestenrecht wieder einigermaßen erweckt wurde.

Allerdings mußte man nun den ganz verständnislosen Kommentar von Bruns über sich ergehen lassen, als ob die Bestimmungen des Rechtsbuches lediglich und allein nach dem guten römischen Rechte zu bemessen wären, so daß überall, wo sie von ihm abwichen, nichts anderes als barbarische Mißverständnisse vorlägen. Von dieser Anschauung ist man heutzutage gründlich befreit. Man hatte im 5. Jahrhundert in

Syrien andere Dinge zu tun, als das Recht der römischen Juristen zu studieren, und ganz andere Bildungskeime waren hier mächtig. Die ungeheuren Völkeransammlungen mußten von selber ein neues Recht bilden; vor allem stemmten sich die Syrer selbst ebenso gegen die Ueberflutung mit römischem Rechte, wie es die Deutschen gegenüber den Rezeptionsbestrebungen taten; und diese Gegenströmung war nichtsdestoweniger wirksam, wenn sie auch mehr passiver Natur war und eben einfach darin bestand, daß man bei dem Alt-hergebrachten blieb.

Gegenüber der Darstellung von Bruns ist die Auffassung von Mitteis „Reichsrecht und Volksrecht“ ein bedeutender Fortschritt. Allein auch er bewegt sich in manchen Irrtümern, und sein größter Fehler besteht darin, daß er aus dem Rechtsbuche viel zu viel griechisches Recht herauslesen will. Das ist verfehlt. Allerdings hat das Griechentum einen bedeutenden Einfluß ausgeübt: Griechen waren es, die das Land besiedelten, die Seleukiden führten jahrhundertlang den Herrscherstab, und nicht immer hatten sie Verständnis für das einheimische Wesen; allein trotz alledem konnten sie die einheimische Sprache ebenso wenig verdrängen, wie das einheimische Recht und die einheimischen Ideen, und nach allen rechtsgeschichtlichen Vorgängen wird der Einfluß sich vor allem auf das Verkehrsrecht erstreckt haben, auch hier vielfach durch einheimisches Recht gehemmt, denn das babylonische Verkehrswesen reicht in die Seleukidenzeit hinein; trotzdem mußte das Verkehrs- und Handelsrecht den tiefgreifenden Einfluß des griechischen Rechts erfahren, ebenso wie das italienische Handelsrecht seinerzeit den Weltverkehr beherrscht hat. Wenn aber Mitteis annimmt, daß auch das Erbrecht ein griechisches geworden sei, so ist einerseits der Nachweis nicht im mindesten erbracht, und anderseits verstößt es gegen alle geschichtlichen Aehnlichkeiten; denn Familien- und Erbrecht ist derjenige Teil, der am festesten zu haften pflegt, und wenn auch die geistig erobernde Ansiedelung neue Ideen bringt, so wird Familie und Familien-

genossenschaft so lange in den alten Vorstellungen und in den alten Geleisen bleiben, als überall das Volk noch eine selbständige Lebenskraft aufweist oder als nicht eine neuzeitliche gesetzzusammenfassende Tätigkeit das ganze Rechtsleben überumpelt, wovon in jenen Zeiten keine Rede sein konnte, oder als nicht das ganze Leben auf eine neue Religion gestellt wird: in dieser Beziehung ist aber gerade das Griechentum mit seiner religiösen Lässigkeit ohne ausschlaggebenden Erfolg geblieben. Dazu kommt noch, daß das Familien- und Erbrecht viel weniger zum Gegenstand gerichtlicher Streitigkeiten wird als das Verkehrsrecht und daher auch den Einfluß der Gerichte weniger erfährt; und auch was die freiwillige Gerichtsbarkeit angeht, so ist es hier nur das Gebiet der Eheverträge und der Testamente, welches ihrem Einflusse offensteht.

Man hat, um den griechischen Ursprung der Sonderbestimmungen des syrisch-römischen Rechtsbuches darzutun, insbesondere auf das Erbsystem hingewiesen, bei welchem selbst Bruns seine gewöhnliche Auskunft eines entsetzlichen Mißverständnisses des römischen Rechts nicht aufrechterhalten konnte. Allein von einer Entlehnung aus dem griechischen Rechte kann keine Rede sein, jedenfalls spricht der Gleichlaut einiger Bestimmungen in keiner Weise dafür. Es ist nicht griechisches, sondern altsyrisches Recht. Der Grundstock der Erbfolge ist das Parentelsystem, das sich allerorts in der indogermanischen und in der semitischen Welt, ja selbst in Ostasien findet, wo überall nicht eine so schreckliche Verbildung der familienrechtlichen Grundsätze eingetreten ist wie in Rom, dessen Familieneinrichtungen vollständig aus dem Rahmen fallen und nichts als ein Zerrbild des indogermanischen Hauswesens darstellen. So findet sich das Parentelsystem bei den Hindus wie bei den Griechen und den vorislamischen Arabern, im Islam wie bei den Israeliten; seine Grundzüge finden wir im Kaukasus wieder. Es ist ein System, das sich den vaterrechtlichen Völkern von selbst aufdrängen mußte: zuerst die Söhne, dann die Brüder und Brudersöhne, dann Vaterbrüder

und Vaterbrudersöhne u. s. w. So das Gerippe der Parentelbildung; innerhalb dessen ist eine Menge Sondergestaltungen möglich: so ist es möglich, daß der Vater die Brüder ausschließt oder von ihnen ausgeschlossen wird; es ist möglich, daß die Vorfahren überhaupt den Seitenverwandten vorgehen. Die Hauptunterschiede aber beziehen sich auf die Behandlung des weiblichen Geschlechts, denn nicht immer bleibt es völlig ausgeschlossen. Insbesondere werden häufig die Töchter zugezogen, und dies vor allem dann, wenn keine Söhne vorhanden sind. Es ist einer der bedeutendsten Fortschritte, daß hier die Tochter und vielfach auch der Tochtersohn den Brüdern vorgehen, und zwar hängt dies mit dem allgemein verbreiteten System des indischen putrikâ putra zusammen, wonach entweder die Tochter wie ein Sohn behandelt wird oder die Ehe der Tochter so gestaltet ist, daß der Schwiegersohn, wie wenn er zur Familie gehörte, die Familie der Tochter fortsetzt oder gar in die Familie der Tochter eintritt. Auch das ist eine nicht seltene Erscheinung, daß die Töchter zwar mit den Söhnen gerufen werden, aber für einen geringeren Teil, und zwar hauptsächlich nach dem System: eine Tochter gleich einem halben Sohn. Das ist nicht eine Eigenheit des Gortynschen Rechtes, es findet sich vielfach. Der Islam geht von dieser Anschauung aus, und in modifizierter Art findet sich der Satz bereits bei Hammurabi, er gilt noch heute in Afghanistan ¹⁾. Er beruht auf dem uralten Gedanken, daß das Weib im Wergeld und in der Sühnung gleich einem halben Sohn gerechnet wird, so daß die Wertschätzung der Hälfte des Manneswerts oder ungefähr dieser Hälfte gleich kommt. Noch im Islam finden wir den Satz, daß das Wergeld der Frau gleich dem eines halben Mannes ist, und noch in 3. Moses 27 ist der Gedanke klar ausgesprochen. Dazu kommt noch der weitere Brauch, daß die ausgestattete Tochter als abgefunden betrachtet wird; die Ausstattung aber ist, da sie mit der Frau in eine fremde Familie

¹⁾ Olufsen, Through the unknown Pamirs p. 135.

übergeht, nicht einem ganzen Sohneanteil gleich, sondern einem halben. So finden wir die Sache bei Hammurabi, und der Fortgang wird zeigen, daß auch in Armenien ein ähnliches System aufgestellt worden ist.

Ein weitere Frage ist dabei, ob, wenn die Vaterfamilie erschöpft ist, nicht aushilfsweise die Verwandten von Mutter her gerufen werden. Solches ist eine häufige Weiterbildung, die sich aber bei den Völkern nicht gleichmäßig vollzogen hat. Manche sind in dieser Beziehung altertümlicher, manche fortschrittlicher gesinnt, und oft sind innerhalb desselben Volkes die Rechtsschulen verschiedene Wege gegangen. Bei den Hindus hat eine spätere Bildung die Bandhus, die Verwandten von Mutter her, aushilfsweise gerufen. Im Islam finden wir eine solche Erweiterung bei den Hanefiten, nicht aber bei den anderen Rechtsschulen. Das jüdische Recht ist in seiner offiziellen Gestaltung einer solchen Fortbildung feindlich (vgl. auch Rappaport in Zeitschrift XIV, S. 46 f.), dagegen sind manche Sekten dafür gewesen; auch im Talmud finden sich entgegengesetzte Ansichten mit vertreten (Angaben bei D. H. Müller, Syrisch-römisches Rechtsbuch und Hammurabi S. 13 ff.).

Es ist nun selbstverständlich, daß das Syrerrecht eine agnatische Parentelordnung hatte, und diese mußte unter dem Einflusse der christlichen Anschauung, der bei diesen orientalischen Rechten ein ganz hervorragender gewesen ist, sich von selber dazu gestalten, daß die Töchter, Schwestern und die mütterliche Familie möglichst aus der Versenkung hervortauchten: denn das Christentum mußte ebenso wie der Buddhismus dahin drängen, die grundsätzliche Gleichheit der Menschen und damit auch der beiden Geschlechter im Erbrecht zum Ausdruck zu bringen. So ist es denn gekommen, daß das syrische Rechtsbuch²⁾ die Töchter mit den Söhnen beruft, was aller-

²⁾ Im einzelnen sind die Bestimmungen mannigfach unklar, auch stehen die Fassungen nicht im Einklang, L. 1 und 37, 102—104; P. 1, 17, 66, 67a, 67b; Ar. 1, 19, 88, 89; Arm. 1, 18, 88, 89.

dings in manchen Gegenden dahin gemindert wurde, daß die Töchter nur wie ein halber Sohn gerechnet wurden: derselbe Satz wie im armenischen Recht, wo (im J. 1184) der Mekhitar Gosch II 62, 63, 96 die Töchter den Söhnen gleichstellt, dabei aber doch den Unterschied macht, daß dies nur für unausgestattete Töchter gelte, daß aber die ausgestatteten auf ein halb beschränkt seien; während das 80 Jahre spätere Sempadsche Recht, wohl infolge feudaler Einflüsse, wiederum die Töchter grundsätzlich auf die Hälfte des Sohnteils zurückdrängt, § 94. Ebed Jeshu, der im 13. Jahrhundert schrieb, aber auf Grund einer Vorlage, die in das 11. Jahrhundert zurückgeht, sowie Bar Hebraeus, der Zeitgenosse des Sempad, bringen die Zurücksetzung der Weiber kraft des Satzes: ein Weib gleich ein halber Mann, in ein völliges System; bei Ebed Jeshu erbt die Schwester die Hälfte eines Bruderteils, die Ehefrau die Hälfte eines Ehemannanteils, die Mutter die Hälfte eines Vateranteils³⁾, und Bar Hebraeus sagt ausdrücklich: in feminis dimidium partis masculorum in hereditatem damus, quando cum ipsis fuerint, licet filiae cum filio et sorori cum fratribus et amitae cum patruo et matri cum patre et aviae cum avo⁴⁾. Nach armenischer Mitteilung soll sogar noch heutzutage bei den armenischen Bauern der volle Ausschluß der Töchter gelten⁵⁾. Im übrigen beruft das syrische Rechtsbuch die Töchter vor den Brüdern, die Schwestern vor den Vatersbrüdern, während der Tochtersohn, Schwestersohn, Tantensohn erst in einer späteren Gruppe zur Hebung gelangen; und aushilfsweise kommt die Erbfolge der Mutterverwandten zur Geltung. Dieses System stimmt weder mit dem griechischen, noch mit dem jüdischen, noch mit dem arabischen oder indischen

³⁾ Ebed Jeshu, De divisione hereditatum c. 3, 4 und 5 (Angelo Mai, Script. veterum nova collectio X, p. 57 f.).

⁴⁾ Nomocanon des Bar Hebraeus bei Ang. Mai X, p. 88.

⁵⁾ Megavorian, Famille et mariage Arméniens (1894), p. 64. Ebenso bei den Osseten, vgl. Kowalewski, Coutume contemp. p. 218.

vollständig überein, aber es hat mit allen diesen, wie mit den agnatischen Parentelsystemen überhaupt, gewisse Aehnlichkeiten, ohne daß irgendwie an eine Entlehnung von der einen oder anderen Seite zu denken wäre.

Interessant ist auch, daß im syrisch-römischen Rechtsbuch die Mutter im Zusammenstoß mit agnatischen Verwandten einen Teil bekommt; noch weiter geht dies im armenischen Rechtsspiegel, und der Islam hat ein völliges System von Sondertheilrechten (*fardh*) für Ehegatten, Mutter und Vater und uterine Geschwister aufgestellt, was Mohammed wohl kaum selbst ersonnen, sondern in Volksrechten vorgefunden hat, wenn auch kaum mit der Genauigkeit, wie es im Koran festgestellt ist.

Daß zur Bezeichnung der Erbtheile von Unzien die Rede ist, kann nicht auffallend sein; so bezeichnete der Orient die Bruchtheile: ähnlich spricht z. B. das armenische Recht von *Dang*, *Thasu* und *Gran* und bestimmt danach die Erbtheile, *Datastanagirk* II 65; und daß der Syrer von Agnaten und Kognaten spricht, ist nach allem, was er aus dem römischen Rechte erhascht, begreiflich. Die Theorie des reinen Samens aber ist die leitende Idee der vaterrechtlichen Völker, die sich namentlich auch bei den Semiten (bei diesen ganz besonders) findet.

Außerdem wird auf die Aehnlichkeit der Sohnesverstoßung mit der griechischen *apokeryxis* verwiesen (L. 58); aber auch hier kann von einer hellenistischen Entlehnung nicht die Rede sein. Aehnliches finden wir auch schon bei Hammurabi in der Art, daß der Vater den Sohn nur aus objektiven Gründen und wegen schwerer Verfehlungen verstoßen darf; und daß man dem verstoßenen Adoptivsohn etwas mitgeben muß (Ar. 102 Arm. 101), besagen die babylonischen Urkunden (vgl. meinen Hammurabi S. 123, 124); — nicht als ob solche Bestimmungen des Rechtsbuchs aus Hammurabi geschöpft wären, sondern wir haben eben auch hier ein gemeinsames semitisches Recht: das Recht der Syrer muß dem babylonischen in ähnlicher Weise verwandt gewesen sein, wie das Recht der Israeliten und der Araber,

und auf diese Weise bietet uns das Rechtsbuch ein neues Glied in der Kette semitischer Rechtsentwicklung.

Auch das Noterbrecht des syrisch-römischen Rechtsbuchs ist durchaus nicht griechisch. Daß die Söhne nicht völlig enterbt werden können, daß ihnen ein Teil des Vermögens hinterlassen werden muß, ist eine Anschauung, welche sich bei den meisten Völkern, die ein Testamentsrecht entwickelt haben, hervordrängte. Ob die Feststellung des Noterbteils auf ein Viertel römischer Einfluß ist, mag dahingestellt sein: möglich ist es, denn in der Teilfestsetzung wirkt häufig ein fremdes Recht, wenn das einheimische unbestimmt ist, ein, und die Norm über Ausschluß der *turpis persona* ist sicher römische Erinnerung. Im Islam haben wir dagegen die Bestimmung, daß ein Drittel des Nachlasses verfügbar ist. Wie dieses geschichtlich zusammenhängt, muß noch in Zukunft aufgeklärt werden ⁶⁾.

Das eheliche Güterrecht des Rechtsbuches ist so semitisch-orientalisch, wie es überhaupt sein könnte; denn die *donatio propter nuptias* ist eine den semitischen Völkern gemeinsame Gestaltung, wobei sich der alte Frauenpreis, das *tir-hatu* der Babylonier, das *mohar* der Israeliten zu einem Widdum umgestaltet hat, so in der jüdischen *ketuba* und im arabisch-islamischen *mahr*. Daß hierbei, wenn die Ehe sich auflöste, dem einen oder anderen Teil je nach der Art der Gestaltung der Sache aus dem Ehevermögen Vorteile zufielen, ist eine nicht seltene Erscheinung, die sich allerdings nur bei wenigen Völkern zur wirklichen Gütergemeinschaft entwickelt hat; daß aber, wenn die Mitgift der Frau aus Herden bestand, den Frauen erben bei Lösung der Ehe nicht nur der Herdenstamm, sondern auch ein Teil der Jungen zukam, beruht auf dem naheliegenden Gedanken, daß die Herdenjungen zugleich zur Steigerung

⁶⁾ Ueber das *testamentum aequum et iniquum* vgl. auch Ebed Jesu III, 12. Ueber das Islamrecht siehe Rechtsvergl. Studien 8. 121. In diesem gilt auch die Bestimmung, daß der Erblasser nur zu Gunsten eines Nichterben, nicht zu Gunsten eines Erben verfügen kann.

des Herdenkapitals beitragen und darum nur teilweise als Früchte aufzufassen sind ⁷⁾). Solche Anschauungen finden wir in verschiedenen Rechten vertreten; auch hier ist auf eine Entlehnung in keiner Weise zu schließen.

Dagegen läßt sich allerdings bezüglich des Verkehrsrechts, namentlich was die exekutorischen Urkunden betrifft, eine Uebernahme griechischer Grundsätze verteidigen; denn in Sachen des Handelsverkehrs sind die Völker sehr aufnahmefähig: mit dem Eintritt in den Verkehr bemächtigt man sich der Verkehrsinstitute, und so haben die neuzeitlichen Völker den italienischen Wechsel angenommen wie das englische Patent.

Auch der Umstand, daß die Rechtsliteratur in Syrien zunächst eine griechische war und namentlich auch das Rechtsbuch auf einem griechischen Original beruht, beweist nichts, ebensowenig als der Gebrauch der lateinischen Sprache im Mittelalter eine Annahme der römischen Rechtskultur bedingte. Die einheimische syrische Literatur kam erst infolge eines Aufschwungs volkstümlicher Anschauungen im 5. Jahrhundert auf, als man sich kraft des Nestorianismus und Monophysitismus von der übrigen orientalischen Kirche absonderte und sich auf eigene Füße stellte. Und auch da war die Literatur meist eine Uebersetzungsliteratur. Hiermit hängt auch die Uebernahme griechischer Kunstausrücke zusammen, welche die entsprechenden syrischen Institute annähernd bezeichnen.

Auch das Sklavenrecht entspricht, abgesehen von den Bestimmungen des römischen Vulgarrechts in L. 48 ⁸⁾, 73, 74,

⁷⁾ Betrachtet man sämtliche Herdentiere als Früchte, so führt dies zu einer Verzinsung von etwa 50 %; dies hat man auf die Hälfte gemindert. Ueber den Adat der Karatschai im Kaukasus in Betreff der Tierjungen vgl. Petrussewitsch bei Kowalewski p. 141.

⁸⁾ Ein Zusammenhang zwischen L. 48 und Gortyn VI, 55, VII (wo es sich gar nicht um das Schicksal der freien Frau handelt) ist völlig abzulehnen. Der Gedanke, daß die im Haus des Herrn geborenen Sklavenkinder anders behandelt werden, als die außerhalb, liegt durchaus nahe, wie z. B. die im Hause des Pfandgläubigers geborenen häufig dem Pfandgläubiger zugeschrieben werden.

den semitischen Anschauungen. Was insbesondere die Freilassung unter einer Bedingung betrifft, so ist sie im Islam in mehreren Formen vertreten, in Formen, die offenbar aus dem bisherigen arabischen Recht entnommen sind. Es ist die Kitabfreilassung, d. h. die Freilassung gegen Lösegeld, die Tedbirfreilassung, d. h. Freilassung von Todes wegen, welche nach den einen Anschauungen widerruflich, nach den anderen unwiderruflich ist, und die Istitatfreilassung der Sklavin, deren Kind der Herr anerkennt: die Sklavin wird mit des Herrn Tode frei (vgl. Zeitschrift XVII, S. 204). Was die merkwürdige Bestimmung des Rechtsbuches L. 49, P. 28, Ar. 30 und Arm. 24 betrifft, wonach derjenige, der einen Sklaven verhehlt, selbst zum Sklaven wird, so entspricht sie völlig dem Zug der Entwicklung, die nach Hammurabi den Hehler selbst mit dem Tode bestraft, Hammurabi § 16 f.; — nicht als ob hier ein Einfluß Hammurabis zu erblicken wäre, wohl aber, weil dies der Zug des entwickelten semitischen Rechts ist; daß das israelitische Gesetz etwas anderes lehrt, beruht auf Gründen, die bereits anderwärts ihre Würdigung gefunden haben, Deutsche Lit. Ztg. 1903, S. 1548.

Semitisches Recht liegt auch bezüglich eines anderen Punktes vor.

Die neuentdeckten Stellen R. I 55, 58 und R. II 148, die übrigens längst hätten bekannt sein sollen — denn Ebed Jeshu erwähnt sie IV 15 hintereinander unter den Gesetzen der Imperatores, welches die Bezeichnung des syrisch-römischen Rechtsbuchs ist — sprechen vom Finderrecht und geben dem Finder bedeutende Anrechte. Die Herkunft dieser Finderbestimmung, wonach dem Finder ein Viertel gebührt, und wonach, wenn mehrere Personen vorbeigehen und die eine die Sache findet, es darauf ankommt, ob der erste, mittlere oder letztere der Finder ist, kann nicht zweifelhaft sein; sie ist semitisch (babylonisches) Recht. Eine unmittelbare Quelle ist allerdings bis jetzt nicht anzugeben; es stimmt aber damit vollkommen die babylonische Anordnung über die Belohnung

dessen, der einen flüchtigen Sklaven zurückbringt, eine Anordnung, die sich bei Hammurabi (§§ 17, 18), wie im neubabylonischen Rechte findet⁹⁾.

Auf Einzelnes ist noch bei Besprechung des armenischen Rechtslebens zurückzukommen.

§ 2.

Die Studien des armenischen Rechts haben in der neueren Zeit eine außerordentliche Förderung erfahren. Während ich mich früher nur auf das lateinische Lemberger Rechtsbuch stützen konnte, ist nunmehr durch das Werk von Karst ein ungemein reiches Material aus den Originalgesetzen zugänglich geworden¹⁰⁾. Allerdings war es ersichtlich, daß das Lemberger Rechtsbuch aus dem Rechtsspiegel des Mekhitar Gosch, dem Datastanagirk vom Jahre 1184 mehr oder minder entlehnt sei. Doch war das Verhältnis nicht sicher festgestellt, und ich hatte die Absicht, von dem Rechtsspiegel selbst nach der Ausgabe von Bastamianz eine Uebersetzung zu veranlassen, als ich erfuhr, daß durch Karst bereits eine Uebersetzung und Bearbeitung im großen Stil unternommen sei. Das Werk von Karst bietet allerdings eine Ueberraschung; denn nicht der Rechtsspiegel von Gosch ist zu Grunde gelegt, sondern das aus dem Jahre 1265 stammende Rechtsbuch von Sempad. Dieses aber enthält nicht, wie man vermeinte, eine einfache Wiedergabe des Datastanagirk von Mekhitar Gosch, sondern eine Neubearbeitung in systematischer Fassung und unter vielseitiger Aenderung nach Maßgabe der unterdessen eingetretenen hochwichtigen geschichtlichen Ereignisse; denn in Cilicien hatte sich unter der Dynastie der Rupeniden ein neues armenisches Königreich gebildet (1198—1393), während Mekhitar Gosch zur Zeit der Fremdherrschaft schrieb, welche das armenische

⁹⁾ Aus dem babyl. Rechtsleben I, S. 6, IV, S. 17.

¹⁰⁾ Karst, Armenisches Rechtsbuch I, Sempadscher Kodex, Text und Uebersetzung; II, Kommentar (Straßburg 1905).

Volk seit der Eroberung Justinians überwältigt hatte, mit Ausnahme der 150 Jahre der Dynastie der Bagratiden (895 bis 1045), aber diese war bereits über 100 Jahre erloschen, als Mekhitar Gosch lebte, und er schrieb einerseits unter dem Einfluß des Islam, anderseits als Geistlicher auf Grund der Anschauungen geistlicher Gerichte; denn eine weltliche Rechtspflege der Armenier gab es nicht, und auch nicht eine weltliche Rechtswissenschaft; während bei Sempad ganz andere staatsmännische Züge zu Tage treten und der Einheitsgedanke viel schärfer gefaßt wird, was namentlich im Strafrecht hervortritt.

Nun hat Karst das Sempadsche Rechtsbuch, das in drei Handschriften (Venedig, Wien, Etschmiazin) vorhanden ist, zu Grunde gelegt und davon eine Uebersetzung gegeben. Wünschenswert wäre es gewesen, hätte er sofort den Rechtspiegel von Mekhitar Gosch von Anfang bis zu Ende übersetzt und daran Erläuterungen angeknüpft. Solches ist nicht geschehen, sondern es sind bei der Erläuterung des Sempadschen Rechtsbuchs stückweise die entsprechenden Stellen des Mekhitar Gosch mit angeführt. Das ist nicht ganz übersichtlich, und insbesondere kommt die Arbeit des geistlichen Lehrers damit nicht vollkommen zur Geltung, und doch ist sie gegenüber dem Sempadschen Werke die naivere und ursprünglichere und auch insofern reichhaltigere, als sie eine Reihe prozeßrechtlicher Vorschriften enthält, an denen es bei Sempad fast ganz fehlt. Auch ist das geistliche Werk nicht berührt von der Kultur des Abendlandes, während bei Sempad diese Einflüsse zu einer Reihe von Abänderungen führten, welche seine Bestimmungen verwickeln und dem Geist des Morgenlandes entfremden.

Dafür entschädigt uns aber der Verfasser durch seinen außerordentlich reichhaltigen Kommentar, der mit großer Sorgfalt und Sachkenntnis gearbeitet ist und überall die entsprechenden Quellen heranzuziehen sucht, auch die bisherigen Bearbeitungen des armenischen Rechts verständnisvoll benutzt. Nur darin ist zu widersprechen, daß er, durch die Arbeiten von

Mitteis beeinflußt, eine viel zu große Einwirkung des griechischen Rechts auf den Orient annimmt.

§ 3.

Die Ausführungen, die ich seinerzeit auf Grund des Lemberger Rechtsbuchs machte, werden bestätigt und nach vielen Richtungen hin bereichert und vertieft; namentlich ist die Einwirkung des geistlichen Rechts bei Mekhitar Gosch offensichtlich: gewöhnlich führt er einen Satz des Alten oder Neuen Testaments oder einen Konzilbeschluß an, und daraufhin gibt er seine Rechtsregel, indem er sich entweder dieser Vorlage vollständig anschließt oder nach der einen oder anderen Seite hin seine Vorbehalte macht. Allerdings dringt durch diese geistliche Rechtsschicht immer wieder das ursprüngliche Recht hervor, und das ist namentlich im Strafrecht und im Familienrecht offensichtlich.

Das Strafrecht¹¹⁾ bietet noch deutliche Anzeichen des Blutrechts. Der Blutrachedanke tritt in der Gestalt hervor, daß den Verwandten des Erschlagenen ein Blutpreis zu zahlen ist, der nach Datastan. 365 Denare beträgt, jedoch bei Ungläubigen sich auf ein Drittel vermindert. Allerdings ist das Recht schon so weit vorgeschritten, daß zwischen freiwilliger und nicht freiwilliger Tötung unterschieden wird, und bei unfreiwilliger Tötung wird der Blutpreis auf die Hälfte beschränkt, Datastan. II 1, 126 und Sempad § 1.

Hierbei blieb man aber nicht stehen. Zunächst verlangte der Staat, daß neben dem Wergeld ihm ein Friedensgeld gezahlt werden sollte. Dazu kam bei Erstarkung der öffentlichen Strafgewalt weiteres hinzu, und zwar zunächst, was das Verhältnis zu den Ungläubigen betrifft, folgendes: ein Tötungsverbrechen dieser sei ein Verbrechen gegen den Staat, daher erfolgte Todesstrafe und, bei unfreiwilliger Tat, Handabhauen;

¹¹⁾ Ueber Islameinflüsse vgl. unten S. 130.

aber auch bezüglich der Gläubigen wurde zwar nicht Todesstrafe, aber doch Handabhauen bestimmt, wenigstens bei der freiwilligen Tötung; bei der unfreiwilligen trat Geldstrafe ein, nach Sempad auch Kerkerstrafe. Hatte allerdings ein Gläubiger einen Ungläubigen getötet, so hatte er nur das Wergeld zu zahlen und zwar, wie bereits bemerkt, ein Drittel des üblichen Betrages, und wenn die Tat unfreiwillig war, ein Sechstel, wovon noch der Staat einen Teil an sich nahm.

Doch ist auch eine strengere Richtung zu vermerken; so nach Sempad 151^{ter}, wenigstens wenn der Täter nicht reumütig ist. Ebenso soll nach Sempad § 133 bei der Tötung eines Kindes Todesstrafe eintreten (milder ist Datastan. I 33). Wenn die Frau den Mann ermordet, so läßt sie Sempad sogar qualvollen Tod erleiden, § 72 (16). Auch bei Tötung des Fötus, wenn er belebt ist, soll nach Sempad § 84 ein Blutgeld entrichtet werden, wobei man sich auf das Alte Testament bezieht.

Dem Blutracherecht entspricht auch das Tötungsrecht des Ehemanns, so Sempad § 72. Interessant ist dabei die Bestimmung, daß der Ehemann entweder beide Schuldige zu töten hat oder keinen: eine außerordentlich verbreitete Vorschrift, welche aus dem Gedanken hervorgeht, daß hier eine geregelte Sühne, keine willkürliche Rache geübt werden darf. Sempad will dies allerdings noch mit Nützlichkeitsgründen erklären, weil sonst möglicherweise der Ehemann dem Ehebrecher oder der Ehefrau eine Falle stellen könnte, um sich ihrer zu entledigen. Wir finden ähnliches als buddhistisches Recht im östlichsten Asien ¹²⁾.

Volkstümlich ist die Strafe des Hängens für den ertappten Dieb, eine Strafe, die vom Datastan. allerdings gemißbilligt wird, II 109. Auch sonst sucht der Datastan. möglichst Milderung einzuführen, ganz im Sinne des geistlichen Rechts, sogar bei Leichenraub, II 89.

¹²⁾ Zeitschr. XVIII, S. 346.

An die Strenge der Ekloga erinnern einige weitere Strafen, die sich im armenischen Nationalrecht entwickelten, als man von der Blutrachezeit zur staatlichen Strafe übergang; so das Augausstechen bei Menschenraub und auch in gewissen Diebstahlsfällen, Datastan. II 1, 24 und Sempad §§ 1, 125; ferner bei Verrat zu Gunsten von Muslims, Sempad § 1; sodann das Handabhauen bei Münzfälschung, Sempad § 112, und bei Ehebruch das Abhauen der Nase oder des Zeugungsorgans, Datastan. I 19, Sempad § 72, ähnlich auch bei Notzucht und Entführung, Sempad §§ 73, 83. Jedenfalls ergibt sich aus der ganzen Entwicklung, daß hier, wie im Abendland, bei Steigerung der staatlichen Gewalt und Zurückdrängung der geistlichen Gerichtsbarkeit, das Strafrecht sich verschärft hat und namentlich die Ablösbarkeit der Strafe viel seltener geworden ist. So ist denn auch das Gesetzbuch Sempads viel strenger als der Spiegel des Mekhitar Gosch; er kennt FeuerTod für Götzendienst, Simonie und Brandstiftung, Sempad §§ 47, 155, während Gosch auch die schwersten Fälle der Brandstiftung nur mit Handabhauen bestrafen will, II 48. Selbst bei Hochverrat schreckt Gosch vor der Todesstrafe zurück und will statt dessen Blendung oder Handabhauen, Datastan. II 1, § 26 f., strenger Sempad § 1; im übrigen sollen bei Hochverrat nach beiden Rechtsquellen Weib und Kind in die Sklaverei verkauft werden; ähnlich beim Diebstahl am Krongut, welcher unter die gleiche Betrachtungsweise gebracht wird.

So ist denn auch die mit Entwicklung des staatlichen Strafrechts entstehende Kerkerstrafe erst bei Sempad zu finden. Die Belege hierfür sind im Kommentar von Karst II, S. 315 zusammengestellt.

§ 4.

Auch die Armenier sind von der Familiengemeinschaft ausgegangen, und die erweiterte Familie bildet jetzt noch bei den ackerbautreibenden Bewohnern eine Einheit mit

Familienvermögen und mit geregelter Familienarbeit, ganz so wie bei unzähligen anderen Völkern, unter der Leitung eines männlichen Familienhauptes, tanmetz, und einer weiblichen Vorsteherin, der Ehefrau des letzteren, der tantekin¹³⁾. Die Rechtsbücher gehen allerdings von einer regelmäßigen Teilung aus, zeigen aber noch die altertümliche Form, wonach der ältere Sohn einen Vorzugsteil bekommt, aber auch der jüngere Sohn in der Art begünstigt wird, daß ihm das Familienhaus verbleibt; ein nicht seltener Gedanke, weil das jüngste Kind in der Familie zurückbleibt und mit dem Familienhause in viel nähere Beziehungen tritt als die älteren Geschwister, die vorher womöglich anderwärts Unterkunft finden; vgl. Datastan. II 69, 96, Sempad § 96. Der Vorzug des ältesten und jüngsten Sohnes zugleich findet sich auch bei den Osseten, der Vorzug des ersteren heißt *khestag*, der des letzteren *kastag*¹⁴⁾.

Ueber die weiteren Parentelen bestimmt das Rechtsbuch von Gosch II 62, 63, 65, 96 und Sempad §§ 94, 95 folgendes: auf den Bruder folgt der Vater, dann der Vatersbruder und dann die nächsten väterlichen Verwandten bis zum vierten Grad; die mütterlichen Verwandten sind ausgeschlossen.

Daneben hat sich ein Erbrecht des Ehegatten entwickelt, indem die Ehefrau ein Sechstel erhält, auch in Konkurrenz mit Kindern. Außerdem gibt Gosch, wenn keine Brüder und kein Vater vorhanden ist, der Schwester ein Viertel und der Mutter ein Achtel in Konkurrenz mit den Agnaten: es sind dies feste Teile, die an die Fardhrechte des Islam erinnern. Vgl. auch unten S. 122.

Auch Ebed Jeshu III 3 kennt ein Erbrecht des Ehe-

¹³⁾ Megavorian p. 62, 66. So auch bei den Osseten, vgl. Kowalewski, Coutume contemporaine p. 217 f. Ueber die Familiengemeinschaft bei den Babyloniern vgl. Kohler und Peiser, Aus dem babylonischen Rechtsleben III, S. 11, IV, S. 21 f.

¹⁴⁾ Kowalewski p. 221.

gatten und zwar von einem Fünftel, zwei Fünfteln, einer Hälfte, zwei Dritteln (je nach Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Verwandten) für den Ehemann und jeweils der Hälfte davon für die Ehefrau.

Die Familiengemeinschaft führt zum Satze, daß das Familienhaupt nur mit Zustimmung der Genossen veräußern darf, und zur Erbloosung, wenn die Veräußerung ohne deren Zustimmung erfolgt ist. So bei den Armeniern wie bei sonstigen kaukasischen Stämmen, Datastan. II 52, 53, 107¹⁵⁾.

Ihr entspricht auch die Art des Testaments; es ist aus der armenischen Vermögenübergabe hervorgegangen: bei den Armeniern wie bei den Osseten findet sich die Vermögensübergabe an den Erben von seiten des Vaters, der die Leitung nicht mehr führen und jüngern Kräften überlassen will¹⁶⁾; daraus haben sich die ältesten Familienvergaben entwickelt. Die Vergabung war ursprünglich unwiderruflich. Als später durch den Einfluß des geistlichen Rechts das Testament entstand, hat sich der alte Gedanke der bindenden Familientübereinkunft noch erhalten in der Zuziehung der Erben, Datastan. II 99 (allerdings nicht nach allen Handschriften, aber auch im Lemberger Recht)¹⁷⁾; er hat sich ferner darin erhalten, daß die Verfügungen an milde Stiftungen nicht abgeändert werden dürfen, so Datastan. II 99 und Sempad § 113. Wenn übrigens Gosch II 99 annimmt, daß nach dem Islam das Testament erst nach 40 Tagen wirksam werde, so beruht dies auf einem Mißverständnis: der Islam kennt nur gewisse Beschränkungen bezüglich der Verfügungen auf dem Krankenbette. Dem geistlichen Recht gehört das gesetzliche Seelgeräte an, das sich auch im byzantinischen Reich aus den kanonischen Bräuchen entwickelt hat: die Häufigkeit des testamentarischen Seelgerätes hat dahin geführt, daß es ohne weiteres als gewollt angenommen

¹⁵⁾ Zeitschr. VII, S. 422; Kowalewski p. 106.

¹⁶⁾ Kowalewski p. 101 f.

¹⁷⁾ Zeitschr. VII, S. 421.

wurde: es galt als sicher, daß es im Einklang stehe mit der Absicht des Erblassers, Datastan. I 85 und Sempad § 115. Aus dem geistlichen Rechte stammt auch der Testamentsvollstrecker, hogabardzu; dies ist eine universelle Entwicklung: sobald die Verfügungen an Kirchen, an heilige und fromme Institute häufig, ja regelmäßig werden, muß die Kirche Testamentsvollstrecker schaffen, um deren Verwirklichung zu sichern; vgl. Datastan. I 85, 121 und Sempad § 113. Sie entsprechen dem byzantinischen *ἐπίτροποι*, die übrigens auch schon im syrisch-römischen Rechtsbuch L. 30 vorkommen.

§ 5.

Wie sich auch bei der Eheschließung das alte Recht im Volke erhalten hat, erfahren wir aus armenischer Mitteilung; so wird in II 161 ein Bericht von Bastamianz gegeben, und ebenso erfahren wir mehreres von Megavorian: *Famille et mariage des Arméniens* (1894).

Eine Nachwirkung heidnischer Gebräuche ist die Sitte der Bekränzung der Brautpaare, weshalb der Ausdruck *psak*, Kranz, für Ehe gebraucht wird¹⁸⁾, ein Ueberrest des Anaitiskultus¹⁹⁾: denn der Anaitis durfte man nur bekränzt opfern. Auch die uralte Jungfernprobe kommt noch vor und ebenso die Tobiasnächte²⁰⁾. Vor allem aber sind noch Ueberreste des Frauenraubs und Frauenkaufs zu vermerken.

Insbesondere findet sich der Frauenraub, der auch im armenischen Rechtsbuch erwähnt wird (Datastan. I 42 und Sempad § 92, vgl. 5. Mose 21, 10) noch heutzutage in bezeichnenden Gebräuchen, indem der Bräutigam bewaffnet einrückt, worauf zwischen seiner Partei und der Partei der Braut ein Streit entsteht, der aber durch Gaben, z. B. durch Kuchen, begütigt wird. Ebenso bestehen vom Frauenkauf

¹⁸⁾ Karst II, S. 126; Megavorian S. 74 f.

¹⁹⁾ Megavorian S. 70 f.

²⁰⁾ Telfer, *Crimea and Transcaucasia* I, p. 245 f.

bedeutungsvolle Ueberreste, so daß der Ehemann den Eltern der Braut erhebliche Geschenke gibt, welche recht verschiedene Namen haben, Nagd, Baslyg (Kopfpfeis), Arnagin (Blutpreis). Davon unterscheiden sich die Geschenke, welche die Braut selber empfängt, wenn sie sich entschleiert und aus ihrer Passivität hervortritt, daher auch *beranbaçek*, Mundöffnung, und *jeresaç-tes*, Gesichtsschau genannt²¹). Letzteres findet sich auch noch im Datastan, I 121. Diese Gabe hat später eine ähnliche Wendung genommen wie das *pretium virginitatis* im germanischen Recht, doch nicht in der groben Weise wie dieses; und wenn bei Sempad von einem solchen die Rede ist (Karst II, S. 106 f.), so ist dies feudale Einwirkung späterer Zeit. In derartigen Schenkungen an die Braut ist der Ursprung des Wittums zu erblicken, das bei den Armeniern wie bei den Arabern, Altsyrern und Juden gilt. Die Armenier bezeichnen es auch mit dem griechischen Lehnwort *devair* (= *δωρεά*) oder mit der arabisch-islamischen Benennung *mahr*; vgl. Sempad § 72 (Karst II, S. 104).

Ein wichtiges Zeugnis für diese Entwicklung ist die bekannte Mitteilung Justinians im Edictum 3 und Novella 21²²): als Justinian Großarmenien zur Provinz machte, suchte er verschiedene Gebräuche abzuschaffen, und darunter auch den Frauenkauf und den Brauch, daß die Frau gar keine Mitgift mitbrachte. Das Mitgiftsystem hat sich daher erst allmählich entwickelt, und so ist es begreiflich, daß für die Mitgift der griechische Name *pruk* (*προίε*) üblich geworden ist; vgl. namentlich Datastan. II 96.

Daß der Ehegatte in Ermangelung von Erben die Erbschaft erhielt, wenn die Ehe länger dauerte und fruchtbar gewesen war, entspricht dem indogermanischen wie dem semiti-

²¹) Megavorian S. 76 f.; Bastamianz bei Karsch II, S. 161. Ueber die Osseten Telfer II, p. 21.

²²) Ueber diese Justinianische Gesetzgebung und die ihr vorhergehenden Ereignisse handelt gründlich Güterbock, Römisch Armenien S. 40 ff.

schen Rechte, ebenso daß der Ehegatte auch zugleich mit dem Erben einen Teil bekam (oben S. 118). Wieviel, ist nach armenischem Rechte allerdings recht unsicher und schwankend, Datastan. I 85, II 64, Sempad § 95. Ein Erbrecht der Ehefrau findet sich auch in der Ekloga und ähnliches gilt im Islamrecht.

Dem geistlichen Recht aber entstammte vor allem die Lehre von den Ehehindernissen, die sich in der armenischen Kirche eigenartig gestaltete, da diese (seit der Kirchenversammlung von Chalcedon) eine Sonderentwicklung angenommen und in einer Reihe von Konzilbeschlüssen namentlich auch das Ehwesen neu geregelt hat. So ist insbesondere, was das Ehehindernis der Verwandtschaft betrifft, die armenische Kirche lange Zeit ihre eigenen Wege gegangen (vgl. namentlich die Synode von Schahapivan von 447 und von Duin 527). Auch Mekhitar Gosch hat eigenartige Satzungen, indem er das Eheverbot bis zum vierten Grade erstreckt, diesen aber in etwas seltsamer Weise berechnet. Dagegen stellte sich schon im 12. Jahrhundert eine Gegenströmung ein; seit 1243 hat sich die armenische Kirche dem strengeren Rechte angeschlossen, wonach die Ehe bis zum siebenten Grade verboten wurde, wie dies in der orientalischen Kirche seit 1038 angenommen und 1166 kaiserlich bestätigt worden war²³). Darüber hat Bastamianz genauere Nachweise gegeben, welche in der Schrift von Karst (II, S. 148 f.) aufgenommen worden sind. Auch die Ehescheidung regelt das geistliche Recht: sie wird zunächst wegen Ehebruch der Frau, dann aber auch aus einzelnen anderen Gründen, namentlich auch wegen gegenseitigen Hasses gestattet. Dem orientalischen Recht entspricht es, daß in solchen Fällen der schuldige Teil nicht mehr heiraten darf, oder doch wenigstens nur mit Genehmigung des anderen. Vgl. Datastan. I 9 und Sempad § 72, Ebed Jeschu II c. 1 Nr. 63²³).

²³) Vgl. zum Ganzen Zachariä, Geschichte des griechisch-römischen Rechts S. 64 f., 77; Zhishman, Eherecht der orientalischen Kirche S. 800 f.

Die Verschollenheit gipfelt hier wie in allen älteren Rechten in der Frage, wann ein von ihrem Mann verlassenes Weib wieder heiraten darf. Nach dem Datastan. ist dies nach siebenjähriger Abwesenheit gestattet, sofern auch sonstige Umstände für den Tod des Mannes sprechen. Uebrigens kann, wenn der erste Mann wieder erscheint, die Frau (wie bei uns) die zweite Ehe anfechten und zu dem ersten Ehemann zurückkehren. In jedem Falle soll aber die zur weiteren Ehe schreitende Frau eine kanonische Büssung durchmachen, da eine solche Ehe zwar nach weltlichem Rechte gestattet ist, aber dem geistlichen Rechte widerspricht. Vgl. Datastan. I 7, 13, 104 und Sempad §§ 40, 72, 90.

Die 7 Jahre sind altorientalisches Recht; sie finden sich auch in der neu entdeckten Fassung des Syrisch-römischen Rechtsbuchs R. I § 65, wo allerdings die Frist für den Fall der Gefangenschaft des Mannes auf 10 Jahre und für den Fall, daß der Mann allen seinen Verpflichtungen nachkommt, auf 15 Jahre verlängert ist²⁴⁾.

Die 7 Jahre entsprechen der Verfallfrist beim Verfallpfand, Datastan. II 52²⁵⁾: nach 7 Jahren ist die Ehe „verfallen“.

Auch das Eheverbot wegen Milchverwandtschaft findet sich im armenischen Recht, aber nicht als Entlehnung aus dem Islam, sondern wie bei anderen Stämmen des Kaukasus²⁶⁾ als uraltes Rechtsinstitut. Es wird bereits in einem dem Thaddäus zugeschriebenen Kanon erwähnt. Vgl. Datastan. I 92. Aus

²⁴⁾ Hier ist also berücksichtigt, ob der Mann ausbleibt, ohne der Frau den Unterhalt zu schicken; das erinnert etwas an Hammurabi § 138. 134. Das Nichtsenden des Unterhalts hat eine doppelte Bedeutung: einmal ist es ein Anzeichen für den Tod des Mannes, sodann ist es eine Entschuldigung für die neue Ehe der Frau. Bei Hammurabi tritt der zweite Gesichtspunkt hervor, im altsyrischen Recht der erste. Nach Ebed Jeshu II, 21 genügt eine Wartefrist von 3 Jahren.

²⁵⁾ Zeitschr. VII, S. 415.

²⁶⁾ Auch bei den Osseten: daher wird ein durch die Frau (wenn auch nur scheinhaft) Gesäugter ihr Adoptivsohn, Kowalewski, Coutume contemp. p. 204, 212; Zeitschr. XVIII, S. 75.

einem solchen örtlichen Recht hat auch Mohammed die Einrichtung entlehnt, die erst durch ihn zu einem Weltinstitut geworden ist.

§ 6.

Ueber das Sklavenrecht kann im allgemeinen auf Zeitschrift VII, S. 405 f. verwiesen werden; die Bestimmungen des Lemberger Rechts stimmen wesentlich mit Datastan. II 20, 21, 22, 27, 30. Insbesondere wird meine Auffassung von Lemberg 18, wonach ein heidnischer Sklave, der sich taufen läßt, nicht schon ohne weiteres frei wird (wie Bischoff meinte), sondern nur in die Rechtslage kommt, seine Freiheit abzuverdienen, durch Datastan. II 22, Sempad § 115 völlig bestätigt. Einige Aenderung bringt Sempad, so insbesondere in § 117, daß, wenn jemand seinen nichtchristlichen Sklaven verstümmelt, dieser zwar das Recht des Freikaufs erwirbt, aber nicht um die Hälfte des Preises, sondern um den vollen. Auch gibt Sempad § 115 dem christlichen Sklaven die Möglichkeit, sich für ewige Zeit zum Sklaven zu machen, ein Satz des jüdischen Rechts, über den sich Gosch unter dem Einfluß christlicher Anschauungen erhoben hatte: nach ihm sind die christlichen Sklaven stets loskaufbar, Datastan. II 20.

Den Satz des altsyrischen Rechts, wonach, wer einen flüchtigen Sklaven verhehlt, selbst Sklave werden soll (oben S. 112), hat das geistliche Recht des Mekhitar natürlich nicht angenommen; widerspricht doch diese Behandlungsweise dem Sinn des israelitischen Rechts; weshalb Gosch II 77 im Gegenteil lehrt, daß der Sklave nicht ausgeliefert zu werden braucht, und dieselbe Verordnung gibt Sempad § 117 für den Fall, daß es sich um den Sklaven eines Moslems handelt. Wir sehen auch hier die Milderung des strengen Satzes durch den Einfluß der geistlichen Rechtsströmung.

§ 7.

Was das Sachen- und Schuldrecht betrifft, so kann ebenfalls auf meine Darstellung Bd. VII, S. 408 f. verwiesen

werden. Nur ist folgendes zu bemerken: die Bestimmung des Lemberger Rechtsbuchs Kap. 46 über den Rücktritt des Käufers vom Geschäft, so lange er den Kaufpreis noch nicht bezahlt hat, lautet wie folgt:

Si vero dives pauperi domum vendiderit et ei tempora prefixerit ad solvendum, et si ille pauper solutionem facere per (lies pro) eadem domo non prevaluerit, tunc potest eandem domum illi viceversa restituere et ille ab ipso eandem domum recipere tenebitur absque aliqua contradictione.

Diese Bestimmung ist nicht aus dem Datastan. entlehnt: sie stammt aus dem syrisch-römischen Rechtsbuch, und zwar aus einem Artikel, welcher regelmäßig mißverstanden wird, aus L. 38, P. 18, Ar. 20, Arm. 14, R. I 13. Die Stelle bedeutet, wie Ar. 20, Arm. 14 unverkennbar besagen, daß, wenn ein Geschäft mit arrha abgeschlossen worden ist, der Rücktretende die arrha verliert; wenn ohne arrha, so ist der Rücktritt ohne weiteres gestattet, so daß, wenn der Käufer zurücktritt, der Verkäufer die Sache anderweit verkaufen kann. Das Bedeutsame der Stelle liegt (nach der klarsten Fassung in Ar. 20) darin, daß, wenn der Käufer nicht zahlt und sich auch nicht erklärt, sein Schweigen nach erfolgter Aufforderung einem Rücktritt vom Geschäft gleich zu rechnen ist. Allerdings scheint die Fassung von L. 38 recht verworren; dies rührt aber nur von einem Uebersetzungsfehler her. Im ersten und zweiten Absatz muß es heißen, es sei eine bindende Kaufurkunde zu schreiben auf den Namen des zweiten Käufers. Der syrische Uebersetzer irrt sich, weil es im griechischen Original einfach hieß „auf den Namen des Käufers“ (wie dies aus P. 18 klar hervorgeht)²⁷⁾.

²⁷⁾ Vgl. Ebed Jeshu IV, 12 (Ang. Mai X, S. 74). Die Einschlebung bei Bruns-Sachau im ersten Absatz von L. 38 ist absolut unnötig. Im übrigen ist der Kommentar von Bruns ein Ausbund von Platitude und Verständnislosigkeit.

Was ferner das Lemberger Rechtsbuch über das Pfandrecht bestimmt, entspricht gleichfalls nur teilweise dem Datastan.: aus ihm stammt das Nutzpfund, Datastan. II 47; dieses ist eine alte kaukasische Einrichtung und findet sich auch bei den Osseten²⁸⁾, bei denen es allerdings nicht Todsatzung, sondern Zinspfand ist, da das Zinsnehmen erst durch den Einfluß des jüdisch-christlichen Rechts verpönt wurde; übrigens ist dieser Einfluß nicht immer durchschlagend gewesen, denn Ebed Jeschu kennt das Zinspfand (Antichrese)²⁹⁾. Dagegen ist das Veräußerungspfand, welches sich im Lemberger Rechtsbuch findet, in Datastan. nicht begründet. Es stammt vielmehr, wie bereits in meinem Aufsatz S. 413 f. bemerkt, aus dem syrisch-römischen Rechtsbuch, Arm. §§ 53, 130, woraus sich auch, wie dort gezeigt, die Eigentümlichkeit von Lemberg 108, 111 erklärt. Vgl. auch Ebed Jeschu IV 9 (Angelo Mai X, p. 72).

Eine weitere Abweichung des Lemberger Rechts ist, daß bei Mängeln der Kaufsache nur Wandelung, nicht Preisminderung statthaft ist, während Gosch, wie das römische Recht, beides kennt, II 55, 57, 100. Hier hatten die Lemberger eine durch das Islamrecht beeinflusste anderweitige Fassung vor sich³⁰⁾.

Aus dem Ganzen ist ersichtlich, daß beim Lemberger Stadtrecht auch das syrisch-römische Rechtsbuch in der armenischen Fassung mit berücksichtigt worden ist: es wurde bei den Armeniern in Verbindung mit dem Werke des Mekhitar Gosch verbreitet und bildete den Gegenstand des Studiums.

§ 8.

Von Ordalien finden sich noch Ueberbleibsel in dem Eid, der von Mekhitar Gosch als Verleugnungs Eid bezeichnet

²⁸⁾ Kowalewski p. 142.

²⁹⁾ Ebed Jeschu IV, c. 8 (Angelo Mai X, p. 72).

³⁰⁾ Vgl. unten S. 129. (Der Islam kennt nur Wandelung, nicht Preisminderung, Zeitschr. VI, S. 233.) Vgl. auch syrisch-röm. Rechtsb. Arm. 21 (L. 39, P. 19, Ar. 27).

wird. Er ist nichts anderes als einer jener Verfluchungseide, welche als Ausläufer des Ordals überall hervorbrechen, indem man für den Fall des unrichtigen Schwörens sich den Schicksalsmächten überantwortet und sich ihrem verderbbringenden Walten preisgibt. Das ist natürlich eine heidnische Idee, gegen welche Gosch sich in der Einleitung zu Kap. VII sehr entrüstet äußert. Man beteuert: ich will kein Christ sein (d. h. ich will alles Heil eines Christen verlieren), wenn ich Falsches sage, oder man löscht ein Licht aus, man bläst über Wasser oder Oel, man ergreift den Schwanz eines Hundes, man tritt auf ein auf den Boden gezeichnetes Kreuz, man zeichnet zwei Kreise und geht von einem in den anderen, was alles in der wechsellvollsten Weise den Untergang und Verderb sinnbildlich kundgibt. Wir erfahren von Bastamianz (bei Karst II, S. 395), daß derartige Beschwörungen im Volksmunde noch heutzutage vorkommen, ganz ähnlich, wie man bei uns noch heutzutage im gewöhnlichen Lebensverkehr etwas auf Ehre und Seligkeit versichert ³¹⁾. Allerdings ist Gosch gegen jeden Eid, verurteilt aber den Bekenntniseid nicht so unbedingt; doch verlangt er auch nach solchem Schwur eine Pönitenz.

Im übrigen zeigt der Prozeß die Beeinflussung des geistlichen Rechts, aber auch die Beeinflussung des Islam, und letzteres ist nicht wunderzunehmen, denn unter der langjährigen Islamherrschaft war die Einwirkung der moslemischen Gerichte auch auf die Armenier sehr stark. Es gab keine anderen weltlichen Gerichte als die Gerichte des Islam; allerdings bestanden neben ihnen die geistlichen Gerichte der Armenier, an welche sie sich untereinander wenden sollten: allein nicht nur konnte ein Armenier sehr leicht vor ein Islamgericht geladen werden, sondern auch unter ihnen kam es häufig vor, daß sie vor Islamgerichten prozessierten, die damals in hohem Ansehen standen. Mehrfach wird in Datastan. darauf Bezug ge-

³¹⁾ Ueber den Verwünschungseid bei den Ingush Kleinasiens vgl. Telfer II, p. 8. Ueber Eidtrinken als Knabenspiel in Konstantinopel Schrader, Allg. Zeitung Beil. 1903, S. 578.

nommen; vgl. I 62, II 99 (bei Karst II, S. 172, 188). Namentlich aber klagt Gosch (bei Karst II, S. 352 f., vgl. auch 365), daß sich die armenischen Christen trotz der Unheiligkeit der Ungläubigen und ihres gottentfremdeten Wesens nicht selten solchen Gerichten unterwürfen und dort Recht nahmen. „Wir sehen nämlich, wie jetzt die meisten, wann sie erkennen, daß sie vor unseren geistlichen Gerichten keine Rechtfertigung zu gewärtigen haben, zu den Gerichten der Ungläubigen hinströmen, in der Berechnung, sie könnten vielleicht durch deren Entscheidung über ihre Widersacher siegen. Für einen Christen ist dies unstatthaft, wegen eines nach falschem Verfahren zu erringenden Sieges die Fremdengerichte anzugehen, sondern er wende sich an die Gerichte der Gläubigen, wenn er auch hier nach richtigem Verfahren seines Rechtes verlustig gehen sollte, indem er beherzigt, daß, wenngleich an dem rechtlichen Christengerichte eine Rechtsverletzung vorkommt, er dennoch von Christus seine Vergütung erhalten wird“ (S. 352 f.).

Es war dasselbe wie in Syrien, wo in einem nestorianischen Konzil vom Jahre 901 der Bann gegen jeden ergehen mußte, der bei den Moslems Recht suchte³²). Bei den Moslems aber wurde, wie dies aus Mawerdi hervorgeht, nach moslemischem Rechte geurteilt und prozessiert. Und wenn wir in dem Prozesse, den uns Gosch schildert, gar manches aus dem Talmudrechte finden, so scheint dies eben von dem Talmudrecht auf den Islam übergegangen und von dort den Armeniern zugekommen zu sein.

Dem Islam entspricht insbesondere der Satz, daß die Frauen im Zeugnis nur eine halbe Stellung haben (Karst II, S. 381), daher noch einmal so viel Frauen als Männer zum Zeugnis nötig sind.

Auch das in Datastan. beschriebene sekundäre Zeugnis, das darin besteht, daß die Frau nicht unmittelbar ihre Aussage macht, sondern ihr Wissen den Männern kundgibt und

³²) Vgl. Ebed Jeshu, Tract. IV (Angelo Mai X, p. 65).

diese dann vor Gericht als Zeugen auftreten (Karst II, S. 381), ist gleichfalls im Islam vertreten³³⁾. Das sekundäre Zeugnis findet sich allerdings auch in anderen Gesetzen, z. B. im griechischen Recht als *ἐμπροπία*; aber an eine Beeinflussung durch griechisches Recht ist nicht zu denken: die Einrichtung ist so sehr in verbreiteten Anschauungen begründet, daß sie auf den verschiedenen Gebieten der Erde von selber hervorbrechen mußte.

Dem Islamrecht, ebenso wie dem jüdisch-christlichen entspricht auch die Bestimmung:

1. daß regelmäßig eine Mehrheit von Zeugen erforderlich ist³⁴⁾, Datastan. I 30, Sempad § 15;

2. daß das Zeugnis Ungläubiger nichts gilt, Sempad § 15³⁵⁾.

§ 9.

Wie sehr das Islamrecht in Bezug auf das Verkehrswesen eingewirkt hat, erfahren wir aus Bar Hebraeus; denn sein Nomokanon ist, was das weltliche Recht betrifft, nichts anderes als eine mit einigen christlichen Wendungen versehene Abhandlung über das Islamrecht; in XI 2 findet sich der vorhin erwähnte islamische Satz, wonach nur Wandelung, nicht auch Minderung stattfindet, ebenso das Verbot des Verkaufs von gewissen Tieren, von Musikinstrumenten (ein echt islamisches Verbot!)³⁶⁾ und von unbestimmten Sachen (Zeitschr. VI, S. 212, 238, 239); in XII der Satz des Islam, daß die Gefahr der verkauften Sache erst mit der Hingabe übergeht (Zeitschr. VI, S. 230); bei ihm finden sich XII 5 die peinlichen

³³⁾ Rechtsvergleichende Studien S. 155 und 157.

³⁴⁾ Zeitschr. VII, S. 485.

³⁵⁾ Im Islam gilt jedenfalls das Zeugnis eines dhimmi nicht gegen einen Moslim, nach manchen Rechtsschulen (Schafaiten, Malekiten) gilt es überhaupt nicht, Rechtsvergleichende Studien S. 154 f.

³⁶⁾ Das Latein der Uebersetzung ist allerdings furchtbar wie immer: non venduntur . . . organa cantus, quod in canonibus auditus (muß etwas fehlen) eorum non venduntur, excepto organo illo multarum fistularum, cum quo etiam in ecclesia canitur (Barhebraeus in Ang. Mai, Script. veterum nova collectio X, p. 95).

Islamgrundsätze über den Verkauf gewisser vertretbarer Sachen (Zeitschr. VI, S. 214, XII, S. 36), ebenso XII 1, 2 die Regeln des Salamgeschäfts (Zeitschr. VI, S. 215), XIV die Grundsätze über Konkurs (Rechtsvergl. Studien S. 159), XVII die Satzungen über Bürgschaft, namentlich auch über die Bürgschaft für das Erscheinen (Zeitschr. VI, S. 264, 268), in XVIII die Bestimmungen über Gesellschaft und ihre Beschränkung, namentlich auch darüber, daß die Gewinnverteilung stets nach Maßgabe der sachlichen Einlagen geschehen muß (Zeitschr. VI, S. 258). Wir treffen ferner XX die Rechtsregeln über den Anerkennungsvertrag, über den Ikrar (Moderne Rechtsfragen bei islamitischen Juristen S. 14), ferner XXIV die Lehre vom Wakf, Stiftung (Rechtsvergl. Studien S. 132).

Der Einfluß des Islamrechts reichte in manchen Gebieten infolge der Anrufung der weltlichen Gerichte bis in das Strafrecht hinein. Wir finden bei Bar Hebraeus XXXIV 1 die Islambestimmungen über die freiwillige und unfreiwillige Tötung: bei freiwilliger Tötung Todesstrafe, wenn die Verwandten sich nicht versöhnen lassen, bei unfreiwilliger Tötung Loskaufspflicht des Täters oder seiner Verwandten. Ebenso treffen wir in XXXIV 2 die Islamgrundsätze über Körperverletzung, in XXXIV 4 die über Fleischesvergehen. Auch wird die Bestimmung wiederholt, daß das Unzuchtsvergehen durch vier bis sechs Zeugen bewiesen werden muß, XXXIX 2. Auch die Grundsätze über Diebstahl XXXIX 5 verraten das Islamrecht.

Eine nähere Untersuchung über Bar Hebraeus nach dieser Richtung hin wäre sehr wünschenswert, um die volle Tragweite der Islambeeinflussung aufzuklären. Nur wäre zu diesem Zwecke eine vernünftige Uebersetzung notwendig. Die des Assemanus bei Angelo Mai im X. Bande der Collectio ist so furchtbar, das Latein so grauenhaft, daß nur, wer das Islamrecht gründlich kennt, erraten kann, was die Bestimmungen im großen ganzen bedeuten mögen; einzelnes läßt sich infolge der völligen Unklarheit der Wiedergabe gar nicht feststellen.

VI.

Weiteres über die Australstämme.

Von

Josef Kohler.

I. Stämme des Festlandes.

§ 1.

In seinem neuesten Werk über die Urstämme von Südostaustralien hat Howitt¹⁾ das Ergebnis 40jähriger Studien niedergelegt und nicht nur seine eigenen Forschungen, sondern auch die einer Reihe von Beamten und Missionaren, die sich teilweise über ein Jahrzehnt mit den Stämmen befaßt haben, zur Verwertung gebracht. Dazu kommen die eingehenden in verschiedenen Jahresberichten niedergelegten Forschungen von Mathews. So ist durch ihre und durch Spencer und Gilles Bemühung der schwerste Schlag abgewendet worden, daß die Australneger von der Erde verschwinden oder doch ihre Eigenart verlieren, ohne daß vorher ihre Einrichtungen aufs Gründlichste erkannt wurden!

Fürwahr, diese Forschungen gehören zu dem Wichtigsten der ethnologischen Rechtswissenschaft, und man hat dabei überall das Gefühl, daß man dem Urwesen der Menschheit näher gerückt ist und den frühesten Zuständen unseres Geschlechts die Antwort entlockt über das Werden des menschlichen Geistes und der menschlichen Kultur. Schon vor fast 20 Jahren habe ich über die Rechte der Australneger geschrieben²⁾, ohne da-

¹⁾ Howitt, *The native tribes of South East Australia* (1904).

²⁾ *Zeitschr.* VII S. 321 f. Vgl. auch *Urgeschichte der Ehe* S. 150 ff. und *Zeitschr.* XII S. 417 ff., XVII S. 256 f., 321 f.

mit in Deutschland eigentliches Verständnis und Würdigung zu finden. Man war damals noch so weit in der ethnologischen Wissenschaft zurück, daß man glaubte, mit der Charakteristik dieser Völker als Barbaren einfach ihr Studium als unwert der menschlichen Geistestätigkeit zurückweisen zu können; und da man heutzutage ein viel besseres Recht hätte, so habe man dieses zu erforschen und nicht in vergangene Zeiten zurückzugreifen, ebenso wie man von der heutigen Mathematik, nicht von den Rechenkünsten der Australneger spräche; und wenn es hoch kam, bezeichnete man die vergleichende Rechtswissenschaft als Modesache! Ein derartiger Tiefstand der ethnologischen und geschichtlichen Erkenntnis ist heutzutage nicht mehr möglich. Wer heute noch solches behauptet, der bezeugt nur, daß er hinter der Zeit zurückgeblieben ist und wir keinen Grund haben, uns mit ihm weiter zu befassen. Wie sehr ich übrigens bereits in jener Arbeit das Richtige getroffen habe, wird sich alsbald ergeben; denn da auch die Engländer diese deutschen Studien nicht berücksichtigten, so haben sie von sich aus ihre Hypothesen gebaut, und auf diese Weise kommt es, daß der Verfasser (p. 285) auf die Meinung von Frazer und Crawley hinweist, welche in den Jahren 1899 und 1902 eine ganz ähnliche Ansicht äußerten, wie ich bereits im Jahre 1887!

Wir werden im künftigen das neue Werk von Howitt einfach mit der Seitenzahl (p.) wiedergeben.

§ 2.

Die soziale Organisation der Australstämme ist nunmehr völlig klaggestellt. Ihre Einrichtung beruht überall auf der exogamen Gruppengliederung, indem jeder Stamm aus zwei Gruppen besteht, die ineinander hineinheiraten. So die Barkunje in Neusüdwaies: ihre Gruppen sind Mukwara und Kilpara³⁾; so in Queensland die Gruppen der Kurabunna und

³⁾ Mathews in Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXII p. 243.

Kuragula⁴⁾). Bei vielen Stämmen haben sich die zwei Gruppen wieder in Untergruppen geteilt, die sich nach dem Alter voneinander unterscheiden. So zerfällt die Gruppe A in A₁ und A₂, die Gruppe B in B₁ und B₂, und gerade der Grund dieser Zerteilung ist es, von dem ich an jener Stelle gesprochen hatte. Ich entwickelte damals (1887) folgendes (Zeitschr. VII S. 329 f.):

„Häufig zerteilt sich die eine Horde wieder in zwei Horden, wiederum mit exogamischer Qualifikation. Eine solche Zerteilung begreift sich leicht: es ist die Zerteilung in die jüngere und ältere Generation einer jeden Horde: die jüngere Generation der einen Horde soll nicht in die ältere Generation der anderen hineinheiraten, was umsomehr von Bedeutung ist, als gemeinhin Mutterrecht gilt und mithin Vater und Tochter zwei verschiedenen Horden angehören. Der Gedanke nun, daß in dieser Relation die Ehe versperrt ist, daß der Vater die Tochter nicht heiraten darf, äußert sich darin, daß die jüngere Generation einer neuen Abteilung angehört, in welche die ältere Abteilung nicht hineinheiraten darf.“

Dies wird heutzutage als eine nagelneue Entdeckung **Frazers** dargestellt!

Es ist eben der Gedanke, daß Vater, Tochter, Mutter und Sohn einander nicht heiraten dürfen, der sich in dieser Gruppenteilung kundgibt; denn der Sohn von A₁ und b₁ wird ein B₂, er heiratet eine a₂, und ihr Sohn wird ein A₁. Daraus würde allerdings hervorgehen, daß die Großmutter sich mit dem Enkel verheiraten dürfte, allein dies wird bei der Geringfügigkeit der Naturvölker wenig zu befürchten sein.

Im übrigen erwähnt **Howitt** eine große Reihe von Stämmen, die bald der Zweiteilung, bald der Vierteilung angehören: der Zweiteilung huldigen insbesondere die Dieri, die zu den urwüchsigsten Australiern gehören, die Wonkanguru, die Yantruwunta, die Yendakarangu, Urabunna,

⁴⁾ Mathews, ebenda p. 242.

Ngameni, Wonkamala, Yaurorka und viele andere, während die Vierteilung die Eigentümlichkeit der Kamilaroi-Stämme ist und der vielen anderen, die ihrer Familienordnung folgen, so der Wiradjuri, Wongibon, Ungi, Emon u. a. w.

Neue zahlreiche Mitteilungen, die australische Klasseneinteilung bestätigend, bietet Mathews⁵⁾: die Anaywan teilen sich in 4 Untergruppen:

Irpung (A_1), Impung (B_1),
 Marung (A_2), Irrung (B_2),
 mit dem Schema: A_1 heiratet b_1 ,
 Kind B_2 ,
 B_2 heiratet a_2 ,
 Kind A_1 .

Ebenso die Wattung, Dhangatty, Kunebanggary, Bunjellung:

Kurpung (A_1), Wombung (B_1),
 Marung (A_2), Wirung (B_2).

Ebenso die Darkinung:

Bya (A_1), Kumbo (B_1),
 Kubbi (A_2), Ippai (B_2).

Ebenso die Stämme in Queensland, so die Kuinmerbura⁶⁾:

Wutan (A) = Munal (A_1),
 Karilburra (A_2),
 Yugaru (B) = Kuialla (B_1),
 Kurpall (B_2);

so die Dippil:

Karpeun (A) = Barrang (A_1),
 Banjura (A_2),

⁵⁾ Journal of the Royal Society of New South Wales XXXI (1897) p. 168 f.

⁶⁾ Mathews, Proceedings of the American Phil. Society Philadelphia XXXVII p. 333 und Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXII p. 82 und 253.

Diaji (B) = Bunda (B₁),
Derwin (B₂).

Hier auch die Verschiebung, daß Barrang = A₂, Banjura = A₁.

Aehnlich die Kogai ⁷⁾:

Wutaru (A) = Wungo (A₁),
Kubaru (A₂),
Yugaru (B) = Bunburri (B₁),
Kurgi (B₂),

oder

Wungo (A₁) = Wungo (A₁),
Oburu (A₂) = Kubaru (A₂),
Unbe (B₁) = Bunbia (B₁),
Urgilla (B₂) = Gurgila (B₂);

so die Myculon am Saxbyfluß ⁸⁾:

Marringo (A₁), Jimmalingo (B₁),
Yowingo (A₂), Bathingo (B₂);

so die Kugobathystämme am Mitchellfluß ⁹⁾:

Jury (A₁), Barry (B₁),
Ararey (A₂), Mungilly (B₂);

ebenso Stämme auf der Kap Yorkhalbinsel, so die Junkunji ¹⁰⁾:

Jamakunda (A) = Lankenami (A₁),
Nameguri (A₂),
Kamanutta (B) = Packwicki (B₁),
Pamarung (B₂);

so die Warkiman ¹¹⁾:

Kupungi (A₁), Tschikungi (B₁),
Kellungi (A₂), Karpungi (B₂);

⁷⁾ Mathews, Soc. Phil. XXXVII p. 331 f., Zeitschr. f. Ethnol. 1904 S. 33 f. und Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXII p. 78.

⁸⁾ Mathews, Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXII p. 82.

⁹⁾ Mathews, ebenda p. 83.

¹⁰⁾ Mathews, ebenda XXXIV p. 132.

¹¹⁾ Mathews, ebenda XXXII p. 251.

so die Kunjan:

Ajirina (A₁), Perrynung (B₁),

Arenynung (A₂), Mahngale (B₂);

so die Guthanto ¹³⁾:

Erainger (A₁), Lura (B₁),

Arara (A₂), Awonger (B₂);

so auch an der Nordwestküste ¹³⁾:

Palarje (A₁), Kimera (B₁),

Burungun (A₂), Baniger (B₂).

Auch von den vaterrechtlichen achtklassigen Waramungastämmen erhalten wir weitere Nachricht ¹⁴⁾. Die 8 Klassen sind ähnlich denen in der Zeitschrift XVII S. 324 bezeichneten: es handelt sich offenbar um Nachbarvölker:

A₁ Aponunga = Thapanunga,

B₁ Tungulli = Tungalla,

A₂ Kabatji = Tjapeltery,

B₂ Akamara = Takomara,

C₁ Ungary = Tjunguri,

D₁ Opalla = Tjupila,

C₂ Apungata = Tapungarti,

D₂ Ampatjona = Tjambin.

Die Ehefolgen sind etwas verschieden; nämlich

A₁ heiratet b₁,

Sohn A₂,

B₁ heiratet a₁,

Sohn B₂,

C₁ heiratet d₁,

Sohn C₂,

D₁ heiratet c₁,

Sohn D₂,

¹³⁾ Mathews, ebenda XXXIV p. 185.

¹³⁾ Mathews, ebenda XXXII p. 86.

¹⁴⁾ Mathews, ebenda XXXII p. 73.

A₂ heiratet b₂,
 Sohn C₁,
 B₂ heiratet a₂,
 Sohn D₁,
 C₂ heiratet d₂,
 Sohn A₁,
 D₂ heiratet c₂,
 Sohn B₁.

Dies erklärt sich daraus, daß A gleich C und B gleich D: diese Untergruppen stehen einander gleich.

Ein anderer achtgruppiger Stamm in Nordqueensland hat folgende Gruppen¹⁵⁾:

A ₁ Bolangi,	C ₁ Narrabalangi,
B ₁ Kunuller,	D ₁ Burralangi,
A ₂ Bulleringi,	C ₂ Bongaringi,
B ₂ Yakamurry,	D ₂ Kommerangi.

Die Heiratsweise ist hier regelrecht mit Gleichstellung B = D:

A₁ heiratet b₁,
 Kind A₂,
 B₁ heiratet a₁,
 Kind B₂,
 C₁ heiratet d₁,
 Kind C₂,
 D₁ heiratet c₁,
 Kind D₂,
 A₂ heiratet d₂,
 Kind A₁,
 B₂ heiratet c₂,
 Kind B₁,
 C₂ heiratet b₂,
 Kind C₁,
 D₂ heiratet a₂,
 Kind D₁.

¹⁵⁾ Mathews, Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXII p. 251.

Das Gleiche treffen wir bei Nordstämmen in der Gegend des Roper river. Hier finden sich folgende Klassen:

A ₁ Imitch,	C ₁ Unwanni,
B ₁ Yungalla,	D ₁ Uruwalla,
A ₂ Uwallari,	C ₂ Uwungari,
B ₂ Tabachin,	D ₂ Unmarra.

Auch hier die Heiratsfolge mit Gleichstellung von B = D:

A ₁ heiratet b ₁ , Kind A ₂ ,
B ₁ heiratet a ₁ , Kind B ₂ ,
C ₁ heiratet d ₁ , Kind C ₂ ,
D ₁ heiratet c ₁ , Kind D ₂ ,
A ₂ heiratet d ₂ , Kind A ₁ ,
B ₂ heiratet c ₂ , Kind B ₁ ,
C ₂ heiratet b ₂ , Kind C ₁ ,
D ₂ heiratet a ₂ , Kind D ₁ ¹⁶⁾ .

Stämme am Golf von Carpentaria haben ebenfalls 8 Klassen ¹⁷⁾.

A ₁ Tschulun,	C ₁ Tschinun,
B ₁ Tschingilun,	D ₁ Tschuralun,
A ₂ Palyarin,	C ₂ Bungarin,
B ₂ Yacomary,	D ₂ Jamerun.

¹⁶⁾ Mathews, Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXIV p. 130.

¹⁷⁾ Mathews, Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXII p. 75. Ich habe die Schreibweise verdeutsch.

Die Heiratsfolge ist auch hier:

A₁ heiratet b₁,
 Sohn A₂,
 B₁ heiratet a₁,
 Sohn B₂,
 C₁ heiratet d₁,
 Sohn C₂,
 D₁ heiratet c₁,
 Sohn D₂,
 A₂ heiratet d₂,
 Sohn A₁,
 B₂ heiratet c₂,
 Sohn B₁,
 C₂ heiratet b₂,
 Sohn C₁,
 D₂ heiratet a₂,
 Sohn D₁.

Auch hier zeigt sich die Gleichstellung von Stamm B und D.

Offenbar bildeten hier B und D früher eine Gruppe, die sich später gespalten hat.

Die Klassen A₁ und A₂ haben Totemgemeinschaft, ebenso B₁ und B₂, C₁ und C₂, D₁ und D₂¹⁸⁾. Damit bekunden sie ihre Gemeinsamkeit.

Interessant sind dabei die Gleichstellungen der Klassen unter den verschiedenen Stämmen¹⁹⁾: so namentlich bei den Viergruppenvölkern; A₁ der einen Gruppe wird mit A₁ der anderen Gruppe gleichgewertet, und diese Gleichwertung ist für die Geschlechtsverbindung maßgebend.

Daß die Einteilung in Unterstämme erst späteren Ursprungs war, geht daraus hervor, daß bei manchen Völkern die Ehefolge in dieser Beziehung unvollkommen durchgeführt

¹⁸⁾ Mathews, ebenda XXXIV p. 129.

¹⁹⁾ Mathews, ebenda XXXII p. 86 f. und 243.

ist; so beispielsweise bei den Wiradjuri: hier findet sich nicht nur die Eheschließung $A_1 - b_1$, sondern auch die Eheschließung $A_1 - b_2$, nicht nur $A_2 - b_2$, sondern auch $A_2 - b_1$, nicht nur $B_1 - a_1$, sondern auch $B_1 - a_2$ (p. 212)²⁰; und so auch in ähnlicher Weise bei den Wongiponstämmen. Eigenartig ist, daß bei manchen Kamilaroistämmen die Einzel-totemteilung so weit durchgedrungen ist, daß man innerhalb der Klasse heiraten darf, wenn nur ein anderer Totem (Einzel-totem) eintritt, so daß also die Eheschließung $A_1 - a_1$ möglich ist oder $B_1 - b_1$; so kann ein Murri-Känguruh eine Murri (Matha) Iguana heiraten, ebenso ein Kumbo-Emu eine Kumbo (Butha) Schwarzschnake u. s. w., ein Umstand, der bereits früher hervorgehoben worden ist²¹).

Diese Eheschließung in derselben Klasse mit einem anderen Totem wird auch von Mathews als eine bei den Kamilaroi ziemlich häufige Erscheinung bezeichnet²²); sie kommt auch sonst vor: so bei den Dippil in Queensland²³).

Damit mag zusammenhängen, was uns von Westaustralstämmen berichtet wird²⁴). Es gibt dort 6 Unterklassen, die, wie folgt, benannt sind:

Tirarop (A_1),	Palarop (B_1),
Mondorop (A_2),	Jjragiok (B_2),
Tondorop (A_3),	Nocognok (B_3).

Hier kann A_1, A_2, A_3 in die ganze Klasse B (also B_1, B_2 und B_3) hineinheiraten und umgekehrt; A_2 aber außerdem eine a_3 ; A_3 außerdem eine a_2 ; B_1 außerdem eine b_3 ; B_3 außerdem eine b_1 .

²⁰) Mathews, Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXI p. 173.

²¹) Zeitschrift VII S. 335.

²²) Journal of the Roy. Soc. N. S. Wales XXXI p. 161.

²³) Mathews, Proceedings of the American Phil. Society Philadelphia XXXVII p. 329.

²⁴) Mathews, Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXII p. 85.

§ 3.

Die ursprünglichen zwei Klassen aber scheinen Totemklassen gewesen zu sein, deren Totemcharakter, wie es meist bei so weit ausschenden Gruppen der Fall ist, sich mit der Zeit verloren hat. Innerhalb dieser Klassen aber haben sich wieder eine Reihe von Einzeltotems entwickelt, und zwar entweder in der Art, daß die Einzeltotems jeweils den zwei Unterklassen gemeinsam sind, oder in der Art, daß jede der zwei Unterklassen ihre eigenen Einzeltotems hat; offenbar je nachdem die Bildung der zwei Unterklassen der Einzeltotembildung vorhergegangen oder nachgefolgt ist. Die Regel ist, z. B. bei den Kamilaroi, daß die Einzeltotems den beiden Unterklassen gemeinsam sind; es kommt aber auch vor, daß jede Unterklasse ihre besonderen Einzeltotems hat, so daß das Kind nicht dem Totem der Mutter angehört, sondern einem entsprechenden Totem der anderen Unterklasse. Das erste System findet sich z. B. bei den Kamilarois²⁵⁾, bei den Kuinmerbura²⁶⁾, bei den Dippil²⁷⁾, bei den Junkunji (auf der Kap Yorkhalbinsel)²⁸⁾, das letztere bei den Wiradjuri²⁹⁾, welche überhaupt verschiedene Eigentümlichkeiten haben.

§ 4.

Das Totemverhältnis tritt, wie bei anderen Völkern, im Nahrungs-tabu hervor, indem das Totemtier von den Totemgenossen nicht getötet werden darf, eine Erscheinung, die noch vielfach sichtbar ist (vgl. z. B. p. 148), aber beim Zerfall der Totemverfassung wie vieles andere schwindet; sodann in den Totemtänzen, die namentlich bei der Jünglingsweihe stattfinden: hier wird das Totemtier nachgeahmt, man fühlt sich

²⁵⁾ Mathews, Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXI p. 164.

²⁶⁾ Mathews, Proceed. Phil. Soc. Philadelph. XXXVII p. 334.

²⁷⁾ Mathews, Proceed. Phil. Soc. Philadelph. XXXVII p. 327 f.

²⁸⁾ Mathews, Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXIV p. 133.

²⁹⁾ Mathews, Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXI p. 171.

vom Stamtier erfaßt und von seinem Geist ergriffen; vgl. unten S. 148. Der Totem ist ferner der schützende Schirmgeist: er kündigt Unheil an³⁰⁾. Am wichtigsten zeigt er sich aber in der Heiratsordnung: die eine Klasse darf nicht jeden der anderen Klasse oder Unterklasse heiraten, sondern nur den einen oder anderen ihrer Totems.

So heiratet bei den Kamilaroi der Ippai nicht jede Kubbi (Kubbita), sondern der Emu heiratet das Ringelschwanzopossum, die Schwarzschlange, das Wallaru, die Biene, das Galah. Der Kabeljau heiratet Galah, Rotschlange, rotes Känguruh und Ringelschwanzopossum, der Truthahn die Rotschlange und das Ringelschwanzopossum u. s. w.³¹⁾.

Eigenartig ist, daß bei manchen Stämmen auch ein Geschlechtstotem vorkommt: ebenso wie eine Familie oder ein Stamm einen Totem für sich hat, so hat vielfach das ganze männliche Geschlecht einen eigenen Totem und das weibliche ihren besonderen (vgl. p. 148), was damit zusammenhängt, daß viele Stämme die ganze Natur in Abteilungen zerlegen und diese nach Totems benennen.

§ 5.

Durch die Forschungen von Howitt haben wir auch über die Entwicklung des Vaterrechts unter den Australnegern reiches Licht erhalten. Daß das Vaterrecht das spätere ist, ergibt sich aus vielen anderen Umständen, die bereits früher erwähnt worden sind³²⁾, insbesondere aus den Ueberbleibseln des Mutterrechts, die überall hervorbrechen, wozu beispielsweise noch kommt, daß bei den Kaja bara zwar die Vaterfolge eintritt, aber so, daß der Totem sich immer noch nach dem Mutterrecht vererbt, also von der Mutter auf das Kind, nur unter leichter Abänderung, indem z. B. die

³⁰⁾ So bei den Kamilaroi, Mathews, Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXI p. 157.

³¹⁾ Mathews, Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXI p. 162.

³²⁾ Zeitschr. XVII S. 322.

Mutter dem schwarzen, das Kind aber dem weißen Adlerfalken angehört (p. 229)³³); es ergibt sich aber insbesondere daraus, daß diejenigen Stämme, welche im Inlande unter beschränkten Lebensverhältnissen wohnen und die ursprünglicheren Bräuche beibehalten haben, fast allgemein mütterrechtlich sind, so die Dieri, die Yendakarangu, die Urabunna, die Kurnandaburi, die Wolgal, die Ngariko, vor allem die Kamilaroi mit allen Nebestämmen, wie Wiradjuri, Wongibon, sodann die Kuinmerbura, die Wakelbura, die Buntamura, die Wotjo. Dagegen dem Vaterrecht gehören namentlich die Küstenstämme an, wie die Kajabara, sodann die Stämme der Viktoriaküste und der Ostküste von Neusüdwesten, die Kulin, die Narrinyeri, die Gundungurra³⁴) und vor allem die Kurnai, auch die Arunta, Waramunga u. a.³⁵).

Einen besonderen Fortschritt bekundet es, wenn, wie schon aus dem Werke von Spencer und Gillen hervorgeht, der Totem aus einem Abstammungstotem zu einem örtlichen Totem wird, indem nicht die Mutterabstammung entscheidet, sondern die Oertlichkeit der Geburt oder der Zeugung: es wird angenommen, daß der Totem an gewissen Gegenden haftet und von hier auf das Kind übergeht. Dieser Uebergang läßt sich insbesondere bei den Stämmen verfolgen, die dem Vaterrecht huldigen: er wird nicht unwesentlich zum Vaterrecht beigetragen haben, indem eben der Aufenthalt des Vaters für das Kind entscheidend war und so der mütterliche Totem beseitigt wurde. Dieser örtliche Totem wird insbesondere von den Küstenstämmen an der Viktoriaküste berichtet, so von den Wotjo (p. 250), die allerdings Mutterrecht haben, vor allem aber von den vaterrechtlichen Kurnai (p. 269 f.). Hier

³³) Ueber die Kajabara vgl. auch Mathews, Proceed. Phil. Soc. Philadelph. XXXVII p. 380.

³⁴) Mathews und Everitt, Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXIV p. 264.

³⁵) Vgl. auch Curr, Australian race II p. 249, 246.

tritt auch allmählich an Stelle der Klanabsonderung in der Ehe die örtliche Absonderung, indem man eben einfach seine Frau von einer anderen Oertlichkeit herholt. Auch bezüglich der Aruntastämmen wird schon von Spencer und Gillen berichtet, daß das Kind einen örtlichen Totem annimmt²⁶⁾.

Ein Fortschritt zum Vaterrecht ist es, wenn die Väter (die Vaterfamilie) die Namengebung ausüben; so erteilen bei den sonst mutterrechtlichen Kamilaroi die Ippai (A_1) den Murri (B_2), die Kumbo (A_2) den Kubbis (B_1) den Weihenamen²⁷⁾. Bei anderen Stämmen erfolgt die Namengebung durch beide Familien zusammen.

§ 6.

Die Gruppenehe läßt sich bei Völkern mit ursprünglicher Gestaltung noch in der Praxis nachweisen, vor allem bei den Dieri²⁸⁾, die allen Anzeichen nach den früheren Stand der australischen Organisation beibehalten haben. Hier gilt der Grundsatz, daß allerdings nicht Cousin und Cousine, aber Großcousin und Großcousine zueinander im Heiratsverhältnis stehen, in der Art, daß diese Großcousins nicht je von zwei Söhnen und nicht je von zwei Töchtern abstammen dürfen, sondern von einem Sohn und einer Tochter. Man sagt hier: die Großcousins leben im Noaverhältnis. Ursprünglich standen alle Noas zueinander in Gruppenehe. Dies wurde später in der Art geändert, daß man durch Stammbeschluß zwei Personen, ein männliches Wesen der einen, ein weibliches der anderen Seite, einander zur Ehe bestimmte: solche zwei besonders verbundenen Personen heißen tippamalku. Die Brüder des Mannes aber und die Schwestern der Frau bleiben durch die Ehe nicht unberührt, sondern der Mann steht zu allen Schwestern

²⁶⁾ Zeitschr. XVII S. 260.

²⁷⁾ Mathews, Proceéd. Royal Soc. Victoria N. S. IX p. 171.

²⁸⁾ Ueber die Dieri vgl. bereits Howitt im Journal of the Anthropol. Inst. of Great Britain XX p. 30 f.

seiner Frau und die Frau zu allen Brüdern ihres Mannes im Pirrauruverhältnis. Es ist das ein Verhältnis der Halbehe, welches dann hervortritt, wenn der eigentliche Ehegatte abwesend ist oder er stirbt. Hierüber hat Howitt nunmehr ganz eingehende Schilderung gegeben, p. 179 f. Auch bei anderen Stämmen findet sich etwas Aehnliches; so bei den Urabunna: die eigentlichen Ehegatten heißen hier Yungura und die Halbehegatten Kartetis; auch hier tritt beim Tod des Hauptehegatten der Nebenehegatte ein (p. 191). Ebenso gleicht dem Pirrauruverhältnis das Mayanverhältnis bei den Kurnai (p. 281): selbst bei diesen fortgeschrittensten Australiern findet sich ein solcher Ueberrest ursprünglicher Bildung.

Die ursprüngliche Gruppenehe zeigt sich nicht nur in der Benennung der Familienmitglieder, von der bereits früher vielfach Nachweise gegeben worden sind. Sie zeigt sich in der Pirrauruehe, sie zeigt sich aber namentlich darin, daß bei gewissen Festlichkeiten die Eheschranken gebrochen und diejenigen, die einander heiraten dürfen, die also im erlaubten Familienverhältnis zueinander stehen, miteinander geschlechtlich umgehen. Das wird von den verschiedensten Stämmen übereinstimmend erzählt (vgl. p. 193, 195, 217)⁹⁹⁾, und zwar gilt dies namentlich bei gewissen feierlichen Gelegenheiten, in Zeiten der Not u. s. w., wo ja überhaupt die alten Gebräuche gegenüber den neuen hervortreten. Eigentümlich ist auch das vielfache *jus primae noctis* derjenigen, welche dem Entführer zur Frau verholfen haben, gegenüber der Entführten. Da dies gewöhnlich Stammesgenossen sind, so haben wir auch hierin einen Ueberrest der ehemaligen gruppenehelichen Verhältnisse (vgl. p. 219, 246) zu erblicken. Ein anderer Ueberrest ist die Bestimmung, daß eine Frau nach dem Tod ihres Mannes eine Zeitlang Gemeingut ist (p. 252). Ein weiterer Ueberrest

⁹⁹⁾ Dies gilt auch von den Kamilaroi bei den Einweihungs(bora)-feierlichkeiten, Mathews, Journ. Royal Soc. New S. Wales XXXI, p. 158.

endlich ist dasjenige, was ich als Strafheterismus bezeichne, indem eine Ehebrecherin unter Umständen damit gestraft wird, daß sie sich eine Zeitlang einem jeden im Stamme preisgeben muß (p. 207, 247).

Wie die Gruppenehe zur Cousinsehe geführt hat, ist schon öfters dargestellt worden⁴⁰⁾; merkwürdig ist, daß bei verschiedenen Stämmen die Cousinsehe nicht gestattet ist, sondern nur eine Ehe der Kinder dieser Cousins; das ist z. B. eine merkwürdige Besonderheit der Dieri. Die Cousins stehen zueinander in dem Kamiverhältnis: dies schließt eine Ehe aus; die Kinder der Neffen aber stehen zueinander in dem Noa-verhältnis und sind zur gegenseitigen Ehe gerufen (oben S. 144).

So auch einige andere Stämme (p. 232): die Ehe von Großcousin und Großcousine ist hier erlaubt, während bei einigen Stämmen wie bei den Wotjo das Eheverbot in dieser Beziehung noch weiter zu reichen und auch die Abkömmlinge der Cousins zu binden scheint (p. 241).

Der Grund dieser Entwicklung ist eine Verbildung: es werden die Cousins von gleichgeschlechtigen und von ungleichgeschlechtigen Geschwistern nicht mehr scharf geschieden, wie sich dies aus dem Folgenden ergeben wird (unten S. 152 f.).

Die Vorgänge, welche von der Gruppenehe zur Sonder-ehe geführt haben, sind vor allem der Frauenraub und die Entführung gewesen. Beides, namentlich die Entführung, ist bei den Australstämmen sehr gewöhnlich (vgl. z. B. p. 183, 193, 203, 219, 225, 233, 264, 273), wobei der Frauenraub allerdings vielfach zum Scheinraub wird. Der Frauenraub selbst aber führte zum Frauentausch, indem der Entführer für die weggeführte Frau eine andere (meistens eine Schwester) darbot, womit sich dann die Familie der Entführten einverstanden erklärte. So kam es, daß der Frauentausch vielfach von vornherein ausgemacht wurde und dies oft in sehr frühen Jahren. Daher die Einrichtung der Kinderverlobung, die

⁴⁰⁾ Zeitschrift XVII S. 273 f.

ebenfalls sehr häufig erwähnt wird (vgl. p. 196, 219, 237, 251, 260). Hat sich einmal diese Form gebildet, so geht man über die ursprüngliche Anschauung, daß die Cousins und Großcousins und Cousinen und Großcousinen einander heiraten müssen, hinaus, und nun entsteht die Gestattung der Heirat innerhalb der Klassen und der Unterklassen mit willkürlicher Auswahl. Das läßt sich namentlich bei den Dieri verfolgen; hier kann auch durch familienrechtliche Fiktion bewirkt werden, daß Cousin und Cousine einander heiraten, indem die Geschwister, von denen sie abstammen, rechtlich als Cousin und Cousine fingiert und daher die wahren Cousins zu Großcousins herabgedrückt werden! Auch andere derartige Vereinbarungen kommen vor, so z. B. daß die Enkelin mit dem Großonkel, d. h. dem Bruder des Vaters der Mutter, verheiratet wird u. a. Vgl. unten S. 158.

Auf diese Weise ist, indem aus der Gruppenehe die Einzel-ehe wurde, die sogen. Exogamie in gewissen Schranken geblieben. Jetzt haben sich die Klassen in Unterklassen, die Totems in Untertotems geteilt.

§ 7.

Der Unterschied zwischen den zurückgebliebenen Mittelstämmen und den Küstenstämmen zeigt sich auch in der Jünglingsweihe. Eine der ursprünglichsten Formen der Jünglingsweihe, die Beschneidung, findet sich bei den Mittelstämmen regelmäßig, und zwar bei vielen Stämmen nicht nur als circumcisio, sondern auch als subincisio⁴¹⁾, während bei den Küstenstämmen diese Gebräuche fast durchaus weggefallen sind. Darüber hat Howitt auf p. 509 f., 643 f.

⁴¹⁾ Es wird unten am Zeugungsteil ein Einschnitt gemacht; welche Bedeutung dies für die Geschlechtlichkeit hat, mögen die Mediziner entscheiden. Vgl. auch Zeitschr. XII S. 422. Wie die Beschneidung abkommt, zeigt der Umstand, daß sie bei den Barkunji nur noch von einem Drittel des Stammes geübt wird, Mathews, Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXII p. 245.

ausführliche Darstellung gegeben. Auch die aus Spencer und Gillen bekannte Erzählung, wonach die Beschneidung früher mit einem glühenden Holz, später mit einem Feuersteinmesser vollzogen wurde, tritt noch anderwärts hervor. Bei manchen Stämmen finden sich auch weitere Formen, so insbesondere das Ausstoßen eines Schneidezahnes. Allen gemeinsam aber ist die wochen- und monatelange Absonderung der Jünglinge von der Gesellschaft mit starker Nahrungsbeschränkung und anderen Entbehrungen, wie sie auf der ganzen Erde bekannt sind. Die Jünglinge sind lange Zeit Waldgänger und dürfen dann erst wieder in den Kreis der Gesellschaft zurückkehren, wo sie dann als Männer aufgenommen werden. Vielfach findet sich auch die Einrichtung der sogen. Weiheväter, welche den Jünglingen zur Belehrung beigegeben sind. Solche heißen bei den Kurnai Kabos (p. 531), bei den Kamilarois Kuringal⁴³⁾. Natürlich hat die Jünglingsweihe auch den Zweck, den Jüngling in die Geheimnisse einzuweihen, ihn mit den Gebräuchen des Stammes bekannt zu machen, und sodann bietet sie die Gelegenheit zu Spielen, worin sich zuerst die dramatische Begabung der Völker kundgibt. Die Spiele sind Totenspiele (vgl. p. 545)⁴⁴⁾, Jagdspiele und Weiheispiele⁴⁵⁾ (vgl. z. B. p. 545 f.). Oefter werden hierbei Bildnisse von Menschen und von Tieren (Totems) geformt⁴⁵⁾.

Kennzeichnend für die Jünglingsweihe ist noch folgendes: Bei manchen Kamilaroistämmen bedient man sich bei der

⁴³⁾ Mathews, Proceed. Roy. Soc. Victoria N. S. IX p. 187 f., 151; hier ist die Bora(Weihe)zeremonie ausführlich geschildert. Ueber Kuringal vgl. auch Mathews, Journ. Roy. Soc. N. S. Wales XXXIV p. 277.

⁴⁴⁾ Mit Tiernachahmungen, vgl. bezüglich der Kamilaroi Mathews, Anthropol. Inst. Great Britain XXIV p. 411 ff., XXV p. 318 ff. und Soc. Vict. IV p. 160, 165, 166, 171; auch sonst vgl. Mathews, Proceed. Phil. Society Philad. XXVII p. 61 f.

⁴⁵⁾ Nachahmung von Lebensszenen, Mathews, Soc. Vict. a. a. O. p. 162, Proc. Phil. a. a. O. p. 61.

⁴⁶⁾ So beim bora der Kamilaroi, Mathews, Soc. Vict. a. a. O. p. 144 f.; so auch sonst vgl. Mathews, Proceed. Phil. Soc. Philad. XXVII p. 57.

Weihe einer besonderen, offenbar altertümlichen Sprache⁴⁶⁾. Merkwürdig ist auch, daß bei den Kamilaroi Bruder und Schwester anders benannt werden, je nachdem es sich um einen Bruder vor oder nach der Einweihung, um eine Schwester vor oder nach der Mannbarkeit handelt⁴⁷⁾.

Der verschiedene Kulturgrad der Stämme spiegelt sich auch in ihrer religiösen Entwicklung: Die Stämme des Innern haben es nicht zu einem Begriff des höchsten Wesens gebracht, sondern ihr Stand des Glaubens ist bei dem animistischen Totemismus stehen geblieben. Sie nehmen an, mit gewissen, durch Tiere vertretenen Geistern in geheimnisvoller Verbindung zu stehen, und die Schöpfungssagen beziehen sich lediglich darauf, wie die Urväter, die noch nicht Menschen und noch nicht Tiere waren, allmählich die menschliche oder tierische Bildung erlangt haben. Ganz besonders bedeutsam sind in dieser Beziehung die Mitteilungen, die wir von den Aruntas haben, wovon anderwärts die Rede sein wird. Dagegen wird von Küstenstämmen berichtet, daß sich bei ihnen bereits der Begriff eines Schöpfers der Welt, eines höchsten Geistes entwickelt sei. So wird bei den Kurnai ein höchstes Wesen, Daramulun, angenommen und im Bilde verehrt. Die Wotjostämme sprechen von einem Bunjil, andere von einem Koin, andere nennen es Baiame. Die übereinstimmenden Nachrichten beruhen sicher nicht auf unrichtiger Beurteilung, sondern zeigen eine fortgeschrittene Weltanschauung, welche auf dem seelischen Bedürfnis beruht, sich das Werden der Welt darzustellen, und welche das Bedürfnis auf dem Wege einer vermenschlichenden Weltbetrachtung zu befriedigen sucht. Daß auch hier die entwickelteren Küstenstämme vor dem Innern einen Vorrang haben, bestätigt die oben aufgestellte Behauptung von dem fortgeschritteneren

⁴⁶⁾ Mathews, Journ. Anthr. Inst. Great Britain XXIV p. 310, XXXIII p. 269.

⁴⁷⁾ Vgl. das Wortregister bei Mathews, Journ. Anthr. Inst. XXXIII p. 275.

Charakter der Stämme, die zum Vaterrecht übergegangen sind (vgl. p. 488 ff.).

§ 8.

Daß überall der Gedanke des Fortlebens besteht, ist bekannt. Neu aber ist der Nachweis, daß dies auch bei den Australnegern zu einem Sachbegräbnis geführt hat, indem man dem Toten die nötigen Lebenshilfsmittel mit in das Grab legt (p. 458, 461, 466, 469, 474). Auch das Kanubegräbnis, welches auf dem Gedanken beruht, daß der Tote im Schiffe fortsteuert, ist bei ihnen nachweisbar (p. 463).

§ 9.

Kindsmord, Abtreibung und Kannibalismus werden uns weiter bestätigt, so von den Bewohnern der Yorkhalbinsel⁴⁹⁾.

§ 10.

Die Bahrprobe findet sich allüberall bei den Australnegern und ist bereits aus früheren Arbeiten genügend bekannt. Eine auch schon bei anderen Völkern beobachtete Form der Bahrprobe ist die Hellsicht des Sterbenden, indem man annimmt, daß im letzten Augenblick des Todes der Mensch über die gewöhnlichen Verhältnisse hinaus die Dinge durchschaut und namentlich auch den Mörder (in der Tat handelt es sich ja meistens um den Verzauberer) erkennt und ihn angeben kann (vgl. p. 466, 468).

Die Blutrache mit der Racheschar und dem Scheinkampf, sowie der Satz, daß der Thäter frei wird, wenn er die nötige Anzahl Speerwürfe überstanden hat, ist in meinen früheren Arbeiten bereits genügend zur Darstellung gekommen.

⁴⁹⁾ Mathews, Journal Roy. Soc. N. S. Wales XXXIV p. 185.

II. Bewohner der Inseln der Torresstraße.

§ 11.

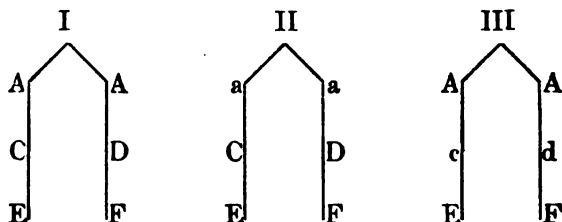
Sehr schätzenswerte Mitteilungen sind uns jüngst über die Bewohner der Inseln in der Torresstraße geworden, namentlich über Mabuiag, herrührend von einer anthropologischen Expedition, welche von Cambridge aus veranlaßt wurde und welcher ein Aufenthalt zu zoologischen Zwecken vorhergegangen war⁴⁹⁾. Die Ergebnisse sind sehr reich und die Untersuchung wurde mit der größten Sorgfalt geführt. Die Mitteilungen sind umso interessanter, als diese Inseln zwischen Australien und Neuguinea liegen und so für beide Volksstämme belehrend sind. Vor allem aber finden wir hier das australische Recht, und die australischen Familienverhältnisse treten uns in interessanten Erscheinungen entgegen.

So auch hier die gruppenrechtliche Verwandtschaft in der ausgedehnten klassifikatorischen Weise, allerdings mit einigen Eigentümlichkeiten; was umso begreiflicher ist, als diese Stämme zu den fortgeschritteneren Australstämmen gehören und offensichtlich über manche älteren Verhältnisse hinweggegangen sind. Manches alte aber ist erst hier beobachtet worden, und vieles, was uns undeutlich war, tritt nun in voller Klarheit hervor.

Die klassifikatorische Verwandtschaftsauffassung führt, wie man weiß, zu der Vorstellung, daß nicht nur die Brüder in unserem Sinne Brüder sind, sondern auch die Söhne zweier Brüder, sodann die Söhne dieser, so daß also die Cousins unter sich, und ebenso die Nachcousins unter sich als Brüder gelten. Dies ist der Fall, wenn die Verwandtschaft sich lediglich unter Männern abspielt, das Gleiche aber auch,

⁴⁹⁾ Reports of the Cambridge Anthropological Expedition to Torres Straits Vol. V, Sociology, magic and religion of the Western Islanders (1904). Verfasser sind Haddon, Rivers, Wilkin und Seligmann. Im folgenden einfach mit p. bezeichnet.

wenn lediglich Frauen die Verwandtschaft bedingen. So sind nicht nur zwei Schwestern in unserem Sinne Schwestern, sondern auch die Töchter zweier Schwestern und die Töchter dieser u. s. w. Dasselbe gilt aber auch, wenn die Nachkommen zweier Brüder beiderseits Frauen sind, bezüglich der Söhne oder der Töchter dieser: denn es ist ein durchgreifender Grundsatz, daß die Söhne von Brüdern wiederum Brüder sind, und ebenso auch die Söhne von Schwestern. So finden wir die Sache in der Torresstraße in folgender Weise⁵⁰⁾:

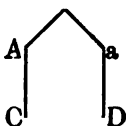


Hier sind C, D Brüder und E, F Brüder; c, d sind Schwestern.

Brüder und Schwestern heißen hier tukoia b, aber nur in der Art, daß der Bruder den Bruder, die Schwester die Schwester so benennt. Sind sie dagegen verschiedenen Geschlechts, so nennen sie sich (der Bruder die Schwester, die Schwester den Bruder) nicht tukoia b, sondern babat.

Hiernach entspricht alles der klassifikatorischen Ordnung; nun führt aber die klassifikatorische Verwandtschaft zu folgendem: Die Nachkommen eines Bruders sind den Nachkommen einer Schwester gegenüber nach diesen Verwandtschaftsgrundsätzen niemals Brüder und Schwestern; denn mag Vaterrecht oder Mutterrecht gelten, so gehören sie nunmehr verschiedenen Familiengruppen an. Dies muß auch ehemals bei diesen Inselbewohnern so gewesen sein. Jetzt sind sie darüber hinaus und bezeichnen auch in diesem Fall die Cousins und Nachcousins als tukoia b und babat.

⁵⁰⁾ Große Buchstaben = männlich, kleine Buchstaben = weiblich.



C und D sind nach den Regeln der klassifikatorischen Verwandtschaft nicht Brüder; denn im Fall des Vaterrechts gehört C der Familiengruppe des A an, D dagegen der Familiengruppe des Mannes der a; im Fall des Mutterrechts aber ist C ein Gruppengenosse der Ehefrau des A und D ein Gruppengenosse der a; da nun die Ehefrau stets der anderen Gruppe angehört als der Ehemann und seine Geschwister, so ergibt sich von selbst, daß C und D nie Gruppengenossen und daher nie Brüder sein können. Doch auf diesen Inseln behandelt man sie so.

Daß dies nicht ursprünglich ist, zeigt die Weiterentwicklung der Verwandtschaft. Vater heißt *tati*; dem Vater aber steht gleich der Bruder des Vaters, und zwar der Bruder in dem obigen weiteren Sinn, also jeder *tukoia*b. Mutter heißt *apu*, und auch hier steht jede *tukoia*b — Schwester der Mutter der Mutter gleich. Die mütterliche und väterliche Verbindung wird also in voller Schärfe hervorgehoben. Auch treten hier verschiedene Bezeichnungen ein, je nachdem die beiden Personen, die zunächst in Beziehung stehen, gleichen oder verschiedenen Geschlechts sind. Während der Bruder des Vaters *tati* ist, so ist die Schwester des Vaters *ngaibat*; während die Schwester der Mutter *apu* ist, so ist der Bruder der Mutter *wadman*, — auch hier natürlich der Bruderbegriff in der ausgedehntesten Weise verstanden.

Völlig der gruppenehelichen Ordnung entspricht es, daß der Mann der Schwester der Mutter ein *tati* (Vater) ist; denn ist der Vater ein A, die Mutter eine b, so ist die Schwester der Mutter ebenfalls eine b und ihr Mann ein A (also = Bruder des Vaters = Vater); daß auch der Mann der Schwester des Vaters ein *tati* ist, zeugt bereits vom Verfall der alten Verfassung; wichtig dagegen ist es, daß er auch *wadman* (= *avun*-

culus) heißt, denn der Mann der Schwester des Vaters ist in der klassifikatorischen Verwandtschaft = dem Bruder der Mutter. (Der Vater ein A, die Mutter eine b, der Bruder der Mutter ein B; der Vater ein A, die Vatersschwester eine a, ihr Ehemann ein B.) Auch in diesen Fällen ist die Verwandtschaftsbezeichnung wechselseitig.

Das Schwägerschaftsverhältnis ist ebenfalls scharf gekennzeichnet. Der Bruder der Frau und die Schwester des Mannes heißen imi, und zwar ist die Bezeichnung auch hier wechselseitig; also wie der Bruder der Frau ein imi ist, so auch der Mann der Schwester (wenn ein Mann spricht); wie die Schwester des Mannes eine imi ist, so auch die Frau des Bruders (wenn ein Weib spricht).

Die Schwester der Frau und die Frau des Bruders (wenn ein Mann spricht) ist eine ngaub at, ebenso der Bruder des Mannes und (wenn ein Weib spricht) der Mann der Schwester⁵¹⁾; während die Schwiegerschaftsbezeichnungen in der aufsteigenden Linie ira ist: ira ist der Vater der Frau. Auch die Schwägerschaft im 2. Grade kommt in Betracht: wenn zwei Frauen an zwei Brüder verheiratet sind, so heißen sie yatow at.

Es bedarf keiner Ausführung, daß hier überall Bruderschaft in der ausgedehntesten Weise verstanden werden muß. Ueber alles dieses p. 129—142.

§ 12.

Aus der Gruppenehe hat man sich auch hier durch Frauenraub und Frauentausch herausgeholfen. Der Frauentausch ist äußerst häufig, und es ist darum eine ganz besonders verbreitete Erscheinung, daß die Schwester des Mannes den Bruder der Frau heiratet (p. 241).

Im übrigen ist die Vielweiberei nicht selten; fast immer aber ist es hier so, daß die zwei Frauen zueinander in einem Schwesterverhältnis stehen; und ebenso, wenn

⁵¹⁾ Also imi die gleichgeschlechtlichen, ngaub at die ungleichgeschlechtlichen.

man nach dem Tode der Frau wieder heiratet, so gewöhnlich ihre Schwester; und umgekehrt: wenn die Frau wieder heiratet, so ist es gewöhnlich der Bruder des verstorbenen Mannes (p. 242 f., 244 f.). Das deutet noch auf ein ehemaliges Pirraurverhältnis hin, das aber nur noch schwach durchgeführt wird; denn ein Zwang der Frau, den Bruder des verstorbenen Mannes zu heiraten, überhaupt ein Zwang, wieder zu heiraten, besteht nicht.

§ 13.

Stark entwickelt ist der Totemismus, und er zeigt auch noch im einzelnen die ausgeprägten Formen; so vor allem den Nahrungstabu: man darf sein Totemtier nicht töten, das hätte sonst zur Folge, daß man selbst getötet wird; und wenn das Totemtier von einem Nichttotemgenossen getötet wird, so muß man dies zwar geschehen lassen, allein es ist ein Gegenstand der Trauer (p. 185).

Der Nahrungstabu läßt sich natürlich nicht vollkommen durchführen, wenn es sich um solche Tiere handelt, die, wie der Dugong, ein unentbehrliches Nahrungsmittel sind. Hier bedient man sich, wie oftmals, des Kunstgriffs, daß man die Geister täuscht. Man darf nicht den ersten Dugong verzehren, den man gefangen hat, sondern nur den zweiten und folgenden (p. 186), offenbar im Gedanken, daß dadurch die Aufmerksamkeit des Geistes abgelenkt ist.

Die Totems bringen Segen und Fluch, weshalb ihnen gegenüber bestimmte Bräuche zu wahren sind (p. 183). Sodann gilt die Totemexogamie: niemand darf in den Totem hineinheiraten, ein Grundsatz, der allerdings nicht mehr scharf durchgeführt wird (p. 235 f.), wie sich noch unten ergibt. Wie häufig, tritt auch das Totemverhältnis beim Tod hervor, denn es ist eine alte, allerdings vielfach zurückgedrängte Anschauung der Völker, daß mit dem Tode wieder eine Rückbildung in das Totemtier stattfindet. Hierbei findet sich manches Merkwürdige. Der Schwager muß den Schwager

begraben: dies gehört mit zu seinen wichtigen Familienbetätigungen. Er selber gehört natürlich nicht dem Totem des Verstorbenen an, er muß aber trotzdem den Totem nachahmen, z. B. wenn ein Krokodilmann gestorben ist, muß er wie ein Krokodil auf allen vieren einherschleichen, wenn ein Mann vom Schlangentotem, so muß er wie eine Schlange kriechen (p. 185).

Die Totems sind meist Tiere, ausnahmsweise Pflanzen, Steine, Sterne (p. 153).

Totemzeichen werden auf verschiedenen Körperteilen durch Narbung eingezeichnet; sie werden auch auf Gebrauchsgegenständen angebracht (p. 158 f.).

Die Totemexogamie wird nicht immer durchgeführt, weil die Totemgruppen sich vielfach gespalten haben, so z. B. der Kodaltotem in zwei oder drei. Hier haben die Untertotems sich so selbständig gemacht, daß sie wie eigene Totems gelten und daher der Ehe keinen Widerstand mehr entgegensetzen. Das wird namentlich dadurch bewirkt, daß sich die einzelnen Untertotems an verschiedenen Orten niederlassen und der Totem auf solche Weise sich verörtlicht und mit der verschiedenen Oertlichkeit eine verschiedene Wesenheit annimmt (p. 164).

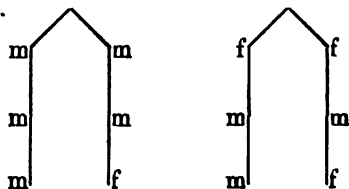
Auch nach anderer Seite hin finden wir einen Zerfall.

Wie bei den Australnegern der Stamm aus zwei exogamen Klassen besteht, von denen jede sich wiederum in verschiedene Totems oder auch in Unterklassen teilt, so finden wir auch hier Spuren von zwei zueinander in Gegensatz stehenden Totemverbänden. So treten auf Mabuiag drei Totems, Krokodil, Kasuar und Schlange als Volk des großen Totems und Dugong und Roche als Kinder des kleinen Totems auf (p. 172 f.). Allerdings findet hier eine Exogamie dieser beiden Gruppen nicht mehr statt, sondern sehr häufig heiratet jemand vom Totem der ersten Gruppe in einen anderen Totem der ersten Gruppe u. s. w. Auf anderen Inseln dagegen ist der vorwiegende Brauch, von einer Gruppe in die andere

hinein zu heiraten, noch aufrecht erhalten, z. B. auf der Insel Saibal (p. 178). Offenbar handelt es sich hier um den australischen Grundsatz, der vielleicht unter dem Einfluß der Papuaner allmählich aufgegeben wurde.

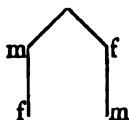
§ 14.

Das Eheverbot, soweit es ein verwandtschaftliches ist (p. 237 f.), geht vornehmlich dahin, daß ein Bruder die Schwester nicht heiraten darf: also zwei Personen sind einander versagt, die in der Stellung des Babat stehen, und zwar geht dies abwärts, so daß auch die Babats zweiter und dritter Linie einander versagt sind. Das ist vollkommen in der Ordnung, sofern es sich um Cousins und Großcousins rein väterlicher oder rein mütterlicher Abkunft handelt.

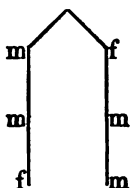


m = männlich, f = weiblich.

Dagegen besteht zwischen dem Sohn der Schwester und der Tochter des Bruders eigentlich kein gruppeneheliches Hindernis,



und bei vielen Völkern sind bekanntlich diese zwei Personen einander gerade zur Ehe vorherbestimmt. Doch sind uns auch bereits unter den Australiern Fälle entgegengetreten, wo diese Cousins einander verboten sind (oben S. 146). Das gleiche ist auch bei diesen Inselvölkern der Fall (oben S. 152 f.). Jedoch scheint es, daß in der weiteren Zeugungsfolge, also unter den Nachcousins, dieses Verbot nicht mehr streng aufrecht erhalten wird,



denn es werden Beispiele aufgewiesen, wo eine Eheschließung solcher Personen stattfand. Aber auch sonst scheint manches ins Wanken geraten zu sein; denn es gibt Fälle, wo der Mann seine Apu (Schwester der Mutter) heiratete. Das zeigt, wie anderes, einen gewissen Zerfall der alten Ordnung. Wahrscheinlich hat man sich, wie auch bei Australstämmen, durch Fiktion hinweggeholfen, indem eine gewisse Verwandtschaft einfach hinweggingiert wurde. Fiktionen spielen auch in der Rechtsentwicklung der Naturvölker eine große Rolle (oben S. 147).

§ 15.

Die Schwiegerscheu (p. 142) ist, wie bei den Australnegern überhaupt, im höchsten Maße entwickelt. Ira, Imi und Ngaubat werden nie mit Namen bezeichnet, sondern immer nur mit der Verwandtschaftsbenennung: das Gegenteil wäre eine unerhörte Taktlosigkeit. Und ebenso gilt der Grundsatz, daß nicht nur Schwiegereltern und Schwiegerkinder, sondern auch Schwager und Schwager einander ausweichen müssen und nicht miteinander sprechen dürfen. Nur ist bei dem Ngaubatverhältnis die Scheu keine so große, wie bei den Ira und Imi. Aus dem Gesagten ergibt sich klar, daß der vielfache Glaube, die Schwiegerscheu sei nur deshalb eingeführt, um den Geschlechtsumgang zwischen den Verschwägerten zu verhüten, unzureichend ist, denn sie gilt auch unter Personen desselben Geschlechts. Der Grund liegt vielmehr, wie bereits anderwärts angedeutet, darin, daß man aus den Zeiten her, wo die Ehe als unheilige Einrichtung aus der uralten Gruppenehe hervorging, sie als mit dem Fluch belegt wählte, so daß jedes Hervortreten der Ehe

und damit auch jedes Hervortreten der Schwägerschaft ängstlich vermieden wurde, in der Befürchtung, damit die Geisterwelt zu verletzen und schwere Folgen auf die ganze Familie heraufzubeschwören. Nur so erklärt sich die bisher rätselhafte Einrichtung, die über die ganze Erde verbreitet ist, und diese Verbreitung zeigt wiederum, daß der Uebergang von der Gruppenehe zur Einzelehe eine allgemein menschliche Erscheinung darstellt. Wo wir die Schwiigerscheu finden, haben wir ein wichtiges Anzeichen, daß die Einzelehe aus der Gruppenehe hervorgegangen ist. Die Gegner der Gruppenehe geben auch hier wieder kund, daß ihnen die richtige Anschauung über die fortschreitende menschliche Entwicklung gebricht.

§ 16.

Das Mutterrecht ist zum Vaterrecht übergegangen. Der Totem erbt allüberall vom Vater auf den Sohn. Daß aber dies erst Folge einer späteren Entwicklung ist, ergibt sich aus verschiedenen Umständen klar. Namentlich tritt hier eine Erscheinung hervor, die sonst ziemlich vereinzelt, aber im höchsten Grade beweisend ist. Nicht selten nämlich hat jemand neben seinem Haupttotem einen Nebentotem, und so gibt es Leute mit zwei und drei Totems, und zwar in der Art, daß diese mehreren Totems sich vererben. Der Grund, den die Völker selber angeben (p. 180), ist der, daß man neben dem väterlichen Totem ursprünglich den mütterlichen mit übernahm; richtiger gesagt: als man zum Vaterrecht überging, hat man vielfach den mütterlichen Totem weitergeführt, ganz ebenso, wie man noch heutzutage in Spanien dem Vatersnamen den Mutternamen beifügt. Eine zweite wichtige Erscheinung ist das auch hier geltende Avunculat: der Avunculus ist, wie aus dem obigen hervorgeht, der Wadman; ihm stehen wichtige Funktionen in der Familie zu (p. 144 f.); denn

1. ist der Wadman der geborene Weihevater. Er heißt als solcher Mowai und hat bei der Jünglingsweihe die Jüng-

linge zu beaufsichtigen und ihnen die nötigen Belehrungen zu geben.

2. Zwischen dem Wadman und dem Neffen besteht eine Art von Gütergemeinschaft. Es ist straflos, wenn der Neffe dem Wadman oder wenn der Wadman dem Neffen etwas nimmt; und es ist nicht nur straflos, sondern es gilt als erlaubt und vom Rechte gebilligt. Dies ist eine Erscheinung, die bei anderen Völkern, welche aus dem Mutterrecht hervorgegangen sind, wiederkehrt ⁵²⁾).

3. Eine weitere wichtige Tatsache ist es, daß dem Wadman das Recht des Friedensgebotes zusteht. Wenn der Neffe mit jemanden einen Kampf beginnt, so kann der Wadman auftreten und ihm Frieden gebieten. Bemerkenswert ist, daß solches auch anderen Verwandten, namentlich dem Vater, zusteht, der hier durch einen eigentümlichen Brauch dem Gefecht Einhalt tut, indem er auf einen gewissen Körperteil weist und dem Sohn erklärt, daß er von diesem stammt. Diese stark sinnbildliche Verwarnung (welche auf die bei solchen Völkern häufige Scheu vor dem Zeugungsteile zurückführt) soll aber bei weitem nicht so viel wirken, wie die einfache Erklärung des Wadman.

§ 17.

Die Jünglingsweihe (p. 208 ff.) findet sich überall in der Art des Waldganges, indem die Jünglinge sich von der Gesellschaft absondern, in wilde Gegenden ziehen und hier sich verschiedenen Proben, namentlich auch Entbehrungen, unterwerfen müssen. Eine Verletzung der Vorschriften, namentlich der Tabuvorschriften, hat sofortige Todesstrafe zur Folge (p. 210), denn diese Gebräuche gelten dem Volk als die Grundlage seines Wesens. Dabei wird der Jüngling von dem Weihevater, welcher der Avunculus ist, belehrt und in die

⁵²⁾ So auch bei dem künstlichen Neffenverhältnis, dem Vasuverhältnis auf Fidschi.

Besonderheiten der Bräuche eingeführt. Auch das bei den Australnegern wie bei den Papuas gebräuchliche Schwirrholtz spielt hier seine Rolle (p. 208 f.). Von Beschneidung und ähnlichen Gebräuchen aber ist nichts mehr zu entdecken (p. 217). Offenbar ist dies dieselbe Entwicklung, die wir auch bei anderen Australstämmen finden. Auch bei Frauen gibt es eine Weihe bei Eintritt der Katamenien, die ebenfalls darin besteht, daß eine Absonderung, entweder außerhalb oder im Hause, verbunden mit Nahrungstabus, eintritt (p. 201 f.). Wie bei dem Jüngling der Avunculus, so ist es hier die Ngaibat, welche sich des Weihezöglings annimmt.

§ 18.

Abtreibung und Kindsmord sind erlaubt und häufig. Der Vater hat das Recht, zu bestimmen, ob das Kind weiterleben soll. Auch der Zwillingsfluch besteht; die Geburt von Zwillingen gilt als schmachvoll, und regelrecht wird einer der Zwillinge getötet (p. 198).

§ 19.

Die Bahrprobe scheint noch immer im Gebrauch zu sein, und es wird bemerkt, daß die Totenwache hauptsächlich zu dem Zweck stattfindet, damit der Tote Auskunft über den Mörder gibt (p. 355).

VII.

Zum Rechte der Papuas.

Von

Josef Kohler.

Ueber die Papuas¹⁾ haben wir jetzt so reichliche Kunde, daß wir uns von ihrem Rechtsleben eine sichere Vorstellung machen können. Wir finden einen mehr oder minder ausgeprägten Totemismus, teils in der Hochblüte, teils im Zerfall, einen Totemismus mit mutterrechtlicher oder vaterrechtlicher Gliederung, das Vaterrecht noch mit mutterrechtlichen Ueberbleibseln durchsetzt, wir finden Frauenkauf und Frauenraub als die Bildner der Einzelehe, wir finden noch Spuren der Gruppenehe, ein ziemlich scharf geschiedenes Grundeigentum mit dem schützenden Matakau, wir finden Sachbegräbnis und Totenzauber, wir finden endlich Blutrache, Bahrprobe und anderen Ordalismus.

Zur Ergänzung seien einige weitere Schilderungen beigefügt.

1. So über die Sulka in Neupommern; hierüber gibt uns Rascher, Arch. f. Anthrop. XXIX p. 209 f. bedeutsame Mitteilungen.

Bei ihnen gibt es zwei exogame Stämme mit Mutterrecht, und jeder Stamm teilt sich wieder in 9 Aeste. Von Totemismus finden wir noch folgendes: die einen dürfen Schweinefleisch essen (o ngemilang), die anderen nicht (o lap-

¹⁾ Zeitschrift VII S. 169 f., XIV S. 321 f.

giel). Ob das Kind den einen oder den anderen angehört, bestimmt sich nach der Mutter (p. 209, 210). Offenbar ist hier der Totemismus sehr verkümmert.

Der Geburtszauber der *Couvade* tritt in neue Beleuchtung: nicht nur der Ehemann steht im Zusammenhang mit dem werdenden Kind, sondern auch ein dritter kann, indem er sich krank stellt und verschiedene Bewegungen macht, das Kind schädigen, S. 219. Im übrigen macht die Beiwohnung ebenso wie die Geburt unrein, und es ist ein reinigender Zauber nötig, der bei der unehelichen Beiwohnung schwieriger ist als bei der ehelichen.

Von Jünglings- und Jungfrauenweihe erfahren wir die bekannten Tatsachen, jedoch mit der Besonderheit, daß bei Mädchen die aus Absonderung und Entbehrung bestehende Weihe erst nach der Verlobung eintritt, p. 210, 212 f. Die Frauen dürfen von den Weiheformen der Männer nichts wissen, sonst sterben sie oder sie bekommen Zwillinge, p. 227.

Für die Entwicklung des Grundeigentums spricht die Anwendung des *Matakau*, des fruchtschützenden Zaubers: man legt Gras und Mais vor einen Baumstamm, dessen Früchte man schützen will, und wer darauf tritt, wird irrsinnig (p. 220).

Das Sachbegräbnis ist in Uebung; man legt dem Toten seine Habe mit ins Grab. Entsprechend wird auch neben dem Grab *Taro* gepflanzt, der für die Nahrung des Geistes bestimmt ist. Auffallenderweise finden wir auch eine Spur der bei den Naturvölkern so seltenen Vergeltungslehre: während im übrigen die Geister nach ihrem Lande in der Unterwelt ziehen, bleiben die Geizigen zurück und werden in Felsen verwandelt (p. 216 f.).

Blutrache und Bahrrecht gilt: der Tote zeugt gegen den Mörder; man glaubt, das glühende Auge zu sehen, das sich aus dem Grabe erhebt und die Richtung nach dem Mörderhause nimmt; oder man befragt einen Baum, den man vor der Hütte aufpflanzt und der bei der Nennung des Mörders durch

Neigen seiner Krone oder Schütteln seiner Blätter den Täter kundgibt (p. 222).

Dies ist umso wichtiger wegen des allgemeinen Glaubens an Verzauberung. Wie sonst, verzaubert man jemanden, indem man ein Haar oder einen Essensrest des Mitmenschen in seine Gewalt bekommt und dies dem bösen Geist (kot) widmet, oder indem man einen Wanderer im einsamen Walde fast totschießt, worauf er sich zwar wieder erholt, aber aus Kummer dahinsiecht und stirbt, falls kein Gegenzauber angewandt wird, p. 221 f., — ebenso wie bei den Australnegern. Der schlimme Zauber führt zur Blutrache; denn auch hier nimmt man überall an, daß niemand eines natürlichen Todes sterbe, sondern jeder Tod, dessen Ursache man nicht kennt, auf einen solchen Zauber zurückzuführen sei. Doch wird die Rache vielfach zum Scheinkampf, und die Rächerschar läßt sich durch Geschenke versöhnen (p. 223).

2. Bei den Daudai im Südosten von Neuguinea²⁾ ist der Totemismus in voller Blüte. Sie haben 9 Totems, darunter Kasuar, Alligator, Hund, Schildkröte, Rotschlange, Känguruh. Die Totems vererben sich vaterrechtlich; im weiteren südöstlichen Teil aber soll noch mutterrechtliche Erbfolge bestehen. Eine eigenartige Mitteilung geht dahin, daß die Frau zwar gegenüber dem Mann ihren Totem beibehält, jedoch jeder Ehegatte einer gewissen Beeinflussung des anderen unterliegt; der eine Ehegatte muß auf den Totem des anderen Rücksicht nehmen: wenn z. B. die Frau vom Totemtier des Mannes ißt, so hält sich der Mann eine Zeitlang von ihr zurück, und umgekehrt, p. 187. Daß der Totemtabu gilt, versteht sich hienach von selbst. Für den Kampf bemalen sie sich mit dem Totembilde, so daß der eine Totemgenosse den anderen sofort erkennt und ihm zur Hilfe eilen kann.

²⁾ Reports of the Cambridge Anthropol. Expedition to Torres Straits V, p. 187 f.

3. Auch die Stämme der Murrayinseln sind in Totems geteilt; das Totemtier darf bei Todesstrafe nicht verletzt werden³⁾. Im übrigen findet sich hier der Frauenraub mit nachfolgender Versöhnungsfeier und Zahlung des Brautpreises (p. 9). Kindesmord ist, wenn die Zahl der Kinder größer wird oder nur Kinder eines Geschlechts geboren werden, sehr verbreitet (p. 11 f.).

Hier ist auch das Häuptlingtum bereits stark entwickelt: der Häuptling verlangt einen Teil der Früchte des Landes und urteilt über die Verbrechen, bezieht auch einen Teil der Straf gelder (p. 6 und 7).

Auch das Privateigentum an Grund und Boden besteht hier: es wird an Söhne und Töchter gleichmäßig vererbt oder in ihrer Ermangelung an Adoptivkinder; es kann verpachtet werden (gegen Früchte), wird aber nicht veräußert (p. 7).

4. Die Bewohner von Kiwai haben etwa 13 vaterrechtliche Totems (Tier- und Pflanzennamen)⁴⁾; doch scheinen im übrigen noch mutterrechtliche Verhältnisse zu bestehen, denn es wird erwähnt, daß 1. der Vater seine Stieftochter, ja selbst seine eigene Tochter heiraten könne, daß aber 2. niemals Brüder und Schwestern oder Cousins untereinander, wohl aber 3. Personen des nämlichen Namens einander zu heiraten vermögen⁵⁾: die Ehe ist eben gegenüber den mutterrechtlichen Verwandten verboten, gegenüber den vaterrechtlichen erlaubt, und vaterrechtlich vererbt sich Name und Totem. Wie bei den Australnegern wird die Ehe durch Frauentausch eingeleitet, in der Art, daß, wenn der Bräutigam keine Schwester hat, er ein Mädchen aus einer anderen Familie, die mehrere Töchter besitzt, sich zu diesem Zwecke erwirbt. Dabei findet gewöhnlich eine Entführung oder mindestens eine Scheinentführung statt mit den entsprechenden wirklichen oder scheinbaren Feindseligkeiten⁶⁾.

³⁾ Hunt, Journ. of the Anthropol. Inst. of Great Britain XXVIII p. 6.

⁴⁾ Cambridge Exped. to Torres Straits V p. 189.

⁵⁾ Chalmers in Journal of the Anthropol. Institute XXXIII p. 124.

⁶⁾ Chalmers a. a. O. p. 124.

Bei der Jünglingsweihe ist das Schwirrholtz in Gebrauch, wodurch Weiber und Kinder erschreckt werden, und die Jünglinge haben unter furchtbaren Verwünschungen und Eiden das Geheimnis zu beschwören. Im übrigen zeigt die Jünglingsweihe die gewöhnlichen Züge: die Jünglinge werden weiß und rot angestrichen, bekommen heilige Bilder zu sehen und haben einen Speisetabu einzuhalten.

Auch hier finden wir die Totenspenden. Dem Toten werden Nahrungsmittel auf das Grab gelegt, auch wird ein Feuer angezündet, um ihm die nötige Wärme zu gewähren. Dies dauert 9 Tage; dann verläßt der Tote den Sitz, und die Spenden hören auf. Im übrigen ist das Sachbegräbnis symbolisch geworden. Man gibt dem Toten nicht mehr Bogen, Pfeile oder Kleidung ins Grab hinein, sondern hängt sie eine Zeitlang über dem Grabe auf. Der Gedanke ist der, daß auf solche Weise der Geist oder Schatten der Sache dem Geiste des Toten folgt.

Es wird behauptet, daß es hier keine Los- und keine Giftordale gebe⁷⁾, allein damit ist die Möglichkeit eines sonstigen Ordalismus nicht verneint.

5. Von den Elemastämmen am papuanischen Golf erfahren wir⁸⁾, daß der Stamm aus zwei großen Abteilungen besteht; jede Abteilung teilt sich wieder in verschiedene Gruppen, so die eine Abteilung in die Ipigruppen, die andere in solche, deren Namen mit ra, u oder au endet. Leider erfahren wir über die Eheverhältnisse nichts, aber es ist wahrscheinlich, daß auch hier eine feste Regel der Verbindung besteht, indem die eine Abteilung in die andere heiratet, und zwar unter Berücksichtigung der einzelnen Untergruppen. Die Sagen lehren insbesondere, wie die verschiedenen Ipi-stämme von einem gemeinsamen Urstamm herrühren, und zwar führt die Sage auf Baumabstammung zurück.

⁷⁾ Chalmers a. a. O. S. 119.

⁸⁾ Vgl. Holmes in Journal of the Anthropological Institute XXXIII p. 125.

Heroenmythen finden wir, wie bei den Australiern, und zwar auch in der Art, daß der Heros, Heisafarai, zunächst mit Jünglingen ausgezogen ist; was vollkommen mit den Ergebnissen der Forschung stimmt, daß es vorzüglich Häupter der Jünglingsgenossenschaft waren, welche infolge ihrer kühnen Unternehmungen zu Häuptlingen des Geschlechts emporstiegen.

6. Wo auf den Torresinseln der papuanische Einfluß waltet — die Bevölkerung besteht aus Australiern und aus Papuas —, hat sich das Privateigentum entwickelt, und zwar an Grundstücken wie an beweglichen Sachen, an Grundstücken in der Art, daß alles, selbst die Felsriffe, ihren Eigentümer haben. Damit hat sich ein Erbrecht gebildet und zwar ein Erbrecht auf Söhne und Töchter zugleich. Die Söhne haben nur, gleichsam als Heergeräte, die Kanoes, voraus, welche ausschließlich nach ihrer Seite hin erben, während die Töchter dafür in einem größeren Stück Land entschädigt werden⁹⁾.

7. Die Papuas auf der Westseite von Neuguinea in dem niederländischen Teile zeigen ähnliche Züge. So berichtet van der Roest einiges über die Bevölkerung von Windessi¹⁰⁾.

Von der Ehe erfahren wir, daß die Kinderverlobung üblich ist und daß, wenn der Verlobte oder die Verlobte stirbt, ein Bruder oder eine Schwester an ihre Stelle tritt: offenbar ein Ueberrest gruppenehelicher Gedanken (p. 163). Dahin weist auch der Familientabu, indem die beiden Verlobten einander nicht sehen dürfen (p. 163), was aber allerdings nicht immer streng gehalten wird.

Die Frauenkaufidee scheint hier wenig ausgebildet zu sein: während der Verlobte einen Brautschatz gibt, geben auch die Eltern der Braut einen solchen, wenn auch in min-

⁹⁾ Cambridge Expedition V p. 285 ff.

¹⁰⁾ Tijdschrift voor indische Taal-, Land- en Volkenkunde, Bd. XXXX S. 150 f.

derer Höhe. Ferner wohnen die Ehegatten im Hause der Eltern der Frau (p. 162, 164).

Auch hier ist das Sachbegräbnis in Uebung: Gerätschaften, Waffen werden dem Verstorbenen mitgegeben.

Auch die Bahrprobe wird in der Art vollzogen, daß man den Toten an einer Haarlocke faßt und dabei verschiedene Oertlichkeiten angibt, an denen sich der Täter befinden kann: geht hiebei ein Haar heraus, so nimmt man an, daß an dieser Oertlichkeit der Täter zu finden ist (p. 159). Ein anderes Gottesurteil bezieht sich namentlich auf die Beschuldigung des Ehebruchs: maßgebend ist hier ein Stück Holz, das eine gewisse Heiligkeit hat und in der Familie sorgfältig aufbewahrt wird; es ist das Stück Holz, das den Geist des Familiengenossen in sich faßt, — ein Motiv, das aus der Meleagersage allgemein bekannt ist. Der Beschuldigte nimmt das Stück Holz und erklärt: wenn er lüge, solle dies seine Todesursache sein. Wie es scheint, kommt dieses Gottesurteil doppelseitig vor, indem beide Teile das Holz halten und die entgegengesetzte Versicherung abgeben. Der Berichterstatter wundert sich, daß man in einem Fall, in welchem beide Teile am Leben blieben, keinen Anstand nahm (p. 172); allein es gilt auch hier der Satz, daß, wenn das Gottesurteil für beide Teile günstig ausfällt, es eben ergebnislos bleibt.

Miszellen aus der ethnologischen Jurisprudenz ¹⁾.

Von

Dr. Albert Hellwig.

4. Kesselfang und Heißeisenordal in Alt-Japan.

Daß der Kesselfang und das Heißeisenordal einst in Japan existierte, ergibt sich mit voller Gewißheit aus zwei Sagen, die Brauns ²⁾ in seiner interessanten Sammlung mitteilt.

Was den Kesselfang betrifft, so trat der von seinem eigenen Bruder Umaschi des Hochverrats gegen Ojin Tenno beschuldigte Takentschi entrüstet vor, „und da ihm kein anderes Mittel übrig blieb, seine Unschuld zu erhärten, so verlangte er ein Gottesurteil nach altem Brauche, Ojin Tenno entschied auch sofort, daß zwischen ihm und Umaschi die Feuerprobe entscheiden solle. Ein Feuer ward auf dem Gerichtsplatze vor dem Palaste angezündet und ein großer Kessel mit Wasser darauf gesetzt. Als das Wasser im Sieden war, griff zuerst Takentschi ohne Zaudern bis auf den Boden des Kessels und zog langsam den Arm hervor; das siedend heiße Wasser hatte ihm nicht die geringste Verletzung, nicht den mindesten Schmerz bereitet. Nun kam die Reihe an Umaschi. Kaum aber hatte dessen Hand das Wasser im Kessel berührt, so stürzte er mit einem lauten Schrei zu Boden, seiner Sinne kaum mächtig. Und dabei kam sein Gewand der Flamme nahe, die unter dem Kessel brannte; es fing Feuer und der Verräter ging elendiglich zu Grunde. Die Anwesenden aber frohlockten, daß die Götter so sichtlich die Tugend und Redlichkeit beschützten und die Schurkerei bestraften, und der Kaiser bemühte sich, Takentschi für das ausgestandene Herzeleid nach Kräften zu entschädigen ³⁾.“

¹⁾ Vgl. Bd. XVIII p. 461 ff.

²⁾ D. Brauns, „Japanische Märchen und Sagen“ (Leipzig 1885).

³⁾ Brauns a. a. O. p. 201 f.

Das Heißeisenordal ist Gegenstand einer anderen Sage, die für die Auffassung der Ordale im Volk sehr charakteristisch ist.

Ein Fürst war wegen angeblichen Hochverrats enthauptet und sein Haupt auf einen Pfahl gesteckt worden. Da kam es, daß jemand das Haupt bestattete. Der alte Diener des Fürsten wurde dessen beschuldigt und es kam die Sache zur Feuerprobe. Hierüber wird nun erzählt:

„Beide, der Ankläger wie der Beschuldigte, wurden einander gegenübergestellt und nochmals gefragt, ob sie ihre Behauptungen durch unerschrockenes Ergreifen eines rotglühenden Eisenstabes erhärten wollten. Beide bejahten dies, und so nahm erst der Angeklagte, Saito, das Eisen in die Hände, das ihm nichts zuleide tat; als man es aber darauf dem Yena Iman reichte, verbrannte es ihm seine Hände auf jämmerliche Weise ⁴⁾.“

Es wird noch bemerkt, daß der Zweifel bestand, ob das Gottesurteil die Nichtbegehung der Tat feststellte, oder ob die Götter darlegen wollten, daß der Angeklagte „durch das Herabnehmen und Bestatten des Hauptes seines unschuldig ums Leben gebrachten Herrn eine fromme und lobenswerte Handlung verübt hatte, während Yena Iman aus niedriger Besinnung handelte und deshalb bestraft ward.“

Aus diesen Schilderungen lassen sich folgende Grundzüge des altjapanischen Ordalrechtes entnehmen:

1. Bekannt waren das Heißeisenordal und der Kesselfang. Daß auch andere Gottesurteile partikulär oder auch allgemein in Anwendung kamen, ist sehr wohl möglich ⁵⁾.

2. Zu der Zeit, aus der die beiden betreffenden Sagen stammen, kamen die Ordale nur noch subsidiär zur Anwendung als äußerster Notbehelf, um Klarheit über einen verwickelten Fall zu verschaffen.

3. Beide Ordale waren zweiseitig, d. h. sowohl der Beklagte als auch sein Ankläger mußten sich der Gottesprobe unterziehen, und zwar nacheinander. In beiden Sagen muß zunächst der Angeklagte durch das Ordal seine Unschuld zu beweisen suchen: Ich

⁴⁾ Brauns a. a. O. p. 434 f.

⁵⁾ [Es ist nachweisbar, daß bei den alten Japanern noch die Divination galt, Zeitschr. X, S. 379. Kohler].

glaube, daß dies kein Zufall ist, sondern daß stets der Angeklagte, gegen den ja ein dringender Verdacht vorlag, sich von diesem reinigen mußte und daß der Anklagte sich nur dann der Gottesprobe zu unterziehen brauchte, wenn dem Angeklagten die Probe gelang. Dadurch wurde die Zweiseitigkeit des Ordales natürlich vielfach illusorisch gemacht. Strikt beweisen kann ich diese Vermutung allerdings nicht.

4. In beiden Fällen handelt es sich um einen Fall des Hochverrats, denn auch der Diener, der das Haupt seines wegen angeblichen Hochverrates hingerichteten Herrn weggenommen und ehrenvoll begraben hatte, billigte dadurch gewissermaßen das Tun und Treiben seines Herrn, war also gleich ihm des Hochverrates schuldig. Möglicherweise ist dies lediglich Zufall. Ausgeschlossen ist jedoch nicht, daß sich die Verwendung der Ordale nur noch beim Hochverrat (und vielleicht einigen anderen besonders schweren Verbrechen) erhalten hatte: fristen doch gerade beim Verbrechen des Hochverrates häufig Rudimente primitiver Entwicklungsstadien ihr Dasein fort, so z. B. die Verwandtenhaftung. Und daß der Glaube an die Gottesurteile und jedenfalls ihre Verwendung in der Praxis schon sehr im Schwinden begriffen waren, werden wir gleich sehen.

5. Die Gottesurteile beruhten auf dem Gedanken, daß die Gottheit sich der Unschuld annehmen und nicht gestatten würde, daß das glühende Eisen oder das kochend heiße Wasser dem schuldlos Angeklagten, der im Vertrauen auf den Beistand der Götter bereit ist, durch jene Proben die Wahrheit seiner Aussage zu erhärten, Schaden zugefügt würde. Daß dieser Glaube schon zu wanken begann, ergibt sich aus der Erzählung über das Heißeisenordal. Denn, wenngleich Saito moralisch recht gehandelt hatte, so war er doch ebenso sicher auch des Hochverrats schuldig und konnte jedenfalls nicht seinen Ankläger Lügen strafen; wenn es also nach strengem Recht gegangen wäre, so hätte er bei der Gottesprobe unterliegen und sein Gegner obsiegen müssen. Das Resultat war aber ein umgekehrtes, und zwar, wie der zweifelnde Teil des Volkes meinte, weil Saito durch das Herabnehmen und Bestatten des Hauptes seines unschuldig ums Leben gebrachten Herrn eine fromme und lobenswerte Handlung verübt hatte, während Yena Iman aus niedriger Gesinnung handelte. Hier war das Resultat der Gottesprobe immerhin noch moralisch gerechtfertigt; aber dadurch wird

nicht aus der Welt geschafft, daß wenigstens ein Teil des Volkes an der absoluten Uebereinstimmung vom Resultat des Gottesurteils und der Wahrheit oder Unwahrheit der Beschuldigung zu zweifeln begonnen hatte. Von dem Glauben, daß die Gottheit zu Gunsten des moralisch Unschuldigen eine Ausnahme von jenem Axiom mache, bis zu der Annahme, daß ein böser Geist auch zu Gunsten eines Schuldigen den Erfolg der Gottesprobe vereiteln könne, ist nur ein Schritt. Wie, wenn Yena Iman nicht aus niedriger Gesinnung seine Anzeige gemacht hätte, sondern gleichfalls aus edlen Motiven? Wenn der Glaube an den durch das Gottesurteil bewirkten absoluten Beweis von der Schuld oder Unschuld des Angeklagten erst einmal erschüttert ist, dann muß mit Notwendigkeit auch der Gedanke Platz greifen, daß durch das Ordal unter Umständen auch ein Unschuldiger als angeblich Schuldiger bezeichnet werden könne oder daß ein wirklich Schuldiger mit Hilfe böser Mächte, oder indem er, wie beim Meineid gewisse mysteriöse Zeremonien vornimmt^{*)}, die Wirkung des heißen Feuers u. s. w. unwirksam machen könne. Damit ist aber dem Ordal das Todesurteil gesprochen. Daß wir in der Tat über die Periode der mystischen Rechtsfindung schon längst hinaus sind, ergibt sich mit voller Klarheit schon aus der besprochenen Subsidiarität der Gottesurteile, die in ihnen bei Leibe nicht die gewöhnlichen Beweismittel sieht, sondern sie vielmehr nur im äußersten Notfalle anwendet, wenn alle anderen Mittel versagen.

^{*)} Vgl. meine Skizzen „Mystische Zeremonieen beim Meineid“ im „Gerichtssaal“ 1905 und 1906 sowie meine dort zitierten weiteren Aufsätze darüber.

Kurze Besprechungen.

Handbuch der Gesetzgebung in Preußen und dem Deutschen Reiche. Unter Mitwirkung von Geh. Postrat Aschenborn, Geh. Regierungsrat Bredow, Geh. Oberregierungsrat von Bremen, Geh. Regierungsrat Fritsch, Oberverwaltungsgerichtsrat Genzmer, Landrichter Dr. Hornemann, Landrichter a. D. Kreisel, Geh. Oberregierungsrat Küster, Geh. Regierungsrat von Lorbell, Geh. Oberregierungsrat Lusensky, Regierungsrat Dr. Münchgesang, Geh. Oberregierungsrat Dr. Traugott Müller, Landforstmeister a. D. Schultz, Geh. Oberregierungsrat Freiherrn von Seherr-Thoss herausgegeben von Graf Hue de Grais, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat, Regierungspräsidenten a. D. I. Das Deutsche Reich. Berlin 1901. Verlag von Julius Springer. XII. 385 Seiten.

Der Herausgeber dieses auf 26 Teile berechneten großen Werkes, dessen Bände einzeln käuflich sind, beabsichtigt hiermit die Gesetzgebung Preußens und des Deutschen Reichs, nach Materien geordnet, allen Beteiligten, Beamten wie Laien, zugänglicher zu machen, als dies bisher der Fall ist. Die Hauptgesetze werden in geordneter Uebersicht unter fortlaufenden deutschen Ziffern aufgeführt; die zur Ausführung oder Ergänzung erlassenen Gesetze, Verordnungen und Anweisungen werden entweder in Anmerkungen abgedruckt oder, wenn sie umfangreicher sind, den Hauptgesetzen als Anlagen angefügt. Spätere Aenderungen des ursprünglichen Textes werden genau kenntlich gemacht; Einleitungen zu den einzelnen Abschnitten bieten einen Ueberblick über die darin behandelten Gesetze und beigelegte Anmerkungen geben alle für das Verständnis und die Anwendung erforderlichen Erläuterungen, hierunter ergangene, grundlegende Entscheidungen der höchsten Gerichte und Verwal-

tungsbehörden, wie Hauptergebnisse wissenschaftlicher Forschung und praktischer Handhabung. Hierzu treten chronologische und alphabetische Sachverzeichnisse. Nach dem hier vorliegenden ersten Bande, der die Reichsverfassung, Reichsangehörigkeit, Reichstag, Reichsbehörden und Reichsbeamte, Reichsfinanzen, Elsaß-Lothringen behandelt, kann man das Unternehmen freudigst begrüßen. Die Arbeit des Herausgebers ist eine ganz besonders gründliche und orientiert den Benützer schnell und sicher. Als weitere Arbeiten des Herausgebers stehen in Aussicht Teil 2: Auswärtige Angelegenheiten, Teil 3: Heer und Kriegsflotte, Teil 4, Bd. I: Preussische Staatsverfassung und Staatsbehörden. Die zur Mitarbeit herangezogenen Fachmänner sichern eine treffliche Durchführung des Planes. Die Ausstattung des Werkes ist vorzüglich; der Preis des vorliegenden Bandes (gebunden M. 6.—) ein sehr mäßiger. Als andere Werke des Herausgebers seien genannt sein jetzt 1904 in 16. Auflage erschienenenes Handbuch der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem Deutschen Reiche und ein gleichnamiger Grundriß in 6. Auflage. Berlin 1901.

A. Teichmann.

Hayn'sche Sammlung verwaltungsrechtlicher Gesetze.
Bd. I. Kommentar zum Gesetz über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883. Von Dr. Fritz Stier-Somlo. Berlin 1902. Verlag von A. W. Hayn's Erben. XIV, 602 Seiten.

Diese Sammlung bezweckt, praktische Brauchbarkeit mit wissenschaftlicher Gründlichkeit zu verbinden, den Kerngedanken eines Rechtssatzes besonders, auch im Druck, auffällig hervorzuheben, seinen Zweck und seine Bedeutung darzutun, erst dann auf in Frage kommende Einzelheiten einzugehen. Neben dem Gesetz von 1883 (mit 12 Zusätzen) ist das Gesetz über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 wiedergegeben, im Nachtrag die Gesetze vom 12. Juni 1889 und 13. Juni 1900, sodann einschlagende Gesetze u. s. w. von 1808—1899, namentlich Gesetz über die Verfassung des Verwaltungsgerichts und das Verwaltungsstreitverfahren.

Vorliegende Arbeit des an der Universität Bonn lehrenden Gerichtsassessors Dr. F. Stier-Somlo ist eine höchst gewissenhafte und bestens zu empfehlende Arbeit. Ein zweiter Band wird (näch-

stens erscheinend) das Zuständigkeitsgesetz vom 1. August 1883 enthalten; dann folgen die Kreisordnung vom 18. Dezember 1872,
19. März 1881,
 Landgemeindeordnung vom 8. Juli 1891, Provinzialordnung vom 29. Juni 1875
22. März 1881, unter Berücksichtigung derer der anderen Provinzen und die Städteordnung vom 30. Mai 1853 und weiteres. Auch dem akademischen Studium werden diese Bearbeitungen in hohem Maße dienen. Der Druck ist sorgfältig, das Format sehr handlich.

A. Telchmann.

Handbuch für den Gerichtsvollzieherdienst nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche mit Nebengesetzen, den revidierten Reichsjustizgesetzen und den landesrechtlichen Bestimmungen im Königreiche Bayern mit der Neuorganisation vom Jahre 1900 herausgegeben von Eduard Rottmann, königl. Oberamtsrichter a. D. Zweite, gänzlich umgearbeitete Auflage mit ausführlicher Inhaltsübersicht, ausführlichem Sachregister und 40 Formularien in 25 Beilagen. Stahel'sche Verlagsanstalt in Würzburg. Königl. Hof- und Universitätsverlag. Oskar Stahel, 1902.

Dieses in der Praxis beifällig aufgenommene Werk ist in fünf Lieferungen erschienen (Preis broch. 15 Mk., geb. 16.50). Es wird namentlich in seiner neuen Form sich als sehr nützliches, überall Auskunft erteilendes Werk bewähren.

A. Telchmann.

Hermann Ferdinand Hitzig. Injuria. Beiträge zur Geschichte der injuria im Griechischen und Römischen Recht. München. Theodor Ackermann, 1899. . Vorwort; 89 Seiten¹⁾.

Diese dem Lehrer und Kollegen Gustav Vogt (inzwischen in Zürich am 12. November 1901 verstorben) gewidmete Festschrift ist ein neuer wertvoller Beitrag des Verfassers zur Kenntnis des Griechischen Rechts, das drei Beleidigungsklagen aufweist: die *δίκη αἰκίας*, *δίκη κακηγορίας* und die *γραφὴ ὕβρεως*, deren Anwendungsgebiete hier erforscht werden. Das attische Recht zeigt eine frühzeitige Ueber-

¹⁾ Darüber auch schon XVII S. 477.

windung der Talion und frühzeitiges Auftreten öffentlicher Strafverfolgung; die dritte Klage erliegt schließlich der zuerst genannten, die wohl zur Ausbildung der römischen *actio injuriarum aestimatoria* beigetragen hat, während die zweitgenannte Klage wenig Verwandtschaft mit der römischen Verbalinjurie zeigt. Die Schrift bietet reiche Belehrung.

A. Teichmann.

Das Münster zu Freiburg i. Br. im Lichte rechtsgeschichtlicher Betrachtung. Rede, gehalten am 24. September 1901 im Kornhaussaal zu Freiburg i. Br. vor der Hauptversammlung der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine durch Dr. Ulrich Stutz, o. ö. Professor der Rechte an der Albert-Ludwigs-Universität. Tübingen und Leipzig. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1901. 32 Seiten.

Die Geschichte dieses allbekannten herrlichen Münsters zeigt eine erste Periode der Herrschaft der Grafen von Freiburg und der Herzöge von Oesterreich über dieses (1218—1456), in welcher Stadt und Herrschaft bald miteinander stritten, bald sich friedlich verglichen; sodann eine zweite, in der das Münster Universitätspfarrei war (bis 1813), endlich eine dritte, seit das Münster (1827) zur Metropolitankirche wurde. Nach schweren Eingriffen des Staates im vorigen Jahrhundert ist endlich durch einen vom Bürgerschaft einstimmig angenommenen Vertrag vom 9. Januar bezw. 4./11. Februar 1901 das Münster samt Zubehör von der Stadt als Eigentum der Münsterfabrikstiftung anerkannt worden, jedoch mit städtischem Gebrauchsrecht am Turm und andern Teilen, während die (subsidiäre) Baulast schon durch Gesetz vom 26. Juli 1888 von der Stadt auf die katholische Kirchengemeinde übergegangen ist. Besonders wertvoll sind die Ausführungen des Verfassers über die älteste Periode. Weiteres wird nächstens eine Arbeit über die Freiburger Universitätspfarreien bringen.

A. Teichmann.

VIII.

Ueber Totemismus und Urehe.

Von

Josef Kohler.

Es schließt sich allmählich der Ring, der alle Völker umfaßt, und die Gleichheit der wichtigsten Rechts- und Kultureinrichtungen tritt in überraschender Weise zu Tage, so namentlich auch, was Totemismus und Urehe betrifft. Der Totemismus findet sich überall ursprünglich, wo wir das Menschengeschlecht finden.

1. Neuerdings hat man ihn auch bei den Urstämmen Chinas aufgewiesen, bei den Lolos in Yunan, wo die Zunamen der Personen einen Baum oder ein Tier oder beides zugleich bezeichnen und der Mensch, der den Namen trägt, eine solche Pflanze oder Tier nie anfassen oder zerstören darf; weshalb auch statt der Frage: „Wie heißen Sie?“ die Frageform im Gebrauch ist: „Was ist das Ding, das Sie nicht berühren?“ Und wenn hier bemerkt wird, daß Personen desselben Namens einander heiraten, so wird doch auf der anderen Seite beigelegt, daß zwischen gewissen Gruppen die Eheschließung verboten, bei anderen diese ganz besonders häufig ist. Auch der viel verbreitete Brauch, daß die Frau nach der Eheschließung zu ihren Eltern entflieht und wieder geholt werden muß, ist bei ihnen nachweisbar¹⁾. Er stammt

¹⁾ Vgl. Henry in *Journal of the Anthropological Institute of Great Britain*, XXXIII, p. 105 f.

wohl nicht bloß aus dem Frauenraub, sondern gleichfalls daraus, daß die Einzelehe als sündhaft gilt: er beruht also auf derselben Quelle, wie die Tobiasnächte.

Die Cousinehe findet sich bei den Miao-Stämmen in der Nähe von Kutschu: die Mädchen müssen die Söhne ihres Mutterbruders heiraten²⁾.

Und die Schwiegerehe wird von einem anderen Miao-Stamm berichtet: der Schwiegervater spricht nicht mit der Schwiegertochter³⁾; ebenso der Brauch, daß die Neuvermählte nach 3 Tagen heimwärts zurückkehrt⁴⁾.

2. Ganz besonders schätzenswert sind die neueren Forschungen über die indischen Drawidastämme, so insbesondere die Mitteilungen von Crooke im Journal of the Anthropological Institute XXVIII p. 220 f.; denn der Totemismus und die Gruppenehe der Drawida, die uns zwar schon von früher bekannt war⁵⁾, tritt hier in ganz besonderer Schärfe hervor. Allerdings sind die ehemaligen Tiernamen unter dem Einfluß der Hindus mannigfach verändert worden, allein die ursprüngliche Bedeutung schimmert noch durch (p. 234). Eigentümlich ist der Uebergang zum Vaterrecht in der Art, daß das Kind nun beide Totems miteinander verbindet, also Doppeltotem, was schließlich zur Sprengung der ganzen Einrichtung führt (p. 235).

Auch die auf den Totemismus zurückführende Pflanzenehe wird uns neu bestätigt, p. 242: diese Pflanzenehe wird mit der Zeit zu einer Vorstufe der Ehe, und die Pflanze gilt von nun an als Schutzgeist, p. 242 f.

So finden wir den Totemismus im Zerfall; an Stelle der Totemexogamie tritt dann das Verbot der Verheiratung in ge-

²⁾ Neumann, Asiatische Studien (nach chinesischer Quelle) S. 74.

³⁾ Neumann S. 77.

⁴⁾ Neumann S. 79. Vgl. auch Zeitschr. VI S. 405.

⁵⁾ Ueber den Totemismus der Drawida Zeitschr. f. vergl. Rechtsw. X S. 87 f. Ueber die Gruppenehe (das kule kányapradānam) vgl. Ur-geschichte der Ehe S. 143.

wisser Verwandtschaft, so zwischen Bruder und Schwester und unter Cousins. Doch hat sich bei anderen Stämmen, z. B. bei den Gonds, die Cousinehe, und zwar als bevorzugte Eheschließungsweise erhalten, p. 235: denn die Cousinehe in der Art, daß der Sohn der Schwester die Tochter des Bruders heiratet, entspricht ja vollständig dem gruppenehelichen System.

Der Uebergang zum Vaterrecht und das ursprüngliche Mutterrecht zeigt sich klar aus den verschiedensten Ueberresten. So wird beispielsweise vielfach der Stamm nicht auf einen Ahnen, sondern auf eine Ahnin zurückgeführt, p. 236; der Schwestersohn ist es, der für die Bestattung zu sorgen hat, p. 236; der Mutterbruder hat besonderen Einfluß, insbesondere ist er es, der die Ehen seiner Neffen einleitet, S. 237.

Auf die Gruppenehe aber führt das gruppeneheliche Levirat zurück, indem die Witwe des älteren Bruders den jüngeren Bruder heiratet, p. 237; so kann auch ein Mann zwei Schwestern heiraten, aber nur in der Art, daß, wenn er die ältere Schwester hat, er die jüngere hinzunimmt, nicht aber so, daß, wenn er die jüngere hat, er auch die ältere nachträglich heiraten dürfte: denn die ältere gehört gleichsam der älteren Generation an und ist ihm wie eine Schwiegermutter, p. 238, eine Anschauung, die sich auch sonst findet⁶⁾. Ebenso die Schwiegerscheu, die hier so weit geht, daß der Mann das Weib seines jüngeren Bruders, den Schwiegervater, aber auch die Frau seines agnatischen Onkels und Neffen nicht berühren darf. Ja, bei einigen Stämmen findet sich auch eine Bruder- und Schwisterscheu, p. 239.

Ganz besonders leitet in die älteren Zeiten der Brauch zurück, daß nicht nur die Verwandten der Braut dem Bräutigam feindlich entgegentreten, wenn er sie abholen will (das

⁶⁾ Nach einem Kaschirmärchen war Draupadi mit zwei Brüdern verheiratet; war sie beim ältesten, so sollte sie der jüngere als Mutter, war sie beim jüngsten, so sollte sie der Älteste als Schwiegertochter betrachten. Märchensammlung des Somadewa Bhatta, übersetzt von Brockhaus I S. 178.

könnte man auf den Frauenraub deuten), sondern daß auch die Verwandten des Bräutigams ihn verhindern wollen, die Braut in seine Wohnung zu führen, so seine Mutter, so seine Schwester, p. 239. Das beruht, wie die Schwiegerschen, sicher auf dem ursprünglichen Gedanken von dem Fluch der Ehe, welche den alten Brauch des Gruppenlebens verletzt und die alte Sitte schädigt.

Natürlich hat auch hier der Frauenraub und der Frauenkauf dazu beigetragen, die Gruppenehe zu zerstören und das Vaterrecht zu entwickeln. Von Frauenraub finden wir die bekannten Ueberreste, p. 240, und was den Frauenkauf betrifft, so entdecken wir auch hier das Abverdienen des Frauenpreises, so daß der Bräutigam etwa 1 Jahr oder bis zu 3 Jahren dienen muß, p. 241. Das Vaterrecht kündigt sich außerdem durch einen Brauch an, der bei den Völkern häufig ist: der Mann zerbricht bei der Eheschließung das Totembild der Frau, er erklärt damit, daß sie in seinen Totem übergeht, p. 242. Das findet sich bei manchen Stämmen in der Art, daß ein Zweig oder eine Frucht, welche als Bild des Totems gilt, vom Bräutigam zerbrochen oder zertreten wird⁷⁾; wir treffen es auch in anderen Gegenden, z. B. auf den griechischen Inseln⁸⁾.

Auch Stämme in Bengalen: die Uraons, Sonthals, Hos, Mundas, Bhumij haben exogame (Tier- und Pflanzen-) Totems⁹⁾.

Von den Marawars in Südindien erfahren wir, daß sie in sechs Totems eingeteilt sind, die sich nicht nach Tieren, sondern nach Pflanzen benennen, Pfefferstrauch, Betelstrauch, Kokosnuß, Arekanuß, Datteln und Palmira, von denen jeder Teil wieder in drei Untertotems zerfällt. Auch besteht eine bestimmte Heiratsordnung: kein Totem darf in sich heiraten,

⁷⁾ Ueber Travancore vgl. Mateer, *Native life in Travancore* p. 104 und zum Ganzen Zachariä, *Zeitschr. d. Vereins f. Volkskunde* XIV p. 404 f., der allerdings dem Fruchtzerbrechen eine andere Bedeutung beimißt. Bei der Eheschließung aber ist die obige Bedeutung zweifellos.

⁸⁾ Marie v. d. Goltz, *Bote der Frauenhilfe* 1906, S. 519 (ein Paradiesapfel).

⁹⁾ Risley, *Asiatic Quart. Review* 86, II, p. 76.

aber auch nicht jeder in jeden anderen, sondern nur nach einer bestimmten Ordnung, z. B. Betel nur mit Kokosnuß u. a. — also die Einrichtung, die wir schon anderwärts aus Südindien kennen. Die Totems sind mutterrechtlich, so daß das Kind den Totem seiner Mutter erbt. Daraus geht hervor, daß Bruder und Schwester einander nicht heiraten dürfen, ebenso nicht die Kinder zweier Brüder, nicht die Kinder zweier Schwestern, dagegen die Kinder des Bruders einerseits und die Kinder der Schwester anderseits, die natürlich verschiedenen Totems angehören. Ja, eine derartige Cousinehe ist nicht nur möglich, sondern auch das regelmäßige: sie soll stattfinden, wenn nicht Gründe dagegen vorliegen.

Das Vermögen dagegen erbt vom Vater auf die Söhne, die Töchter bekommen nur eine Ausstattung.

Die Eheform ist Frauenkauf, wobei ein Teil des Kaufpreises an die Braut fällt und umgekehrt der Bräutigam, aber auch sein Bruder eine Gegengabe erhält. Der viel verbreitete Brauch der Handverbindung findet sich in der Art, daß die kleinen Finger der rechten Hand mit einem Seidenfaden zusammengeknüpft werden. Auf diese Weise hat das Paar dreimal den ehelichen Sitz zu umwandeln und dann in das Haus einzutreten, worauf das Band der Finger gelöst wird¹⁰⁾.

Bei den Meitheis in Manipur¹¹⁾ besteht ebenfalls ein Totemismus: der Totem ist teils ein Tier, teils eine Pflanze; die Berührung des Totems hat schwere Krankheit zur Folge, p. 303. Dort findet sich auch noch das Levirat in der Art, daß, wenn der Bruder stirbt, die Witwe dem jüngeren Bruder zukommt; niemals aber darf umgekehrt der ältere Bruder die Witwe des jüngeren Bruders nehmen: der Gedanke ist der, daß die jüngeren Brüder Nebenmänner der Frau des älteren Bruders sind, nicht aber umgekehrt, p. 305. Daß dies kein Ueberrest des Vaterrechts ist, geht auch daraus hervor: das

¹⁰⁾ Vgl. Fawcett im Journ. of the Anthropol. Inst. XXXIII p. 57, 61 f.

¹¹⁾ Vgl. Hodson in Journal of the Anthropological Institute of Great Britain XXXI, p. 300.

Vaterrecht ist so sehr zurückgedrängt, daß der Ehemann nicht nur kein Recht über Leben und Tod der Frau hat, sondern, wenn sie stirbt, ihren Verwandten zahlen muß, weil er für den Tod verantwortlich gemacht wird, p. 305. Dies gilt auch von den Kaupuis ebenda. Das System der Totems (Khels) aber findet sich auch bei den Angamis^{11a)}.

3. Auch bei den Jakuten¹²⁾ treffen wir die allgemeinen Entwicklungsformen, einmal die deutlichen Ueberreste der Gruppenehe und sodann den Uebergang vom Mutterrecht zum Vaterrecht. Der Stamm heißt hier Sib, und die Vererbung des Vermögens geschieht vaterrechtlich (an Söhne und Töchter), und zwar gleichheitlich; allein die Sagen gehen vielfach darauf hinaus, daß der Stamm von einer Ahnmutter herrühre, p. 75, 78, 92. Zur Gruppenehe leitet die vielfach verbreitete Ansicht, daß der Bruder mit der Frau des Bruders umgehen darf; noch mehr der Brauch, daß zwei Brüder des einen Stammes zwei Schwestern des anderen heiraten, p. 88, 89; am meisten aber die Verwandtschaftsbenennung, denn auch hier wie bei den Gruppenehevölkern stehen die Kinder und die Kinder des Bruders und der Schwester einander gleich, d. h. sie werden mit dem nämlichen Namen bezeichnet: sie sind eben die Kinder der Gruppe, p. 90. Ähnliches gilt von dem Namen für Vater und Mutter, welche die gesamte Generation bezeichnen, die einen Grad höher steht, p. 92.

Auch die Schwiegerverscheu besteht hier in hohem Maße, und zwar insbesondere, was die Frau gegenüber dem Schwiegervater betrifft: sie verbirgt sich fast 7 Jahre vor ihm, vor seinen Brüdern und seinen sonstigen männlichen Verwandten, p. 93.

Der Frauenraub hat auch hier die Gruppenehe zerstört. Er ist äußerst häufig, und die Eheschließung nimmt mehr oder minder den Charakter einer Versöhnungsfeier an, p. 86. Daneben hat sich auch schon der Frauenkauf entwickelt: der

^{11a)} Watt im Globus 52 S. 158.

¹²⁾ Sieroshevski und Sumner im Journal of the Anthropological Institute of Great Britain XXXI, p. 65 f.

Preis wird an die Eltern oder Brüder und Oheime bezahlt. Er ist höher für Jungfrauen als für Witwen, wird aber vielfach durch Gegengabe wettgemacht, p. 84, 85.

Entsprechend dem gruppenhehlichen Verhältnis gilt fast vollständige Gemeinschaft des Vermögens, insbesondere in der Art, daß, was jemand gefangen hat, an die Familie und an die Nachbarn verteilt wird; auch besteht eine Gastfreundschaft in unbeschränktem Maße, p. 68, 70. Entsprechend den Gruppenverhältnissen wird auch die Blutrache von Stamm gegen Stamm geübt: sie reicht heutzutage bis in die 9. Parentel, p. 72.

Die Schwiegereheue wird auch von den Ostjaken berichtet: der Ehemann vermeidet die Schwiegermutter und die Ehefrau den Schwiegervater, mindestens solange sie keine Kinder hat¹³⁾.

4. Der Totemismus bei den Bantus wurde bereits anderwärts dargestellt¹⁴⁾, namentlich bei den Hereros findet er sich in eigenartiger, sehr deutlicher Entwicklung¹⁵⁾; aber auch bei sonstigen Bantustämmen ist er dargetan, namentlich auch bei denen in Ostafrika, bei den Kawirondo und den Nandi in Uganda¹⁶⁾. Ihre Totems, wuziros, sind Tiertotems; man scheut sich, das Totemtier zu jagen, aber nicht aus Furcht vor dem Tode, sondern vor einem starken Hautausschlag; man glaubt aber, durch Gegenmittel die schlimmen Folgen abwenden zu können. Bei gewissen Tieren allerdings, wie beim Elefanten, hört diese Totemwirkung auf; dagegen ist bei anderen der Tabu gesteigert, z. B. in der Art, daß gewisse Wanyamuesi es für eine tödliche Sünde halten, eine Schlange zu erschlagen.

Daß der Totemismus ein Abstammungstotemismus ist,

¹³⁾ Pallas, *Voyages V*, p. 142.

¹⁴⁾ *Zeitschrift XV* S. 3 f.

¹⁵⁾ Oben S. 80 f.

¹⁶⁾ Vgl. darüber Hopley in *Journal of the Anthropological Institute XXXIII* p. 347 f.

tritt bei manchen Stämmen besonders hervor, so bei den *Katimo*, welche glauben, daß sie von der Pythonschlange herrühren.

Bei den *Fjort* am Kongo kündigt sich der Totemismus an durch das Speiseverbot der verschiedenen Familien und durch den Tierverwandlungsglauben¹⁷⁾; bei ihnen findet sich ja auch die *Melusinensage*¹⁸⁾. Im übrigen wirkt die ehemalige Gruppenehe noch in dem freien vorehelichen Verkehre nach, dem die Braut durch den Frauenkauf entzogen wird¹⁹⁾.

Die *Wagandas* haben 27 Totems (*Moziros*)²⁰⁾. Diese vererben sich vaterrechtlich, nur der *Moziro* des Königs mütterrechtlich. Das Totemtier darf nicht getötet werden, ansonst Krankheit oder Tod folgt, p. 29. Jeder Totem hat seine besonderen Trommelzeichen. Man darf nicht in den eigenen Totem heiraten, aber auch nicht in den der Mutter, p. 29, vgl. noch p. 121. Stirbt die Frau, so muß der Mann ihrer Familie Ersatz leisten, p. 39.

Auch die Schwiegerscheu besteht hier in hohem Maße in der Art, daß der Mann seine Schwiegermutter nicht sehen darf; die Frau kann mit ihrem Schwiegervater sprechen, aber sie darf ihn nicht berühren, p. 124. Auch die *Tobiasnächte* gelten hier, und auch sie sind nicht etwa, wie man früher meinte, ein Ueberrest des Frauenraubes, sondern sie gehen zurück auf die Anschauung von dem Fluch, mit welchem die Ehe bedeckt ist: darum darf das eheliche Leben nicht sofort beginnen. Bei den *Wagandas* findet sich hierbei die merkwürdige Sitte, daß die Braut von einer Brautjungfer (*Mperekezi*) begleitet wird, die mit ihr 4 Nächte schlafen muß, p. 123; dann erst verläßt sie sie, und das eheliche Leben beginnt.

Auch hier gilt die Blutrache von Geschlecht zu Geschlecht; doch wird dies einigermaßen dahin abgemildert, daß man, wenn

¹⁷⁾ Dennett, Notes on the folklore of the Fjort (1898) p. 10.

¹⁸⁾ Vgl. Aus Kultur und Leben S. 41.

¹⁹⁾ Dennett p. 20, 21.

²⁰⁾ Vgl. Roscoe in the Journal of the Anthropological Institute. XXXI p. 117 und XXXII p. 25 f.

der Mörder entflieht, Verwandte nur als Geisel behält. Ferner kann die Blutrache abgekauft werden, und wenn die Tötung keine vorsätzliche ist, so hilft der Stamm dem Täter in der Zahlung der Buße, p. 50.

Auch die Wagogo haben 33 Totems, welche aber nicht nur nach Tieren, sondern auch nach Pflanzen und Gebrauchsgegenständen benannt werden²¹⁾. Der Totemgegenstand darf nicht berührt werden, sonst erfolgt eine Krankheit, p. 305, 307.

Die Totems sind oder waren wenigstens früher exogam, p. 310. Heutzutage ist die Ehe zwischen Geschwistern und Cousins verboten, p. 310. Die Schwiegerscheu besteht auch hier zwischen dem Mann und der Schwiegermutter und der Frau und dem Schwiegervater, p. 312. Der Grund der Schwiegerscheu ist oben erwähnt; das schließt aber nicht aus, daß ein zweites Motiv in dem Bestreben liegt, eine Geschlechtsverbindung zwischen diesen Personen zu verhindern, weshalb diese Schwiegerscheu vielfach zwischen Personen desselben Geschlechts erloschen ist, dagegen zwischen Personen verschiedenen Geschlechts bestehen bleibt, wie hier. Darauf deutet auch der merkwürdige Brauch bei den Wahehes, daß der Bräutigam sich zuerst mit der Schwiegermutter mischen muß, etwas, was allerdings eine Eigentümlichkeit der Wahehe ist und der Sitte anderer Völker widerspricht: offenbar ein aus früherer Zeit erhaltener Brauch, der blieb, nachdem die Geschlechtsverbindung in diesem Grade im übrigen verboten wurde, p. 312.

Dem Uebergang zum Vaterrecht entspricht auch hier die Couvade in der Art, daß den Eltern nach der Geburt manches verboten ist, so insbesondere dürfen sie sich in der ersten Zeit nicht geschlechtlich verbinden; doch wird der Zauber durch einen Gegenzauber angewandt, indem man dem Kind ein gewisses Arzneimittel gibt, p. 312.

²¹⁾ Vgl. Cole, Journal of the Anthropological Institute XXXII p. 305 f.

Blutrache und Abkauf der Blutrache findet sich auch hier, wie bei allen Geschlechtervölkern; ebenso besteht das Ordal des Kesselfangs und der Durchbohrung des Ohrläppchens, indem, wenn die Nadel nicht hineingeht, der Angeklagte als schuldig gilt, p. 314, 322.

Spuren der Gruppenehe bei den Baronga sind anderwärts mitgeteilt worden²²⁾.

Eine weitere Spur ist das *jus primae noctis* bei den Mataita am Kilimandscharo²³⁾, ein Brauch, der bei den Australnegern in voller Uebung ist: die Braut muß sich allen denen preisgeben, die ihrem Bräutigam bei der Entführung Hilfe geleistet haben; die Helfer sind natürlich Totemgenossen.

5. Auch von den Buschmännern in der Kalahariwüste erfahren wir, daß sie stets in eine andere Horde (Totem?) hineinheiraten²⁴⁾.

6. Für die gruppenehlichen Verhältnisse der Maoris²⁵⁾ sind die Verwandtschaftsnamen entscheidend, sie sind uns nun von neuem dargestellt worden²⁶⁾. Bekanntlich bestand hier die endogame Gruppenehe in der Art, daß man sich auch innerhalb desselben Stammes vermischte, so daß die totemistische Scheidung in der Geschlechtsverbindung noch nicht erfolgte. Diese trat erst später ein, zu einer Zeit, als die Verwandtschaftsnamen sich schon gebildet hatten. Daher ist der Name für Vater nicht nur bezeichnend für Vater und Vaterbruder, sondern auch für Mutterbruder, auch für Vaternaterbrudersohn und für Muttervaterbrudersohn; und ähnlich gilt der Name für Mutter auch für Mutterschwester, aber auch für Vaterschwester. Ein Name für Neffe ist vorhanden, aber nicht gebräuchlich, Neffe ist gleich Kind, denn es gilt die Gleichung, Kind gleich Bruderkind, Schwesterkind, Vaterbruderkindkind u. s. w.

²²⁾ Zeitschr. XIV S. 459.

²³⁾ Johnston, Kilimanjaro p. 431.

²⁴⁾ Passarge, Mitteil. der deutschen Schutzgebiete XVIII S. 265.

²⁵⁾ Urgeschichte der Ehe S. 129 f., Zeitschr. XII S. 441 f.

²⁶⁾ Vgl. Best, Journal of the Anthropological Institute XXXII p. 182.

7. Der Ring schließt sich, der die Menschheit umfaßt; die Einheit des Ursprungs der Kultur, die Gleichheit der allerdings in verschiedenen Mischungen und Verbindungen auftretenden Kulturelemente und die Verwandtschaft der Völker in der Weise der Entwicklung ist sicher nachgewiesen. Wir sprechen nicht mehr bloß von einem Rechte des einzelnen Volkes, sondern von einem Rechte der Menschheit. Ein Blutstrom durchzieht das Recht; wie die Australstämme ihre Totems verehrten, so zeigt sich der Totemismus bis ins germanische Märchen, der Brauch der Schwiegerväter umfaßt die ganze Erde und zeugt überall von ehemaliger Gruppennehe; und wie bei den Drawidas die Verwandtschaft den Hochzeitszug zu hindern suchte, so verbietet nicht nur König Aistulf, sondern es verbieten es auch noch die Stadtrechte von Chianciano (1287), von Todi (1551), von Locarno (1588)²⁷⁾, den Hochzeitszug zu beschimpfen oder die Braut zu verhindern, in das Haus des Bräutigams einzutreten.

Wer aber, den überreichen Nachweisen der vergleichenden Rechtswissenschaft gegenüber, auf dem Standpunkt verharret, daß es ihr an kritisch standhaftem Stoffe fehle, der mag ja weiterhin derartiges glauben; er täte aber im eigenen Interesse (namentlich auch dem Auslande gegenüber) besser, eine solche mangelnde Kenntnis der bisherigen Forschungsergebnisse nicht öffentlich zum Ausdruck zu bringen.

²⁷⁾ Aistulf 15; Chianciano a. 119, Todi III, 231, Locarno a. 157.

IX.

Englisches Gesellschaftsrecht.

Von

Dr. Max Epstein, Rechtsanwalt in Berlin.

Literatur: In den privatrechtlichen systematischen Werken findet sich kürzeres Material; vgl. besonders Stephen, *New Commentaries of the Laws of England*, 13. Auflage 1899, Bd. I, S. 243 ff.; Bd. II, S. 97. 126; Bd. III, S. 12, 259, 260. Broom's *Common Law* 1896, S. 625 ff. — Wertheim, *Wörterbuch des englischen Rechts* 1899. — Gundermann, *Englisches Privatrecht* 1864, S. 186. Bezüglich des Historischen finden sich einige Bemerkungen bei Reeves, *History of the English Law* 1869. An (meist mehr für die Praxis berechneten) Werken über das neuere Gesellschaftsrecht ist kein Mangel. Die vor 1900 erschienenen haben infolge der neuen Gesetzgebung keinen großen Wert mehr. Wir erwähnen deshalb nur: Gore-Browne, *A Handy Book on the Formation, Management and Winding up of Joint Stock Companies*, London 1902. — Hussell, *The Joint Stock Companies, practical guide*, London 1900. — Palmers, *Companies Act 1900*. — Ruegg and Mossops, *Companies Act 1900*. Verfasser dieses hat ferner in einem anderen Zusammenhange das Recht der Gesellschaften, insbesondere der Miningesellschaften genauer behandelt, vgl. *Die englische Goldminenindustrie*, Mitteilungen der Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung, Heft 4. Dresden 1904, S. 8 ff. u. 29 ff. — Von neueren deutschen Arbeiten allgemeinen Inhalts seien erwähnt: Schirrmeister, *Das Bürgerliche Recht Englands*, 1905, S. 42 ff. (Juristische Personen). — Heymann in Holtzendorff-Kohler, „*Encyklopädie der Rechtswissenschaft*“ 6. Auflage 1902, S. 796 ff.

Rechtsgeschichtliches.

I. Von den beiden Gemeinschaftsverhältnissen, welche das Deutsche Bürgerliche Gesetzbuch jetzt als Gemeinschaft (§§ 741 ff.) und Gesellschaft (§§ 705 ff.) behandelt, ist die Ge-

meinschaft das ältere, ursprüngliche. Dies gilt für das germanische und das römische Recht. Bei letzterem gibt es Ansichten (vgl. Schulin, Geschichte des Römischen Rechts § 86 und dort Zitierte), welche die *societas* aus der Gefolgschaft herleiten; freie Leute hätten sich als Genossen unter einem Führer zu Beutezügen zusammengeschlossen und dann die Beute untereinander geteilt, wobei die *actio pro socio* zuerst gegen den Häuptling gegangen wäre. Die schwerwiegenden Bedenken gegen diese Ansicht, die Verweisung auf das Edikt und die Natur der *societas omnium bonorum*, sind nie widerlegt worden. Die Inst. III. 25 (de soc.) berufen sich im Eingang des Titels auf die griechische *κοινοπραξία* und zu Beginn des Digestentitels (17,2) erwähnt Paulus die allgemeine Rechtsgemeinschaft besonders. Die richtige und fast allein herrschende Meinung sieht den Ausgangspunkt der Gesellschaft in familienartigen und agrarischen Elementen (Dernburg, Pandekten Bd. II, S. 125); die *societas omnium bonorum* als ursprüngliche Form schloß sich hiernach an die Miterbengemeinschaft der Agnaten an; die Erben hielten zur gemeinschaftlichen Bewirtschaftung des ererbten Gutes zusammen. Die ersten Gemeinschaftsgenossen waren in allen Rechten gewiß geborene, nicht gekorene Mitglieder¹⁾. Es handelte sich stets um gemeinschaftliche Verwertung oder Benutzung einer Sache. Man hat deshalb mit Recht auf die deutschen Ganerbschaften in diesem Zusammenhange hingewiesen, wenn auch diese Gemeinschaften durch ihre Unauflösbarkeit inniger waren. Jedenfalls ist auch für das altgermanische Recht das dingliche Substrat als Bildungselement der Gemeinschaft zu betonen. Die materielle Rechtsgenossenschaft der gesamten Hand hat sich bei sachenrechtlichen Verhältnissen mit familien- und erbrechtlichem Charakter, so bei der Gütergemeinschaft der Ehegatten, der lehnrechtlichen Gemeinschaft, der Ganerbschaft (Vergabung von Todeswegen) entwickelt. (Beseler, Privat-

¹⁾ [Vgl. hierüber nun auch Trumpler, Geschichte der römischen Gesellschaftsformen (Berliner Jurist. Beiträge VIII) S. 3 ff. — Kohler.]

recht, § 70.) Zu der Zeit, wo es noch kein Privateigentum gab, war ja die Veräußerung, insbesondere von unbeweglichen Sachen eine Angelegenheit der Familie, der Hausgenossenschaft (vgl. Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte, § 11).

II. Die Wurzeln des englischen Gesellschaftsrechts sind dieselben wie im sonstigen germanischen Recht. Das im englischen Erbrecht hervorragende sachenrechtliche Element machte sich besonders geltend. Zu erwähnen wäre als Gesetz, das sich über die Miterben ausläßt, zuerst das Statutum Hiberniae de cohaeredibus — 14 Henry III (also 1230), das rein erbrechtliche Fragen behandelt. Für den Fall, daß die Erben sich über die Teilung nicht einigen konnten, wurde zu dieser Zeit ein besonderes Teilungsverfahren festgesetzt — im königlichen Gericht wurde ein *seisinam habere facias* zur Besitzanweisung der Teilhaber erlassen. Auch später finden wir Anklänge an gesellschaftliche Bildungen beim Sachteilungsrecht. Für die Zeit Heinrichs VI. und Eduards IV. (also um 1460) wird bereits der Unterschied von *parceners*, *joint-tenants*, *tenants in common* gemacht. Der erstere Fall bezieht sich auf die Erben eines *estate in fee* oder *in tail*, wobei jeder Erbe die Teilung verlangen kann. (Hierbei galt schon das Prinzip: *cuius est divisio alterius est electio*). Wichtiger ist der Fall der *joint-tenants* (*junctim tenentes*). Es handelt sich hier nämlich um den Fall, daß das Vermögen (*estate*) nicht durch Erbfolge, sondern durch ein Erwerbsgeschäft (*purchase*) übergegangen war. In diesem Falle trat ein Anfall an den überlebenden Teilhaber ein. Man erkannte an, daß dieser Grundsatz auch auf sonstiges Vermögen (*chattel*) dinglicher oder persönlicher Natur anwendbar wäre. Nur für das Handelsrecht wurde der Satz aufgestellt, *ius accrescendi inter mercatores pro beneficio commercii locum non habet*. Ein gesetzliches Recht auf Teilung bestand hier nicht. *Tenants in common* (eine spätere Rechtsform) sind diejenigen, welche ihre Rechte sowohl aus Erbgang als auch aus einem Erwerbsgeschäft herleiten, die Gemeinschaft ist auch hier ein *communio pro indiviso*. Wenn

z. B. ein joint-tenant seinen Erbteil einem anderen joint-tenant abtrat, so besaß der letztere naturgemäß aus zwei Titeln.

Unter Heinrich VIII. (27 c. 10, also im Jahre 1536) erging das Gesetz betreffend Uses and Wills. Es regelte die jointures (junctura), Gemeinschaftsverhältnisse auf der Grundlage hauptsächlich eherechtlicher Fälle.

III. Einzelne Genossenschaftsrechte haben eine eigene Geschichte.

a) Die gemeinschaftlichen Weiderechte. Sie können nach dem Statut Quia emptores 18. Eduard I. nicht mehr entstehen. Sie berechtigen einen Untereigentümer, sein zum Ackerbau gehöriges Vieh auf das unbebaute Land des Obereigentümers zu treiben. Weiderechte zweier benachbarter Gemeinden (townships) heißen commons because of vicinage.

b) Holzrechte. Sie geben das Recht, von einer fremden Waldung den Holzbedarf für ein Haus zu nehmen.

c) Fischereirechte und Torfrechte mit entsprechender Befugnis.

d) Ueber Gesamteigentum und Nutzungsrechte der Gemeinden kann an dieser Stelle nicht gesprochen werden.

IV. Im neueren Recht ist die eigentliche Gemeinschaft etwas von dem Gesellschaftsbegriff völlig Losgelöstes geworden. Tenancy in common ist eine besondere Art von gemeinschaftlichem Eigentum, joint-tenancy ist Miteigentum. Nur insofern kommen die beiden Rechtsverhältnisse wieder zusammen, als Gesellschaften Sachen gemeinsam gehören. Wir haben schon oben auf die alte Regel hingewiesen, daß Kaufleute als Gesellschafter bei beweglichen Sachen (choses in possession) nur als tenants in common galten, eine Regel die auch auf unbewegliche Sachen ausgedehnt wurde. Nach Statutarrecht (Partnership Act 1890) wurde dann im Anschluß an das Billigkeitsrecht der Anteil der Handelsgesellschaft an Immobilien als personal property angesehen.

V. Wenn nach dem Gesagten grundsätzlich bei der Rechtsgeschichte der Gesellschaft auf die familien- und agrarrecht-

lichen Gemeinschaftsverhältnisse zurückzugehen ist, so ist damit die Entstehungsgeschichte der Sozietät noch nicht erschöpft. Das genossenschaftliche Element kommt vielmehr hier als wichtiger Faktor hinzu. Die Gemeinschaftsbildungen von Staat, Kirche, Stadt, Gemeinde legt zweifellos den Grund zu engeren Zusammenschlüssen, zuerst für viele und weitgehende Zwecke, nachher auch für einen vorübergehenden Zweck. Die Gelegenheitsgesellschaft, von der aus man mit Unrecht die Gesellschaften entstehen lassen will, diese Gesellschaft ist vielmehr die letzte Frucht des ganzen Prozesses. An der Wiege der neueren Entwicklung haben gewiß Handelsvereinigungen gesessen, wie sie ja das alte Rom schon gekannt hat, wie sie aber im Mittelalter als Gilden fühlbar stark hervorgetreten sind. Schon lange bevor die berühmten alten Gesellschaften: New River, East India, Hudsons Bay Company existierten, gab es auch in Indien handeltreibende Gesellschaften. Natürlich waren es keine häufigen Bildungen und ein Parlamentsakt oder ein Royal Charter war nötig, um sie zu rechtlichem Leben zu bringen. Anderseits aber gab es doch eine Reihe inkorporierter Gemeinschaften, die wir jetzt als Gesellschaften ansehen würden. Bis zum Jahre 1844 dauerte dieser Zustand. In diesem Jahre kamen Bestimmungen über Liquidation. Es folgten im Jahre 1855—1857 solche über beschränkte Haftung, bis dann im Jahre 1862 (25 und 26 Vict. Ch. 89) die Companies Act erlassen wurde. Wir schließen hier diejenigen Gesetze an, welche seit dieser Zeit erlassen wurden:

Companies Seals Act 1864 (27 u. 28 Vict. Ch. 19).

Companies Act 1867 (30 u. 31 Vict. Ch. 131).

Joint Stock Companies Arrangement Act 1870 (33 u. 34 Vict. Ch. 104).

Companies Act 1877 (40 u. 41 Vict. Ch. 26).

Companies Act 1879 (42 u. 43 Vict. Ch. 76).

Companies Act 1880 (43 Vict. Ch. 19).

Companies (Colonial Registers) Act 1883 (46 u. 47 Vict. Ch. 30).

Companies Act 1886 (49 u. 50 Vict. Ch. 23).

Companies (Memorandum of Association) Act 1890 (53 u. 54 Vict. Ch. 62).

Companies (Winding-Up) Act 1890 (53 u. 54 Vict. Ch. 63).

Directors Liability Act 1890 (53 u. 54 Vict. Ch. 64).

Companies (Winding-Up) Act 1893 (56—58 Vict. Ch. 58).

Companies Act 1898 (61 u. 62 Vict. Ch. 26).

Companies Act 1900 (63 u. 54 Vict. Ch. 48).

Diese Gesetze zusammen sind gemeint unter der Bezeichnung: „The Companies Acts 1862 to 1900“. Es handelt sich bei allen diesen Gesellschaften lediglich um solche mit beschränkter Haftung (Aktiengesellschaften), die freilich von ganz besonderer Bedeutung sind und von uns deshalb ausführlich behandelt werden. Jedenfalls existieren andere Gesellschaften (wir würden sagen: die Gesellschaften des bürgerlichen Rechts) auch noch. — Als Nebengesetze für handelsrechtliche Gesellschaften sind noch zu erwähnen:

Stannaries (Zinngruben) Act 1869 (32 u. 33 Vict. Ch. 19).

Stannaries Act 1887 (50 u. 51 Vict. Ch. 43).

Stamp Act 1891 (54 u. 55 Vict. Ch. 39).

Forged Transfers Act 1891 (54 u. 55 Vict. Ch. 43).

Forged Transfers Act 1892 (55 u. 56 Vict. Ch. 36).

Finance Act 1899 (62 u. 63 Vict. Ch. 9).

Für bestimmte Gesellschaften (Lebensversicherungs-, Bau-, Bankgesellschaften) sind dann noch besondere Gesetze ergangen. Die englische Gesetzgebungsmaschine arbeitet bekanntlich sehr viel, aber nicht sehr sorgfältig.

Die Gesellschaft des bürgerlichen Rechts.

A. Begriff und Errichtung.

1. Die bürgerlich-rechtliche Gesellschaft, d. h. die Vereinigung von zwei oder mehreren Personen zwecks Durchführung eines Geschäfts unter der Bedingung der gegenseitigen

Teilung von Gewinn und Verlust wird als partnership bezeichnet. Gleichheit der Anteile ist nicht erforderlich. Gesetzlich geregelt ist diese Gesellschaft durch die Partnership Act 1890, welche einige Gesellschaften (Zinngruben und in anderer Weise inkorporierte Gesellschaften) ausnimmt.

Es ist aber hier zu betonen, daß die Ueberschrift „Gesellschaft des bürgerlichen Rechts“ nicht genau ist. Es fällt vielmehr unter den Begriff noch die offene Handelsgesellschaft, da besondere Gesetze für handelsrechtliche Gesellschaften der letzteren Art nicht gegeben sind. Diese handelsrechtlichen Gesellschaften folgen eben den Normen der sonstigen bürgerlichen Gesellschaft. Bei der Verschwommenheit und Oberflächlichkeit der englischen Rechtswissenschaft ist es sehr schwer, zu einer strengen Systematik in unserem Sinne zu gelangen. In einer für uns erschreckend gedankenlosen Weise werden die Begriffe Gemeinschaft, Gesellschaft, juristische Person durcheinander geworfen. Eine Darstellung aber, welche für deutsche Juristen nicht zu einer Gruppierung gelangt, die der bei uns durchgeführten halbwegs entspricht, ist wertlos oder wenigstens für die allgemeinen Kreise der deutschen Rechtswissenschaft verloren. Darauf beruht z. B. der Fehler, des so sorgsam unternommenen englischen Privatrechts von Gundermann: ganz im System der englischen Juristen werden da, noch dazu meist mit englischen Ausdrücken, die Grundsätze des englischen Sachenrechts in einer Form mitgeteilt, die selbst der mit dem Material vertraute Leser schwer versteht. Oft natürlich lassen sich die Rechtsinstitute nicht in unsere Systematik zwingen und es wäre in solchen Fällen verkehrt, es gewaltsam zu versuchen. Soweit aber eine Assimilierung möglich ist, muß sie unbedingt versucht werden, falls der deutsche Jurist den englischen verstehen und von ihm lernen soll. Es wäre gewiß leicht gewesen, die Abhandlung mit der Ueberschrift zu versehen: Juristische Personen, Gemeinschaft, Gesellschaft. Aber es erscheint mir zweckmäßiger, die Begriffe zu trennen. Die juristische Person ist als künst-

liche Person unter Trennung der Vereine in solche mit und in solche ohne Korporationsrecht auch der englischen Rechtswissenschaft bekannt — nur daß wieder die unglaublichsten Verzerrungen gemacht werden, indem man Corporations aggregate und sole unterscheidet und unter letzterem Vereinigungen versteht, die aus einer Person bestehen (!), z. B. den König, die Bischöfe u. s. w. Erwähnt werden möge hier, daß durch Gesetz 7 Will. IV. u. 1. Vict. c. 73 (verbessert durch 47 u. 48 Vict. c. 56) die Krone ermächtigt wurde, durch Verleihung (letters-patent) einer Gemeinschaft von Personen, die sich zu Handels- oder anderen Zwecken gebildet hatte, Privilegien im besonderen Falle zu verleihen, die nach gemeinem Recht lediglich den Korporationen (infolge charter of incorporation) zukamen. Mit anderen Worten: Ein nicht rechtsfähiger Verein ist an sich zwar eine Gesellschaft, die Krone kann ihm aber einzelne Rechte der rechtsfähigen Vereine verleihen. Endlich muß hier darauf hingewiesen werden, daß auch nach englischem Recht die Aktiengesellschaften (joint-stock companies) juristische Personen sind und insofern die Begriffe Gesellschaft und Korporation zusammenfallen.

2. Die Zahl der Gesellschafter soll normalerweise 20 und bei Bankgeschäften 10 nicht übersteigen.

3. Die übliche Errichtung der Gesellschaft erfolgt durch Beurkundung; doch ist auch eine Errichtung mündlich bezw. durch konkludente Handlungen rechtsgültig.

4. Die Annahme einer Firma ist üblich, aber nicht unbedingt erforderlich. Eine klagende Firma kann genötigt werden, die Namen der Gesellschafter anzugeben. Das Prinzip der Firmenwahrheit besteht nicht, doch soll die Firma nicht auf Täuschung des Publikums berechnet sein.

B. Rechtsverhältnisse der Gesellschaften nach aussen.

1. Die Gesellschaft wird durch die Gesellschafter vertreten. Verträge, welche ein Gesellschafter schließt, binden

auch die übrigen. Die Lehrbücher heben hervor, daß dies bei Vereinen nicht der Fall sei, da diese ja doch lediglich durch erwählte Vorstandsmitglieder verpflichtet würden und sie konstruieren dies aus dem Verhältnis von Beauftragten und Auftraggeber (Prinzipal und Agent), das zwischen den einzelnen Gesellschaftern besteht. Natürlich muß es sich um Abmachungen handeln, die in den Geschäftskreis der Gesellschaft fallen. Eine Abmachung der Gesellschafter untereinander, wonach ein Mitglied die anderen nicht verpflichten kann, ist nach außen hin unwirksam. Wirksam ist sie jedoch, falls der dritte wußte oder annehmen mußte, daß ein Gesellschafter seine Vertretungsbefugnis überschreite. Erfährt also die Gesellschaft, daß ein Gesellschafter mit einem dritten kontrahieren wolle, und benachrichtigt sie den dritten, daß der Gesellschafter zur Vertretung nicht berechtigt sei, so kann sich der dritte auf die gesetzliche Regel nicht berufen. Es gibt einige Fälle, in denen stets anzunehmen ist, daß der einzelne Gesellschafter zur Vertretung allein nicht befugt ist, nämlich

- a) zum Abschluß eines Schiedsvertrages über Streitigkeiten der Gesellschaft mit einem dritten,
- b) zur Vollziehung formeller gesiegelter Urkunden (deed) im Namen der Gesellschaft.

In diesen Fällen ist Mithandeln oder ausdrückliche Zustimmung der anderen Gesellschafter erforderlich. Einer solchen bedarf es aber bei Handelsgesellschaften nicht zur Akzeption von Wechseln.

2. Eine Gesellschaft kann nach außen hin als Gesellschaft gelten, ohne es in Wahrheit zwischen den Beteiligten zu sein. Es kann z. B. jemand, um den Kredit eines anderen zu heben, diesem gestatten, ihn selbst wie einen Gesellschafter zu verpflichten. Hier liegt (nach unserer Anschauung) eher eine Gesamtschuld vor. Als Beispiel zählt man hierher den Fall, daß jemand einem anderen gestattet, ihn in der Firma zu nennen, ohne daß er in Geschäften der Gesellschaft wie ein Gesellschafter auftritt oder daß er sonst Veranlassung gibt,

ihn für einen solchen zu halten. In allen diesen Fällen haftet der Betreffende dem gutgläubigen dritten wie ein Gesellschafter kraft gesetzlicher Fiktion.

3. Andererseits gibt es auch eine stille Gesellschaft (dormant partner), wo ein Gesellschafter nach außen nicht hervortritt, obwohl er tatsächlich Gesellschafter ist. Ein solcher Gesellschafter kann von dritten in Anspruch genommen werden.

4. Die Haftbarkeit jedes Gesellschafters nach außen beginnt mit dem Eintritt des Gesellschafters in die Gesellschaft, nicht erst mit Unterzeichnung des Vertrages. Ueber die Haftung des Gesellschafters nach seinem Austritt vgl. unter C. 2.

5. Aus Delikten der Gesellschafter im Geschäftsbetrieb haften die Gesellschafter solidarisch.

C. Rechtsverhältnis der Gesellschafter.

1. Mitglied der Gesellschaft wird man durch einen Gesellschaftsvertrag. Der Wille muß auf diese Mitgliedschaft gerichtet sein. Wird lediglich vereinbart, daß jemand an dem aus einer Gesellschaft fließenden Gewinn beteiligt sei (man denke an die Unterbeteiligung), so ist der Betreffende noch kein Gesellschafter, obwohl man dies früher annahm. Die Einräumung einer Gewinnbeteiligung ist lediglich ein wichtiges Kriterium für das Bestehen eines Gesellschaftsverhältnisses und verändert bei Streitigkeiten vielleicht die Beweislast. Die sog. Bovill's Act (28 u. 29 Vict. c. 86) bestimmt:

a) Die Quittung einer Person über empfangenen Gewinn aus einem Geschäft macht den Betreffenden nicht als Gesellschafter haftbar.

b) Der sogen. *commis intéressé*, d. h. der Handlungsgehilfe oder Agent, der am Geschäftsgewinn beteiligt ist, ist kein Gesellschafter.

c) Die Witwe oder der Abkömmling eines verstorbenen Gesellschafters, die den auf ihren Erblasser entfallenden Geschäftsgewinn beziehen, sind keine Gesellschafter.

d) Personen, welche der Gesellschaft Geld borgen, und sich statt der Zinsen durch schriftlichen Vertrag einen Anteil am Gewinn der Gesellschaft ausbedingen, sind durch diesen Vertrag allein noch keine Gesellschafter.

e) Verkaufen Personen der Gesellschaft eine Kundschaft und erhalten sie dafür eine Gewinnquote, so sind sie darum allein noch keine Gesellschafter. Gerät aber die Gesellschaft in Konkurs oder Zahlungsunfähigkeit, so steht ein solcher Verkäufer wie auch der sub d) genannte Darlehensgeber bezüglich der Zinsen und sonstigen Nebeneinkünfte allen anderen ordentlichen Gläubigern nach.

2. Das Gesellschaftsverhältnis wird (siehe unter D) durch einen dahingehenden Vertrag gelöst. Der Gesellschafter haftet aber auch nach seinem Austritt den Gläubigern für alle Verpflichtungen, welche von der Gesellschaft eingegangen sind bis zu der Zeit, wo dritte den Austritt erfahren. Die Mitteilung des Austrittes muß in geeigneter Weise (Bekanntmachung in der London Gazette) erfolgen. Der stille Gesellschafter dagegen ist mit seinem Austritt aus der Gesellschaft nach außen hin frei.

3. Ist die Gesellschaft für eine bestimmte Zeit eingegangen, und setzen die Gesellschafter nach Ablauf der Zeit das Gesellschaftsverhältnis stillschweigend fort, ohne einen neuen Gesellschaftsvertrag zu machen, so gelten die Bestimmungen des alten im Verhältnis der Gesellschafter untereinander als maßgebend. Ausgenommen ist natürlich der Fall, daß die Fortsetzung lediglich zum Zwecke der Liquidation geschieht.

4. Der Anteil eines Gesellschafters an der Gesellschaft ist nicht übertragbar. Erfolgt eine Abtretung, so hat der Zessionar nicht das Recht, sich in die Angelegenheiten der Gesellschaft hineinzumischen, er hat höchstens einen Anspruch auf Auszahlung der Gewinnquote an ihn. Die von den Gesellschaftern genehmigte Gewinnrechnung muß er gelten lassen. Das Verhältnis ändert sich natürlich, wenn ein solcher Zessionar von der Gesellschaft als Gesellschafter anerkannt wird.

5. Die Beschlüsse der Gesellschafter werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt, nur wo es sich um Aenderung des Zweckes der Gesellschaft handelt, genügt eine solche nicht. Es gelten hier unserem Recht entsprechende Vorschriften. Ein Mitglied kann mangels Vereinbarung im Vertrage durch Mehrheitsbeschluß nicht ausgeschlossen werden.

6. Ein Gesellschafter kann mit einem anderen über Gegenstände des Gesellschaftsvermögens nicht kontrahieren, denn dies ist, nach der Ansicht der Juristen, Kontrahieren mit sich selbst. Ist eine Person Mitglied zweier Gesellschaften, so ist die Kontraktsklage der einen Gesellschaft gegen die andere ausgeschlossen. Der Fall liegt anders, wenn nach dem Gesellschaftsvertrag einem Mitglied gestattet ist, Gesellschafter einer anderen Sozietät zu sein.

D. Auflösung.

Die Gesellschaft wird aufgelöst:

1. Durch Ablauf der Zeit, für welche sie eingegangen war (siehe C. 3).

2. Durch gegenseitige Uebereinkunft (siehe C. 2).

3. Durch gerichtliches Urteil, falls wichtige Gründe für die Auflösung vorliegen (Unfähigkeit eines Gesellschafters, Unmöglichwerden des Gesellschaftszweckes).

4. Durch Kündigung seitens eines Gesellschafters, falls der Vertrag diese nicht ausschließt.

5. Durch Tod oder Konkurseröffnung in der Person eines Gesellschafters. Im Falle des Todes tritt jedoch eine Auflösung nicht ein, falls der Gesellschaftsvertrag eine dahingehende Bestimmung enthält.

6. Dadurch, daß ein Ereignis eintritt, welches die Gesellschaft in der Zukunft zu einer unerlaubten machen würde.

Nach der Auflösung wird die Gesellschaft liquidiert. Das Vermögen wird versilbert und dann zunächst die Gesellschaftsschulden bezahlt. Die Klage gegen einen Gesellschafter kon-

sumiert im allgemeinen die Klage gegen die anderen; im Falle des Todes eines Gesellschafters aber kann der Kläger noch gegen den Nachlaß besonders klagen; im Falle der Unzulänglichkeit der Erbschaft haben die Privatgläubiger des Erblassers ein Vorzugsrecht.

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

A. Allgemeines.

1. Joint-stock Company ist der Name für alle Gesellschaften, bei denen den Gläubigern der Gesellschaft nicht das Privatvermögen der Gesellschafter, sondern nur das Gesellschaftskapital, der joint-stock, haftet. Diese Gesellschaften gelten im Gegensatz zu den bisher besprochenen als modifizierte Korporationen, d. h. als juristische Personen. Sie werden nicht durch Freibrief, Parlamentsakte oder königliches Patent — wie noch nach 7 William IV und 1 Vict. c. 78 —, sondern durch die Mitglieder selbst unter Beobachtung gewisser Normativbestimmungen geschaffen. Dieser Grundsatz war deutlich niedergelegt zuerst in dem Gesetz 7 und 8 Vict. c. 110 und bildete später die Grundlage der Companies Acte. Hier nach gibt es also keine Unterschiede von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, es gibt nur eine Form, die in ihrer Biegsamkeit mehr den deutschen Gesellschaften der letzteren Art ähnelt. Freilich hat die Joint-stock Company vier Arten, aber drei noch zu erwähnende Arten haben kaum etwas Entsprechendes in unserem heutigen Recht und sind auch im englischen ganz ungebräuchlich. Die normale Limited Company aber nimmt eine immer größere Ausdehnung an: 4527 solcher Gesellschaften mit einem Kapital von £ 231 996 576 wurden im Jahre 1899 in England eingetragen und im April 1899 waren 27 969 Gesellschaften mit einem eingezahlten Kapital von £ 1 512 098 098 im Betrieb. Der kleine Mann begünstigt diese Gesellschaften angesichts

der schlechten Verzinsung der Staatspapiere und des geringen Betrages der einzelnen Aktien.

2. Die Companies Act befassen sich außer mit den Aktiengesellschaften (Limited Companies) noch mit drei anderen Gesellschaftsformen.

a) Die Unlimited Company. Bei dieser obsoleten Gesellschaft haftet außer dem Geschäftsvermögen auch jeder Gesellschafter mit seinem Privatvermögen. Man könnte die Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht vergleichsweise heranziehen. Der Gesellschafter haftet auch für nichtbezahlte Ein- oder Nachschüsse der anderen und er wird von seiner Haftung erst frei ein Jahr nach dem Erlöschen der Mitgliedschaft, falls die Gesellschaft nicht inzwischen liquidiert wird.

b) Companies Limited by Guarantee. Hier verpflichtet sich jedes Mitglied im Falle daß die Gesellschaft während seiner Mitgliedschaft liquidiert wird, zum Vermögen der Gesellschaft Nachschüsse zu leisten zwecks Bezahlung der Schulden der Gesellschaft. Die Nachschußpflicht ist aber durch einen festen Betrag begrenzt. Also eine Genossenschaft mit beschränkter Nachschußpflicht. Die Form kommt noch bei einzelnen Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit vor.

c) Es gibt auch garantierte Gesellschaften, deren Kapital nicht in Aktien (Anteile, shares) zerlegt ist.

Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes über Mitgliederzahl, Name und Gründungshergang beziehen sich auf alle vier Arten der Joint-stock-Gesellschaft.

3. Auf andere Art als nach den Bestimmungen der Gesellschaftsakte kann eine Bank oder eine geschäftlich tätige Gesellschaft von mehr als 20 Mitgliedern nicht gebildet werden. Eine Ausnahme machen nur Gesellschaften, die durch Parlamentsakte, durch Charter oder als sogen. Cost Book Mining Companies (Bergwerksgesellschaften in Devon und Cornwall) geschaffen werden. Gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken dienende Korporationen unterstehen jedoch nicht

dem Gesetz. Gesellschaften, die unter das Gesetz fallen und in anderer Weise gebildet sind, gelten als verboten. Eine Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit von mehr als 20 Mitgliedern unterliegt also dem Gesellschaftsgesetz, denn sie ist geschäftlich tätig, sie erstrebt Gewinn. Verbotene Gesellschaften können keine gültigen Verträge abschließen und können auch nicht klagen.

4. Viele Aktiengesellschaften sind tatsächlich rein private Unternehmungen, insofern die Aktien nicht an das Publikum gelangen, sondern in den Händen einiger bestimmter Personen, z. B. der Inhaber des „gegründeten“ Geschäfts sind. Solche Gesellschaften haben keinen Prospekt, keine Einladung zur Subskription erlassen, obwohl es oft sehr große Unternehmungen waren. Man nennt solche Gesellschaften „One Man Companies“, Ein Manns-Gesellschaften. Neuerdings ist die Ansicht vertreten worden, daß diese Gesellschaften ungesetzlich seien, weil von den sieben notwendigen Gründern sechs Strohmänner seien. Das Oberhaus als höchstes Gericht ist dieser Ansicht nicht beigetreten. Tatsächlich ist es also zulässig, daß ein Gesellschafter sämtliche Aktien hat und die Gesellschaft ist dadurch nicht unerlaubt. Gesetzlich allerdings darf die Zahl der Mitglieder nicht unter sieben sinken, sonst hat jeder Aktionär bei Strafe der persönlichen Haftbarkeit die Pflicht, die Auflösung zu verlangen.

B. Prospekt und Promoter.

I. Wir besitzen keinen üblichen Ausdruck für die Person, die die Gründung eines Unternehmens oder die sonstige Finanzierung besorgt. Wir sprechen von einem Emissionshaus, aber der eine Bestandteil des Wortes stellt die Tätigkeit nicht vollständig dar, der andere ist ungenügend, denn es ist keineswegs erforderlich, daß ein Institut die „Emission“ besorgt. In England spricht man von dem „Promoter“, einem nicht gesetzlich sanktionierten, aber in der Geschäftswelt üblichen

Ausdruck, und man sagt, daß in seine Tätigkeit falle die Summe der im Handelsbetriebe üblichen Geschäftsoperationen, durch welche eine Gesellschaft zur Existenz gebracht, insbesondere das erforderliche Kapital verschafft wird (vgl. *Whaley Bridge Co. gegen Green* 5. *Kings Bench Division, Law Reports* 109). Die Gerichte haben sich mit Recht gesträubt, enge Definitionen der wichtigen Tätigkeit der Promoter zu geben, um diesen nicht die Möglichkeit zu verschaffen, sich ihrer Haftbarkeit zu entziehen. Um sich über die wahren Promoter zu vergewissern, wird man sich folgende Fragen beantworten müssen, die als Anhaltspunkte dienen:

1. Von wem ging der Gründungsgedanke aus?
2. Wer beschloß über Memorandum, Statut und Prospekt und gab den Rechtsbeiständen die nötige Information?
3. Wer übernahm die Kosten der Vorbereitung der Gesellschaft?
4. Wer setzte sich mit dem ersten Vorstand zwecks Uebernahme der Aemter in Verbindung?
5. Wer hatte durch Gründung der Gesellschaft einen Vorteil?

Aber auch diese Fragen können zu falschen Ergebnissen führen. Der Verkäufer des Eigentums wird sehr oft auch der Promoter sein; die Berichte über die Minengesellschaften zeigen das. Es ist jedoch auch möglich, daß die Promoter schon existieren, bevor die Verkaufsabsicht bestand.

II. Die Stellung des Promoter der Gesellschaft gegenüber ist eine Vertrauensstellung und er muß deshalb zum Vorteil und Wohl der Gesellschaft handeln, selbst dann, wenn er zugleich Vertreter anderer Personen ist. Dies gilt besonders bezüglich der Rechnungslegung, Auskunfterteilung und Abführung vom erzielten Gewinn. Falsche Vorspiegelung bei der Gründung macht die eingegangenen Schuldverhältnisse hinfällig, soweit eine Auflösung noch möglich ist. Wo das nicht der Fall ist, tritt an Stelle dessen eine Schadenersatzforderung. Die Pflichten der Promoter beginnen mit der

ersten Promotionshandlung. Die Beobachtung der Pflichten unterliegt der gewissenhaften Prüfung des Vorstandes und derjenigen der Generalversammlung der Gesellschaft. Andererseits haben die Promoter einen Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und auf sonstige verabredete Leistungen.

Ihre Haupteinnahme fließt gewöhnlich aus dem Kaufgeld für Erwerbung des Eigentums. Oft erhält der Promoter den Betrag, der sich aus der Emission der Anteile mit Gewinn ergibt. Mehrere Promoter stehen nicht notwendig in einer rechtlichen Gemeinschaft (als Gesellschafter, Stellvertreter, Beauftragte).

III. Der Gründung einer Gesellschaft geht gewöhnlich eine ganze Reihe geschäftlicher Handlungen (mit Eigentümern und sonstigen Berechtigten, den künftigen Direktoren, Vertrauenspersonen) voraus. Man muß ja in dem zukünftigen Prospekt dem Publikum etwas zu bieten oder zu versprechen haben. Sollten irgendwelche Personen für die zukünftige Gesellschaft schon Verträge abgeschlossen haben, so ist natürlich die Gesellschaft nicht dadurch gebunden. Sie wird es erst durch die gesetzlich und statutarisch ordnungsmäßige Verpflichtung ihrer Organe. Die betreffenden Personen haften, soweit nichts anderes verabredet ist, lediglich persönlich. Auch aus der Uebernahme der Verpflichtung zur Anerkennung der eingegangenen Verbindlichkeiten im Memorandum folgt noch kein Klagerecht dritter Personen. Vor der ersten Generalversammlung sollen Bedingungen von Verträgen, auf die der Prospekt Bezug nimmt, nicht geändert werden (Sect. 11 Comp. Act. 1900) und die Direktoren müssen in dem eine Woche vor der Versammlung zu erstattenden Bericht die Einzelheiten etwaiger Aenderungen begründen. Die Promoter haben sich insbesondere um die Berechtigung der etwaigen Verkäufer zur Uebertragung ihrer Ansprüche und um Untersuchung des Eigentums durch Sachverständige zu kümmern. Sie dürfen sich nicht unerlaubt Provisionen vom Verkäufer gewähren lassen.

IV. Bei der fast regelmäßigen Sukzessivgründung ist der Prospekt von der größten Bedeutung, er bildet für das Publikum die Grundlage zur Beurteilung des wahrscheinlichen Wertes der Gesellschaft. Bis zum Gesetz von 1900 waren von Rechts wegen nur wenige Bestimmungen über Prospekte gegeben, man verlangte Mitteilung von Daten der Parteien, die etwaige Verträge geschlossen hatten. Durch das Gesetz von 1900 wurden (Sect. 9—11) ausführliche Vorschriften gegeben. Es dürfte zweckmäßig sein, sie hier wiederzugeben.

Sect. 9. 1. Jeder durch oder für eine Gesellschaft oder in Bezug auf eine künftige Gesellschaft ausgegebene Prospekt soll datiert sein und das Datum soll, sofern nicht das Gegenteil bewiesen wird, als Datum der Veröffentlichung des Prospekts gelten.

2. Eine Abschrift von jedem solchen Prospekt soll durch jede darin als Direktor oder künftiger Direktor der Gesellschaft genannte Person oder deren schriftlich bevollmächtigten Vertreter gezeichnet und bei dem Eintragsbeamten an oder vor dem Datum seiner Veröffentlichung eingereicht werden.

3. Der Eintragsbeamte soll keinen Prospekt eintragen, sofern er nicht so datiert und gezeichnet ist. Kein Prospekt soll ausgegeben werden, bevor er zur Eintragung eingereicht ist, und jeder Prospekt soll die Angabe enthalten, daß er eingereicht ist.

Sect. 10. 1. Jeder durch oder für eine Gesellschaft bzw. durch oder für eine an der Gründung der Gesellschaft beteiligte oder interessierte Person ausgegebene Prospekt muß Angaben enthalten über

a) den Inhalt des Memorandums mit Namen, Stand und Adressen der Unterzeichner und die Zahl der von ihnen übernommenen Anteile, ferner die Zahl der etwaigen Gründer- oder ähnlicher Anteile und über die Art und Umfang der Vergütung der Inhaber des Eigentums, sowie den Gewinn der Gesellschaft;

b) die durch Statut etwa festgesetzte Zahl der Shares,

die den Direktoren gewährt werden, und jede sonstige im Statut den Direktoren als Vergütung gewährte Provision;

c) Namen, Stand und Adressen der Direktoren oder künftigen Direktoren;

d) den geringsten Subskriptionsbetrag, auf den hin die Direktoren zur Zuteilung der Anteile schreiten können, und den beim Gesuch und bei der Zuteilung auf jeden Anteil zu zahlenden Betrag, sowie im Falle jedes zweiten oder fernerer Angebotes von Anteilen den bei der früheren Zuteilung zur Zeichnung angebotenen Betrag und den wirklich zugeteilten Betrag; ferner den auf solche Anteile gezahlten Betrag;

e) Zahl und Betrag der Anteile und Obligationen, welche emittiert sind oder deren Emission beschlossen ist, ob ganz oder teilweise anders als bar gezahlt bzw. im letzteren Falle in welcher Höhe, sowie die Summe, für die Anteile oder Obligationen emittiert sind oder werden sollen;

f) Namen und Adressen der Verkäufer des von der Gesellschaft gekauften oder erworbenen bzw. zu kaufenden oder zu erwerbenden Eigentums, welches ganz oder teilweise aus dem Ertrage der emittierten Papiere bezahlt werden soll oder dessen Erwerbung zur Zeit der Veröffentlichung des Prospekts noch nicht endgültig geregelt ist, sowie den in Bar, Anteilen, Obligationen an den Verkäufer zu zahlenden Betrag und, wo mehr als ein Verkäufer oder wo die Gesellschaft der Unterkäufer ist, den an jeden Käufer zu zahlenden Betrag;

g) den als Kaufgeld in Bar, Anteilen, Obligationen zu zahlenden Betrag unter näherer Angabe der als Vergütung zu zahlenden Summe;

h) die für Zeichnung oder das Zeichnungsabkommen oder die Verschaffung der Subskription bzw. für das Abkommen über die Verschaffung auf die Anteile gezahlte oder zu zahlende Gebühr oder die Höhe der festgesetzten Gebühr;

i) Betrag oder Schätzungsbetrag vorläufiger Ausgaben, gezahlte oder zu zahlende Vergütung für die Promoter und ihre Gegenleistung;

k) die Daten des Abschlusses, sowie die Parteien der wesentlichen Verträge und eine angemessene Zeit und Stelle, wo letztere oder eine Abschrift davon eingesehen werden können (dies gilt nicht für einen im regelmäßigen Geschäftsbetrieb geschlossenen oder beabsichtigten Vertrag oder für mehr als drei Jahre vor Veröffentlichung des Prospekts zurückliegende Verträge);

l) Namen und Adressen der Revisoren (auditors) der Gesellschaft;

m) genaue Einzelheiten über Art und Umfang des etwaigen Interesses eines jeden Direktors an der Gründung oder an dem zu erwerbenden Eigentum nebst Angabe aller ihrer in Bar oder Anteilen seitens einer Person zwecks Uebernahme seines Amtes für sonstige Dienste, die bei der Gründung der Gesellschaft geleistet sind, gezahlten oder zu zahlenden Summen.

2. Im Sinne dieser Vorschriften gilt als Verkäufer jeder, der einen bedingten oder unbedingten Vertrag mit der Gesellschaft behufs Kaufes oder Verkaufes oder behufs einer Kaufoption geschlossen hat, falls

a) das Kaufgeld bei Veröffentlichung des Prospekts nicht voll berichtet ist, oder

b) das Kaufgeld ganz oder teilweise aus den durch die Emission gewonnenen Erträgen gezahlt oder berichtet werden soll, oder

c) der Vertrag seiner Gültigkeit oder Erfüllung nach von den Ergebnissen der Emission abhängig ist.

3. Wo es sich um Erwerbung von Pachtrechten handelt, gilt im Sinne dieser Vorschriften der Verpächter als Verkäufer, der Unterpächter als Unterkäufer und der Pachtzins als Kaufgeld.

4. Die Vorschriften gelten nicht für bloße Zirkulare oder Einladungen vorhandener Anteil- oder Obligationeninhaber einer Gesellschaft zur Zeichnung weiterer Anteile oder Obligationen, sondern nur für Gründungsprospekte und auch hier mit folgenden Maßgaben:

a) die Erfordernisse bezüglich des Memorandums, der Befähigung, Vergütung und Beteiligung von Direktoren, der Angabe von Namen, Stand und Adressen der vorhandenen oder künftigen Direktoren, des Betrages oder Schätzungsbetrages der vorläufigen Ausgaben finden keine Anwendung, falls der Prospekt mehr als ein Jahr nach der Zeit veröffentlicht wird, wo die Gesellschaft berechtigt ist, ihr Geschäft zu beginnen.

b) Falls der Prospekt mehr als ein Jahr nach der Zeit, wo die Gesellschaft zum Beginn des Geschäftsbetriebes berechtigt ist, veröffentlicht wird, ist die Verpflichtung, die wesentlichen Beträge mitzuteilen, beschränkt auf die Periode der der Veröffentlichung vorhergehenden beiden Jahre.

5. Vertragsmäßiger Verzicht auf die Erfüllung dieser Vorschriften sowie eine Abmachung über Mitteilung von Urkunden oder Verträgen, die der Prospekt nicht erwähnt, ist unwirksam.

6. Wenn der Prospekt als Zeitungsannonce veröffentlicht wird, ist es nicht erforderlich, den Inhalt des Memorandums oder dessen Unterzeichner und die Anzahl der von ihnen subskribierten Anteile anzugeben.

7. Im Falle der Nichterfüllung der vorstehenden Vorschriften ist ein Direktor oder eine andere für den Prospekt verantwortliche Person nicht haftbar¹⁾, falls sie beweist, daß

¹⁾ Im Falle der Angabe falscher Tatsachen im Prospekt und der dadurch veranlaßten Beteiligung an der Gesellschaft kann der Anteilsinhaber stets die Aufhebung seines auf Erwerbung der Anteile gerichteten Vertrages und er kann ferner Schadenersatz von denjenigen (Direktor, Emissionshaus) verlangen, die ihn zur Beteiligung veranlaßt haben, ein Recht, das auch bei Liquidation der Gesellschaft fortbesteht. Dies ist geregelt in „The Directors Liability Act 1890“. Ersatzklagen verjähren nach „The Statute of Limitations“ (21 Jac. I, c. 16) in 6 Jahren. Außerdem bestehen naturgemäß Rechte der Gesellschaft gegen Verkäufer des Eigentums und Promoter im Falle der Angabe unrichtiger Tatsachen seitens dieser.

- a) sie eine nicht mitgeteilte Tatsache selbst nicht kannte, oder
- b) die Nichterfüllung auf entschuldbarem Irrtum beruhte.

Im Falle der Nichterfüllung der unter 1 gegebenen Vorschrift ist der Direktor oder eine andere Person nur haftbar, wenn bewiesen wird, daß sie die nicht mitgeteilten Tatsachen kannte.

8. Die Vorschriften anderer Gesetze bezüglich der Haftbarkeit werden durch diese Bestimmungen nicht berührt.

Sec. 11. Eine Gesellschaft soll vor der statutarischen Generalversammlung die Bedingungen eines im Prospekt erwähnten Vertrages nicht ändern, sofern nicht die Versammlung die Aenderung genehmigt.

Der Prospekt wird (Sec. 30) definiert als eine Bekanntmachung, Zirkular oder andere an das Publikum gerichtete Einladung zur Zeichnung oder zum Kauf von Anteilen oder Obligationen einer Gesellschaft, ob diese Einladung an Mitglieder oder an Nichtmitglieder der Gesellschaft gerichtet wird (Sec. 10⁴). Die bei einer Rekonstruktion der Gesellschaft an die Mitglieder der bisherigen Gesellschaft gerichteten Einladungen bedürfen keines Prospektes.

V. Was insbesondere die Erwerbung des Eigentums anlangt, so geht sie häufig so vor sich, daß der Eigentümer sein Besitztum an einen Mittelsmann des Promoter verkauft, und daß dieser dann — mit größerem Gewinn natürlich — es der Gesellschaft weiter verkauft, beim Erwerb von Minen kommen dann und wann mehrere Zwischenerwerber vor. Früher ging die Gründung oft derart vor sich, daß derjenige, welcher eine Mine entdeckt hatte, der Prospektor, sie dem Spekulant verkaufte für eine verhältnismäßig geringe Barzahlung mit einem Anteil (1/10) an dem Kapital der zu begründenden Gesellschaft. Der Spekulant brachte dann, wie man sich ausdrückte, die Mine nach England und verkaufte sie einem Finanzkonsortium für einen schon bedeutend höheren

Barbetrag und einen ebenfalls wesentlich höheren Anteil an dem Kapital der Gesellschaft. Das Konsortium kaufte dann das Eigentum, betrieb die Gesellschaftsgründung und ließ sich dafür von der nunmehrigen Gesellschaft Auslagen und Provision in bar ersetzen und einen bedeutenden Betrag aller Anteile (shares) der Gesellschaft gewähren. Bei der Subskription auf die Anteile wurde dann als Barbetrag zunächst so viel verlangt, daß man die Barzahlung an die Promoter leisten konnte und etwas Betriebskapital hatte. Das Publikum kümmerte sich wenig um die riesige Differenz zwischen dem Kaufpreis, den der Prospektor erhalten, und demjenigen, den die Gesellschaft bezahlt hatte. Durch die Bestimmungen von Sec. 18 besonders unter F, G und K könnte sich jetzt das Publikum Aufklärung verschaffen, aber jeder, der das Publikum kennt, weiß, daß es wenig Aufklärung verlangt. Es gehört auch schon ziemlich viel Sachkenntnis dazu, um sich aus den Mitteilungen des Prospekts und etwaiger Verträge wirklich ein Bild machen zu können.

VI. Nach dem Gesetz von 1900 ist die Zahlung einer Vergütung (commission) für Entnahme und Placierung von Anteilen erlaubt im Falle einer öffentlichen Emission der Anteile, aber unzulässig in jeder Form bei privater Ausgabe der Anteile²⁾.

Zahlung der Vergütung und ihre Höhe muß durch die Statuten erlaubt und im Prospekt mitgeteilt werden. Wer eine solche Verpflichtung zur Unterbringung von Anteilen schließt, ist erst durch die ihm zugegangene Annahme dieses Angebotes gebunden.

C. Die Notierung an der Börse.

Auch hier muß man wieder von dem Gesetzlichen, Normalen und von dem Außerordentlichen, aber leider auch Gewöhnlichen sprechen.

²⁾ Ein Vertrag, der den Unterzeichnern eine Option gibt, Anteile unter ihrem Marktwert, aber über ihren Nominalwert zu zeichnen, ist eine mit Zahlung einer Vergütung verbundene Zeichnung.

Große Gesellschaften wünschen an sich die Notierung an der Londoner Börse (Stock Exchange). Zu diesem Zweck hat man sich an eine Börsenkommission (committee) zu wenden. Dieses weist die Notierung (quotation) zurück, falls die Gesellschaft nicht nach bestimmten Regeln gegründet ist.

Es ist üblich, sich zunächst einen besonderen Liquidationstag (special settling day) zu verschaffen. Dieser Tag wird von der Kommission festgesetzt und es werden neue Werte „per special settlement“, d. h. per Erscheinen gehandelt; es können daher erst nach Festsetzung dieses Tages Abrechnungen über die abgeschlossenen Geschäfte erteilt werden. Der Bankier oder Makler (broker), der mehrere Geschäfte in einem Wert gemacht hat, ersucht um einen solchen Abrechnungstag. Dieser bedeutet die Zulassung des Papiers zum Handel an der Börse. Der Antrag lautet gewöhnlich:

„Wir ersuchen um einen Abrechnungstag in Anteilen mit den Zahlen für in der Gesellschaft.“

Voraussetzungen für die Notierung sind folgende:

1. Die Gesellschaft muß groß genug sein und bedeutend sein (ein Kapital von £ 100 000 gilt gewöhnlich als das Mindeste).

2. Der Antrag muß drei Tage vorher eingehen.

3. Folgende Urkunden sind dem Sekretär des Share und Loan Departement einzureichen:

- a) Der Prospekt.
- b) Das Zertifikat über die Inkorporation.
- c) Eine Bescheinigung, daß die Gesellschaft berechtigt ist, ihr Geschäft zu beginnen.
- d) Die Statuten.
- e) Die ursprünglichen Anträge für Anteile und Obligationen.
- f) Das Zuteilungsbuch für Anteile und Obligationen, sowie
- g) Abschrift des Briefes über die Zuteilung.
- h) Ein Specimen vom Zertifikat.

i) Beglaubigte Abschriften der Verträge.

k) Notariell beglaubigte Uebersetzungen von Konzessionen und Abmachungen.

l) Eine vom Vorsitzenden und vom Sekretär gegebene Bescheinigung, daß der Prospekt dem Gesetz entspricht, daß die erforderlichen Urkunden niedergelegt sind, sowie über Anzahl, Betrag und Nummern der Anteile und Obligationen, über Anzahl, Betrag und Nummern der nicht bar zu zahlenden Anteile, über den Betrag der bezahlten Kautionen und ihre Freiheit von jeder Belastung, sowie endlich darüber, daß die Bescheinigungen vorhanden, daß das Eigentum gekauft und bezahlt ist und daß keine Hindernisse für die Abrechnung existieren.

m) Das „Paß“-Buch des Bankiers.

n) Bescheinigungen des Bankiers über die erhaltenen Kautionen.

o) Bei Obligationen die Verpfändungsurkunde.

4. Der Prospekt ist

a) öffentlich bekannt zu machen,

b) er muß dem Gesetz und den Statuten entsprechen.

c) Es darf nicht weniger als die Hälfte des Nominalkapitals emittiert und es müssen 10 Prozent des gezeichneten Betrages gezahlt werden.

d) Bei Obligationen sind Fälligkeitsbedingungen anzugeben.

5. Es muß mindestens der Betrag von zwei Dritteln der zur Zeichnung ausgelegten Summen gezeichnet und dem Publikum ohne Bedingung zugeteilt worden sein.

6. Die Statuten müssen verbieten, daß die Direktoren die Fonds der Gesellschaft zum Ankauf der Anteile oder Obligationen benutzen.

7. Die Obligationen sollen gemäß N. 4d Auskunft geben.

8. Ein Börsenmakler muß ermächtigt sein, volle Informationen zu geben.

D. Das Memorandum.

Das Memorandum ist die Grundakte (charter) der Gesellschaft. Es ist nicht das Statut. Es bestimmt hauptsächlich den Zweck des Unternehmens, über welchen dasselbe nicht hinausgehen darf. Es muß von mindestens sieben Personen gezeichnet werden, die mindestens eine Aktie übernehmen. Da die Aktie beliebig groß sein darf, so lassen sich Gesellschaften mit lächerlich geringem Kapital denken. Es gibt denn auch in der Tat Minengesellschaften mit hochklingendem Namen und £ 7 Kapital. Frauen können zeichnen, Bevormundete nicht, doch heilt die Inkorporation einen etwaigen Mangel in dieser Beziehung. Die Bestimmungen des Memorandums im einzelnen müssen sich erstrecken auf folgendes:

1. Den Namen der Gesellschaft. Er soll den Zweck des Unternehmens angeben und den Zusatz „Limited“ enthalten. Abkürzungen sind unzulässig, der Name muß sich deutlich von den Namen anderer eingetragener Gesellschaften unterscheiden. Gesellschaften zu wohltätigem Zweck können von der Zentralbehörde das Recht auf Fortlassung des Wortes Limited erhalten. Die Gesellschaft kann die Aenderung ihres Namens beschließen. Der Zusatz „Königlich“ o. a. kann nur durch Privileg erlangt werden.

2. Die Angabe des Sitzes (Bureaus) der Gesellschaft, wohin Zustellungen gerichtet werden können.

3. Der Zweck. Notwendig ist es, nicht nur den Hauptzweck zu erwähnen, sondern auch für Hilfstransaktionen, Nebenzwecke die Möglichkeit im Wortlaut zu schaffen. Nur darf die Bestimmung nicht so allgemein lauten, daß die Gesellschaft jedes Geschäft betreiben kann.

4. Das Kapital. Es muß die Höhe des Kapitals und der Betrag der Aktie angegeben, ferner erwähnt werden, ob besondere Aktienarten emittiert werden sollen.

Aenderungen des Memorandums bedürfen besonderer Beschlüsse der Generalversammlung. Handelt es sich um Aende-

rung des Zweckes, so ist auch ein Gerichtsbeschluß erforderlich, welcher in eine materielle Prüfung der Zweckmäßigkeit der Aenderung eintritt.

E. Das Statut und die Eintragung.

1. Das Memorandum enthält die Grundbedingungen für die Inkorporation. Das Statut regelt die inneren Beziehungen der Gesellschaft, es bestimmt die Rechte und Pflichten, die Vertretungs- und Geschäftsführungsmacht der Gesellschaftsorgane, die Einzelheiten des Geschäftsbetriebes und die Art, wie die inneren Beziehungen geändert werden können. Das Statut darf nicht gegen zwingende Vorschriften des Gesetzes verstoßen. Mangels statutarischer Bestimmung gelten die gesetzlichen Vorschriften. Im Statut kann eine Mindestsumme von gezeichnetem Kapital vorgesehen werden, auf Grund dessen die Zuteilung der Aktien erfolgen darf; mangels einer solchen Bestimmung muß das ganze Kapital gezeichnet und zugeteilt werden. — Das Statut kann durch Beschluß der Aktionäre geändert werden; Sonderrechte dürfen nur mit Einwilligung der Berechtigten geändert werden.

2. Nach Unterzeichnung des Statuts und Memorandums erfolgt die Inkorporation durch Eintragung. Dies geschieht durch das Joint Stock Companies registration Office in Somerset House, London für England. Das Memorandum wird in Umschrift, die Statuten gewöhnlich gedruckt überreicht. Eine Eintragung des Statuts ist nicht erforderlich. Ueber die Eintragung wird eine Bescheinigung erteilt. Bei Gesellschaften, die einen Prospekt ausgeben, ist noch die Einreichung der Liste der Personen erforderlich, welche die erwählten Vertreter sein wollen.

F. Die Ausgabe der Aktien.

Vier Voraussetzungen bedingen die Erlangung der Eigenschaft als Aktionär, soweit es sich um die Erwerbung dieser Eigenschaft bei Gründung der Gesellschaft handelt:

a) Das Gesuch des künftigen Aktionärs, die Zeichnung (application); sie geschieht gewöhnlich durch Vollziehung eines mit dem Prospekt zugleich ausgegebenen Formulars und ist von Deponierung einer gewissen Summe eines Teilbetrages des subskribierten Kapitals als Kautions abhängig; die Sicherheit beträgt mindestens 5 vom Hundert des Nominalbetrages. Die Applikation kann an sich auch mündlich und durch Bevollmächtigte erfolgen.

b) Die Zuteilung (Allotment); sie muß binnen der vorher festgesetzten Zeit und Form und darf nur geschehen, wenn der statutarisch bestimmte Mindestsatz oder in Ermangelung einer solchen Bestimmung der ganze Nominalbetrag des Kapitals gezeichnet ist. Zuteilungen, die hiergegen verstoßen, können innerhalb eines Monats angefochten werden, abgesehen von der persönlichen Haftung der Direktoren.

c) Die Zuteilung erfolgt im allgemeinen brieflich an den einzelnen Zeichner. Bis zu der mit der Zuteilung erfolgenden Annahme des Zeichnungsgesuchs kann das letztere grundsätzlich zurückgezogen werden. Die Zuteilung kann, falls dies vorgesehen, auch auf einen Teil des gezeichneten Betrages erfolgen.

d) Eintragung des Aktionärs in das Aktienbuch, welches jede Gesellschaft führen muß und dessen Einsicht gestattet ist.

2. Die Zahlung auf die Aktien erfolgt in bar. Natürlich sind Gründeraktien (founders shares) bzw. Hingabe von Aktien für Sacheinlagen oder geleistete Dienste zulässig.

3. Emission unter Pari ist verboten. Wohl aber kann von der Zahlung des vollen Betrages zunächst abgesehen und das Kapital durch verschiedene Aufrufe (calls) eingefordert werden. Emission mit Prämie (Agio) ist gestattet und sehr häufig.

4. Privilegien der ursprünglichen Anteilhaber sind zu vermerken. In der Praxis kommen verschiedene Arten von Shares vor. Gewöhnliche, deferred (in der Anteilnahme am

Reingewinn zurückgesetzt), Vorzugsanteile (der Vorzug, preference, kann sich nur auf die Dividenden oder auf Kapital und Dividenden beziehen) und Gründeranteile; von cumulative preference Shares spricht man, wenn die Dividende nicht nur aus dem Gewinn eines Jahres gezahlt wird. Die Rechte der bevorzugten Teilhaber können durch Generalversammlungsbeschluß nur geändert werden, wenn das Recht dazu im Memorandum vorbehalten ist, aber auch im Falle dieses Vorbehalts nicht, falls ein besonderer Vertrag entgegensteht. Manche Gesellschaften behandeln die Vorzugsanteile als Obligationen; es hängt von den konkreten Abmachungen ab, ob noch weitere Vorzugsanteile oder Obligationen ausgegeben werden dürfen. — Gründeranteile sind bei spekulativen Unternehmungen sehr beliebt: sie werden, da sie auch den gewöhnlichen Anteilen nachstehen, erst bei großem Gewinn wertvoll. Nicht nur Gründer, sondern auch Emissionshäuser und die ersten Zeichner erhalten sie häufig. Man gibt ihnen oft einen größeren Anteil am Reingewinn, um für ihren schlechten Rang zu entschädigen, oder man gibt sie als eine Art Rabatt für Entnahme einer gewissen Anzahl anderer Anteile. Sie haben den Nachteil, daß sie die Bildung größerer Rücklagen hindern.

5. Fast alle Statuten enthalten Bestimmungen über die Verwirkung der Aktienrechte bei Nichtzahlung der Zeichnungsbeträge. Verfallene Aktien können von neuem ausgegeben werden. Auf andere Fälle darf die Verwirkung nicht ausgedehnt werden. Abandonnierung von Aktien kann für den Fall von Schulden der Aktionäre gegenüber der Gesellschaft vorgesehen werden. Diese Abandonnierung darf aber nicht zum Rückkauf der eigenen Aktien führen.

6. Ueber die Eintragung in das Aktienbuch bzw. über das Aktienrecht wird eine Bescheinigung erteilt. Dieselbe soll auch zum Verkauf oder der sonstigen Uebertragung des Aktienrechtes dienen. Diese Bescheinigung ist ein Legitimationspapier. Auszüge aus dem Aktienbuch können verlangt werden. Für koloniale Unternehmungen gibt es Zweigregister

für die in der Kolonie lebenden Aktionäre. Ist das Register fehlerhaft, so kann eine Berichtigung verlangt werden.

G. Uebertragung des Aktienrechtes.

1. Die gewöhnliche Uebertragung erfolgt bei Inhaberk Aktien durch Einigung und Uebergabe, bei Namensaktien durch Einigung und Umschreibung auf den Namen des Erwerbers. Zur Umschreibung im Aktienbuch kann die Gesellschaft einen formellen Uebertragungsvertrag verlangen. Ueber die Uebertragung (transfer) werden Bescheinigungen ausgestellt. Die Gebühren (Stempel) für Abtretung des Aktienrechtes sind sehr hoch; beträgt z. B. die für die Abtretung zu zahlende Summe über £ 50, so beträgt der Stempel 7 sh. 6 d. (etwa 7,50 Mark), beträgt sie über £ 275, so ist der Stempel £ 1 sh. 10 (etwa 30 Mark); außerdem kommt hinzu die Gebühr, welche die Gesellschaften für die Abtretung erheben, diese transfer fee ist gewöhnlich 2 sh. 6 d.

Es gibt Statuten, welche die Gültigkeit der Abtretung von der Zustimmung der Direktion abhängig machen. In diesen Fällen soll aber die Zustimmung nicht schikanös verweigert werden; eine unbegründete Verweigerung kann z. B. darin liegen, wenn die Genehmigung nicht erteilt wird, weil der betreffende Aktionär bereits Aktien besitzt. Die Verweigerung macht das Uebertragungsgeschäft grundsätzlich nicht hinfällig.

2. Während man in den bisher erwähnten Fällen von transfer der shares spricht, bezeichnet man die sonstigen Fälle der Sukzession mit transmission des Aktienrechtes.

Hierher gehören

a) Tod des Aktionärs. Die Nachfolge der Erben wird durch Testament oder Erbschein gegenüber der Gesellschaft erwiesen. Sind Testamentsvollstrecker ernannt, so werden sie in das Register eingetragen.

b) Konkurs. Rechte und Pflichten gehen auf den Ver-

walter über. Er kann sie aber binnen einem Jahr nach seiner Bestellung abandonnieren.

c) Geisteskrankheit oder Geistesschwäche. Die Rechte werden durch den Pfleger ausgeübt, im Register findet keine Umschreibung statt.

H. Das Aktienkapital und seine Verzinsung.

1. Das Aktienkapital ist in Aktien zerlegt. Seine Höhe wird durch das Memorandum festgesetzt. Sehr oft wird nicht der gesamte Nominalbetrag ausgegeben, sondern den Direktoren wird es überlassen, zunächst einen Teil zu emittieren. Dadurch entsteht der Gegensatz von authorised und issued capital.

2. Durch die Statuten oder einen besonderen Beschluß der Generalversammlung kann eine Erhöhung des Kapitals gestattet sein. Von der Kapitalserhöhung ist der Registrar binnen 15 Tagen nach dem Beschluß zu benachrichtigen. Die Erhöhung kann erfolgen durch Ausgabe neuer Aktien (regelmäßiger Fall), durch Teilung des Kapitals in Aktien von größerem Betrage (seltener Fall) oder durch Umwandlung der shares in stock (Schuldverschreibungen) bezw. Rekonsolidation dieser in shares.

3. In gleicher Weise kann die Teilung der Aktien in solche von geringerem Betrage erfolgen, ohne daß eine Kapitalveränderung der Höhe nach eintritt.

4. Die Reduktion des Kapitals, welche dieselben Erfordernisse wie die Erhöhung hat, kann erfolgen

a) Durch Umschreibung des noch nicht eingeforderten Kapitals.

b) Durch Zusammenlegung der Aktien zwecks Beseitigung der Unterbilanz.

c) Durch Rückzahlung von Kapital.

d) Durch Vernichtung von noch nicht emittierten Aktien.

e) Dadurch, daß aufgesparter Gewinn auf vollbezahlte Aktien ausgeschüttet und hiernach die Zahl der vollbezahlten

Aktien verringert und der Betrag des noch nicht ganz aufgerufenen (uncalled) Kapitals entsprechend vergrößert wird.

In den ersten drei Fällen ist gerichtliche Genehmigung erforderlich; vor Erteilung derselben werden die Schuldverhältnisse der Gesellschaft einer Prüfung unterzogen.

Grundsätzlich darf die Gesellschaft ihre eigenen Aktien nicht erwerben; denn das Kapital soll den im Memorandum bezeichneten Zwecken dienen.

5. Das Gesetz gibt keine Vorschriften über die Berechnung des Gewinns und die Bezahlung der Dividenden; es überläßt hier alles dem Handelsbrauch. Die Dividende wird meist jährlich bezahlt, sie kann aber auch öfter bezahlt werden. Festgesetzt wird sie in einer zu diesem Zwecke einberufenen Generalversammlung. — Die Dividende soll aus dem Reingewinn und nur aus diesem bezahlt werden. Reingewinn ist der Betrag, welcher sich nach Abzug aller Ausgaben vom Bruttogewinn und nach ordnungsmäßigen Abschreibungen auf alle Sachen und ausstehenden Forderungen und nach Bildung bezw. Dotierung der vorgeschriebenen Fonds oder angemessener Sammlung sonstiger Rücklagen ergibt. Dividenden dürfen nie aus dem Kapital (auch nicht aus dem Agio bei etwaigen Neuemissionen) gezahlt werden; entgegengesetzte Beschlüsse sind unwirksam. Solange aus Vorjahren Verlust zu decken ist, ist eigentlich kein Reingewinn vorhanden und sollte keine Dividende gezahlt werden. Ein gesetzliches Verbot besteht jedoch in diesem Falle nicht, aber der geschäftliche Anstand fordert es. — Ist wirklich Reingewinn vorhanden, aber zur Verteilung der Dividende kein Barbetrag flüssig, so steht nichts im Wege, daß etwa Wertpapiere verkauft oder Kredite in Anspruch genommen werden. Die Dividende ist jedenfalls in bar zu zahlen. Sie darf nicht etwa in Aktien gezahlt werden. In dem Falle, wo Vorzugsaktien geschaffen sind, welche auf den Reingewinn des Geschäftsführers Anspruch haben, kann auch diese Dividende selbst dann gezahlt werden, wenn aus früheren Geschäftsjahren noch Verluste bestehen. Es gibt auch Aktien

mit garantierter Dividende; in welcher Weise die Garantie zu erfüllen ist, hängt von den Bestimmungen des Statuts ab.

J. Die Organisation der Gesellschaft.

I. Die Gesellschaft kann nicht früher Geschäfte betreiben, als bis sie die gesetzlich vorgeschriebenen Förmlichkeiten erfüllt hat. Der Kreis der Geschäfte, die sie überhaupt betreiben darf, ist durch Memorandum und Statut begrenzt. Der dritte wird durch Nichtkenntnis der letzteren nicht geschützt. Ueber die Erfüllung der zum Geschäftsbeginn erforderlichen Förmlichkeiten gibt der Registerbeamte ein Zeugnis. Personen, welche für Gesellschaften vor Erhalt des Zeugnisses Geschäfte machen, werden mit einer Geldstrafe bis £ 50 für jeden Tag der Zuwiderhandlung bestraft. — Ist das Zeugnis erteilt, so kontrahiert die Gesellschaft im übrigen wie eine Einzelperson. Bei der Zeichnung für die Gesellschaft soll auch stets die Tatsache zum Ausdruck kommen, daß die Gesellschaft die eigentliche Kontrahentin ist. Bei Auslassung des Wortes „Limited“ ist eine Geldstrafe bis £ 50 verwirkt und der betreffende Beamte kann sich außerdem persönlich haftbar machen; die Abkürzung Ltd. ist durchaus ebenso unzulässig, wie die bei uns beliebte m. b. H. oder A.G.

Zum ordentlichen Betrieb der Gesellschaft gehört, daß sie diejenigen Bücher führt, welche zur vollständigen Uebersicht über den Geschäftsgang erforderlich sind. Sie soll ferner die einlaufenden Skripturen verwahren. Nachrichten an die Gesellschaft gelten, wenn sie an das Bureau adressiert sind, als ordnungsmäßig abgesandt. Der Umstand, daß ein Direktor zufällig von einer Tatsache Kenntnis hat, schadet der Gesellschaft nicht. Die Gesellschaft kann unter ihrem Namen klagen und verklagt werden. Klagt sie, so kann der Beklagte, falls ein besonderer Grund für die Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft vorliegt, Sicherheit für die Prozeßkosten verlangen; ein Grund liegt stets bei Gesellschaften in Liquidation vor. Die Gesellschaften können bei Beleidigungen bezüglich ihres Eigen-

tums oder ihrer Kreditwürdigkeit Strafverfolgung verlangen, nicht dagegen wegen Beleidigungen ihrer Angestellten. Wegen der Maßnahmen, welche im ordentlichen Betriebe erfolgen, können die Aktionäre nicht gegen die Gesellschaft mit Klage vorgehen, sie müssen sich der Majorität fügen. Ueberschreitet sie aber ihre Befugnisse, dann kann der Aktionär sich an das Gericht wegen Abstellung wenden; dasselbe kann er tun, wenn Minoritäten zu Gunsten der Majorität benachteiligt werden.

Die Gesellschaft führt ein Siegel, welches sie zu wichtigen Formalitäten, ferner zur Ausstellung der Aktien oder Obligationen benutzt, sowie zur Bevollmächtigung zwecks Vollziehung gewisser Formalitäten.

II. Der Vorstand. Was man im englischen Recht „directors“ nennt, ist nicht die Direktion in unserem Sinne. Es gibt nämlich keine so strenge Scheidung zwischen Direktion und Aufsichtsrat. Der letztere entspricht vielmehr etwa dem board of directors und in seiner Mitte befinden sich managing directors, und dies sind die eigentlich handelnden Personen. Sie sind befugt alle Geschäfte zu machen, welche der Betrieb der Gesellschaft mit sich bringt. Zu anderen Geschäften bedürfen sie einer besonderen Vollmacht, die ihnen durch das Statut oder die Generalversammlung übertragen werden kann. Es ist an sich nicht erforderlich, wenn auch üblich, daß eine Gesellschaft Direktoren hat, sie kann auch eine oder mehrere Personen mit anderem Titel zur Vertretung bestellen, nur muß sie eben Vertreter (governors, trustees) haben. Ausländer, Frauen und Kinder können Direktoren sein, nicht dagegen mit Pfründe versehene Geistliche.

Die Namen der Direktoren nebst deren Adressen müssen in ein besonderes Register eingetragen werden; eine Abschrift derselben ist dem Registrar zu senden; diesem ist auch von allen Veränderungen Kenntnis zu geben.

Die Art der Bestellung der Direktoren richtet sich nach dem Statut. Als gültig bestellt gilt ein Direktor erst, wenn er dem Registrar gegenüber erklärt hat, daß er das Amt

annehme und daß er die zur Uebernahme des Amtes etwa statutarisch erforderliche Zahl von Aktien gezeichnet hat.

Direktoren, welche einen falschen Prospekt unterzeichnen, machen sich auch persönlich haftbar. Dasselbe gilt, wenn die Vorschriften über die Zuteilung nicht erfüllt werden und wenn ein Direktor vor Ausstellung der betreffenden Zeugnisse für die Gesellschaft handelt. Zuwiderhandlungen machen ihn strafbar mit einer bis £ 50 für jeden Tag betragenden Geldstrafe.

Die Direktion hat die erste ordentliche Generalversammlung innerhalb des ersten bis dritten Monats zu berufen seit der Zeit, wo die Gesellschaft zum Geschäftsbetrieb berechtigt ist. Untauglich für sein Amt wird der Direktor, wenn er die statutarisch vorgeschriebene Zahl der Aktien nicht erwirbt, sowie im Falle des Konkurses, der Geisteskrankheit, der Bestrafung wegen Betrugs, sowie der Innehabung eines anderen gewinnbringenden Amtes. In allen den letztgenannten Fällen können die Statuten natürlich modifizieren. Persönlich haftbar macht sich der Direktor der Gesellschaft bei misfeasance (Untreue). Die Bezahlung des Direktors wird durch das Statut oder die Generalversammlung festgesetzt. Im Prospekt sollen sich über diesen Punkt Angaben finden. Teilen die Statuten der Direktion eine bestimmte Summe zu, so ist der einzelne Direktor dem Beschlusse der anderen über die Verteilung unterworfen. Bei nichtbezahltem Gehalt kann der Direktor gegen die Gesellschaft erst klagen, wenn er sein Amt niedergelegt hat, denn es verträgt sich mit demselben nicht, einen Zwang auf die Gesellschaft auszuüben. Bei dem managing director gilt allerdings der Satz nicht. Verzichte auf das Amt können nur von der Generalversammlung gültig angenommen werden. Zur Entlassung des Direktors ist die Gesellschaft nur da berechtigt, wo ihr das Statut die Befugnis hierzu verleiht. Läßt sich ein Direktor bestechen, so begeht er ein misdemeanour. Dasselbe gilt, wenn er Urkunden der Gesellschaft fälscht oder verfälscht oder falsche Eintragungen in die Geschäftsbücher macht,

wenn er wissentlich unrichtige Angaben in Prospekten oder anderen Veröffentlichungen macht,

Die wichtigste Stellung der Gesellschaft ist die des Vorsitzenden (chairman) der Direktion. Im einzelnen allerdings regeln sich seine Befugnisse nach dem Statut, im allgemeinen aber hat er die oberste Leitung, insbesondere durch die bei allen Sitzungen und Generalversammlungen. Bei den Sitzungen der Direktoren (des Aufsichtsrates) muß zur Gültigkeit der Beschlüsse ein quorum vorhanden sein; der Gang der Verhandlungen wird protokolliert und die Protokolle werden vom Vorsitzenden unterschrieben. Oft bilden die Direktoren für bestimmte Zwecke Kommissionen.

III. Der Manager (Geschäftsführer). Er ist der leitende Beamte unter dem Verwaltungsrat, er ist das, was wir Direktor nennen, er ist aber insofern etwas beschränkter, als die Bedeutung des Verwaltungsrats größer ist. Es kann natürlich mehrere manager geben und es ist an sich auch möglich, daß überhaupt kein manager da ist, weil die Vertretung und Geschäftsführung ganz und allein in den Händen des Direktoriums liegen kann. Das ist ein grundsätzlicher Unterschied von unserem Aktienrecht. Im übrigen entscheidet über den Inhalt der Rechte und Pflichten des manager der Anstellungsvertrag, bezw. das Statut. Für die Handlungen, die er für die Gesellschaft vornimmt, haftet er nicht persönlich. Vertreter kann sich der manager nur bestellen, wo Statut oder Vertrag ihm dies erlauben. Bezüglich des Gehalts sowie der Auflösung des Vertrages gelten die besonderen Vereinbarungen und in Ermangelung solcher die Regeln des Dienstvertrages.

IV. Der secretary (Sekretär), ein ungemein wichtiges und im Gegensatz zu demjenigen des manager gesetzlich notwendiges Amt. Der Sekretär verwahrt unter anderem das Siegel der Gesellschaft, er führt das Register und leitet die hierauf bezüglichen Geschäfte. Er ist anwesend bei den Aufsichtsratssitzungen, besorgt die notwendigen Veröffentlichungen und erstattet auch Berichte. Es ist ein sehr wichtiges und ein-

flußreiches Amt, auf dessen Einzelheiten das bezüglich des manager Gesagte entsprechende Anwendung findet.

V. Der Auditor, eine Art Revisor, ein Vertrauensposten zum Schutz der Aktionäre, der deshalb auch mit keinem Beamten der Gesellschaft besetzt werden darf. Der Auditor soll völlig unabhängig und unparteiisch sein. Er hat nicht nur schematisch die rein rechnungsmäßige Richtigkeit der Zahlen in den Büchern, sondern er hat den Geschäftsbetrieb selbst zu prüfen, er hat festzustellen, ob das Geld zu den hierzu bestimmten Zwecken ausgegeben worden ist und ob die Bilanz innerlich richtig gemacht ist, d. h. ob z. B. für zweifelhafte Forderungen Reserven vorhanden, ob genügende Abschreibungen gemacht worden sind. Um dies zu können, hat er ein Recht auf Auskunft durch die Beamten und Einsicht aller Bücher und Beläge. Er hat aber immer nur darauf zu achten, ob der Wille der Gesellschafter ausgeführt wird, er hat nicht materiell in den Betrieb einzugreifen. Er hat über gefundene Mängel der Gesellschaft Bericht zu erstatten. — Bei jeder ordentlichen Generalversammlung ist ein auditor zu ernennen, welcher ein Jahr im Amte verbleibt. Erfolgt keine Ernennung, so kann das Handelsamt dieselbe vornehmen. Die Vergütung wird von letzterem oder sonst durch die Generalversammlung festgesetzt.

VI. Die Generalversammlung. Mindestens einmal im Jahre muß eine ordentliche Versammlung der Gesellschafter stattfinden. Jeder Gesellschafter hat mindestens eine Stimme. Die Zahl der außerordentlichen Versammlungen ist nicht begrenzt; Einberufung ist Sache der Direktion. Die erste ordentliche Generalversammlung (statutory meeting) muß binnen 1 bis 3 Monaten nach dem Tage stattfinden, an welchem die Gesellschaft zum Geschäftsbetrieb berechtigt ist. Spätestens eine Woche vor der Versammlung hat jeder Gesellschafter einen Bericht der Direktoren zu erhalten, in welchem die Zahl der zugeteilten Aktien bezw. der gezahlte Betrag, die vorläufigen (Gründungs-)Kosten, die Namen der Beamten, die zu über-

nehmenden Verträge aufgeführt sind. Bei der Versammlung selbst muß eine Präsenzliste angefertigt werden. Zur Diskussion kann jede auf die Gründung bezügliche Angelegenheit gestellt werden. Soll ein Beschluß gefaßt werden, welcher sich nicht mit der Tagesordnung deckt, so kann die Versammlung vertagt werden. Stellvertretung ist nur da möglich, wo die Statuten dies gestatten. Wird die Einberufung dieser ersten Versammlung unterlassen, so erfolgt die Liquidation der Gesellschaft.

Zu allen Versammlungen sind die Gesellschafter mit der statutarisch vorgesehenen Frist (gewöhnlich eine Woche) zu laden; die Tagesordnung ist derart mitzuteilen, daß sich die Gesellschafter eventuell vorher informieren können. Quorum bestimmt Statut, jedenfalls muß mehr als ein Gesellschafter anwesend sein. Der Chairman des Direktoriums leitet die Versammlung, eventuell ein anderes Mitglied der Verwaltung. Auflösungen oder Vertagungen können nur durch die Gesellschafter beschlossen werden. Der Gang der Verhandlung ist im übrigen von dem bei uns üblichen kaum abweichend. Es ist jedenfalls nur das zu verhandeln, was auf der Tagesordnung steht. Natürlich ist dies nicht zu eng zu fassen und Zusätze oder Aenderungen von den zur Beratung stehenden Anträgen sind zulässig. Die Entscheidungen erfolgen regelmäßig mit absoluter Mehrheit der nach Aktien ermittelten Stimmen. Alle Beschlüsse müssen sich im Rahmen der Statuten und des Memorandums halten. Es ist durchaus üblich und fast für notwendig erachtet, daß ein Antrag von anderer Seite unterstützt wird; eine gesetzliche Notwendigkeit aber besteht keineswegs.

Es gibt außer den ordentlichen und außerordentlichen Beschlüssen noch sogen. besondere (special resolutions). Die ersteren sind die gewöhnlichen, mit absoluter Mehrheit zu fassenden. Außerordentliche Beschlüsse erfordern eine Dreiviertelmehrheit in einer zu dem bestimmten Zwecke berufenen Versammlung; sie kommen vor z. B. bei dem Antrag auf Liquidation

und sonstigen statutarisch bestimmten Fällen. Das letztere gilt auch von den besonderen Beschlüssen, aber diese erfordern noch, daß eine folgende Versammlung die Beschlüsse der vorhergehenden mit einfacher Mehrheit genehmigt, und die neue Versammlung muß spätestens binnen 2 Wochen bis 1 Monat nach der früheren stattfinden. Ausfertigungen der Protokolle sind dem Registerbeamten zu übersenden.

K. Kreditaufnahme.

I. Allgemeines. Eine Gesellschaft kann, soweit nicht statutarische Bestimmungen entgegenstehen, wie der einzelne Kredit in Anspruch nehmen, und zwar von der Zeit ab, wo sie zum Geschäftsbetrieb befugt ist. Auch vorher darf sie Aktien und Obligationen zur Subskription anbieten; aber irgend eine Zuteilung auf die letzteren darf bei Vermeidung einer Strafe bis £ 50 pro Tag nicht erfolgen, bevor nicht die erforderliche Barzahlung für übernommene Aktien geleistet ist. Da, wo die Statuten die Macht der Direktoren zur Kreditaufnahme beschränken, gelten diese Beschränkungen natürlich zu Gunsten der Gesellschaft.

II. Mortgages, d. h. hypothekarische Belastungen. Auch bezüglich solcher gelten keine besonderen Bestimmungen.

III. Obligationen, debentures. Die Aufnahme solcher ist die regelmäßige Form der Kreditaufnahme in größerem Umfange. Die Obligationen sind entweder dinglich gesicherte bzw. irgendwie privilegierte oder gewöhnliche, welche die Rechte von Schuldscheinen (promissory notes) gewähren. Die Praxis schafft in der Form und den Rechten der Obligationäre unendliche Mannigfaltigkeiten. So gibt es z. B. solche, welche den Obligationären das Recht gewähren, neben einer ordentlichen Verzinsung durch Zuzahlung einer gewissen Summe die Umwandlung in Aktien zu verlangen, so z. B. die $3\frac{1}{2}\%$ igen Gold-Bonds der Pennsylvania Railroad Co.; hier können die Obligationensinhaber warten, bis der Kurs der Aktien derart

ist, daß sich der Umtausch lohnt, und sie haben während der Wartezeit eine normale Verzinsung ihres Kapitals. — Im Gegensatz zu Aktien können Obligationen unter *Pari* emittiert werden. Bei dinglich gesicherten Obligationen ist die Bestellung eines Treuhänders häufig. Grundsätzlich hat der Obligationär ein direktes Klagerecht gegen die Gesellschaft und er kann eventuell selbständig zur Vollstreckung schreiten. Ein Grund zur Klage wäre gegeben, wenn die Gesellschaften andere Anleihen aufnehmen, die entgegen den Emissionsbedingungen einer früheren die neuere privilegierten. Da, wo Treuhänder bestellt sind, besteht kein direktes Klagerecht der Obligationäre und es werden deshalb auch keine Obligationen, sondern nur Zertifikate über die Obligationen ausgestellt. Da, wo keine besonderen Vorrechte unter mehreren in zulässiger Weise geschaffenen Anleihen bestehen, sind alle Obligationen gleich berechtigt; die frühere Emission schafft kein Vorrecht. Verpfändung von noch nicht aufgerufenem Kapital ist an sich unzulässig, denn nicht aufgerufenes Kapital ist keine Forderung der Gesellschaft, sondern es verleiht nur das Recht zum Aufruf; aufgerufenes, aber rückständiges Kapital ist verpfändbar. Abmachungen, wonach die Obligationen Stimmrecht in der Generalversammlung geben sollen, sind für unzulässig zu erachten. Die Obligationen können auf Namen oder auf Inhaber lauten, letztere unterliegen dem höheren Stempel von 10 % und sind Inhaberpapiere. Bei der Liquidation werden die Obligationen sofort fällig, auch wenn andere Termine für die Rückzahlung festgesetzt waren. Sollten bei der Schaffung der Obligationen Verstöße oder Versehen vorgekommen sein, ist z. B. die Generalversammlung nicht, wie oben geschrieben, gefragt worden, so kann hieraus gegen einen gutgläubigen Obligationeninhaber kein Recht hergeleitet werden. Es möge hier noch erwähnt werden, daß die hypothekarischen Belastungen des Gesellschaftsvermögens in ein besonderes öffentliches, jedermann zugängliches Register eingetragen werden.

L. Rekonstruktion.

Von der größten Wichtigkeit ist die sogen. Rekonstruktion der Gesellschaft. Sie ist so häufig, daß sie schon zur berechtigten Eigentümlichkeit geworden zu sein scheint. Man versteht darunter den Verkauf der Aktiva einer bestehenden Gesellschaft unter Auflösung derselben an eine Gesellschaft, welche als Kaufpreis der alten Gesellschaft ihre eigenen Aktien gibt. Diese Umgründung ist oft erklärlich, und oft nützlich. Hat z. B. jemand ein Mineneigentum erworben, so wird es ihm mit den natürlichen Mitteln der Entnahme von Proben und Ingenieurberichten schwer fallen, Kapitalisten zu interessieren; er wird viel leichter zum Ziel kommen, wenn er sich mit einer bestehenden, aber nicht retüssierenden Gesellschaft in Verbindung setzt. Diese, deren Minen alles andere als Gold enthielten, hat nun eine neue Anziehungskraft für Publikum und Aktionär; die letzteren haben Instinkt genug, um zu fühlen, daß sie durch jede Veränderung nur gewinnen können, und so kommt die Rekonstruktion zu stande. Die Umgründung kann auch andere Zwecke haben: Aenderung der geschäftlichen Grundlage (Zwecke), Ausgabe andersgearteter Anteile, Ermäßigung von Abmachungen mit Gläubigern, Reduktion von Kapitalien, Fusion (amalgamation) mehrerer Gesellschaften. Die Rekonstruktion setzt eine Liquidation der alten Gesellschaft voraus und bezüglich dieser kommt das vorher Gesagte in Betracht. Die Ermächtigung der Gesellschaft zur Rekonstruktion kann schon statutarisch bestimmt sein. Die Rekonstruktion erstreckt sich nicht notwendig auf das gesamte Vermögen der Gesellschaft. Gesellschafter, die dem Beschluß auf Rekonstruktion ordnungsgemäß widersprechen, können Abkauf ihrer Anteile verlangen zu einem Preise, der bei Nichteinigung schiedsrichterlich bestimmt wird. Ueber die Wahlrechte der Gesellschafter bezüglich ihres Eintritts in die neue Gesellschaft sind besondere Beschlüsse zu fassen. Bei einer Umgründung muß der kaufende Kontrahent eine schon be-

stehende oder zu bildende Gesellschaft, er darf aber nicht eine Einzelperson sein; wohl aber kann dem Liquidator Vollmacht erteilt werden, wegen der Veräußerung an eine Einzelperson zu verfügen. Dadurch, daß Vorzugsgläubigern der alten Gesellschaft auch in der neuen Vorzugsanteile eingeräumt werden, dürfen die bisherigen Aktionäre nicht benachteiligt werden. Gläubiger, deren Anforderungen vor Ausführung der Umgründung nicht bezahlt werden, müssen zu derselben ihre Zustimmung geben. Nach der Joint Stock Companies Arrangement Act. 1870 sind, falls auf einer zu diesem Zweck unter gerichtlicher Mitwirkung abgehaltenen Versammlung drei Viertel der erschienenen Gläubiger und Forderungen der Umgründung zustimmen, die übrigen Gläubiger an diesen Beschluß gebunden.

M. Liquidation.

I. Allgemeines und Verfahren. Die Liquidation ist geregelt durch die Companies Winding-up Act 1890; sie hat sich zum großen Teil das Konkursrecht zum Vorbild genommen.

Erforderlich ist ein Antrag auf Liquidation beim Gericht. Bei Gesellschaften mit einem Kapital von über £ 10 000 ist der High Court zuständig, sonst ein County Court. Zum Antrag berechtigt ist die Gesellschaft selbst oder ein Gläubiger oder auch ein Aktionär. Ein Gläubiger hat das Recht auf den Antrag, wenn er wegen einer fälligen Forderung nicht befriedigt ist; ist diese Forderung aber nur gering, so muß er besondere Gründe für die Liquidation geltend machen. Die Forderung muß liquid sein. Unbegründete Anträge auf Liquidation machen schadenersatzpflichtig. Widersprechen die anderen Gläubiger der Liquidation und ergibt sich bei Prüfung der Lage, daß die Liquidation dem Antragsteller doch keine Befriedigung gewähren würde, so ist der Antrag zurückzuweisen; eine Zurückweisung erfolgt nur dann, wenn die Liquidation dem Interesse der übrigen Gläubiger entgegen sein würde, und nicht nur das Interesse dieser, sondern auch dasjenige der Aktionäre hat das Gericht zu berücksichtigen. — Geht der

Antrag von der Gesellschaft aus, so muß er die Zustimmung des Aufsichtsrats haben und von der Generalversammlung genehmigt sein. Der Antrag ist 7 Tage vor der Verhandlung über denselben im Amtsblatt zu veröffentlichen und zuzustellen. Der Antragsteller hat die Tatsachen durch eidesstattliche Versicherungen (affidavits) glaubhaft zu machen. Bis zur endgültigen Entscheidung kann das Gericht einen vorläufigen Liquidator bestellen.

II. Zu den Gründen für die Liquidation gehören folgende:

1. Ein besonderer Beschluß der Generalversammlung auf Liquidation.
2. Nichtbeginn der Geschäfte innerhalb eines Jahres nach Inkorporation oder Einstellen der Geschäfte seit einem Jahr.
3. Sinken der Mitglieder unter 7.
4. Zahlungsunfähigkeit.
5. Billiges Ermessen des Gerichts.
6. Nichtausgabe von Berichten und Nichtabhaltung der ordentlichen Generalversammlungen.

Was insbesondere den vorletzten Grund anbelangt, so ist er gegeben, wenn die Gesellschaft nur dem Namen nach noch besteht, z. B. wenn das Patent, dessentwegen die Gründung erfolgte, wertlos geworden ist; dagegen liegt nicht schon dann ein Grund vor, wenn die Gesellschaft mit Verlust arbeitet.

III. Der Verwalter, Official Receiver. Er hat eine dem Konkursverwalter ähnliche Stellung. Er wird gewöhnlich erst zum vorläufigen Verwalter bestellt, er tritt überall da ein, wo ein anderer Verwalter nicht bestellt ist. Er hat Beamtenfunktion. Er kann sich Hilfskräfte anstellen lassen. Er hat binnen 14 Tagen nach dem gerichtlichen Liquidationsbeschluß ein Inventar zu errichten, welches von einem verantwortlichen Angestellten der Gesellschaft gegenzuzeichnen ist. Wer sich der letzteren Pflicht entzieht, wird bestraft (bis £ 10 für jeden Tag). Der Verwalter kann über alle Verhältnisse Auskunft verlangen. Er hat über das Ergebnis seiner Untersuchungen,

insbesondere über die Gründe des Mißerfolges des Unternehmens den Gläubigern Bericht zu erstatten. Der Verwalter hat dafür zu sorgen, daß innerhalb 3 Wochen getrennte Versammlungen der Gläubiger und Aktionäre stattfinden, zu welchen die Beteiligten eine Woche vorher zu laden sind. Die verantwortlichen Personen der Gesellschaft müssen bei den Versammlungen anwesend sein. Den Vorsitz führt der Verwalter. Diese erste Versammlung hat zu befinden, ob ein anderer Liquidator bestellt und ob ein Aufsichtsgläubigerausschuß erwählt werden solle. Sind die beiden Versammlungen verschiedener Ansicht, so entscheidet das Gericht. Einen ähnlichen Bericht wie den Gläubigern hat der Verwalter auch dem Gericht einzureichen; er hat hier besonders die strafrechtliche Seite zu beleuchten. Das Gericht kann infolge des Berichts Veranlassung nehmen, gewisse Personen, die der Gesellschaft nahe stehen, eidlich zu vernehmen. Der Verwalter hat die Gläubiger aufzufordern, ihre Ansprüche anzumelden und zu beweisen. Absonderungsberechtigte gibt es nur im uneigentlichen Sinne, d. h. Personen, welche eine dingliche Sicherheit haben, müssen den Wert dieser schätzen und eine danach verbleibende Restforderung anmelden und beweisen; wer dies versäumt, verliert sein Absonderungsrecht. Andere Liquidatoren als der Official müssen ihre Ernennung dem Registerbeamten anzeigen und Sicherheit leisten.

IV. Die wichtigste Pflicht des Liquidators ist die Liquidierung, d. h. die Realisierung der Aktiva und die Bezahlung der Schulden. Er steht hierbei unter dauernder Kontrolle des Gerichts. Zum Zweck der Liquidation kann er das Geschäft fortführen, klagen und sich verklagen lassen. Flüssiges Geld ist bei der Bank von England zu hinterlegen; hält er mehr als £ 50 über 10 Tage zurtück, so hat er 20% Zinsen zu bezahlen. Ist die Liquidation nicht binnen 1 Jahr beendet, so hat er einen eidesstattlich versicherten Bericht über Einnahmen und Ausgaben an den Registerbeamten zu senden bei Vermeidung einer Geldstrafe von £ 50 pro Tag. Jeder Liqui-

dator kann mit wichtigen Gründen sein Amt niederlegen und entlassen werden.

V. Aktionäre, welche noch nicht voll eingezahlt haben, können zwecks Bezahlung der Schulden zur Begleichung der noch fehlenden Beträge aufgefordert werden. Sie können gegenüber diesem Anspruch nicht mit Forderungen an die Gesellschaft aufrechnen. Im übrigen ist die Aufrechnung statthaft.

VI. Bezüglich der strafrechtlichen Bestimmungen sind die Vorschriften des Konkursrechtes anwendbar. Bestraft wird also insbesondere doloses Handeln des Schuldners zu Gunsten eines Gläubigers unter Benachteiligung der anderen. Geschieht die Handlung des Schuldners aber, um sich der Bestrafung zu entziehen, so liegt keine strafbare Begünstigung vor.

VII. Freiwillige Liquidation. Sie tritt ein, wenn die Gesellschaft nur für eine Zeit gegründet war und diese abgelaufen oder wenn der Zweck der Gesellschaft erledigt ist. Ein weiterer Fall bildet die Auflösung durch besondere Beschlüsse der Generalversammlung. Die Liquidation beginnt sofort nach der Auflösung. Auf Antrag des Official Receiver kann auch in diesen Fällen die gerichtliche Liquidation, wie sie vorher geschildert ist, eintreten. Einen entsprechenden Antrag kann jeder Gläubiger stellen. Der Liquidationsbeschluß ist im Amtsblatt (London, Gazette) zu veröffentlichen. Im übrigen haben die Liquidatoren dieselbe Stelle wie die Verwalter im Falle der gerichtlich geleiteten Liquidation. Sie müssen einmal jährlich die Gesellschafter berufen und können auch mehr Versammlungen stattfinden lassen. Bei Beendigung der Liquidation müssen sie Schlußrechnung legen und die Masse ausschütten. Von der Schlußversammlung ist dem Registerbeamten Mitteilung zu machen; 3 Monate später gilt die Gesellschaft als aufgelöst. Bezüglich der Massekosten gilt eine bestimmte Reihenfolge.

Ein Mittelding zwischen gerichtlicher und freiwilliger Liquidation ist die freiwillige unter gerichtlicher Aufsicht, welche

jederzeit vom Gericht angeordnet werden kann. Das Gericht kann aber diese Form auch durch die rein gerichtliche Liquidation ersetzen.

Zusatz. Eine Gesellschaft, welche, ohne aufgelöst zu sein, erloschen ist, kann durch Streichung im Register ihr gesetzliches Ende finden.

X.

Die geschichtliche Entwicklung des Konkursrechts in England und Schottland.

Von

Rechtsanwalt Dr. C. H. P. Inhulsen,
Birkbeck Bank Chambers, Holborn, London, W. C.

Während man vielfach die Geschichte unseres deutschen Konkursrechts an die L. 6 § 7 D. quae in fraud. cred. 42. 8 anknüpft, d. h. mit dem Satze beginnt „qui post bona possessa debitum suum recepit, hunc in portionem vocandum exaequandumque ceteris creditoribus“, pflegt man in England die Geschichte des Konkursrechts mit der Bemerkung einzuleiten, daß nicht nur das Wort „bankruptcy“, sondern auch die dazu führenden, schlechten Gesinnungen aus dem Auslande entstammen. Richtig ist, daß die englische *lex non scripta* einen Konkurs nicht kannte; sie schützte nur die Rechte individueller Gläubiger; jeder nahm, was er fassen konnte, und behielt es nach besten Kräften. Eine proportionelle Verteilung der Aktiven unter die Gläubiger kannte die *lex non scripta* nicht: sie berücksichtigte überhaupt nicht die Interessen der Gesamtheit der Gläubiger.

Nicht diese Interessen, sondern die Entrüstung über die Schuldner veranlaßten die Gesetzgebung einzuschreiten. Dieselbe verfolgte in der ersten Periode hauptsächlich Strafzwecke und nahm nur incidenter auf die Interessen der Gesamtheit der Gläubiger Rücksicht. 1542 schuf man für Strafzwecke ein besonderes Gericht, welches sich nebenbei der Mühe unterzog, die Aktiven pro rata zu verteilen. 1570 tauchte zum

ersten Male die erst 1861 wieder beseitigte Unterscheidung zwischen Kaufleuten und Nichtkaufleuten auf. Um insolvente Kaufleute zu strafen und nebenbei um die Interessen ihrer Gläubiger zu wahren, wurde der Lordkanzler ermächtigt, jene mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten „Commissioners“ zu bestellen, welche bis zum Jahre 1831 existierten. Es folgen sodann weitere Gesetze, welche in der Annahme, daß sich Insolvenz durch Strafandrohungen beseitigen lasse, die Strafen erhöhten, bis eine weitere Erhöhung nicht mehr möglich war. 1603 wurde zunächst bestimmt, daß ein Schuldner, welcher bei seiner Vernehmung einen Meineid begehe, mit einem Ohr angenagelt zwei Stunden öffentlich am Pranger stehen und das angenagelte Ohr einbüßen solle. 1623 ordnete man die gleiche Strafe für jeden Schuldner an, der seine Insolvenz nicht zu rechtfertigen vermöge. 1705 ging man noch weiter und bedrohte mit der Todesstrafe den Schuldner, welcher nicht binnen 30 Tagen nach Kenntnis von der Konkurseröffnung sich einstellte und sein Vermögen aufdeckte. 1706 wurde die Todesstrafe auch dem Schuldner in Aussicht gestellt, welcher Vermögen fortschaffte oder verheimlichte. Schließlich perpetuierte man 1732 die Bestimmungen, welche die Todesstrafe androhten.

Weder Pranger noch Todesstrafen vermochten die angeblich aus dem Auslande entstammenden schlechten Gesinnungen auszurotten. Die Gesetze brachten indessen Vorteile, soweit sie über Strafbestimmungen hinausgingen. Das Gesetz von 1603 sprach von einer besseren Abhilfe für die Gläubiger; das Gesetz von 1623 empfahl eine weitgehende, nutzbringende Auslegung zu Gunsten der Gläubiger, und das Gesetz von 1705 stellte dem Kaufmann, welcher sein ganzes Vermögen ehrlich seinen Gläubigern auslieferte, Liberierung von seinen früheren Schulden in Aussicht, ein Satz, welcher unserem deutschen Konkursrecht (K.-O. § 164) noch heute fremd ist. Das Gesetz von 1732 beließ endlich dem Schuldner zum eigenen Unterhalt eine kleine Quote der Aktiven und ermächtigte die

Gläubiger, Konkursverwalter zu wählen, welche unter Beachtung bestimmter Vorschriften zu realisieren und verteilen hatten. Diese creditors' assignees — im Gegensatz zu den späteren amtlichen oder official assignees — bestanden bis zum Jahre 1831; sie waren Zessionare und nicht bloß mit der Ausübung des Verwaltungs- und Verfügungsrechts betraute Personen, wie unsere deutschen Konkursverwalter (K.-O. § 6).

Damit hatten sich in England die ersten Anfänge eines Konkursrechts entwickelt. Dasselbe war nahezu von Anfang an auf Kaufleute beschränkt geblieben. Die Wohltat der Schuldenliberierung kam nicht dem Nichtkaufmann, insbesondere nicht dem „gentleman“, zu gute. Auf der anderen Seite hatte letzterer eigentlich nur mit der Schuldhaft zu rechnen. Dieselbe war nach der *lex non scripta* ein Modus der Schuldbefriedigung und schloß, solange sie dauerte, eine Vollstreckung in Vermögensstücke aus. Erwägt man ferner, daß damals die Vorschriften über Vollstreckungen in Vermögensstücke, soweit sie überhaupt existierten, höchst unvollkommene waren, so wird es verständlich, daß ein vermögender Schuldner, welcher nicht zahlen wollte, sich nur an der französischen Küste niederzulassen brauchte oder, falls er das Schicksal des Mr. Pickwick teilte, einfach in der Schuldhaft zu verbleiben hatte. Es war der von allen Mitteln entblößte Schuldner, welcher unter der Schuldhaft litt. Dieselbe war nicht nur zeitlich unbeschränkt, sondern gleichzeitig ein Mittel, von welchem der Gläubiger kostenlos Gebrauch machen konnte. Letzterer hatte nicht, wie der § 911 unserer Z.-P.-O. vorschreibt, die Verpflegungskosten von Monat zu Monat vor auszuzahlen. Der verarmte Schuldner hungerte und kränkelte im Schuldgefängnis, bis man ihm schließlich eine kleine Unterstützung aus der Armenkasse gab. Gelang es dem Schuldner, aus dem Schuldgefängnis zu entfliehen, so besserte sich auch die Lage des Gläubigers; derselbe forderte sofort die ganze Schuld von der Gefängnisverwaltung. Als im Jahre 1772 die Schuldgefangenen gemeinschaftlich ihre Wärter überwältigten, bedurfte es eines beson-

deren Gesetzes, um die Gefängnisverwaltung zu liberieren. Von Zeit zu Zeit wurden zur Entleerung der überfüllten Schuldgefängnisse Gesetze erlassen, welche die Schuldner unter Bedingungen auf freien Fuß setzten und gegen weitere Schuldhaft wegen der alten Schulden schützten. Diese Gesetze betrafen indessen nur die jeweiligen Schuldgefangenen und vermochten nicht zu verhindern, daß sich die Schuldgefängnisse von neuem füllten. Schließlich sah man ein, daß es eine ungesunde Politik war, Schuldner, welche zur Auslieferung ihres ganzen Vermögens bereit waren und der Krone wertvolle Dienste leisten konnten, ins Ausland zu treiben oder in Schuldhaft festzuhalten, und man schritt zu dauernden Reformen. Die am nächsten liegende Reform — die Ausdehnung des Kaufmannskonkurses auf Nichtkaufleute — nahm man nicht vor. Statt dessen schuf man 1813 ein neues kostspieliges Gericht, den Insolvent Debtors Court, bei welchem der Nichtkaufmann Anträge stellen konnte, nachdem er sich zuvor tatsächlich der Schuldhaft unterzogen hatte. Gewährte das Insolvenzgericht ihm Discharge, so war er gegen weitere Schuldhaft geschützt; sein später erworbenes Vermögen haftete indessen für die alten Schulden. Die Versuche, den Kaufmannskonkurs auf den Nichtkaufmann auszudehnen, scheiterten in der Folgezeit an den Vorurteilen auf dem Lande. Noch im Jahre 1831 vermochte man im Oberhause nicht zu verstehen, weshalb ein „gentleman“, der sich entschlossen habe, im Auslande zu leben, sein Vermögen aufgeben solle, um seine Gläubiger zu befriedigen; darin würde ein Eingriff in die persönliche Freiheit zu befinden sein. Die Regierung mußte im Jahre 1861 ihren ganzen Einfluß geltend machen, um die Beseitigung der Unterscheidung zwischen Kaufleuten und Nichtkaufleuten und die Vereinigung des Insolvenzgerichts mit dem Konkursgericht endlich durchzusetzen.

Bereits längere Zeit vor dieser Vereinigung war man gezwungen worden, den Kaufmannskonkurs weiter zu reformieren. Die zugleich mit richterlichen Funktionen und mit der Ver-

mögensaufsicht betrauten „Commissioners“ — Linealdessenden der im Jahre 1570 vom Lordkanzler bestellten Personen — waren im Londoner Bezirk auf 70 angewachsen und im Volke unter dem Namen „Septuagint“ bekannt geworden. Irgend eine Qualifikation war für das Amt nicht vorgeschrieben. In der Provinz wählte der Anwalt den „Commissioner“ für die einzelne Konkursache aus, und der von ihm gewählte „Commissioner“ setzte später die Anwaltskosten fest. Es existierte ferner ein mysteriöser Patentee of Bankruptcy, welcher jährlich £ 8000 aus den Konkursmassen vereinnahmte, ohne irgendwelche Arbeiten zu verrichten. Die Aufsicht über die creditors' assignees war eine derartig oberflächliche, daß enorme Summen veruntreut wurden. Um diesen Uebelständen abzuweichen, errichtete man 1831 einen Court of Bankruptcy mit sechs Commissioners für den Londoner Bezirk und zwölf Commissioners für die Provinz. Letztere hielten ihre Gerichtssitzungen in den Hauptstädten der ihnen zugewiesenen Provinzialbezirke ab. Sowohl in London wie in der Provinz wurden den Commissioners zahlreiche Registrars, Rechnungsbeamte, Kostenfestsetzungsbeamte, Boten, Schreiber und sonstige Gehilfen beigegeben. Man bestellte ferner eine große Zahl von official assignees, welche mit den creditors' assignees zusammenarbeiten sollten, letztere indessen tatsächlich ersetzten. Diese official assignees ergriffen sofort nach der Adjudikation von den Konkursmassen Besitz; in London wurde für jede einzelne Masse der official assignee durch das Los bestimmt. Schließlich errichtete man noch ein mit vier Richtern besetztes Berufungsgericht, welches indessen bereits 1847 als zwecklos wieder abgeschafft wurde. Es stellte sich sehr bald heraus, daß das Gesetz von 1831 keinen Fortschritt, sondern einen gewaltigen Rückschritt enthielt. Dasselbe verursachte enorme Ausgaben. Man kann vielleicht darüber hinweggehen, daß den Richtern am Berufungsgericht Jahresgehälter von £ 3000 bzw. £ 2000 und den Commissioners Jahresgehälter von £ 1500 gezahlt wurden. Auffallend ist jedenfalls, daß ein

official assignee in 10 Monaten £ 4802 vereinnahmte und nur £ 2546 zurückzahlen hatte; daß ein anderer official assignee für 4 Monate £ 2687.1.8 liquidierte und £ 981 tatsächlich erhielt; und daß für eine Periode von 2 Jahren und 4 Monaten das Einkommen eines jeden der sieben official assignees zwischen £ 6896 und £ 2067 lag, d. h. sich für den einzelnen official assignee durchschnittlich auf £ 2000 per annum stellte. Diese Ziffern wurden von den official assignees vorgelegt, als man beabsichtigte, ihnen anstatt ihrer Prozentgebühren feste Gehälter zu zahlen. Nicht minder auffallend ist, daß Boten, welche ihre Arbeiten durch mit $3\frac{1}{2}$ Schillingen pro Tag bezahlte Stellvertreter verrichten ließen, ein Einkommen von £ 1296 bzw. £ 1361 bzw. £ 1767 bezogen. Hinzu traten die Pensionen der Mitglieder des alten „Septuagint“ und die Ruhegehälter anderer Beamten. Diese enormen Ausgaben wurden nicht etwa, wie die Gehälter anderer Richter und Gerichtsbeamten, aus der Staatskasse bestritten, sondern aus den Konkursmassen. Die ganze Konkursorganisation existierte aus eigenen Mitteln, d. h. auf Kosten der Gläubiger. Die Einnahmen stellten sich 1859 wie folgt: 1. £ 46170 Zinsen aus belegten Konkursgeldern; 2. £ 29922 Prozentgebühren aus Konkursmassen; 3. £ 13850 Stempelgebühren aus Konkursmassen. Diesen Einnahmen im Gesamtbetrage von £ 89942 standen Ausgaben in einer Gesamthöhe von £ 82459 gegenüber, enthaltend £ 20200 Pensionen. Zählt man zu den Einnahmen £ 50000 Prozentgebühren der official assignees hinzu, so hat man ein vollständiges Bild von der damaligen Konkursfinanzwirtschaft und man versteht, daß dem Lordkanzler vorgeworfen werden konnte, er habe mit dem Gesetz von 1831 nur seine eigenen Patronatsrechte zu erweitern gewünscht. In jenen Zeiten erblickte man in einer Konkursmasse nicht eine ökonomisch für die Gläubiger zu verwaltende Vermögensmasse, sondern einen Kadaver, an dem Geier fraßen und sich sättigten.

Erst im Jahre 1860 machte die Regierung einen ernst-

lichen Versuch, die Uebelstände zu beseitigen. Der Gesetzentwurf, welchen die Regierung vorlegte, schaffte die Commissioners ab, bestellte einen Oberrichter für Konkursachen und übertrug die Verwaltungsarbeiten den Registrara, welche, um den Gläubigern und dem Schuldner Reisen zu ersparen, lokalen Gläubigerversammlungen beiwohnen sollten. Boten und Prozentgebühren wurden abgeschafft. Die durchschnittliche Eintragungsgebühr wurde auf £ 10 fixiert. Die Konkursverwaltung wurde wieder den creditors' assignees übertragen, deren Abrechnungen von official assignees mit einem £ 1500 nicht übersteigenden Gehalte geprüft werden sollten. Die verschiedenen Klassen der Discharge wurden abgeschafft. Der Entwurf gedachte die Grafschaftsgerichte für Konkursachen zu verwerten und gestand einer Majorität der Gläubiger das Recht zu, eine außergerichtliche Liquidation anzuordnen, unter der Bedingung der Eintragung in ein öffentliches Register. Der Entwurf mußte zurückgezogen werden, weil er der Staatskasse Pensionen aufbürdete, welche den 1831 pensionierten Beamten zustanden. 1861 half die Regierung diesem Mangel dadurch ab, daß sie die Boten und anderen Beamten, für deren Pensionierung die Mittel fehlten, beibehielt und einen entsprechend abgeänderten Entwurf vorlegte. In dieser abgeänderten Fassung wurde der Entwurf zum Gesetz. Es war ein Gesetz, welches alle Punkte berührte und verbesserte, und trotzdem praktisch und substantiell das frühere Recht bestehen ließ.

Nachdem sich herausgestellt hatte, daß mit dem Gesetze von 1861 sehr wenig geholfen war, drängte man die Regierung, das schottische System, dem bereits einige Ideen entlehnt waren, als Ganzes einzuführen. Die Regierung unterzog sich dieser Aufgabe und legte 1869 einen Gesetzentwurf vor. Derselbe schaffte die besonderen Konkursgerichte in der Provinz ab und übertrug für die Provinz die Konkursgerichtsbarkeit den Grafschaftsgerichten. Darin lag eine Annäherung an das schottische System, welche den englischen Konkursmassen sehr

beträchtliche Summen erspart hat. Abgesehen hiervon ist indessen in dem Entwurf von dem schottischen System sehr wenig zu finden. Der Konkurs sollte eröffnet werden, falls eine Person gesetzlich bestimmte sogen. Konkurshandlungen beging oder auf eine Zahlungsaufforderung nicht zahlte und nicht vor Gericht eidlich die Schuld bestritt. Die Gläubiger wurden sodann zusammenberufen, und der Gerichtsbeamte ließ sich zwecks Feststellung des Stimmrechts die Forderungen vorläufig nachweisen. Abweichend vom schottischen System, welches nur eine Prozedur kannte, gab der Entwurf den Gläubigern die Wahl zwischen drei Prozeduren: die Majorität der Gläubiger konnte entweder einen Zwangsvergleich schließen oder eine besondere Liquidation anordnen oder endlich das gerichtliche Konkursverfahren weiter durchführen. Als Konkursverwalter fungierte nicht ein Beamter, sondern eine von den Gläubigern gewählte Person, deren Entschädigung von den Gläubigern selbst zu fixieren war. Die Regierung gab sich der trügerischen Hoffnung hin, daß sich nicht nur eine Berufsklasse von Konkursverwaltern bilden werde, sondern daß auch die Konkurrenz innerhalb dieser Klasse zu wirklich zufriedenstellenden Leistungen führen würde. Wie das Gesetz von 1861 brachte auch das Gesetz von 1869 keine bedeutenden Verbesserungen. Die Konkursmassen verblieben mit der Pensionslast und mit sehr liberalen Beamtengehältern beschwert; die Gerichts- und Anwaltskosten waren enorme und die Konkursverwalter bezogen hohe Remunerationen. Um an Kosten zu sparen, zogen die Gläubiger Zwangsvergleich und besondere Liquidationen der Durchführung des gerichtlichen Konkursverfahrens vor. Im Jahre 1881 betrug die Zahl der Konkurse nur 1005, während sich die Ziffer der Zwangsvergleiche und besonderen Liquidationen auf 8722 stellte. Man hörte nur noch selten die Behauptung, daß die Konkursorganisation aus eigenen Mitteln existiere. Mit den Zwangsvergleichen und besonderen Liquidationen zogen zum Nachteil der Minoritäten sehr bedenkliche Mißbräuche ein. Majoritäten,

welche die Schuldner durch Bevorzugungen gewonnen hatten, schlossen ohne jede vorgängige Untersuchung gänzlich ungerechtfertigte Zwangsvergleiche, welche es den Schuldnern ermöglichten, sofort wieder geschäftlich tätig zu werden. Den Minoritäten, welche wußten, daß sie gänzlich machtlos waren, blieb nichts weiter übrig, als sich zu fügen oder ihre Forderungen zu streichen und ihre Aufmerksamkeit nutzbringenderen Aufgaben zuzuwenden.

Obschon im Jahre 1880 eine Unterhauskommission eine weitere Annäherung an das schottische System empfahl, legte die Regierung 1883 einen Gesetzentwurf vor, welcher zu alten Prinzipien und zum Bureaukratismus im großen Umfange zurückkehrte. Der Verfasser hat das heute geltende Hauptgesetz von 1883, welches 1890 in einigen Punkten amendiert wurde, in der „Rechtsverfolgung im internationalen Verkehr“ (Karl Heymann, Berlin), Bd. II (1897) S. 877—899 ausführlich dargestellt. Zu Grunde liegt das alte Prinzip, daß die Konkursgesetzgebung in erster Linie die Moralität in der Geschäftswelt heben und den ehrbaren Handel fördern soll; man müsse Schiffbrüche verhindern und nicht bloß die Schifftrümmer schützen. Eine ehrliche Konkursverwaltung zwecks schneller und gerechter Verteilung der Konkursmassen unter ihre Eigentümer sei erst in zweiter Linie anzustreben. Der Rückkehr zu diesen alten Prinzipien verdankt England seine 60 official receivers, welche einen Kostenaufwand von £ 50 000 verursachen. Ihre Hauptaufgabe ist es, das Verhalten des Schuldners und die Ereignisse, welche zum Konkurse führten, zu untersuchen, den Schuldner vor Gericht zu vernehmen und dem Gericht vor der Entscheidung über die Liberierung des Schuldners von seinen Schulden Bericht zu erstatten. Sie sind öffentliche Untersuchungsbeamte und eventuell öffentliche Ankläger. Nebenbei werden sie den Gläubigern als Konkursverwalter zur Verfügung gestellt; sie sollen nicht die von den Gläubigern zu wählenden Verwalter ersetzen; die Gläubiger verwenden indessen die official receivers in großem Umfange als Kon-

kursverwalter. Mit der Unterstellung der *official receivers* unter das Handelsamt ist die Konkursorganisation zum ersten Male einem Regierungsdepartement untergeordnet worden. Die Kosten der Konkursorganisation, einschließlich der Gehälter der *official receivers*, werden aus den nachstehenden drei Quellen bestritten: 1. aus der Konkursantragsgebühr, welche £ 5 beträgt; 2. aus einer etwas erhöhten Prozentgebühr der Konkursaktiven; 3. aus den auf £ 25 000—30 000 veranschlagten Zinsen der Konkursgelder, welche sämtlich bei der Bank of England zu belegen sind. Es sind mithin die durch die Konkurse bereits an sich leidenden Gläubiger, welche die Kosten einer Organisation tragen, deren Hauptzweck ist, weitere Konkurse zu verhindern. Es ist ein Anwendungsfall des paradoxen, englischen Prinzips, daß, falls A durch B bestohlen wird, A aus eigenen Mitteln den B strafrechtlich zu verfolgen hat, damit der Rest des englischen Volkes gegen Diebstähle gesichert werde. Die Gläubiger unterhalten die Konkursorganisation *pro bono publico*. Damit die heutige Organisation finanziell bestehen kann, ist erforderlich, daß die *official receivers* häufig als Konkursverwalter fungieren, und daß die Konkursgelder möglichst lange bei der Bank of England verbleiben. Die *official receivers* sind daher eifrigst bemüht, die englische Geschäftswelt davon zu überzeugen, daß eine amtliche Konkursverwaltung bessere Resultate ergibt, als eine Konkursverwaltung durch Rechnungssteller und Anwälte zweiter Klasse. Letztere bestreiten diese Behauptung und bemängeln auf jedem Anwaltstage den Bureaumatismus in der heutigen englischen Konkursorganisation.

Wenden wir uns nunmehr Schottland zu, dessen Konkurs-system der englischen Regierung mehrfach als Muster vorgehalten wurde, so finden wir, daß die Gesetzgebung in Schottland viel später, nämlich erst im Jahre 1772 einschritt. Bis dahin sah es in Schottland nicht viel besser aus, als in England unter der *lex non scripta*. Allerdings hatte Schottland, welches zufolge seiner engen Beziehungen zu Frankreich früh-

zeitig mit dem römischen Recht in Berührung trat, die *cessio bonorum* rezipiert, deren Wohltat der römische Schuldner zu schätzen wußte. Der schottische Schuldner, welcher sein ganzes Vermögen seinen Gläubigern auslieferte, hatte unter den nachstehenden Bedingungen Anspruch auf Freilassung und auf Schutz gegen erneute Verhaftung: er mußte einen Monat in Schuldhast verbracht haben, bevor er um die Wohltat der *cessio* nachsuchen konnte; er hatte anzugeben, worauf seine Insolvenz zurückzuführen sei; er mußte eidlich sein Vermögen voll und ganz aufdecken; er hatte zu versichern, daß er seit seiner Verhaftung keine Vermögensstücke zum Nachteil seiner Gläubiger übertragen habe, und vor seiner Verhaftung vorgenommene Vermögensübertragungen dieser Art genau zu spezifizieren; endlich mußte er sein ganzes Vermögen zedieren. Erfüllte er diese Bedingungen, so wurde er freigelassen, vorbehaltlich der Verpflichtung, die Kleidung der Insolventen zu tragen. Auch diese Spezialkleidung wurde aus Frankreich rezipiert, wo man 1592 dem *cessionnaire* aufgab, ein *bonnet vert* zu tragen. Anfänglich — 1605 — begnügte man sich auch in Schottland damit, eine besondere Kopfbedeckung vorzuschreiben, und man wählte die gelbe Farbe. 1659 ordnete man indessen an, daß die ganze Kleidung eine besondere — halb gelbe, halb braune — sein müsse, und 1696 gestattete man eine Dispensation von dieser Spezialkleidung nur für den Fall, daß der Schuldner nachgewiesenermaßen ohne eigene Schuld insolvent geworden war. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurde die Dispensation in liberaler Weise gewährt; sie wurde zum letzten Male im Jahre 1775 verweigert, und 1836 wurden die Spezialbekleidungsvorschriften förmlich aufgehoben. Wünschte der Schuldner der Haft zu entgehen — dieselbe war eine sehr harte, weil man durch den *squalor carceris* zur Zahlung zwingen wollte — so mußte er an einen jener Orte fliehen, welche ein Asyl gewähren konnten. Holyrood House war das Asyl, welches am längsten bestand. Die bloße Tatsache des Aufenthalts im Asyl schützte nur 24 Stunden;

um längeren Schutz zu genießen, mußte der Schuldner sich im Asyl eintragen lassen und eine Gebühr von £ 2.2.0 zahlen. Noch im Jahre 1861 ist ein Fall vorgekommen, in welchem ein Schuldner sich in die Abtei zurückzog, d. h. sich in Holyrood House eintragen ließ. Seine Bedeutung verlor das Asyl 1880 mit der nahezu vollständigen Abschaffung der Schuldhaf.

In Schottland weist man mit Stolz darauf hin, daß bereits das erste schottische Konkursgesetz einzig und allein die Interessen der Gesamtheit der Gläubiger berücksichtigt habe, ohne von den Sünden des Schuldners überhaupt zu sprechen. Das Gesetz von 1772, welches die Grundlage des heutigen schottischen Konkursrechts bildet und in 35 Paragraphen die noch heute geltenden, wesentlichen Prinzipien aufstellt, beklagt in seinem einleitenden Teil, daß Gläubiger, welche, weil in der Nachbarschaft wohnend, oder mit dem Schuldner in Verbindung stehend, zuerst von der Insolvenz Kenntniss erhalten, unter Ausschluß der übrigen Gläubiger von den Aktiven Besitz ergreifen und eine gleichmäßige Verteilung unter alle Gläubiger verhindern, und gibt sodann die Wahl zwischen 1. einer Liquidation durch einen judicial factor, d. h. durch einen von den Gläubigern gewählten Verwalter, welcher, wie ein Gerichtsbeamter, seine Weisungen vom Gericht erhielt, und 2. einer Liquidation durch einen private trustee, d. h. durch einen Verwalter, welcher nicht bloß von den Gläubigern ernannt wurde, sondern auch seine Weisungen von denselben empfing. Beide Arten von Verwaltern wurden an bestimmte Vorschriften gebunden. Das Gesetz von 1772, welches auf 7 Jahre erlassen war und nur für Mobilien galt, wurde temporär verlängert und 1783 unter Ausdehnung auf Immobilien erneuert. Gleichzeitig schaffte man die Liquidation durch einen judicial factor ab und dehnte die Liquidation durch einen private trustee, welche sich bewährt hatte, unter Verbesserungen weiter aus. Das Gesetz von 1783 machte indessen insofern einen Rückschritt, als es nach englischem Vorbilde den Konkurs auf Kaufleute beschränkte und Nichtkaufleute der lex

non scripta, insbesondere der imperfekten Remedur der cessio bonorum überließ. Auch das Gesetz von 1783 war eine temporäre Maßregel; es wurde 1793 und 1814 verlängert und verbessert; und von 1814 ab trat eine Erneuerung von Jahr zu Jahr ein. Das erste permanente Konkursgesetz — von Glasgow aus angeregt und von Professor Bell entworfen — erging im Jahre 1839. Um das Verfahren zu beschleunigen und an Kosten zu sparen, verwies das Gesetz nach der Konkursöffnung in der Hauptstadt das weitere Verfahren an das Lokalgericht; das Landesgericht in der Hauptstadt funktionierte indessen nicht nur als Berufungsgericht, sondern behielt auch die unmittelbare Aufsicht über das weitere Verfahren. Nach einer Verbesserung im Jahre 1853 wurde das Gesetz 1856 durch das heute geltende Gesetz ersetzt. Letzteres hob die Unterscheidung zwischen Kaufleuten und Nichtkaufleuten auf und gab auch den Lokalgerichten die Befugnis, Konkurse zu eröffnen. Soweit von dieser Befugnis Gebrauch gemacht wird, funktioniert das Landesgericht in der Hauptstadt nur noch als Berufungsgericht. Von den späteren Ergänzungsgesetzen ist das Gesetz von 1880, welches die Schuldhaft aufhob, bereits erwähnt worden. Die neuere Gesetzgebung hat wohl insofern einen Fehler begangen, als sie die cessio bonorum, deren Existenzberechtigung mit der Abschaffung der Schuldhaft aufhörte, für kleine Konkurse auszunutzen versucht hat; das gewöhnliche Konkursverfahren in summarischer Form würde den Vorzug verdient haben.

Das schottische Konkursrecht befaßt sich hauptsächlich und nahezu ausschließlich mit der Realisierung und gleichmäßigen Verteilung der Aktiven. Im Gegensatz zum englischen System ist ferner die schottische Konkursverwaltung frei von Bureaukratismus. Die Gläubiger wählen den Verwalter und fixieren seine Remuneration. Die Rechnungen des Verwalters, welcher Sicherheit bestellt und an gesetzliche Fristen und strikte Vorschriften gebunden ist, werden von dem Gläubigerausschuß revidiert. Die Rechnungsbeamten des

Gerichts prüfen nur, falls ein Gläubiger dies beantragt; um die allgemeine Konkursleitung kümmern sie sich erst, nachdem die Gläubiger dieselbe zu ihrer Kenntnis gebracht haben; und zu ihren gesetzlichen Funktionen gehört es, Anträge der Gläubiger beim Gericht zu vermitteln. Abgesehen von dieser sehr geringfügigen Beaufsichtigung durch die Rechnungsbeamten fehlt jeder Bureaukratismus. Veruntreuungen durch Verwalter sind nahezu unbekannt. Ein weiterer Vorzug, welcher in England Bewunderung und Neid erregt hat, liegt darin, daß in Schottland die Kosten mäßige sind. 1861 erklärte die englische Regierung, daß in England die Kosten 33 bis 34 % der realisierten Aktiven und in Schottland nur 13 bis 14 % betrügen; 1869 gab die englische Regierung die schottischen Kosten auf 12—13 % an, während in England die günstigste Schätzung 33 % sei, nach glaubwürdiger Quelle der Durchschnitt sich auf 60 % stelle, und in einigen Fällen die Kosten sogar 75 % der realisierten Aktiven betragen hätten. Die schottische Gerichtsstatistik für 1897 bezifferte die schottischen Durchschnittskosten auf 11—12 % der realisierten Bruttobeträge. Endlich erblickt man in Schottland einen Vorzug auch darin, daß die Minorität nur auf dem Konkurswege gebunden werden kann. Keine Majorität vermag einen außergerichtlichen Vergleich zu erzwingen; die Minorität ist in der Lage, die Ausführung desselben zu verhindern und zum Konkurs zu treiben. Da die Kosten des außergerichtlichen Vergleichs mindestens den Konkurskosten gleichkommen, erleidet die Majorität keinen Schaden, während die Minorität Gelegenheit erhält, im Konkurs den Schuldner zu vernehmen und volle Aufdeckung und Auslieferung des Vermögens zu erzwingen. Der Verfasser hat auf die Schattenseiten des heutigen, englischen, außergerichtlichen Konkurses im „Deutschen Handelsmuseum“, 1904, Heft 10, S. 176 (abgedruckt in der „Deutschen Rechtsanwaltszeitung“, 1905, 23. Januar, S. 7; in der „Handelsauskunftei“, 1905, Sept., S. 3, und in der „Verbandszeitung für die Vereine Kreditreform“, 1905, April) auf-

merksam gemacht. Vergl. auch die „Rechtsverfolgung im internationalen Verkehr“, Bd. II, S. 888.

In unserer deutschen Heimat hat man in neuerer Zeit eine gesetzliche Regelung des außergerichtlichen Zwangsvergleichs gefordert. Angesichts des schottischen Rechts und der in England mit außergerichtlichen Konkursen gemachten Erfahrungen muß dieses Verlangen auf den ersten Blick befremden. Erwägt man indessen, daß heute der deutsche Schuldner nur im Falle eines gerichtlichen Zwangsvergleichs auf Schuldenliberierung zu hoffen hat, während in England und Schottland der Konkurs, früher oder später, stets zur Schuldenliberierung führt, so läßt sich allerdings das deutsche Verlangen nach einer Erleichterung des Zwangsvergleichs verstehen. Sollte der außergerichtliche Zwangsvergleich nicht im Interesse des Schuldners, sondern im Interesse der Gläubiger gewünscht werden, und der Wunsch nur ein anderer Ausdruck dafür sein, daß das deutsche Konkursverfahren den Interessen der Gläubiger nicht entspricht, so steht man in Deutschland vor einem Schritte, welcher in England keinen Erfolg gehabt hat. Prinzipiell ist jedenfalls das schottische System vorzuziehen, welches das Konkursverfahren in derartig zufriedenstellender Weise beordnet, daß das Bedürfnis nach einem außergerichtlichen Zwangsvergleiche überhaupt nicht entsteht.

Zusatz.

Ich füge des rechtsgeschichtlichen Interesses willen die Statutenbestimmungen über die Bankrottstrafe bei:

1. 1603. 1 Jac. I c. 15 sec. 9.

(An act for the better relief of the creditors against such as shall become bankrupt.)

s. 9. And that if upon his, her or their examination it shall appear that he, she or they have committed any wilful or corrupt perjury tending to the hurt or damage of the creditors

of the said bankrupt, to the value of ten pounds . . . the party so offending shall or may thereof be indicted . . . and being lawfully convicted thereof shall stand upon the pillory in some publick place by the space of two hours and have one of his ears nailed to the pillory and cut off.

2. 1623. 2 Jac. I c. 19.

(An act for the further description of a bankrupt.)

s. 7. If any bankrupt shall . . . be found fraudulently or deceitfully to have conveyed away his or her goods, chattels, lands, tenements, offices, fees, rents or annuities or other estate or any part thereof . . . to the end and purposes to hinder the execution of this statute . . . and shall not upon his or her examination discover unto the said commissioners and . . . deliver all that her means kept and detained from the said commissioners or . . . cannot make it appear unto the said commissioners that he or she hath sustained some casual loss, whereby he or she is disabled to pay what he or she then owed, shall or may be indicted . . . and . . . he or she so convicted shall be set upon the pillory in some publick place for the space of two hours and have one of his or her ears nailed to the pillory and cut off.

Bestimmungen meist vorübergehender Art mit schwerer Bestrafung des bankrupt enthalten sodann:

1705. 4 u. 5, Anna c. 17,

1706. 5 u. 6, Anna c. 22,

1709. 7, Anna 25, s. 4,

1711. 10, Anna 15, s. 3,

1716. 3, Georg I 12.

In 5 Georg II c. 30 s. 1 v. 1732 heißt es: wenn der bankrupt nicht

truly disclose and discover all his or her or their effects and estate . . . and also upon such examination deliver up unto the said commissioners . . . all such part of his, her or their . . . goods, wares, merchandizes, money, estate and effects and all

books, papers and writings relating thereunto, . . . then he, she or they . . . in case of any default and wilful ommission in not surrendering and submitting to be examined as aforesaid, or in case he . . . shall remove conceal or embezzle any part of such . . . estate . . . to the value of 20 pounds, or any books of account, papers or writings relating thereto, with an intent to defraud his . . . creditors . . . shall be deemed and adjudged to be guilty of felony and shall suffer as felons . . .

Ueber die beschimpfende Tracht des Schuldners vgl. Shakespeare vor dem Forum der Jurisprudenz S. 47 f. und über den Vorzug des Selbsthilfeverfahrens über den Bureaukratismus im Konkurs vgl. Leitfaden des Konkursrechts 2. Aufl. S. 3 f.

Josef Kohler.

XI.

Das chinesische Strafgesetzbuch.

Von

Josef Kohler (Mootz).

II ¹⁾.

Herrn Mootz verdanken wir bereits eine Fortsetzung der Uebersetzung des chinesischen Strafgesetzbuchs, nämlich den Titel über Hehlerei ²⁾.

A. Gesetz (Lü).

1. Wer als Hehler von Räubern anstiftet, persönlich nicht zur Ausführung schreitet, aber an der Beute teilnimmt, wird geköpft; wer nicht zur Ausführung schreitet und nicht an der Beute teilnimmt, wird mit 100 Hieben und 3000 li weiter Verbannung bestraft.

Wer mit überlegt, zur Ausführung schreitet und nicht an der Beute teilnimmt, oder an der Beute teilnimmt und nicht zur Ausführung schreitet, wird geköpft; wer nicht zur Ausführung schreitet und nicht an der Beute teilnimmt, mit 100 Hieben bestraft.

2. Wer als Hehler von Dieben anstiftet, persönlich nicht zur Ausführung schreitet, aber an der Beute teilnimmt, wird als Rädelsführer bestraft; wer nicht zur Ausführung schreitet und nicht an der Beute teilnimmt, als Mittäter. Wenn er im

¹⁾ Fortsetzung von XVII S. 184 f.

²⁾ Ueber Begünstigung vgl. Chines. Strafrecht S. 29, über Hehlerei ebenda S. 31, über Hehlerei bei Seeraub Li zu a. 225 (China Review VIII p. 4).

entscheidenden Zeitpunkte den Entschluß faßt, zum Diebstahle zu schreiten, wird er als Rädelsführer bestraft; wenn er folgt, zur Ausführung schreitet und nicht an der Beute teilnimmt oder an der Beute teilnimmt und nicht zur Ausführung schreitet, als Mittäter; wenn er nicht zur Ausführung schreitet und nicht an der Beute teilnimmt, wird er mit 40 Schlägen bestraft³⁾.

3. Wer nicht mit überlegt, bei unvermutetem Zusammenreffen (mit Genossen) aber mit stiehlt oder raubt, wird, wie wer im entscheidenden Zeitpunkte den Entschluß fasst und (als erster) zum Diebstahl schreitet, als Rädelsführer, die übrigen als Mittäter bestraft.

4. Wem bekannt ist, daß unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Menschen verkauft oder mit Uebereinstimmung (freier Einwilligung) Menschen verleitet worden sind, daß Raub oder Diebstahl ausgeführt war, und an der Beute teilnimmt, wird unter Berechnung der (ungerechten) Bereicherung (Kaufpreis, Beute), wie ein Mittäter beim Diebstahl bestraft, nicht gebrandmarkt.

5. Wer geraubte oder gestohlene Sachen kennt und sie absichtlich kauft, wird unter Berechnung der gekauften Sachen bestraft; wer sie kennt, in Empfang nimmt und versteckt, einen Grad niedriger. Die Strafe ist in keinem Falle höher als 100 Hiebe.

Wer nichts von der Sache weiß, zufällig kauft oder in Empfang nimmt, ist nicht strafbar⁴⁾.

³⁾ Bei Schlägen wird mit einer kurzen leichten Bambusrippe die Strafe vollzogen, bei Hieben mit einem längeren schwereren Stock. (Bemerkung von Mootz.)

⁴⁾ Das Gesetz kennt persönliche, sachliche und qualifizierte Begünstigung. Die Beweggründe des Hehlers sind: Täter oder Teilnehmer der Bestrafung zu entziehen, ihm die Vorteile des Verbrechens zu sichern und selbst eigenen Vorteil von der Beistandleistung zu ernten.

Die schwerste Strafe droht das Gesetz dem an, der die Idee zu der verbrecherischen Handlung erzeugt.

In einem Volke, bei dem der Einzelne so wenig selbständige, eigene

B. Ergänzungsgesetz (Li).

1. Bei dem gerichtlichen Verhör eines Hehlers wegen Verborgenhaltens (Personenhehlerei) oder wegen Teilnahme an

Gedanken haben darf, ist das doppelt wichtig. Der gewöhnliche Mann läßt sich leicht führen, aber auch leicht verführen.

Nach dem, der die Idee bringt, ist der, der überlegt, berät, alle Schliche und Züge ausdenkt, der meist belastete Mann.

In dem Ausspinnen eines Gedankens, der, wenn ausgeführt, Nutzen bringt, ist der Chineser ja Meister. Tag und Nacht kann er brüten bis er meint, es gefunden zu haben. Und gerade in den Hütten der Hehler werden die bösen Pläne zur Ausführung von Raub und Diebstahl geschmiedet. Die Hehler betreiben meist eine Speisewirtschaft, Krämerei oder haben ein Vergnügungslokal und sind, früher selbst zur „Zunft“ gehörig, erfahrene, weise Ratgeber der Verbrecher.

Ueberlegen ist also hier ein selbständiges Vergehen (*delictum sui generis*); ebenso wie Anstiften. Daß dem Verbrecher die Begünstigung vorher zugesagt sein muß, ist nicht ausgesprochen, liegt aber zweifellos darin.

Der erste Satz des Gesetzes stellt die Strafe für Hehlerei bei Raub (强盗 Wegnahme mit Anwendung von Gewalt) fest.

Die Strafe der Verbannung auf 3000 li weit von dem ursprünglichen Wohnsitz weg, ist nicht leicht. Der Sträfling wird in die menschenarmen Gegenden im Westen oder Norden des Reiches, früher viel in die nördliche Mandschurei, deportiert und hat dort für sein Durchkommen Sorge zu tragen.

Im zweiten Satze des Gesetzes ist die Strafe für Hehlerei und Diebstahl (竊盜 [heimliche] Wegnahme, ohne Anwendung von Gewalt) festgesetzt.

Der dritte Satz des Gesetzes gilt sowohl für Hehler als für Verbrecher; demjenigen, der zum Verbrechen anführt (anstiftet), wird schwerere Strafe angedroht. Der Unterschied aber zwischen Rädelführer (Anführer) und Mittäter trifft nur bei Diebstahl ein; nach ausgeführtem Raube wird Täter und Teilnehmer mit dem Tode bestraft.

Im vierten Satze wird Begünstigung bei Verbrechen und Vergehen wider die persönliche Freiheit und bei Kuppelei mit derselben Strafe bedroht, wie die Beteiligung an Gegenständen, die als von Raub oder Diebstahl herrührend bekannt sind. Die hier festgesetzte Strafe ist folgende: Wegnahme (Diebstahl) im Werte unter einem Liang (ein Liang = 37,80 g Silber) Strafe = 60 Hiebe; 1–10 Liang 70 Hiebe; bis 20 Liang 80 Hiebe; 30 Liang 90 Hiebe; 40 Liang 100 Hiebe;

der Beute ist genau zu unterscheiden, ob er mit angestiftet oder mit überlegt hat: dann erst kann er nach dem Lü (Gesetz) als Hehler geköpft werden. Wer nur herbeilockt, Aufenthalt gewährt, verkehren, wohnen und übernachten läßt, ohne angestiftet oder mit überlegt zu haben, ist nach (folgendem) Li als Verborgenhalter zu deportieren; er kann nicht mit dem Buchstaben (des Gesetzes) allgemein belastet, einfach als Hehler bestraft werden.

2. Wenn Hausgenossen und Gesinde einer starken Familie sich zusammenrotten und rauben, Beamte töten, Kassen plün-

50 Liang 60 Hiebe und 1 Jahr Bann (der mit dem Bann Be-
strafte hat seine Heimat während der Dauer der ver-
hängten Strafe zu verlassen und den Beamten eines andern
Bezirks als Briefträger, Meldereiter oder Hauskuli [Knecht]
zu dienen).

60 Liang 70 Hiebe und 1½ Jahre Bann

70 „ 80 „ „ 2 Jahre Bann

80 „ 90 „ „ 2½ Jahre Bann

90 „ 100 „ „ 3 Jahre Bann

100 „ 100 „ „ 2000 li weite Verbannung

110 „ 100 „ „ 2500 „ „ „

120 „ 100 „ „ 3000 „ „ „

über 120 Liang wird der Diebstahl mit dem Tode durch Erhängen be-
straft; wer sich zum drittenmal des Diebstahls schuldig gemacht, wird
ohne Berechnung des Gestohlenen (ob viel oder wenig) gehängt.

Diese Strafe tritt auch ein bei dem fünften Satze des Gesetzes; hier
handelt es sich um die sogen. Partiererei oder Sachhehlerei.

Das Gesetz sagt nichts über Hehlerei, die „gewerbe- oder gewohn-
heitsmäßig“ betrieben wird, auch nichts über Hehlerei im Rückfalle: es
ist nicht ersichtlich, ob bei Hehlerei im Rückfalle dieselbe Strafe Platz
greift, wie bei Diebstahl im Rückfalle.

Dieses Gesetz über Hehlerei wird durch Ergänzungsgesetze (Li)
weiter erläutert und erweitert.

Die Ergänzungsgesetze schöpfen aus der richterlichen Erfahrung und
greifen mehr in die Wirklichkeit ein, während das Gesetz in vornehmem
Tone den Weg des Rechts zeigt und vieles dem freien richterlichen Er-
messens anheimstellt. (Bemerkung von Mootz.) Ueber Diebstahlstrafe
vgl. auch chinesisches Strafrecht S. 44.

dern, Gefängnisse öffnen, brandstiften, muß das Haupt der starken Familie sie zur Untersuchung an Beamte ausliefern. Wenn dem Familienhaupte der Vorfall bekannt ist und er willentlich das unterläßt, so ist nebst der Todesstrafe, die den wirklichen Täter trifft, die Strafe der Hiebe, des Gefängnisses, der Verbannung insgesamt in Dienste unter dem in der Nähe liegenden Militär umzuwandeln.

3. Wer als Hausdiener oder Gärtner eines Verwalters am Kaiserlichen Hofe, Leute, die verdächtig sind, herbeilockt oder zwei und mehr Räuber oder über fünf Diebe verborgen hält, oder wer im Hause Beute mit ihnen teilt, wird verhört und in der Nähe der Grenze unter das Militär gesteckt; wer anstiftet und mitüberlegt, wird nach dem Lü unter erschwerenden Umständen verurteilt. Hat der Verwalter damit etwas zu tun, wird er abgesetzt und bestraft.

4. Wer an Plätzen, wo heimatloses Gesindel sich aufhält, Räuber zum Raube einführt, um geheime Feindschaft zu rächen, oder wer alle Schliche und Kniffe (auch Maßnahmen der Behörde) ausspioniert und hinterträgt, so daß die Räuber fliehen und entkommen, der wird nach dem Gesetz über Spione geköpft; sein Kopf wird ausgesteckt der Menge zur Schau (Warnung).

5. Wer weiß, daß es gestohlene Sachen sind und davon kauft oder annimmt, wird, wenn es über zwei Pferde oder Esel oder Silberwaren (Sachen) im Werte über der „Vollzahl“ sind, verhört und ohne Unterschied, ob es der erste oder zweite Fall bei dem Manne ist, mit einem Monat (den) Holzkragen (zu tragen) bestraft; ist es der dritte Fall, wird er nicht mit dem Holzkragen bestraft, sondern in der Nähe der Grenze unter das Militär gesteckt (Hehlerei im Rückfall)⁵⁾.

⁵⁾ Als „Vollzahl“ ist

1. beim Kaufe von gestohlenen Sachen 80 Liang,

2. bei Annahme von gestohlenen Sachen 100 Liang,

3. bei Sachen, die von der Teilnahme an der Beute herrühren 120 Liang festgesetzt. (1 Liang = 37,80 g Silber). (Bemerkung von Mootz.)

Im neunten Jahre von T'ung Tschy (1871) verbessert und abgeändert⁶⁾.

⁶⁾ In diesem noch ziemlich neuen Li wird ein ganz anderer Ton angeschlagen, als in dem Lü (Gesetz). Es tritt eine ganz neue Art der Strafe ein: die Deportation.

Diese Ahndung für Vergehen gibt dem Staate die Möglichkeit, in dem Sträfling einen Verbrecher los zu werden, ihn wenigstens unter scharfe Aufsicht zu stellen und unschädlich zu machen. Von der Strafe der Deportation wird, dem Li nach zu schließen, häufig Gebrauch gemacht.

Die mildeste Art ist, den Sträfling in ein nahes Militärlager zu stecken, wo er als Arbeiter und Lagerkuli oder auch als Soldat Verwendung findet. Die chinesischen Lager sind zu dieser Haft passend gebaut. Durch das große Tor, an dem stets die Wache steht, kann so leicht niemand unbeachtet entkommen. Auf dem hohen Walle geht hinter der Brustwehr der Posten, jeden, der über den Wall steigt, soll er bemerken. Ist der Sträfling erst einmal in der Militärkolonie, so wird ihm das Entfliehen schwer. Auch fügt sich der Chinese leicht, tut seine Arbeit und fühlt sich mit der Zeit wohl unter den Soldaten.

Schwieriger wird es, wenn der Sträfling an den fernen Grenzgegenden seine Strafe unter dem Militär verbüßen muß. Schon das Weitweg von der Heimat, das Unwirtliche des Landes, die ganze Rauheit des Daseins, die Oede der Fremde machen den Aufenthalt drückender: jedoch sind auch hier Fluchtversuche selten. Der Sträfling hat es schließlich nicht viel schlimmer als der besoldete Soldat.

Verschärft wird die Strafe der Deportation dadurch, daß der Sträfling in die Malaria- und Sumpfigenden gesandt wird, wo Krankheit und die Furcht vor dem Tode am Fieber ihn quält, oder daß er am Orte seiner Strafe eine Zeitlang den Holzkragen tragen muß.

Die schwerste Art dieser Strafe ist die Deportation in den äußersten Westen des Reiches, an die Grenze von Turkestan. Hier sind die Militärlager die reinsten Arbeiterkolonien. Der Transport von Proviant für das dort liegende Militär ist schwierig und kostspielig. Deshalb gehören zu den Lagern große Strecken Landes, die von den Soldaten bebaut werden müssen, um das nötige Getreide dort zu ziehen. Die Winterkälte, die Dürftigkeit der Nahrung und Kleidung setzen hier den Sträflingen so zu, daß sie bald erliegen.

In den Bestimmungen der Rechtsverhältnisse im Schutzgebiete hier, wo auch das chinesische Recht angewandt werden kann, ist von Deportation nichts erwähnt. Vielleicht wäre es gut, sie beizubehalten und an geeigneten Plätzen unserer auswärtigen Besitzungen Arbeiterkolonien für chinesische Sträflinge zu errichten. Der mit Deportation bestrafte Chinese

Wer als Nachbar von Räubern um den Raub weiß, ihn aber nicht anzeigt, wird mit 100 Hieben bestraft.

Wenn jemand als Hehler von Räubern oder Dieben mit Angehörigen zusammen wohnt und diese ihn anzeigen, so

ist kein Verbrecher nach unserem Sinne; schwere Verbrechen werden nach dem chinesischen Strafrecht mit dem Tode bestraft. Der Mann, der wegen eines Vergehens deportiert wird, ist sittlich nicht schlechter und steht nicht niedriger, als der gewöhnliche Arbeiter, Krämer und Bauer: er ist „leider“ bei seinem unlauteren Gewerbe ertappt worden, der andere eben noch nicht oder wird es nie.

Diese Leute würden ihre Straffahre in der Fremde äußerst willig und gehorsam abarbeiten. Bewachung und Unterhaltungskosten würden sie abverdienen: im chinesischen Schutzgebiet kommt beides wohl teuer zu stehen.

Nachdem der erste Satz dieses 1871 erlassenen Ergänzungsgesetzes auf gründliche Untersuchung und genaue Feststellung der Schuld hingewiesen und die Strafe der Deportation angekündet hat, schreitet der zweite Satz direkt in die Wirklichkeit hinein.

Eine „starke Familie“ ist oft ein ganzer Dorfkomplex, ja ganze Dorfverbände, oder in den Dörfern und Städten wiederum einzelne Stämme, die zusammengehören, zusammen ein festgefügtes Gemeinwesen bilden, die ihre eigene Chronik führen, ihre Siedlungsgeschichte, ihre Kämpfe mit anderen Stämmen aufgezeichnet besitzen und hochhalten.

Es gibt viele Dörfer, in denen alle männlichen Bewohner denselben Geschlechtsnamen haben. Die älteren Männer leiten das Gemeinwesen. Und wenn einer unter ihnen durch Alter, Bildung und Geschick oder durch Titel, die er bei einer Staatsprüfung sich erwarb, die anderen überragt, ist er der Leiter des Ganzen.

Daß eine solche starke Familie sehr gefährlich werden kann, ist verständlich. Ihre Macht wird aber für immer gebrochen, wenn die Mitglieder den Militärlagern einverleibt werden.

Der dritte Satz des Gesetzes läßt uns einen Blick tun in Vorkommnisse bei Hofe. Der Hof nimmt im ganzen Gesetzbuche eine Ausnahmestellung ein.

Es folgt nun noch eine ganze Reihe von Ergänzungsgesetzen, die insofern von Interesse sind, als sie mehr und sicherer in das Leben und in die Verhältnisse des chinesischen Volkes einführen, als die sogen. „Alten Chinakenner“. Sie mögen deshalb folgen. (Bemerkung von Mootz.) Ueber die Dorfgemeinschaft und die Dorfhaftung s. Rechtsvergl. Studien S. 179 f.

werden sie nicht bestraft; wenn Angehörige um die Sache wissen und an der Beute teilnehmen, so werden sie als Mittäter nach dem Li betreffend Raub oder Diebstahl bestraft; jedoch einen Grad niedriger.

Wenn Vater oder ältere Brüder ihre Söhne oder jüngere Brüder nicht meistern noch zügeln können, so daß sie Hehler werden, so sind sie wie bei Raub und Diebstahl von Angehörigen zu bestrafen.

Tschia Tsch'ing im sechsten Jahre (1802) verbessert und abgeändert.

Wer Beamter war oder ist und hehlt oder verborgen hält, sei es bei Diebstahl oder Raub, wird, wenn er nach diesem Lü oder Li wegen Hehlerei mit dem Tode durch Enthauptung bestraft war, sofort geköpft; sein Kopf wird ausgesteckt, um die Bestrafung zu zeigen¹⁾. Wenn Todesstrafe mittels Erhängen festgesetzt war, so wird er sofort gehängt. Wenn Gefängnis, Verbannung, Dienst unter dem Militär als Strafe festgesetzt war, so wird er nach Hëi Lung Tschiang (dem schwarzen Drachenfluß = dem Amur) deportiert und dort als Läufer (Amtdiener) verwandt.

Tau Kuang, im ersten Jahre (1821) Zusatz.

1. Wird ein Getreideschiff mit Tributreis beraubt, so werden Schiffsführer und Mannschaften, die herbeigelockt, verborgen gehalten oder an der Beute teilgenommen haben, nach dem Li bestraft.

Wer jedoch zu der Zeit, als der Vorfall sich ereignete, den Hilferufenden nicht antwortete und nicht kräftig Hilfe leistete, wird, nach Unterscheidung ob Raub oder Diebstahl

¹⁾ Sofortige Enthauptung im Gegensatz zum gewöhnlichen Fall, wo die Hinrichtung erst zur üblichen Zeit (im Herbst) stattfindet; denn letzterenfalls ist inzwischen Begnadigung möglich, ja wahrscheinlich. Enthauptung gilt aber als schwerer, denn Erdrosselung, weil die Enthauptung im Jenseits die Seele schädigt. Vgl. Chinesisches Strafrecht S. 16; Alabaster, Chinese Crim. Law p. 59, 115 f.; Gray, China I p. 330.

vorliegt, nach dem Li betreffend „Hehlerei und nicht zur Ausführung geschritten noch an der Beute teilgenommen“ bestraft; jedoch einen Grad niedriger.

Wird durch Untersuchung des Beamten der Wachsoldaten die Sache nicht festgestellt, so ist er zur Verantwortung zu ziehen^{*)}; gelingt es, Helfer der Anführer oder mehrfach beschuldete Diebe, Räuber, Haupthehler festzunehmen, so wird von der oberen Behörde Belohnung ausgeteilt.

2. Wer herumschweifendes Gesindel aus auswärtigen Provinzen bei sich weilen läßt, wird nach dem Li betreffend „Herbeilocken und Einführen von verdächtigen Leuten“ bestraft und in der Nähe der Grenze unter das Militär gesteckt.

3. Bei Einsetzung von Ortsvorstehern, Gemeindevorstehern etc. müssen fleißige, ehrliche und gewandte Leute ausgewählt und mit diesen Aemtern betraut werden. Anmaßende Gesellen, die kraft ihres Amtes eine Zwingherrschaft ausüben (die Gemeinde terrorisieren), sind durch den zuständigen Beamten in ein scharfes Verhör zu nehmen, nach erfolgter Untersuchung ihres Amtes zu entsetzen und streng zu bestrafen.

Wenn sie bei Untersuchungen und Nachforschungen nach Dieben und Räubern kräftig mithelfen, der Wahrheit entsprechende Anzeigen machen, werden sie wie Polizisten, welche Mitglieder einer Bande bis über die Hälfte der Bande festgenommen haben, und nach der Zahl der Leute belohnt.

Wenn die Vorsteher wissen, daß es Leute gibt, die des Raubes, des Diebstahls, der Hehlerei dringend verdächtig sind und sie aus Furcht vor den Folgen verheimlichen, werden sie mit 80 Hieben bestraft. Bei Diebstahl ist zwischen der Schwere oder Unbedeutendheit des Falles zu unterscheiden und ein Verweis zu erteilen.

Wenn der Älteste einiger Familien die Sache bei den Vor-

^{*)} Ueber die Haftung des Untersuchungsbeamten, der nicht zum Ziel kommt, Chines. Strafrecht S. 80, 88; Chin. Rev. VIII p. 1.

stehern anzeigt, und diese es nicht weiter geben, so werden sie bestraft; den Aeltesten, der die Sache angezeigt, trifft keine Strafe. In Geldsachen, Ehesachen, Grundbesitz (bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten) ist der Ortsvorsteher nicht zu fragen. Nur bei Gefährdung des menschlichen Lebens (Strafrechtspflege) sind die Nachbarn und Ortsvorsteher zu verhören.

Die Spielstellen sind die bergenden Nester der Räuber und Diebe. Diese müssen stets gleich Raub und Diebstahl untersucht werden.

Wenn es in einer Gegend eine Warte gibt, wo die Dorfbewohner je nach ihren Stämmen zusammenkommen, und es sind über hundert Leute zusammen, so haben nicht die Ortsvorsteher einzutragen und zu prüfen (die Personen zu beurkunden), sondern aus dem Stamme ist ein angesehener Mann zu wählen, der als Stammvorsteher einzusetzen ist. Findet sich nichtsnutziges Gesindel, so hat er Anzeige zu erstatten. Wenn er, beeinflußt von seinen Gefühlen, die Sache verbirgt, wird er wie die Ortsvorsteher bestraft.

4. Wenn es im Aufsichtsgebiet des Ältesten einiger Familien Diebe oder Räuber gibt, wird er, auch wenn er nichts von der Sache weiß, durch Untersuchung aber nichts herausbringen kann, mit 40 Schlägen bestraft^{*)}; Vorsteher von zehn Familien und der Ortsvorsteher werden gradweise niedriger bestraft.

5. Alles verdächtige Gesindel, Stromer, Bösewichter, Schwindler, deren Vergangenheit nicht durchsichtig ist und die sich heimlich in die Hauptstadt eingeschlichen haben, um in deren Stadtbezirken zu wohnen, müssen von den Bezirksbeamten ermittelt werden, dadurch, daß man jede Herberge, jedes Kloster, Schulhallen genau durchsucht, sich von dem Bewohner eine freiwillige Bescheinigung geben läßt mit der Erklärung, daß sich niemand Verdächtiges dort aufhält. Diese

^{*)} Wiederum die Haftung des nicht zum Ziele kommenden Untersuchungsführers, vgl. Chinesisches Strafrecht S. 30.

Bescheinigung wird jeder Behörde zur Prüfung und Einsicht vorgelegt.

Wer als Hausbesitzer eine Wohnung vermietet, muß sich Erklärungen einholen über die Vergangenheit des Bürgen und muß von den Nachbarn Erkundigungen einziehen. Findet sich einer von oben benannter Sorte der Herumstreicher, so ist er mit gegenseitiger Unterstützung hinauszuerwerfen. Wer Bestechung angenommen und somit, beeinflußt von seinen Gefühlen, Aufenthalt gewährt, wird bestraft. Der verdächtige Mensch wird nach dem Lü (Gesetz) bestraft und in seine Heimat befördert. Die Besitzer der Herbergen, Klöster, Tempel werden ebenfalls bestraft.

Wenn der Bezirksamtman den Fall nicht herausuntersucht, wird er seiner oberen Behörde angezeigt und zur Verantwortung gezogen.

In die Listen eingetragene Bürger, die ein ständiges Besitztum haben, oder Amtsanwärter (Kandidaten), Amtsbewerber, Bücherleser, Kaufleute etc., die glaubwürdige Beweise (Papiere) haben, dürfen nicht ausgewiesen werden.

Wer aber (von den stellesuchenden Beamten) unter geliehenen Vorwänden Erpressungen (von Geld) vornimmt oder das Volk verwirrt und aufwiegelt, wird nach dem Li betreffend „Furcht erwecken“ bestraft.

6. Wenn Lau-Kuaräuber¹⁰⁾ in einer Gegend sind und die Nachbarn und Ortsältesten von der Sache wissen, ihnen dessenungeachtet Aufenthalt gewähren, werden sie in der Nähe der Grenze unter das Militär gesteckt. Wenn sie nichts von der Sache wissen und Aufenthalt gewähren, werden die Nachbarn und Ortsältesten mit 80 Hieben bestraft, weil sie unterlassen haben, nachzuforschen.

Wenn ein Nachbar, Ortsältester, Soldat (Polizist) oder Bürger Spuren von Lau-Kuaräubern entdeckt, dem zuständigen

¹⁰⁾ Spitzname einer gefährlichen Bande; wörtlich übersetzt: „Alte-Gurken-Räuber“ (Bemerkung von Mootz).

Beamten davon Anzeige macht, so hat der betreffende Beamte die Festnahme zu veranlassen; er darf den Namen des Anzeigenden nicht kundtun. Gelingt es, den Lau-Kuaräuber festzunehmen und die Untersuchung ergibt, daß er wirklich einer ist, so erhält der Anzeiger eine Belohnung. Wenn solche Räuber den, der es angezeigt hat, verletzen, so ist dies strafrechtlich zu verfolgen.

Ist der angezeigte Räuber ein Hauptmann (Anführer), so wird als Belohnung 50 Liang festgesetzt; ist er ein Mittäter, 25 Liang. Sind von den Angezeigten mehrere gefaßt worden, so ist nach ihrer Zahl die Belohnung zu verabfolgen. Das Geld (Belohnung) ist den Beständen der Konfiskation zu entnehmen.

Wer aus Rache und Feindschaft falsche Anzeigen macht, wird nach dem Li betreffend „falsche Anschuldigung“ bestraft¹¹⁾.

7. Wer Aufenthalt gewährt und Gesindel in seinem Hause nisten läßt, wird, wenn er anstiftet oder zur Ausführung schreitet, an der Beute teilnimmt oder für andere (die Beute) verkauft, an die äußerste Grenze in die Malariagebiete deportiert und unter das Militär gesteckt. Auf seinem Gesicht werden die zwei Schriftzeichen 改發 eingeätzt¹²⁾.

Entflieht er und wird er wieder festgenommen, so wird er nach Hsin tchiang¹³⁾ deportiert und dort bei dem Landbau als Arbeiter verwandt.

Wer nicht angestiftet hat und nicht zur Ausführung geschritten ist, aber als Hehler Aufenthalt gewährt, an der Beute teilgenommen hat, jedoch nur einen unbedeutenden Teil davon erhielt, oder lediglich für andere Beute verkaufte, wird einen Grad niedriger bestraft.

¹¹⁾ Alabaster p. 502 f.

¹²⁾ 改 Kai = ändern, verbessern, 發 fa = wegsenden. (Bemerkung von Mootz). Vgl. auch XVII S. 200.

¹³⁾ Hsin tchiang = „neue Grenze“ ist das östliche Turkestan. (Bemerkung von Mootz.)

Wer Untertanen mohammedanischen Glaubens, welche Diebstahl begangen haben, als Hehler verborgen hält, wird an die Grenze deportiert und nach dem Li betreffend „Aufenthalt gewähren und Gesindel bei sich nisten lassen“ bestraft.

Tschia tsch'ing, im 6. Jahre (1802) und im 19. Jahre (1815) verbessert und abgeändert. Tau Kuang, im 10. Jahre (1831) und im 25. Jahre (1846) veröffentlicht.

Wer als Hehler Leute einführt, bei Raub oder Diebstahl mit zur Ausführung schreitet und Beute erlangt, ist nach dem Lü (Gesetz) betreffend „Raub“ zu verurteilen. Wer nicht zur Ausführung schreitet und nicht Beute erlangt, sondern lediglich das Objekt (der verbrecherischen Handlung) ausspäht und aushorcht, alle Schliche und Kniffe kennt, Leute einführt, ihnen den Weg weist: wird wie ein „Hehler von Räubern, der angestiftet, nicht zur Ausführung geschritten und nicht an der Beute teilgenommen hat“¹⁴⁾, bestraft und nach Hsin tschiang deportiert; dort wird er den Beamten (Offizieren) und Soldaten als Sklave zugewiesen.

T'ung tschy, im 9. Jahre (1871) verbessert und abgeändert.

Wer als Hehler anstiftet und an der Beute teilnimmt, ist nicht nach dem Lü (Gesetz) betreffend „Diebstahl unter Berechnung nur eines Geschädigten, und zwar dessen, dem das meiste weggenommen wurde“, zu verurteilen¹⁵⁾, sondern es ist das Weggenommene aller Geschädigten insgesamt zu berechnen. Hat die Beute den Wert von 120 Liang und darüber erreicht, so wird (der Hehler) zum Tode durch Erhängen verurteilt; steht der Wert unter 120 Liang, so ist ebenfalls die Beute (bei mehreren Geschädigten in einem Falle) insgesamt zu berechnen und hiernach die Strafe zu bemessen.

Tschia tsch'ing, im 20. Jahre (1816) verbessert und abgeändert.

¹⁴⁾ Vgl. S. 251, 264.

¹⁵⁾ Nach den Regeln der Realkonkurrenz; im chinesischen Recht gilt der Absorptionsgrundsatz, Chinesisches Strafrecht S. 81.

Wer als Hehler von Räubern anstiftet, nicht zur Ausführung schreitet und nicht an der Beute teilnimmt, wird nach Hsin tschiang deportiert und Beamten (Offizieren) und Soldaten als Sklave zugewiesen.

Wer nicht anstiftet, nicht zur Ausführung schreitet und nicht an der Beute teilnimmt, lediglich um die Sache weiß, wird, wenn er einem Menschen Aufenthalt gewährt, in die Nähe der Grenze deportiert und unter das Militär gesteckt. Wenn er zwei Menschen Aufenthalt gewährt, so wird er nach Hsin tschiang deportiert und Beamten und Soldaten als Sklave zugewiesen; wenn er über drei Leuten Aufenthalt gewährt, so muß er am Orte der Deportation 3 Monate lang den Holzkragen tragen. Wenn er über fünf Leuten Aufenthalt gewährt, so muß er 6 Monate lang den Holzkragen tragen.

Wer um die Sache weiß und an der Beute teilnimmt, wird in jedem Falle ohne Rücksicht darauf, wie vielen Leuten er Aufenthalt gewährt hat, nach dem Lü (Gesetz) betreffend „Hehlerei“ geköpft.

T'ung tschy, im 9. Jahre (1871) verbessert und abgeändert.

Wird in der Heiningegend (einem Bezirk in der Provinz Kansu) eine geheime Herberge (Raubnest) gefaßt, so sind die Bewohner — abgesehen von „gesetzlosen“ (schweren) Verbrechen, die offenbar werden und worauf Todesstrafe steht —, welche an den Berghängen an kleinen Pfaden seit Jahren oder seit Monaten eine geheime Herberge errichtet oder eröffnet haben, wie folgt zu bestrafen:

Der Rädelsführer wird nach dem Li betreffend „geheimen Verkehr mit den Miau tay“ an die weitentlegene Grenze deportiert und unter das Militär gesteckt.

Der Mittäter wird mit 100 Hieben und 3 Jahren Bann (Arbeitsdienst) bestraft.

Tau kuang, im 5. Jahre (1826) Zusatz.

Untertanen mohammedanischen Glaubens, die sich der Hehlerei beim Diebstahl schuldig gemacht und zur Deportation an die äußerste Grenze in die Malariagegenden zu verurteilen sind, werden nach Hsin tschiang deportiert und Offizieren und Soldaten als Sklaven zugewiesen.

Tau kuang, im 10. und im 25. Jahre verbessert und abgeändert.

Wer in den fünf Bezirken von Schun t'ien fu (Peking) oder in den beiden Provinzen Tsch'i li und Schantung als Hehler Dieben Aufenthalt gewährt, wird, wenn es ein oder zwei Leute sind, mit 100 Hieben und 3 Jahren Bann (Arbeitsdienst) bestraft; wenn es über drei Leute sind, in die Nähe der Grenze deportiert und unter das Militär gesteckt. Sind es über fünf Leute, wird er nach Yün nan oder Kui tschou oder in eine der Kuangprovinzen an die äußerste Grenze in Malariagegenden deportiert und unter das Militär gesteckt.

Wer Aufenthalt gewährt und Gesindel bei sich nisten läßt, einerlei ob die Beschuldigten dort Diebstahl ausführten oder nicht, wird, wenn er um die Personen wußte und ihnen als Hehler Aufenthalt gewährte, nach Yün nan oder Kui tschou oder in eine der Kuangprovinzen an die äußerste Grenze in Malariagegenden deportiert und unter das Militär gesteckt. Ist auf Todesstrafe zu erkennen, so muß die Strafe schwerer bemessen werden.

T'ung tschy, im 9. Jahre (1871) verbessert und abgeändert.

Wenn in einer Strafsache bei Räubern klar wird, daß jemand um die Sache gewußt und Beute gekauft hat, so ist er nach dem Li über Seeräuber mit Unterscheidung, ob es der erste Fall ist oder ob es Rückfälle sind, zu bestrafen¹⁶⁾.

Wer um die Sache gewußt und Beute genommen oder verborgen gehalten hat, oder wer für andere die Beute ab-

¹⁶⁾ Ueber diesen Li vgl. oben S. 251 und 268.

nimmt, wird im ersten Falle mit 80 Hieben und 2 Jahren Bann (Arbeitsdienst) bestraft; im zweiten Falle mit 90 Hieben und 2½ Jahren Bann, im dritten Falle und darüber mit 100 Hieben und 3 Jahren Bann.

Ttschia tsch'ing, im 19. Jahre (1815) Zusatz.

T'ung tschy, im 9. Jahre (1871) erlassen.

Wenn jemand in der Provinz Kuang tung und Kuang hsi als ruchloser Hehler Gesindel bei sich nisten läßt, die nun Leute fangen, einsperren, der Freiheit berauben, ihre Auslösung (bei den Angehörigen der Ueberfallenen) erpressen, und wenn er mit ihnen Beute teilt, so wird der Hehler, einerlei ob er Beute erhalten hat oder nicht, ob viel oder wenig Leute festgenommen wurden oder ob es der erste Fall ist oder Rückfälle, auch wenn er nicht zur Ausführung geschritten ist, sofort geköpft.

Wer nicht angestiftet, vorher aber mit überlegt hat, ist nach erfolgter Untersuchung, ob Mißhandlung oder Quälerei, die (das Opfer) zum Selbstmorde trieb, vorliegt oder nicht, mit dem Tode durch Enthaupten oder mit Deportation zu bestrafen.

Wer nicht angestiftet und vorher nicht mit überlegt hat, nach ausgeführtem Verbrechen aber als Hehler die Täter verborgen hält, Leute einsperrt und ihre Auslösung erpressen läßt, wird, wenn die Täter mit Enthauptung oder Erhängen zu bestrafen sind, als schuldiger Hehler nach Hsin-tschiang deportiert und Offizieren und Soldaten als Sklave zugewiesen; sind die Täter mit Deportation zu bestrafen, so wird der Hehler an die äußerste Grenze — volle 4000 Li weit weg — deportiert und unter das Militär gesteckt.

Wer als Täter der Freiheitsberaubung oder der Erpressung zur Auslösung sich selbst schuldig gemacht, ohne daß jemand als Hehler dabei beteiligt gewesen, wird nach diesem Li unter erschwerenden Umständen bestraft.

Vater und ältere Brüder des Verbrechers werden nach erfolgter Untersuchung, ob sie an der Beute teilgenommen

haben oder nicht, nach dem Li über „Diebstahl“ bestraft¹⁷⁾.

Wer als Nachbar, Aeltester, Ortsvorsteher Bestechung angenommen hat und die Sache verheimlicht, wird selbstredend streng bestraft. Er wird aber nach dem Li über Diebstahl bestraft, wenn er um die Sache gewußt hat und sie nicht zur Anzeige brachte. Das Haus, in dem die Hehlerei stattfand und in dem der Ueberfallene eingesperrt war, wird, wenn der Hausbesitzer um die Sache gewußt hat, konfisziert¹⁸⁾.

Wenn seit einigen Jahren diese Verbrechen auch geschwunden sind, so muß doch zeitweise darüber noch berichtet und darüber beraten und befunden werden.

Tau Kuang, im 25. Jahre (1846) Zusatz.

T'ung Tschy, im 9. Jahre (1871) erlassen.

Wer in der Provinz Schantung Mitglieder der Nienfu¹⁹⁾-Räuber als Hehler bei sich weilen läßt — ob er nun mit zur Ausführung geschritten ist oder nicht —, wird, wenn die Verbrecher, die er als Hehler bei sich weilen läßt, Raub oder Diebstahl, Betrug oder Erpressung, gewaltsame Verpfändung oder Aufwiegelung ausgeführt haben, nach dem Li der betreffenden Fälle als Rädelsführer bestraft. Sind auch seit einigen Jahren diese Verbrechen geschwunden, so muß doch darüber berichtet und nach dem alten Li die Sache geschlichtet werden.

Tau Kuang, im 25. Jahre (1846) Zusatz.

Wenn in einem Verfahren gegen Seeräuber klar wird, daß jemand der Abnahme und des Kaufes von geraubten

¹⁷⁾ Vgl. auch Chinesisches Strafrecht S. 21 f. über die Haftung von Familiengliedern.

¹⁸⁾ Einziehung der Mittel der Vergehung, Chines. Strafrecht S. 17; Gray II p. 289.

¹⁹⁾ Die Nien fu (捻 匪) Räuber, eine gefürchtete Bande, haben diesen Namen von dem mit eingeöltem Zwirn gewirkten Turban, den die Mitglieder als Erkennungszeichen tragen. (Bemerkung von Mootz.)

Sachen sich schuldig gemacht²⁰⁾, wird er, ohne Rücksicht darauf, ob es viel oder wenig war, im ersten Falle mit 100 Hieben und 3 Jahren Bann (Arbeitsdienst) bestraft, im zweiten Falle in die Nähe der Grenze deportiert und unter das Militär gesteckt, im dritten Falle und darüber wird er nach Hsintschiang deportiert und Offizieren und Soldaten als Sklave zugewiesen.

Tschia tsch'ing, im 19. Jahre (1815) Zusatz.

Kuang hstü, im 1. Jahre (1874) vervollständigt.

²⁰⁾ Vgl. über den Li betreffend die Hehlerei bei Seeraub auch oben S. 251. Vgl. auch oben S. 265.

XII.

Beiträge zum griechischen Recht*).

2. Juristisches aus griechischen Inschriften.

Von

Dr. Erich Ziebarth, Hamburg.

Der reiche Zuwachs an Inschriften, wie er meist in den in Athen erscheinenden Zeitschriften der verschiedenen archäologischen Institute zuerst mitgeteilt wird, bringt alljährlich auch dem griechischen Recht neue Aufklärung. Doch ist es dem Juristen nicht immer leicht, den Ertrag der neuen Ernte zu übersehen. Deshalb soll an dieser Stelle in zwanglosen Berichten auf neue und juristisch wertvolle Funde hingewiesen, nicht aber ein erschöpfender Bericht aus der Literatur über das griechische Recht gegeben werden.

Die inschriftlichen Funde auf griechischem Boden zerfallen gewöhnlich in zwei Gruppen. Die eine wird gebildet durch die zufällig etwa durch einen Bauer beim Pflügen oder durch einen modernen Hausbau dem Boden abgewonnenen Funde, die andere besteht aus den Ergebnissen der planmäßigen Ausgrabungen größeren Stils, wie sie immer gleichzeitig an mehreren Stellen im Gange sind. Die umfassendere Kunde von den Rechtsverhältnissen in einer bestimmten Stadt pflegt naturgemäß die zweite Gruppe von Inschriften zu liefern, und darum sei mit dieser begonnen.

Im Mittelpunkt des Interesses stehen augenblicklich die deutschen Ausgrabungen in Pergamon und Milet und die französischen in Delos. Da die neuen Berichte über die letzten

*) Vgl. oben XVI S. 249 ff.

Funde von Pergamon und Milet gerade noch zu erwarten sind, sei mit Delos begonnen.

In Delos beanspruchen die größte Beachtung des Juristen, des Nationalökonomien wie des Historikers jene großen Inschriften, welche die Abrechnungen über Einnahmen und Ausgaben des gewaltig großen Tempelhaushalts und zugleich die Inventare der Tempelausstattung enthalten. Auch bei den neuen Ausgrabungen sind neue und wertvolle Beispiele von ihnen zu Tage gefördert. Sie eröffnen einen Einblick in eine Fülle von Einzelheiten auch aus dem täglichen Rechtsleben von Delos. Denn die einzigartige Bedeutung dieser Urkunden, von denen schon 1887 nicht weniger als 103 Bruchstücke vorhanden waren, beruht nicht darin, daß sie irgend einen interessanten Rechtsfall, einen einzelnen Prozeß, zu unserer Kenntnis bringen, sondern daß sie ein Gesamtbild geben von allen den oft recht schwierigen Rechtsverhältnissen, die mit dem großen Tempelhaushalt in Zusammenhang stehen. Schon der erste Entdecker und Bearbeiter dieser Steine, Théophile Homolle, hat in den Archives de l'Intendance sacrée à Delos S. 5 in klaren Strichen gezeichnet, welch eine Fülle von Problemen durch diese Urkunden gestellt wird, aber zu einer Ausarbeitung aller der nötigen Einzeluntersuchungen ist noch kaum der Anfang gemacht. Der Hauptgrund hierfür ist, daß die Veröffentlichung der Urkunden nur sehr allmählich und in langen Zwischenräumen erfolgt ist. Da aber in dem Bulletin de correspondance hellénique 1903 und 1905 nunmehr in sehr dankenswerter Weise neue und wertvolle Stücke von Tempelrechnungen mitgeteilt sind, ist es an der Zeit, den juristischen Problemen, die sie in reicher Fülle stellen, näher zu treten.

Das Vermögen des Apollo von Delos floß aus den verschiedensten Einnahmequellen, die wir in der Liste der jährlichen Einnahmen einer Reihe von Jahren bequem übersehen können.

Einen kleinen Grundstock bildet das Bargeld, welches die Pilger beim Rundgang durch die verschiedenen Tempel in den

Opferstock, den *θησαυρός*, oder in offene Sammelschalen warfen, die an den Tempeltüren im Boden befestigt waren und fortgenommen werden mußten, wenn die Türe repariert wurde¹⁾. Es war zwar meist nicht viel, aber ab und zu lag doch auch neben falschen Münzen ein Goldstück darin.

Sonst aber bestehen die regelmäßigen Einnahmen des Tempels hauptsächlich aus den Einkünften seines Vermögens. Und wie ein großes Vermögen in dem Griechenland des vierten bis zweiten vorchristlichen Jahrhunderts verwaltet wurde, dafür bieten die delischen Urkunden ein Musterbeispiel.

Als der junge Alexander zum Perserkriege aufbrach, verteilte er in königlicher Großmut einen großen Teil seines Vermögens an seine Feldherren und seine nächste Umgebung, indem er gab *τῷ μὲν ἀργὸν, τῷ δὲ κόμην, τῷ δὲ συνοικίας πρόσδοον ἢ λιμένος* (Plut. Alex. 15). Sein Königsgut bestand also u. a. aus Grundbesitz, Dörfern, Häusern und Einnahmen aus Hafenzöllen. Nicht anders war das Vermögen des Gottes von Delos angelegt.

Der Tempel war zunächst der größte Grundbesitzer auf Delos und den Nachbarinseln. Er verwaltete seinen Besitz nicht selbst, sondern verpachtete ihn auf je 10 Jahre in etwa 19—22 kleinen Gütern, deren genaue Beschreibung wir in den Rechnungsurkunden besitzen. Selten ist uns auf griechischem Boden über alle die Rechtsverhältnisse, die aus der Verpachtung eines umfassenden Grundbesitzes entstehen, so genaue Aufklärung gegeben, wie auf den delischen Urkunden. Eine Behandlung der delischen Pachtkontrakte auf Grund des neuen Materials ist durchaus nötig und wird interessante Beiträge zur Geschichte der Landwirtschaft geben, da sich namentlich auf Grund der 1903 neu veröffentlichten Rechnungen des Jahres 250 die einzelnen delischen „Agrarier“ in ihren verschiedenen landwirtschaftlichen Unternehmungen verfolgen lassen, da man be-

¹⁾ Vgl. Bull. de corr. 27, 73 Z. 77. Σωπάτρῳ καθελόντι τὰς φιάλας ὅτε τὸ θύρωμα κατεσκευάζετο καὶ ἐπιδνευάσαντι τὰς θύρας οὐ τὰ ἐπτά. 4 Dr.

obachten kann, wie der eine bei der Neuverpachtung gesteigert wird, der andere so schlechte Geschäfte gemacht hat, daß er seine Pachtung aufgeben muß, aber doch an dem ihm lieben Grund und Boden noch als Bürge des neuen Pächters beteiligt bleibt, wie endlich wieder ein anderer das Geld zur Pachtung von seinem Vater erhalten hat, der unter den Bürgen des Pachtkontraktes erscheint.

Zum delischen Mieterecht.

Ein weiterer, nicht unbeträchtlicher Teil des Vermögens des delischen Gottes war in Häusern, den *ἱερά οἰκίαι*, angelegt, die gleich den *ἱερά τρυφύνη* an Private vermietet wurden. So stehen unter den jährlichen Einnahmen auch die für die Häuser gezahlten Mieten aufgeführt und geben einen Einblick in die Mietsverhältnisse einer bedeutenden griechischen Hafenstadt. Was sonst über griechisches Mieterecht²⁾ bekannt ist, beruht auf vereinzelt Erwähnungen bei Schriftstellern und in Inschriften. Umsomehr lohnt es sich auf das reiche delische Material etwas näher einzugehen, wenn auch eine abschließende Behandlung erst möglich sein wird, nachdem die gesamten von Th. Homolle in den Archives de l'intendance sacrée à Delos (1887) p. 113 ff. aufgezählten Tempelrechnungen veröffentlicht sein werden.

Ueber die Herkunft des Häuserbesitzes³⁾ ergeben die Urkunden nur wenig. Die Häuser sind allmählich in den Besitz des Tempels gelangt. Im Jahre 434/3 steht zum ersten Male unter seinen Einnahmen in der Rubrik: *τρυφύνη, ἱερά ἡ* vermerkt *κῆποι* und *οἰκίαι* (J. G. II 1, 283), aber ohne genauere Trennung der Einkünfte nach Grundstücken, Gärten und Häusern. So ist es unmöglich, zu entscheiden, ob diese *οἰκίαι* schon Mietshäuser waren, die einen besonderen Ertrag abwarfen

²⁾ Beauchet, Histoire du droit privé de la rép. Athèn. III 97-IV 173. St. Waszynski, Die Bodenpacht I (1905) S. 9.

³⁾ Vgl. dazu Bull. de corr. hell. 14, 433.

oder ob in ihnen nur die mancherlei Ställe und Oekonomiebauten zu sehen sind, die zu den Domänen des Tempels gehörten. Im Jahre 376/5 aber werden in den uns erhaltenen Rechnungsurkunden⁴⁾ zuerst die Einnahmen aus heiligen Häusern gesondert aufgeführt. Genannt werden dabei folgende Häuser: οἰκία ἱερὰ ἢ τὴν Καλλίῳ, τὰ κεραιεῖα καὶ τὸ χαλκεῖον ἃ τὴν Λευκίπῳ, συνοικία καὶ πιθῶν ἃ τὴν Ἀφ . . . Τύννωνος, οἰκία ἢ τὴν Ἐπιχάρῳ, οἶκημα δὲ τὴν Ξένωνος; dazu noch in der neuen Urkunde, Bull. de corr. hell. 1905, 424, οἰκία ἢ τὴν Φωκ[αέως], οἰκία ἢ τὴν Καλλίῳ, οἰκία ἢ τὴν Καλλισθένους, οἰκία ἢ τὴν Χαιρεστράτου, οἰκίας ἡμῶν δὲ τὴν [Δόρ]κω[ν]ος, οἰκία Ἀπατουρίου. Daneben werden noch genannt ohne genauere Angabe ein ὑπερώιον καὶ οἶκημα, οἰκίαι καὶ γναφεῖον, οἰκίαι 2 πανδοκεῖον, συνοικία καὶ οἰκία.

Einige dieser Namen, nach denen die Häuser benannt sind, nämlich Episthenes, Euphantos, Leukippos und Tynnnon kehren in derselben Inschrift J. G. II 814 wieder als die Namen der Väter jener Delier, welche im Jahre 376/5 wegen einer Verschwörung gegen die Amphiktyonen zu Delos mit Verbannung und teilweise auch mit Vermögenskonfiskation bestraft worden sind⁵⁾. Es kann daher kein Zweifel sein, daß Homolle mit Recht die Erwerbung eines Teils der Häuser des Tempels auf die Konfiskationen des Jahres 376 zurückführt.

Außer durch Konfiskation auf Grund eines Urteils vergrößerte sich der Häuserbesitz des Tempels durch mancherlei Rechtsgeschäfte, an welchen er beteiligt war. Schon einfache Darlehen, wie sie der Tempel so vielen gewährte, konnten ihn veranlassen, den Grundbesitz säumiger Schuldner zu erwerben, wie das Beispiel der Kaufurkunden von Tenos, welche das Grundstück- und Häusergeschäft auf dieser Insel so anschaulich wiedergeben, lehrt, in denen die Formel steht (Recueil des Inscript. iurid. I 78 Z. 74): οἰκίαν ἢν ἐπρίατο Πραξίας παρὰ

⁴⁾ J. G. II 2, 817a.

⁵⁾ Vgl. Usteri, Achtung und Verbannung im griechischen Recht (Berlin 1903) S. 67.

Εὐβοῦλου κατὰ δάνειον. Noch leichter führte zum Erwerb von Grundbesitz die Hypothek⁶⁾, deren Stellung der Tempel für jeden einzelnen Schuldposten verlangte⁷⁾. So erhält Autokles, der Sohn des Teleson, im Jahre 250 gleich drei Kapitalien geliehen⁸⁾, das eine von 400 Dr. ἐπὶ ὑποθήκει τρεῖς οἰκίαι τῇ ἐν Θάκῳ ἢ τὴν Ἰερομβρότου ἢ γειτονεῦσι ἢ οἰκία ἢ Σατοροδήμου καὶ ἐπὶ τοῖς ἄλλοις τοῖς ὑπάρχουσιν Ἀδοκλεῖ πάσιν καὶ ἀναδόχοις Ἀντιγόνῳ Δημείῳ, Τηλεμνήστῳ Ἀντιγόνου, das zweite Kapital von 200 Dr. ἐπὶ ὑποθήκει τῇ οἰκίᾳ τὴν ἐπρίατο Νικάνωρ παρὰ Θεοδορίδου ἢ γειτονεῦσι ἢ οἰκία ἢ Ξενοκλείδου καὶ ἡ Ἄμνου, ἐπιχωρήσαντος Ξένωνος τοῦ Νικάνωρος . . ., das dritte Kapital von 400 Dr. auf ein Grundstück des Autokles. Hier nimmt also Autokles⁹⁾ im ersten und dritten Falle eine Hypothek auf das ihm gehörige Haus resp. Grundstück auf, bei der zweiten Anleihe aber tritt der merkwürdige Fall ein, daß der Schuldner ein Haus verpfändet, das nicht ihm, sondern dem Xenon, Sohn des Nikanor, gehört. Eine solche Verpfändung einer fremden Sache ist natürlich nur gültig¹⁰⁾, wenn der Eigentümer zustimmt, daher der Zusatz „unter Einwilligung des Xenon, des Sohnes des Nikanor“. Solche Fälle der Uebernahme von Zahlungsverpflichtungen für einen anderen müssen in Delos

⁶⁾ Vgl. P. Guiraud, La propriété foncière en Grèce S. 365.

⁷⁾ Gemeinhin wird der Gott nur erste Hypotheken angenommen haben, wie es in Amorgos ausdrücklich gefordert wird. Dittenberger, Syll.² 645, 49: καὶ κομιδὴ ἔστω πρώτη τῇ θεῷ καὶ τῶν τόκων καὶ τῶν ἀρχαίων.

⁸⁾ Bull. de corr. hell. 1903, 78 Z. 126 ff.

⁹⁾ Autokles war übrigens ein Spekulant, denn mit dem aus der Tempelkasse entliehenen Gelde pachtet er in demselben Jahre eine Domäne, die Limnai, für 443 Dr.! Doch starb er bald, denn 241 zahlen seine Kinder die Pacht der Domäne. B. d. c. h. 29, 489 n. 163 A. 18. Vgl. Z. 33. Τελέων ὅπερ τῶν παιδίων τῶν Ἀδοκλεῦς 20 Dr. Auch Z. 12 ist zu lesen: παρὰ Τελέωνος ΗΗ ὅπερ τῶν παιδίων [τῶν Ἀδοκλεῦς] τὸ δάνειον ὃ ὤφειλαν Ἀδοκλῆς ἐπὶ τῇ συνοικίᾳ τῇ Ξένωνος.

¹⁰⁾ Hitzig, Das griechische Pfandrecht S. 26, wo das delische schon Bull. de corr. hell. 1890, 452 angeführte Beispiel nachzutragen ist.

recht häufig gewesen sein¹¹⁾, denn unter den Zahlungen an die Tempelkasse findet sich eine große Anzahl mit der allgemeinen Bezeichnung ὑπὲρ τῆς οἰκίας und ὑπὲρ τῶν χωρίων, bei denen immer ein Eintreten für einen Schuldner des Gottes anzunehmen ist, da die direkten Verpflichtungen gegen die Tempelkasse, sei es auf Grund eines Darlehens oder einer Bürgschaft oder rückständiger Mieten, stets genau bezeichnet werden. Bei allen solchen Fällen aber konnte der Gott leicht in die Lage kommen, Eigentümer des Hypothekenpfandes zu werden, zumal da das delische Schuldrecht recht streng war (vgl. unten S. 286).

Eine weitere Möglichkeit, den Grundbesitz des Gottes zu vermehren, boten Schenkungen¹²⁾. Es war gar nicht ungewöhnlich, einem Gotte neben allerlei Weihgeschenken und Geräten für den Tempelgebrauch auch ganze Häuser zu schenken. So machte es der Priester des Apollon Pythios auf der Insel Jos¹³⁾, so auch Stesileos in Delos, der vor dem Jahre 278 dem Apollon ein Haus weihte, das allerdings schon 278, weil es baufällig geworden war, auf Volksbeschluß öffentlich meistbietend auf dem Markte auf Abbruch versteigert wurde und dem Tempel nicht mehr als 180 Dr. einbrachte¹⁴⁾.

Wie nun aus allen diesen Quellen der Häuserbesitz des delischen Tempels zu einer beträchtlichen Ausdehnung im dritten Jahrhundert sich entwickelt hatte, das lehren uns die Mietseinnahmen, die uns bisher aus fünf verschiedenen Jahren ziffermäßig bekannt gegeben sind. Wir überblicken sie am leichtesten in der beigegebenen Tabelle, aus der die Namen der Häuser, die Mieter und die gezahlten Mietspreise ersicht-

¹¹⁾ Vgl. noch das von Homolle, *Les archives de l'intendance sacrée à Delos* S. 95 A. 3 angeführte Beispiel: Φιλοφῶν παρὰ Παντόου καὶ Γλαύκωνος τὸ δάνειον δ' ἔδανείσατο Διάκριτος ἐπὶ τῇ οἰκίᾳ τῇ Οἰνέως τοῦ ἱεροῦ ἀργυρίου.

¹²⁾ Vgl. P. Guiraud, *La propr. fonc.* S. 364.

¹³⁾ J. G. XII 5, 12.

¹⁴⁾ Bull. de corr. hell. 14, 438.

Bezeichnung der Häuser	Miete Dr.	279 Mieter	Miete Dr.	250 Mieter	Miete Dr.
οἰκία ἐν ἤμ' Ἀντίγονος οἰκᾷ	60	Archepolis	—	—	—
οἰκία ἣ ἦν τῶν παίδων τῶν Ἀριστοβούλου 279 ἣ ἦν Ἀριστοβούλου 241. 180	39 4 1/2 Ob.	Autosthenes	—	—	132
οἰκία ἣ ἦν Ἀρκέοντος	25	Arkeon	41	Dionysodoros	58
σονοικία ἣ γενομένη Ἀρχίου	—	—	—	—	—
οἰκία ἣ ἐπὶ τοῦ Ἐρμῆτος	—	—	—	—	—
οἰκία ἣ ἦν Ἐπισθένους, auch ἣ Ἐπισθένεια	{ 51 25 3 Ob.	Apemantos, S. d. Leophon, Bürg- schaftszahlung d. Prototeles	60	Poseidikos	108 4 Ob.
ἣ ἐστὶρα	60	Tolmides	67	Kallisthenes	—
οἰκήματα ἐν οἷς Ἐφεσος καπηλεύει 180 οἰκία ἣ Ἐφέσοο	51	Ephesos	—	—	—
οἰκία ἐν ἤμ' Ἱέρακος οἰκᾷ	—	Hierakos bleibt Miete mit 23 Dr. schuldig	—	—	—
οἰκία πρὸς τῷ Ἰνωπῷ	—	—	44	Pythagoras	—
οἰκία αἱ πρὸς τῷ σιδηρεῖω, αἱ ἦσαν Κλεοκρίτου, 279.	42	Protomachos	54	Demeas	—
οἰκήματα 250. οἰκία 180	—	—	—	—	—
οἰκία ἐν Κολωνοῖ	—	—	40	Boethos	—
οἰκία ἣ ἦν Ὀρθοκλέους	41	Geryllos, S. d. Python	—	—	80

241 Mieter	Miete Dr.	221 Mieter	Miete Dr.	180 Mieter	
—	—	—	—	—	<p>280 Neubau des <i>θυράτος τοίχου</i>, vgl. Homolle, Les archi- ves S. 124.</p> <p>279 Ausbesserung eines <i>πρώ- μα</i> (eingestürzte Wand) 10 Dr. B. d. c. h. 14, 397.</p> <p>250 Reparatur (<i>Καλλιγένει ἐργολαβήσαντι οἰκοδομήσαι</i>) 5 Dr. 5 Ob. B. d. c. h. 27, 75.</p>
Aristoboulos	67 4 Ob. ?	... ratos Empedokles	85 2 Ob.	Sonikos	—
Ktesias	—	—	50	Dexitheos, S. d. Kleitarchos	<p><i>οἰκία ἥ ἐν λιμένι ἥ ἦν</i> 'A. zu- erst 382, auch 278, vgl. B. d. c. h. 29, 88. 180 Ausbesserung. 35 Dr. B. d. c. h. 6, 54.</p>
—	—	—	340	Jatrokles	—
—	—	—	99	Straton	Straton schuldet 99 Dr. Miete
—	—	—	76	Numenios ob f. dasselbe Haus?	vom Jahre 181. B. d. c. h. 6, 21.
Aischrion	28 3 Ob.	Xenodotos (?)	43	Euphranor	<p>Nach 180 zahlt Chresimos für dasselbe Haus 67 Dr. $1\frac{1}{2}$ $\frac{2}{12}$ Ob. B. d. c. h. 29, 525.</p>
—	—	—	70	Telemnestos, S. d. Aristeidēs	<p>Nach 241 Demetrios, S. d. Ni- kon, für die <i>Ἐπισθένεια</i> 50 Dr. ebenda 29, 498. Vgl. auch C. J. G. 2953 b, 86.</p>
—	—	—	110	Hippon, S. d. Antiphanes	<p>Auch 278, 269, 268 erwähnt, ob identisch mit dem <i>ωρνήλειον</i>? vgl. B. d. c. h. 29, 89.</p>
—	—	—	—	—	<p>B. d. c. h. 14, 401. 279 Dach und Balken repariert für 12 Dr. ebenda S. 398.</p>
—	—	—	—	—	—
—	121 (?)	?	59 4 Ob.	Aristoboulos	<p>Demeas, Sohn d. Eumedes, ist auch nach 241 noch Mieter, vgl. B. d. c. h. 29, 498.</p>
—	—	—	—	—	—
?	?	Kallistratos	109	Antigonos	—

Bezeichnung der Häuser	Miete Dr.	279 Mieter	Miete Dr.	250 Mieter	Miete Dr.
οὗ χαλκοῦσι Παρμενίων οἰκία ἢ τὴν Πυθαγόρου ἢ Πυθα	— 25 —	— Philtos —	57 — —	Diaktoridas — —	— — 61
Σωσίλεια οἰκία πρὸς ἤι ἢ κρηπίς	136	Ktesikles	{ 101 51	Amphias Aristoboulos	166 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{12}$
οἰκήματα αἱ πρὸς τῇ θα- λάττῃ καὶ τὰ ἐπὶ τούτοις	91	Dionysodoros	91 $3\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}$ Ob.	Aristoboulos vgl. S. 285	—
τὰ ἐχόμενα τούτων οἰκήματα	60	Agatharchos	—	—	—
ξολών I u. II	{ —	—	15	Amphias	38 3 Ob.
οἰκία ἣν εἶχε Σώφρων	—	—	20	Philon	?
ἀνδρωνίτις	65	Isos	60	Menes(Χαρητείας)	90
γυναικωνίτις	95	Andryktides	72 1 Ob.	Tlepolemos (Χαρητείας)	117 $4\frac{2}{12}$ Ob.
ἀνδρῶνες οἱ πρὸς τῇ θαλάττῃ	50	Soteles	45	Antipappos	140 72
ἀνδρῶν ὁ ἐχόμενος τού- των	17	Kinder des Dio- phantos	25 $1\frac{1}{2}$ Ob. 80	Andrias Nikandros (ἀν- δρῶνες)	
οἰκήματα τὰ ἐν τῇ ἀποβάσει	—	—	—	—	
οἶκος οὗ Στρατονίκη(sc. οἰκεί)	—	—	—	—	—
οἰκήματα τὰ ἐν τῇ ἀγορᾷ	—	—	—	—	—
	935 $1\frac{1}{2}$ Ob.		924 $\frac{1}{4}$ Ob.		1063 $5\frac{1}{12}$ $\frac{1}{4}$ Ob.

241 Mieter	Miete Dr.	221 Mieter	Miete Dr.	180 Mieter	
—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—
?	15(?)	Sosthenes	68	Doros	Nach 241 f. 38 Dr. an Dionysios vermietet. B. d. c. h. 29, 498.
?	30	?	163 97	Ktesikles Dionysios	Zuerst 282, auch 278, vgl. B. d. c. h. 29, 38. Reparatur einer Wand 279 für 3 Dr. B. d. c. h. 14, 398.
—	39	Archestratos (τῆς ἐξῆς)	—	—	—
—	—	—	[50 5 Ob.]	τῶν ἀνδρῶνων παρά . . . vgl. S. 283.	—
Achaïos	12 3 Ob.	Eirenaïos	41	Diophantos	—
Nikias	13	Melesippos(?)	—	—	—
—	—	—	60	Krataibios	—
?[Χαρητείας οἰκίας ?]	33	... rchos (τῆς Χαρητείας)	—	—	—
?	?	Arkeon(?)	—	—	65 Dr. nach 241 f. e. γυναικω- νίως bezahlt, vgl. B. d. c. h. 29, 498.
Ergoteles (τῶν ἀνδρῶνων τῶν ἐπὶ θαλάσσης αἱ τῶν ὑπερ- ψῶν)	31 55	Euboulos Melesippos (τῶν ἀν- δρῶνων)	117 73	Demetrios (ἀν- δρῶνες) Sotion (τῆς ἐξῆς)	An 2 Parteien vermietet 193, an 4 auch 278, 269, 221, vgl. B. d. c. h. 14, 436.
Menes (ἀν- δρῶνων)	9 3 Ob.	Antigonos	—	—	Reparatur des ἀνδρῶν πρὸς τῇ θαλάσσει 1. J. 250 für 20 Dr. B. d. c. h. 27, 78.
—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	279 Dachreparatur durch Dio- nysios für 16 Dr. B. d. c. h. 14, 399.
—	—	—	—	—	279 Schlüssel geliefert f. 2 Dr. von Dexios 14, 397.
—	—	—	—	—	174 und früher mehrfach ἐνοί- κια gezahlt, vgl. B. d. c. h. 2, 571.
	?		1711 5 Ob.		

lich sind. Doch ist zu beachten, daß die Identifizierung der einzelnen Häuser nicht immer sicher ist, da allgemeine Angaben wie τῶν ἀνδρῶνων, τῆς γυναικωνίτιδος, wo sie nicht durch die vorhergehenden und nachfolgenden Posten erklärt werden, zu Irrtümern verleiten können. Die Tabelle ist zusammengestellt aus den Rechnungsurkunden für 279 (Bull. 14, 389 f. = Michel Rec. 594), 250 (Bull. 27, 64 f.), 241 (Bull. 29, 489), 221 (Le Bas 2092), 180 (Bull. 6, 6 f.). Einzelne weitere Angaben sind in der letzten Kolumne zu finden. Die Tabelle gibt die Listen insofern nicht genau wieder, als hier eine alphabetische Anordnung der Häuser gewählt ist, während in den Listen die Reihenfolge der einzelnen Posten wechselt, ohne daß ein bestimmter Grundsatz der Anordnung erkenntlich ist. Daß aber eine amtliche Reihenfolge bestanden hat, darauf scheint die Formel τῆς ἐξῆς zu führen, die oft an Stelle einer näheren Angabe des Hauses tritt, ja in den Rechnungen von 180 sogar die Liste der Mietseinnahmen eröffnet (Z. 140 τῆς ἐξῆς τῆς Ἐπιθευσεύου οἰκίας 70)¹⁵⁾. Auch darin wechselt die Praxis der Tempelbuchführung, daß 279 und 180 die Namen der Häuser zuerst stehen und dann die Mieter und Mieten (τῆς Χαρησίας οἰκίας τῆς ἀνδρωνίτιδος παρὰ Ἰσοῦ δρ. 65), dagegen 250 und 241 das Schema gilt: παρὰ Μένητος τῆς Χαρησίας δρ. 60, so wie es gewiß auf den Quittungen der Tempelkasse stand.

Die Listen geben nicht immer ein vollständiges Verzeichnis des Häuserbesitzes, den der Tempel in dem betreffenden Jahre wirklich hatte, denn neben den gezahlten Mieten sind auch die unbezahlten zu berücksichtigen, die an anderer Stelle der Jahresabrechnungen unter den übrigen ausstehenden Geldern verzeichnet waren. Aber schon die Übereinstimmung der verschiedenen Listen lehrt, daß uns der wesentliche Bestand des Häuserbesitzes bekannt ist.

Es sind Häuser der verschiedensten Art, die meisten, wie es griechische Sitte war, bezeichnet nach dem ersten oder dem

¹⁵⁾ Auch Le Bas 2092, 19. 21. 24 ist zu ergänzen: παρὰ Διονυσίου τῆς ἐξῆς . . . 60, u. s. w.

früheren Besitzer, einige auch nach ihrer Benutzung oder nach ihrer besonderen Lage am Meere, am Inoposbache, neben dem Abgrunde u. ä.

Ueber die Größe der Häuser könnten Auskunft geben die Protokolle über die alle zehn Jahre stattfindende Neuvermietung, wie sie uns für die Grundstücke im Besitz des Tempels mehrfach erhalten sind. Dort lesen wir eine genaue Beschreibung jedes einzelnen Grundstückes mit Angabe der zu ihm gehörenden Baulichkeiten, Ställe, Viehhürden und besonders auch der bei der Uebernahme vorhandenen Türen ¹⁶⁾. Und eine ähnliche Inventarangabe ist bei den Häuserverkäufen von Tenos üblich, in denen es z. B. heißt: ἐπρίατο τὴν οἰκίαν τὴν ἐν ἄστει πᾶσαν ἢ τὴν Καλλιφῶντος . . . καὶ θυρῶν ζεύγῃα ἐννέα καὶ τὰς θύρας τὰς ἐπὶ τῶν θυρίδων (Fensterflügel) δρ. 2070 (Recueil des inscr. jurid. grecq. I 70).

Erst 1905 ist ein Bruchstück solcher Häuserverpachtungen von Delos herausgegeben (Bullet. de corr. hell. 1905, 423 n. 140), es stammt aus der Zeit der ersten athenischen Herrschaft in Delos. Es gibt nur den Namen des Hauses, den Mietspreis, den Mieter und seine Bürgen. Schon damals wurden die Häuser vom Tempel auch geteilt abgegeben (Z. 38 οἰκίας ἡμῶν δὲ τὴν [Δόρ]κω[ν]ος).

So können wir uns zunächst von den delischen Häusern nur nach ihrer Benennung und nach den Mieten eine Vorstellung machen (vgl. jetzt besonders Jardé, Bull. d. corr. hell. 29, 37 f.).

Es sind einfache Häuser darunter für eine Familie und für einen einfachen Gewerbebetrieb passend, deren Lage nicht bevorzugt war, z. B. am Inopos im Süden der Stadt oder am Kolonos, jedenfalls außerhalb der Stadt. Sie bringen im dritten Jahrhundert nur 25—44 Dr. jährliche Miete.

¹⁶⁾ Z. B. Bull. 27, 80 Z. 189. Λειμῶνα, Διονυσόδωρος δρ. 221. ἔγγραφοι Θεαῖος καὶ Συνάννομος οἱ Θεαίου καὶ παρέλαβεν κλείσιον τεθροωμένον, βούστασιν τεθροωμένην, ἀχυρῶνα ἄθυρον, προβατῶνα ἄθυρον, ἄλλο οἶκημα τεθροωμένον, θύραν ἀδλίσαν.

Sehr bald aber hat die Tempelverwaltung es verstanden, gerade die Häuser in der besten Lage von Delos in der Nähe des heiligen Bezirkes und am Meere in ihren Besitz zu bringen und zwar sowohl Wohnhäuser, οἰκίαι, wie Baulichkeiten, οἰκήματα, die sich für Laden- oder Gewerbebetrieb eigneten. Da waren denn zuerst die Krämer, welche in der damals kleinen Stadt Delos den Lokalvertrieb von Lebensmitteln besorgten, die Mieter des Gottes. Solch einer war Ephesos. Besonders die am Meere gelegenen Häuser wie die Sosileia brachten etwas ein. Es lohnte sich bald, außer der Wohnung im Oberstock, die nach dem Meere zu gelegenen Räumlichkeiten gesondert zu vermieten und zwar schon 279 an zwei verschiedene Mieter, die dort zweifellos an der bevorzugten Geschäftslage ihr Gewerbe betrieben. Dreißig Jahre später ist neben dem Hause ein Zimmerplatz etabliert, zu dem die Balken direkt vom Schiffe gebracht wurden. Zwei Zimmermeister gehören so zu den weiteren Mietern des Hauses. Schon früh aber lohnte es sich in Delos, ein großes Haus als συνοικία, als Mietskaserne, einzurichten, schon 314/1 besitzen die Erben des Geryllos ein solches als Erbe (Bull. d. corr. hell. 29, 434 n. 143 Z. 16), für das sie 33 Dr. an Zinsen abtragen müssen. Eine solche συνοικία besaß auch der Tempel in der Chareteia. Sie zerfiel in eine Reihe von Wohnungen im Parterre und im Oberstock, die, je nachdem es verlangt wurde, an zwei oder mehr Parteien vermietet wurden und durch allgemeine Bezeichnungen, wie Männerwohnung und Frauenwohnung (I. Stock) unterschieden wurden.

Und das Mietsgeschäft des Gottes wurde dabei immer besser, denn längst ist von Homolle bemerkt worden, daß mit der immer steigenden Frequenz des delischen Hafens auch der Wert des Grund und Bodens in der Stadt gewaltig stieg, während Zahl und Wert der ländlichen Grundstücke des Tempels mit der wachsenden Ausdehnung der Stadt abnahm, ein Rückschlag, der nach 220 auch die Mieten traf (Bull. 14, 437). Ein Blick auf unsere Tabelle wird die Richtigkeit dieser Beobachtung bestätigen.

Die Gesamtsumme der jährlichen Mietseinnahme ist nur in den Rechnungen von 180 angegeben mit 1711 Dr. 5 Ob. Da auf dem Stein nur verrechnet stehen 1661 Dr., so ist die Differenz von 50 Dr. 5 Ob. zweifellos einzusetzen Bull. 6, 18 Z. 142, wo unter den Einnahmen der Sosileia steht τῆς ἐξῆς τῶν ἀνδρῶνων παρὰ . . .

Bei allen Jahreseinnahmen aber kommt es weniger auf die Gesamtsumme an, bei der ja mancherlei Ausfälle an rückständigen Mieten uns verborgen bleiben können, als auf das starke Steigen der Mieten für die einzelnen Häuser und Wohnungen.

Die Persönlichkeiten der Mieter des Gottes sind uns nur selten genauer bekannt. Inwieweit sie sich identifizieren lassen mit anderweitig bekannten Deliern, kann erst das Personalverzeichnis aller Delier lehren, dessen Aufstellung nach Beendigung der französischen Ausgrabungen und Herausgabe aller delischen Inschriften zu erhoffen ist. Nur zwei der Mieter sind direkt als Gewerbetreibende kenntlich, unter den anderen mag manch ein Wohnungsspekulant sich verbergen. Auch Fremde sind naturgemäß unter den Mietern, so schon 278 ein Parier, Tolmides, der aber in dieser frühen Zeit ziemlich vereinzelt dasteht, wie der Ἑένων Ἐρμιοῦς, der dem Gotte im Jahre 279 schuldig ist 20 Dr. 2 Ob., wovon im Jahre 250 noch stehen 2 Dr. 5 Ob., oder wie der Ἀπολλόδωρος Κυζικηνός, mit dem der Tempel sehr schlechte Erfahrungen gemacht hat¹⁷⁾, während in späterer Zeit, wo Delos ein Welthandelsplatz war, unter den Mietern fast kein Delier zu finden ist¹⁸⁾.

In derselben Familie scheinen die Häuser verhältnismäßig selten geblieben zu sein. Immerhin mag es kein Zufall sein, daß der Mieter des großen Hauses Sosileia im Jahre 279 heißt Ktesikles und 180 Ktesikles, Sohn des Ktesikles, also wohl der Enkel des ersten. Von den Familienverhältnissen eines anderen

¹⁷⁾ Homolle, Les archiv. de l'intendance S. 45.

¹⁸⁾ So i. J. 165 neben 12 Ausländern nur 7 Athener. Vgl. Bull. de corr. hell. 14, 437.

Mieters von 180, des Euphranor, erfahren wir wenigstens so viel, daß er zwar 180 die Miete für die Epistheneia mit 43 Dr. gezahlt hat, aber von einem früheren Jahre noch schuldig war mindestens 24 (wahrscheinlich 44) Dr. $\frac{1}{2}$ $\frac{2}{12}$ Ob. (Bull. 6, 28). Und bei seinem Tode, der etwa nach 170 erfolgte, waren seine Geldverhältnisse wohl auch nicht glänzend, da seine Erben es unterlassen, die nötigen Bürgen zu stellen¹⁹⁾, also das Haus nicht übernehmen wollen, wie sie gekonnt hätten²⁰⁾ und wie andere Kinder tun (Bull. 14, 391 Z. 17 τοῦ ἀνδρῶνος τοῦ ἐχομένου τούτων, παρὰ τῶν Διοφάντου παίδων), die in vielen Fällen einfach in die Geldverpflichtungen ihres verstorbenen Vaters oder auch Großvaters eintreten²¹⁾. Mitunter sind deshalb die Schuldnerlisten des Gottes dicht besetzt mit κληρονόμοι, vgl. Bull. 6, 27 Z. 240 f. 29, 510, 157 f., Le Bas 2092, B.

Es erscheinen in Delos, ebenso wie z. B. in Tenos²²⁾, auch Minderjährige als Eigentümer eines Hauses, vgl. die οἰκία ἡ τῆν τῶν παίδων τῶν Ἀριστοβούλου und die Inschrift Bull. 1905, 517 B. 5, wo es heißt [καὶ ἄλλας ἐδανείσαμεν τῷ δεῖνι ἐπὶ οἰκίᾳ τῇ] γειτονεῦει ἡ οἰκί[α] HTETΩNA . . ., also etwa ἡ οἰκία ἡ τε τῶν Α[ριστοβούλου παίδων] zu ergänzen ist. Es hat also in solchen Fällen eine µισθωσις οἴκου, eine zinsbare Anlegung des Waisenvermögens stattgefunden²³⁾.

Ueber alle weiteren Einzelheiten des Mietsverhältnisses war in der mit jedem Mieter abgeschlossenen συγγραφή, dem Miets-

¹⁹⁾ Bulletin 1905, 524 n. 179 Z. 24 (Zeit 170—160): Ἀνεµισθώσαμεν δὲ καὶ τὴν οἰκίαν τὴν Ἐπισθένειαν οὐ καθιστάντων τῶν Εὐφράνορος κληρονόμων τοὺς ἐγγύους, καὶ ἐμισθώσατο Χρήσιμος τοῦ αὐτοῦ 67 Dr. $\frac{1}{2}$ $\frac{2}{12}$ Ob (!) ἐγγυον κατέστησεν Εὐνότιμον Σίμου. Der Mietspreis zeigt, daß Euphranor seit 180, wo er 43 Dr. zahlte, gesteigert war.

²⁰⁾ Vgl. Bullet. 14, 432, wo ein Paragraph des Verpachtungsgesetzes über die Rechte der Erben beginnt: ἐξέστω τοῖς κληρονόμοις ἡ ἐγγυηταῖς.

²¹⁾ Vgl. Le Bas 2092, 46 . . . τοῦ Πασιτίμου δ' ἐφη ὅτι τοῦ πάππου ὁ[φείλει].

²²⁾ Rec. des inscr. jurid. grecq. I, 82 Z. 100: οἱς γείτονες Ἰφικρίτη καὶ τὰ παιδία τὰ Δειράτου.

²³⁾ Vgl. Schultheß, Vormundschaft nach attischem Recht S. 139 f.

verträge, das Nötige vereinbart. Leider ist kein solcher Vertrag erhalten, da er in Delos wie alle Quittungen und Konzepte auf Papier ausgefertigt wurde, für das die Tempelbehörde jährlich einige Drachmen ausgibt²⁴⁾. Aus demselben Grunde sind auch sonst die griechischen Miets- und Pachtverträge, wenn auch z. B. in Thasos²⁵⁾ ausdrücklich die schriftliche Abfassung bezeugt ist, zu Grunde gegangen bis auf einen in Athen gefundenen, der auf eine Tonscherbe geschrieben ist (Athen. Mitt. 14, 137)²⁶⁾. Er ist gefunden in der Nähe des Kerameikos, in einem Stadtviertel, wo viele Mietskasernen standen und bezieht sich auf die Benutzung eines οἰκημα (Z. 2. ἐκ]τὸς δὲ τοῦ οἰκήμ[ατος), enthielt auch eine Bestimmung über Aftervermietung (Z. 3 καὶ μὴ ἐ[ξεῖναι μετὰ ταῦ]τα ὀνομαζον ἔτε[ρον προσλαβεῖν Szanto), sowie eine Sanktionsklausel (Z. 5 ἐὰν δὲ βιάσῃται ὁ[. . . ἀποτρεσάτω] διπλὴν . . .). Der Mieter heißt Parmenon, der Vermieter, wie es scheint, Agathokles.

Die Hauptbestimmungen der Mietsverträge waren übrigens zweifellos durch ein Gesetz festgesetzt, entsprechend dem über die Verpachtung der heiligen Domänen, der ἐσπρά συγγραφῇ, das schon Bull. 6, 63. 14, 421. 430 von Homolle zitiert wird²⁷⁾, aber bis heute noch nicht im Wortlaut veröffentlicht ist. Die Miete war, wie die Pacht der Domänen (Bull. 14, 432), einmal im Jahre, und zwar am 1. Lenaion, fällig, da sie nur einmal unter den Einnahmen verzeichnet steht ohne Angabe eines Datums. Wenn in einem Falle ein Mieter Aristoboulos, Sohn des Lysixenos, Dreiviertel seiner Miete zahlt mit 91 Dr. 3 Ob. $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}$ Ob.²⁸⁾, so muß dieser Zahlungsmodus einen besonderen Grund haben, gewiß hatte A. erst im Laufe des Jahres 250 gemietet.

²⁴⁾ Vgl. Homolle, Les archives de l'intendance sacrée S. 12.

²⁵⁾ Theophrast, De causis plantarum II 11, 3.

²⁶⁾ Ueber die auf Papyrus erhaltenen Mietsverträge s. jetzt St. Waszynski, Die Bodenpacht I (1905) 13 ff.

²⁷⁾ Vgl. auch weitere Bestimmungen aus diesem Gesetz, angeführt von Guiraud, La propriété fonc. S. 436—441.

²⁸⁾ Bull. 1903, 68 Z. 37.

Die Miete zahlt nicht in allen Fällen der Mieter selbst, sondern auch ein anderer, meist der Bürge für ihn, Bull. 14, 391 Z. 21 τῶν οἰκημάτων τῶν πρὸς τῇ θαλάττῃ, καὶ τῶν ἐπὶ τούτοις, ὑπὲρ Διονοσοδώρου παρὰ Μνησίλεω 91 Dr. und ebenda Z. 24 ὑπὲρ Τολμίδου οἱ ἔγγυοι Τεισικλῆς Λόσου, Ἀντίγονος Κυδι . . . 60 Dr.

Ueber die Mietsdauer teilt Homolle, Les archives de l'intendance S. 78, eine Bestimmung mit εἰς τε τὸν ἐπιλοιπὸν χρόνον τοῦ ἐνιαυτοῦ καὶ εἰς ἕτη πέντε. Fünfjährige Kontrakte mußten wahrscheinlich die Mieter abschließen, während die Verträge der Domänenpächter auf zehn Jahre liefen.

Das Verfahren des Tempels gegen säumige Zahler ist uns nur aus dem Domänengesetz bekannt. Es ist ein sehr hartes Pfandrecht, nach welchem der Gott bei säumigen Schuldner pfänden kann zuerst die Erträge des Grundstücks, dann die Rinder, Schafe und Sklaven, endlich seine ganze Habe ohne jede Beschränkung²⁹⁾. Interessant ist, daß am Schlusse des Verfahrens ein Offenbarungseid steht, freilich nicht geleistet vom Schuldner, sondern, wie es scheint, von der Tempelbehörde, den ἱεροποιοί. Erst wenn diese beschworen hatten, daß bei dem Schuldner und seinen Bürgen absolut nichts mehr zu pfänden sei, griff man zu dem letzten Mittel, das dem Tempel noch blieb, zur öffentlichen Eintragung des Schuldners in die Liste der Tempelschuldner³⁰⁾.

Auf einen anderen, kürzlich bekannt gewordenen Eid beim Pfändungsgeschäft sei hier kurz hingewiesen, er findet sich im Astynomengesetz von Pergamon, Dittenberger, Orientis

²⁹⁾ Bull. 14, 433, dazu Guiraud, La propriété foncière S. 440.

³⁰⁾ Bull. 14, 433 A. 3. Εἰὰν δὲ μὴ δύνωνται (sc. εἰσπράττειν) ὁμόσαντες, ἐπὶ δὲ ἀγορᾷ . . . μὴ δυνατοὶ εἶναι πᾶσαι ἀναγραφόντων αὐτοὺς εἰς τὴν στήλην πατρόθεν ὀφειλοντας τῷ θεῷ καὶ αὐτοὺς καὶ τοὺς ἔγγυας, καὶ ἀναμισθοῦντων. Bei Guiraud S. 440 ist von einem Eid des Schuldners auf dem Markte die Rede, darauf führt aber der bisher von Homolle mitgeteilte Wortlaut nicht. Homolle sagt Bull. 14, 433 nur: „L'insolvabilité une fois constatée et certifiée par serment, les fermiers et leurs cautions sont inscrits sur la stèle des débiteurs publics.“

Graeci Inscr. n. 483, 83 f., λαμβανέτωσαν αὐτῶν οἱ ἀμφοδάρχαι ἐνέχυρα καὶ τιθέσθωσαν ἐνεχυρασίαν πρὸς τοὺς ἀστυνόμους αὐθημερὸν ἢ τῇ ὕστεραίᾳ· καὶ ἐὰν μηθεὶς ἐξομόσῃται τὰ ἐνεχυρασθέντα ἐν ἡμέραις πέντε, πωλείτωσαν αὐτὰ ἢ ἐν φράτρῃ ἢ ἐν τῇ ἀγορᾷ πληθυούσῃ συνπαρόντων τῶν ἀστυνόμων· καὶ τὸ μὲν γεινόμενον κομιζέσθωσαν πλὴν τῶν ἀπο[μω]οσμ[ένων ἐνεχύρων? . . .

Also die Vorsteher der einzelnen Stadtviertel sind berechtigt, bei Weigerung der Straßenanlieger, den zur Straßenreinigung erforderlichen Beitrag zu zahlen, zur Pfändung zu schreiten, die gepfändeten Sachen aber werden, „wenn niemand sie durch Eid losschwört“, binnen fünf Tagen versteigert. Wer hat hier den Eid zu leisten? Dittenberger meint zu der Stelle: „mihi quidem de iure iurando haec dici videntur, quo quis se debitam pecuniam intra certum tempus persoluturum promittat“. Also nach der Zwangsvollstreckung sollte der Schuldner noch schwören dürfen, daß er auch ganz sicher binnen einer Frist zahlen wollte! Die richtige Erklärung⁸¹⁾ gibt vielmehr das Pfandrecht von Gortyn, wie es jetzt bequem zu übersehen ist im Recueil des Inscr. jurid. II, 324 f. Dort ist bei Pfändung von zwei Eiden die Rede, vom Eide des Pfändenden und des Gepfändeten. Dieser wehrt sich durch den Eid: ὁ δ' ἐνεχύρασαν μὲ ἔμην, d. h. er bestreitet Eigentümer der gepfändeten Sache zu sein. Durch einen ähnlichen Eid konnten in Pergamon zu Unrecht gepfändete Gegenstände vom richtigen Eigentümer eidlich reklamiert werden.

Ganz so hart wie gegen die Pachtschuldner ging man gegen die Mietsschuldner des Gottes nicht vor. Denn in dem Verzeichnis derselben, durch welches fast in jedem Jahre die Uebersicht der Mietseinnahmen ergänzt werden mußte, findet sich zweimal ein Mietsschuldner, welcher die laufende Miete des Jahres richtig bezahlt hat, also trotz seiner Schuld an den Gott ruhig in seiner Wohnung belassen war. Es ist erstens

⁸¹⁾ Vgl. jetzt auch H. F. Hitzig, Zeitschr. der Savignystiftung 1905, 483.

im Jahre 279 Ἀπῆμαντος Ἀσωφῶντος, welcher zwar für die οἰκία ἣ ἦν Ἐπιθεένους 51 Dr. Miete bezahlt hat, aber an anderer Stelle³²⁾ derselben Inschrift (Bull. 14, 401 Z. 69) notiert wird mit einer Mietsschuld in Höhe von 25 Dr. 3 Ob., also der Hälfte seiner Jahresmiete³³⁾; ferner im Jahre 180 Euphranor, der zwar für dasselbe Haus 43 Dr. gezahlt hat, aber 24 Dr. $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{12}$ Ob. schuldet mit der Begründung: ὁ οὐκ ἀπέδωκεν τοῦ ἐνοικίου τῆς ἱερᾶς οἰκίας τῆς Ἐπιθεένους (Bull. 6, 28 Tr. 7 f.).

Auch sonst scheint die Zahl der Mietsschuldner nicht unbeträchtlich gewesen zu sein. Manchmal ist eine nachträgliche Begleichung einer solchen Schuld gebucht. So zahlt Straton, Sohn des Xenon, seine schuldige Miete für 181 schon 180 (Bull. 6, 21 Z. 170), oft mag sie sich verbergen unter den zahlreichen Zahlungen an die Tempelkasse, die ohne genauere Angabe erfolgt sind.

Unter diese Zahlungen von rückständiger Miete gehört auch eine Eintragung in der Rechnungsurkunde von 180 (Bull. 6, 13 Z. 83), die hier kurz besprochen sei, weil sie kürzlich von R. Pohl, *De Graecorum medicis publicis* (Berlin 1905) S. 69, nicht ganz richtig gedeutet ist. Es heißt dort bei Aufzählung der Vorräte an Bargeld, die in einzelnen Beträgen, wie sie eingegangen waren, aufbewahrt wurde: ἄλλος στάμνος ἐπιγραφὴν ἔχων· ἀπὸ τῆς Ἑλληνος καὶ Μαντινέως, ἐπὶ Δημητρίου Ποσιδεῶνος, ἔδσαν εἰς τὸ ἱερὸν Φωκίων Κλεοκρίτου ταμίας καὶ Παρμενίων, ὁ Πολυβούλου κληρονόμος, [ὧι vel ὅσῳ, nicht ὧν wie Pohl will] ἔλαττον ἔλαβεν ὁ ἱατρὸς 250 καὶ τοῦ ἐνοικίου ὡσαύτως 25. Die Summe also, welche an die beiden ταμίαι³⁴⁾ des Jahres 185

³²⁾ Die Mietsschuldner standen unter einer Rubrik wie: οἷδε ἐνοίκια οὐ τεθήκασιν ἐπὶ τῆς ἡμετέρας ἀρχῆς, ἀλλ' ὀφείλουσιν τῷ θεῷ αὐτοὶ καὶ οἱ ἑγγυηταὶ meist an den Schmalseiten der Inschriftstelen. Leider werden diese mitunter besonders wichtigen Schmalseiten in den Inschriftensammlungen oft weggelassen, so fehlt die vorliegende Stelle bei Michel, *Recueil* n. 594 und 833.

³³⁾ Jedenfalls der Strafe des ἡμιόλιον, die ihn aus irgend einem Grunde getroffen hat.

³⁴⁾ Auch Bull. 2, 573 Z. 37 steht ὁ κατέβαλεν [ὁ ταμί]ας Φωκίων

(nach Homolle, *Les archives* S. 108) gezahlt war und von ihnen abgeliefert wurde, betrug 25 Dr. an rückständiger Miete und 250 Dr. Differenz aus einer Zahlungsverpflichtung, die unklar bleibt. Zu vergleichen sind Bestimmungen wie (Bull. 1903, 80 Z. 141): τὸ δὲ λοιπὸν ὅσῳ ἔλαττον ἦεν ἢ τῇ ἀναμισθώσεσσι ὀφείλει Μνησίμαχος Ἀποκράτους καὶ οἱ ἔγγοι und der Paragraph aus dem Pachtgesetz (Bull. 14, 432): εἰὰν ἔλασσον εἴρῃ, εἰσπρασσόντων . . . Es handelt sich da immer um Mindereinnahmen der Tempelkasse, zu deren Ersatz der Bürge des vorhergehenden Rechtsgeschäftes, meist einer Domänenverpachtung, verpflichtet ist. Wenn das Subjekt zu ἔλασεν, das an der Stelle über der Zeile eingefügt ist, richtig ὁ ἱατρός gelesen ist, dann bleibt von Pohls Vermutung so viel bestehen, daß die Ersparnis, welche die ταμίαι buchen, von der Zahlung an einen Arzt herührt, der natürlich nicht Polyboulos hieß, wie Pohl meint, und auch nicht Wohnungsgeld neben seinem „Gehalt“ empfing, sondern eher für seine Wohnung in einem Hause des Tempels Miete schuldig geblieben war.

Nicht zu verwechseln mit den Zahlungen der Mietsschuldner sind die häufig in den Einnahmen des Tempels sich findenden Zahlungen, welche gemacht sind ὑπὲρ τῆς οἰκίας, ὑπὲρ τῶν χωρίων⁵⁵). Sie rühren, wie schon oben angedeutet wurde, her von Verpflichtungen, welche auf dem Haus oder Grundbesitz ruhen und deshalb von neuen Eigentümern mit übernommen werden müssen. Wenn z. B. Bull. 1905, 434 n. 143, Z. 17 (Zeit 314/311 v. Chr.) steht: τόκους οἷδε ἔθεσαν· Γερύλλου κληρονόμοι ὑπὲρ τῆς οἰκίας 33 Dr., so ruhte auf dem Etagenhause, das Geryllos seinen Kindern hinterließ, eine Hypothek vielleicht zu Gunsten eines Dritten von mindestens 330 Dr., deren Zinsen die Erben tragen mußten. Und wenn Bull. 14,

καὶ ὁ κληρονόμος ὁ Πολυβούλου Παρμενίων τὸ περιγεγόμενον ἀπὸ τοῦ ξενίου τοῦ τοι[ς τεχνίταις?].

⁵⁵) Einmal heißt es auch: οἷδε] τόκους ἀπέδοσαν . . . Ἰκράτων ἐκ τοῦ Ὀλομπεδιώρου οἰκήματος 10 Dr. 1/2 Ob. (Le Bas 2057 B, 22).

392 Z. 31 (Zeit 279 v. Chr.) Φαναγόρας Φαναγόρου zahlt ὑπὲρ τοῦ οἰκήματος δ ἦν πρότερον Νεωκόρου 10 Dr. $\frac{1}{2}$ Ob., so hat er bei der Regulierung der Vermögensverhältnisse des Neokoros, bei der mehrere Bürgen in Mitleidenschaft gezogen wurden^{35a)}, dessen Haus mit einer darauf ruhenden Verpflichtung erworben. Ähnlich kompliziert war die Ordnung der recht derangierten Vermögensverhältnisse des Chares. Für diesen zahlt Gorgo und ihr κύριος Eukleides 10 Dr. im Jahr 279, ein anderer sollte mit 25 Dr. eintreten (B. d. c. h. 14, 392. 401). Etwas mehr teilt Homolle (B. d. c. h. 14, 451) aus den Rechnungen von 282 mit: . . . ὑπὲρ Χάρητος δρ. 200, τὸν τόκον 20. Γοργῶ καὶ ὁ κύριος Ἀρχέλας ὑπὲρ Χάρητος δρ. 200, τόκον 10. Πόλοβος ὑπὲρ Χάρητος 4 δρ. Παρμενίων ὑπὲρ Χάρητος 6 δρ. Also Gorgo, die 282 einen anderen κύριος als 279 hatte, und ein Unbekannter sind die Hauptbürgen für je 200 Dr., für welche Gorgo merkwürdigerweise beide Male nur 10 anstatt 20 Dr. Zinsen zahlt. Die weitere Regulierung der Schulden des Chares erscheint im Jahre 250 in folgenden Buchungen:

Bull. 27, 84 Μαντίθεος Ἀφθονήτου δν (sc. τόκον)

ἔφερε Δημάρης 6 Dr. 4 Ob.
καὶ ὑπὲρ Γοργῶς 10 Dr.

Bull. 27, 83 καὶ Μαντίθεος Ἀφθονήτου ὑπὲρ

τῆς συνοικίας 59 Dr. 5 $\frac{1}{4}$ Ob.
δν ἔφερε Φερεκλειδῆς ὑπὲρ ἑαυτοῦ καὶ Χάρητος καὶ Προξένου.

Für die Gorgo ist also Mantitheos eingetreten, der auch dem Pherekleides, auf dessen Mietshaus offenbar der Hauptteil der Schulden des Chares schließlich stand, seine rettende Hand geliehen hat. Billig ist die Sache dem kapitalkräftigen

^{35a)} Einzelheiten gibt Homolle, Bull. 14, 451 aus der unedierten Rechnungsurkunde von 282: Φερεκλειδῆς ὑπὲρ Νεωκόρου δραχμαῖς 150 . . . τόκον 15 Dr.; Φίλτης ὑπὲρ Νεωκόρου δρ. 42 τόκον δρ. 4. Φαναγόρας ὑπὲρ τοῦ οἰκήματος δ ἦν Νεωκόρου 10 Dr. $\frac{1}{2}$ Ob. Auch Bull. 14, 401 Z. 95 ist noch ein Bürge notiert mit 15 Dr. ὑπὲρ Νεωκόρου.

Mantitheos aber nicht gekommen, denn er zahlt 250 noch einmal an τόκος ὃν ἔφη ἀποδιδόναι ὑπὲρ τῆς συνοικίας ἣ ἦν Φερεκλείδου 612 Dr. $4\frac{1}{2}$ Ob. (Bull. 27, 65). Doch waren mit diesen Zahlungen die Verpflichtungen, die auf dem Hause ruhten, nicht völlig abgelöst, denn auch in den Rechnungen von 241 ist Z. 36/7 herzustellen: [Μαντίθεος Ἀφθονήτου ὑπὲρ τῆς συνοικίας [ἣ] ἦν Φερεκλείδου 59 Dr. $5\frac{1}{4}$ Ob.

Ueber die Verwendung der vermieteten Häuser finden sich einige genaue Angaben. Die Häuser dienten den verschiedensten Zwecken der städtischen Bevölkerung. Wir finden Gewerbebetriebe in ihnen schon im vierten Jahrhundert, nämlich Töpferei, Schlosserei und Walkerei, auch ein ταρχοπώλιον, eine „Fischräucherei“, wird erwähnt⁸⁶⁾, später werden Werkstätten und Läden genannt, die meisten Häuser aber wurden, als die Bevölkerung des aufblühenden Hafenortes beständig wuchs, als Wohnhäuser benutzt. Von ihnen aber wird ein nicht geringer Teil gelegentlich oder dauernd dem Wirtschaftsbetriebe gedient haben, da der Fremdenverkehr in Delos mit der Blüte des Heiligtums und der Stadt stark zunahm. Schon im Jahre 358/7 wurde eines der Häuser des Tempels als πανδοκσίον benutzt (J. G. II 2, 817a, 30), und für die Aufnahme eines Teiles der Pilger sorgte der Tempel selbst in seinen Ἑστιάτορία, Speisehäusern, von denen es mindestens drei gab, das Ἑστιάτόριον τὸ ἐν Κό[νθῳ] (Bull. 14, 507), das Ἑστιάτόριον τὸ ἐν τῇ Νήσῳ, dessen Dach 279 für 12 Dr. repariert wird (Bull. 14, 397), und das Ἑστιάτόριον der Bewohner von Keos (Herod. IV, 35); alle drei mußten vor jedem Feste wieder in stand gesetzt werden (vgl. Bull. 1905, 448 n. 144 A 3 Κόμα[ιθο]ς ἐξέλαβεν ἐξαλείφαι . . . καὶ τῶν ἐστιάτορίων τὰς θύρας καὶ τὰς θυρίδας . . . δρ. 20). Auch sonst deutet mancher Posten unter den Ausgaben des Tempels auf Fremdenaufnahme, die der Tempel mitunter in großem Stil betrieb, wie denn in seinen

⁸⁶⁾ J. G. II 2, 821 Z. 14.

Depots im Jahre 364 lagerten 70 Gabeln, 60 Tische und 150 Betten (J. G. II 2, 818 Z. 32).

Wir werden uns von diesen ständigen und außerordentlichen Gasthäusern von Delos eine bessere Vorstellung machen, wenn wir die Verhältnisse von Delphi vergleichen, wie sie durch neue Urkunden kenntlich sind. Auch in Delphi verpachtete der Gott seinen Grundbesitz, auch dort ist eine Liste der Mieter und Pächter des Tempels aus dem vierten Jahrhundert erhalten³⁷⁾. Auch in ihr wird Z. 38 ein Haus als πανδοχείον für 30 Statere jährlich vermietet. Unter den 25—26 Mietern aber, welche zusammen 31 verschiedene Grundstücke und Häuser pachten, erscheinen neben Privatleuten die Ἐξισταί und Λαριῶται, also die Bewohner von Echinon in der Landschaft Malis und Larissa in Thessalien, welche je ein Haus für 11 und 30 Statere gemietet haben. Dort also fanden die Bewohner der beiden Städte, die oft im Jahre nach Delphi gekommen sein werden, ihr offizielles Absteigequartier. Und andere Staaten sicherten sich in anderer Weise ein Gasthaus in Delphi, wo Wohnung ohne solche Vorsorge gewiß schwer zu finden war. Juristisch am interessantesten ist die Art und Weise, wie die Stadt Theben in Delphi ein „Thebanerhaus“ gewonnen und behauptet hatte. Wir kennen diese Verhältnisse durch eine merkwürdige delphische Inschrift im Bulletin de corresp. hellen. 25 (1901) 136, welche wohl die älteste Urkunde zur Geschichte des Hotelwesens sein dürfte. Sie liefert ein rechtshistorisch sehr wichtiges Beispiel, wie eine uralte griechische Rechtssitte, das Gastrecht, noch im dritten vorchristlichen Jahrhundert ihre praktischen juristischen Konsequenzen geltend macht und gleichsam kodifiziert wird.

Die Inschrift besteht aus zwei Volksbeschlüssen, einem von Theben und einem von Delphi. Von dem thebanischen

³⁷⁾ C. J. G. 1690, durch ein zweites Exemplar wesentlich ergänzt und verbessert Bullet. de corr. hell. 25 (1901) 107 f.

ist nur noch so viel erhalten, daß man von thebanischen Gesandten liest, die in Delphi wegen eines Hauses der Thebaner vorstellig werden. Der Sachverhalt ergibt sich aus dem delphischen Beschluß. Sein vollständig erhaltener Anfang lautet:

Ἐδοξε τῇ πόλει ἐν ἀγορᾷ τελείῳ σὺν ψάφοις ταῖς ἐννόμοις. ἐπειδὴ
 παργενόμενοι πρεσβεύται πᾶρ τὰς πόλιος
 τῶν Θηβαίων τὰν τε φιλίαν τὰν ποτὶ τὰν πόλιν καὶ τὰ εὐεργετήματα τὰ
 10 γεγονότα τοῖς Θηβαίοις εἰς τὸ ἱερὸν δμνη-
 σαν καὶ περὶ τὰς οἰκίας διελέγοντο ὅπως αὐτοῖς διατηρῆται καθάπερ καὶ
 πρότερον, ἐκόμεζον δὲ καὶ ψάφισμα ἐν ᾧ
 ἐγγράπτο ὅτι τινοῖς τῶν παραγενομένων Θηβαίων οὐκ ἔδιδου κατάλοσιν
 Κράτων καθὼς ἔλαβον αὐτοῦ οἱ πρόγονοι
 παρὰ τὰς πόλιος τῶν Θηβαίων. ἀνακαλεσάμενων δὲ ἀμῶν αὐτὸν εἰς τὰν
 ἐκκλησίαν οὕτως ἔφα ἀντιποιεῖσθαι
 τὰς οἰκίας τῶν Θηβαίων οὕτως ἀποκεκλείκειν οὐδὲνα τῶν παργινομένων,
 διαφράσσειν δὲ Θηβαίοις καθὼς καὶ οἱ
 πρόγονοι παρέδωκαν αὐτῷ, καὶ περιεγῆσατο τοῖς πρεσβευσταῖς μετὰ τῶν
 15 ἀρχόντων τὸν τε ξενεῶνα καὶ
 τὰν οἰκίαν ἐν ᾗ Θεόκριτος οἰκεῖ τὸ πρότερον καὶ τὰ ἐργαστήρια τὰ δύο
 τὰ ποτὶ τὰν στοᾶν βλέποντα.
 ὁμολογεῖ δὲ καὶ τὸ οἶκημα τὸ νοικοδομημένον ἀποκαταστάσειν ἐν τὸν
 [ξενεῶν]α . . .

Beschluß der Stadt in ordentlicher Volksversammlung mit der gesetzmäßigen Stimmenzahl. Es erschienen Gesandte der Stadt Theben, welche die Freundschaft zu unserer Stadt und die Verdienste Thebens um das Heiligtum rühmend erwähnten und Verhandlungen einleiteten, damit ihnen das Haus wie früher reserviert würde. Sie brachten auch einen Volksbeschluß mit, in welchem ausgeführt war, daß Kraton einigen von den nach Delphi gekommenen Thebanern nicht Ausspann (und Aufnahme) gewährt habe, wie es doch seine Vorfahren von der Stadt Theben erhalten hätten. Wir ließen ihn daher vor die Volksversammlung fordern, doch er leugnete, Ansprüche auf das Thebanerhaus geltend gemacht zu haben oder irgend einen hierher Gekommenen abgewiesen zu haben; vielmehr habe er das Haus für die Thebaner bewahrt, so wie es seine Vorfahren ihm vererbt hatten. Dann führte er die Gesandten mit den Behörden in dem Gasthaus herum und in der Wohnung, welche Theokritos schon seit langem bewohnt, und in den beiden Läden, die nach der Halle zu liegen; er verspricht auch die eingebaute Wohnung wieder als Fremdenzimmer einzurichten. Damit nun die Thebaner erkennen,

daß die alte Freundschaft und das Wohlwollen noch besteht, wird beschlossen. . . .

Also der Staat Theben macht ein Recht auf Benutzung der Fremdenzimmer im Hause des Kraton zu Delphi geltend, welches damit begründet wird, daß die Vorfahren des Kraton Ausspann (κατάλοις) und gastliche Aufnahme in Theben genossen haben. Von einer Geldzahlung durch die Stadt Theben oder die einzelnen nach Delphi gekommenen Thebaner ist keine Rede. Gerade deshalb wird es Kraton versucht haben, sich der alten, auf seinem Hause lastenden Verpflichtung zu entziehen. Er hat offenbar einen Teil seines Hauses direkt vermietet an den Theokritos, andere Räume als Läden verwertet oder durch bauliche Veränderungen rentabler zum Vermieten eingerichtet. Die Stadt Delphi aber, die in allen ihren Lebensbedingungen auf Fremdenverkehr und ein gutes Verhältnis zu ihren Nachbarstaaten angewiesen war, hat, soviel läßt der nur bruchstückweise erhaltene Schluß der Inschrift erkennen, dem Antrage der thebanischen Gesandten entsprochen und das Recht von Theben auf das Haus anerkannt. Auch von einer ἐπιγραφή ist noch die Rede, die vielleicht an dem Hause selbst als Wirtshausschild angebracht werden soll.

Auch sonst hat in Griechenland das Gasthauswesen sich vorzugsweise im Anschluß an große vielbesuchte Heiligtümer entwickelt. Stets gehörte es dort zu den Pflichten der das Fest leitenden Beamten für die Aufnahme der Festpilger nach Möglichkeit Sorge zu tragen. Es war dies eine offizielle Form der gastlichen Aufnahme, der entweder durch besondere Gebäude, wie die ἐστιάτορία beim Heiligtum des Poseidon zu Tenos³⁸⁾, das ξενотροφίον zu Mylasa³⁹⁾, das ἐστιάτοριον zu Olympia⁴⁰⁾, das οἶκημα δαμόσιον zu Kos⁴¹⁾ und das wieder-

³⁸⁾ Strabon S. 487 τὸ δ' ἱερὸν τοῦ Ποσειδῶνος μέγα ἐν ἄλλαις τῆς πόλεως ἔξω θίας ἄξιον, ἐν ᾧ καὶ ἐστιάτορία πεποιήται μεγάλα.

³⁹⁾ Bull. de corr. hell. 14, 619.

⁴⁰⁾ Pausan. V 15, 12.

⁴¹⁾ Dittenberger, Syll.² 616, 39.

aufgedeckte, von Studniczka als ἐστιατόριον zu etwa 50 κλίνας gedeutete, Gebäude von Trozen⁴²⁾, genügt wurde, oder auch durch außerordentliche Maßnahmen, die nur für die festlichen Tage galten. So wird von dem das Fest am Tempel des Zeus zu Panamara leitenden Gymnasiarchen, dem Tib. Flavius Theophanes, gerühmt, daß er alle Festgäste nicht nur reichlich durch Speise und Trank erquickt, sondern auch für ihre Aufnahme in Zelten gesorgt hat, die er auf seine Kosten errichten ließ⁴³⁾, während es sonst Sache des Pilgers war, sein Zelt mitzubringen, für das ihm ein Platz angewiesen wurde⁴⁴⁾.

Nach dem Vorbild solcher offiziellen Gast- und Bewirtungshäuser mögen dann in der Römerzeit die städtischen ξενῶνες gegründet sein. Denn daß die Worte des Kaisers Julian an den Arsakios, den ἀρχιεπὶς Γαλατίας, epist. 49, 553 Hertl. ξενοδοκία καθ' ἐκάστην πόλιν καταστήσων πυκνά, ἵν' ἀπολαύσωσιν οἱ ξένοι τῆς παρ' ἡμῶν φιλανθρωπίας nicht bloß ideale Theorie waren, das beweisen die Inschriften. So hatte die Stadt Phaena in der Trachonitis um das Jahr 231 n. Chr. ihren ξενῶν, der sie der lästigen Einquartierung der ξένοι in die Privathäuser überhob (Dittenberger, Orient. Gr. Inscr. 609), so ist noch heute an Ort und Stelle in Harrân die Wirtshausinschrift zu lesen, nach welcher im Jahre 396/7 n. Chr. zuerst das Erdgeschoß, dann auch die obere Etage des κοινὸν πανδοχείου erbaut wurde (Le Bas-Waddington, Asie min. 2462. 2463), so gab es auch in Rimet-Hazûn πανδοχεῖα (Le Bas 2408). Ja selbst eine Felsenhöhle bei Osrhoene trägt noch heute eine Inschrift, welche verkündet, daß Aurelios Dasios, ein tüchtiger Architekt, an dieser Stelle ein πανδοχεῖον καὶ φρ[εατα] ἀέ[νναα] κατεσκεύασεν ἵνα οἱ διαίοντες ἀ[π]ά[λλα]ξιν κ[αὶ] ἀν[ά]λιμψιν ἔχωσιν,

⁴²⁾ Bull. de corr. hell. 30 (1906) 56. Dazu das καταγώγιον beim Heraion von Plataiai Thuc. 3, 68.

⁴³⁾ Bull. de corr. hell. 11, 380, Z. 20 ποιήσας δὲ καὶ σκηνάς ἐς τὸν τόπον πρὸς καταγωγὴν τῶν ἀνθρώπων καὶ τὴν ἄλλην παρασκευήν.

⁴⁴⁾ Vgl. Dittenberger, Syll. 189, 11. 388, 35 f.

also einen Rastplatz für Karawanen geschaffen hat. (Bull. de corr. hell. 20, 396.) Und als später an Stätten, wo christliche Heilige gelebt hatten, wieder wie im Altertum ein gewaltiges Zusammenströmen von Pilgerscharen stattfand, da wurde dies wiederum der Anlaß zur Gründung von Pilgerherbergen, wie denn im Jahre 497 etwa zwanzig Jahre nach dem Tode des heiligen Simeon Stylites der Fremdenverkehr in Telanissus (Deir-Sem'ân), wo die Gedächtniskirche für ihn erbaut war, so zunahm, daß im Juli wie am 15. Oktober des Jahres je ein *πανδοχεῖον* eröffnet wurde (Le Bas 2691. 2692). Aehnlichen Zwecken mag *ὁ ξενεὼν τοῦ ἁγίου Θεοδώρου* gedient haben, der unter dem Bischof Petros in Soada in Syrien gegründet wurde (Le Bas 2327), wie man denn unter byzantinischem Regiment wohl heidnische Tempel zu christlichen Gast- und Krankenhäusern einrichtete ⁴⁵⁾.

Neben diesen offiziellen Gasthöfen lassen sich aber wie in Delos und Delphi auch an anderen Orten von Privaten gehaltene Hotels oder einfachere Gasthäuser nachweisen. Es ist interessant, daß diese Gasthöfe beim Serapeum von Memphis landsmannschaftlichen Charakter tragen ⁴⁶⁾. Wird doch von einem braven Provinzialen, der, um Brot einzukaufen, nach Memphis gekommen war, und bei der Gelegenheit polizeilich als Zeuge vernommen wird, erzählt (Papyrus Parisin. 34, 4 f., 157 v. Chr.): *ἐπαναλόσαντός τε τοῦ Νικάνορος εἰς τὸ κατάλυμα τῶν Ἀρσινοϊτῶν πρὸς τὸ Ἀπποδίσιον*. Es scheint aber diese Arsinoitenherberge identisch zu sein mit dem in Z. 11 erwähnten *Πρωτάρχου κατάλυμα*, in welchem außer dem Nikanor noch sechs *κιουρργοί*, Hersteller von Kikiöl, übernachteten. Dasselbe Gasthaus wird auch Papyrus Parisin. 49, 35 als

⁴⁵⁾ Le Bas 638 Sardes + *Ἦν τῶν διατοπωθέντων ἦτοι καὶ ἐξωρισθέντων ἀνοσίων καὶ μουσρῶν Ἑλλήνων. Παρὰ Ὑπερχίου τοῦ ἐνδοξατάτου ῥεφερευδάρηος καὶ Θεοφιλεστάτου δικαστοῦ [πρίν]επος εἰς τὸν τῶν ἀρόστων ξενῶνα [καρεδόθη] ἐπὶ ἔτη ι'.*

⁴⁶⁾ Vgl. W. Otto, Priester und Tempel im hellenist. Aegypten I (1905) 284.

Absteigeadresse angegeben ⁴⁷⁾. Auch bei dem benachbarten Anoubieion gab es solche Wirtshäuser ⁴⁸⁾, nicht anders wie bei dem Serapistempel von Kanopos, der als Ausflugsort von Alexandria sehr beliebt war, weil dort unmittelbar am Kanal besonders nette Gasthäuser zahlreich vorhanden waren ⁴⁹⁾. Auch die Umgegend von Athen, besonders die Straße über den Parnes nach Oropos war bekannt wegen ihrer vielen Gasthäuser ⁵⁰⁾, die auch in Kleinasien besonders zahlreich an den beliebtesten Reiserouten, z. B. von Smyrna über Pergamon nach Kyzikos, anzutreffen waren, wie der Reisebericht des Aelius Aristides in interessanter Weise schildert ⁵¹⁾.

Neben den vielbesuchten Heiligtümern waren auch die Badeorte reich an Gasthäusern. Einen solchen beschreibt z. B. Strabon S. 578 mit den Worten *κώμη δ' ἔστιν αὐτῇ (sc. Κάρουρα) πανδοχσία ἔχουσα καὶ ζιστῶν ὁδάτων ἐκβολάς*.

Daß es schließlich in den belebten griechischen Hafenorten an Gasthäusern jeder Art nicht fehlte, das beweisen die Wirtshausszenen in den römischen Komödien, die ja so vielfach durchaus griechisches Milieu, griechisches Recht und griechische Verhältnisse treu wiedergeben ⁵²⁾. Und daß wir mit Recht gerade das italische Wirtshauswesen ⁵³⁾ in direkten Zusammenhang mit dem griechischen bringen dürfen, dafür hat

⁴⁷⁾ *ἐὰν ἀναβῶ καὶ γὰρ προσκυνῆσαι, πρὸς σε οὐ μὴ ἐπέλθω, εἰς δὲ τὰ Πρωτάρχου καταλύσω.*

⁴⁸⁾ Pap. Par. 12, 8 *κατέλυσσεν ἐν τῇ 'Ανουβείῳ*.

⁴⁹⁾ Strabon S. 801 *τῶν δ' ἐν αὐτῇ τῇ Κανάβῳ καταγωγὰς* (vgl. das *πρὸς καταγωγὴν* oben S. 295 A. 48) *ἐχόντων ἐπικειμένους τῇ διώρογι εὐφορίᾳ πρὸς τὴν τοιαύτην ἀνεῖν καὶ εὐχαίαν*.

⁵⁰⁾ Geogr. Gr. min. I 100 *ἀλλ' ἡ τῶν καταλύσεων πολυπλήθεια τὰ πρὸς τὸν βίον ἔχουσα ἀφθονα καὶ ἀναπαύσεις κωλύει κόπον ἐγγίγνεσθαι τοῖς ὁδοιποροῦσιν*.

⁵¹⁾ Vgl. Aristid. ed. Br. Keil II 458. In Magnesia am Maiander besaß die Gerousia ein *πανδοχεῖον*. Inschr. v. Magnesia N. 88.

⁵²⁾ Vgl. den neuesten guten Beitrag hierzu von O. Fredershausen, *De iure Plautino et Terentiano*, Diss. Göttingen 1906.

⁵³⁾ Friedländer, *Sittengeschichte* 2^e 40 f.

A. Furtwängler jüngst in den *Mélanges Nicoles* (1905) S. 159 f. ein urkundliches Zeugnis beigebracht. Er veröffentlicht einen messapischen Trinkbecher aus dem vierten vorchristlichen Jahrhundert, auf dem der Hof eines Gasthauses dargestellt ist. Es ist ein richtiger Ausspann, wo Karren ankommen, Pferde sich ausruhen und sehr ungeniert benehmen und wieder angeschnitten werden. Die Szene aber ist gekennzeichnet durch die Inschrift + ENON = ξένων in messapischer, altertümlicher Schrift. Die Bedeutung dieses griechischen Fremdwortes bei den Messapiern kennzeichnet Furtwängler treffend mit den Worten (S. 164): „Zu dem italischen Bauer kam die Einrichtung des Gasthauses zugleich mit dem Worte dafür von den griechischen Kolonisten. Was französische Kultur lange für Deutschland war, war griechische für Italien; dem Worte ‚Hotel‘ in Deutschland entspricht das ξένων auf der messapischen Vase.“

Delische Stiftungen.

Doch wir kehren nach diesem Exkurs über griechische Gasthäuser zum Tempel von Delos zurück, um noch einige weitere Einnahmen des Gottes zu besprechen.

Nach den festen Posten der Pachten und Mieten stehen meist die Einkünfte des Tempels aus Geldgeschäften verzeichnet. Der Tempel von Delos war die größte Bank der Insel und des ganzen Aegäischen Meeres. Seine stets gefüllte Kasse diente dem Staate Delos als willkommene Finanzreserve, aus der er täglich Anleihen machen konnte. Natürlich mußte der Staat ebenso wie private Kunden der Tempelbank Garantien stellen. Er verpfändete dazu seine öffentlichen Einnahmen aus den Steuern, so daß wir die Erträge derselben oft direkt in die Tempelkasse fließen sehen ⁵⁴⁾.

Neben den jährlichen Abzahlungen des Staates erscheinen in den Rechnungsurkunden Hunderte von privaten Kunden

⁵⁴⁾ Bull. de corr. hell. 14, 438 f.

des Gottes, die alle unter der Rubrik: καὶ οἷδε τόκους ἀπέδοσαν τοῦ ἱεροῦ ἀργυρίου die fälligen Zinsen gezahlt haben. Das Rechtsgeschäft, aus dem ihre Schuld herrührt, wird manchmal genannt (Anleihe, Miete, Pacht, Bürgschaft für einen Schuldner des Gottes⁵⁵), oft aber auch nicht, so daß es einfach heißt: Ἀστίας ὑπὲρ τοῦ πατρὸς Ἐρασίνου 70 Dr., Λόσης ὑπὲρ Δεξικράτους 10 Dr., Ἀνακρέων 30 Dr., dann war eben der Schuldtitel in den Büchern der Tempelbehörde leicht zu finden nach der kurzen Notiz in dem uns auf Stein erhaltenen Eingangsjournal.

In den Rechnungsurkunden aus dem Jahr des Archon Sosisthenes 250 v. Chr. erscheint unter den Zahlungen der privaten Schuldner ein Abschnitt, der eine besondere Erklärung verdient. Es heißt dort (Bull. de corr. hell. 27 [1903] 85, Z. 192):

Καὶ οἷδε τόκους ἀπέδοσαν τοῦ ἀργυρίου
οὐ ἀνέθηκε Νησιᾶδης

Ἀμνὸς Τιμοξένου 30 Dr.

Ἱεράρχη ὑπὲρ Λυσίλω τοῦ πα-
τρὸς τῆς ἑγγύης τῆς Γλαύ-
κου 25 Dr.

Δημοκράτης Θαρσοδίκου 20 Dr.

Ἰαρίλας Ἀριστείδου 50 Dr.

Ακριδίων Ἐλπίνου 89 Dr. 2 Ob.

Auch folgende haben Zinsen gezahlt
von dem heiligen Gelde, das Ne-
siades geweiht hat.

Amnos, Sohn des Timoxenos 30 Dr.
Hierarche für ihren Vater Ly-
sileos, der für Glaukos die
Bürgschaft übernommen
hatte 25 Dr.

Auch die folgenden Zeilen gehören dazu. Z. 195.

Καὶ οἷδε ὀφείλουσι καὶ οἱ ἑγγυοὶ αὐ-
τῶν

Γλαῦκος Σωσιβίου 25 Dr.

Μνήσαλκος Μνησάλκου 50 Dr.

Διόδοτος Φάνου 50 Dr.

Γοργίας Ἰκαρίου 50 Dr.

Σωκράτης Ἀνδροτέλους 50 Dr.

Auch folgende schulden noch die
Zinsen und ihre Bürgen:

⁵⁵) Auch Zahlung von Strafsummen auf Grund eines richterlichen Urteils mag sich oft unter der einfachen Eintragung verbergen; jede Eintragung unter den Schuldnern des Gottes konnte übrigens angefochten werden durch die δίκη ψευδεγγραφής, die Klage auf fälschliche Eintragung vgl. Homolle, Les archives de l'intend. sacrée S. 115.

Zur Erklärung der Herkunft und Bestimmung der hier ausgeliehenen Kapitalien dient am besten eine andere Stelle aus denselben Rechnungen des Jahres 250, Z. 123:

Καὶ τότε ἀργόριον ἐδανείσαμεν
Μηνὸς Ἀθηναιῶνος, κατὰ ψήφισμα τῆς
πόλεως καὶ προδανεισταῖς τοῖς βουλευ-
ταῖς δραχμὰς 3000 ἃς ἀνέθηκεν Ἐχε-
νίκη Στεσίλεω εἰς θυσίαν τῷ τε
Ἀπόλλωνι καὶ τῇ Ἀφροδίτῃ, ἐπὶ
δοσθήμει ταῖς προσόδοις ταῖς δημοσίαις.
ἡ συγγραφὴ παρὰ Πάχητι.

Auch folgendes Geld haben wir
ausgeliehen, im Monat Lension, auf
Grund eines Volksbeschlusses an
die Stadt und an die Rats Herrn als
Vermittler des Darlehens, 3000 Dr.,
welche Echenike, die Tochter des
Stesileos, gestiftet hat zum Zwecke
des Opfers für Apollo und Aphro-
dite, gegen Verpfändung der öffent-
lichen Einkünfte; der Leihvertrag
liegt bei Paches.

Echenike hat also eine Stiftung von 3000 Dr. errichtet, aus deren Zinsen ein besonderes Opfer dargebracht werden soll, und die Tempelverwaltung legt dies Geld eintragend an, indem sie es der Stadt ausleiht. Eine ähnliche Stiftung hat auch Nesiades einige Jahre vor 250 errichtet, und sein Stiftungskapital ist ratenweise an Private ausgeliehen worden, wie die jährlichen Zinszahlungen der Besitzer der Anteilscheine zeigen. Aus diesen Zinsen ergeben sich die einzelnen Raten bei dem üblichen Zinsfuß von 10 % in der Höhe von 200, 250 und 500 Dr. Da nun auch die von Z. 195 an folgenden Zinsen gerade Kapitalien von 250 und 500 Dr. entsprechen, wird die Vermutung berechtigt sein, daß auch diese fünf Zinszahler noch zu den Anteilhabern der Stiftungsgelder des Nesiades gehörten. Das Stiftungskapital läßt sich danach auf $1640 + 2250 = 3890$ Dr. berechnen. Die Stiftungszinsen kehren auch in dem Bruchstücke einer delischen Rechnungs-urkunde, das auf der Insel Couphonisi gefunden ist, wieder, Bulletin de corr. hell. 15, 291, wo Z. 16 zu lesen ist:

ἀργυρίο[υ] οὗ ἀνέθηκεν Νησιάδης Χαρίλας Ἀριστιθεοῦ [50].

Ἀκριδίων Ἑλ[πίνου] 39) . . . Πολύξενος . . .

Πίστης Ξένωνος . . . κεφαλὴ . . .

Diese Urkunde fällt einige Jahre vor 250. Auch 241 erscheinen noch Ἀκριδίων Ἐλπίου und Ἀμνός [Τιμοξένου] mit Zinsabzahlungen (B. d. c. h. 29, 489 n. 163 A 44).

Gerade so wurde das Stiftungskapital angelegt in Raten von je 30 Dr. bei der Stiftung des Agasikles und der Nikagora zu Kalaureia und in Raten zu höchstens fünf Minen bei der Stiftung des Königs Attalos II. an die Stadt Delphi. Vgl. meine „Stiftung nach griechischem Recht“ Nr. 8 und 17 in dieser Zeitschrift Bd. XVI.

Ähnliche Stiftungen bestanden auch sonst noch vielfach in Delos und seien hier zu der genannten Abhandlung, in der nur die Stiftung des Nikias unter Nr. 1 aufgeführt ist, nachgetragen:

Stiftung der Philonis, Tochter des Hegesagoras, deren Kapital, genannt ἀργύριον Φιλωνίδειον, im Jahre 229 von der Tempelverwaltung zinsbar angelegt wurde oder war und noch 195 jährliche Erträge einbrachte, und deren Fortbestand sich bis etwa zum Jahre 150 an der Hand der σάφεια Φιλωνίδεια (siehe unten) und anderer Weihungen feststellen läßt. (Vgl. B. d. c. h. 29, 562.) Vgl. Th. Homolle, Les archives de l'intendance sacrée à Delos S. 15, wo diese Stiftung aus Rechnungsurkunde LVI (229) und LXXXII (195) notiert wird, die beide noch unveröffentlicht sind.

Stiftung des Gorgias im Betrage von 6730 Dr., genannt δ ἀνέσθηκε Γοργίας, in derselben Urkunde LVI vom Jahre 229, besteht noch etwa 150 v. Chr. (Bull. de corr. hell. 29, 566.)

Ueber Kapital, Anlage und Stiftungszweck dieser beiden Stiftungen ist vielleicht von der Veröffentlichung der Texte im Wortlaut noch Aufklärung zu erwarten, vorläufig können wir sie ebenso wie eine Reihe von anderen Stiftungen nur an ihren Wirkungen erkennen.

In den Inventaren der delischen Tempel nämlich, die zusammen mit den Jahresabrechnungen auf Stein erhalten sind, finden sich vielfach Weihgeschenke, meist Schalen oder Trink-

becher aufgeführt, die mit einem von einem Eigennamen abgeleiteten Adjektiv bezeichnet sind, z. B. σκάφια Μικρόθσια, σκάφια Στησίλεια, σκάφια Φιλωνίδεια, φιάλαι Γοργίσιαι (Belege bei V. v. Schöffer, *De Deli insulae rebus* S. 180). Daß diese Adjektive nicht etwa den Namen des Fabrikanten der Kunstwerke angeben, darauf deutet ihr offener Zusammenhang mit den anderweitig bekannten Stiftungen der Philonis und des Gorgias und zweitens die ausführlichen Listen solcher geweihter Schalen in der Tempelrechnung aus dem Jahre 250, auf denen Homolle zum Teil seine glänzende Berechnung der delischen Chronologie aufgebaut hat. Es heißt dort (Bull. de corr. hell. 27 [1903] 96 f., Z. 92):

Καὶ φιάλας παρέδωκεν ἡμῖν 78 καὶ ἄλλας ἐν τῷ τοῦ Ἀπόλλωνος 60.
Τούτων ἦσαν Θυεσταδῶν καὶ Ὀκυνηδῶν ἀνάθημα . . . κεφαλὴ 28.

Z. 98 Ὡν Πτολεμαῖος (ἀνέθηκε) . . . κεφαλὴ 27.

Z. 112 Ὡν Ἑρμίας (ἀνέθηκεν) . . . κεφαλὴ 27.

Z. 119 Ὡν Φιλέταιρος (ἀνέθηκεν) . . . κεφαλὴ 11.

Z. 129 Καὶ τότε ποτήρια ὧν ἀνέθηκε Στησίλεις . . . ἀριθμὸς 76.

Unter den einzelnen Rubriken sind dann die Schalen aufgezählt, jede mit Angabe des Archon, unter dem sie geweiht ist, und zwar sind die Weihungen, wie Homolle nachgewiesen hat, jährlich erfolgt. Eine ähnliche Liste von je 15 φιάλαι Γοργίσιαι und σκάφια Φιλωνίδεια und von 8 σκάφια Μικρόθσια und 4 κύλικες Μικρόθσιοι steht auch in dem Inventar des Jahres 180 (Bull. de corr. hell. 6, 44, Z. 143 f.) und ebenso wie Ptolemaios und Philetairos haben auch Stratonike, Antigonos, Demetrios Stiftungen zum Zwecke der jährlichen Beschenkung des Apollo von Delos errichtet; vgl. Homolle, *Les archives de l'intendance sacrée à Delos* (1887) S. 55 f.

Alle diese Stiftungen genau zu datieren, würde leicht sein, wenn die auf Grund derselben geweihten Gegenstände numeriert wären. Da dies aber in den Inventaren nicht geschehen ist, muß es genügen, mitzuteilen, was Homolle, *Les archives de l'intendance* S. 59 f., auf Grund seiner Chronologie

der delischen Beamten über die Gründungszeit der delischen Tempelstiftungen ermittelt hat.

Stiftung des Stesileos, des Sohnes des Diodotos, errichtet vor 301, da die *ποτήρια Στησίλεια* von 301 bis mindestens 180 in den Inventaren erscheinen, vgl. Bull. 6, 112. Stesileos ist wahrscheinlich identisch mit dem Vater der Echenike und hat mindestens noch eine Stiftung dem Tempel von Delos zugewendet, nämlich sein Haus, über das vgl. oben S. 275.

Stiftung des Königs Philetairos zwischen 265 und 260.

Stiftung des Hermias, 276—251, der nicht mit dem Nesiarchen gleichen Namens identisch sein kann, wie Dittenberger wollte (Syll.² 588 n. 39, vgl. Bull. de corr. hell. 29, 566).

Stiftung des Königs Demetrios, etwa 226/5.

Stiftung des Königs Ptolemaios Philadelphos, etwa 283. Von diesem Jahre an finden sich in den delischen Inventaren die *φιάλαι Φιλαδέλφιστοι* bis zum Jahre 180. Es ist wahrscheinlich, daß auf die königliche Stiftung neben den geweihten Schalen auch zurückgeht das Fest *Φιλαδέλφεια*, auch *Εὐτόχσια* *Φιλαδέλφεια*, welches wie das entsprechende Fest der *Φιλαίρεια*, der *Πτολεμαῖα*, der *Εὐεργεσία*⁵⁶⁾, der *Παταίρεια*, der *Νικολαία*, der *Σωπάτρεια* in Delos gefeiert wurde. Dann sind die delischen Stiftungen die ältesten Beispiele von Feststiftungen, deren Name von dem Namen des Stifters abgeleitet ist, wie alle die späteren Spielstiftungen, vgl. Stiftung nach griechischem Recht S. 294 f. Freilich wird sich auch bei den delischen Stiftungen wie bei so vielen anderen, z. B. den *Εὐρόκλεια* in Sparta⁵⁷⁾, nicht immer entscheiden lassen, ob sie den Eigennamen im Titel führen, weil sie von dem betreffenden Fürsten gestiftet sind, oder ob das delische Volk aus

⁵⁶⁾ Bull. de corr. hell. 6, 35 = Dittenberger, Sylloge¹ 367, Z. 54 *φιάλας 4 ἀς ἔφασαν παραδοθῆναι ὑπὸ ταμῶν Τληπολέμου καὶ Νικάρχου <ο> εὐεργεσίῳ Φιλεταιρίῳ, Σωπατρίῳ, Παταίρῳ, wo Dittenberger wie Homolle, Les archives de l'intendance S. 61, statt εὐεργεσίῳ richtig Εὐεργεσίῳ schrieb.*

⁵⁷⁾ Vgl. Athen. Mitteil. VI (1881) 10 f. u. Dittenberger, Syll.² 360.

Dankbarkeit dem Feste den Namen eines fürstlichen Gönners beigelegt hat.

Stiftung des Königs Antigonos, etwa 254/3.

Stiftung der Königin Stratonike, etwa 254/3.

Stiftung des Nikolaos, Sohnes des Deos aus Aetolien, kurz vor 250. Vgl. v. Schöffer, *De Deli insulae rebus* S. 179.

Stiftung des Pataikos, älteste Erwähnung 238, vgl. Homolle, *Les archives de l'intendance* S. 132.

Stiftung des Sopatros, vor 180.

Auch der Landbesitz des Tempels mag in mehr als einem Falle auf eine fromme Stiftung zurückgehen, vgl. unsere Stiftung Nr. 1 (in dieser Zeitschrift XVI, 250), ohne daß wir dies im einzelnen nachweisen könnten. Denn daß die Anweisung einer jährlichen Rente aus Grundstücken in Griechenland die beliebteste Form war, um einem Gotte feste Einkünfte zu sichern, lehrt noch eine neue Reihe von Beispielen⁵⁹⁾, die hier als Nachtrag zu meiner „Stiftung nach griechischem Recht“ angefügt sei.

Skillous. Stiftung des Xenophon an die Artemis, aus der persischen Kriegsbeute errichtet im Jahre 384 (vgl. *Prosopogr. Attic.* II, 161). Erhalten die Stiftungsinschrift bei Xenoph. *Anab.* V 3, 13. Die Stiftung bestand aus dem Tempelgrundstück, dessen Erträge zum Betrage von $\frac{1}{10}$ zur Bestreitung des jährlichen Opfers dienen sollten. Die Verwaltung der Stiftung lag dem Priester ob, der die Nutznießung aller Erträge von der Jagd, Fischerei und Ernte des Stiftungsgrundstückes hatte, und dem stiftungsgemäß außer der Ausrichtung des Opfers und Jahresfestes nur noch die Verpflichtung oblag: ἐκ δὲ τοῦ περισσοῦ τὸν ναὸν ἐπισκευάζειν, d. h. die nötigen Reparaturen des Tempels zu bestreiten. Auch hier fehlt nicht eine Sanktionsformel: ἀν δὲ τις μὴ ποιῇ ταῦτα τῇ θεῷ μελήσει.

Baitokaïke (Husn Suleiman). Stiftung eines Königs

⁵⁹⁾ Teilweise bereits kurz zusammengestellt in der Berliner philol. Wochenschrift 1904, Sp. 1191—2. 1906, Sp. 360.

Antiochos (vielleicht Antiochos VIII., 125—96) an den Zeus Βαιτοκαίχης^{58a)}. Erhalten der königliche Erlaß an den Satrapen Euphemos über die Errichtung der Stiftung (C. J. G. 4474 = Dittenberger, Orient. Graec. Insc. 262). Die Stiftung zum Zwecke des Kultus des neuen Gottes besteht aus dem Dorfe Baitocaece σὺν τοῖς συνκίρουσι καὶ καθήκουσι πᾶσι κατὰ τοὺς προϋπάρχοντας περιορισμοὺς καὶ σὺν τοῖς τοῦ ἐνεστώτος ἔτους γενήμασιν, also der Umfang des zur Stiftung gehörenden Grund und Bodens soll aus den περιορισμοί, etwa Flurbüchern, festgestellt werden, und die Ernte des laufenden Jahres soll schon zur Stiftung, die also sofort in Kraft tritt, gehören. Ueber den Stiftungszweck heißt es (Z. 10): ὅπως ἡ ἀπὸ ταύτης πρόσδοδος ἀναλίσκῃται εἰς τὰς κατὰ μῆνας συντελουμένας θυσίας καὶ τᾶλλα τὰ πρὸς αὔξησιν τοῦ ἱεροῦ συντείνοντα ὑπὸ τοῦ καθεσταμένου ὑπὸ τοῦ θεοῦ ἱερέως ὡς εἴθισται, ἄγωνται δὲ καὶ κατὰ μῆνα πανηγύρεις ἀτελεῖς τῇ πεντεκαίδεκάτῃ καὶ τριακάδῃ, also von der Rente aus dem Dorfe soll der Zeuspriester bestreiten die Ausgaben für die monatlichen Opfer sowie alle weiteren Ausgaben für den Tempel, aber auch für die monatlich zweimal beim Tempel stattfindenden abgabenfreien Märkte⁵⁹⁾, die ohne Zweifel den Zweck hatten, die Zahl der Besucher des Tempels zu heben. Eine Sanktionsformel (Z. 15) τὸν δὲ ἐναντιωθησόμενόν τισι τῶν προγεγραμμένων ἔνοχον εἶναι ἀσεβείᾳ stellt die Stiftung unter den Schutz des Gottes, und sein Heiligtum unter den Schutz der ἀσυλία, ganz wie bei den auch sonst ähnlichen Stiftungen von Kommagene (vgl. Bd. XVI, 276 dieser Zeitschrift; dazu Humann-Puchstein, Reisen in Kleinasien u. Nordsyrien 363, 371).

Thera. Stiftung der Timakrita an die genossenschaftlich organisierte ägyptische Garnison von Thera. Erhalten

^{58a)} Ueber die Ruinen vgl. Bull. de corr. hell. 21, 580.

⁵⁹⁾ Vgl. die Jahrmärkte zu Kyzikos, wo die Gewerbtreibenden aus ganz Kleinasien zusammenkamen εἰς πανήγοριν καὶ ἀτέλειαν τὴν ἀγομένην ἐν Κοζίῳ (Berlin. Monatsber. 1874, S. 16 III, 14).

der Königsbrief des Ptolemaios Philometor aus dem Jahre 163 v. Chr. (vgl. Dittenberger, Or. Gr. 59 und Hiller von Gärtringen, Thera III, 106), durch welchen er als Antwort auf eine Eingabe der Soldaten die königliche Finanzverwaltung der Insel anweist, ihnen gewisse Grundstücke, die in königlichen Besitz übergegangen waren, zu übergeben, sie also zum Grundbesitzerwerb ermächtigt. Die Grundstücke sind τὸ Τεισαγόρειον καὶ τὸ Καρκίνειον καὶ τὰ καλοῦμενα Καλλιστράτεια καὶ ἃ εἶχε Τιμακρίτα, ἀπ' ὧν τὰς προσόδους ἀπέφαινεν γίνεσθαι κατ' ἐνιαυτὸν Πτολεμαϊκὰς Dr. 111, ὅπως ἔχωσιν εἰς τὰς θεοσίας καὶ τὸ ἄλειμμα δαπανᾶν. Timakrita hat also, wahrscheinlich testamentarisch, eine Stiftung errichtet, zum Zwecke der Bestreitung der Kosten für Opfer und Salböl aus ihren Grundstücken, deren Wert nach den jährlichen Zinsen von 111 Dr. (zu etwa 7 Proz.) auf mindestens 1600 Dr. zu veranschlagen ist. Der Rechtstitel, aus welchem die anderen Grundstücke in den Besitz des Soldatenvereins übergehen, ist nicht genannt. Da es sich aber nicht um eine königliche Schenkung handelt, liegt die Vermutung nahe, daß alle Grundstücke durch Schenkung oder Stiftung den Soldaten zugefallen sind und nur zur Sicherung des Rechtsverhältnisses zuerst von der königlichen Kasse übernommen sind, welche sie nach erfolgter königlicher Bestätigung den Soldaten übergibt.

Ähnliche Stiftungen können leicht zu Grunde liegen der ἀνθρωπίνῃ γῇ des Gottes Soknebtynis (Faijûm), vgl. W. Otto, Priester und Tempel im hellenist. Aegypt. I 401, ebenso der χώρα ἱερὰ θεῶν τῶν ἐν Σαμοθράκῃ, deren ὅρος an der Samothrake gegenüberliegenden thrakischen Küste bei Dedeagatsch gefunden ist, vgl. A. Wilhelm, Götting. Gel. Anzeig. 1908, 790.

Eine weitere Nachlese von griechischen Stiftungen folge hier noch.

Pergamon. Tempelstiftung zur Sicherstellung der Einnahmen für den Priester. Inschriften von Pergamon I, 40. Er erhält das Fell und die Hüfte der Opfertiere dazu τῶν ἐργαστηρίων ὧν ἀνατέθηκα τὴν πρόσοδον, also die Miete von Läden, die

dem Tempel geschenkt waren. Dazu übernimmt der Priester die Verpflichtung, die Läden zu vermieten und sie seinem Nachfolger in gutem Zustande (ἐπισκευασμένα) zu übergeben, widrigenfalls die nötigen Reparaturen auf seine Kosten nachgeholt werden. Eine solche praktische zinstragende Verwendung der Läden und Werkstätten, wie sie mit jeder großen Anlage von Säulenhallen verbunden waren, findet sich auch an anderen Orten, vgl. die Stiftung 54 (in dieser Zeitschrift XVI, 289) und 55, wo die Agoranomen von Tralles für die Erhaltung ihrer noblen Stiftung auf dem Markte der Stadt, bestehend aus einer bedeckten Wandelhalle, einem Polizeiwachthokale, einem dorischen Peristyl mit Nebengebäuden, dadurch Sorge tragen, daß sie die Mietererträge der hundert Läden im Erdgeschoß und der Magazine⁶⁰⁾, die mit den Hallen verbunden waren, bestimmen zur Bestreitung der Betriebs- und Reparaturkosten der Markthallen.

Rhodos. Schulstiftung des Königs Eumenes II. aus dem Jahre 163—160. Polyb. 31, 25. Das Stiftungskapital wird in Naturalien nämlich 280 000 Medimnen Getreide ausgezahlt⁶¹⁾ mit der Bestimmung: χάριν τοῦ τοῦ λογευθέν ἐκ τούτων δανεῖσθαι, τὸν δὲ τόκον εἰς τοὺς μισθοὺς ὑπάρχειν τοῖς παιδευταῖς καὶ διδασκάλοις τῶν νύων. Es ist also eine Stiftung zur Bestreitung der Lehrergehälter, die sich zu unseren Nummern 17 (Bd. XVI, 261 dieser Zeitschrift) und 5 stellt, und zusammen mit der milesischen Schulstiftung des Eudemos (vgl. bisher nur Berlin. Sitzungsber. 1905, 544 und Verhandlungen der 48. Versamml. deutsch. Philol. in Hamburg S. 36) an anderer Stelle eingehender besprochen werden soll.

⁶⁰⁾ καὶ τὰ ἐν αὐτῷ ἀποδοχῆα καὶ τὰ ἐπὶ τούτων ἐγγήων ἐργαστήρια Z. 5. der Inschrift Nr. 24 bei Pappakonstantinos. Αἱ Τράλλεις, Athen 1895.

⁶¹⁾ Doch waren beim Tode des Eumenes noch 30 000 Medimnen rückständig. Diodor XXXI 47, vgl. v. Gelder, Geschichte der alten Rhodier S. 159.

Ephesos. Stiftung des Tib. Julius Aquila zum Zwecke der Unterhaltung und Bücherversorgung der zu Ehren seines Vaters († nach 106 n. Chr.) errichteten βιβλιοθήκη Κελασιανή, die von R. Heberdey ausgegraben ist. In der Ehreninschrift an der Ostfassade der Bibliothek wird von dem Stifter gerühmt (Jahreshefte des österr. archäol. Instituts VIII, Beiblatt S. 67): Κατέλιπε δὲ καὶ εἰς ἐπισκευὴν αὐτῆς [καὶ ἀγορὰ]ν βιβλίων δην. μυριάδας δύο ἡμισυ ἐξ ὧν ὕφη[γηθήσεται ἀβ]τῇ [κατ' ἔτος . . .]. Leider sind die folgenden Zeilen, die von der Verwendung der Zinsen der 25 000 Den. handeln, hoffnungslos zerstört.

Tenos. Stiftungen des Satyros, des Sohnes des Phileinos, im Gesamtbetrage von 44 500 Den. Le Bas 1847 = C. J. G. 2336.

1. Bäderstiftung. Außer dem Badehause (βαλανεῖον) schenkte Satyros der Stadt 5000 Den. ἵνα ἐκ τοῦ τόκου αὐτῶν θερμαίνηται τὸ βαλανεῖον (Z. 4), also zur Bestreitung der jährlichen Unkosten für Heizung des Badehauses.

2. Stiftung an die Götter in Heristhos, einem Orte auf Tenos, von 5000 Den., ἵνα ἐκ τοῦ τόκου αὐτῶν ἐν τῇ τῆς βοῦθυσίας ἑορτῇ κατ' ἔτος διδῶται τοῖς εὐωχησομένοις ἐν τῷ ἱερῷ ἐλευθέρους Τηνίους κατ' ἄνδρα δηνάριον (Z. 6 f.), also zur einmaligen jährlichen Geldverteilung an die an dem Opferschmause teilnehmenden freien Tenier, die pro Kopf einen Denar erhalten sollen, ohne daß eine Bestimmung getroffen wird, was mit dem Ueberschuß an Zinsen im Falle geringerer Beteiligung am Feste geschehen soll.

3. Stiftung an dieselben Götter im Betrag von 10 000 Den. mit der Bestimmung (Z. 10): ἵνα ἐκ τοῦ τόκου αὐτῶν . . P . . . ἐν τῷ ἱερῷ τῇ καταστεφανώσει καὶ τῇ ὀκτωκαιδεκάτῃ παντὶ ἐλευθέρῳ Τηνίῳ ἢ κατ' ἀναλογίαν τοῦ συνελευσομένου πλήθους μερίζεται διανομή. Die Höhe des zu gewährenden Festgeschenkes soll sich also bei dieser Stiftung richten nach der Kopfzahl der Festteilnehmer, der Betrag wechselte alljährlich, was sicher die Anziehungskraft des Festes erhöhen sollte.

4. Stiftung von 6000 Den., deren Empfänger nicht genannt aber zweifellos die Stadt ist, mit der Bestimmung (Z. 15): ἵνα ἐκ τοῦ τόκου αὐτῶν κατ' ἔτος ἀνδράσι καὶ γυναιξὶ Τηνίοις ἐν τῇ ὀρισμένῃ τῶν Ἐπιταφίων αὐτοῦ ἡμέρα μερίζηται καθ' ἕκαστον ἢ κατ' ἀναλογίαν τοῦ συνελευσομένου πλῆθους διανομή, also eine Gedächtnisstiftung für den Satyros mit Geldverteilung am „Satyrostage“.

5. Stiftung an die Stadt von 18 500 Den. mit der Bestimmung (Z. 20): ἵνα ἐκ τοῦ τόκου αὐτῶν ὑπὲρ ἀνδρῶν καὶ γυναικῶν καὶ παιδῶν ἐλευθέρων Τηνίων κατ' ἔτος διδῶται τὸ ἐπι κεφάλαιον, es sollen also die Erträgnisse der Zinsen zur Ablösung der Kopfsteuer dienen.

Delphi. Stiftung des L. Gellius Menogenes und seiner Frau Aurelia Julia Sotia an die Stadt im Betrage von 1 000 000 σινπλαρία (oder ἀπλαῖ) aus dem Jahre 315 n. Chr. Erhalten das Dekret der delphischen δαμουργοὶ bei E. Bourguet, De rebus Delphicis imperatoriae aetatis Paris (Thèse 1905) S. 45, durch welches die Annahme der Stiftung zu irgend einem sakralen Zwecke erfolgt⁶²), aber zugleich auf Antrag des Stifters, der Vorsitzender der δαμουργοὶ war, beschlossen wird, daß die Hälfte des Stiftungskapitals mit 500 000 σινπλαρία vorläufig an die δαμουργοὶ des folgenden Jahres und an die Stifterin zurückgezahlt werden soll, damit sie nach Ansammlung der Zinsen des laufenden Jahres einem neuen Stiftungszweck dienen kann⁶³), der λοῦσις τῶν βαλανείων, also wohl der Wasserversorgung der Bäder. Um einer mißbräuchlichen Benutzung dieses Kapitals vorzubeugen, soll es in der Zwischenzeit bei einem Vertrauensmanne, dem Antiathenes, deponiert werden, der wohl Bankier war.

Spielstiftungen, vgl. d. Zeitschr. XVI, 294 f.

⁶²) Z. 7. τὸ δόγμα [. . . τὸ περὶ] τῶν χρημάτων ὧν ἐχαρίσατο . . . ἐφ' ᾧ τε θοοίαν ποιῆσθαι καθήκον] καί μιν μὴν.

⁶³) Z. 16. ὥστε] κατασχόντας ἑαυτὸν εἰς τὴν λοῦσιν τῶν βα[λανείων χρήσασθαι, καὶ] ἵνα μηδεμία κακοουργία περὶ αὐτὰ μηδέποτε γ[ίνηται καταθεῖναι ταῦτα τὰ χρήματα π]αρ' Ἀντισθένης.

Nisa (Lykien), θέμις Διογενείων καταλειφθείση ὑπὸ τοῦ ἁξιομνημονεύτου γενομένου Λυκιάρχου Διογένοος τρις τοῦ Μητροδώρα Νεισέος, Festschrift für Kiepert S. 156, wo ein Sieger ἄπτωτος ἀμεσολάβητος θέμιδος ἐβδόμης gefeiert wird. Der jugendliche Stifter hatte die Stadt als Erbin eingesetzt (vgl. S. 155 καταλιπόντα τὴν πόλιν κληρονόμον), und aus der Erbschaft war die Stiftung errichtet (3. Jahrh. n. Chr.).

Termessos bei Oinoanda, θέμις πανηγύρεως, gestiftet von M. Aurelius Artemon, dem die Ehreninschrift Dittenberger, Or. Graec. Inscr. 566 gilt. Dort heißt es Z. 19: χαρισάμενον σὺν τῇ γυναικὶ αὐτοῦ καὶ συστησάμενον εἰς πάντα τὸν αἰῶνα πανήγυριν ἀγώνων θυμελικοῦ καὶ γυμνικοῦ ἐκ πάντων Λυκίων . . . ἐπὶ ἀνδρῶσιν καὶ θέμασιν καταλειποτά καὶ νομάς τοῖς πολεῖταις ἐν τῷ χρόνῳ τῆς πανηγύρεως, also die musischen und gymnischen Spiele waren offen für alle Lykier, und außer den vom Stifter ausgesetzten Preisen (θέματα) gab es auch noch ein Geldgeschenk für die Festteilnehmer.

Maximianopolis θέμις Λονγίλληα ἀπὸ χρημάτων Μ. Αἰμιλίου Λόνγου. Ramsay, Cities and bishoprics of Phrygia I 333 n. 149, wo Ἀντωνεῖνος Μενέου ναικήσας ἀνδρῶν πάλην gefeiert wird.

Binda θέμις Τσιμοθεανῆ Ramsay S. 334 u. 152, wo ein Ἀδρ. Ἀντιανός als Sieger πάλην Πυθικῶν dieser Spiele geehrt wird.

Unbekannte Stadt zwischen Tatarli und Haidarli. Stiftung des Artemidoros, des Sohnes des Sosthenes, eines οχολαστικός (Rechtsanwalt), den die Stadt mit der Begründung ehrt: δόντα καὶ ἀργύριον εἰς ἀγώνος διάθεσιν καθὼς τὸ [δοθὲν αὐτῷ ψήφισμα μαρτυρεῖ?] Ramsay I 2, S. 760. Er hatte also eine Summe gegeben zur Einrichtung eines Agon, was keinesfalls eine einmalige Schenkung, sondern gewiß eine Spielstiftung bedeutet, auf deren Statut vielleicht in dem Schlußsatz der Inschrift Bezug genommen war (also etwa: καθὼς τὸ [ὑπ' αὐτοῦ προγεγραμμένον (oder διάταγμα) λέγει]).

Antiocheia.

1. Stiftung des Sosibios zur Zeit des Augustus, von der es bei Malalas p. 224 Dindorf (vgl. Bull. de corr. hell. 24 [1900], 290 heißt: Σωσιβιός τις Ἀντιοχεὺς συγκλητικὸς ἀνελθὼν μετὰ τοῦ Αὐγούστου ἐν τῇ Ῥώμῃ τελευτᾷ καταλιπὼν τὴν πρόσδοτον αὐτοῦ τῇ ἰδίᾳ πόλει εἰς τὸ ἐπιτελεῖσθαι ἐν αὐτῇ κατὰ πενταετηρίδα τριάκοντα ἡμέρας τοῦ Ὑπερβερεταίου μηνὸς ἀγῶνας ἀκροαμάτων (πάντων) καὶ θυμελικῶν (καὶ) σκηνικῶν <πάντων> καὶ ἀθλητῶν καὶ ἱππικῶν ἀγῶνα.

2. Stiftung des Sohnes des Perseas, von der es in seiner Grabchrift (Bull. de corr. hell. 24, 290) heißt: Περσέου ἄλυσπε χαῖρε· καταλείπω Δαφνεῖταις τὰ κατὰ ἔθος Κιρκήσια γεινόμενα θεωρεῖν.

Oxyrynchos. Stiftungen des Aurelius Horion im Jahre 200—202 n. Chr.

1. Spielstiftung zu Gunsten der Epheben. Das Kapital beträgt mindestens 10 000 attische Drachmen. Vom Stiftungszweck handeln die Worte (Papyr. Oxyrynch. 705 II, 47 f.): ταῦ]τας δανείζεσθαι τε καὶ φυλάσσεσθαι κατὰ ἐπὶ τῶν προτέρων ὥριστα, τὸν δὲ συναγόμενον τόκον χωρεῖν εἰς ἑκαθλα ἐφήβων τῶν παρ' αὐτοῖς κατ' ἔτος ἀγωνιουμένων ἐφ' οἷς καὶ οἱ Ἀντ[ι]ν[οῖς?] νῦν ἀγωνίζοντε. Also die Anlegung des Geldes soll ebenso vor sich gehen, wie bei früheren Stiftungen des Aur. Horion, von denen nichts weiter bekannt ist, die jährlichen Zinsen aber sollen als Preise für die Wettspiele der Epheben ⁶⁴⁾ verwendet werden, welche offenbar kurz vorher nach dem Muster der Stadt Antinoe eingerichtet waren. Erhalten ist uns von den die Stiftung betreffenden Urkunden nur ein Teil der Petition des Stifters an die Kaiser Septimius Severus und Caracalla, welche um Sanktion der Stiftung gebeten werden (Z. 51 καὶ ἀξιῶ

⁶⁴⁾ Die Stiftung scheint über 100 Jahre bestanden zu haben, denn noch 328 n. Chr. macht der Logistes bekannt, daß die Wettkämpfe der Epheben am nächsten Tage stattfinden sollen. Pap. Ox. 60, vgl. Ox. Pap. IV, S. 163.

κελεῦσαι ὑμᾶς καὶ ταῦτα τὰ χρήματα μηδενὶ ἐξεῖναι εἰς ἄλλο μηδὲν περισπᾶν).

2. Stiftung zu Gunsten einiger Dörfer des oxyrynchitischen Gaues, deren Bewohner durch die staatlichen Abgaben und Liturgien hart betroffen waren und zeitweilig deshalb die von ihnen zu bestellenden Felder nicht besorgen konnten. Zweck der Stiftung, deren Kapital nicht genannt wird, ist, den durch die Liturgien und Dienste Betroffenen Ersatz zu gewähren für ihren Lebensunterhalt und die ihnen erwachsenen Extraauslagen, doch bleibt die Absicht des Stifters im einzelnen unklar (Z. 76 βόλομαι εἰς ἀνάκτησιν αὐτῶν ἐπιδοῖν τινα βραχίστην ἐκάστη ποιήσασθαι εἰς συνωνήν χ[όρε]ου οὗ ἡ πρόσοδος κατατεθήσεται εἰς τροφὰς καὶ δαπάνας τῶν κατ' ἔτος λειτουργησόντων ἐπὶ τῷ . .). Die Gelder werden in Naturalien, Kohl, angelegt, dessen Verkauf also vorteilhaft sein mußte. Erhalten ist am Ende desselben Papyrus 705 die erbetene Sanktion auch dieser Stiftung durch die Kaiser.

XIII.

Grundriß der Geschichte des armenischen Rechtes.

Von

Dr. Josef Karst, Straßburg i./E.

Abbreviaturen.

Arm. Rb. = Armenisches Rechtsbuch von Josef Karst, Straßburg 1905.

I. Text und Uebersetzung, II. Kommentar.

Ass. Ant. = Assises d'Antioche, Venise 1876.

A. Mai, Script. vett. X = Scriptorum Veterum nova collectio, T. X, Romae 1838.

Cod. Ham. = Hammurabis Gesetz von J. Kohler und F. E. Peiser, Leipzig 1904.

Cod. Vacht. = Vachthangscher Codex aus dem 17. Jahrhundert.

Comm. = Kommentar oder Bd. II von Arm. Rb.

Dat. I. II. = Datastanagirkh, d. i. Rechtsbuch des Mechithar Gosch ed. Bastamians, 1880. I. = erster oder kanonischer Teil, II. = zweiter oder zivilistischer Teil.

Dat. Intr. = Juristischer Einleitungstraktat von Dat[astanagirkh].

Ewers = Das älteste Recht der Russen in seiner geschichtlichen Entwicklung dargestellt von J. Ph. G. Ewers, Dorpat 1826.

L AA = Leon Ališan Airarat, Venedig 1890.

L AS = Leon Ališan Sisakan, Venedig 1893.

L ASh = Leon Ališan Sirak, Venedig 1881.

L ASis. = Leon Ališan Sisvan, Venedig 1885.

Langl. Cart. = Le trésor des Chartes d'Arménie ou Cartulaire, ed. Langlois, Venise 1868.

Leist AIC = Leist, Altarisches jus civile I. II. 1892.

Leist AIG = Leist, Altarisches jus gentium 1889.

Leist GIR = Leist, Gräco-italische Rechtsgeschichte 1884.

Mac. Slav. R. = Slavische Rechtsgeschichte von W. A. Maciejowski, I—IV. Deutsch von F. J. Buß, 1885—1889.

Mitteis, Reicher. = Reichsrecht und Volksrecht in den östlichen Provinzen des römischen Kaiserreichs. Von L. Mitteis, Leipzig 1891.

Mos. Chor. oder Choren. = Moses Chorenathi, Geschichte Armeniens, Venedig 1865.

- Müller, Hammur. = Die Gesetze Hammurabis und ihr Verhältnis zur mosaischen Gesetzgebung sowie zu den XII Tafeln . . . von D. H. Müller, Wien 1908.
- Müller, Syr.-Rb. = Das Syrisch-römische Rechtsbuch und Hammurabi von D. H. Müller, Wien 1905.
- Rb. = Sempadsches Rechtsbuch aus dem 13. Jahrh., herausg. im Arm. Rb. I.
- Syr. Rb. oder S-R Rb. = syrisch-römisches Rechtsbuch, herausg., übers. und erläut. von Bruns und Sachau 1880.
- Turner = Slavisches Familienrecht von P. Turner 1874.
- Vers. E = Etschmiadziner Version von Rb.
- Vers. V = Venezianische Version von Rb.
- Vers. georg. oder — grus. = Georgische Version von Dat. im Cod. Vacht.
- Vers. pol. = Lemberger oder polnisch-armenische Version von Dat.
- Zachar. Gr.-R. R. = Zachariä von Lingenthal, Geschichte des griechisch-römischen Rechts, 3. Aufl. 1892.

Einleitung.

1. Literatur des armenischen Rechtes.

- Brosset, A.: Notice sur le Code Géorgien, manuscrit de la Bibl. Royale (Nouveau Journal Asiatique I. III.), Paris 1829.
- Bienert: Vorläufige Nachricht über einige noch jetzt geltende georgische und armenische Rechtssammlungen (Krit. Zeitschr. für Rechtsk. und Gesetzg. des Ausl., II. Bd., 1830).
- Scriptorum Veterum nova collectio e Vaticanis codicibus ed. A. Mai, T. X, p. 269—316: Ecclesiae Armeniacae canones selecti. Romae 1838.
- Brosset, A.: Rapports sur un voyage archéologique dans la Géorgie et dans l'Arménie, St. Pétersbourg 1851 (p. 77 ff.).
- Haxthausen, Aug. Freih. v.: Transkaukasien I. II., Leipzig 1856. Mit einem längeren Artikel: Zur Jurisprudenz in Transkaukasien II, p. 198—300.
- Bischoff, Ferdinand: Das alte Recht der Armenier in Polen (in Oesterr. Blätter für Literatur und Kunst 1857, Nr. 28, 33, 37, 39).
- Bischoff, Ferd.: Das alte Recht der Armenier in Lemberg (in Sitzungsber. d. k. Akad. d. Wiss., Phil.-hist. Kl. 40, Wien 1862).
- Dulaurier, E.: Etude sur l'organisation politique, religieuse et administrative du royaume de la Petite Arménie au temps des Croisades. Paris 1862. (Extrait du Journal Asiatique 5. Série, t. XVII, p. 377 sq., t. XVIII, p. 289 sq.)

- Le Trésor des Chartes d'Arménie ou Cartulaire de la Chancellerie Royale des Roupéniens par Victor Langlois, Venise 1863.
- Urkunden zur Geschichte der Armenier in Lemberg, herausg. von Ferd. Bischoff (im Archiv f. Kunde österr. Geschichtsquellen 32, Wien 1865).
- Alexejew, M.: Армянскій Судебникъ. Der armenische Kodex (russisch) 1870.
- Assises d'Antioche reproduites en Français et publiées ... par la Société Méchithariste de Saint-Lazare, Venise 1876.
- Mechithariants, Abel: Histoire des Conciles de l'Eglise Arménienne, Vagharschapat 1878.
- Syrisch-römisches Rechtsbuch aus dem 5. Jahrhundert ... herausg., übersetzt und erläutert von K. G. Bruns und Ed. Sachau. Leipzig 1880.
- Mechithar Gosch, Datastanagirkh Hayots („Gerichtsbuch der Armenier“), herausgegeben im Grundtext mit einer rechtshistorischen Einleitung und Anmerkungen von Vahan Bastamians. Vagharschapat 1880.
- Bastamians, Vahan: Die Ehe nach dem armenischen Kirchenrecht, [armenisch] 1880 (in der arm. Revue Phordz, 1880 XI—XII, 1881 IV ff.).
- Hube, R. v.: Zur Beleuchtung der Schicksale des sogenannten syrisch-römischen Rechtsbuches (Zeitschr. f. Rechtsgeschichte 16, N. F. 3, Jahrg. 1882, p. 17 ff.).
- Kovalewsky, Maxim, Coutume contemporaine et loi primitive (russ. Современный обычай и древній законъ), Moskau 1886. Dazu ein Rezensionsartikel von
- Daresté, R.: im Journal des Savants 1887.
- Kohler, Josef, Das Recht der Armenier (Zeitschr. f. vergl. Rechtswissenschaft 7, p. 385—436) 1887.
- Kalemkian, G.: Studie über das Rechtsbuch der galizischen Armenier. (Neuarmen. Uebersetzung von F. Bischoff, „Das alte Recht der Armenier in Polen“ und J. Kohler, „Das Recht der Armenier.“) Mit Kommentar, Wien 1890.
- Megavorian: Famille et mariage Arméniens, 1894.
- Daschian, Jakob: Die Lehre der Apostel (Apost. Can.) [armenisch], Wien 1896.
- Conybeare, F. C. The Armenian Canons of St. Sahak catholicos of Armenia (American journal of theology t. II, 1898).
- Güterbock, Karl: Römisch-Arménien und die römischen Satrapien im 4.—6. Jahrhundert. Eine rechtsgeschichtliche Studie. (In „Fest-

- gabe der juristischen Fakultät zu Königsberg für J. Th. Schirmer^{*)}. Königsberg 1900.
- Basmadjian, K. — J.: Le droit arménien depuis l'origine jusqu'à nos jours (Mémoire présenté au Congrès international d'Histoire comparée, Paris 1900.) Macon 1901.
- Poturian, Mkrtitsch: Das armenische Katholikatum (im *Basmavep* 1902 und 1903).
- Ghazarian, Mkrtitsch: Armenien unter der arabischen Herrschaft bis zur Entstehung des Bagratidenreiches. Marburg 1903.
- Melik-Thangian: Das armenische Kirchenrecht. I. Einleitung u. Quellen, Tiflis 1903 [armenisch].
- Thopdschian, Hagob: Die inneren Zustände von Armenien unter Achot I. Inang.-Diss., Halle 1904.
- Samuelian, Ch.: Das altarmenische Recht und die Methode seiner Erforschung, Tiflis 1904 [armenisch]. (Enthalten in *Azagragakan Handes* [= Ethnographische Zeitschrift] IX. Jahrg., Heft 9, p. 5—32.)
- Armenisches Rechtsbuch von Josef Karst, Straßburg 1905.
- Bd. I (Text und Uebersetzung) a. u. d. T.: Sempadscher Kodex aus dem 13. Jahrh. oder Mittelarmenisches Rechtsbuch, nach der Venediger und der Etschmiadziner Version unter Zurückführung auf seine Quellen herausgegeben und übersetzt von J. Karst.
- Bd. II (Kommentar) a. u. d. T.: Sempadscher Kodex aus dem 13. Jahrh. in Verbindung mit dem großarmenischen Rechtsbuch des Mechithar Gosh (aus dem 12. Jahrh.) unter Berücksichtigung der jüngeren abgeleiteten Gesetzbücher erläutert von J. Karst.
- Köhler, Josef: Altsyrisches und armenisches Recht, 1906 (Zeitschr. f. vergl. Rechtswissensch. 1906, 1. Heft, S. 103 ff.).
- Müller, David Heinrich: Semitica II. Sprach- und rechtsvergleichende Studien (spez. über das armenische Recht und sein Verhältnis zur mosaischen Gesetzgebung). Wien (Sitz.-Ber. d. k. k. Akad. d. W. phil.-hist. Cl. Bd. 154) 1906.

2. Quellen des armenischen Rechtes.

Die Quellen für unsere Kenntnis des armenischen Rechtes sind:

1. Die altarmenische Literatur im allgemeinen, besonders die geschichtlichen Dokumente. Ergänzungsweise treten hinzu vereinzelte Nachrichten aus der griechisch-römischen Literatur, insofern diese Armenien berührt.

2. Die epigraphischen Denkmäler und sonstige auf uns gekommene Urkunden. Hauptsächlich kommen in Betracht die mittelarmenischen Inschriften aus den Gauen Schirak, Airarat, Sisakan^{*)}, als wertvolle Quellen für das Recht der Verträge, namentlich der Stiftungen

und Schenkungen, auch für öffentliches Recht (Steuerwesen u. dergl.). Wichtige Urkunden sind uns zum Teil auch überliefert bei den späteren Historikern, so namentlich bei Stephan Orbelian. Eine Hauptbedeutung kommt in dieser Beziehung auch den offiziellen Akten der rupenidischen Kanzlei zu, die in Langlois' *Cartulaire* gesammelt sind.

8. Die kodifizierten Rechtssammlungen, sowohl kirchenrechtliche als zivile:

a) die Canones und Synodalbeschlüsse der nationalen Synoden von Schahapivan, Dvin, Partav etc.;

b) die nationalarmenischen Rechtsbücher, d. i. das großarmenische Rechtsbuch des Mechithar Gosch (*Datastanagirkh*) und der cilicisch-kleinarmenische oder Sempadsche Rechtsspiegel.

4. Das modernarmenische Gewohnheitsrecht.

Bei der Unvollkommenheit und dem zum Teil zweifelhaften und gemischten Charakter der schriftlichen Rechtsdenkmäler bildet das unter 4. genannte moderne Gewohnheitsrecht ein schätzbares Kriterium für die Prüfung des überlieferten Schriftrechtes und zugleich einen sicheren Anhalt zur Rekonstruktion solcher Rechtsinstitute und Normen, die von den schriftlichen Quellen mangelhaft überliefert sind. An der Hand dieser Ueberbleibsel läßt sich durch Rückschluß in zahlreichen Fällen der ältere Rechtszustand eruieren. Freilich konnte diese Methode in vorliegender Arbeit nur in beschränktem Maße zur Anwendung gelangen, da das Material nicht genügend zur Hand war und erst eigene diesbezügliche Erhebungen an Ort und Stelle vonnöten gewesen wären, was einer ferneren Zukunft überlassen bleiben mußte. Ist somit unser Wissen auch kein erschöpfendes, so ließ sich doch immerhin auf Grund des überlieferten Quellenmaterials der Grundriß des Rechtssystems in seiner historischen Entwicklung zeichnen. Eine erschöpfende, durchaus in allen Details sich ergebende Geschichte des armenischen Rechts wird sich erst auf Grund einer eingehenderen Verwertung der Literaturdenkmäler in Verbindung mit einer gründlichen Ermittlung und Erforschung der modernen gewohnheitsrechtlichen Residuen ausführen lassen.

Uebrigens war für die Abgrenzung des Stoffes und die mehr skizzenhafte Darstellungsweise bestimmend der Umstand, daß das armenische Recht bereits von dem Herausgeber der Zeitschr. f. vergl. Rechtsw. (Jahrg. 1888, Bd. 7 und im lauf. Jahrg. 1906, Heft I) nach gewohnter meisterhafter Weise einer eingehenderen Betrachtung unterzogen worden ist, wie denn auch bereits in meinem Arm. Rb. II. Kommentar das ältere Kodexrecht

*) Jetzt allgemein zugänglich durch die vortrefflichen Editionen Alischans in seinen Werken: Schirak, Venedig 1881; Airarat, Venedig 1890; Sisakan, Venedig 1893.

zu ausführlicher Behandlung gekommen ist. Mit Rücksicht hierauf sollen in der unter III. Abschnitt folgenden Darstellung der inneren Rechtsentwicklung nicht sowohl neue Einzelheiten gebracht, als vielmehr die bereits bekannten Grundsätze und Rechtsnormen nach einheitlich-systematischen Gesichtspunkten und historisch-vergleichender Methode angeordnet werden. Die ganze Abhandlung sollte nach ursprünglichem Plan und Anlage die Einleitung zum Kommentar des „Armenischen Rb.“ bilden und ist als Ergänzung zu diesem gedacht.

I. Aeußere Rechtsgeschichte.

Erster Abschnitt.

Allgemeine äußere Entwicklungsgeschichte.

Die ältesten Nachrichten über armenisches Recht liefern uns die urartisch-armenischen Keilinschriften seit dem 9. Jahrh. v. Chr.: vereinzelte Königsverordnungen, darunter wohl auch spärliche strafrechtliche Bestimmungen, wie z. B. die Androhung der Todesstrafe durch Feuer oder Ertränken (analog wie auf den assyrisch-babylonischen Keilinschriften) ist so ziemlich alles, was sich aus ihnen entnehmen läßt.

Die ersten Spuren einer positiven Gesetzgebung lassen sich erst unter der Arsazidendynastie nachweisen. Nach dem Zeugnisse des Geschichtschreibers Moses von Choren war es der Gründer dieser Dynastie, Valarsaces I. (arm. Vagharsak) (149—127 v. Chr.), der dem Lande eine geordnete Verfassung und ein Gesetz gab. Freilich dürfen wir uns unter dieser Gesetzgebung noch keineswegs eine zivilrechtliche vorstellen; die organisatorische Tätigkeit des Arsazidenherrschers war, wie sich aus den diesbezüglichen historischen Mitteilungen absehen läßt, eine wesentlich auf das öffentlich-rechtliche Gebiet sich erstreckende und scheint in erster Linie das Recht des königlichen Hauses, sowie das Standes- und Feudalverhältnis der Vasallen untereinander und in Bezug auf die Krone

betroffen zu haben ¹⁾). Zwar weiß derselbe Historiker weiter noch von anderen Arsazidenkönigen zu berichten, welche „Verordnungen und schöne Rechtsgewohnheiten“ statuierten und sanktionierten. Es können jedoch hiermit nur ganz rudimen-

¹⁾ Mos. Chor. II c. 8: „Auch ein Gesetz stellt er (d. h. König Vagharšak I.) auf in seinem Königshause; und er bestimmt die Stunden der Ein- und Ausgänge und der Ratsversammlungen und der Gelage und der Belustigungen . . . Er stellt die Satzung auf, daß den Bewohnern der Städte der Ehrenvorrang zu teil werde vor den Dorfbewohnern, und daß die Dörfler den Städtern dieselben Ehrenbezeichnungen zu erweisen haben wie den Fürsten . . .“ (Vgl. die analoge Bestimmung Dat. II 1 u. Rb. 1.) Weitere Bestimmungen desselben Königs betreffen das Rechtsverhältnis der Mitglieder der königlichen Familie zu dem regierenden Haupte, spez. deren Ansiedlung im Gaue Hašteankh nebst Apanagenzuteilung; vgl. *ibid.* II c. 8 (mitgeteilt in *Arm. Rb. Comm.* p. 406). Letzteres königliche Hausgesetz wird erweitert durch König Artavazd I., über den Mos. Chor. II, 22 berichtet: „Dieser läßt seine Brüder und Schwestern die Erbnachfolge antreten in die Gaue Aliovit und Arberani, indem er ihnen den königlichen Anteil an den Siedlungen jener Gaue überläßt, nebst eigenen Einkünften und Apanagen, nach Art der im Gebiet von Hašteankh angesiedelten Geschlechtsangehörigen, in dem Sinne, daß diese einen höheren Rang einnehmen und von wegen des königlichen Geblütes ausgezeichneten wären als die übrigen Arsaziden; nur die Niederlassung in Airarat, in der königlichen Residenz, untersagt er ihnen durch Gesetz.“ Insbesondere berichtet weiter der Historiker von Einzelanwendungen dieses Gesetzes durch die Könige Sanatruk und Artavazd II. Von letzterem heißt es: „Er entfernt aus Airarat alle seine Brüder und versetzt sie in die Gaue Aliovit und Arberani, damit sie nicht in Airarat im königlichen Besitztum residieren, sondern er bloß (seinen Bruder) Tiran als Thronfolger bei sich behalte; denn er hatte keinen Sohn“ (*Choren. II*, 61). Unter König Tiran verlangen die in die genannten Gaue relegierten Arsaziden ausgedehntere Rechte, werden jedoch abgewiesen. Die Abänderung bzw. Aufhebung dieses Apanagenrechtes erfolgte nach Chorenatzi unter dem Sassaniden Artaschir: „Artaschir aber, der dem Lande Armenien eine treffliche Verfassung gab, setzt auch wieder in ihren früheren Rang ein die Arsaziden (die nicht thronfähige Deszendenz), indem er sie, die vom Throne und von der Residenz in Airarat ausgeschiedenen und abgetrennten, in dieselben Stätten zurückversetzt mit Renten und Apanagen, wie sie dereinst gewesen waren“ (*Choren. II*, 77).

täre Ansätze zu einer Gesetzgebung gemeint sein, bestehend in allgemeinen Normen und Vorschriften, nach denen sich die Rechtspflege in den verschiedenen Landesteilen zu richten hatte. Wir wissen, daß in den einzelnen Gauen und Distrikten die Jurisdiktion in den Händen der Gaufürsten oder Stammhäuptlinge, der Naḥarars, lag. Die königliche Gerichtsbarkeit beschränkte sich außerhalb des eigentlichen Kronlandes auf das enge Gebiet der Staatsverbrechen, als z. B. Landesverrat u. dgl. Innerhalb der einzelnen Gaue und Provinzen, die nur in losem Verbande mit der Krone standen und in inneren Angelegenheiten selbständige Staatengebilde darstellten, herrschte in der zivilrechtlichen Praxis die jeweilige Landesgewohnheit. Es ist dies die Periode des vorherrschenden Gewohnheitsrechtes, welcher ein streng einheitliches Gemeinrecht, mithin eine Rechtskodifikation noch fremd ist. Die Mannigfaltigkeit der Rechtsgewohnheiten je nach den verschiedenen Landesteilen, der Mangel einer einheitlichen Handhabung der Justiz nach kodifizierten Rechtsnormen mochten, vom Gesichtspunkte benachbarter, auf einer höheren Stufe der Rechtsentwicklung stehender Nationen aus betrachtet, geradezu als Rechtlosigkeit erscheinen; bezeichnend ist nach dieser Richtung unter anderem die justinianische Erbrechtsnovelle vom Jahre 534, die die Armenier von ihrer bisherigen „Rechtlosigkeit“ abzulösen behauptet; ferner auch eine Stelle aus des Syrer Jakob von Edessa *Sermo adversus Armenos*, die den Armeniern schlechthin den Besitz eines Gesetzes abspricht: „Armeniens Völker haben seit Beginn der Welt ohne Gesetz gelebt“²⁾.

Daß in dieser Periode der Partherdynastie (66 v. Chr. bis

²⁾ Im Justinian. Edikt III wird das Recht der Armenier, spez. die für Ehe und Gütervererbung herrschende Sitte als *ἑταρχος βαρβαρικόν* bezeichnet. Dieselbe Urgierung des barbarischen Charakters der armenischen Nation findet sich noch sonst häufig ausgedrückt. Vgl. u. a. Tacit. Ann. II, 56, sowie ein Schreiben des griechischen Patriarchen Attikos an den armenischen Katholikos Sahak den Großen (bei Mos. Choren. III, 57).

429 n. Chr.) neben dem einheimischen Gewohnheitsrechte sich bereits ein offizielles, entlehntes Fremdrecht geltend zu machen beginnt, ist aus mehreren Aeußerungen der Historiker nachweisbar. Das offizielle Königsrecht der Arsaziden wird eben vermutlich nicht zum geringsten Teil persischen Ursprungs gewesen sein. Ist allgemein schon anzunehmen, daß überhaupt seit den ältesten Zeiten ein fortwährendes Eindringen fremden Rechts auf dem Wege der Legislation sowohl als der gewohnheitlichen Rezeption stattfand, indem für das Land jeweilig das Recht desjenigen Volkes als offizielles galt, unter dessen Oberherrschaft es stand, so gilt dies insbesondere für das Verhältnis zum persischen Recht. Seit dem 6. Jahrh. v. Chr. war Armenien als persische Satrapie in engere Beziehungen zu Iran getreten, derart, daß sich allmählich eine Iranisierung des armenischen Landes in beschränktem Sinne vollzog, innerhalb der Kreise des Adels und der herrschenden Klasse; diese Iranisierung war bereits mit Beginn des ersten vorchristlichen Jahrhunderts so weit gediehen, daß so ziemlich alles, was das damalige Armenien an höherer Kultur und Bildung besaß, persischen Ursprungs war: persisch war die Sprache der Vornehmen, persisch die Namen des Adels, persisch Kleidung und Bewaffnung; und daß auch Rechtssitte und Rechtsleben inzwischen nicht unbeeinflusst geblieben war von persischem Einflusse, ist selbstredend. Wiewohl nun unter der Partherdynastie (vom Jahre 66 v. Chr. ab), an welcher der persische Einfluß seine natürliche Stütze fand, diese fremde Kulturströmung an Bedeutung und Nachdruck gewinnen mußte, so vermochte sie doch, wenigstens für das Rechtsleben, nicht in die inneren Schichten des armenischen Volkstums einzudringen und festen Grund zu fassen. Das persische Rezeptionsrecht war und blieb ein offizielles, ein Standesrecht des Adels, kein Volksrecht. Nachhaltigeren und tiefergehenderen Einfluß auf das Rechtsleben gewann das Fremdrecht erst mit Beginn der christlichen Periode. Die eigentliche Ausbildung und Festsetzung eines der Rezeption entstammenden Gemeinrechtes

neben der Provinziallandesgewohnheit ist eben ein Produkt der folgenden, christlichen Periode.

Von weittragender Bedeutung für das staatliche und Rechtsleben Armeniens war es, daß die Christianisierung des Landes sich in einer Zeit nationaler Ohnmacht vollzog. Zwar überdauerte das Königtum der Arsaziden die offizielle Einführung des Christentums durch Gregor den Erleuchter und König Tiridates (um 300) noch um ein volles Jahrhundert; der Bestand war jedoch fast nur ein nomineller; in Wirklichkeit waren die Arsazidenherrscher dieser Periode in Lehnsabhängigkeit zunächst von Rom und darauf immer mehr in die des Sassanidenreiches geraten; das Land war lediglich ein Vasallenstaat bald der einen bald der anderen der angrenzenden Großmächte, bis es im Jahre 387 vollends unter die beiden Reiche geteilt wurde: der große östliche Teil (etwa vier Fünftel) kam unter persische, der kleine westliche unter römische Oberhoheit. Das zunächst noch belassene Schattenkönigtum wurde mit der Entthronung des letzten Arsaziden Artasēs durch den Sassaniden Bahram V. Gor im Jahre 428 (oder 429) völlig aufgehoben. Während der nun folgenden Periode der Perserherrschaft (428—654) und der arabischen Okkupation (654—859), da das Land unter Statthaltern, sog. Marzpan bezw. Ostikans stand, blieben zwar die einheimischen Gaufürsten und Landeshäuptlinge innerhalb der Grenzen ihres Besitztums vollmächtige Herren und wurden in ihrer bisherigen Gerichtsbarkeit belassen. Faktisch jedoch scheinen sie diese ihre Jurisdiktion nicht allgemein ausgeübt und behauptet zu haben; vielmehr zeigt sich in dem geschichtlichen Verlaufe ein stufenweises Zurückweichen und Preisgeben der weltlichen Jurisdiktion der Distriktfürsten, die auf die geistliche Gewalt, d. h. auf ihren Träger, den Katholikos, überging. Letzterer hatte in gewissem Sinne das Erbe des Königtums übernommen und sich zum politischen Zentrum der Nation aufgeworfen. Die Folge war ein allmähliches Umsichgreifen der patriarchalen und bischöflichen Gerichtsbarkeit, die schließlich so ziemlich das gesamte

Gebiet der ehemaligen Nachararjustiz umspannte und auf der Synode von Schahapivan im Jahre 447, deren 20. Kanon wichtige Einzelbestimmungen über diese Materie gibt, förmlich sanktioniert wurde. Nur die Blutgerichtsbarkeit scheint der staatlichen Gewalt vorbehalten gewesen zu sein. (Vgl. zur näheren Ausführung: Arm. Rb. II, p. 341—349.) Kirchlich kanonisches Recht gewinnt infolgedessen die Vorherrschaft an den fast durchweg geistlichen oder doch von der geistlichen Behörde präsierten Gerichten; der Klerus wird zum fast alleinigen Pfleger und Träger des Rechtes und der Gesetzeskunde. Bezeichnenderweise ist die erste sicher verbürgte Rechtskodifikation der Armenier eben diejenige des Kanonbuches, eine in ihrer Art großartige Leistung. An die Kanonsammlung schließt sich schon frühzeitig eine gelehrte Kommentarliteratur an, die so ziemlich alles in sich schließt, was Armenien an selbständigen juristischen Traktaten geleistet hat³⁾. Dieses auf den armenischen Nationalsynoden⁴⁾ erzeugte, teilweise durch private Jurisprudenz weitergebildete Kanonrecht⁵⁾

³⁾ Diese kanonischen Traktate zerfallen in solche allgemeinen Charakters, wie z. B. der Kommentar des Eliße über die Kirchencanones, und in Monographien; unter letzteren nehmen die Traktate über Ehe- und Verwandtschaftsrecht, wie solche u. a. von Nerses Schnorhali, Jakob Chrimensis etc. überliefert sind, eine besonders hervorragende Stellung ein. — Ein derartiges Werk kanonrechtlichen Charakters werden wir auch vermuten dürfen in dem durch die Ueberlieferung dem Johannes Sarkavag (1060—1129) zugeschriebenen *Traktat über die Jurisdiktion*, der jetzt verloren ist. Auch die in Dat. Vers. 490 ange deutete Schrift von den „*Fragen des Bedenklichen und Unbedenklichen*“ dürfte hierher gehören (vgl. Comm. S. 267, Anm.).

⁴⁾ Von den 58 Nationalsynoden der armenischen Kirche kommen als für die Schöpfung von kanonischen Statuten und mithin für die Ausgestaltung des armenischen Kanonrechtes besonders wichtige hier vorzugsweise die folgenden in Betracht:

1. die I. und II. Synode von Schahapivan i. J. 447 bzw. 450;
2. die II. Synode von Dnin (Dovin, Devin, Tevin) i. J. 527;
3. die V. Synode von Duin i. J. 645;
4. die II. Synode von Partav i. J. 768.

⁵⁾ Solche private Kanonsammlungen sind:

berücksichtigt nur nebenbei und indirekt das einheimische Gewohnheitsrecht: seinem Grundstocke nach baut es sich auf mosaïschen Satzungen auf unter häufiger Anlehnung an griechische Kanonbestimmungen (mitunter durch syrische Vermittlung), die teilweise vollständig rezipiert werden, wie dies z. B. mit dem Basilischen Kanon geschehen ist⁶⁾). Dieses kanonische Recht, das vorzugsweise aus fremden, d. h. mosaïsch-romäischen Elementen sich zusammensetzt, war es, das den Boden vorbereitete für die spätere Rezeption der betreffenden Einzelrechte, des romäischen und des mosaïschen⁷⁾.

-
1. die sog. Canones des hl. Sahak (Patriarch Isaak), die zum Teil in Rb. rezipiert sind;
 2. die Canones des Eliše, ediert im Anhang zu seiner Geschichte, Venedig 1859;
 3. die Canones Johannes des Philosophen (genannt Odznetsi), ed. Venet. 1833.

⁶⁾ Von griechischen Kanones die wenigstens teilweise in das Armenische Kanonbuch, theils durch Gewohnheit, theils durch Synodalbeschuß, Aufnahme gefunden haben, sind vorzugsweise folgende zu nennen:

1. Apost. Kan.;
2. sog. Kanon der Jüngerväter;
3. Nicän. Kan.;
4. Ancy. Kan.;
5. Neocäs. Kan.;
6. Gangr. Kan.;
7. Antioch. Kan.;
8. sog. Athanas. Kan.;
9. Basil. Kan.

⁷⁾ Das armenische Kanonbuch, von dem eine gedruckte Ausgabe bisher noch nicht existiert, hat eine sehr mannigfaltige, reiche Ueberlieferung. Ganz abgesehen davon, daß gewöhnlich als Bestandteil der mittelarmenischen Sammelcodices den bürgerlichen Rechtsbüchern eine Kanonsammlung angefügt ist — was von der Wichtigkeit dieser Canones für die Rechtsprechung zeugt —, existieren zahlreiche unabhängige Kanoncodices. Allein in der Etschmiadziner Bibliothek werden mehr als 20 Kanonhandschriften aufbewahrt, nämlich: Nr. 785, 787, 788, 789, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 752, 753, 754, 761,

Römisches Recht kommt erst verhältnismäßig spät im westlichen Lande auf. Durch die Teilung des Jahres 387 war das römische Armenien, das sich bisher auf die westlich des Euphrats gelegene Armenia minor⁸⁾ beschränkt hatte, auf folgende Gebiete erweitert worden, die bis auf Kaiser Mauricius⁹⁾ wesentlich das römische Gebiet ausmachten: a) Hocharmenien (arm. *Bardzr-Haikh*), die römische Armenia magna¹⁰⁾ oder A. interior; b) das sog. Gebiet der Gentes, d. h. Anzitene, Ingilene, Asthianene, Sophene, Sophanene, Balabitene. Hocharmenien ward zum Behufe der äußeren Verwaltung einem Comes Armeniae unterstellt, bildete jedoch im übrigen kein organisches Glied des römischen Staates und war nicht als Provinz organisiert. „War Großarmenien nicht Provinz,

Synodalkodex etc. (Mitteilung von Bastam., Intr. Dat. 115.) — Ueber armenisch-kanonisches Recht handelt ausführlich: Melik-Thangian, Armenisches Kirchenrecht, I.

⁸⁾ Armenia minor, bereits durch Pompeius zum römischen Klientelstaat gemacht und unter Vespasian als Reichsgebiet der Provinz Kappadozien zugeschlagen, bleibt für die folgende Untersuchung insofern außer Betracht, als dieses Gebiet in historischer Zeit überhaupt keine armenische Bevölkerung mehr aufweist. Erst später wird Armenia minor durch Einwanderung aus dem Ostlande wieder armenisiert (vgl. Hübschmann, Altarm. Ortsnamen, p. 207). Im folgenden wird „Kleinarmenien“ im späteren Sinne von Westarmenien einschließlich Ciliciens gebraucht.

⁹⁾ Die Grenzverschiebung durch Mauricius im Jahre 591, wodurch Rom zu den alten Landschaften Hocharmenien und viertes Armenien noch die Gaue Taikh, Airarat (ohne Dvin), Turuberan und Aldznikh, vielleicht auch größtenteils Gugarkh erhielt, scheint in rechtshistorischer Beziehung ohne erheblichen Belang gewesen zu sein, da bereits von 641 ab die arabische Eroberung des byzantinischen Armeniens begann, das schon 654 als verloren galt. Vgl. Hübschmann, Altarm. Ortsnamen.

¹⁰⁾ Die Benennung ist entstanden als Gegensatz zu der westeuphratischen Armenia minor. Dagegen heißt nach armenischer Bezeichnung „Großarmenien“ (Medz-Haikh) das gesamte Land östlich vom Euphrat. Im folgenden ist „Großarmenien“ regelmäßig im Sinne der einheimischen Terminologie gebraucht.

so war auch der Grund und Boden darin nicht Provinzialland im rechtlichen Sinne, so besaßen auch seine Einwohner als solche nicht römisches Bürgerrecht, und römisches Recht und römische Gesetze hatten dort keine Geltung. Landesrecht, Landesgewohnheiten und Gebräuche waren in Kraft geblieben, nach ihnen wird von den einheimischen größeren und kleineren Stammhäuptlingen und Gauvorstehern die Verwaltung geführt und Recht gesprochen worden sein¹¹⁾. Dies galt in erhöhtem Maße für das Gebiet der Gentes. Hier, in den von den Römern sogenannten Satrapien, blieben die angestammten Fürstengeschlechter der Nacharars im ungestörten Besitz ihrer Herrschaft; nur in äußeren Angelegenheiten in einem Vasallitätsverhältnis zu Rom stehend, beherrschten diese „Satrapen“ (Nacharars) im übrigen gleich Kleinkönigen von Klientelstaaten ihre Gebiete kraft eigenen erblichen Rechtes auf Lebenszeit (das erst 488 durch Kaiser Zeno großenteils aufgehoben ward, dahin, daß künftighin die Satrapen, mit Ausnahme des von Balabitene, der kaiserlichen Ernennung bedurften).

Dieser Rechtszustand blieb wesentlich unverändert bestehen bis zur Regierung Justinians im 6. Jahrh. Zunächst verlieh Justinian im Jahre 528 seinen armenischen Ländern eine neue Militärorganisation. „Comite Armeniae penitus sublato“, setzte er über Armenia I und II (das frühere Kleinarmenien), den Pontus Polemoniacus, die Armenia magna quae interior dicebatur (= Hocharmenien) und die Gentes einen *Magister militum per Armeniam et Pontum Polemoniacum et gentes*, dem mehrere Duces (einer in Artaleson, zwei andere neuernannte im Gebiete der Gentes) unterstanden¹²⁾. Zugleich ward über Armenia magna ein Präses als Zivilverwalter ge-

¹¹⁾ Güterbock, Römisch-Armenien, p. 25.

¹²⁾ Dieses Institut der Duces, die u. a. auch eine gewisse Zivilgerichtsbarkeit ausübten (Güterbock, p. 56), scheint sich in der westarmenischen Gerichtsverfassung festgesetzt zu haben; denn wir finden mehrfach im späteren Sempadschen Rb. einen *duk* (byz. δοῦξ) als richterliche Behörde aufgeführt.

setzt. Im Jahre 536 wurden durch die neue Provinzialeinteilung der Novelle 31 (Armenia I, II, III, IV) die Satrapien der Gentes gänzlich beseitigt und diese Gebiete als Provinz Armenia IV unter einem Präses vereinigt. Hiermit nun verband Justinian eine Umgestaltung des materiellen Rechts jener westarmenischen Landesteile, indem er durch Legislation die hauptsächlichsten der gegen das römische Recht verstoßenden Differenzen der Landesgewohnheit in römischem Sinne beseitigte und durch römisches Recht ersetzte. Es geschah dies durch zwei für die neuen Provinzen Armenia I (die ehemalige magna) und Armenia IV (die ehemaligen Satrapien der Gentes) ergangene Novellengesetze¹³⁾: im Jahre 535 erläßt derselbe seine Erbrechtsnovelle (Edictum III) περὶ τῆς τῶν Ἀρμενίων διαδοχῆς, in welcher die allgemeine Geltung des römischen Rechts für Römisch-Armenien durch folgenden Satz ausgesprochen wird: καὶ Ἀρμενίους βουλόμεθα τῆς προτέρας ἀπαλλάξαντες ἀδικίας ἐπὶ τοὺς ἡμετέρους διὰ πάντων ἀγαγεῖν νόμους καὶ δοῦναι αὐτοῖς ἰσότητα τὴν πρέπουσαν. „Auch die Armenier wollen wir mit Ablösung von ihrer früheren Rechtlosigkeit unseren Gesetzen in allem unterstellen und ihnen die geziemende Gleichheit verleihen.“ Die im nächsten Jahre 536 folgende Novelle XXI „De Armenis“ bestätigt und sanktioniert die Unterstellung der neugebildeten armenischen Provinzen unter das Justinianische Gesetz. Der Einfluß byzantinisch-römischen Rechtes war von nun ab im westlichen, römischen Armenien ein ununterbrochener, stetig anwachsender. Zwar standen zunächst im östlichen, von den Sassaniden beherrschten und von persischen Marzpans regierten Landesteile (428—654) politische Gründe dem Eindringen römischen Rechtes feindlich hemmend entgegen. Doch fielen diese Schranken teilweise mit der arabischen Invasion (a. 654—859), und die darauffolgende Periode des wiederhergestellten natio-

¹³⁾ Die längst romanisierte Armenia minor bedurfte einer solchen Gesetzgebung nicht.

nenalēn Königtums unter der Bagratidēndynastie vom Jahre 887—1042 (bezw. 1045) bedeutet vollends eine allgemeine Erstarkung und Verallgemeinerung des romāischen Einflusses auch auf ostarmenischem Gebiete. Ostrōmisches Reichsrecht beherrschte übrighens nach wie vor die Gerichtspraxis des ehemaligen byzantinischen Armenien. Auch ist schlechthin nicht zu bezweifeln, daß in dieser Periode schon frühzeitig gewisse byzantinische Rechtskompendien bezw. fragmentarische Ueberarbeitungen griechischen Rechts in armenischer Version im westlichen Lande privatim eingeführt und staatlich sanktioniert wurden. Vor allem gilt dies für die armenische Version des sog. Syrisch-Rōmischen Rechtsbuches, deren Entstehung allen Anzeichen nach in diese Zeit zu verlegen ist; auch die Uebertragung der isaurischen *Ecloga Leonis et Constantini* ins Armenische dürfte in ihren Hauptstücken, wenigstens auszugsweise, schon in dieser Periode erfolgt sein. Gerade das romāische Element nimmt in dem späteren Kodexrecht eine so wichtige Stelle ein und zeigt sich so fest eingewurzelt, daß dasselbe bereits eine längere Periode der Festsetzung durch gewohnheitsrechtliche Rezeption voraussetzt. Die Tatsache, daß die späteren Kompilatoren des 12. Jahrh., Nerses Lambronensis und Mechithar, das Vorhandensein solcher Kompendien entweder nicht erwähnen oder geradezu in Abrede stellen, beweist höchstens, daß dieselben nur beschränkt lokale Geltung hatten, oder auch daß die spätere Praxis dieses rezipierte Kompendienrecht aufgegeben hatte. Daß nicht erst in die spätere Zeit der Kodifikation des nationalen Rechts (12. Jahrh.) diese gewohnheitliche Rezeption zu verlegen, sondern schon in der bagratidischen Periode byzantinisch-romāisches Recht durch die Gewohnheit rezipiert worden ist, geht deutlich aus dem Inhalte des späteren national-armenischen Rechtsbuches hervor; verfehlte Hyperkritik ist es, wenn z. B. Bastamiantz in seiner Einleitung zum *Datastanagirkh* (p. 119) diese Tatsache leugnet.

Neben der Rezeption des romāischen läuft schon frühzeitig

die des mosaischen Rechtes einher. Dieses, zum Teil durch syrisch-kanonische, zum Teil durch talmudische¹⁴⁾, vielleicht auch islamitische Quellen vermittelt, scheint zunächst für das östliche, persisch-armenische Land eine vorwiegende Bedeutung erlangt zu haben, indem es für dieses Gebiet, von dem die römäische Rezeption während der Marzpanperiode grundsätzlich ausgeschlossen war, der griechenfeindlichen Perserpolitik als Gegengewicht zu jener gelten mochte¹⁵⁾. Daß das spätere Datastanagirkh, worin mosaisches Recht mit solch nachhaltiger Wucht und in der Rechtsgeschichte fast einzig dastehender Bedeutung zur Geltung kommt, gerade auf ost-armenischem Gebiet erwachsen ist, ist gewiß nicht zufällig. Im westlichen Lande tritt mosaisches Recht weniger nachhaltig und erst später hervor: wie die Rechtscodices zeigen, ward es hier in kompendienhafter Fassung übernommen, indem die bekannten als Anhänge der byzantinischen Ecloga und sonstiger byzantinischer Rechtsbücher überlieferten Auszüge aus Exodus und Deuteronom zugleich mit der Rezeption jener römischen Rechtsquellen ins Armenische übergingen.

In dieselbe Periode der Bagratidenherrschaft fällt die Entstehung des sog. „Königsgesetzes“. Es ist dies die als I. Kapitel des zivilrechtlichen Teiles im Mechitharschen Kodex

¹⁴⁾ Der Einfluß talmudischer Jurisprudenz offenbart sich deutlich an der mosaischen Rezeptionsmaterie des Goschachen Rechtsbuchs, indem manche dort vorkommenden Mos. Satzungen in derselben modifizierten Form auftreten, wie sie nach talmudischer Schultradition geläufig sind. Näheres hierüber zu vgl. in David Heinrich Müllers *Semitica* II über Dat. Talmudische Quellen scheinen jedoch nicht direkt benutzt, sondern erst auf dem Wege der islamischen Rechtswissenschaft, die zur Zeit der Araberherrschaft auf armenischem Gebiete florierte, übermittelt worden zu sein. Vgl. die Quellenaufzählung der Einleitung zu Dat., worin als Quelle zwar das islamische, nicht aber das talmudische Recht angeführt wird.

¹⁵⁾ Nach einer von D. H. Müller (*Semitica* II) ausgesprochenen Vermutung, wäre die Rezeption mosaischen Rechts hauptsächlich durch die V. Synode von Duin um d. J. 645 veranlaßt.

figurierende weitschweifige Rechtsordnung, die inhaltlich sich aus Vorschriften über die Thronfolge und Domänenvererbung, das königliche Kriegs- und Beuterecht, die königliche Gerichtsbarkeit, Steuerwesen, Standes- und Lehnrecht u. dgl. zusammensetzt. Daß dieses „Königsgesetz“ seinem Ursprunge nach wirklich in die Königszeit zu verlegen ist, folgt schon aus der in den Codices stehend üblichen Bezeichnung „Königsrecht“, die nicht etwa auf den Inhalt zu beziehen ist, sondern auf den Urheber oder Gesetzgeber. Denn, daß dieser etwa der Kompilator des Rechtsbuches sei, ist schon a priori unwahrscheinlich und geradezu undenkbar, insofern die Entstehung des Kodex in die „königslose“ Zeit der Knechtung unter die Fremdherrschaft fällt, wo eine solche „Königssatzung“ von keinerlei praktischer Bedeutung und Anwendbarkeit war, wie denn auch andererseits die Satzung nach Inhalt und Anlage auf einen älteren Ursprung zurückweist. Daß der Kompilator des Kodex diese Satzung als fertiges Produkt früherer Zeiten vorgefunden und ohne wesentliche Abänderungen beibehalten, folgt übrigens positiv aus dem Wortlaute des Schlußparagraphen derselben in Vers. 489. Ven., worin sich der Redaktor des Kodex gegen den Vorwurf der Unzeitgemäßheit der Rezeption dieser veralteten Königssatzung verwahrt. Dieselbe ist also zweifellos ihrem Ursprunge nach in die Königsperiode zu verlegen, und zwar weist sie auf das zweite Königtum, dasjenige der Bagratidendynastie, hin, aus folgendem Grunde: es wird in der Satzung mehrfach Bezug genommen auf die Arsakunierregenten, die als die „ersten Könige“ bezeichnet werden; so z. B. an folgenden Stellen: „Und die Gebietsgrenzen sind durch Berge und Flüsse von ihm zu bestimmen und durch Säulen, nach Sitte der ersten Könige“; hiermit wird angespielt auf eine von Mos. Choren. II 56, III 77 über die Arsacidenkönige berichtete Angabe. Ferner: „Beim Vorhandensein von Söhnen halte er den einen von ihnen ständig bei sich und setze diesen einen als den zuständigen zu Erben ein, während er den übrigen in der Ferne Wohnsitze anzu-

weisen hat, nach derselben Gewohnheit, die auch schon unsere ersten Könige geübt haben¹⁶; letztere Gewohnheit wird in der Tat von Mos. Choren. auf den Arsacidenkönig Vagharschak I. zurückgeführt. Aus diesen und ähnlichen Stellen¹⁶), wo der Gesetzgeber das erste Königtum offenbar als Prototyp und Gewährschaft für seine „Königsgesetze“ heranzieht, folgt, daß diese „Königsgesetze“ für die zweite Königsdynastie, also während der Bagratidenperiode, geschaffen sind, für welche sie als praktisches Recht mit Gesetzeskraft galten.

Die Quellen, woraus diese Rechtsordnung geflossen ist, sind: 1. Armenisches Gewohnheitsrecht; 2. Mossaisches Recht; 3. in geringerem Maße auch römisches Recht. Die Verschmelzung dieser drei heterogenen Elemente zu einem Ganzen, die deutlich unter kanonischen Gesichtspunkten und zum Teil auch unter direkter Beeinflussung kanonischen Rechtes erfolgt¹⁷), ist bezeichnend als vorläufiger, wenn auch erst schwacher Versuch einer Ausgleichung und Vermittlung zwi-

¹⁶) Vgl. weiter *ibid.* II c. 1: „Die Stadtbürger sind höher zu ehren als die Dorfleute . . ., denn auch die Ordnung unserer ersten Könige lautet in demselben Sinne.“ Hiermit wird Bezug genommen auf die von Mos. Choren. II c. 8 überlieferte entsprechende Arsazidensatzung. Ferner *ibid.* Dat. II c 1: „Denn eine ebensolche ist die Verfassung, die unser König Abgarios für das Königshaus der Perser angeordnet hat“, was sich auf die bekannte bei Mos. Choren. II überlieferte Originalstelle bezieht.

¹⁷) Auf das Kanonrecht zurückgehend ist u. a. in dieser Satzung die Bestimmung betr. die Pönitentz als Ergänzungsstrafe, ferner auch die folgende: „Unstatthaft ist es für einen christgläubigen König . . . mit Buhlerinnen zu leben . . . denn er hat Gewalt, auf gleicher Stufe mit dem Patriarchen am Altare zu stehen; sondern er ahme hierin nach dem Vorbilde der frommen Könige Osias und Ezechias, desgleichen dem des David . . .“ (Dat. II, 1); vgl. hierzu als entsprechendes Quellenkorrelat Kan. Apost. 28: „Angeordnet haben die Apostel und zu Rechtskraft festgesetzt in Betreff von Königen, welche den Glauben der heiligen Kirche haben und Christus bekennen, daß ein solcher Gewalt habe, mit den Priestern am Altare zu stehen, gleichwie David und die ihm gleichenden.“

schen den sich zum Teil schroff gegenüberstehenden Rezeptionsrechten einerseits und dem einheimischen Gewohnheitsrechte andererseits, ein Prototyp der in der Folge in großartigerem Maßstabe durch das Gesetzeswerk des Mechithar Gosch durchgeführten Rechtsausgleichung.

In der auf den Untergang des Bagratidenreiches (1045) folgenden Periode der Tataren- und Türkenherrschaft steigerte sich die Rechtsunsicherheit und Rechtsverwirrung in Großarmenien. Die Rechtslage war folgende: einerseits ein gelehrtes offizielles Rezeptionsrecht, das sich in ein mosaikanonisches und ein byzantinisch-römisches spaltete; andererseits das armenische Gewohnheitsrecht, das zwar im ganzen einen einheitlichen Grundcharakter trug, im einzelnen jedoch nach den geographisch und politisch geschiedenen Provinzen und Kantonen lokale Verschiedenheiten aufwies¹⁸⁾. Im westlichen, ehemals griechischen Armenien, d. h. Kleinarmenien nebst Cilicien, war byzantinisches Recht vorwiegend, im Osten, dem ehemaligen Persisch-Armenien, nationales Recht neben kanonisch-mosaischem^{18a)}. Solange das Königtum bestanden hatte, machte

¹⁸⁾ Auf die lokale Differenzierung des armenischen Gewohnheitsrechtes je nach Provinzen und Gauen wird mehrfach in den Rechtsbüchern hingewiesen: so u. a. Dat. II c. 127, c. 122, c. 121, Rb. §§ 174, 175 etc. Es betrifft diese Differenzierung jedoch nur sekundäre und mehr unwesentliche Modifikationen. Im Grunde und Wesen steht das armenische Volksrecht in einheitlicher Geschlossenheit als ein gegen die Rechtsbildungen benachbarter Völker abgeschlossenes Ganzes vor uns.

^{18a)} Dieser Zustand spiegelt sich noch in den späteren Rechtsquellen wieder: So haben in dem auf hellenistischem Gebiet erwachsenen cilicisch-kleinarmenischen Rb. eine Anzahl von Termini iur. und sonstige griechischen Ursprungs Eingang gefunden, die im großarmenischen Kodex regelmäßig durch echtarmenische Aequivalente ersetzt werden; so namentlich:

in Rb.		in Dat.
nomos (νόμος),		orenkh,
diathik (διαθήκη),		ktak,
pristimon (πρόστιμον),		grav,
parikos (πάρικος),		šinakan,
perperat (hyperperata).		oski-dahekan.

sich der Mangel eines kodifizierten Gesetzes weniger fühlbar, da unter geordneten politischen Verhältnissen und einer festen Staatsgewalt die Rechtspflege und Gerichtspraxis auch ohne geschriebenes Gesetz ihre Direktive innerhalb des Rahmens des Gewohnheitsrechtes angewiesen erhält. Dagegen mußte sich der Mangel eines Gesetzeskodex dringender fühlbar machen in dem politischen Chaos der nachbagratidischen Zeit. Dem Mangel ward abzuhelpfen versucht durch Kodifizierung in folgender Weise:

1. In Großarmenien durch das Gesetzbuch des Mechtar Gosch um das Jahr 1184. Als einer der Hauptbeweggründe zur Abfassung des Kodex des Datastanagirkh, d. i. Gerichtsbuch, der für die Gerichtspraxis im weitesten Sinne, sowohl die kanonische als weltlich-zivile, bestimmt war, wird bezeichnet in der Einleitung zum Kodex der von Ungläubigen sowohl als von Landsleuten erhobene Vorwurf des Nichtvorhandenseins einer Gesetzeskodifikation und die daraus resultierenden Mißstände. Ueber seine Quellen und die Art der Zusammensetzung berichtet der Kompilator in c. 10 der Einleitung folgendes:

Dat. Intr. Kap. X. „Aus welchen Schriften und aus welchen Völkern der Stoff zum Gerichtsbuche zu sammeln ist, woraus dann unsere Wahrhaftigkeit abgeleitet wird; und wie sich inhaltlich das Rechtsbuch begrenzt.

„Im Begriffe, schriftlich zu verzeichnen die Sachen des Gerichtes, müssen wir darstellen, aus welchen Schriften oder aus welchen Völkern wir sie sammeln, auf daß die Rechtlichkeit [eigentlich „Wahrheit“] derselben kund werde und nicht etwa jemand daran Anstoß nehme, als schrieben wir solche auf Grund unserer selbstersonnenen Aussprüche nieder.

„Zum ersten erachten wir es für zuverlässig, aus dem natürlichen Gesetze zu schöpfen, demjenigen, welches die Stammhäupter Abraham und die anderen hatten, ohne Schriftaufzeichnung; welches ferner auch die Heiden hatten, kraft dessen sie die Ehebrecher, Diebe und Totschläger zu richten verstanden.

„Zum zweiten schöpfen wir von sämtlichen Völkern der Christenheit, als von leiblichen Brüdern; was wir gehört oder gesehen haben bei ihnen an trefflichen Rechtsentscheiden, sammeln wir in diesem Buche.

„Zum dritten schöpfen wir auch von den Mohammedanern: nicht das, was sie aus der Lehre Mohammeds an lasterhaften Aussprüchen oder Rechtsentscheiden sich angeeignet haben, sondern das, was sie aus Moses' Gesetz entnommen haben, dieses lesen wir aus und nehmen es auf; indem wir weder um ihrer Rezeption willen das dem göttlichen Gesetz und Recht angehörige verwerfen, noch auch um ihrer Gesetzmischung willen die ihrigen lasterhaften Aussprüche annehmen, vielmehr mit Auswahl des Rechtlichen das Lasterhafte verschmähen.

„Dieses sind die Völker, von denen wir auswählen und sammeln die Rechtsbestimmungen.

„Von Schriften aber ist unsere erste Quelle der Exodus und das Zweite Gesetz und die weiteren übrigen Bücher, die bestimmt und unmittelbar Gottes Gesetz und Recht zum Ausdruck bringen; wie es denn darin auch heißt: „Dieses sind die Gesetze und Rechte und Zeugnisse, die euch der Herr vorgeschrieben hat.

„Die zweite sind die Kanonbücher; denn auch hier findet sich nicht nur der Kraft nach vorhandenes [virtuelles] Recht, sondern auch bestimmt ausgesprochenes Recht allenthalben.

„Zu dritter Quelle schöpfen wir aus der gesamten Schrift Alten und Neuen Testaments; denn die gesamte Schrift, was ist sie anders als Unterweisung und Gesetz für geistliches und weltliches Gericht?

„Diese so beschaffene Art der Sammlung erweist nun offenbar unsere Rechtlichkeit [eigentlich ‚Wahrheit‘], in dem Sinne, daß wir nicht kraft selbstersonnener Aussprüche das Werk schreiben, sondern auf Grund auszugsweiser aus den Schriften und den Völkern geschehender Stoffsammlung dasselbe verfassen für die Bedürfnisse der Gläubigen.“

Die Aufzählung der Quellen ist einseitig tendenziös, in-

sofern sie zu sehr und ausschließlich die fremden Quellen urgiert. Zum Verständniß der Mechitharschen Darstellung haben wir uns die oben geschilderte Rechtslage der nach-bagratidischen Zeit zu vergegenwärtigen, nach welcher nicht sowohl das einheimische Landesrecht als vielmehr die in mehrere getrennte Gebiete zerfallende Rezeptionsmaterie im Vordergrund stand und für die Gerichtspraxis in erster Linie in Betracht kam. Nächstes und Hauptziel der Mechitharschen Kodifikation mußte nun die Vereinheitlichung und Verschmelzung dieser bisher unvermittelt nebeneinander stehenden heterogenen Rechtsmassen des Rezeptionsrechtes sein, und zwar unter kanonischen Gesichtspunkten. Daß das Gewohnheitsrecht bei dieser kanonischen Systematisierung, die vor allem die Aufstellung eines einheitlichen offiziellen Gelehrtenrechtes bezweckte, nicht zu seiner vollen Geltung kommen kann und mehr subsidiär herangezogen wird, ist nach dem geschichtlichen Verlauf der armenischen Rechtsentwicklung, wonach bis zu Mechithar als offizielles Recht lediglich das kanonische bzw. mosaische und griechische Rezeptionsrecht galt, nicht weiter auffallend¹⁹⁾. Bezeichnend ist in dieser Hin-

¹⁹⁾ Das Gewohnheitsrecht gilt Mechithar als subsidiäres, als Hilfsrecht; erst da, wo das offizielle Schriftrecht, die Rezeptionsmaterie, versagt, wird direkt zur Landesgewohnheit gegriffen. Dies ergibt sich deutlich aus Stellen wie die folgenden: Dat. I, 109: „Vorstehend haben wir in Uebereinstimmung mit Gesetz und Kanon den Gerichtsentscheid getroffen . . . und ich habe diesbezüglich eine davon abweichende Eigenansicht nicht aufstellen wollen, um nicht in irgend als dem Kanon zuwiderlaufend erachtet zu werden; was jedoch vom Kanon nicht besonders aufgeführt wird, das haben wir der lebendigen mündlichen Ueberlieferung entnommen.“ Ferner Dat. II, 1: „Diese Bestimmung haben wir gegeben nach der Gewohnheit, da eine diesbezügliche Bestimmung vom Schriftrecht nicht getroffen ist.“ In demselben Kap. Dat. II, 1 wird sodann die Priorität des rezipierten Schriftrechts vor dem einheimischen Rechtsbrauche ausgesprochen durch den Satz: „Wenn jedoch hiergegen man einwenden wollte, wieso denn nach der Uebung der Gegenden des Südens diese (d. i. die Königstochter) nicht befugt sein sollte, selbst die Krone zu tragen, statt

sicht für den Mechitharschen Gesichtspunkt, daß Mechithar das Gewohnheitsrecht unter den Quellen zu seinem Kodex nicht ausdrücklich aufzählt. Gleichwohl ist eine große Masse armenischen Gewohnheitsrechtes in seinem Rechtsbuch enthalten, indem sehr häufig ganze Rechtssatzungen direkt aus der Landesgewohnheit geschöpft, mitunter auch die abweichende Rezeptionssatzung in die entsprechende Landesgewohnheit umgemodelt wird, wie ja übrigens an zahlreichen Stellen des Dat. die betreffenden Mechitharschen Bestimmungen ausdrücklich als Ausflüsse des lebenden Rechtsbrauches bezeichnet werden; vgl. u. a. Dat. I 57, I 109, II 1. Die Ausgleichung der gegenseitigen Differenzen zwischen Rezeptions- und Volksrecht und Verschmelzung der heterogenen Rechtsmasse zu einem einheitlichen Korpus ist das große Werk des Mechitharschen Kodex.

2. In Klein- und Westarmenien (Cilicien), das von griechischem Einflusse beherrscht war, konnte das national-armenische Gewohnheitsrecht noch nicht zu einer gesetzlichen Kodifikation gelangen. Es war naturgemäß, daß man sich hier zunächst noch mit dem herrschenden byzantinischen Gesetzesrecht begnügte. Fast um dieselbe Zeit, da in Großarmenien Mechithar Gosch seinen Kodex schuf, wurde in Cilicien durch Nerses Lambronensis, Erzbischof von Tarsos, eine für die Gerichtspraxis des eben unter der Rupenidendynastie neuerstandenen nationalen Königreiches bestimmte Gesetzessammlung

dieselbe auf den Gatten zu übertragen, so ist zu wissen, daß dort freilich die Gewohnheit jene Übung vorzieht, hier aber erachte ich nach Schriftrecht diese für gültige.* Vgl. auch Dat. II, 57, wo ebenfalls der Satz ausgesprochen wird, daß „überhaupt bei sämtlichem (scil. aus mündlicher Rechtsüberlieferung geschöpftem Material‘), was in diesem Gerichtsbuche als gegen die Schriftsatzung verstoßend erscheinen dürfte, der betreffenden Schriftsatzung für die praktische Anwendung der Vorzug zu geben ist ...“. Klarer und bestimmter kann die Priorität des Schriftrechtes (d. h. Rezeptionsrecht) vor dem nur subsidiäre Geltung habenden Volksrechte überhaupt nicht ausgesprochen werden.

veranstaltet, bestehend aus Uebertragungen byzantinischer und syrisch-hellenistischer Gesetze. In zwei Memorialen, die uns in je einem juristischen Sammelkodex aus Maraš und aus Kaisarieh überliefert sind, beschreibt derselbe uns seine gesetzgeberische Tätigkeit folgendermaßen:

„In den Jahren des Pontifikates Grigors über Armenien, der als dritter seinen Vorgängern auf dem Stuhle zu Hromgla folgte, im Jahre 1193, dem achtzehnten des Pontifikates desselben, erging die Anfrage an seine Heiligkeit seitens der Bewohner der Städte und der Gaue nach einem bürgerlichen Gesetze; denn die ismaelitischen Präfekte, die in den Städten als Richter saßen, führten keine Gerichtsbarkeit über die Hayastanier, sondern beschieden die Rechtsuchenden an ihr eigenes [armenisches] Gesetz; denn so lautete der Befehl der Obermeliks an die Richter der Städte²⁰⁾, dieselben dem Gerichte ihres nationalen Gesetzes zu überlassen. Die streitenden Parteien pflegten sich deshalb an die Kirche zu wenden, um gesetzliches Recht von den Priestern und den Priesterfürsten zu erheischen; diese jedoch besaßen keine kodifizierten Aufzeichnungen, auf Grund welcher sie das Recht entschieden, wie sie deren bei den anderen Nationen sahen, christlichen sowohl als moslimischen, d. h. bei Römern, Griechen, Syrern, Aegyptern, Arabern, Persern und unseren jetzigen Beherrschern, den Türken.

„Es kamen nun also zur diesbezüglichen Anfrage an unsern obengenannten Patriarchen Abgeordnete von den Armeniern, aufgeklärte Kleriker und Laien, Männer, die sich durch das Beispiel der fremden Nationen angestachelt fühlten und nach dem Besseren eiferten. Als wir danach in der Bibliothek der Katholikosresidenz Nachsuchung anstellten, fanden wir kein Gesetz, außer nur das kanonische, das sich als von den Vätern der heiligen Synoden herrührendes vorfand, sowie die damit durch ebendieselben verbundenen authen-

²⁰⁾ Ueber die moslemischen Richter der arabischen Okkupationsperiode vgl. Ghazar, Armenien unter der arabischen Herrschaft, p. 57.

tischen Canones der Kirche. Ein Zivilgesetz aber wurde nicht gefunden unter den Armeniern, weder bei der Kirche noch bei den Fürsten. Darob sehr betrübt, ließ der Patriarch Nachforschungen anstellen bei anderen Nationen. Da offenbarte ein gerade dort anwesender weisheitsbegriffener syrischer Priester namens Theodosius meinem Herrn, daß bei ihm diese *gekürzte Zivilgesetzgebung* vorhanden sei; welche, nachdem er mir, seinem armen Schützling und Pflegesohn Nerses, den Auftrag dazu gegeben, ins Armenische übersetzt ward, ihm selbst zum gesegneten Andenken und den nachkommenden Geschlechtern zur Richtschnur ihres Wandels. Danach habe ich ferner auch aus dem Griechischen veranstaltet die Uebersetzung vorliegenden *Mosaischen Gesetzes* sowie diejenige von dem *Gesetze Leons und Konstantins*; aus welchem ich auch dieses folgende *Soldatengesetz* übertragen habe; und habe es gewidmet denen, welchen beliebt nach ihm zu wandeln und Gott wohlgefällig befunden zu werden, den Gouverneuren der Städte und der Gaue.“ In einem zweiten Memoriale heißt es: „Dieses Gesetzeskompodium habe ich armer Bischof von Tarsos übersetzt aus einem alten griechischen Kodex im Jahre 1196, in der neuerbauten Burg von Lulu, welche die cilicischen Tore beherrscht, welche aus langjähriger Verödung in eine menschenwohnliche umgeschaffen hatte einer meiner Brüder, Schahinschah, indem er das durch die Ismaeliten zerstörte Gebäude der Griechen fester wieder aufbaute; wodurch er das armenische Gebiet erweiterte in der Hand des Königs Levon, der in Cilicien und über die syrischen Gaue herrscht, indem dieser sich des zweiten Kappadociens mit der Hauptstadt Tiana dadurch bemächtigte, daß er die neuerbaute Festung an sich nahm, zum Ruhm Christi und zum Hort der Christen. Wieder nach der Kathedralkirche Tarsos zurückgekehrt, feilte ich dort die Uebersetzung aus zu vorliegender Fassung, und habe sie gewidmet den Armeniern“²¹⁾.

²¹⁾ Im Original mitgeteilt im „Katalog der altarmenischen Uebersetzungen“ (vom 4.—13. Jahrh.), Venedig 1889.

Als sicher von Nerses herrührend sind demnach zunächst außer dem mosaischen Gesetzauszuge die armenischen Versionen der *Ecloga Leonis et Constantini* und die des *Nomos stratiotikos* verbürgt. Was unter der aus dem Syrischen übernommenen „gekürzten Zivilgesetzgebung“ zu verstehen sei, können wir, da uns die betreffenden *Codices*, die diese Textstücke enthalten, nicht vorliegen, hier nicht mit Sicherheit entscheiden. Doch wohl kaum das *Syr.-Röm. Rechtsbuch*, das sonst allgemein unter dem Titel „Gesetz der Könige Konstantin, Theodos und Leo, Könige der Romäer“ angeführt wird; eher ließe sich mutmaßen auf den in den *Codices* unter dem Titel „Rekapitulationskompendium der Gesetze“ überlieferten Traktat, der nach einigen sprachlichen Eigentümlichkeiten auf syrisches Original hindeuten scheint. Uebrigens ist auch für das *Eclogarecht* eigentlich nicht Nerses der erste Begründer und Einführer auf armenischem Gebiet, da nach dem oben Erörterten bereits zur Bagratidenzeit die Rezeption dieses Rechtes eingeleitet worden ist. Ueberhaupt dürfte es schwer, ja unmöglich sein, die einzelnen Stücke dieser juridischen Uebersetzungs- und Kompendienliteratur auf ihre jeweiligen Autoren und Entstehungszeiten zurückzuführen. In den *Rechtscodices* sind sie meist nach praktischen Gesichtspunkten zu einem Korpus vereinigt²²⁾. Ein anschauliches Bild eines derartigen

²²⁾ Dies hat zu der irrigen Ansicht geführt, die typischen Bestandteile dieser Rechtssammlungen, nämlich vor allem: *Mech. Dat.*, *Syr. Rb.*, *Rechtsregeln* in 85 Artikeln, *Ecloga* und *Mos. Gesetzesversion* als einheitliche zusammengehörige Kompilation ein und desselben Juristen aufzufassen; und zwar glaubt man hierin das Werk des Mechithar Gosch zu erkennen, dessen *Datastanagirkh* die genannten Traktate in mehreren *Codices* angehängt sind. Diese auf den ungenauen Angaben Brossets fußende Theorie, die zumal von Nichtorientalisten wie von Hube (*Zeitschr. f. Rechtsgeschichte* 1882, p. 17), nach ihm von Kohler (*Zeitschr. f. vergl. Rechtsw.* 7, p. 400) und Leist (*Altarisches Jus Gentium*, p. 48) naturgemäß reproduziert werden mußte, ist bereits von Bastamians (*Intr. Dat.*) als unhaltbare nachgewiesen worden, und bedarf keiner weiteren Widerlegung. Speziell ist auch zu ver-

aus Uebersetzungen und mehr oder minder starken Uebearbeitungen byzantinischer Rechtskompendien zusammengesetzten Rechtskodex, wie sie auf kleinarmenischem Gebiete im 12. Jahrhundert und teilweise schon früher vielleicht unter den Bagratiden in der Gerichtspraxis in Uebung waren, gibt uns Cod. Ms. Nr. 1223 der Venet. Mechitharistenbibliothek. Die im Sammelkodex enthaltenen Schriften sind der Reihe nach folgende:

Nach einer einleitenden Inhaltstabelle zu 1. und 2. beginnt:

1. Mosaisches Gesetz aus einer griechischen Vorlage geflossen (p. 30—144). Am Schluß steht folgende Nachschrift: „Des Besitzers dieses Buches, des Baron Oschin, auf dessen Befehl und Kosten dasselbe geschrieben wurde, gedenket im Herrn, Amen.“ — Folgt

2. Die Ecloga der isaurischen Kaiser Konstantin und Leo, und zwar: a) p. 145—163 Einleitung zur Ecloga (identisch mit der bei Monferrat edierten) unter dem Titel: Leons und Konstantins, der rechtgläubigen Könige, Vorwort der Bürgerlichen Gesetzgebung; b) unter der Titelüberschrift: „Gekürzte Auslese aus den bürgerlichen Gesetzen Leons und Konstantins, der weisen und rechtgläubigen Könige, nach der vom großen Justinian geschaffenen, der Orthodoxie angepaßten Reform“ der Text der Ecloga in 19 Titeln in einer von der Monferratschen Vulgärversion teilweise erheblich abweichenden Redaktion. Dem Titel 19 sind sechs als Appendices Eclogae (bei Monferrat) überlieferte Textstücke einverleibt, in zum Teil stark umgearbeiteter Fassung, fragmentarisch und mit völliger Auslassung von App. III *ποινάκια περὶ στρατιωτικῶν*.

werfen die Petermannsche Vermutung, daß Mechithar Gosch der Verfasser von Red. Arm. des Syr. Rb.s sei (vgl. Syr. Rb., p. 163). — Ebenso unrichtig ist die gegenteilige Tendenz, sämtliche armenische Versionen des griechischen Rechtes auf Nerses Lambronensis als Redaktor zurückzuführen.

3. (p. 347—360): Novelle der Kaiserin Irene de testium iuramento aus den Jahren 797—802, unter dem Titel: „Gesetzgebung der Königin Irene, der Mutter Konstantins, über die Vermeidung der Eidschwüre, gemäß der hehren Vorschrift des Herrn.“

4. (p. 361—376): Ein Auszug aus den justinianischen Novellen unter dem Titel: „Zwölf Kapitel aus dem justinianischen Gesetz betreffend die von den Königen und Fürsten gegen die Canones der heiligen Kirche und die darin enthaltenen Bestimmungen zu beobachtende Ehrerbietung.“ Die einzelnen Artikel sind entnommen aus Nov. 83 und 123, die bekanntlich kirchenrechtlichen Charakters sind, bezw. staatliches Kirchenrecht darstellen.

5. (p. 377—571): Das Syrisch-Römische Rechtsbuch unter dem Titel: Kompendium von Kapiteln der Zivilgesetzgebung, exzerpiert aus den königlichen Verordnungen. a) Register, b) Text.

6. Unter dem Titel: „Kurze Rekapitulationssammlung des Gesetzes“ ein aus dem griechisch-römischen Recht wahrscheinlich durch ein syrisches Mittel hindurch übernommener Traktat in 85 Paragraphen, dessen Identifizierung bis jetzt nicht gelungen ist.

7. Der Nomos Stratiotikos (= Append. III ad Eclog. ed. Monferr.) unter dem Titel: „Betreffend Militärgesetzgebung 56 Kapitel.“ Hierauf folgt die Titeldenkschrift: „Ich Nerses, armer Uebersetzer und Gesetzgeber dieser Militärsatzung unterweise hiermit die Heerestruppen.“ Als zweiter [Unter-]Titel folgt sodann dieser: „Satzung zur Disziplinierung und Abschreckung des Militärs, aus der Zivilgesetzgebungsordnung (d. h. Ecloga).“

8. Ein „Traktat über die Verwandtschaftsgrade“, eine Kontamination aus Bestandteilen des 7. Titels des *Prochiron auctum* (Ed. Zach. Jus gr.-rom. VI), inhaltlich verwandt

mit dem als Appendix VII zur Monferratschen Ecloga überlieferten Traktat.

Ein ähnlicher, inhaltlich nahverwandter oder gar identischer Sammelkodex byzantinischen Rechtes in armenischer Uebertragung scheint vorzuliegen in dem Etschmiadziner Ms. Nr. 493, worüber Bastamiantz Introd. ad Dat. p. 119 folgendes mittheilt: „Ich muß hinzufügen, daß sich in der Etschmiadziner Bibliothek ein Gesetzkodex befindet, Cod. Ms. Nr. 493, in welchem ausschließlich der römisch-griechischen Gesetzgebung entnommene Sammlungen enthalten sind, ohne Mechithars Einleitung und Rechtsbuch, ohne die Sammlung mosaischer Gesetze und ohne irgendwelche sonstige Zusätze und, da die Handschrift am Anfang und am Ende defekt ist, ohne Gedenkschrift.“ Nach Bastamiantz' Meinung wäre die Materie dieser Kompilation entnommen aus „dem Theodosischen Kodex, den Justinianischen Institutionen und teilweise auch dessen Kodex, der Ecloga Leos des Isauriers und Konstantins Kopronymos etc.“ Wiewohl uns nun zwar der Kodex nicht vorliegt, vermögen wir doch a priori unsere Bedenken gegen diese Quellentheorie nicht zu unterdrücken. Nicht das klassisch-römische justinianische Recht, sondern das spätere Recht der Isaurier ist von entscheidendem Einflusse auf die armenische Rechtsentwicklung gewesen. Dies zeigt sich allenthalben an den national-armenischen Codices, worin sich Schritt für Schritt Spuren des Eclogarechtes, teilweise auch des Syr.-Röm. Rechtsbuches finden. Bastamiantz, der als Nichtromanist wohl von der kanonischen, nicht aber von der oströmisch-byzantinischen Rechtsliteratur eingehendere Kenntniss hat, wechselt unser Syr.-Röm. Rb. mit Cod. Theodos.; was er weiter als Ausfluß der Justinianischen Institutionen und des Kodex bezeichnet, ist vermutlich in Wirklichkeit dessen Novellen bzw. den späteren Ueberarbeitungen oder Epitomen des Justinianischen Korpus, also etwa dem Prochiron oder sonst welchen späteren Kompendien entnommen. Kurzum, der Inhalt des fraglichen Kodex mag sich wesentlich mit dem-

jenigen des oben skizzierten Ms. 1223 aus Venedig decken. Dies wird noch wahrscheinlicher gemacht dadurch, daß in keinem der zahlreichen auf uns gekommenen armenischen Sammelcodices byzantinischen Rechts sich direkte Uebertragungen aus dem Justinianischen Korpus nachweisen lassen; vielmehr ist die in diesen armenisch-byzantinischen Sammelcodices enthaltene Materie im großen und ganzen dieselbe, wie die des oben skizzierten Cod. 1223. Neue byzantinische Versionen enthalten dieselben kaum²³⁾, wohl aber fehlen darin durchgängig die in Ms. 1223 überlieferte Novella Irenae und die kirchenrechtlichen Novellen Justinians. Dafür sind diese Codices meist erweitert durch Aufnahme des Mechitharschen Rechtsbuches. Zur Orientierung über diese bislang noch unbekannte Literatur der römischen Rezeption auf armenischem Rechtsboden möge hier eine vorläufige Aufzählung und inhaltliche Skizzierung der einschlägigen Sammelcodices (soweit solche bekannt oder erreichbar) folgen²⁴⁾.

I. Gruppe. — Die zahlreichste Gruppe ist die, welche die römischen Versionen (mitunter auch in Verbindung mit Kanonsammlungen) mit dem nationalen Kodex des Mechithar (seltener mit dem Sempadschen) zu einem Korpus vereinigt. Hierher gehören:

1. Unterabteilung. 1. Ms. Ven. 890 und 1449: Inh.:

a) Introd. ad Syr. Rb. & Dat., b) Syr. Rb., c) Kurze Rekapitulationssammlung des Gesetzes, d) Ecloga, e) Nomos Stra-

²³⁾ Das nach Daschians Katalog von einem Wiener Mechitharistenkodex, Nr. 58, angeblich überlieferte Stück aus den Novellen des Kaisers Manuel hat mit dem griech. Kaiser dieses Namens nichts zu tun, sondern ist ein einfacher Kanontraktat eines Kanonisten Manuel. Ebenso grundlos ist die Aufstellung Basmadjians (*Droit Arménien* p. 6): „Plus tard, sous les rois Rubiniens (1079—1375), on voit même l'influence du code de Manuel Comnène (1143—1180).“

²⁴⁾ Eine demnächst erscheinende Gesamtausgabe sämtlicher armenischer Versionen oder Uebearbeitungen byzantinischen Rechtes hat Verfasser in Vorbereitung.

tiotikos, f) Traktat über die Verwandtschaftsgrade, g) Mos. Gesetz, h) Mech. Dat.

2. *Ms. Ven. 214, 368, 993*: Inh.: a) Syr. Rb., b) Kurze Rekapitulationssammlung, c) Mos. Gesetz, d) Mech. Dat.

3. *Ms. Ven. 451*: Inh.: a) Syr. Rb., b) Mech. Dat., c) „Des Thomas von Metzoph Traktat betreffend Verwandtschaftsrecht“²⁵⁾, d) Traktat über die Verwandtschaftsgrade, e) Kanonbuch.

4. *Ms. Ven. 434*: Inh.: a) Syr. Rb., b) Mech. Dat., c) Kanonsammlung des Joh. Erzenkensis.

Zu bemerken ist, daß der Traktat „Kurze Rekapitulationssammlung“ stets als Anhängsel an Syr. Rb. folgt. Schon dies deutet darauf hin, daß derselbe zugleich mit jenem aus einem syrischen Original von ein und derselben Hand übersetzt ist.

2. *Unterabteilung. Ms. Etschm. 492*: a) Mech. Dat., b) Mos. Ges., c) Syr. Rb., d) „Kurze Rekapitulationssammlung“, e) Ecloga.

3. *Unterabteilung. Ms. Etschm. 491*: Abgesehen von den heterogenen Elementen, die dieser Kodex enthält, folgen sich die einzelnen juristischen Teile desselben folgendermaßen:

a) Ecloga Leonis & Constantini, in fragmentarischer Fassung.

b) Traktat über die Verwandtschaftsgrade.

c) Assisen von Antiochen (arm. Vers.).

d) Sempadsches Rechtsbuch.

e) Kanonsammlungen.

II. Gruppe. — In der zweiten, kleineren Gruppe fehlen die national-armenischen Codices. Hierher gehört die bereits oben besprochene Ven. Hdschr. 1223 und Cod. Etschm. 493.

²⁵⁾ Der Traktat stellt das Recht der erlaubten Grade mit Rücksicht auf die Verehelichung dar (mit Tabellen). Im Gegensatz zu dem aus Prochiron auctum geschöpften analogen Traktat scheint hier eine selbständige, allenfalls auf nationalem Kanonrecht basierende Abhandlung vorzuliegen.

Ferner Ms. Ven. 101: a) Mos. Ges., b) Nomos Stratiotikos; Ms. Ven. 1630: a) Syr. Rb., b) Kurze Rekapitulationssammlung. Ferner Ms. Vienn. (Mechith.) 134: a) Auszug aus den Canones, b) Nerses Schnorhalis Bemerkung über die Tabelle der Blutsverwandtschaft, c) Syr. Rb., d) Jacob, Schüler des Vardapet Georg aus Erznka, über die Blutsverwandtschaft.

Wie aus der vorstehenden Aufzählung ersichtlich, ist das in diesen Codices enthaltene römische Rezeptionsrecht seiner Hauptmasse nach nicht das klassisch-justinianische noch auch das spätere wiederhergestellte justinianische, das Basilikenrecht; vielmehr erstreckt sich die gewohnheitliche Rezeption vorzüglich auf späteres, nichtreinrömisches Recht, vor allem das Recht der isaurischen Periode (717—867), welchem als Hauptvertreterin die Ecloga mit ihren verschiedenen Appendices (Nomos Stratiotikos u. dgl.)²⁶⁾ angehört. Da nun aber das Eclogarecht ein Reformrecht darstellt, das sich als eine Umbildung des Justinianischen Kodexrechts im Sinne griechischer Sitte und Volksgewohnheit kennzeichnet, so folgt hieraus, daß hiermit ein bedeutendes griechisch-rechtliches Element ins Armenische Aufnahme fand. Das griechische Volksrecht war eben — wie noch im folgenden unter Abschn. III näher darzutun sein wird — dem armenischen nächstverwandt und kongenial, und aus diesem Umstande erklärt sich sowohl die Bevorzugung des gräzisierungenden Eclogarechts durch die armenische Rezeption, als auch insbesondere die bedeutende Rolle, die das Recht des sog. Syrischen Rechtsbuchs in armenischer Version auf armenischem Rechtsgebiete spielte; das sog. Syr. Rb. bringt nämlich, wie Mitteis' diesbezügliche Untersuchungen dargetan haben^{26a)}, im wesentlichen ebenfalls

²⁶⁾ Die der Rezeption zu Grunde gelegte Eclogaversion steht der Monferrateschen Version nahe; außer Nomos Stratiotikos zeigt diese Version noch als Appendices: a) Traktat der Verwandtschaftsgrade; b) Mosaisches Gesetzesexcerpt aus Exod. und Levit.

^{26a)} Zur abweichenden Theorie Dav. H. Müllers (Müller Syr. Rb. & Semitica II) vgl. unten *Abschnitt III* zu Schluß.

griechisches Volksrecht zum Ausdrucke. Daß übrigens dieses hellenistische Rezeptionsrecht teilweise nicht unbeträchtlich dem einheimischen Volksrecht angepaßt und durch entsprechende Modifizierung anbequemt und angeglichen wurde, ist bereits von Kohler (Zeitschr. f. vgl. Rechtswissenschaft VII) und Mitteis eingesehen und im Kommentar zum Arm. Rb. genügend nachgewiesen worden.

So weit und tiefgreifend nun aber auch der Einfluß und die Geltung dieses byzantinischen Rezeptionsrechts, zumal im westlichen Landesgebiete, sich erstrecken mochte²⁷⁾, auf die Dauer mußte es sich als unzureichend und unpraktisch herausstellen. Mit der Erstarkung der Rupenidenherrschaft und der Wiederherstellung des national-armenischen Königtums in Cilicien, da der Schwerpunkt des nationalen Lebens aus dem alten Zentrallande sich nach dem cilicisch-kleinarmenischen Reiche verschoben hatte, gewann auch hier das nationale Recht schließlich das Uebergewicht²⁸⁾: es entstand um das Jahr 1265 der national-armenische Kodex Sempads, formell eine verkürzte Bearbeitung des Mechitharschen Rechtsbuchs,

²⁷⁾ Wenn der Einfluß dieses Rezeptionsrechtes bisher unterschätzt und teilweise verkannt worden ist (so auch in Bd. 7 der Zeitschr. f. vgl. Rw. von Kohler), so beruhte dies auf der unvollständigen Kenntnis der Originalquellen, die nicht hinreichend erschlossen waren. Der römische Einfluß betätigte sich nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich, indem er mehrfach auf die einheimischen gewohnheitsrechtlichen Institutionen modifizierend einwirkte. Vgl. unter Teil III.

²⁸⁾ Die rupenidische Herrschaft bedeutet für West- oder Kleinarmenien eine Zurückdrängung des griechisch-byzantinischen Einflusses in dreifacher Beziehung:

1. in politischer, insofern die Rupenidenherrschaft durch offene Auflehnung gegen Byzanz entstand;

2. in kirchlicher, insofern an Stelle der bisherigen Unionsversuche mit den Griechen in bewußtem Gegensatze solche mit der römischen Kirche begannen. Unter Patriarch Gregor VI. Apirat ward die Union mit Rom feierlich proklamiert i. J. 1198 bei Gelegenheit der Krönung König Levons II.;

3. in rechtlicher: Entstehung des national-armenischen Rb. an Stelle der bisherigen byzantinisch-armenischen Rechtssammlungen.

inhaltlich jedoch von jenem stark abweichend, indem im Sempadschen Kodex bewußt und systematisch unter möglichster Ausscheidung des fremden Rezeptionsrechts, das einheimische Gewohnheitsrecht in geläuterter Form darzustellen versucht wird. Allerdings wird dieses Ziel nur teilweise und bis zu einem gewissen Grade erreicht; denn auch der Sempadsche Kodex ist gemischten Charakters und kann sich des Einflusses des Rezeptionsrechts keineswegs ganz entledigen, zumal in ihm ein neues Rezeptionselement, das des fränkischen Assisenrechts, sekundär zur Geltung kommt. Er hat jedoch den Vorzug vor dem Mechitharschen, daß in ihm das armenische Gewohnheitsrecht entschieden den Grundstock und Kern des Werkes bildet, während in Dat. umgekehrt das Rezeptionsrecht vorwiegt. Dat. geht regelmäßig vom Rezeptionsrechte als seiner Rechtsquelle aus (so insbesondere häufig von mosaischen Grundsatzungen) und versucht die Rezeptionsmaterie in Einklang und Uebereinstimmung mit der Nationalgewohnheit darzustellen bezw. auch entsprechend umzumodeln und nach seinen Zwecken auszulegen. Umgekehrt verfährt die Sempadsche Methode: dieselbe geht aus von der gegebenen lebenden nationalen Rechtsübung und nimmt dieselbe unverändert auf regelmäßig in allen Fällen, wo deren Geltung eine unbestrittene ist; in zweifelhaften Fällen jedoch und solchen, wo die verschiedenen Provinzialgewohnheiten in ein und derselben Rechtsfrage einander widerstreiten, lehnt das Rechtsbuch sich an das Rezeptionsrecht an, unter ausnahmsweiser Abweichung von der Usance.

Der Sempadsche Kodex enthält wesentlich Landrecht; für das nach fränkisch-abendländischem Muster umgebildete Feudalwesen ward als Lehnrechtskodex durch denselben Connetable Sempad eine armenische Version der fränkischen Assisen von Antiochien veranstaltet (um das Jahr 1260).

Mit dem Untergang des Cilicisch-Armenischen Königreichs kamen die auf diesem Gebiete eingeführten Codices, der Sempadsche und die Assisen, außer Geltung und blieben ver-

schollen, bis sie erst in jüngster Zeit wieder an das Tageslicht gelangten. Dagegen war der ältere, großarmenische Kodex berufen, seine Rolle als praktisch-geltendes Rechtsbuch bis in die Neuzeit hinein weiter zu spielen, und zwar nicht sowohl im armenischen Stammlande, wo unter türkischer Herrschaft eine gedeihliche Entfaltung des Rechtslebens nicht stattfand, als in den Kolonien: „Das Rechtsbuch hat, nach Kohlers Worten, seine bedeutungsvolle Geschichte. Es folgte den Armeniern auf ihren Eroberungszügen — es folgte den Armeniern in die Ferne, wohin sie ihr Handelsgeist trug; es bahnte sich seinen Weg zu benachbarten Völkern.“ Als gesetzlich sanktionierte Rechtsnorm finden wir den Mechitharischen Kodex namentlich bei der polnisch-armenischen Kolonie und in Georgien.

Die erste Auswanderung von Armeniern nach Polen geschah in den Jahren 1046—1064. Eine zweite größere armenische Kolonie wandte sich nach der Zerstörung der Hauptstadt Ani durch den Tatarenchan Alp-Aslan um 1239, nach zeitweiliger Niederlassung in Astrachan, das unter den tatarischen Bedrückungen bald verlassen wurde, nach Polen. Die hier besonders blühende Lemberger Gemeinde ward durch zwei Verordnungen Casimirs III. vom Jahre 1344 und 1356 in ihrer eigenen Gerichtsbarkeit nach dem national-armenischen Kodex bestätigt. Wie sich in der Folge das Rechtsleben und die Jurisdiktion dieser armenischen Gemeinde, die namentlich durch längere Zerwürfnisse mit der nach deutschem Recht lebenden Stadtgemeinde bedroht ward, gestaltete, ist bereits durch Bischoffs und Kohlers einschlägigen Arbeiten gekennzeichnet worden. Hier ist namentlich in dieser Beziehung hervorzuheben das von König Sigismund I. im Jahre 1518 erteilte Privileg, das der armenischen Gemeinde ihren bisherigen Rechtsstand bestätigte. Sodann eine weitere Verfügung von 1518, die dahin lautet: *ut ipsi Armeni jus suum lingua Ruthenica seu latina conscriptum ad conventum generalem secum afferant et coram nobis producant*. Hierdurch wurde

die lateinische Version des Rechtes der Lemberger Armenier hervorgerufen, die im Jahre 1519 die königliche Sanktion erhielt, jedoch nicht in seiner ursprünglichen Fassung, sondern mit zahlreichen Modifikationen, die als Korrektionszusätze den einzelnen Kapiteln des Rechtsbuchs angeschlossen sind. Dieses lateinische Rechtsbuch der Lemberger Armenier stellt sich dar als gekürzte Version oder besser Umarbeitung des Mechitharschen Kodex, mit dem auch Stücke des sog. Syr.-Röm. Rechtsbuches zusammen kontaminiert wurden. Das Lemberger Rb. haben wir uns entstanden zu denken als eine kompendienartige Kontamination aus einem armenischen Sammelkodex, in dem neben dem Datastanagirkh auch noch das Syr. Rb. vereinigt war. Die Modifikationen, welche die Umarbeitung an den einzelnen Artikeln des Mechitharschen Kodex vorgenommen hat, sind teilweise sehr erhebliche und beruhen größtenteils auf dem Bestreben der Angleichung an das Landesrecht bzw. das in Polen geltende abendländisch-kanonische Recht. Mehrere Artikel der Version sind freie, selbständige Zusätze des Redaktors, ohne Quellenentsprechung in Dat. oder Syr. Rb. und haben als solche die Bestimmung, den veränderten Rechtsverhältnissen Rechnung zu tragen; es sind dies die Artikel 61, 112, 118 und 122. Als jüngere Neuerungen gemischten Charakters kennzeichnen sich diese Zusatzartikel schon in ihrer Form, die sich von der übrigen Rechtsmaterie dadurch unterscheidet und abhebt, daß in ihnen wiederholt der Ausdruck „armenisch“ urgiert und die Bezeichnung des besprochenen Instituts als armenisch ausdrücklich hervorgehoben wird, was in den eigentlich Mechitharschen Artikeln, als selbstverständlich, unterlassen wird²⁹⁾. Es verrät sich in dieser Formalität die Nicht-Armenizität der betreffenden Artikel, die

²⁹⁾ So z. B. Art. 61: *Jus nostrum non admittit furem occidere . . . si vero Armenus Armenum infamaverit . . .*

Art. 112: *Si aliquis negotium armenicum in quibuscunque causis susceperit.*

vielmehr als Ausflüsse des polnischen Reichsrechts, als Inspirationen des Sanktionators des Kodex, d. h. der königlichen Gewalt zu gelten haben.

Das Verhältniß des Lemberger Rbs. zu seinen Quellen, d. h. zu Dat. I, II und Syr. Rb. stellt folgende Tabelle dar, in der Dat. I von Dat. II durch präfigiertes I unterschieden wird:

- Art. I Angebliches Edikt des armen. Königs Johannes, in Wirklichkeit der § 44 des Syr. Rb., Vers. Arm.
 Art. II Angebliches Edikt des armen. Königs Theotos (!), in Wirklichkeit angeknüpft an eine Bestimmung des oström. Kaisers Theodosius im Syr. Rb.
 Art. III—VI Dat. Intr. c. VI,
 Art. VII Dat. II 99.
 Art. VIII—IX Dat. II 62—65, I 121.
 Art. X Dat. I 122—123.

Kap.	Dat.	Kap.	Dat.
1	2	18	22
2	3	19	23
3	4	20	25
4	5	21	24
5	6	22	25
6	7	23	26
7	8	24	27
8	9	25	28
9	10	26	31
10	12	27	30
11	13	28	32
12	14	29	33
13	15	30	34
14	18	31	35
15	17	32	36
16	20	33	37
17	21	34	34

Art. 18: Jure iusto et legitimo decretum est, quod si alicui in iudicio et controuersia aliqua istud acciderit, quod pretenderit se per sententiam iudicis vel aduocati et seniorum *armenorum* in iudicio eorum *armenico* . . . iniuriari et grauari etc,

Art. 122: Quicumque per signum quodcunque aduocati *armenici* tribus vicibus evocatus fuerit . . .

Kap.	Dat.	Kap.	Dat.
35	41	80	95
36	42	81	98
37	43	82	100
38	44	83	102
39	44—45	84	103
40	46	85	104
41	47	86	105
42	48	87	106
43	49	88	107
44	51	89	108
45	52	90	109
46	53	91	19
47	54	92	111
48	55	93	112
49	56	94	113
50	57	95	115
51	58	96	116
52	59	97	117
53	60	98	118
54	61	99	119
55	I 40	100	120
56	66	101	121
57	67	102	122
58	68	103	I 53
59	70	104	123
60	71	105	124
61	—	106	125
62	I 19, 20	107	130
63	72	108	Syr. Rb. § 53
64	73	109	—
65	74	110	, , §§ 27, 97
66	76	111	, , § 130
67	78	112	—
68	79	113	, , § 145
69	80	114	, , § 149—150
70	81	116	, , §§ 1, 142
71	82	117	Dat. I
72	83	118	—
73	86	119	Dat. Intr. c. VI
74	88	120	Dat. Intr. c. VI
75	89	121	Dat. Intr. c. VI
76	I 44	122	—
77	90	123	Dat. Intr. c. VII
78	91	124	Dat. Intr. c. VIII
79	92		

Daß derselbe Kodex auch bei den Krim-Armeniern galt, beweist eine tatarische Version desselben, die zu Lemberg

im Jahre 1568 angefertigt ist und als Manuskript in der Bibl. Nationale (Suppl. arm. No. 40) aufbewahrt wird. Eine polnische Uebersetzung desselben ward im Jahre 1601 hergestellt; diese Version, und nicht die lateinische, diente dem Lemberger armenischen Gerichte fortan zur Richtschnur. Die große Bedeutung dieses Rechtsbuchs für sämtliche westländische Armenierkolonien erhellt aus der reichen handschriftlichen Tradition desselben, die sich auf verschiedene sprachliche Versionen und verschiedene Landesgebiete erstreckt. Erwähnt sei noch eine russische Version des Kodex, welche die Kaiserin Katharina für die Krim-Armenier veranstalten ließ. — Ueber den weiteren Verlauf des Rechtslebens in den westarmenischen Kolonien vgl. Kohler, Das Recht der Armenier in Bd. 7 p. 393—94 der Zeitschr. für vgl. Rechtsw.

In Georgien fand das Mechitharsche Recht Eingang durch private Rezeption im 17. Jahrh. Nicht etwa vereinzelt, sondern als integrierender Bestandteil eines armenischen Sammelkodex aus Etschmiadzin, in welchem mosaisches, byzantinisches und national-mechitharsches Recht vereinigt war, ward das Gesetzwerk Dat. mit den eigentlich grusinischen und sonstigen Gesetzssammlungen um das Jahr 1676 von dem grusinischen Czarewitsch Wachtang, der sich die Aufgabe einer in grusinischer Sprache abzufassenden Gesetzessammlung für die grusinischen Länder gestellt hatte, zu einem einheitlichen Korpus verbunden. Das Korpus ward als sog. Wachtangscher Kodex offiziell promulgiert und sanktioniert den 15. Februar 1723 nach der Thronbesteigung Wachtanga. Unter dem letzten grusinischen Zar Georg XIII. wurde das Wachtangsche Korpus nochmals überarbeitet und durch neue Bestandteile erweitert. Von dieser erweiterten Redaktion publizierte die russische Regierung in den Jahren 1813 und 1823 eine russische Uebersetzung; Auszüge daraus siehe bei Haxthausen II. p. 194 ff.³⁰⁾.

³⁰⁾ Eine neuere Uebersetzung des georg. Kod. ist die von Fränkel in der Kaukasischen Revue 1886.

Nach der älteren Fassung enthält der Kodex folgende Bestandteile:

1. Mosaisches Gesetz (52 Artikel) aus dem V. Buch Moses.
2. Griechisches Gesetz „Leo des Weisen, Konstantins und der anderen Herrscher“ (318, in jüngerer Redaktion 420 Artikel) nach Wachtangs Angabe von den 4 griechischen Patriarchen für seinen Kodex gesammelt, inhaltlich identisch mit dem vielverbreiteten Auszuge romäischen Zivil- und Kirchenrechts aus dem Hexabiblos Harmenopuli, dem Syntagma Alphanumericum des Blastares u. a. m.

3. Armenisches Gesetz (431 Artikel), bestehend aus:
a) Syr.-Röm. Rb. (150 Artikel); b) Mech. Datastanagirkh (281 Artikel); beide durch einheitliche Paragraphenzählung äußerlich zu einem Ganzen vereinigt. Die Einleitung zu 3. ist eine Kompilation aus Bruchstücken der Mechitharschen Einleitung zu Dat. mit der Einleitung zu Syr. Rb.

4. Gesetz des grusinischen Zaren Georgi VI. (1318—46) aus dem Jahre 1321 (46 Artikel)³¹⁾.

5. Gesetz des Agbuga (176 Artikel) für das grusinische Lehnsherrstentum Samuchiska (Achalzich) erlassen und in 2 Teile zerfallend: Die ersten 99 Artikel bilden das Gesetzbuch des Atabek Beka, des Großvaters Agbugas, der als grusinischer Vasall die Provinz von 1361—91 beherrschte; die übrigen Artikel (100—176) sind ein Zusatz des Atabek Agbuga, der von 1444—1451 die samuchiskische Provinz regierte.

6. Gesetz der Katholikos' (24 Artikel), publiziert im Jahre 1605 unter dem Imeretischen König Georg durch den grusinischen Katholikos Maleachi und den abchasischen Katholikos Evdemon³²⁾.

³¹⁾ Ausführliches über den Erlaß dieses Gesetzes nebst dessen französischer Uebersetzung zu vgl. bei Brosset, *Histoire de la Géorgie* p. 644.

³²⁾ Nach einer zweiten, jüngeren Version figurirt dieser Teil an vierter Stelle, zwischen dem „Armenischen Gesetz“ und dem „Gesetz des Agbuga“.

7. Gesetz des königlichen Prinzen Wachtang, des Abfassers und Promulgators des Kodex (267 Artikel), größtenteils aus dem grusinischen Gewohnheitsrecht geschöpft, zum kleineren Teil aus 2., 4. und 5.²²⁾.

Für uns kommt hier lediglich No. 3 Armenisches Gesetz in Betracht, und zwar, mit Ausscheidung des armenisierten Syr.-Röm. Rbs., in erster Linie das Mechitharsche Rb. Die grusinische Version ist eher eine Epitome des Originalwerkes, teils rein formal gekürzt, teils auch inhaltlich erheblich abgeändert und den veränderten Landes- und Zeitverhältnissen angepaßt. Die äußere Anlage in ihrem Verhältnis zur Originalversion stellt sich in folgender Tabelle dar.

Georgische Version des Datastanagirkh mit den entsprechenden Kapiteln des armenischen Originalkodex zusammengestellt.

NB: Die unter Dat. mit II bezeichneten Nummern gehören zu Dat. II Teil, die anderen zu Dat. I. Teil. — Punkte deuten an, daß eine Entsprechung im Originalkodex fehlt.

Vers. grus. Kap.	Dat.	Vers. grus. Kap.	Dat.	Vers. grus. Kap.	Dat.
151	1	167	II 16	183	II 12
152	II 1	168	II 17	184	II 13
153	2	169	II 18	185	II 14
154	3	170	II 2	186	12
155	4	171	II 3	187	II 15
156	II 5	172	II 4	188	II 16
157	II 6	173	II 5	189	23
158	II 7	174	II 6	190	24
159	II 8	175	II 7	191	25
160	II 9	176	II 8	192	26
161	II 10	177	II 9	193	27
162	II 11	178	II 19	194	28
163	II 12	179	II 20	195	29
164	II 13	180	II 21	196	30
165	II 14	181	II 10	197	32
166	II 15	182	II 11	198	31

²²⁾ Ausführlicheres über den Wachtangschen Kod. und dessen Schicksale s. bei Haxthausen, Transkaukasien 2, p. 278 ff.

Vers. grus. Kap.	Dat.	Vers. grus. Kap.	Dat.	Vers. grus. Kap.	Dat.
199	II 17	244	II 55	288	49
200	II 18	245	II 56	289	50
201	33	246	II 57	290	51
202	II 19	247	II 58	291	52
203	36	248	II 59	292	53
204	II 20	249	II 60	293	54
205	II 21	250	II 61	294	55
206	II 22	251	II 62	295	II 56
207	II 23	252	II 63	296	II 57
208	II 24	253	II 64	297	II 58
209	II 25	254	II 65	298	59
210	II 26	255	40	299	60
211	II 27	256	41	300	61
212	II 28	257	II 67	301	62
213	II 29	258	II 68	302	63
214	II 30	259	II 69	303	64
215	II 31	260	62	304	II 92
216	II 32	261	II 70	305	II 93
217	II 33	262	II 71	306	65
218	II 34	263	II 72	307	66
219	II 35	264	II 73	308	67
220	II 36	265	II 74	309	68
221	II 37	266	II 75	310	69
222	II 38	267	II 76	311	70
223	II 39	268	II 77	312	71
224	II 40	269	II 78	313	72
225	35	270	II 79	314	73
226	II 41	271	II 80	315	74
227	II 42	272	II 43	316	II 75
228	II 43	273	II 81	317	II 76
229	II 44	274	II 82	318)	{ II 78
230	II 45	275	II 83	319)	
231	... ³⁴⁾	276	II 84	320	79
232	II 46	277	II 85	321	80
233	II 47	278	II 86	322	81
234	II 48	279	II 87	323	82
235	II 49	280	II 88	324	II 94
236	II 50	281	II 89	325	II 95
237	37	282	II 90	326	II 83
238	38	283	(II 44	327	84
239	II 51		(II 91	328	II 96
240	II 52	284	45	329	II 97
241	II 53	285	46	330	II 98
242	...	286	47	331	II 99
243	II 54	287	48	332	II 100

³⁴⁾ Kap. 281 = 86.

Vers. grus. Kap.	Dat.	Vers. grus. Kap.	Dat.	Anmerkg.
338	II 101	374	Die Art der Kompilation der georgischen Ver- sion erhellt ge- nügend aus vor- stehender Zusam- menstellung: entscheidend für die Anordnung ist die Reihenfolge der einzelnen Kapitel der Ori- ginalvorlage, nach rein äußer- lich-formalen Ge- sichtspunkten.
339	85	375	113	
340	II 102	376	II 114	
341	II 103	377	II 115	
342	86	378	114	
343	87	379	115	
344	II 88	380	II 116	
345	89	381	II 117	
346	II 90	382	II 118	
347	II 91	383	II 119	
348	92	384	II 120	
349	II 104	385	II 121	
350	II 93	386	II 122	
351	II 94	387	II 123	
352	II 95	388	II 124	
353	96	389	116	
354	97	390	II 125	
355	98	391	II 126	
356	99	392	II 127	
357	100	393	II 128	
358	101	394	II 129	
359	102	395	II 130	
360	103	396	117	
361	II 104	397	II 131	
362	105	398	118	
363	106	399	119	
364	107	400	120	
365	II 105	401	II 132	
366	II 106	402	Einltg. 8	
367	108	403 bis 430	II 1	
368	II 109			
369	II 105			
370	110			
371	II 108			
372	II 109			
373	II 110			
	111			
	II 111			
	II 112			
	II 113			
	112			

Was die nicht-nationalen Rechtskompendien griechisch-römischen Charakters betrifft, die einstens auf kleinarmenischem Gebiete vorherrschend gewesen waren, so sind auch diese im

Laufe der Jahrhunderte nicht ganz außer praktischem Gebrauche gekommen, wenn sie auch nicht dieselbe Rolle zu spielen vermochten wie die Fortsetzungen des Nationalarmenischen Rechtsbuchs. Ganz abgesehen davon, daß verschiedene Stücke aus dieser Literatur in den Wachtangschen Kodex sowie in Vers. pol. als Kompositionselemente aufgenommen sind — so vor allem Syr. Rb. Vers. arm., das in dieser Funktion noch im 17. Jahrh. in den kaukasischen Ländern in voller Rechtskraft bestand — vermochten sich in einigen armenischen Auslandskolonien verschiedene Ausläufer jenes alten Rezeptionsrechtes in einer Sonderexistenz zu praktisch-geltendem Rechte zu wahren: so namentlich in den Kolonien von Neu-Nakitschewan a. Don und von Astrachan. Unsere Kenntnisse dieser Rechtsverhältnisse sind allerdings nur unvollständige und beruhen nicht auf unmittelbarer Quellenkunde: gleichwohl läßt sich auf Grund der von dem Herausgeber des *Datastanagirkh* (Proleg. ad Dat. p. 38 ss.) gelieferten Angaben ein annähernd richtiges Bild konstruieren.

Im Jahre 1746 wird durch Beschluß des russischen Senats der armenischen Kolonie zu Astrachan eigene Gerichtsbarkeit nach armenischem Rechte bewilligt; dasselbe Privileg wird im Jahre 1765 durch Verleihung der Kaiserin Katharina II. auch die armenische Gemeinde von Nakitschewan a. Don ausgedehnt. Es ward den Armeniern befohlen, sich für alle Zukunft ihre nationalen Codices zum Behufe der Rechtsprechung festzulegen. Die armenischen Rechtsbücher nun, die sich beide Kolonien von der russischen Regierung bestätigen ließen, waren merkwürdigerweise nicht, wie zu erwarten stünde, die geläufigen Codices des Mechithar und Sempad, sondern ältere armenisierten Kompendien byzantinischen Rechts, die bis dahin sich in praktischer Geltung gehalten hatten, und nun teilweise einer Umarbeitung unterzogen wurden. Dies geht deutlich aus der Vorrede zum Nakitschewaner Kodex hervor. Dieselbe lautet nach der von Bastam gemachten Mitteilung:

„Erstens: aus welchen Büchern wir Vorliegendes geschrieben

haben und aus welchen alten Gewohnheiten? — Es ist zu wissen, daß der ruhmreiche und gottesfürchtige Kaiser Justinian die Edikte und die zivilen Gesetzesstatute der früheren Könige und Kaiser sammelte, als welche da waren die von Konstantin dem Großen, Theodosius, Leo, Arcadius, Honorius, Zeno, Anastasius, Martinicus (!), Grazian und der übrigen mächtigen Könige, und, indem er eine einheitliche Sammlung davon veranstaltete, mit eigenmächtiger kaiserlicher Majestät in sachkundiger Weise unter Ergänzung des Mangelhaften ein vollkommenes und ausführliches Gesetzbuch aufstellte und an alle Völker und Provinzen, die seiner Botmäßigkeit unterstanden, den Befehl erließ, nach demselben zu verfahren in allen Rechtssachen und Gerichten ausnahmslos. Und dieses selbe Gesetzbuch sandte er durch Edikt nach dem Lande der Armenier ²⁵⁾, damit sie nach demselben in allen Rechtssachen und Gerichten verfahren; wo denn auch die Armenier nach Empfang dieses Rechtsbuches auf Grund desselben Recht und Gericht schöpften, solange die Herrschaft und das Reich (eigtl. Fürstentum) der Armenier bestand, eine weitausgedehnte Zeitspanne hindurch.

Zweitens: Warum ist obenbeschriebenes Rechtsbuch den Armeniern selbst nicht bekannt, und warum haben sie nicht sämtlich davon Kunde? — Hierauf ist zu erwidern, daß, solange Reich und Herrschaft der Armenier bestand, das ist in der Periode, wo nach demselben ihre sämtlichen Händel gerichtet wurden, damals es ihnen allen bekannt war und sie sämtlich gar wohl dasselbe kannten; als aber das Reich und die Herrschaft der Armenier untergegangen und Armenien unter das Joch der Knechtschaft fremder Völker gefallen war und nach allen vier Himmelsrichtungen hin zersplittert und zerstreut wurde, von da ab . . . etc.

Drittens: Diejenigen Armenier, die innerhalb des Gebietes des persischen Reichs angesiedelt sind in Großarmenien und

²⁵⁾ Offenbar eine geschichtliche Reminiszenz an die im obigen erwähnte Justinianische Novellengesetzgebung für Armenien.

in den Gegenden von Farsistan, zumal die Bewohner der königlichen Residenzstadt Schosch, d. h. Isfahan, obschon diese die Freiheit haben in der Rechtsprechung nach den armenischen Canones zu verfahren für sämtliche Fälle, mit Ausnahme des Blutgerichtes, so wenden doch auch diese das Rechtsbuch nicht in der Praxis an. . . . Dennoch haben unter denselben die Vorsteher der Kirche, ihre Gelehrten und diejenigen, die zur Betreibung des Handels in das Christenland wandern, nicht nur Wissenschaft von den unter jeglichen Völkern der Christenheit geltenden Gerichtsbüchern, sondern sind auch insbesondere vertraut mit dem Gerichtsbuche der Armenier, und viele von ihnen halten sich (in der Gerichtspraxis) an dasselbe.

In demselben Maße nun, in welchem sich mehrten und ausbreiteten die Ansiedler armenischer Nation im Lande Rußland, mehrte sich auch und entfaltete sich zu vollem Glanze die Menschenliebe und Fürsorge der gnädigen Kaiser dieser unserer Nation gegenüber, in jeglichen Umständen, zumal aber darin, daß im Jahre des Herrn 1763 am 24. Tage des Monats September die allergnädigste und hochmächtigste Kaiserin Katharina II. Alexejewna, Selbstherrscherin aller Reußen, ein kaiserliches Privileg bewilligte, daß die Armenier, wo immer sie sich angesiedelt befinden, zum Behufe von Gottesdienst und Religionsausübung sich Kirchen erbauen mögen, soviele ihrer nötig seien Da ferner bei dem Anwachsen der Armenier Rußlands, im Jahre des Herrn 1746, am 17. des Monats September durch die Regierung des Senats auf Ersuchen des armenischen Volkes der Erlaß ergangen war, in der Stadt Astrachan ein eigenes Gericht zu konstituieren für die armenische Nation und die Angehörigen der römisch-katholischen Religion, zu welchem die Richter von der Gesamtgemeinde zu wählen seien, und an welchem sie Recht schöpfen sollten nach den armenischen Canones, wie es denn auch angeordnet worden ist und bis auf heute fortbesteht; in Anbetracht, daß sodann dieselbe Freiheit in weiterer Ausdehnung bestätigt ward von

Ihrer Majestät der gnädigen Kaiserin Katharina Alexejewna, Selbstherrscherin aller Reußen, im verflossenen Jahre des Herrn 1765, den 13. Januar, durch kaiserliche eigenhändige Unterschrift, dahin, daß es dem armenischen Volke gestattet sein solle, die Rechtsprechung nach seinem eigenen Gesetze zu vollziehen: haben wir uns bereitwillig der Aufgabe unterzogen, zu bearbeiten und zu entwerfen dieses Rechtsbuch aus dem „Gesetzbuche des gottesfürchtigen Kaisers Justinianos“. Weshalb nun aber haben wir es nicht dabei bewenden lassen, jenen alten Kodex der Praxis zu Grunde zu legen, vielmehr aus demselben eine neue Bearbeitung formen zu müssen geglaubt? Hierauf ist zu erwidern: das Exemplar des Gesetzbuchs des Kaisers Justinian, das sich hier befand in armenischer Sprache, war bestehend aus vier Büchern Manuskript, die in vielen Punkten miteinander nicht kongruierten und nicht vollständig, vielmehr in vielen Stücken lückenhaft (auseinandergerissen) waren, indem kaum etwa ein Zehntel des ganzen übrig geblieben war. . . . Darum haben wir unter vielem Nachforschen das eigentliche Gesetzbuch des Kaisers Justinian, gedruckt in lateinischer Sprache, ausfindig gemacht, und haben wir aus demselben dieses Buch übersetzt, uns einer langen mühseligen Arbeit unterziehend.“

Es ist nun zweifellos, daß das ältere römische Rechtsbuch, das, laut dieser Einleitung, in armenischer Version bei der Nakitschewaner Gemeinde unter dem Namen Justinians kursierte, in Wirklichkeit nicht etwa ein unmittelbarer Ausfluß justinianischen Rechts, sondern vielmehr ein späteres Kompendium war, das sich auf Justinians Autorschaft berief; dies kann nun aber nur entweder die isaurische Ecloga oder aber das Syr. Rb. gewesen sein. Für die Ecloga spricht, daß deren Titelüberschrift das Eclogarecht als justinianisches Reformrecht bezeichnet; für Syr. Rb. dagegen, daß dieses sich als Gesetz von Konstantin, Theodos und Leo ausgibt, dieselben 3 Herrscher aber gerade als Autoren des fraglichen Rechts-

buchs in der genannten Einleitung vor allen anderen figurieren. Wie dem auch sei, sicher ist, daß eines dieser griechischen Kompendien bei dieser Armeniergemeinde als Norm für die Rechtsprechung Jahrhunderte hindurch galt, bis erst durch die diesbezügliche Entscheidung der russischen Regierung dieses sich als mangelhaft erweisende Kompendienrecht zum Teil ergänzt, zum Teil auch durch eigentliches justinianisches Recht ersetzt wurde. Ueber den näheren Charakter dieser sekundären Kompilation lassen sich hier bestimmtere Angaben nicht machen. Als Hauptquelle der überarbeiteten Redaktion scheint das betreffende ursprüngliche byzantinische Kompendium, das fälschlich Justinian zugeschoben ist, zu Grunde gelegt; wohl mehr sekundär und subsidiär ist das justinianische Korpus als Quelle benutzt; daneben ist zweifellos der nationale Rechtsbrauch, die Volksgewohnheit mitberücksichtigt³⁶⁾.

³⁶⁾ Im übrigen sind wir wesentlich auf die diesbezüglichen Mitteilungen Bastamiantz (Intr. Dat.) angewiesen. Danach wird der Naki-tschewaner Kodex als Manuskript im Stadtarchiv von Neu-Nakitschewan aufbewahrt. Die äußere Anlage dieses handschriftlichen Kodex beschreibt Bastam. (l. c.) folgenderweise:

„Dieses Rechtsbuch stellt dar eine in großer Bibelschrift verfertigte „und auf dickem Papier geschriebene Handschrift. Die Seite ist in „2 Kolumnen geteilt, die Ausstattung, wiewohl in Unzialschrift ziemlich „hübsch. Das Rechtsbuch zerfällt in 3 Teile: der erste Teil umfaßt „23 Kapitel und 956 Artikel, der zweite Teil 15 Kapitel und 101 Artikel, „der dritte Teil 14 Kapitel und 88 Artikel, das ganze Rechtsbuch also „1145 Artikel. Des ersten Teiles und zugleich des ganzen Kodex Ueber- „schrift lautet: ‚Geschichtliche Gesetzgebung des orthodoxen Kaisers „Justinian‘; die des zweiten Teiles: ‚Ueber die Obliegenheit der Richter, „die richterlichen Beamten und die übrigen richterlichen Rangordnungen‘; „die des dritten Teiles: ‚Ueber das Gerichtsverfahren‘. Das armenische „Original ist von einer russischen Uebersetzung begleitet, die jedoch nur „bis zu Kap. 13 des ersten Teiles reicht . . . Daß nicht das ganze Ge- „setzbuch aus dem Justinianischen Gesetz geschöpft, sondern viele Artikel „aus anderen Quellen entnommen oder auch neu verfaßt sind, dies er- „hellte sowohl aus dem Kapitelindex als aus dem Sinne der einzelnen Artikel, so z. B. heißt es in einem Artikel: ‚Wenn ein Mohammedaner „oder ein Jude einen Christen ergreift und ihn gewaltsamerweise be-

Dieses Rechtsbuch, mit dem der Astrachaner Kodex sich wesentlich zu decken scheint ³⁷⁾, blieb in praktischer Gesetzes-

schneidet, so soll es mit ihm gehalten werden, wie oben im 65. Paragraphen vorgeschrieben ist in Betreff des zum Eunuchen Verschneidens (d. h. der 3. Teil des Vermögens als Geldbuße, und Verbannung auf 10 Jahre) (T. I Kap. 12. Art. 66). Bekanntlich existierte zu Justinians Zeit der Mohammedanismus noch nicht, da Justinians Todesjahr das Jahr 565 ist, während Mohammeds Geburtsjahr das Jahr 571 ist. In dem Rechtsbuche und zumal in dessen zweitem und drittem Teil erscheint deutlich der Einfluß der russischen Gesetze, bis zu dem Grade, daß mitunter auch russische Wörter eingedrungen sind. Für die Interessenten lassen wir hier das Inhaltsverzeichnis des Rechtsbuchs folgen.“

I. Teil.

- Kap. 1. Ueber die Lästerung gegen Gott und die Verächter der heiligen Kirche (8 Art.)
2. Ueber Kriminalverbrechen, d. h. Hochverrat gegen die königliche Majestät (22 Art.).
3. Ueber Schulden (40 Art.).
4. { Ueber Garantie (arm. *sanad* = arab. *sanad*) (22 Art.).
Ueber handschriftliche Sicherungen (8 Art.).
5. Ueber Pfändung (19 Art.).
6. Ueber Bürgschaft (17 Art.).
7. Ueber Zinsen (18 Art.).
8. Ueber Testament und Erbschaft (77 Art.).
9. Ueber Vormundschaft (26 Art.).
10. Ueber gekaufte Sklaven (50 Art.).
11. Ueber Diebstahl und Raub (73 Art.).
12. Ueber die Strafen (109 Art.).
13. Ueber Handel (36 Art.).
14. Ueber die Regeln des Handels (178 Art.).
15. Ueber Schenkung (?) (48 Art.).
16. Ueber das schiedsrichterliche Recht (25 Art.).
17. Ueber Adoption (12 Art.).
18. Ueber die Trennung des Kindes vom Vater (8 Art.).
19. Ueber die Trennung (Teilung) der Brüder (12 Art.).
20. Ueber die Besiegelung (9 Art.).
21. Ueber die Trennung der Verhehlchten (10 Art.).
22. Ueber die kanonischen Statute (26 Art.).
23. Ueber das Recht (109 Art.).

kraft in der Nakitschewaner Gemeinde bis zum Jahre 1869, wo die russische Regierung das armenische Gericht aufhob und eine

II. Teil.

- Kap. 1. Ueber die Gerichtspersonen (2 Art.).
 „ 2. Ueber die Richter (30 Art.).
 „ 3. Ueber die Oeffentlichkeit des Verfahrens (15 Art.).
 „ 4. Ueber die abgesonderten Gerichtsstätten (5 Art.).
 „ 5. Ueber den Gerichtsschreiber (7 Art.).
 „ 6. Ueber den Kopisten (3 Art.).
 „ 7. Ueber den Uebersetzer (3 Art.).
 „ 8. Ueber das Erscheinen vor dem Gerichtshofe (4 Art.).
 „ 9. Ueber die Gerichtstage (3 Art.).
 „ 10. Ueber die Geheimverwahrung der Gerichtsakten (5 Art.).
 „ 11. Ueber den Starosten (14 Art.).
 „ 12. Ueber den Gerichtsvorstand (3 Art.).
 „ 13. Ueber das Archiv (1 Art.).
 „ 14. Ueber den Gefängnisvorstand (5 Art.).
 „ 15. Ueber die Gerichtsbeamten (3 Art.).

III. Teil.

- Kap. 1. Ueber Recht und Gericht (2 Art.).
 „ 2. Ueber den Kläger (3 Art.).
 „ 3. Ueber den Beklagten (6 Art.).
 „ 4. Ueber die dem Beklagten zu gewährende Frist (5 Art.).
 „ 5. Ueber Stellung eines Stellvertreters (9 Art.).
 „ 6. Ueber die Anklage (8 Art.).
 „ 7. Ueber die Verteidigung (eigtl. „Antwort, Widerrede“) (2 Art.).
 „ 8. Ueber den Beweis (4 Art.).
 „ 9. Ueber das Eingeständnis (3 Art.).
 „ 10. Ueber die Zeugen (7 Art.).
 „ 11. Ueber die schriftlichen Zeugnisse (5 Art.).
 „ 12. Ueber den Eid (8 Art.).
 „ 13. Ueber Verhör und Konfrontation (9 Art.).
 „ 14. Ueber die Anordnung (Regulativ) (7 Art.).

*) Vgl. über das Astrachaner Rb. den diesbezüglichen Bericht Bieners (nach briefl. Mittheilungen des Herrn v. Rosenkampff) in der Kritischen Zeitschr. f. Rechtsw. und Gesetzg. des Auslandes Bd. II 1880:
 „In Astrachan befinden sich zwei große armenische Gemeinden, eine orthodox armenisch, die andere mit den Katholiken uniert. Diese haben im Jahre 1765 eine Rechtssammlung veranstaltet, von welcher

neue Gerichtsordnung einführte ⁸⁸⁾. Interessant ist ein Vergleich zwischen diesem Kodex und einem Etschmiadziner Rechtskodex, nämlich Ms. Etschm. No. 735. Letzterer Kodex beginnt mit zwei Einleitungen, deren bezeichnendste Stellen folgenden Wortlaut haben:

Einleitung I.

„... Unser gottesfürchtiger und seliger König Hethum I. bewerkstelligte eine Sammlung von Edikten des großen Trdat (= Tiridates), unseres Königs, welcher kaiserlichen Machtrang erwarb von dem heiligen König und Kaiser Konstantin, sowie anderer, welche sämtliche er mit kundiger Meisterschaft behandelte und daraus ein Gesetzbuch zusammenstellte. Er bestimmte die drei Bücher: das erste über die königliche Gesetzgebung, das zweite über die nach dem Kanon der heiligen Väter bestimmte geistliche Gesetzgebung, das dritte über die bürgerliche und Kaufmannsgesetzgebung, und zwar das dritte in 4 Teile gegliedert, worin die Ordnungen und Statute des Kaufmannsgeschäfts umständlich zur Sprache

„eine russische Uebersetzung nach Petersburg eingesendet worden ist. Sie besteht aus drei Teilen, welche in Kapitel und 1098 Paragraphen zerfallen. Die Vorrede besagt, daß ein altes von Justinian nach Grusien gesendetes Gesetzbuch, nebst alten Rechtsgewohnheiten beständig befolgt worden wäre, bis die Armenier unter türkische und persische Herrschaft geraten wären. Seitdem hätten sich unter der Willkür dieser Herrscher die alten Gesetze fast ganz verloren, und als Peter I. in den Jahren 1718 und 1728, sowie die Kaiserin Katharina II. ihnen ihre Gewissensfreiheit und ihre eigentümliche Verwaltung, in Astrachan und in anderen Städten, vergönnt hatten, haben die beiden geistlichen Hierarchen und die Mitglieder der Gemeinden sich dahin vereinbart, aus den Fragmenten des alten Justinianischen Gesetzbuchs und aus ihren Rechtsgewohnheiten, dieses Rechtsbuch zu redigieren, nach welchem sie sich unverbrüchlich richteten.“

⁸⁸⁾ Vgl. hierzu Alexejew M.: Армянскій судобникъ 1870. Der in dieser Abhandlung zur Sprache kommende „Armenische Kodex“ ist eben das Nakitschewaner Rechtsbuch.

kommen; mit einem Umfange von 49 Kapiteln und 870 Artikeln; dasselbe (Gesetzbuch) empfangen das armenische Volk samt den Nacharars mit großer Freude und schöpften Recht nach demselben³⁹⁾.

Unser seliger und volksliebender König Hethum trat, als er nach vollbrachter Anordnung des Gesetzbuchs und anderer Konstitutionen freiwillig der Welt entsagt, in den religiösen

³⁹⁾ Mit dem hier bezeichneten Kodex in 49 Kapiteln und 870 Artikeln kann nur gemeint sein das oben besprochene byzantinische Originalkompendium, das als Rechtsnorm in den russisch-armenischen Kolonien bis zum Jahre 1746 bzw. 1765 in praktischer Geltung stand, um welche Zeit es auf Grund des Justin. Korpus umgearbeitet ward. Von Edikten des Königs Trdat kann keine Rede sein: wenn gleichwohl solche als Urquelle der Materie unseres Rb.s angegeben werden, so beruht dies auf der sich allgemein manifestierenden nationalen Tendenz, die jüngeren Rechtsdenkmäler auf altes Königsrecht zurückzuführen, einer Tendenz, die sich u. a. auch am Lemberger Kodex offenbart, in welchem einige dem Syr. Rb. entnommene Bestimmungen armenischen Königen zugeschoben werden. Ebensowenig historisch begründet ist die angebliche Autorschaft König Hethums für das fragliche Rb. Die Nennung des Königs Hethum als Urheber dieser Gesetzgebung ist vermutlich darauf beruhend, daß der Name dieses Königs in irgend einer Weise durch ein Memento des ursprünglichen Kodex erwähnt und mit dem Inhalt des Kodex in Verbindung gebracht gewesen sein wird. Ein analoger Fall, der frappant zeigt, wie derartige unhistorische Autorschaftszuschreibungen zu stande kommen, ist folgender: In einer mittelarmenischen Chronik (nach LA Sisuan p. 548) ist überliefert von König Leo I.: „Dieser [König Leo I.] verlieh einem Gesetzbuche Bestätigung (oder: ließ ein Gesetzbuch einführen), welches diese Handschrift trägt (oder: in welchem er diese Handschrift anbringt): „Leo, König, sein Andenken sei im Segen.“ Die Angabe dieses legislatorischen Aktes des I. Rupeniden ist schon an sich höchst verdächtig, indem eine solche sonst nirgends erwähnt, vielmehr eher in Abrede gestellt wird. Als unrichtige, tendenziöse Konstruktion verrät sie sich in folgendem: das fragliche Gesetzbuch, das die Chronik im Auge hat, ist kein anderes als Syr.-Römisches Rb. In diesem findet sich in der Tat wiederholt die Einleitungsformel: „Leo (bzw. Konstantin oder Theodosius) der König gesegneten Andenkens.“ Der hiermit gemeinte griechische Kaiser Leo wird an der zitierten Stelle der armenischen Chronik fälschlicherweise als der armenische König gleichen Namens aufgefaßt, der damit sogleich zum Legislator gestempelt wird.

Orden ein. Daher wir die Verpflichtung haben, bis zum letzten Blutstropfen in Treue zu dienen unserem Könige und in Gerechtigkeit zu folgen den Canones an unserem Tribunal (d. i. die Rechtshändel vor das national-armenische [Bischofs-] Gericht, nicht aber vor dasjenige der fremden Eroberer zur Entscheidung zu bringen)⁴⁰⁾.

Einleitung II.

Schluß:

„... Denn bekannt ist's den Weisen, daß, solange das Reich und die Herrschaft der Armenier bestand, alle dessen kundig waren und ein Rechtsbuch in Gebrauch hatten; nachdem sie aber der Herrschaft der Ungläubigen verfallen waren, und ihnen die Freiheit benommen war, ihre Rechtshändel nach armenischem Kanon zu entscheiden, deshalb die Armenier in dieser mißlichen Lage, worin sie geraten waren, besorgt waren und danach trachteten, freiheitlich ihren Glauben, ihre christliche Religion und ihre Rechtspflege ausüben zu können.

Infolge der durch die gnädigsten Autokraten, die Kaiser und Kaiserinnen mittels hohen Manifestes und Erlasses ergangenen Aufforderung zu Siedelungen herbeizukommen, wobei vielfach Fürsorge und Begünstigung den Ansiedlern in Aussicht gestellt ward, strömten wir Armenier unter Preisgabe unserer Sitze, von Hab und Gut, als Zuflucht suchende zu dem Hafen, zu der dem Meere gleich unermesslichen Gnade der allergnädigsten russischen Kaiser“.

Diese Einleitungen, zumal die zweite, die zum Teile fast wörtlich mit dem entsprechenden Stücke des Nakitschewaner Kodex übereinstimmt, deuten auf ursprüngliche Verwandtschaft der beiden Codices hin. Eine Vergleichung der Inhaltsver-

⁴⁰⁾ Die Tendenz dieser Vorrede ist offenbar diese, das Volk zu bestimmen vor dem national-armenischen geistl. Gerichte sein Recht zu suchen, und es von den beliebten Fremdengerichten abwendig zu machen.

zeichnungen beider Handschriften ergibt einleuchtend die nahezu völlige Identität derselben, wenigstens ihrer ursprünglichen Form nach, die eben jenes byzantinische Rechtskompendium darstellt, das dem Nakitschewaner Kodex als Hauptquellenvorlage gedient. In der vorliegenden überlieferten Gestalt ist indes auch dieser Etschmiadziner Kodex gründlich umgestaltet, indem der ganze auf sog. „justinianisches“ d. h. byzantinisches Recht bezügliche Teil von Ms. 735 ausgefallen ist. Die dafür überlieferten Stücke sollen, nach Bastamians' Ansicht (Intr. Dat. p. 47), fast wörtliche Uebersetzungen russischer Gesetze sein (?).

* * *

Sowohl in dem unter türkischer als in dem unter russischer Oberhoheit stehenden Landesteile genossen bis in die jüngste Zeit die Armenier eine weitgehende politische Freiheit für die Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten; im Jahre 1836 gaben sich die Armenier des russischen Gebiets, im Jahre 1860 die Türk-Armenier eine auf freiheitlicher Grundlage beruhende Verfassung. Die Jurisdiktion, die zunächst von den betreffenden Staatsregierungen dem armenischen Patriarchen in geistlichen und Zivilsachen voll belassen worden war, ward jedoch allmählich eingeschränkt, zumal im russischen Armenien, wie denn auch das bis dahin in Rechtskraft beibehaltene nationale Kodexrecht, sowie der armenische Rechtsbrauch nachgerade an Boden verloren hat, indem man namentlich russischerseits auf verschiedenen Gebieten dazu geschritten ist, die allgemeinen Landesgesetze auch auf das transkaukasische Land auszudehnen.

Zweiter Abschnitt.

Die national-armenischen Codices: das Mechitharsche oder großarmenische Rechtsbuch; der Sempadsche oder Kilikisch-armenische Rechtspiegel.**I. Die Ueberlieferung des Mechitharschen Rechtsbuches.****1. Handschriften.**

Die Ueberlieferung von Dat. ist eine sehr mannigfaltige. Folgende Handschriften sind bis jetzt bekannt geworden:

1. Etschmiadziner Metropolitanbibliothek:

Ms. No. 488, 489, 490, 492, 749 und Sin. (= Synodalkodex). Vollkommenste und wohl auch älteste dieser Handschriften, vielleicht gar die älteste sämtlicher überlieferten, ist No. 492, die laut Nachschrift aus dem Jahre 1295 stammt. Sie enthält außer Dat. noch folgende weitere Schriften: a) Mosaische Gesetze, b) griechische Gesetze. Der Kodex trägt in seinem Aeußeren Spuren des Alters, Anfang und Ende sind defekt, indem zu Anfang ein Blatt, zu Ende des Bandes mehrere Blätter ausgefallen sind. Abgesehen von Sin., welcher laut Schreibernotiz im Jahre 1817 als Kopie einer aus dem Jahre 1636 entstammenden Vorlage angefertigt ist, tragen die übrigen Codices keine Altersnotiz; der nach 492 nächstälteste ist unzweifelhaft 488, von dem 11 Blätter mit 35 Kapiteln ausgefallen sind.

2. Venezianische Mechitharistenbibliothek:

Ms. No. 1237. Alte Pergamenthandschrift, angeblich aus dem Jahre 1184 und nach Ansicht der Mechitharisten von Mechithar selbst herrührend. Diese Ansicht stützt sich auf die folgende im Ms. angebrachte Nachschrift:

„Ruhm unserm Erlöser Jesu, samt dem Vater und dem Geiste, der uns gewährt hat, diesem Gerichtsbuch hier einen

„vorläufigen Abschluß zu setzen. Denn wiewohl nach dem „vorhin in der „*kleinen Denkschrift*“ (Dat. Intr. c. XI) Gesagten, eine Vollendung desselben nicht erfolgt, so haben wir dennoch hier das Verfassungswerk zu vorläufigem Stillstand bringen wollen, uns innerhalb der Grenzen des Möglichen haltend, unbehindert der Freiheit anderer in der Folgezeit das Werk zu vermehren und fortzusetzen. Und obgleich wir bereits in demselben Jahre, in welchem wir begonnen, das Gerichtsbuch in dem uns vorgesetzten Maß abgefaßt hatten, so hat sich gleichwohl von wegen der Verfolgungen, die uns einheimischer-, nicht fremderseits widerfuhren, hinausgeschoben und verzögert die Abfassung dieses Memorials.“

Diese Nachschrift nimmt deutlich Bezug auf das Schlußkapitel der Mechitharschen Einleitung zum Rechtsbuche (Dat. Intr. c. 11)^{40a)}, gibt sich mithin als vom Verfasser herrührende aus, woraus gefolgert wird, daß Mechithar, der Verfasser, zugleich Redaktor dieser Handschrift sei. Die Berechtigung dieser Schlußfolgerung ist indes schon von Bastam. (Intr. 111 f.) beanstandet worden. Zudem muß die Authentizität der fraglichen Nachschrift äußerst verdächtig erscheinen; wir haben in ihr wohl ein späteres Machwerk zu erblicken, das die Tendenz verfolgt, den fraglichen Kodex möglichst altertümlich erscheinen zu lassen. — Außerdem bewahrt die Venez. Mechitharistenbibliothek noch zirka elf Codices, meist jurist. Sammelbände, worin Dat. neben anderen Rechtsbüchern figuriert; dieselben sind bereits oben unter *I. Abschnitt* aufgeführt worden. Unter sämtlichen ist Ms. No. 1237 die wichtigste Handschrift von Dat.

3. Wiener Mechitharistenbibliothek.

Ms. No. 205 (= Ms. Etschm. 492).

4. Moskauer Bibliothek des Lazarew-Instituts: Eine Handschrift (nach Bastam. Intr. 103).

^{40a)} Mitgeteilt im Folgenden unter pag. 391.
Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft. XIX. Band.

5. Pariser Nationalbibliothek:

Ms. No. 55, No. 111, No. 104 nebst einem vierten, nicht-numerierten Kodex, letzteres ein Geschenk von Erem. Oskan Jovanisian aus Moskau im 19. Jahrh. Die drei ersten Mss. sind jüngere, Mitte des 19. Jahrh. hergestellte Kopien von Venezianischen Originalen der Mechitharistenbibliothek.

6. Handschriften aus privatem Besitz:

a) Kod. Ms. des Bischofs Karapet aus Achalzich (Abbr. Kar.).

b) Kod. Ms. des Bischofs Sargis (= Ms. Etschm. No. 492). Beide Mss. sind jetzt in den Besitz der Etschmiadziner Bibl. übergegangen.

Selbständigen Wert besitzen von den hier aufgezählten Mss. a) zunächst die unter 1. stehenden Etschmiadziner, b) so dann Ms. Ven.; c) Ms. Kar. Die übrigen können hier als jüngere Kopien, bzw. Dubletten der unter a), b), c) fallenden außer Betracht bleiben.

2. Überlieferungs-Sippen und Redaktionen.

Die Handschriftenüberlieferung scheidet sich in zwei Hauptgruppen:

I. Hauptgruppe mit Ms. 490 und 492 als Hauptvertretern.

II. Hauptgruppe umfassend die übrigen Mss.

Der Scheidungsgrund beider Hauptgruppen ist vor allem ein formaler, die Kapitelanordnung betreffender: bei den Manuskripten der I. Hauptgruppe zerfällt der Text in zwei Teile oder Bücher: einen 1. kanonischen oder kirchenrechtlichen und einen 2. weltlichen oder zivilrechtlichen, von denen jeder seine eigene Kapitelzählung hat. Die in dieser Gruppe vertretene Version ist die ältere, insofern von einer stofflichen Systematisierung im einzelnen noch keine Spur vorhanden ist, vielmehr innerhalb der beiden Hauptteile für die Anordnung

der Kapitel lediglich die jeweils zu Grunde gelegten Quellen maßgebend sind; die Materie wird ebenso aneinandergereiht und verarbeitet, wie sie sich sukzessive aus der Reihenfolge der Quellenschriften ergibt.

Dieser rein formale Einteilungsgrund in kanonisches und weltliches Recht ist in Hauptgruppe II aufgegeben, gegenüber der Zweiteiligkeit von Vers. I ist der Text von II ein einteiliger, nach fortlaufender Kapitelreihenfolge gezählter. An Stelle der rein äußerlich formalen Einteilung von I tritt hier wenigstens versuchsweise und in ihren Ansätzen die innere sachliche Systematisierung der Rechtsmaterie; als Folge dieses Bestrebens die je sachlich zusammengehörigen Stücke zu einem Ganzen zu vereinigen, ist die Kapitelreihenfolge der Vers. I in dieser Gruppe völlig verschoben. Vers. II verrät sich hierin gegenüber I deutlich als jüngere, bereits stark an den Sempadschen Kodex erinnernde.

Als weiteren gemeinsamen Unterscheidungsgrund der Hauptgruppe II gegenüber I zeigt sich das Fehlen einer Serie von Kapiteln, die in I vorhanden sind: es sind dies vor allem die in I als Schluß des kanonischen Teils (nach Ms. 492, nach Ms. 490 am Ende des Th. II) überlieferten Kapitel 121 bis 123, die bei Gruppe II fehlen. Dafür haben diese Mss. einen Kanon betr. Trunksucht überliefert, der bei Gruppe I fehlt. — Letzteres Stück ist übrigens ebenso wie die Kapitel 121 bis 123 der anderen Gruppe als unechter, erst durch nachträgliche Redaktion zugefügter Bestandteil zu bezeichnen.

Die II. Hauptgruppe zerfällt wiederum in 2 Untergruppen oder Sippen:

1. Sippe Ms. Ven. — 489.
2. Sippe Ms. 488 (Kar.) — Sin.

Eine Sonderstellung nimmt Ms. 749 ein, das nach äußerer Anordnung (Zweiteiligkeit in einen kan. und einen weltl. Teil) und Kapitelzählung zu Hauptgr. I, im übrigen aber stofflich und sprachlich zur Sippe 2 gehört.

Gegenüber der in 490—92 vertretenen Version, die wir mit A bezeichnen wollen, stellen sich die Redaktionen der Sippen 1 (Red. B) und 2 (Red. C) als jüngere Uebearbeitungen dar. Von beiden letzteren steht B der älteren Red. A am nächsten. Im allgemeinen ist die sachliche Differenz von B zu A keine wesentliche, tiefeinschneidende; B zeigt mehr rein formale Umgestaltung, und Abweichung von A; diese tritt namentlich deutlich hervor bei dem Untergliede Ms. 489 dieser Gruppe, in welchem Vers. Ven. eine jüngere formale Umarbeitung erlitten hat, die sich als vulgarisierende, verflachende, mitunter stark kürzende darstellt, indem solche Stücke, die nicht gerade für die Praxis verwertbar sein mochten, auf ein Minimum reduziert, mitunter gar ausgelassen werden: so ist u. a. in dieser Version der ganze Einleitungstraktat des Rechtsbuchs weggelassen.

Eine wesentliche, den Text inhaltlich in juristischem Sinne bewußt und unter bestimmter Tendenz umgestaltende Redaktion ist dagegen die in Vers. C zu Tage tretende. Die dieser Sippe angehörigen Codd. Mss. repräsentieren sprachlich-formal, analog wie Sippe B, zwei Unterspezies ein und derselben Version, indem die ältere klassifizierende Vers. 488 eine sekundäre vulgärsprachliche Uebearbeitung erfahren hat, die in den Codd. Kar. Sin. (u. 749) zum Ausdruck kommt. Im übrigen ist es die stoffliche Umarbeitung, die sämtliche Glieder dieser Sippe zu einer Einheit verbindet und ihnen ihr charakteristisches Gepräge verleiht. Diese Umarbeitung, die eine derart durchgreifende und tiefeinschneidende war, daß Vers. C gegenüber Vers. A teilweise ganz andere Rechtssätze zum Ausdruck bringt, ist, wie sich nachweisen läßt, systematisch und unter bestimmter Tendenz erfolgt: der Tendenz nach Zurückdrängung des in Vers. A übermächtigen kanonischen Elementes⁴¹⁾, und der möglichsten Einführung und Geltendmachung des nationalen Volks- und Ge-

⁴¹⁾ Bezeichnend ist in dieser Hinsicht, daß in C das Element der kanonischen Pönitzenz möglichst eliminiert erscheint.

wohnheitsrechtes. Mag Vers. A ein für die geistlich kanonische Gerichtsbarkeit sehr brauchbares Handbuch darstellen, für die nationale zivile Rechtsprechung mußte sie immerhin als nicht gerade angemessen und mangelhaft erscheinen. Die zivile Rechtsprechung, wie sie bei der Wiedererhebung des nationalen Lebens und der nationalen Dynastie im klein-armenisch-cilicischen Reiche erstarkte, mußte das Bedürfnis nach einer sachgemäßen Reform des ursprünglichen Gosschen Rechtsbuchs nahelegen. Diese Reform ist vollzogen an vorliegender Vers. C, deren Umarbeitung, nach allen Anzeichen, sowohl sachlichen als linguistischen zu schließen, nach Cilicien hinweist, in cilicische Zeit zu verlegen ist und auf cilicischem Gebiete in Anbequemung an die volksrechtliche Praxis stattgefunden hat. Der oben berührten sekundären vulgärsprachlichen Rezension, die an einigen Vertretern dieser Vers. zu Tage tritt, nämlich an Sin., Kar., 749, liegt, gewiß nicht zufälligerweise, eben der cilicische Sprachtypus zu Grunde; Vers. C ist auch hierin ein Vorläufer und Prototyp des späteren Sempadschen Rbs., insofern in C der erste durchgreifende Versuch gemacht ist, das in der ursprünglichen Mechitharschen Version chaotisch vorliegende Rechtsmaterial, nicht nur sachlich, unter Bevorzugung und Hervorhebung des einheimischen Volksrechtes, sondern auch formal, durch angemessene Systematisierung und volkssprachlichen Ausdruck, für die Praxis der weltlich-staatlichen Gerichte brauchbar zu machen. — Für die Kenntnis des wirklichen armenischen Rechts, d. h. des nationalen Gewohnheitsrechts, ist deshalb nicht die ursprüngliche Mechitharsche Gestalt des Dat., welcher die Vers. A am nächsten kommt, in erster Linie zu verwerten, sondern die von kanonischen und fremden Elementen gereinigte, das Volksrecht reiner spiegelnde Redaktion C.

Philologisch-textkritisch ist A der Vorzug zu geben, und ist richtig von Bastamiantz nach dieser Vers. die Textausgabe des Datastanagirkh unter Zugrundlegung von Ms. 492 gemacht worden. (Nicht konsequent freilich, indem der Herausgeber mehr-

fach Kapitel aus den anderen Redaktionen B und C aufnimmt, die nicht ursprünglich, sondern erst nachträgliche Erweiterungen dieser Redaktionen sind.) Unseren folgenden Ausführungen über die Geschichte der nationalarmenischen Codices ist deshalb Red. A (nach der Bastam. Ausgabe) zu Grunde zu legen.

Zur Veranschaulichung der Ueberlieferung unseres Rechtsbuchs möge die folgende Darstellung dienen:

I	
Vers. A: Mss. 490—492	
II	
Vers. B: a) Ms. Ven.	b) Ms. 489
Vers. C: a) Ms. 488. b) Mss. Sin.-Kar.	

II. Das Mechitharsche Rechtsbuch nach Ursprung, Anlage und Bestimmung.

Zum besseren Verständnis des Folgenden ist hier einiges über die Person des Verfassers und das Milieu, aus dem sein Rechtsbuch hervorgegangen, vor auszuschicken.

Urheber des nach ihm benannten Kodex ist nach gut gesicherter Ueberlieferung Mechithar, mit Beinamen Gosch (westarm. Kosch). Geboren um die Mitte des 12. Jahrhunderts zu Gandzak (Gandja), dem heutigen Elisabethpol, zur Zeit der seldjukischen und tatarischen Okkupation, „da nur noch etliche einheimische Gaufürsten sich behaupteten in den Gebieten von Chaçên“, verlegte er sich mit Eifer auf das Studium, erlangte als Schüler des Johann Tavuschetzi den Grad eines Vardapet, und begab sich, vom Wissensdurst getrieben, zur weiteren Ausbildung nach dem als wissenschaftliches Zentrum berühmten Kloster Sev-Lern („Schwarzberg“) in Cilicien. Von hier zurückgekehrt, befreundete er sich in Karin (Erzerum) mit dem im Exil dort weilenden grusinischen Vasallfürsten

Khurth, dem Herrn des Gaues Kayén. Aus seiner Heimatstadt durch die Belästigungen der moslimischen Eroberer verdrängt, suchte er zunächst, einem Rufe des albanischen Katholikos Stephanos folgend, Zuflucht bei dem Fürsten Wachtang, Burgherrn von Hatherkh im Gaue Chaçén der Provinz Artzach, wo er längere Zeit verblieb. Nachdem sodann sein Freund, der erwähnte Gaufürst Khurth zurückgekehrt und in seine Herrschaft restituiert worden war, nahm er auf dessen Bitten seinen Sitz in dem zum Distrikt Kayén gehörigen Kloster Getik. Diese Klostersiedlung wurde kurz darauf verwüstet; Mechithar siedelte mit seiner Gemeinde über in das Gebiet zweier georgischen Fürsten, der Brüder Zakharé und Jvané, deren letzterer mit Khurth verschwägert war, und gründete hier, unterstützt von ihnen sowie von dem Fürsten Wachtang von Chaçén, unter den Auspizien des Katholikos Stephanos, zu dessen Sprengel das Siedlungsgebiet gehörte, ein neues Kloster, Nor-Getik, dessen Abt er wurde. Den Zeitgenossen als der „große Vardapet“ bekannt, allseitig als Autorität in Sachen der Kirche und der Wissenschaft angegangen und nach den verschiedensten Richtungen hin seine Wirksamkeit ausübend, starb er im Jahre 1213.

In seiner Eigenschaft als Vardapet mußte Mechithar nicht nur mit dem kanonischen Rechte, sondern nach damaligen Zeitverhältnissen auch mit dem Zivilrechte und der Gerichtspraxis im weitesten Sinne vertraut sein. Der Vardapet war eben der berufene Vertreter des Bischofs als Vorsitzender am bischöflichen Gerichte. Daß er als solcher nicht bloß im einheimischen Rechtswesen bewandert, sondern auch das Recht der benachbarten Nationen kannte, beweisen zahlreiche Stellen seines Rbs., wo verschiedene Satzungen aus dem griechisch-römischen, islamischen und georgischen Rechte ausdrücklich als solche mit entsprechenden armenischen verglichen oder ihnen gegenübergestellt werden. Auf welchem Wege Mechithar diese Kenntnisse erlangte, ob auf demjenigen des Studiums der Originalquellen oder auf dem der mündlichen Mitteilung,

ist nicht allgemein und bestimmt zu ermitteln⁴²⁾. Daß neben den schriftlichen Quellen auch die mündliche Rechtsüberlieferung ergiebig benutzt ist, ergibt sich schon aus folgenden Worten der Einleitung zu Dat.: „Zum andern schöpfen wir aus sämtlichen Völkern der Christenheit als von leiblichen Brüdern; was wir gehört oder gesehen haben bei ihnen an trefflichen Rechtsentscheiden, sammeln wir in diesem Buche.“ In der Tat war „der große Vardapet“ im Laufe seines vielbewegten Lebens durch seine Reisen und seine Aufenthalte in den Grenzlanden — in Cilicien und den georgischen Grenzprovinzen — in die günstige Lage versetzt, die Rechte fremder Völker aus der lebendigen Uebung und aus der unmittelbaren Anwendung durch die Gerichtspraxis kennen zu lernen. Ueberhaupt trafen in ihm eine Reihe teils innerer teils äußerer Voraussetzungen zusammen, die ihn als den berufenen Schöpfer eines praktischen Gerichtskodex erscheinen ließen. Nicht zum geringsten war es namentlich der beständige Verkehr an

⁴²⁾ Einer näheren Untersuchung würdig wäre in dieser Beziehung z. B. die Frage, ob und inwieweit Mechithar in das Verständnis der griechischen (romäischen) Rechtsquellen einzudringen vermochte. Bastamiantz hat dies geradeaus verneint, indem er, von mehreren Stellen aus Dat. ausgehend, wo griechische Originaltermini in korrupter oder mißverständener Form überliefert sind, Mechithar die Kenntnis der griechischen Sprache absprechen zu müssen vermeinte. Mir scheint diese Ansicht zum mindesten ungenügend begründet. Denn die betreffenden Beweisstellen, auf die Bastamiantz sich stützt (so vor allem das Kapitel über die hierarchischen Ränge), brauchen 1. in ihrer jetzigen korrupten Form nicht von Mechithar herzurühren; 2. falls die betreffenden Formen aber wirklich in ihrer vorliegenden Gestalt authentisch sind, so ist noch die Möglichkeit gegeben, daß Mechithar sie nicht direkt aus einem griechischen Original, sondern aus einer armenischen Version eines solchen geschöpft hat, worin sie bereits in korrumpierter Form vorlagen; letztere Hypothese ist u. a. für das Kapitel von den Hierarchierängen durch Arm. Rb. Comm. als wahrscheinliche erwiesen worden. Immerhin bleibt es wahrscheinlich, daß Mechithar zur Abfassung seines Dat. die griechische Rechtsliteratur nicht direkt, sondern in armenischer Version zur Quelle benutzt hat.

den Fürstenhöfen, zumal sein längerer Aufenthalt am Wachtangschen Hofe, was nach dieser Richtung hin entscheidend auf ihn wirken mußte. In diesen Kreisen und unter solchen Einflüssen war es, daß in ihm allmählich der Entschluß zur Abfassung des Rechtsbuchs heranreifte⁴³⁾.

Die ausführliche Entstehungsgeschichte des Werkes wird uns in dem Einleitungstraktate vorgeführt. Zunächst die Ursachen oder inneren Gründe der Verfassung des Kodex, die Mechithar uns in den zwei Eingangskapiteln zu seinem Werke folgenderweise schildert:

⁴³⁾ Derselbe Mechithar ist außerdem Verfasser von 6 anderen Schriften, teils kanonischen, teils dogmatischen und moralischen Charakters, in welchen sich mehr oder weniger seine juristisch veranlagte Natur kundgibt. So vor allem in seinem berühmten, originellen Fabelbuche, auf welches hier insofern besonders hinzuweisen ist, als in ihm mehrfach deutliche Anklänge und Anlehnungen an das Rechtsbuch vorkommen. Dahin gehören u. a. Sätze wie diese: „Stärker ist die Verwandtschaft vom Vater als die von der Mutter“ und: „Der Anfall des Königtums und überhaupt aller Erbanfall hat sich gebührenderweise eher von der väterlichen als von der mütterlichen Abkunft herzuleiten“ (Fab. 105 p. 91). (Bezugnahme auf die Erbrechtsbestimmungen des Dat. II 1, spez. auf das Prinzip der Hintansetzung der mütterlichen Linie.) Ferner: „Nach dieser Fabel pflegen die Könige insgesamt zu verfahren, indem sie bei sich einen Sohn halten, als Erben des Königtums . . .“ (Fab. 114 p. 98). (Bezugnahme auf Dat. II 1: „Beim Vorhandensein von Söhnen halte der König den einen von ihnen ständig bei sich und setze diesen einen als zuständigen Erben ein.“) Weiter: „Es warnt uns die Fabel, durchaus nicht zu glauben den trügerischen Worten der Ungläubigen . . . da sie nach dem Blut und dem Besitztum der Christen lechzen“ (Fab. 72 p. 67). (Vgl. Dat. II 116: „... da es in ihrer, der Ungläubigen, Natur liegt, über unsern Untergang zu frohlocken.“) Weiter der Satz: „König in oberstem Sinne ist Gott“ (Fab. 184) (ebenso Dat. II c. 1: „Es ist jedoch zu wissen, daß König in oberstem Sinne Gott ist“). Vgl. ferner Fab. 115 bezüglich des Erbnachlasses, Fab. 18, 91 und Fab. 140 über Richter und Gerichtsverfahren u. a. m. Bezeichnend für den juristischen Geist, der diese Schrift durchweht, ist u. a., daß in Fab. 53 die Moral der Fabel geradezu *datum*, d. h. „Gerichtsentscheid, Urteil“ genannt wird.

Dat. Intr. Cap. I.

Antwort an diejenigen die uns vorwerfen, wir hätten kein Gericht (= geschriebenes Gerichtsrecht oder gerichtliche Gesetzgebung).

Im Begriffe zur Abfassung dieses Gerichtsbuches zu schreiten, haben wir zuvor Antwort zu stehen denjenigen, die gegen das Gesetz Christi den Vorwurf erheben, es gebe in ihm kein Gericht⁴⁴). Viele nämlich gibt es, welche die Ungläubigen lobend bevorzugen, weil diese ein rechtliches Gericht haben. Die aber so sprechen, fühlen sich selbst geärgert hierdurch und ärgern andere von den Einfältigen.

Zum ersten werden wir diesen den folgenden Erwiderungsgrund vorhalten: Gott hat ursprünglich der Natur des Menschen die freie Bestimmung der Unterscheidung des Rechtlichen verliehen. Auf Grund derselben bestimmten die Weisen unter den Heiden, daß, wer die Götter verunehrt, des Todes sterben, und dem, der seinen Vater schlägt, die Hand abgehauen werden soll. Des Moses Gesetz aber tat hierzu ein Mehr, indem es denselben Vorwurf, den es aus dem Naturgesetze aufnahm, dahin umgestaltete: „wer den Vater oder die Mutter verunehrt, soll des Todes sterben“ (Exod. 21, 16). Das Evangelium unseres Herrn jedoch ist die Erfüllung des Naturgesetzes sowohl als des Mossaischen; darum verordnet es: „Ihr habt gehört, daß den Alvorderen gesagt worden ist solchermäßen, ich aber sage es euch diesermäßen“ (Matth. 5, 21). Indem nämlich Gesetz und Evangelium das (in Vergessenheit geratene) natürliche Gesetz ins Gedächtnis zurückrufen, heben sie doch die freie Selbstbestimmung nicht auf, durch den Satz: „Du sollst den Nächsten lieben wie dich selbst“ (Matth. 19, 19),

⁴⁴) „Gericht“ [arm. *datastan*] steht hier, wie allenthalben in Dat., im Sinne von Gerichtssatzung, d. i. geschriebenes Recht oder zivile Gesetzgebung schlechthin. Hiervon wird nach mechtarscher Terminologie scharf unterschieden „das Gesetz“ [arm. *ortakh*], welcher Terminus regelmäßig das mosaische Gesetz bedeutet.

da etwas Natürliches (dem Naturrecht entstammendes) die Kenntnis der Selbstliebe ist. — Zum zweiten, oder vielmehr noch zum ersten Grunde: unserem freien Willen ist anheimgestellt die Jüngerunterrichtung (mündliche Tradition) und sonstiges Wohltun, woraus folgt, daß auch unserer freien Willensbestimmung anheimgegeben ist das rechtliche Verfahren gegen Jedermann. Aus demselben Grunde ist auch das Evangelium ursprünglich nicht durch die Schrift, sondern durch das Wort überliefert worden.

Zweitens: Es kam Christus und lehrte die Vollendung des Gesetzes den Menschen, und nicht wollte er nach Art und Weise der Unvollendeten ein Schriftgesetz geben; demgemäß er auch den Rat gibt, unterwegs sich zu vertragen mit dem Widersacher, damit die Sache nicht dem Gerichte des Richters anheimfalle (Matth. 5, 34). So hat er denn einstens durch das Gleichnis vom Richter (Luk. 18, 2—7) offenbar gezeigt, wie überhaupt jegliche Sache vor dem Forum des Gewissens zu erledigen sei, statt den Richter darum anzurufen, desgleichen auch die eigentlichen Gerichtssachen. Dasselbe bekundete er auch in dem Gleichnisse vom Hausverwalter (Luk. 16, 1): wiewohl er diesen zunächst einen ungerechten nennt, so lobt er ihn gleichwohl hinterher ob seiner Reue, wodurch er es vermied vor dem Richtertribunal zu erscheinen, um Rechenschaft zu geben; durch das Wort: „gib Rechenschaft von deiner Verwaltung“ zeigte er, daß es notwendig sei, daß Gerichte bestehen, wie er andererseits durch die Belobung lehrte, daß es möglich sei des Gerichts nicht zu bedürfen (bezw. das Gericht entbehren zu können). Aus diesem Grunde lehnte er es ab Recht zu schaffen jenem, der ihn bat: „Sage meinem Bruder, daß er die Erbschaft mit mir teile“ (Luk. 12, 13), gleich als wollte er sagen: „Habt ihr nicht einen doppelten Rechtsgrund, den aus der Natur [scil. Naturgesetz] und den aus dem [mosaischen] Gesetze? wozu bedürft ihr noch sonstigen Gerichts?“ Weshalb auch der Apostel lehrte, mit den Worten: „Daß überhaupt Rechtshandel unter euch vorkommen! Warum

leidet ihr nicht lieber Unrecht und ertraget die Schädigung? Ihr aber tut Unrecht und füget Schaden zu, und das sogar den Brüdern!“ (1. Cor. 6, 7—8).

Drittens: Er wollte kein Schriftgesetz geben, damit wir nicht aus Zwang uns auf dem Wege Rechters hielten, sondern aus Gründen der Liebe und des Mitleides die Gerechtigkeit bewahrten nach ungeschriebenem Gesetze zu allen Zeiten.

Viertens: Weil er es für hinreichend hielt das Gesetz und die Propheten und das Evangelium gleichsam als Samen in dem Herzen zu hegen und nach diesen zu verfahren in der Gerichtspraxis.

Fünftens: Weil [mos.] Gesetz und Propheten und Evangelium als etwas Unwandelbares bleiben, das Gerichtsrecht aber notwendigerweise nach den Bedürfnissen der Völker und der Länder wechselt: deshalb hat er gestattet, daß die Weisen auf Grund der Erprobung je für den Einzelfall das Gerichtsrecht schaffen.

Sechstens: Weil in ein Gerichtsrecht notwendigerweise der Eid Eingang findet, unser Herr aber den Eid prohibiert hat, da er wollte, daß wir wahrhaftige Gläubige seien, deren Rede sein soll: „Ja, ja! Nein nein!“ (Matth. 5, 37).⁴⁵⁾

⁴⁵⁾ Die Gründe, warum Christus kein für die Gerichtspraxis bestimmtes Schriftgesetz gegeben, resümieren sich demnach folgendermaßen:

1. a) weil in die Natur des Menschen die Unterscheidungsfähigkeit von Recht und Unrecht gelegt ist; das durch die menschliche Vernunft erkennbare Naturrecht wird durch mosaisches Gesetz und Evangelium grundsätzlich nicht aufgehoben; b) weil es der menschlichen Selbstbestimmung anheimgestellt ist, auf dem Wege der mündlichen Tradition das Naturrecht zu wahren und fortzupflanzen.
2. Die christliche Vervollkommnungsidee, wonach in Abweichung von der bisherigen Praxis das gerichtliche Verfahren möglichst vermieden und durch göttliche Beilegung der Streitsachen ersetzt werden soll.
3. Weil Christus das Recht nicht zwangsweise sondern als Tugend geübt wissen wollte.

Dat. Intr. Kap. II.

Warum wir uns nun entschlossen haben eine Gerichtssatzung zu schreiben, oder aus welchem Grunde wir uns dazu bewogen fühlten.

Wiewohl wir nun gesagt haben, daß kein Bedürfnis vorlag für eine uns von unserem Herrn zu verleihende schriftliche Gerichtsgesetzgebung, so haben wir uns dennoch nunmehr zu solchem Unternehmen entschlossen, weil oftmals wir vernahmen mußten die diesbezüglichen abfälligen Aeüßerungen seitens der Ungläubigen und der Christen, es gebe im Gesetze Christi schlechthin kein Gerichtsrecht, Aeüßerungen solcher, die die Absicht der Heiligen Schrift nicht verstehen; aus derartiger bösen Verdächtigung aber entspringen zwei Schäden: entweder die Meinung, der Gesetzgeber wäre unwissend gewesen, oder aber, er habe nicht gewollt, daß die Menschen nach gleichmäßiger Richtschnur ihren Wandel führten. Dieses ist ein erster Grund.

Ein zweiter ist dieser: weil die Wissenschaft, die wir von Natur aus (bezw. vom Naturrecht) hatten, durch das Böse erloschen ist, und die vollendete Schöpfung durch die Sünde zu einer unvollendeten umgeschaffen ward, und die Liebe und das Mitleid vom Hasse verdrängt worden sind.

Der dritte: Weil gegenwärtig aus Erschlaffung sie nicht mehr wandeln nach Gesetz und Propheten und Evange-

-
4. Weil Gesetz, Propheten und Evangelium schon das Wesentliche eines Gesetzeskodex enthalten.
 5. Weil die in den genannten heiligen Büchern gegebene Rechtmaterie fest und unwandelbar bleibt, ein Gesetz aber notwendigerweise nach örtlichen und zeitlichen Verhältnissen wechseln muß: darum mußte vom Stifter des Christentums die Aufstellung besonderer Gerichtscodices den einzelnen Landesgesetzgebungen vorbehalten und anheimgegeben werden.
 6. Das christliche Verbot des Eides, der in eine gerichtliche Gesetzgebung notwendigerweise hätte Eingang finden müssen.

lium, so daß sie aus deren Kraft zu entscheiden vermöchten das rechte Gericht; deshalb wollten wir sie durch dieses Buch des Gerichts gleichsam aus dem Schlafe erwecken.

Der vierte: Weil gegenwärtig aus unserer Mitte geschwunden ist das Wissen, durch welches wir vermochten zu prüfen und zu entscheiden das Gerichtsrecht je nach Zeiten und Völkern und Ländern: so beschlossen wir aus schriftlichen Quellen sammelnd und kompilierend das Gerichtsrecht nieder zu schreiben, auf daß es bleibe unverbrüchlich nach Art und Weise von Gesetz und Propheten und Evangelium.

Der fünfte: Weil jetzt nicht mehr wirkt der Heilige Geist, wie ehemals in Salomon oder in Daniel oder in den Korinthern u. a., zur Schöpfung des wahrhaften Gerichts, da der Geist das in ihren Herzen geschriebene Gesetz war und sie eines schriftlichen Gerichtsgesetzes nicht bedurften, demgemäß auch die Apostel zunächst nicht durch die Schrift sondern durch das Wort das Evangelium überliefern wollten, bis sie sich dazu benötigt fühlten; wie sie denn auch kein Schriftgesetz überlieferten, indem ihre Fürsorge anderen, höheren Zielen galt, gleichwohl aber gestatteten, in der Gerichtspraxis nach dem natürlichen Gesetze oder der bürgerlichen Uebung und der Rechtskraft der Schriften zu verfahren: jetzt aber sind wir von all diesem abgekommen, und aus diesem Grunde wurden wir genötigt zur schriftlichen Abfassung.

Der sechste: Weil zwar das Gerichtsverfahren auf den Eid hinausläuft, der vom Herrn verboten worden (Matth. 5, 34), nun aber infolge Ueberwucherns der Schlechtigkeit die Gläubigen nicht bloß vor Gericht schwören, sondern leichtfertig, häufig und bei jeglichem Anlaß, womit jenes Gebot des Herrn außer Kraft gesetzt wird, so haben denn auch wir uns hiermit bewogen gefühlt, zur Steuer der Verletzung dieses Gesetzesgebotes Gesetz und Kanon vorzuschreiben zu gerichtlicher Satzung⁴⁶⁾.

⁴⁶⁾ Derselbe Gedanke ist wiederholt in der Lehre vom Eide, Dat. Intr. c. VIII: „Ueber die Eide und wie man schwören soll; worüber wir

Der siebente: Damit nicht in Ermangelung eines Gerichts sie zu den Ungläubigen vor Gericht gehen, gemäß dem vom Propheten erhobenen Vorwurfe: „In Ermangelung eines Gottes inmitten Israels begebet ihr euch hin zum Befragen zum Fliegengotte von Akkaron“ (4 Kön. 1, 3); was auch der Apostel tadelnd vorhält da er sagt: „Bruder gegen Bruder rechtet ihr, und dazu vor Ungläubigen“ (1 Kor. 6, 6).

Der achte: Wir sehen, daß jetzt etliche von den Bischöfen, den Vardapets und den Priestern, sowie von den Laienoberen und den Fürsten durch Parteigunst und Bestechung und Unwissenheit das gerade Recht beugen. Deshalb wollten wir beschränktermaßen dieses Gerichtsbuch besiegeln, damit es solchen zur Mahnung sei und zur Richtschnur.

Der neunte: Weil unsere erschaffene Natur stets vergeßlich ist für das Gute wegen der zahlreichen Gebrechen der Seele und des Leibes; so zwar, daß, wenngleich wir gerades Recht zu schöpfen beabsichtigen, wir zur Stunde des Gerichts aus Vergeßlichkeit fehlgehen, worauf hinterher nach eingetretener reuigen Sinnesänderung wir ängstlich hin und her schwanken, gefoltert durch den Zweifel über Sein oder Nichtsein. Diesem nun vorzubeugen, haben wir dieses Gerichtsbuch angelegt, zum Zwecke eines Denkmals, das wir zu jeglicher Stunde zu Händen nehmen mögen zur Förderung von Gedächtnis und Erinnerung, und womit wir zugleich den fremden Völkern erweisen werden, daß wir nach Schriftrecht verfahren, wodurch sie verstummen und nicht mehr uns werden schmähen können.

Der zehnte: Weil bei Erschaffung des Menschen Gott

hiermit nicht im Sinne einer positiven Vorschrift bestimmen, sondern lediglich die nun einmal bestehenden verwerflichen Gewohnheiten der Regel und dem Kanon unterstellt haben.“ Ibid.: „Deshalb haben wir eingangs gesagt, unsere Satzung gestatte nicht das Schwören, da auch von dem Herrn es uns nicht gestattet worden ist; sondern wir stellen Regeln und Canones auf, um zu steuern solchen verwerflichen Gewohnheiten und dem grundlosen Eidschwören.“

ihm des Geistes Gnade einhauchte, welche Gnade fortgedieh, als sich jedoch die Menschen zur Sünde abwandten, alsdann Gott sprach: „Nicht soll bleiben mein Geist in den Menschen, wegen ihrer fleischlichen Gesinnung (Genes. 2, 7 und 6, 3); weshalb auch Christus bei seiner Ankunft denselben Geist den Menschen verlieh und mit ihm zugleich des Geistes Gericht (bezw. Gerichtsrecht, Gesetz), das ist das Evangelium und die Canones, da er wußte, daß die Fleischlichen notwendigerweise nach fleischlichem Gerichte zu richten seien; da wir jedoch abermals zum Fleische zurückgekehrt sind, sind wir nunmehr gezwungen auf dem Wege der Schrift die Gerichtssatzungen aufzunehmen mittels Auswahl aus den Schriftquellen.

Der elfte: Damit die Richter es verstünden, an der Hand der Schriftsatzung gerades Recht zu schöpfen, im Bewußtsein, daß auch sie dereinst zu erscheinen haben zu Gerichte, vor dem himmlischen Richter.

Der zwölfte: Damit auch diejenigen, die das Gericht um Recht angehen, von Scheu und Furcht erfüllt würden: denn, wenn sie vor den Menschen nicht vermögen aus Unrecht Recht zu machen, trotz ihrer Bemühung durch allerlei Reden die Richter zu täuschen, was werden sie vollends vor dem himmlischen Richter tun, der das Verborgene sieht, vor dem keiner durch Täuschung sich rechtfertigen kann, sondern wahrheitsmäßig untersucht wird?

In diesen zwölf Hauptpunkten ist enthalten die Begründung des Gerichtsbuchs nach dem Typ der heiligen Apostel, die vom Herrn zu Richtern über die Welt gesetzt wurden, und ihrerseits im Geiste erzeugten die Patriarchen und Vapets als Richter der Kirche; auch ist die zwölf als vollendete Zahl bevorzugt worden von den Profanen (d. i. heidnischen Autoren), denn sie entsteht aus zweimal sechs, welche Sechs die Zahl der Schöpfungstage ist, und das Maß der Körperbewegung und die Zahl der Körperenergie, wie sie denn noch sonst manche Vorzugstellung einnimmt in

der arithmetischen Kunst; auch ist sie ein Typ der zwölf Stammhäupter der Söhne Israels, welchen das Biblische Gesetz verliehen ward durch Moses. Deshalb bestimmte sich nach diesen zwölf Gründen die Ausführung dieses Gerichtsbuchs“

Als Beweggrund und äußere Veranlassung zur Uebernahme der Arbeit wird in einem Memoriale zu Dat. aus dem alten, oben erwähnten Venetianischen Kodex angeführt das an Mechithar wiederholt ergangene dringende Ersuchen des armenischen Fürsten Wachtang, der über mehrere Kantone des nordöstlichen Grenzlandes herrschte, um Abfassung eines für die Gerichtspraxis geeigneten Rechtsbuchs. Als eigentlich entscheidender und bestimmender Faktor für den Mechitharschen Entschluß zur Inangriffnahme des Werkes erscheint indes vielmehr in letztem Grunde der diesbezügliche Auftrag, der ihm vom Katholikos von Albanien erteilt ward ⁴⁷⁾. Hierüber berichtet uns in anschaulicher Weise der letzte Abschnitt des II. Einleitungskapitels zu Dat., den wir hier folgen lassen.

Dat. Intr. c. II Forts.

„. . . . Welches aber war der Beweggrund für uns zum Schreiben?

„Seit langer Zeit befand ich mich im Zweifel hin und her schwankend betreffs dieser Sache, angesichts der diesbezüglichen von unseren Landsleuten sowohl als von Fremden gegen uns geschleuderten Vorwürfe. Sodann nötigte uns überdies auch hierzu unser geliebter Schüler der Heiligen Schrift, Paulus, durch zwingende Beweggründe, da ich es doch nicht auf mich zu nehmen vermochte, da ich zur Entschuldigung hatte meine Unwissenheit und meine körperliche Schwäche. Deshalb be-

⁴⁷⁾ Zu bemerken ist, daß Albanien nicht nur kirchlich von Armenien abhängig war und eine gewisse Oberhoheit des armenischen Katholikos anerkannte, sondern auch ethnologisch einige armenische Grenzdistrikte umfaßte.

schloß ich andere, rüstigere von den heiligen Vardapets um Uebernahme der Arbeit zu bitten, denn zahlreiche berühmte Kenner der Heiligen Schriften waren ihrer; und dennoch, in Erwägung der Unempfänglichkeit dieses unseres Volkes, wollte ich keinen dazu nötigen. Es wunderte mich aber, wie von den Aposteln und berühmten Heiligen außer Acht gelassen worden sei ein solch wichtiges Werk; indessen erklärte ich es mir derart, daß dies seinen Grund hatte in dem Mangel an freiverfügbarer Zeit, oder auch in den Verfolgungen, oder auch darin, daß es an einem Antragsteller fehlte und jene aus sich heraus das Werk nicht vollführen wollten, da ihnen vor den Kritiken bangte, oder auch darin, daß sie unter der Knechtschaft anderer Völker standen und sich mit dem Rechte derselben begnügten; sind doch alle diese Gründe ebendieselben die noch für unsere Zeit galten.

Die eigentliche Veranlassung aber zur Verfassung dieses wurde die diesbezügliche Nötigung, die uns von Herrn Stephanos, dem Katholikos von Albanien, zu wiederholten Malen auferlegt wurde. Zwar schützte ich dagegen vor meine persönliche Schwäche und Unwissenheit; als derselbe jedoch heftiger drängte, nahm ich es auf mich, ohne weiter meiner Ohnmacht zu gedenken, in dem Bewußtsein, daß geistlichem Befehle man sich fügen müsse. Wenn nämlich dieser Beschluß von Gott komme und verwirklicht werde durch dessen Weisheit, alsdann gut! wenn aber nicht, so würde dies die Veranlassung sein, daß Vollkommenere sich zu derselben Aufgabe bewegen ließen, um dieselbe zur Ausführung und zu vollendetem Abschlusse zu bringen; denn von Anbeginn an geschah es so, daß jegliche Künste und Werke nicht etwa von Einem begonnen und von demselben auch zur Vollendung geführt wurden, sondern von Mehreren, indem die teilweise gemachten Erfindungen durch ihre Vereinigung zu einem Ganzen die Kunst schufen. Ferner führte ich mir zu Gemüte, daß ich in das unbestechliche und unwiderrufliche Gericht Christi künftig werde eingehen, und soll nun schreiben mit meiner Hand des künftigen Gerichtes Weise.

Daher also möge keiner abfällig kritisieren unsere Darstellung; falls einer nämlich ein Unkundiger ist, so soll er daraus lernen, und falls ein vollendeter Fachgelehrter, so soll er das Mangelhafte an derselben seinerseits ergänzen; von beiden sind wir bereit, gütlich die Willensäußerungen anzunehmen.“

An denselben Katholikos Stephanos, den Anreger und Auftraggeber des Werkes, richtet sich dessen Widmung im folgenden Kapitel III, worin wir auch Näheres über Anlage, Plan und Bestimmung desselben erfahren. Es lautet:

Dat. Intr. Cap. III.

„Kurze Anweisung über die Bedeutung des Kodex, nebst Bittgesuch an Herrn Stephanos, Katholikos von Albanien.

„Ich bitte dich, erlauchtes Haupt der Kirchen dieses Landes Albanien, halte nicht für ein müßiges und leichtes Werk die geistliche Aufgabe, die du uns auferlegt hast. Denn wir müssen dir in wenigen Worten dartun, welches die Bedeutung dieses Buchs ist, das wir in Angriff nehmen. Es hat nämlich dies Gerichtsbuch Analogie mit dem Kanon, in welcher Beziehung einen Vergleich zwischen ihm und dem Kanon anzustellen geboten ist, damit sich die Aehnlichkeit erweise. Die beiden haben nun folgenderweise Aehnlichkeit miteinander: Der Kanon ist die Richtschnur der Seele und das Gesetz diejenige des Leibes; und wiewohl sie voneinander getrennt sind, so vereinigen sie sich doch in vielen Punkten, gleichwie Seele und Leib, die, obgleich sie ihrer Natur nach zweie sind und unvermischbar, dennoch sich miteinander zu einer Einheit verbinden und in vielen Stücken nach einem Willen handelnd tätig sind: ebenso auch der Kanon und das Gesetz; daher denn auch, obschon beide gegebenenfalls miteinander einheitlich zusammengemengt werden, sie sich doch einander nicht aufheben. Gleichwie ferner am Kanon sich die Regulierung ⁴⁸⁾

⁴⁸⁾ = Berichtigung und Anpassung, bezw. Modifizierung des gesetzten Rechtes nach den Erfordernissen des Einzelfalles.

der Rechtskundigen betätigt, ebenso auch am Gesetze. Und wie dort Strafe und Züchtigung stattfindet für die Uebertreter, ebenso auch hier. Und wie im Gesetze es Haft und Bann gibt für die Rechtsverletzer, ebenso gibt es auch im Kanon Haft und Bann, nämlich die Bannung. Und wie auf gerechte Menschen keinerlei Zwang ausübt der Kanon, ebenso auch nicht das Gesetz auf solche die sich rechtlich verhalten im bürgerlichen Leben. Und gleichwie der gerechte Mann keine Furcht vor dem irdischen Richter kennt, ebenso auch der Sündenlose keine vor dem himmlischen.

Fürder bringt uns dieser Kodex noch einen weiteren Vorteil. Wie nämlich sämtliche [kanonische] Schriften zu dem Zwecke veranstaltet wurden, die Menschheit von der Sünde abzubringen, so auch verfolgt dieses Gerichtsbuch den Zweck, das Böse und das Unrecht abzuschneiden, auf daß wir verträglich und einträchtig miteinander leben. Ist doch die vierte Tugend die Gerechtigkeit, diese aber wird durch das Gericht. Ein Abbild ist selbiges auch von der Goldscheidekunst: denn das Gold liegt zuvor in der Erde und im Felsen verborgen und wird mühsam zu Tage gefördert und wird durch die Bearbeitung zum Edelmetalle. Ein Abbild ist selbiges auch von der grammatischen Kunst, welche das Ueberflüssige und Zwecklose an Worten und Buchstaben ausscheidet und durch Reinigung und Läuterung dem Ausdrucke Glanz verleiht.

Diese Gründe haben wir für die Rechtsverständigen aufgeführt, auf daß sie erkennen, ein welch unermesslicher Nutzen in ihm liegt für das allgemeine Wohl der Menschheit, insofern es Streit und Verwirrung beseitigt und Frieden stiftet für jedermann; denn wo es an einem Gesetze fehlt, da herrscht Tumult allenthalben, und wo Gesetz und Recht bestehen, dort ist Friede allenthalben, in Welt und Kirche, weil eben dasselbe als ein Teil der göttlichen Gnaden der Kirche verliehen ist.“

Die vorstehend gegebene Skizzierung über Plan, Anlage und Bestimmung des Dat. wird weiter aufgenommen und

ausgeführt im 10. Kapitel der Einleitung. In demselben fährt der Verfasser, unter Anknüpfung an die eingangs des Kapitels gegebene Aufzählung der im Dat. verarbeiteten Rechtsquellen (im Texte mitgeteilt oben S. 333—335), also fort:

Dat. Intr. Kap. X. Forts.

„... Es ist aber zu wissen, daß nicht dieses allein das Gerichtsbuch ausmacht, was wir jetzt schreiben, und daß es nicht von uns allein die Vollendung zu erhalten braucht; da dasselbe Aehnlichkeit mit dem Kanon hat. Denn gleichwie mit dem Kanon, der weder auf einmal angeordnet, noch an einem Orte, noch von einem allein, sondern allmählich und in vielen Zeitabschnitten und von vielen angeordnet worden ist und angeordnet werden wird bis auf ewige Zeiten, gemäß Beschluß desselben Kanons; zuerst nämlich wurde er angeordnet von den Aposteln, darauf in Nicäa, welchem noch andere voraufgingen, sodann je in den verschiedenen Zeiten von den Synoden und den Vätern der Folgezeit: ebenso hat es sich, wie füglich behauptet werden darf, auch zu verhalten mit dem Gerichtsbuche. Von uns nämlich ist jetzt der Anfangsgrund zu demselben gelegt, und es soll gebührendermaßen dasselbe nach und nach durch Zuwächse vermehrt werden, je nach den wechselnden Zeitläufen, indem nach Maßgabe des Rechtsbefundes und der Rechtschöpfung, wie sie jeweilig unter der Hand weiser Männer vor sich geht, das betreffende [neue Rechtsgut] je nach seiner Reihenfolge dem Werke anzugliedern ist, so daß dieses solcherweise allmählich seinen Ausbau und seine Vollendung erreiche. Es ist nämlich Kanonstatut, daß alljährlich zweimal die Synode zusammenetrete, zum Zwecke der Untersuchung, ob im Lande etwaige Neuerungen zum Vorschein kommen, für welche alsdann die entsprechenden Kanonbestimmungen zu treffen, beziehungsweise zu berichtigen (= reformieren) sind: ebenso soll es auch für das Gerichtswesen stattfinden, so zwar, daß in demselben Maße

als neue Sachen vorkommen und darüber von den Weisen Untersuchung angestellt und Rechtsentscheid getroffen wird, dasselbe Recht in vorliegendes Buch niederschreiben sei. Auch wird man, bei aufmerksamer Betrachtung, finden, daß alle Heiligen Bücher dieserweise allmählich zur Vollendung gelangt sind, sei es durch Einen einzigen oder durch Mehrere: so z. B. ist das Buch der Schöpfung von Moses nicht in einem Male geschrieben worden, ebenso wie auch die zwölf Propheten; so ist auch das hlg. Evangelium nicht von Einem geschrieben, noch in einer Zeit, sondern in verschiedenen Zeiten und von Verschiedenen; ebenso die Briefe des Paulus, wie noch viele andere Bücher der heiligen Väter. Nach derselben Weise auch dieses Buch, das von uns im Grundrisse begonnen ward, sei es, insofern als es von uns allmählich geschrieben worden ist, sei es insofern als es von Vielen und zu verschiedenen Zeiten noch [ergänzungsweise] zu schreiben sein wird, falls sich Mängel an ihm herausstellen; indessen ist's Gebühr, daß man nur auf Grund richtigen Befindens und beifälliger Rechtsentscheidung die Ergänzung des Mangelhaften vornehme.

Freilich wäre es geziemend gewesen, wenn die Verfassung desselben durch eine Ratsversammlung oder auf Grund einer mit Vielen vorzunehmenden Untersuchung erfolgt wäre; was übrigens auch ich sehnlichst verlangt hatte, jedoch nicht zu erreichen vermochte aus mancherlei Gründen. Denn wenn wir für die Richter (Dat. Intr. c. V u. VI; cf. Comm. 359) die Vereinigung Zweier und Dreier zur Rechtsprechung als rechtliches Erfordernis erachtet haben, um wie viel mehr war es alsdann hier geboten, daß sich eine Mehrzahl vereinigte zum Behufe vorläufiger Untersuchung des Stoffes, um ihn darauf durch die Schrift zu besiegeln! Da nun aber dieses nicht stattgefunden hat, deshalb wollen wir diesen Mangel durch Schriftengewähr ersetzen: ihre Autorität und ihr Machtwort führen wir auf zum Zeugnisse, indem wir uns namentlich berufen auf die bei denselben vorkommenden Gerichtsentscheide,

und auf das auf dem Wege des Sehens oder Hörens in Erfahrung gebrachte echte Recht jeglicher Völker. Indem wir aus solchen Quellen unsere Rechtssammlung schöpfen, aus den erwähnten Schriften und Völkern, werden wir sie besiegeln und untadelig sein.“

Hieran reiht sich zur Vervollständigung der vom Autor gelieferten Notizen über Entstehung und Charakter des Rechtsbuchs als Schlußstein des Einleitungstraktates das Kap. XI, welches, ebenso wie die vorhergehenden, die Idee von der Unvollkommenheit und Unfertigkeit des Werkes widerspiegelt und außerdem die hauptsächlichlichen auf die Genesis des Kodex bezüglichen historischen Daten liefert.

Dat. Intr. Kap. XI.

„Gedenkschrift über Weniges.

„Wiewohl es nun zwar in der Natur eines jeden liegt, nach Vollkommenheit zu streben und nach Fehlerlosigkeit in allen Dingen, so ist dies doch nicht erreichbar für Wesen, deren Natur dem Gesetze des Werdens und der Verwesung unterworfen ist, selbst nicht einmal für gewaltige Geisteshelden; um wieviel weniger könnte es der Fall sein für Uns, denen jegliche Arbeit zu einer fehlerhaften ausgeartet ist, gewissermaßen schon in ihrem Ursprunge! Darum richte ich an euch alle, die ihr da nach uns kommen werdet, Väter sowohl als Brüder im Laufe der verschiedenen Jahrhunderte, die flehentliche Bitte, die häufigen und nicht geringen Fehler zu berichtigen, die ihr beim Lesen dieser zwei Bücher treffen werdet, und die Lücken im Rechte auszufüllen, gemäß der im vorigen angezeigten Weise. Denn allgemeine und noch weitere als allgemeine Ursachen sind es, die ich für diese Fehlerhaftigkeit anzuführen habe: erstens meine sittlichen Mängel, wodurch die Energie des Geistes gelähmt wird, sodann die körperlichen Leiden, insofern nämlich in diesen Stücken der

Mangel ⁴⁹⁾ allzumal ein allgemeiner und ein besonderer ist; ferner die Geschäftsüberbürdung, da ich an krankhafter Brust die Säuglinge des Wortes zu halten hatte; weiter das Pilgerleben und die Unstetigkeit, die Unerfahrenheit im Bücherschreiben, das Widerstreben der inneren und die Schwäche der äußeren Sinne, die Anfechtungen der Dämonen, die Mangelhaftigkeit der Schriftwerkzeuge, die Dürftigkeit an Büchern, woraus die Stoffe der Abhandlungen füglich zu schöpfen waren. Wenn ihr dagegen, nach der Gepflogenheit unserer Landsleute, Tadelern anstatt Verbesserer an den Fehlern werdet, ihr, die ihr doch das vorliegende als ein national-armenisches Werk anerkennen solltet und zugleich auch das beschränkte Maß menschlichen Könnens, so bleiben wir dessen an euch unschuldig. Wenn ihr aber mit Wohlwollen gegen unsere Darstellung euch verhaltet und mit fürsorglicher Bereitwilligkeit das Mangelhafte ergänzt, so werdet ihr vom Herrn die Vergeltung empfangen für die Wohltat, und werdet durch diese eure Arbeiten geistige Schätze in der Kirche aufspeichern, euch zu dauerndem Angedenken daran.

Die Inangriffnahme dieses Werkes durch uns geschah im Jahre 633 unserer armenischen Zeitrechnung, dem 101^{ten} im Verlaufe der sog. kleinen Aera ⁵⁰⁾, dem 405^{ten} der römischen Aera, in den Jahren der längst untergegangenen Herrschaft unseres Königtums, zu einer Zeit, da nur noch etliche Fürsten sich behaupteten in den Gebieten von Chaçén, in den Tagen Hassans mit Beinamen *Kronavoretzeal* und seines Sohnes Wachtang auf Burg Haitherkh, des Hauptes der übrigen Fürsten, während andererseits über die Gegenden Ciliciens Rupén als Großfürst herrschte, in dem Todesjahre des siegreichen Königs

⁴⁹⁾ Für das überlieferte *anvaržuthiun* bzw. *varžuthiun* (Ms. 490) ist zu lesen *pakasuthiun*.

⁵⁰⁾ Die armenische Zeitrechnung, Große Armenische Aera, auch „Chosrowsche“ oder „Parthische Aera“ genannt, beginnt mit dem Jahre 552 n. Chr. Die um 1116 von Johannes Sarkavag eingeführte Kleine Aera beginnt mit dem Jahre 1084 n. Chr.

Georgi von Iberien, unter dem Patriarchat des Herrn Grigor über Großarmenien und dem Hohepriestertum des Herrn Stephanos über dieses Volksgebiet von Albanien, im Lande Aran, im Gaue der nach seiner Mutterstadt Gandzak benannt ist, in dieser Einsiedelei und Bruderschaft, Daßen mit Namen, einer Gründung des Bergklosters, welches Horomaßen geheißen, in dem Schatten der Heiligenkirchen von erwähnten Klöstern, unter Beihilfe von Vater Joseph und mit Bruder Paulus' Aufmunterung zu dem Unternehmen.

Die Aufzeichnung dieser Gedenkschrift aber hat stattgefunden an dieser Stelle der Einleitung des Gerichtsbuchs aus dem Grunde, weil eine Vollendung des Werkes als eines ein für allemal abgeschlossenen unter unserer Hand nicht vollzogen worden ist, gemäß der im vorigen angegebenen Begründung. So wollen wir denn nun also, innerhalb der Grenzen des Möglichen, das Werk in Angriff nehmen, um im folgenden das Gefüge der Sachen des Gerichts aufzuführen. In dieser Beziehung haben wir noch diese Bitte auszusprechen: wenn der Fall sich ereignet, daß es welchen angebracht erscheint, in diesem vorliegenden Kodex die Rechtssatzungen abzuändern, so nehmet zugleich auch die entsprechenden Abänderungen an dieser unserer Gedenkschrift vor derart, daß darin unser gedacht werde, womit zugleich auch euer Andenken gewahrt bleibe in Christus Jesus unserem Herrn, welchem Ruhm sei in Ewigkeit, Amen.“

Aus vorstehend mitgeteilten Texten sind folgende Punkte hervorzuheben:

1. Der Compiler will keineswegs ein ein für allemal abgeschlossenes Gerichtsbuch schaffen, bezeichnet vielmehr sein Werk als einen ersten Entwurf oder Grundriß, an dessen Ausarbeitung und Ergänzung die Nachwelt sich weiter betätigen möge. Dem entspricht vollkommen die rudimentäre Art, in welcher uns das Werk in seiner ältesten Fassung erscheint. Mit Recht bemerkt Bastam. (Dat. Proleg.), Dat.

machte den Eindruck eines nichtvollendeten Werkes, das vielleicht durch den Tod des Autors unterbrochen wurde⁵¹⁾.

2. Das Werk wird nach Charakter und Anlage in Zusammenhang und Vergleich mit dem Kanonbuch gebracht. In der Tat knüpft die Kodifikation des armenischen Rechts deutlich an die so reichhaltigen und umfangreichen Kanonsammlungen der armenischen Kirche an: das erste, umfangreichere Buch des Datastanagirkh ist ausschließlich dem geistlich-kanonischen Rechte gewidmet. Ueberhaupt zeigt die Mechitharsche Rechtssammlung als Ganzes eine ausgesprochene innere Verwandtschaft und Annäherung an das kanonrechtliche System, derart, daß manche Partien vom Dat. unwillkürlich an die Nomocanones der orientalischen Kirchen erinnern. In ihrer ersten und ursprünglichen Bestimmung mochte die weltliche Rechtsliteratur als Anhängsel und Erweiterung der kirchlichen gefaßt sein. Der allgemeine Grundgedanke, aus dem das Mechitharsche Werk hervorgegangen, ist die Schaffung eines christlich-armenischen Gemeinrechts auf Basis des mosaisch-kanonischen Rechts, das mit dem bislang herrschenden, durch byzantinisch-römisches und griechisches Rezeptionsrecht vielfach alterierten und provinziell gespaltenen Gewohnheitsrecht möglichst in Einklang gebracht werden soll. Von diesem Standpunkte aus wird uns die Art der Komposition des Dat., die Methode und die Anlage des Mechitharschen Rechtssystems verständlich: Im allgemeinen herrscht in Dat. zwar das Bestreben, auch die gewohnheitsrechtliche Satzung zur Geltung zu bringen; in zahlreichen Fällen werden Bestimmungen des ungeschriebenen Rechtes als Normen in erster Linie vorangestellt. Der Jurist spricht sich mehrfach ausdrücklich für die Geltendmachung der volksrechtlichen Normen aus, die

⁵¹⁾ Daher, weil der Abschluß des Werkes noch nicht vorliegt, setzt Mechithar das Memoriale nicht dem gemeinen Brauche gemäß an das Ende des Buches, sondern an den Anfang, nach der Einleitung, als deren Schlußkapitel, um sich so die Freiheit zu reservieren, am Schlusse noch neue Partien beizufügen.

er gegen das Schriftrecht bevorzugt wissen möchte und als „seine“ d. h. Mechitharsche Rechtsentscheide bezeichnet. Es geschieht dies jedoch in schüchterner, nicht peremptorischer Weise. Denn in der Regel werden solchen mehr volkstümlichen, auf dem lebenden Rechtsbrauche beruhenden Satzungen entsprechende Korrektivbestimmungen aus dem Kanonrechte beziehungsweise dem von kanonischen Elementen durchsetzten Schriftrechte beigegeben, und was das Entscheidende, ist, daß die Kanonsatzung, das Schriftrecht, in letztem Grunde stets als primäres Element zur Geltung kommt, während dem gewohnheitsrechtlichen Rechtsbrauch lediglich ein subsidiärer Charakter, als einem Aushilfsrechte zuerkannt wird. Aus den vielen Fällen dieser Art sei nur auf das folgende Beispiel hingewiesen: Für das Recht der Scheidung der Ehegatten aus dem Grunde gegenseitigen Hasses stellt der Jurist zunächst die Satzungen Dat. I 8 und I 12 auf, die wesentlich sich als gewohnheitsrechtliche darstellen, beziehungsweise aus dem lebendigen Rechtsbrauche mit teilweisen Modifikationen geschöpft sind. Hierzu wird nachträglich die Korrektivbestimmung des Kap. 57 gestellt, bestehend in einer Kanonsatzung (Can. 12 Neo-caes.) „In Betreff der Entlassung der Gattin wegen Hasses“, zu deren Anwendung Mechithar folgendes vorschreibt: „Auch dieses Rechtsthema haben wir hier in wiederholter Behandlung vorgeführt, nachdem es bereits in einer unserer früheren Gerichtssatzungen dargestellt worden ist (d. h. Dat. I 8) Da nun jene von uns aus mündlicher Rechtsüberlieferung geschöpfte Satzung (Dat. I 8) nicht für kanonmäßig gehalten werden dürfte, so nehme man statt derselben das vorliegende kanonische Wort, um so eine unzweifelhafte Richtschnur für die Rechtsprechung zu haben.“ Wenn auch zweifellos im Grunde genommen im Sinne des Juristen in der Regel ein Ausgleich der widerstrebenden Satzungen des Schriftrechts und der Usance bezweckt und angestrebt wird⁵²⁾, so bleibt doch

⁵²⁾ Vgl. die Anwendungsbestimmung zu Dat. I 94 betr. Eheschei-

nichtsdestoweniger, zumal bei der wenig nachdrücklichen Art, mit der die Mechitharschen gewohnheitsrechtlichen Theorien angebracht werden, ein starkes Vorwiegen des kanonischen Elementes bestehen, das dem Gesamtwerke, namentlich in seiner ältesten, direkt auf Mechithar zurückgehenden Fassung ein geistlich-kanonisches Gepräge aufdrückt.

Dieser Charakter tritt am deutlichsten hervor in der Betrachtung der Quellen des Rechtsbuchs, unter denen, neben den mosaïschen, die rein-kanonischen eine Haupt- und dominierende Stellung einnehmen.

Die Quellen des Mechitharschen Rechtsbuchs.

Nach der oben unter I. Abschnitt mitgeteilten Quellenaußzählung aus Dat. Intr. c. X sind zum Dat. folgende Quellen benützt:

1. Das Naturgesetz.
2. Die Gesetze oder besser die Rechtsgewohnheiten und Rechtstraditionen der christlichen Völker.
3. Das moslemische Recht.
4. Das mosaïsche Gesetz.
5. Das kanonische Recht der Armenischen Kirche bezw. auch das griechisch-kanonische von der Armenischen Kirche rezipierte Recht.

Daß jedoch unter all diesen Rechtsquellen, wenigstens äußerlich und formal, den weitaus breitesten Raum die beiden letzten unter 4 und 5, also solche von kanonrechtlichem Charakter einnehmen, und als Quellensubstrat vorzugsweise diese

dung: „So weit möglich und zweckmäßig haben auch wir unsererseits für diesen Rechtsfall den Entscheid weiter oben aufgestellt (nämlich Dat. I 10, worin die entsprechende gewohnheitsrechtliche Anschauung, welcher der Jurist den Vorzug gibt, enthalten ist): nichtsdestoweniger haben wir überdies auch das in dem Kanon Enthaltene hiermit gebilligt und angenommen, damit auf Grund der sämtlichen Rechtsmaterie die Findung des billigen Urteils nach gerechter Norm den Richtern erleichtert werde.“ Vgl. analog die Anwendungsbestimmung zu Dat. I 96 u. a. m.

herangezogen sind, ergibt sich aus einer vergleichenden tabellarischen Zusammenstellung der einzelnen Artikel (Kapitel) von Dat. mit ihren entsprechenden Quellenstoffen ^{52a)}:

Datastanagirkh I.

Kap. I handelt über die Geistlichen in ihrer Eigenschaft als Richter und über die ihnen gebührenden Gefälle.

Sodann folgen in je einem Kapitel die einzelnen Verfassungsstatute der 3 geistlichen Stände:

- a) Mönchkonstitution (Kap. 2).
- b) Vardapetkonstitution (Kap. 3).
- c) Pfarrpriesterkonstitution (Kap. 4).

Als Quelle dieser 4 ersten Kapitel sind offenbar die in der armenischen Kirche üblichen entsprechenden Regeln verwertet.

Sodann folgt:

Kap. 5 bis Kap. 21 inklusive die Darstellung des Eherechts (mit teilweiser Einflechtung des ehelichen Güterrechts). Hier liegt als Quelle irgend ein armenisch-kanonischer, von der einheimischen Gewohnheit und Rechtssitte stark influenzierter Traktat über Eherecht zu Grunde.

Der ganze folgende Teil des I. Buches bis zu Kap. 108 ist verfaßt auf Grund von Kanonkonstitutionen, die je als Quellensubstrat den einzelnen Artikeln zu Grunde gelegt sind — nur Kap. 35—43 wird aus mosaischer Quelle hergeleitet — in folgender Weise:

Dat. I:	Quelle:
Kap. 22	Apost. Kan. 24.
„ 23	Apost. Kan. 38.
„ 24	Apost. Kan. 39.
„ 25	Apost. Kan. 54.

^{52a)} In der Tabelle sind diejenigen Kapitel, für welche eine entsprechende Schriftquelle nicht bestimmt erkennbar oder zweifelhaft ist, durch punktierte Linien gekennzeichnet.

Dat. I:	Quelle:
Kap. 26	Apost. Kan. 61.
, 27	Apost. Kan. 63.
, 28	Apost. Kan. 67.
, 29	Apost. Kan. 68.
, 30	Apost. Kan. 69.
, 31	Apost. Kan. 70.
, 32	Apost. Kan. 75.
, 33	Jüng. Vät. Kan. 1.
, 34	, Kan. 15.
, 35	Exod. 22 ₁₋₄ .
, 36	Exod. 22 _{16, 17} .
, 37	Levit. 22 ₁₄₋₁₆ .
, 38	Levit. 24 ₁₀₋₁₆ u. 22.
, 39	Levit. 25 ₂₂₋₂₄ .
, 40	Deuteron. 15 ₂₋₁₂ .
, 41	Deuteron. 18 ₂₋₅ .
, 42	Deuteron. 21 ₁₀₋₁₄ .
, 43	Deuteron. 24 ₁₋₄ .
, 44	Jüng. Vät. Kan. 18.
, 45	Jüng. Vät. Kan. 25.
, 46	Nic. Kan. 4.
, 47	Nic. Kan. 5.
, 48	Nic. Kan. 6—7.
, 49	Nic. Kan. 15.
, 50	Nic. Kan. 16.
, 51	Ancyrr. Kan. 12.
, 52	Ancyrr. Kan. 15.
, 53	Ancyrr. Kan. 16.
, 54	Ancyrr. Kan. 20.
, 55	Neocaes. Kan. 6.
, 56	Neocaes. Kan. 11.
, 57	Neocaes. Kan. 12.
, 58	Neocaes. Kan. 13.
, 59	Neocaes. Kan. 14.
, 60	Neocaes. Kan. 16.
, 61	Neocaes. Kan. 15.
, 62	Neocaes. Kan. 18.
, 63	Neocaes. Kan. 19.
, 64	Gangr. Kan. 7.
, 65	Gangr. Kan. 21.
, 66	Synod. Antioch. (341) Kan. 9.

Dat. I:	Quelle:
Kap. 67	Synod. Antioch. Kan. 12.
„ 68	Synod. Antioch. Kan. 13.
„ 69	Synod. Antioch. Kan. 14.
„ 70	Nic. Kan. 6.
„ 71	Nic. Kan. 9.
„ 72	Laodic. Kan. 10.
„ 73	Apost. Kan. 83.
„ 74	Athanas. Kan. 11.
„ 75	Athanas. Kan. 12.
„ 76	Athanas. Kan. 21.
„ 77	Athanas. Kan. 23.
„ 78	Athanas. Kan. 26.
„ 79	Athanas. Kan. 32.
„ 80	Athanas. Kan. 24.
„ 81	Athanas. Kan. 59.
„ 82	Athanas. Kan. 72.
„ 83	Basil. Kan. 44.
„ 84	Basil. Kan. 84 und Greg. Lusavor. Kan. 7.
„ 85
„ 86	Basil. Kan. 207.
„ 87	Basil. Kan. 208.
„ 88	Basil. Kan. 209.
„ 89
„ 90	Basil. Kan. 210.
„ 91	Basil. Kan. 211.
„ 92	Thad. Kan. 31.
„ 93	Šahapiv. Kan. 4.
„ 94	Šahapiv. Kan. 5.
„ 95	Šahapiv. Kan. 6.
„ 96	Šahapiv. Kan. 7.
„ 97	Tevin. II. Kan. 10.
„ 98	Tevin. II. Kan. 13.
„ 99	Tevin. II. Kan. 14.
„ 100
„ 101	Partav. Kan. 18.
„ 102	Partav. Kan. 19.
„ 103	Partav. Kan. 21.
„ 104	Tevin. V. Kan. 7.
„ 105	Tevin. V. Kan. 8.
„ 106	Tevin. V. Kan. 9.
„ 107	Tevin. V. Kan. 10.

Dat. I:	Quelle:
Kap. 108
„ 109
„ 110
„ 111
„ 112
„ 113
„ 114
„ 115
„ 116
„ 117
„ 118
„ 119
„ 120
„ 121
„ 122
„ 123
„ 124

Betr. Ehe- u. eheliches Güterrecht: wahrscheinlich nicht ursprünglich, sondern erst nachmechitharsche Zusätze.
 Ebenfalls erst nachheriges Anhängsel.

Kap. 124 fehlt in Ms. 490—492.

Kap. 121—123 fehlen gleichmäßig in der Ueberlieferungssippe der Mss. 488, 489, Sin., Ven. (und entsprechend auch in dem aus dieser Sippe geflossenen Sempadschen Rb.); im Ms. 490 sind sie nicht am Schlusse des ersten, sondern als Schlußkapitel des II. Buches des Kodex überliefert. Es deutet dies alles darauf hin, daß diese Stücke unursprünglich und erst durch nachträgliche Kompilation hinzugekommen sind.

Datastanagirkh II.

Dat. II:	Quelle (Substrat):
Kap. 1—3	Königsgesetz.
„ 4—9	Kanon. Gewohnheitsrecht.
„ 10—14	Civil. Gewohnheitsrecht.
Kap. 15	Apost. Kan. 25.
„ 16	Apost. Kan. 26.
„ 17	Apost. Kan. 76.
„ 18	Apost. Kan. 78.
„ 19	Jüng. Vät. Kan. 4.
„ 20	Exod. 21:—6. Deut. 15:—16.
„ 21	Exod. 21:—11.
„ 22

Dat. II: Quelle:

- Kap. 23 Exod. 21¹⁵.
 „ 24 Exod. 21¹⁷. (Deut. 24⁷).
 „ 25 Exod. 21¹⁷. (Levit. 20⁹).
 „ 26 Exod. 21^{18. 19}.
 „ 27 Exod. 21^{20. 21}.
 „ 28 Exod. 21^{22. 23}.
 „ 29 Exod. 21^{24. 25}. (Lev. 24²⁰, Deut. 19²¹).
 „ 30 Exod. 21^{26. 27}.
 „ 31 Exod. 21^{28—31. 32}.
 „ 32 Exod. 21^{33. 34}.
 „ 33 } Exod. 21^{33. 34}.
 „ 34 }
 „ 35
 „ 36
 „ 37
 „ 38
 „ 39 Exod. 22^{1. 4}.
 „ 40 Exod. 22^{2. 3}.
 „ 41 Exod. 22⁵.
 „ 42 Exod. 22⁶.
 „ 43 Exod. 22^{7. 9}.
 „ 44 Exod. 22^{10—12}.
 „ 45 Exod. 22^{14—15}.
 „ 46 Exod. 22²⁵.
 „ 47
 „ 48
 „ 49
 „ 50 Levit. 6^{1—5}.
 „ 51 Levit. 24¹⁸.
 „ 52 Levit. 25^{25—28}.
 „ 53 Levit. 25^{29—30. 31}.
 „ 54
 „ 55
 „ 56
 „ 57
 „ 58
 „ 59
 „ 60
 „ 61
 „ 62 Numeri 27^{1—11}.

Kaufvertrag und
Pacht.

Armenisches Gewohn-
heitsrecht (?).

Dat. II:	Quelle:
Kap. 63	Exod. 27 ₁₋₅ .
„ 64	,
„ 65	,
„ 66	Deuteron. 19 ₁₄ .
„ 67	Deuteron. 19 ₁₄₋₁₉ . (17 s. 7).
„ 68	Deuteron. 21 _{1.2.3} etc,
„ 69	Deuteron. 21 ₁₅₋₁₇ .
„ 70	Deuteron. 21 ₁₈₋₂₁ .
„ 71	Deuteron. 21 ₂₂₋₂₃ .
„ 72	Deuteron. 22 ₁₋₃ .
„ 73	Deuteron. 22 ₄ .
„ 74	Deuteron. 22 ₅ .
„ 75	Deuteron. 22 ₆₋₇ .
„ 76	Deuteron. 22 ₈ .
„ 77	Deuteron. 23 ₁₈₋₁₉ .
„ 78	Deuteron. 23 ₂₄ .
„ 79	Deuteron. 23 ₂₅ .
„ 80	Deuteron. 24 ₁ .
„ 81	Deuteron. 24 ₂ .
„ 82	Deuteron. 24 ₁₀₋₁₂ .
„ 83	Deuteron. 24 ₁₄₋₁₅ .
„ 84	Deuteron. 24 ₁₆ .
„ 85	Deuteron. 24 ₁₇ .
„ 86	Deuteron. 24 ₁₇ .
„ 87	Deuteron. 25 _{2.3} .
„ 88	Deuteron. 25 _{11.12} .
„ 89	Jüng. Vät. Kan. 17.
„ 90	Syn. Gangr. Kan. 15.
„ 91	Syn. Gangr. Kan. 16.
„ 92	Basil. Caes. Kan. 8.
„ 93	Basil. Caes. Kan. 27.
„ 94	Basil. Caes. Kan. 88.
„ 95	Basil. Caes. Kan. 105.
„ 96	Kanonsubstrat (unbest.)
„ 97	Kanonsubstrat „
„ 98	Kanonsubstrat „
„ 99	Basil. Kan. 235.
„ 100	Basil. Kan. 200.
„ 101	Basil. Kan. 201.
„ 102	Thad. Kan. 33.
„ 103	Tevin. Kan. 11.

Dat. II:		Quelle:	
Kap.	104	Syn. Tevin. Kan. 12.	
"	105	
"	106	
"	107	
"	108	
"	109	Kanonsubstrat (unbest.)	} Vielleicht auf syrischen No- mo-Canones beruhend.
"	110	" "	
"	111	" "	
"	112	" "	
"	113	" "	
"	114	} Wahrscheinlich Kompi- lation aus kanonischen Statuten in Verbindung mit armenischem Ge- wohnheitsrecht.
"	115	
"	116	
"	117	Kompilation aus mosaischem und besonders kano- nischem Recht (Kan. Athanas. und Kanon. Basil.) nebst Gewohnheitsrecht.	
"	118	} Wahrscheinlich größtenteils aus armenischem Gewohnheitsrecht geschöpft,
"	119	
"	120	
"	121	
"	122	
"	123	
"	124	
"	125	
"	126	
"	127	
"	128	
"	129	
"	130	

Was die übrigen drei aufgezählten Quellen, Naturgesetz, Recht der christl. Völker und moslimisches Recht, belangt, so bliebe hier im einzelnen noch zu untersuchen, wie es sich hiermit verhält, und die diesbezüglichen Quellen im einzelnen festzustellen. Ohne uns hier auf die Einzelbehandlung dieser Fragen einzulassen, begnügen wir uns damit, folgende diesbezügliche allgemeine Punkte hervorzuheben:

1. Moslimisches Recht mußte dem Verfasser durch die tägliche Berührung mit den arabisch-türkischen Landesherren

geläufig sein. An mehreren Stellen des Dat. wird ausdrücklich von mohammedanischen Rechtsgewohnheiten gesprochen; manche Satzungen des armenischen Kodex, namentlich auf den Gebieten des Strafrechts und des Prozesses, sind augenscheinlich von moslimischem Rechte und moslimischer Rechtswissenschaft beeinflusst oder diktiert.

2. Mit den Rechtsgewohnheiten christlicher Völker ist gemeint vor allem syrisches und griechisches Recht, wohl auch georgisches Recht, das mehrfach im Laufe der Darstellung von Dat. berührt wird^{52b}). Griechisches Recht insbesondere ward geschöpft aus der mündlichen Tradition, in der Form, wie es sich seit Jahrhunderten in dem armenischen Rechtsleben und in der Rechtsprechung gewohnheitsrechtlich festgesetzt und eingebürgert hatte; die griechische (romäische) Rechtsliteratur dagegen scheint, soweit sie überhaupt herangezogen worden ist, nur mittelbar, sei es in armenischer oder in syrischer Version benutzt⁵³). Die in dieser Hinsicht in Betracht kommenden romäischen Quellen sind, soweit übersichtlich, durchweg spätere: insbesondere scheinen benutzt: Syr. Rb. (namentlich für Familien- und eheliches Güterrecht), Ecloga (für Kriminalrecht), Leges rusticae (für die Darstellung der Deliktsobligationen)⁵⁴).

3. Unter Naturgesetz oder Naturrecht ist verstanden das ewige, durch die bloße Vernunft aus der Natur der Sache zu erkennende gemeingültige, unverbrüchliche Recht, gemäß der allgemein mittelalterlichen Definition des *jus naturale* als der *lex aeterna*.

^{52b}) Vgl. z. B. Dat. Intr. c. VI (Ed. Bastam. p. 31) und Dat. I c. 65 (Ed. Bastam. p. 165).

⁵³) Vgl. die obige Note (unter Abschn. I), wonach es angezweifelt wird, ob Mechithar die griechische Sprache beherrscht.

⁵⁴) So ist z. B. die Mechitharsche Bestimmung betr. die Grenzen (Dat. II 66 = Rb. § 144), die sich äußerlich aus der bezüglichen mosaischen Satzung herleitet, eigentlich eine genaue Wiedergabe von Leg. rust. X 11 L. 7 C.

Zweifellos soll der Mechitharsche Begriff des *jus naturale* wenigstens virtuell die Grundprinzipien des Gewohnheitsrechtes mit in sich schließen. Grundausschlagend wäre nämlich nach alledem der Schluß, daß der Mechitharsche Kodex wesentlich eine Kompilation von fremdem Rezeptionsrechte sei. Die Unrichtigkeit einer solchen Folgerung haben wir bereits oben im I. Abschnitt betont, indem wir dort feststellten, daß immerhin in Dat. das nationale Gewohnheitsrecht eine beträchtliche Rolle spielt. Wir dürfen uns eben nicht durch die scheinbare überwiegende Masse der mosaisch-kanonischen Quellenmaterie, die dem Werke zu Grunde liegt, beirren lassen. Denn diese mosaisch-kanonischen Quellenstücke sind in vielen Fällen lediglich als rein äußerliche Anknüpfungspunkte für die daraus nach willkürlicher Interpretation zu entwickelnden Mechitharschen Rechtssätze behandelt; als gelehrtes Substrat, auf dessen Autorität sich berufend der Interpretator mit desto größerem Gewicht seine eigenen Rechtstheorien herleitet, die meist sich als mit dem armenischen Volksrecht verwandte oder geradezu auch übereinstimmende herausstellen. In der älteren Vers. A überwuchert freilich noch der kanonische Apparat, das wirkliche Volksrecht tritt hier erst schüchtern und vielfach eingeschränkt zu Tage; erst in der jüngeren Redaktion C gelangt dasselbe zu kräftigerem Durchbruch, bis es schließlich im cilicischen (Sempadschen) Kodex vollends sieghaft in geläuterter Form zur Vorherrschaft gelangt.

Wir gehen nun über zur Darstellung des Verhältnisses von Dat. zu dem jüngeren, cilicischen Kodex, zu Rb.

III. Der Sempadsche Rechtsspiegel in seinem Verhältnis zu Dat.

Das Sempadsche oder cilicische Rb. stellt sich äußerlich dar als Umarbeitung des älteren großarmenischen Sammelwerkes des Mechithar Gosch.

Rb. ist in zwei Redaktionen, einer Venezianischen (V) und einer Etschmiadziner (E), auf uns gekommen, die nicht nur sprachlich differenziert sind, sondern auch sachlich bedeutende Divergenzen aufweisen. Die beiderseitige Ueberlieferung ist ausführlich besprochen in Arm. Rb. I, Einleitung.

Die Priorität der beiden Redaktionen ist Vers. V zuzuerkennen. Vers. V ist geflossen aus einer Quellenvorlage, die der jüngsten Ueberlieferungssippe des Datastanagirkh, der Redaktion C (Ms. 488, Sin., Kar.) oder doch einer damit nahverwandten, angehört. Dagegen zeigt sich Vers. E in Fällen von sachlicher Divergenz mehrfach mit der Originalfassung von Dat., mit der durch Ms. 492 vertretenen Vers. A übereinstimmend; so namentlich frappant im Rechte von der Beuteteilung Rb. § 1 (= Dat. II 1), womit zu vgl. Arm. Rb. I p. X, II p. 8. Zunächst dürfte man versucht sein, dies so zu erklären, daß Redaktion E unabhängig von V aus der Originalvers. A hervorgegangen sei. Diese Annahme scheitert jedoch an der Tatsache, daß a) zunächst die Stoffanordnung der beiden cilicischen Redaktionen, abgesehen von einzelnen sekundären Abweichungen, im Grunde ein und dieselbe ist und dem in Sippe C angewandten System entspricht; b) die als charakteristische Zusätze von Redaktion A oben gekennzeichneten drei Schlußkapitel gleicherweise bei Vers. E wie bei Vers. V fehlen, was darauf hindeutet, daß E gleichwie V nicht aus Dat. A geflossen ist; c) in zahlreichen Fällen ganze Kapitel und Abschnitte der beiden Versionen V und E nach Ausdruck und Inhalt geradezu identisch sind, was undenkbar wäre, wenn beide wirklich unabhängig voneinander aus je einer besonderen Quellenvorlage geschöpft wären. Die fraglichen Divergenzen erklären sich folgendermaßen: Vers. E hat (wie bereits in Einleitung zu Arm. Rb. I dargetan ward) eine sekundäre sachliche Umarbeitung erlitten, indem die ältere, durch V repräsentierte, aus Dat. C geschöpfte Textform nachträglich mit Dat. A (Ms. 492) kollationiert und möglichst in Einklang zu bringen versucht ward; dieses unter derselben archaisierenden Tendenz,

nach welcher in demselben E die ursprüngliche cilicische Ausdrucksform, in welcher Rb. überliefert war, nachträglich durch eine dem klassischen Idiom näherstehende ersetzt ward (vgl. hierüber Arm. Rb. I Intr.)⁵⁵⁾.

Das Verhältnis von Rb. zu Dat. sowie zu etwaigen anderwärtigen Schriftquellen veranschaulicht die folgende vergleichende Kapitel-Tabelle S. 408 u. 409.

Bereits in der Einleitung zum Arm. Rb. I ist bemerkt worden, daß es sich bei dieser Quellentsprechung bei Rb. in noch viel höherem Grade als bei der Redaktion von Dat. (zu vgl. oben p. 104), häufig bloß um rein äußere Anlehnung an entsprechende Stücke des zu Grunde gelegten Kodex handelt, dessen Recht vielfach wesentlich umgewandelt und umgedeutet wird. Der alten Form wird ein neuer Inhalt eingegossen.

Bezüglich der äußeren Disposition der Rechtsmaterie ergibt sich schon aus einer flüchtigen Betrachtung der oben aufgeführten Quellentabellen der große Fortschritt, den Rb. vor der ursprünglichen Version von Dat. voraus hat — ich sage, vor der ursprünglichen Version von Dat., weil in den jüngeren Redaktionen des Goschschens Kodex bereits die Hauptansätze zu der im Rb. durchgesetzten Disposition vorhanden sind —: dort, in Dat. eine rein äußerliche Anordnung der Materie, indem als Anordnungsgrund die Reihenfolge der einzelnen Artikel innerhalb der jeweiligen Quellen gilt, derart, daß sämtliche Stücke je eines Hauptabschnittes im Kodex in derselben Reihenfolge belassen und vorgeführt werden, wie sie die entsprechenden Quellen bieten; hier, in Rb., eine sachlich-systematische Anordnung, auf Grund der inneren Zusammengehörigkeit der Rechtsmaterie.

Nach ihrem Inhalte läßt sich das Verhältnis der beiden Codices zueinander folgendermaßen ausdrücken: Rb. stellt

⁵⁵⁾ Danach ist die in Arm. Rb. Intr. I p. X gemachte einseitige Aufstellung, daß die als Quelle für Rb. benutzte Version des Datastanagirkh die durch Ms. 492 repräsentierte sei, zu berichtigen.

Rb.	Dat.	Rb.	Dat.	Rb.	Dat.
1	II 1	41	I 105		{ I 8
2	II 2	42	I 106		{ I 9
3	II 10	43	I 107		{ I 10
4	II 11	44	II 108		{ I 11
5	II 12	45	II 104		{ I 12
6	II 13	46			{ I 13
7	II 14	47	I 117	72	{ I 14
8	I 22	48			{ I 15
9	II 15	49			{ I 16
10	{ II 16	50	I 4		{ I 18
	{ I 23	51	I 45		{ I 19
11	{ I 24	52	{ I 48		{ I 20
	{ I 25	53	{ I 46	73	{ I 21
12	I 26	54	I 49	74	{ I 43
13	I 27	55	I 50	75	{ I 88
14	I 28	56	I 47	76	{ I 55
15	I 29		{ I 52	77	{ I 56
16	I 30		{ I 53	78	{ I 57
17	I 31		{ I 54	79	{ I 76
18	I 32	56 bis	{ Greg. Lusa-	80	{ I 83
19	II 17		vor. Kan. 1-3	80 bis	{ I 77
20	II 18		{ I 59	81	{ I 34
21	I 3	57	{ I 58	82	{ II 28
22	I 66	58	{ I 60	83	{ II 80
23	I 67	59	{ I 62	84	{ I 87
24	I 68	60	{ I 63	85	{ I 90
	{ I 69	61	{ I 64	86	{ I 91
25	{ I 70		{ I 113	87	{ I 95
26	I 71	62	{ I 114	88	{ I 104
27	I 72	63	{ I 116	89	{ II 74
28	I 73	64	I 2	90	{ I 42
29	{ I 79	64 bis	I 38	91	{ I 89
30	{ I 82	65	I 37	92	{ II 62
31	I 82		I 61	93	{ II 63
32	I 97		I 39	94	{ II 96
33	I 98	66	{ I 40		{ II 64
34	I 99	66 bis	{ I 41	95	{ II 65
	{ I 100		I 112	96	{ II 108
35	{ Sah. Kan. 1-12	67	I 111	97	{ II 69
36	Sah. Kan. 35-40	67 bis	I 110	97 bis	{ II 90
37	Sah. Kan. 41-43	68	I 120		{ II 91
38	Sah. Kan. 43	69	I 65		{ II 23
39	I 101	70	II 114		{ II 25
40	I 102	71	I 115		
	I 103	72	{ I 5		
	I 104		{ I 6		
			{ I 7		

Rb.	Dat.	Rb.	Dat.	Rb.	Dat.
98	{ I 74	123	{ II 83	153	II 88
	{ II 84		{ II 34	154	II 76
99	II 81		{ II 37	155	II 48
100	II 82	124	{ II 38	156	II 45
101	II 47	125	II 24	157	II 44
102		126	{ II 68	158	II 46
103			{ II 4	159	II 49
			{ II 5		II 50
104	{ II 47	127	{ II 6		II 51
	{ II 86		II 7	160	II 115
105 = 97 ^{bis}		128	II 8		II 67
106	II 53	129	II 9		II 101
107	II 54	130	I 124		II 72
	{ II 55	131	I 44	161	II 74
108	{ II 56	132	I 83	162	II 75
	{ II 57	133	II 89	163	II 78
109	II 52	134		164	II 79
	{ II 58	135 = 66 ^{bis}			
	{ II 59	136 = 67 ^{bis}		165 = 64 ^{bis}	
110	{ II 60		{ II 29	166 = 151 ^{bis}	
	{ II 61	137	{ II 26	167 = 151 ^{tris}	
111	II 100	138	168	II 128
	{ II 123	139	II 71	169	I 80
112	{ II 130	140	II 124	169 ^{bis}	I 118
	{ II 107	141	II 125		{
113	II 99		{ II 111	170	{ II 115
114	I 85	142	{ II 104		{
	{ II 20	143	II 102	171 = 169 ^{bis}	
115	{ II 22	144	II 66	172	II 129
116	II 21	145	II 95	173	II 127
	{ II 27	146 = 80 ^{bis}		174	II 121
117	{ II 30		{ I 84	175	II 122
	{ II 77	147	{ II 95	176—177 =	
118	II 3	148	II 106	56 ^{bis}	
119	II 41	149	II 113		
120	II 42	150	{ II 118		
121	II 43		{ II 120		
	{ II 31	151	II 119		
	{ II 32	151 ^{bis}	II 117		
122	{ II 35	151 ^{tris}	II 116		
	{ II 36	152			

wesentlich das geltende Volksrecht dar, so wie es eben in der Rechtsgewohnheit lebendig und üblich war: Rb. ist ein Rechtsspiegel; Dat. dagegen formiert aus den heterogenen Elementen des Rezeptions- oder Schriftrechts und der Landes-

gewohnheit ein neues Produkt, ein gelehrtes Gemeinrecht: Dat. ist eine gelehrte Rechtskompilation. — Im übrigen sei für die nähere Darstellung der Beziehungen zwischen beiden Codices verwiesen auf Arm. Rb. I Einleitung.

IV. Praktische Geltung und Anwendung der Rechtsbücher in der Gerichtspraxis.

Der Mechitharsche Kodex hatte die Bestimmung als Rechtsbuch im weitesten Sinne und Umfange sowohl in kanonischen als zivilen Sachen die Norm der Rechtsprechung zu bilden, sowohl an den geistlich-bischöflichen Gerichten, als an den weltlichen. Als private Rechtssammlung abgefaßt, ohne Promulgierung oder irgendwelche staatliche Sanktion, entbehrte der Kodex als solcher der allgemein bindenden Rechtskraft: das in ihm vorgetragene Recht hat zunächst bloß fakultative, nicht gesetzliche Geltung. Gleichwohl wußte sich das Rechtsbuch durch gewohnheitliche Rezeption nicht nur partiell in die Gerichtspraxis einzuführen, sondern auch dauernd für alle Zeiten zu behaupten und sich die Sanktion als national-armenischer Kodex *κατ' ἐξοχήν* zu erringen. Daß noch bei Mechithars Lebzeiten sein Datastanagirkh an den Zivilgerichten jener Duodezfürsten (Wachtang, Zakharê, Ivanê), unter deren Auspizien und auf deren Betreiben die Rechtssammlung hervorgegangen war, eingeführt wurde, erhellt u. a. aus einem Memoriale des Venediger Manuskripts des Datastanagirkh, folgenden Wortlautes: „Der Herr Gott verleihe dem göttesfürchtigen und rechtgläubigen Fürst der Fürsten Wachtang, Sohn Hassans, seinem Willen gemäß dieses Gerichtsbuch in fehlerloser Richtigkeit in der Praxis zur Anwendung zu bringen nach seinen einzelnen Vorschriften“. (Ueber diesen Wachtang vgl. das oben mitgeteilte Kap. XI Intr. Dat.)

Daß ferner das Datastanagirkh als Norm für die bischöfliche Gerichtsbarkheit eingeführt ward, zunächst durch den Mäcen des Werkes, den albanischen Patriarchen Stephanos, sodann auch außerhalb von dessen Provinz, kann keinem Zweifel unter-

liegen. Das beste Zeugnis aber für die Bedeutung, die das Rechtsbuch schon frühzeitig als praktisch-geltender Kodex erlangte, bildet die ungemein mannigfaltige weitverzweigte handschriftliche Ueberlieferung desselben.

Aus der vorhin in diesem Abschnitte festgestellten Tatsache, daß eine der Versionen des Werkes, die von uns mit C bezeichnete, jüngere, ihrer Entstehung nach auf das cilicische Armenien hinweist, darf geschlossen werden, daß vor Einführung des Sempadschen Rb. auch auf diesem, dem klein-armenischen Gebiete Dat. in partieller Geltung stand als Norm für die Gerichte. Dagegen war der Sempadsche Kodex in seiner Geltung und Anwendung sicherlich auf das cilicische Königreich beschränkt, für welches er staatlich sanktioniert war. Außerhalb dieses Landesgebiets hat er nicht die geringsten Spuren hinterlassen, seine Bedeutung und Verbreitung war ungleich geringer als die von Dat.

Wie Dat. weiter in verschiedenen abgeleiteten Redaktionen auch über die Landesgrenze hinaus, in die Kolonien, sowie zu den angrenzenden kaukasischen Völkern Eingang fand, ist bereits erörtert worden. Bemerkt sei nur noch, daß in Großarmenien dasselbe Rechtsbuch Jahrhunderte hindurch in ununterbrochener Rechtskraft als Richtschnur für die Entscheide der bischöflichen Gerichte fortbestand, und bis in die jüngste Zeit hinein bei der Patriarchalsynode von Etschmiadzin für wichtige Entscheidungen der zivilen Rechtspflege zur praktischen Anwendung kam*).

*) Der Schluß dieser so überaus förderlichen und lehrreichen Arbeit des bedeutendsten deutschen Kenners des armenischen Rechts erscheint im nächsten Heft. Hoffentlich wird es auch in Bälde möglich sein, eine Darstellung des jetzt noch in Armenien geübten Gewohnheitsrechts zu bringen.

XIV.

Weiteres über das Recht der Herero.

Von

Josef Kohler.

§ 1.

Immer deutlicher stellt sich nunmehr das etwas verwickelte Recht der Herero heraus, und manches, was nach den älteren Mitteilungen noch zweifelhaft erschien, ist nunmehr völlig aufgeklärt. Schon in dem vorigen Aufsätze (XIX S. 29 f.) konnte ich die früher etwas unbestimmten Meinungen über die Omaanda und über die Otuzo klarstellen; nunmehr wird durch einen ausführlichen Bericht von Dannert meine neuere Ausführung im ganzen bestätigt und noch weiteres von Einzelheiten hinzugefügt ¹⁾. Wenn in diesem Berichte manches Streithare gegen mich enthalten ist, so bezieht sich solches fast durchaus auf meine frühere Darstellung (XIV S. 294), die infolge der unvollständigen Grundlagen nicht immer zur endgültigen Lösung der Schwierigkeiten gelangen konnte; manches, was der Verfasser einwendet, beruht auch darauf, daß ihm mehr von den Einzelheiten der Herero kund geworden ist, als von den allgemeinen Grundsätzen der vergleichenden Rechtswissenschaft. Immerhin ist es sehr dankbar, was er aus genauen Beobachtungen wiedergibt, und danach sei folgendes bemerkt: Wie ich bereits XIX S. 30 ausführte, sind die Otuzo und die Omaanda zwei ganz verschiedene Gruppen, und wir haben hier das merkwürdige (aber durchaus nicht einzigartige) Beispiel, daß Mutter-

¹⁾ Dannert, Zum Rechte der Herero (Berlin 1906).

recht und Vaterrecht nebeneinander bestehen, jedes mit besonderer Berechtigung und jedes mit eigener Beziehung zur Persönlichkeit, um deren Familie und Erbe es sich handelt. Die vaterrechtlichen Gemeinschaften sind die Otuzogruppen; sie haben ihre totemistische Besonderheit in der bekannten Weise, daß sie zu einem bestimmten Tiere in Beziehung stehen, es verehren und darum es nicht essen dürfen. Während ich bisher 16 Otuzogruppen aufzählte, schildert der Verfasser bis zu 20, und die totemistischen Züge werden von ihm viel genauer dargelegt, als sie bisher bekannt waren. Es hat wohl kein Interesse, uns weiter in die Einzelheiten dieser Benennungen zu vertiefen, zumal die Bezeichnungen nicht immer mit den unserigen übereinstimmen. Folgendes sei aber noch bemerkt: Die Oourosembi verehren das Chamäleon, rühren es nicht an und nennen es den alten Urvater; sie dürfen auch keine grau-melierten Schafe und keine graugelben Ochsen essen. Die Oronguatjindu halten mit Vorliebe blau- und grau-melierte Rinder, dürfen aber keine graugelben Rinder verzehren. Die Orokanene haben am liebsten rothbunte Rinder und essen keinen Vormagen. Die Orojahorongo verehren das Kiddu und verzehren es nicht; sie dürfen keine Rinder oder Schafe halten, welche keine oder verkrüppelte Hörner haben. Die Orotjiporo essen keine Rinder, die in gewisser Weise braun-bunt sind. Andere essen keine Rinder, die einen weißen Streifen quer über den Körper haben. Andere halten keine grauen Rinder und essen kein Zungenfleisch u. a. Man sieht, daß die totemistische Gestaltung sich auf verschiedene Einzelheiten werfen muß; denn ein vollständiges Rinderverbot wäre für diese Völker geradezu ein Todesurteil.

Ueber die Omaanda im Gegensatz dazu habe ich bereits S. 33 gehandelt, und das dort Gesagte wird wesentlich bestätigt.

Auch das wird bestätigt, daß die Cousinehe in der Art sehr häufig ist, daß Bruders Tochter und Schwesters Sohn einander heiraten. Der Grund aber ist nicht, wie der Verfasser

meint, eine Erleichterung des Erbrechts, indem auf solche Weise das Oruzo- und Eandavermögen zusammenkommt, sondern es sind die von mir angegebenen Gründe: denn derartige ausgeklügelte praktische Rücksichten sind für die Organisation der Völker nicht entscheidend, sondern die großen bildenden Gedanken des Familienrechts. Daß man solche Einrichtungen, wenn sie sich als praktisch bewähren, mit besonderer Vorliebe beibehält, ist allerdings richtig, und darauf müssen die Gründe des Verfassers beschränkt bleiben.

§ 2.

Richtig wird hervorgehoben, daß das Erbrecht sich dann einfach gestaltet, wenn der Erbe ein vollbürtiger Bruder ist: denn hier erbt er sowohl das Oruzo- als auch das Eandagut, da er mutter- und vaterrechtlicher Verwandter zugleich ist. In anderen Fällen teilt sich das Oruzo- und das Eandavermögen, was Schwierigkeiten bereiten muß, sofern es sich nicht um angeerbtes, sondern um erworbenes Vermögen handelt: es findet hier wohl eine Teilung nach den individuellen Umständen statt. Zu berücksichtigen ist dabei, daß, sofern der Eandaerbe einen anderen Oruzo hat, er diejenigen Rinder nicht erwerben kann, welche ihm nach der Eigenart seines Oruzo verboten sind; aber auch sofern dies nicht der Fall ist, muß er doch die Rinder durch eine besondere Feierlichkeit in sein Haus einführen, da hier ein Oruzowechsel im Besitz stattfindet. In XIX S. 30 wurde bemerkt, daß die Ehefrau des Verstorbenen in das Eandavermögen falle; dies scheint nach S. 39 nur teilweise der Fall zu sein: hiernach soll sie nämlich nur dann dem Eandavermögen angehören, wenn der Oruzoerbe ein Sohn des Verstorbenen ist, denn ein solcher darf die Frau seines Vaters nicht ererben; im anderen Falle jedoch soll die Frau dem Oruzo- d. h. dem Vaterrechtserben angehören, was auch sehr einleuchtend ist, da sie doch den angenommenen Oruzo des Mannes nicht leicht wechseln mag. Daß im übrigen der

Erblasser durch Wünsche an seine Familie die Oruzoerben gern begünstigt und die Eandaerben möglichst fernzuhalten pflegt, wie ich dies XIX S. 31 hervorgehoben habe, geht auch aus der Darstellung des Verfassers (S. 60 f.) hervor.

Auch daß die Häuptlingschaft, ebenso wie XIX S. 31 erwähnt, regelmäßig nach dem Oruzo erbt, betont der Verfasser (S. 55), und die entgegenstehenden Berichte (XIV S. 307) rühren wohl von Fällen her, wo ausnahmsweise eine mächtigere Eandafamilie den Ausschlag gegeben hat.

§ 3.

Einige Unterschiede in der Benennung der Verwandten sind rechtlich nicht von Bedeutung; wichtig dagegen ist der Widerspruch des Verfassers in Bezug auf die Oupanga, die Frauengemeinschaft zwischen mehreren Männern. Er bestreitet nämlich meine Lehre, daß hier ein Rest der ehemaligen Gruppenehe oder eine Blutsbrüderschaft vorliege, indem er eine allerdings sehr wichtige neue Tatsache hervorhebt, daß nämlich niemals Brüder zusammen eine Oupanga abschließen, sondern immer nur einander fremd stehende Männer. Das ist allerdings wesentlich; allein man muß bemerken, daß das Institut der Wahlbrüderschaft sich oftmals von dem leiblichen Bruderverhältnisse entfernt: denn die Wahlbrüderschaft gilt als ein innigeres Verhältnis als die leibliche Bruderbeziehung, und mit dem Augenblicke, wo solches hervortritt, wird die leibliche Brüderschaft von selbst ausgeschaltet: sie nimmt an den Eigenheiten der Wahlbrüderschaft nicht mehr teil. Allerdings behauptet der Verfasser (S. 41), daß zwischen den Wahlbrüdern keine Vermögensgemeinschaft bestehe; aus dem von ihm Mitgeteilten geht aber sicher hervor, daß solches doch nur mit Beschränkung anzunehmen ist; daß nämlich die ehemalige Vermögensgemeinschaft sich allmählich durch gewisse Anstandsgebote gelockert hat, indem ein Blutsbruder vom anderen nicht mehr, wie früher, alles, was er wollte, beliebig herausfordern darf, sondern lediglich in zarter Weise

seine Wünsche geltend machen kann. Gerade solche andeutende Bettelwünsche sind gewöhnlich die Ausläufer ehemaliger weitgehender Ansprüche. Meine Lehre ist daher bekräftigt und nicht widerlegt.

§ 4.

Noch sei hervorgehoben, daß auch der Verfasser (S. 25) die Schwiegerscheu bestätigt: sie gilt nicht nur zwischen Personen verschiedenen, sondern auch zwischen Personen desselben Geschlechts, also auch zwischen Ehemann und Schwiegervater; ferner erzählt er des näheren, daß die Brautleute beim Hochzeitsfeste ganz zurückbleiben müssen und daß die Braut in eigenartiger Weise verhüllt wird: es wird ihr nämlich das Fettnetz des Magens eines Tieres über den Kopf gelegt, worauf sie sich entfernen muß. Aber auch nach Vollendung der Hochzeitsfeierlichkeiten kommen die zwei Brautleute zwar in dieselbe Hütte zusammen, dürfen aber in der ersten Nacht noch nicht miteinander Umgang pflegen (S. 32). Auch hier also die Einrichtung der Tobiasnächte, auch hier der Gedanke von der Unerlaubtheit und Unheiligkeit der Ehe; denn sie ist für jene Zeit eine Neuerung gegenüber dem sozialen Geschlechtsverkehr früherer Tage.

Das damals Unheilige ist später nicht nur zum Heiligen, sondern zum Eckpfeiler der Kultur geworden.

XV.

Rechtsvergleichende Skizzen.

Von

Josef Kohler.

1. Recht als Gebot und Recht als Ausgleichung.

Hiroike Chikuro, History of the oriental system of Law, bietet in der Einleitung zu einem japanisch geschriebenen Werke, das hoffentlich bald völlig übersetzt wird, den Nachweis, daß das chinesische Wort *fa-lü* für Gesetz in seinen beiden Bestandteilen *fa* und *lü* auf die Bedeutung „gleichmäßig“, „anpassend“, „Gleichgewicht“ zurückgeht, während das japanische Wort für Gesetz *nori* auf „Sprache“ und „Befehl“ führt: in China ist es also mehr das innerlich angemessene Recht, in Japan der Gesetzesbefehl, der zu Tage tritt. Ob dies, wie der Verfasser annimmt, mit dem Unterschied der mehr demokratischen Anschauungen Chinas und der mehr monarchischen Staatsauffassung Japans zusammenhängt, steht dahin. Jedenfalls ist es von größtem Interesse, daß das uralte chinesische Leben den aristotelischen Satz von Gleichgewicht, von der Harmonie im Recht entwickelt hat; vgl. auch die Stelle aus Liki in meinem Chines. Strafrecht S. 3.

Wichtig ist auch die Tradition von einem ehemaligen chinesischen Ordal. Man bediente sich eines gehörnten Tieres, das die Partei, welche Unrecht hatte, mit seinem Horn zu Tode stieß. Dies ist von Bedeutung als Beweis für das ehemalige chinesische Ordalwesen, welches schon seit Jahrtausenden aus dem Leben verschwunden ist.

2. Wahlbrüderschaft.

Einen vorzüglichen Beitrag zum vergleichenden Recht bietet Hinojosa, Eduardo de, *La Fraternidad Artificial en España* (Madrid 1905).

Aus der Familiengemeinschaft hat sich bei den Germanen das Gesellschaftsrecht entwickelt; und wer keinen Bruder als Genossen seines wirtschaftlichen Wirkens hatte, der wählte sich einen Genossen und machte ihn zu seinem Bruder, und so entwickelte sich die Brüderschaft als künstliche Verwandtschaft. Wir können diese Brüderschaft sehr eingehend bei den Langobarden verfolgen; wir finden sie aber auch in der spanischen Rechtsgeschichte, und dies nachgewiesen zu haben, ist die Tat des um die Kenntnis des spanischen Rechts hochverdienten Verfassers.

So gilt auch in Spanien die Familiengemeinschaft als Gemeinbrüderschaft in der Art, daß wenn der eine Genosse stirbt, sein Teil dem anderen zufällt, nicht *jure hereditatis* sondern *jure consortii*. So *Fororum regni Aragoniae III Rubr. de comm. divi., fuero von 1247.*

Für die künstliche Brüderschaft aber kommen in Betracht die vom Verfasser beigebrachten Urkunden von 1180 und 1248; so 1180: *Recipio te, sicut jam olim recepi in adoptivum fratrem*, und 1248; *recepi pro germano*. Auch Blutschwesterschaft 1204: *venio in iermanitate cum uxore de Pelagio*. Auch unter halb-freien Leuten nach einer Mitteilung von 1258: *recebeu J. B. per irmao*.

3. Altsyrisches und Hellenistisches.

Gegen D. H. Müller, *Das syrisch-römische Rechtsbuch und Hammurabi und Zum Erbrecht der Töchter* (Wiener Zeitschrift für Kunde des Morgenlandes Band XIX) hat Rabel in der Deutschen Literaturzeitung 1906 S. 498 f. eine scharfe Kritik veröffentlicht, in der er die Mitteis'schen Ausführungen verteidigt. Wie ich mich zur Frage stelle, weiß man aus

dieser Zeitschrift XIX S. 103 f.: man weiß, daß ich in dieser Beziehung ebenfalls den Mittheilungen Widerspruch entgegensetze, daß namentlich, wie das Erbrecht und noch andere Züge des Familienrechts beweisen, ein hellenistischer Ursprung in keiner Weise vorliegt, sondern das syrisch-römische Rechtsbuch in dieser Beziehung altsyrisches Recht enthält, wie solches s. Z. schon Bruns angenommen hat. Ich füge noch ausdrücklich hinzu, daß D. H. Müller in den erwähnten Schriften und sonst schon vor mir die These des semitischen Ursprungs dieser Teile des Rechtsbuchs verteidigt und hierbei insbesondere auf Hammurabis Gesetze hingewiesen hat. Im übrigen bleibe ich dabei, daß nicht von einer Entlehnung aus Hammurabi die Rede ist, sondern von einem allgemeinen Zug des semitischen Rechts, von welchem wir in Hammurabi eben nur eine ganz besonders ausgeprägte Gestaltung finden; wie dies jeder rechtsvergleichende Jurist ohne weiteres bestätigen wird.

4. Der Acker der Ruth.

Ueber das Buch Ruth hat neuerdings Hermann Gunkel in der Deutschen Rundschau 1905 S. 50 f. gehandelt und hierbei auch die juristische Seite des reizenden Bibelberichts berührt. Ich habe seiner Zeit XVII S. 217 f. das Verhalten des Boas gegenüber dem näheren Agnaten des verstorbenen Mannes dahin gekennzeichnet, daß er diesem zwar zunächst den von Elimelech auf Machlon (den Mann der Ruth) übergegangenen Acker zum Kauf anbiete, damit aber kein eigentliches Lösungsrecht zur Geltung bringe, sondern den Acker nur gleichsam als Anhängsel der Ruth an den Mann bringen wolle: den Acker möchte nun dieser nähere Verwandte gerne haben, nicht aber die Ruth, und so zerschlägt sich die Angelegenheit bezüglich seiner; er übergibt seinen Schuh dem Boas, und Boas, dem sich ja die Ruth bereits in orientalischer Weise zur Ehe angedingt hat, übernimmt den Acker und die Ruth selber. Daraus geht ganz sicher hervor, welche Be-

wandtnis es mit dem Acker hat. Der Acker ist das hinterlassene Erbe des Machlon, und als solches geht er über auf den Sohn, den Ruth mit dem Verwandten ihres verstorbenen Mannes zeugen wird; und wenn daher der Acker an den näheren Agnaten oder an Boas kommt, so kommt er an sie zum Zweck der Verwaltung für diesen künftigen Sohn. Es ist also ganz ähnlich wie sonst, wenn ein Vermögensstück für ein noch nicht geborenes Kind einem Pfleger in Verwaltung gegeben wird.

Der nähere Agnat schlägt die Ruth aus mit der Begründung, er wolle sie nicht, damit er seinen Erbteil nicht verderbe. Dieses früher ganz unverständene Motiv habe ich s. Z. dahin aufgeklärt: er weiß, daß sein erster Sohn mit der Ruth nicht ihm, sondern dem verstorbenen Machlon zukäme, weil er als Levir dem Verstorbenen Samen erwecken müßte; bliebe es daher bei diesem einen Sohne, dann wäre er selbst sohnlos und sein Erbteil ohne Herrn und Schützer, seine Seele ohne Vertreter auf Erden, und das ist seine Befürchtung.

Diese Begründung hat nun auch Gunkel angenommen. Er widerstrebt aber meiner Erklärung bezüglich des Ackers, und zwar deshalb, weil es in Vers 9 des 4. Kapitels noch einmal heißt: „Ihr seid heute Zeugen, daß ich alles gekauft habe, was Elimelechs gewesen ist, und alles, was Kileons und Machlons, von der Hand Noomis.“ Damit wird aber nichts weiter gesagt, als daß das Erbe des verstorbenen Mannes auf Boas als den Mann der Ruth für den zu erwartenden Erben übergeht; und wenn hier Noomi als Verkäuferin erwähnt wird, so handelt sie wahrlich nicht, weil das Land ihr zu eigen wäre, sondern sie handelt als Verwalterin, als Pflegerin für den künftigen Erben ihres verstorbenen Sohnes; denn die Annahme, daß sie etwa als Mutter des Machlon das Land geerbt hätte, und sie so Eigentümerin geworden wäre, ist aus verschiedenen Gründen ganz unannehmbar. Denn 1. widerspräche ein solches Erbrecht der Mutter völlig dem ganzen Zug des israelitischen Rechts, das

die Mutter und die Familie der Mutter ausschließt; 2. in diesem Falle wäre der Acker aus dem Stamme des Machlon heraus in den Stamm der Noomi gefallen, folgeweise wäre er für die Verwandten des Machlon nicht mehr lösbar gewesen: die Lösung steht nur den Agnaten des Verkäufers (oder Verkauftenwollenden) zu; hier aber werden als Löser die Agnaten des Machlon und nicht die Agnaten der Noomi angeführt! 3. Wenn man auch ein Erbrecht der Noomi annähme, so müßte dieses doch jedenfalls durch das Erbrecht des kommenden Sohnes überwunden werden. 4. Eine Verbindung der Landlösung mit dem Levirat in der Art, daß nur derjenige Agnat das Land zu lösen hätte, der zugleich auch (in Bezug auf die Frau des verstorbenen Landeigentümers) das Leviratsrecht ausübt, kommt nicht vor.

Meine Erklärung bleibt daher bestehen, und es ist nur so viel richtig, daß die Hebräer nicht so gute Juristen waren, wie die Inder und die Römer und sich daher in ihren poetischen Erzählungen nicht immer so durchsichtig ausdrücken, wie diese. Wer darum die juristische Gestaltung trotz der ungenauen Wortform richtig erkennen will, muß den Juristen hören; denn nur dieser kann in der unrichtigen Fassung den zu Grunde liegenden instinktiv waltenden Rechtsgedanken entdecken.

5. Das Recht der Guato am oberen Paraguay.

Mein ehemaliger Schüler, Dr. Max Schmidt, hat in den Jahren 1900 und 1901 auf einer Reise in Südamerika die Guato näher erforscht und wir entnehmen seiner Darstellung (Indianerstudien in Zentralbrasilien, Berlin 1905, S. 269 f., 312 f.) folgendes:

Die Guato haben Häuptlinge mit Erblichkeit und männlicher Nachfolge; daneben scheint eine Volksversammlung bestanden zu haben, die von Zeit zu Zeit von den Häuptlingen berufen wurde. Von einer rechtsprechenden Macht der Häuptlinge scheint wenig vorzukommen.

Das Privateigentum hat sich bereits in hohem Maß entwickelt und wird selbst da durchgeführt, wo mehrere Familien zusammenwohnen: dies gilt wenigstens, was das Eigentum an beweglichen Sachen betrifft; erworben wird es durch Okkupation und Erarbeitung.

Dagegen bietet das Familienrecht noch altertümliche Züge. Von der Gruppenehe finden wir noch 1. den Satz, daß der Ehemann, wenn seine Frau kinderlos bleibt oder stirbt, auf ihre jüngere Schwester Anspruch hat. 2. Vater und Vater-Bruder, Mutter und Mutter-Bruder, stehen sich insofern gleich, als das Wort für Vater und Mutter durch Verdoppelung der Stämme Pa und Me, welche die Benennung für Vater- und Mutter-Bruder sind, gebildet wird: also Vater-Bruder gleich Pa und Vater gleich Papa, Mutter-Bruder gleich Me, Mutter selbst gleich Meme; was begreiflich ist, denn der Vater ist gleichsam der Doppelvater, stärker mit dem Kinde verbunden als der Vater-Bruder, und das gleiche gilt von der Mutter in Vergleich zum Mutter-Bruder. Die Verdoppelung hat hier dieselbe Bedeutung, wie wenn bei manchen Völkern der Vater der große, der Vater-Bruder der kleine Vater genannt wird ¹⁾. Ferner ist das Wort für Vetter gleich dem für Bruder, und zwar älterer Vetter Tschina = älterem Bruder und jüngerer Vetter Didahir = jüngerem Bruder. Leider konnte ich nicht erfahren, ob dies nur von solchen Vettern gilt, die von zwei Brüdern oder von zwei Schwestern abstammen, oder auch von dem Falle, wo der eine Vetter von einem Bruder, der andere von einer Schwester abstammt. Ich darf wohl das erstere annehmen; jedenfalls war es das ursprüngliche, wenn auch vielleicht später der Unterschied etwas verwischt wurde.

¹⁾ Es ist derselbe seelische Vorgang, der dazu geführt hat, die Vergangenheit durch Reduplikation zu bezeichnen: was geschehen ist, ist doppelt gewiß; es ist als Geschehenes erkannt worden und es wird in seinen Nachwirkungen weiter erkannt.

XVI.

Eskimo und Gruppenehe.

Von

Josef Kohler.

Ueber das Recht der Eskimo habe ich schon anderwärts gehandelt und insbesondere dargetan, daß hier die Stammesverfassung so ziemlich untergegangen ist, daß dagegen bei ihnen, wie bei Indianerstämmen, die ehemalige gruppeneheliche Geschlechtsvereinigung wieder eintritt in Zeiten besonderer Feste und bei religiösen Anlässen. Vgl. darüber: Urgeschichte der Ehe S. 133, 137 f.

Neuerdings ist von Maß in der *Année sociologique* Bd. IX, p. 39 f. eine ausführliche Studie über die Stammesgestaltung der Eskimo veröffentlicht worden unter sorgfältiger Benutzung der Literatur, wobei natürlich die bekannten Werke von Egede und Rink, sodann aber vor allem auch die in den *Annual Reports* des ethnologischen Bureaus in Washington enthaltenen Materialien von Boas Bd. VI, Murdoch IX und Nelson Bd. XVIII, sowie neuere dänische Mitteilungen benutzt sind. Zur Betrachtung empfohlen sei insbesondere auch die dänische Darstellung des Werkes von Steensby, *Om Eskimo culturens oprindelse* (Kopenhagen 1905). Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß die morphologische Gestaltung der Eskimostämme zwei streng verschiedene Typen aufweise, wonach jeweils ein Sommervolk und ein Wintervolk zu unterscheiden sei; die Unterschiede des Lebens der Eskimo im Winter und Sommer gäben sich nicht nur äußerlich kund, — sofern das

Volk im Winter zusammengedrängt in großen Erd- oder Schneehäusern wohne und zu gleicher Zeit auch seine allgemeinen Dorfhäuser, Kaschimbütten habe, im Sommer aber in Zelten und zwar in Einzelfamilien getrennt lebe, — sondern die Bevölkerung sei auch in beiden Fällen nach ganz anderen Lebensgrundsätzen eingerichtet: zur Sommerzeit hätte sie die Einrichtung der Einzelfamilien und zwar mit vaterrechtlicher Gestaltung, im Winter dagegen wäre sie in Gruppen zusammen, und diese Gruppen führten ein Leben der Gruppenehe. Ueber letztere sagt der Verfasser p. 100 etwas sehr Beherzigenswerthes, was von tiefem Verständnis zeigt:

„Ajoutons enfin que ces différentes fêtes s'accompagnent toujours et partout de très importants phénomènes de licence sexuelle. . . . Or le communisme sexuel est une forme de communion, et peut-être la plus intime qui soit. Quand il règne, il se produit une sorte de fusion des personnalités individuelles les unes dans les autres. — Nous voilà bien loin de l'état d'individuation et d'isolement où vivent, pendant l'été, les petits groupes familiaux dispersés sur d'énormes étendues de côtes.

Bei dieser ganzen Betrachtungsweise aber sind die Unterschiede der Sommer- und Winterzeit sicher stark übertrieben. Die Winterzeit ist eben bei den Eskimo die Zeit der heiligen Feste, die bei den Naturvölkern meist an gewisse Jahrestermine gebunden sind, in der Art, daß die Zeiten theils mit der Weise ihres wirtschaftlichen Lebens zusammenhängen, theils mit ihrem Naturglauben und Naturmythus; und so ist es bei den Eskimo der Gedanke an die untertauchende Sonne, der Gedanke an die Sedna und an die ihre Lebensschicksale begleitenden furchtbaren Stürme, welcher in Verbindung mit der besonderen Weise des winterlichen Lebensunterhaltes bewirkt, daß gerade in diese Zeit die heiligen Festtage fallen, in der das Volk sich in ursprünglicher Sitte vereinigt. Ist aber dem so, so ist diese Vereinigung nur ein Fall der ganz allgemeinen Erscheinung, daß, wenn Völker aus dem gruppen-

ehelichen Leben hervorgewachsen sind, sie bei ihren festlichen Zusammenkünften wieder zum gemeinsamen (kommunalen) gruppenehelichen Leben zurückkehren, ohne daß man deshalb annehmen dürfte, daß die morphologische Gestaltung des Volkes eine grundsätzlich andere wäre.

Es ist hier dieselbe Erscheinung, die wir anderwärts kennen; so bei den Indianern, vor allem aber auch bei den Australnegern. Aus allen neuen Berichten geht hervor, daß diese Stämme zwar vielfach den Kommunismus des Geschlechtslebens aufgegeben und eine Art einzelpersönlicher Familien gegründet haben, daß aber immer noch von Zeit zu Zeit das ursprüngliche gemeinsame Leben wieder auftaucht. Ich verweise in dieser Beziehung, was Indianer und Eskimo betrifft, auf meine Ausführung in der Urgeschichte der Ehe S. 139 f.:

„Sehr gebräuchlich ist eine orgienhafte Ungezwungenheit im sexuellen Umgang bei gewissen Feierlichkeiten und Weihefesten, was sicher auf ehemalige Verhältnisse der Weiber- und Männergemeinschaft hindeutet.“

„Bei den Mandan werden, wenn es an Jagd gebricht, Feste gefeiert, wo man die Frauen den alten Männern überläßt; und bei der Aufnahme in den Geheimbund wird die Frau dem Initiator preisgegeben.“

„Ebenso werden von kalifornischen Stämmen solche ausgelassene Verhältnisse bei Feierlichkeiten bestätigt.“

„Namentlich aber treffen wir im Norden derartige kommunale Orgien; so bei den Aleuten und insbesondere bei den Innuit (Eskimo): bei gewissen Festlichkeiten mischen sie sich kraft ihres religiösen Brauches unterschiedslos, und in Ostgrönland findet sich das Lampenlöschungsspiel, wo dann solche Dinge vorkommen.“

„Die Preisgebung der Frauen nach sakralen Grundsätzen ist gleichfalls verbreitet: die Frau wird dem Priester hingegen, der sie statt ihres ganzen Stammes deflorit oder begattet.“

„In oberkalifornischen Stämmen mußte sich die Frau jedem Zauberer, dem sie begegnete, überantworten.“

„Bei den Eskimo muß sich die Frau, namentlich wenn sie unfruchtbar ist, dem Angekok preisgeben, und die Kinipetueskimo haben ein förmliches *jus primae noctis*.“

Und was die Australneger angeht, so vgl. Zeitschr. XIX, S. 131:

„Die ursprüngliche Gruppenehe zeigt sich namentlich darin, daß bei gewissen Festlichkeiten die Eheschranken gebrochen und diejenigen, die einander heiraten dürfen, die also im erlaubten Familienverhältnis zueinander stehen, miteinander geschlechtlich umgehen. Das wird von den verschiedensten Stämmen übereinstimmend erzählt (vgl. p. 193, 195, 217)¹⁾, und zwar gilt dies namentlich bei gewissen feierlichen Gelegenheiten, in Zeiten der Not u. s. w., wo ja überhaupt die alten Gebräuche gegenüber den neuen hervortreten.“

Ja, aus den neueren Beobachtungen der Australneger geht hervor, daß sie bei gewissen Bräuchen in eine noch frühere Zeit, in die Zeit des alten Hetärismus zurückgreifen, so daß selbst nächste Verwandte sich miteinander mischen (Zeitschr. XVII, S. 270 f.); und daß dies urgeschichtliche Rückerinnerungen sind, zeigt die Verbindung mit dem ganzen Alcheringamythus, in welcher Beziehung auf das dort entwickelte und auf Spencer und Gillen verwiesen werden muß.

Allerdings wird bei den Eskimo dieser Unterschied zwischen Sommer- und Winterzeit noch gesteigert durch die besondere Art des Totemismus oder Tabuismus. Die Eskimo haben fast durchgängig keinen Geschlechtertotem mehr: sie leben nicht als Geschlechter, sondern in Ortschaften zusammen, und ihr Gedanke geht nicht mehr dahin, daß der Geist des Verstorbenen in einen Sohn oder Enkel, sondern daß er in die Seele dessen übergeht, der eben um diese Zeit in der Ortschaft geboren wird. Außerdem waltet ein zeitlicher Totemismus in

¹⁾ Nämlich bei Howitt, *Native tribes of South East Australia* (1904).

der Art, daß das Kind gerade demjenigen Totem verfällt, der den Monat seiner Geburt regiert, und auf diese Weise kommt es, daß die im Sommer und die im Winter geborenen Kinder in einem gewissen totemistischen Gegensatz zueinander stehen.

Das alles hindert aber nicht, daß, was die organisatorische Gestaltung des Volkes angeht, die Einzelehe herrscht, und zwar mit Frauenkauf, wobei auch die Kinderverlobung nicht fehlt, vgl. Boas: *Annual Reports* VI p. 579 und Nelson XVIII, p. 291; und was die Exogamieregeln betrifft, so bemerkt Boas, daß die Ehe zwischen Bruder und Schwester, zwischen Tante und Neffen, Onkel und Nichte und zwischen Cousins verboten sei, Boas p. 579; während Nelson sagt, daß Cousins und ebenso entferntere Verwandte untereinander heiraten XVIII, p. 291: der Widerspruch wird sich dahin aufklären, daß bei Boas solche Cousins, die beide von Brüdern oder beide von Schwestern abstammen, gemeint sind, bei Nelson aber solche, bei denen der eine von einem Bruder, der andere von einer Schwester abstammt; denn beide Arten von Cousins werden von den gruppenehelichen Zeiten her streng unterschieden, und der Unterschied dauert bis in die späteren Geschlechter fort. Im übrigen ist die Familie sicher vaterrechtlich, was sich auch darin zeigt, daß die Frauen ausgeliehen werden, Boas p. 579; doch besteht noch der mutterrechtliche Brauch, daß die Neuverheirateten (wenigstens bei den Zentraleskimo) zuerst zur Familie der Frau ziehen, und erst dann, wenn die Schwiegereltern tot sind, völlig selbständig werden, so Boas p. 579.

Alles dieses beweist eine vollständig individuell-eheliche Gestaltung der Verhältnisse, und diese besteht an sich in der Sommer- wie in der Winterzeit. Nun leben allerdings in der Winterzeit mehrere Familien in einer und derselben unterirdischen Wohnung (jeweils durch Verschlüsse getrennt), und der Nahrungskommunismus, der während der Sommerzeit mehr nur die Familie berührte, erstreckt sich jetzt auf das ganze Haus. Vor allem aber findet hier bei den Festlichkeiten der

Geschlechterkommunismus statt, der von den verschiedensten Forschern geschildert wird, so bei den von Boas näher nachgewiesenen Maskenfesten VI, p. 605, so bei anderen Gelegenheiten, bei dem Lampenlöschungsspiel u. a. Dies ist aber nicht eine neue morphologische Gestaltung, sondern eine zeitweise Wiederkehr altertümlicher gruppenehelicher Zustände.

Wesentlich ist die Frage, ob bei diesem gemeinsamen Geschlechtsumgang die Verwandtschaftsschranken aufrechterhalten werden oder nicht. Eine ausdrückliche Erklärung hierüber haben wir bei Holm, meddelelser om Grønland X, p. 98.

„En Mand holder midlertid ikke af, at andre end den, han officielt holder Bytte med, sover hos konen. Om Vinteren ved Lampeslukningsleg hersker derimod tilsyneladende fuldstændig Frihed. Men saavel ved denne som ved en nysnaevnte konebytning er der selvfølgelig de samme Begrænsninger ved Blodets Baand som ved Indgaaelsen of Aegteskab.“

Hiernach wäre die Frage zu bejahen, wahrscheinlich aber doch nur in der Theorie, da bei dem Mangel an individueller Erkenntlichkeit nach der Lampenlöschung wohl auch Dinge vorkommen mögen, die den Vorstellungen über die Geschlechtsschranken widersprechen. Das scheint insbesondere aus der Erzählung von Rink: Eskimoishe Eventyr og Sagn (1860) über Sonne und Mond (Nr. 54) hervorzugehen, wo das Weib, das später die Sonne wird, sich über den unbewußten Umgang mit dem Bruder entsetzt und sich die Brust abschneidet.

Bemerkenswert ist noch, daß sowohl die Adoption als auch die Blutsbrüderschaft sehr häufig vorkommt, wovon die Adoption sich aus dem Uebergange von dem gruppenehelichen zu einzelehelichen Verhältnissen von selber erklärt, während die Blutsbrüderschaft mit Frauengemeinschaft, wie sie uns insbesondere Nelson XVIII, p. 292 schildert, eine künstliche Wiedererweckung ehemaliger gruppenehelicher Verhältnisse ist.

Jedenfalls aber bieten die Eskimo wieder einen deutlichen Beweis für das ursprüngliche Bestehen der Gruppenehe. Und was das Wesen dieses Instituts betrifft, so findet sich in den

obigen Worten des Verfassers eine äußerst klare Anschauung: die Gruppe ist ursprünglich alles, der einzelne nichts, die Gruppe heiratet, und nicht der einzelne, und das Kind gehört der Gruppe, nicht dem einzelnen Paare. Das gibt mir Veranlassung, mich noch einmal gegen Durkheim zu wenden, der in demselben Bande der *Année sociologique* p. 379 wiederum meine Aufstellung bekämpft hat. Wenn er seinerzeit den Einwand als bedeutungsvoll darstellte, daß die Abstammung von der Mutter sicher sei und darum zwar in Bezug auf die Vaterschaft, aber nicht in Bezug auf die Mutterschaft eine Mehrheit von möglichen Erzeugern angenommen werden könne, so scheint er diesem Argumente keine Bedeutung mehr beizulegen, fährt aber fort, mir entgegen zu halten, daß man wohl unterscheiden müsse zwischen der Vater- und Mutterschaft im Sinne des Rechts und der Vater- und Mutterschaft im Sinne der natürlichen Abstammung. Die klassifikatorischen Verwandtschaftsbenennungen könnten aber nur auf einer juristischen Grundlage beruhen, nicht auf der Abstammung, denn die Abstammung sei doch immer nur eine Abstammung von einem Vater und einer Mutter. Ich muß wiederum entgegenhalten, daß dies auf einem Mißverständnis der früheren Denkungsweise der Völker beruht. Richtig ist, daß bei den Völkern auch künstliche Verwandtschaften eine Rolle spielen, allein nirgends hat die Familie damit angefangen, und die künstlichen Verwandtschaften waren meist mehr oder minder Anknüpfungen an die Abstammung von Natur aus. Was aber die letztere betrifft, so ist der Gedanke der Völker der: man ist das Kind derjenigen Personen, aus deren Ehe man kraft der natürlichen Abstammung hervorgegangen ist; und ist daher die Ehe eine Gruppenehe, indem eine Gruppe von Männern eine Gruppe von Frauen heiratet, so ist das Kind kraft Abstammung das Kind aller durch diese Ehe verbundenen Personen. Dem steht nicht entgegen, daß das Kind immer nur von der einen Mutter geboren ist; denn immerhin ist es aus der Gruppe geboren und stammt es

von der Gruppe ab. Die Gruppe ist eine Einheit, und was von einer Frau der Gruppe geboren ist, das ist Fleisch und Blut dieser Gruppe; ich habe bereits (Zeitschr. XVII, S. 279) zur Verdentlichung das Bild gebraucht²⁾: Wenn eine Frau eine Mehrheit von Geburtsorganen hätte, so wäre ein jedes Kind ihr Kind, das aus einem dieser Organe stammte, und ebenso ist das Kind kraft Abstammung ein Kind der Gruppe, wenn es auch nur aus einem Geburtsorgan der Gruppe, aus dem der einen Frau der Gruppe, herrührt. Damit glaube ich mich nun klar genug ausgedrückt zu haben, um nicht wieder Mißverständnissen zu unterliegen.

Wenn man etwa annehmen sollte, daß diese Anschauung eine künstliche sei, so beweist man damit nur, daß man sich in die ursprüngliche Denkungsweise noch nicht hineingelebt hat, die sich ja noch jahrhundertlang dadurch kundtut, daß nicht der einzelne aus seinen Taten haftbar wird, sondern die ganze Gruppe für die Tat des einen einstehen muß; denn die Tat des einen ist die Tat der Gruppe. Und wenn man schon entgegengehalten hat, daß die von Morgan und Dorsey berichteten gruppenehelichen Bezeichnungen wohl einen anderen Ursprung haben könnten, so ist entgegenzuhalten, daß

1. irgend eine andere plausible Erklärung weder gegeben worden ist, noch sich sonst auffinden läßt, denn was Schriftsteller, wie Westermarck hierüber aufgestellt haben, kann nicht ernst genommen werden.

2. Es ist namentlich durch Dorsey nachgewiesen, daß bei den Omaha der gruppenehelichen Benennung eine wirkliche Gruppenehe im Leben entspricht, in der Art, daß, wo Frauen als die Ehefrauen eines Mannes durch die Sprache bezeichnet werden, eine derartige eheliche Verbindung auch wirklich im Leben besteht, und dies gilt bei so komplizierten Verhältnissen, wie sie die Omaha aufweisen!

²⁾ Zu Unrecht läßt Durkheim (p. 379) bei Erwähnung meiner Stelle gerade diesen vor allem das Verhältnis kennzeichnenden Satz weg.

Aehnliches bestätigt uns Fletscher im Globus 73, S. 256 f. Damit ist die Annahme, daß die sogen. klassifikatorischen Verwandtschaftsnamen auf gruppenehelichen Verhältnissen beruhen, nicht nur hypothetisch, sondern sicher nachgewiesen; und daß das Kind bei den Omaha das Kind aller dieser Frauen ist, die dem Manne als Ehefrauen zugewiesen sind, obgleich es nur von einer geboren wurde, beruht auf dem obigen gruppenehelichen Gedanken, daß das Kind der einen Gruppenfrau kraft Abstammung das Kind der Gruppe und damit das Kind aller Gruppenfrauen ist.

Jeder Schritt in der Erkenntnis der Familiengestaltung der Naturvölker ist ein neuer Beweis für die gruppeneheliche Theorie.

Literatur.

1. Kurze Besprechungen

von Josef Kohler.

Mischler & Ulbrich, Oesterreichisches Staatswörterbuch (1904).

Von enzyklopädischen Werken ist zunächst dieses österreichische Staatswörterbuch hervorzuheben, von dem ein bedeutender Teil vorliegt — bis zu dem Worte Handel. Das Werk bietet eine außerordentliche Fülle von Belehrung. Ich verweise vor allem auf die Artikel über das Agrarrecht, über das Anerben- und Höferecht (das in Oesterreich durch Gesetz vom 1. April 1889 geregelt ist); ferner auf den Artikel Aktiengesellschaft, worin wir erfahren, daß im Jahre 1900 in Oesterreich 40 Aktienbanken, 23 Versicherungsaktiengesellschaften, 107 Eisenbahngesellschaften und 422 Industrieaktiengesellschaften bestanden. Sodann ist wesentlich der Artikel über Arbeiterrecht, der wiederum vom Arbeitervertrag, Tarifvertrag, Koalitionen, Arbeiterschutz, Arbeitsversicherungen handelt; sodann die Artikel über Gewerbe und Handel u. a.

Block, Maurice: Dictionnaire de l'administration française (1905).

Dieses Lexikon der Verwaltung und des Verwaltungsrechts, in jeder Beziehung tüchtig ausgearbeitet, verdient besondere Erwähnung. Ich greife nur einige Artikel heraus, wie z. B. über Automobile und ihre polizeiliche Behandlung, über die Verwaltung von Algier, Tunis, über Telegraphie und Telephonie u. s. w. Die 5. Auflage ist von Maguéro bearbeitet.

Fragapane, Il problema delle origini del Diritto

handelt in bedeutsamer Weise von der Kennzeichnung von Recht und Gerechtigkeit, von der Entstehung der verschiedenen Rechtsformen in den verschiedenen sozialen Gruppierungen unter

lehrreicher philosophiegeschichtlicher Entwicklung. Insbesondere weist er mit Recht auf die Leistungen Vicos hin, der die Tat Hegels und Savignys vorahnte, aber bei seiner Zeit kein Verständnis fand.

Rivaltà, *Il rinnovamento della Giurisprudenza Filosofica* (Leo XIII. gewidmet),

bringt viel Beachtenswertes über die Bedeutung der scholastischen Philosophie; besonders ist das 8. Kapitel über die Ontologie des Rechts hervorzuheben. Mit Fug wendet er sich S. 202 gegen die Uebertreibung Jherings im Kampf ums Recht und gegen die Verwirrung, die dadurch hervorgerufen wird, daß man die Substanz des Rechts mit der äußeren Verwirklichung verwechselt.

Anzilotti, *La filosofia del diritto* (Firenze 1892),

führt treffend aus, daß die soziologischen Forschungen zwar eine reiche Grundlage für die Rechtsphilosophie bieten, aber solche nicht erschöpfen und nicht ersetzen.

In seiner Schrift über die *Notions fondamentales du droit civil* (1892) entwickelt van Bemmelen, ehemaliger Richter an dem gemischten Gericht in Aegypten, später Rat am höchsten Gerichtshof der Niederlande, eine Reihe fruchtbarer Ideen über das Recht, seine Entstehung, seinen inneren Charakter und namentlich sein Verhältnis zur Moral. Besonders interessant sind die bereits im Jahre 1892 geschriebenen Ausführungen gegen Jherings Rechtsphilosophie, welche trotz ihrer Schwäche und Dürftigkeit damals noch die Welt blendete. Es bedarf in der Tat nur einer geringen Betrachtung der Geschichte des Rechts, um zu erkennen, wie ungenauer das ethische und das dem Ethischen zu Grunde liegende religiöse Element in der Geschichte der Gesetze gewirkt hat. Die merkwürdige Idee von der Entstehung der Gastfreundschaft oder des Rechts der Gastfreundschaft bei den Phöniziern mußte jedem die Augen öffnen, — als ob nicht auch schon die Australnegere Gastfreundschaft gekannt hätten!

Bergbohm, *Jurisprudenz und Rechtsphilosophie* (Leipzig 1902), ist ein eifriger Gegner jenes Dualismus, der ein natürliches Recht neben das positive setzen möchte. Seine Ausführungen sind aber nur sehr teilweise zutreffend. Es ist unrichtig, daß das positive

Recht keine Lücken habe, die ergänzt werden müßten¹⁾, und was das Naturrecht betrifft, so besteht allerdings kein ewiges und unwandelbares Recht, sondern es bestehen nur Postulate des Rechtsgefühls, die natürlich nicht von selbst erwachsen, sondern durch die in unserer Kulturwelt mannigfach erregten seelischen Bestrebungen hervorgerufen worden sind. Diese Postulate aber sind die Triebkräfte des Rechts, wenn es auch richtig ist, daß sie erst dann zum Recht werden, nachdem sie durch Rechtsgebrauch oder Gesetz ihre Betätigung gefunden haben. In dieser Beschränkung aber müssen sie in vollstem Maße Anerkennung finden.

Gnaeus Flavius, Der Kampf um die Rechtswissenschaft (Heidelberg 1906).

Unter diesem Decknamen spricht ein höchst moderner Jurist über die Ziele unseres heutigen Rechts und betont in einer allerdings übertreibenden Weise die Berechtigung der Wissenschaft und der Gerichte zur Schöpfung von Rechtssätzen. Das Recht ist nichts Ruhendes, es ist in steter Bildung begriffen, und wir haben es nicht etwa bloß anzuwenden, sondern fortzubilden. Das sind Gedanken, die heutzutage immer allgemeiner werden, aber allerdings vergißt man, daß ich seinerzeit in meinem Werke „Shakespeare vor dem Forum der Jurisprudenz“ einer der ersten war, der diese Aufgabe der Gerichte darlegte und den weltgeschichtlichen Prozeß, wonach die Rechtsprechung stets über ein veraltetes Recht hinwegkommen wird, aufgewiesen hat. Darum hatte ich auch der Angriffe mehr als nötig zu erfahren; und als Jhering, den man für einen Modernen hielt, sich dagegen erklärte, so glaubten andere ohne weiteres berechtigt zu sein, auf mich los oder über mich hinwegzuräsonieren. Es zeigt sich auch hier, wie die richtigen Ideen zum Siege gelangen; nur daß derjenige stets zu leiden hat, der seiner Zeit um ein Vierteljahrhundert vauseilte.

Nicht so weit geht Goldmann, Der Richterstand und die sozialen Aufgaben der Gegenwart (Berlin 1906); vielmehr hebt er ausdrücklich hervor, daß der Richter an das Gesetz gebunden sei; jedoch betont auch er, daß die sozialen Aufgaben der Zeit dem Richter nicht fern bleiben dürfen und daß sie der Prozeßrichter,

¹⁾ Vgl. hiergegen Lehrbuch des bürgerl. Rechts I S. 82.

namentlich aber der Richter der freiwilligen Gerichtsbarkeit bedeutungsvoll in sich aufnehmen müsse.

Kuhlenbeck, L., *Natürliche Grundlagen des Rechts und der Politik*,

bringt eine Reihe geistreicher Essays über die Entwicklungsgeschichte der Menschheit und betont den Zusammenhang zwischen Recht und Biologie. Er verfolgt diesen Zusammenhang von den Anfängen der Menschheit an bis in die neuere Zeit und spricht hier auch ausführlich von den neuen Bestrebungen, das Eherecht nach den Grundsätzen der natürlichen Auslese umzugestalten; daß diese Reformvorschläge im höchsten Grade einseitig sind, und daß die Ehe auch nach anderen Richtungen als nach der Richtung der Fortpflanzung in Betracht kommt, wird von ihm richtig bemerkt. Wenn er mir auf S. 67 vorhält, daß ich die notwendige Objektivität gegenüber Jhering vermissen lasse (?), so erkennt er anderseits selbst an, daß der Utilitarismus die Ethik nicht begründen kann, womit von selber der ganzen Jheringschen Theorie das Wort gesprochen ist.

Reuterskiöld, *Ueber Rechtsauslegung* (Leipzig 1899),

bezeichnet die Tätigkeit der Auslegung als die logische Operation, wodurch das Auslegungsobjekt in die richtige Beleuchtung, d. h. in seine Rechtsumgebung und seinen richtigen Zusammenhang, auf seinen rechten Platz gestellt werden solle. Es handelt sich also darum, dasjenige, was die Sprache ausdrücken will, richtig zu erkennen, und dazu ist natürlich die Logik erforderlich, aber nicht diese allein. Die Abhandlung benutzt die deutsche Literatur aufs eingehendste, erwähnt aber auch in dankenswerter Weise die nordischen Arbeiten, die sich auf die Frage beziehen.

Moeller, *Die Trennung der deutschen und der römischen Rechtsgeschichte* (Weimar 1905),

befaßt sich in einem besonderen Kapitel mit der Universalrechtsgeschichte, und zeigt, daß sie schon in Leibniz ihren Vertreter hatte, dann aber namentlich im 19. Jahrhundert unter dem Einfluß der Hegelschen Philosophie erkeimte. Grolmann, Feuerbach und Mittermaier wandten ihren Fleiß an fremde Rechte, ohne je-

doch in dieser Beziehung methodisch klar zu arbeiten. Namentlich ist Mittermaier ein ständig hin und her treibendes Rohr ohne wissenschaftliche Festigkeit: seine Arbeiten sind prinziplos und moluskenhaft; anders schon Gans in seiner Universalgeschichte des Erbrechts, die allerdings ersticken mußte, weil es dem Verfasser an den nötigen Vorarbeiten fehlte. Daß die methodische Rechtsvergleichung mit Bachofen anhebt, habe ich seinerzeit dargetan und wird wohl kaum mehr bestritten werden: Alles andere war bloßer Versuch und nicht in der Lage, die Grundlage zu bieten für das Gebäude, welches künftig die vergleichende Rechtswissenschaft darstellen wird. Im übrigen ist der Verfasser zwar den Bemühungen unserer Wissenschaft nicht abgeneigt, behandelt sie aber doch nicht mit derjenigen Zuneigung, die man erwarten könnte, insbesondere wenn man bedenkt, wie heutzutage durch Fragebogen und andere Einrichtungen die Mittel geschaffen werden, um uns ebenso sicheres wie reichliches Material heimzubringen.

Arbeiten des Instituts Solvay für Soziologie.

Im Jahre 1902 wurde von Ernst Solvay eine Anstalt für Soziologie gegründet mit einem Laboratorium für soziologische Untersuchungen. Aus diesem Institut ist bereits eine Reihe von Arbeiten hervorgegangen, die zum Teil erfreuliche Förderungen der Wissenschaft enthalten; Arbeiten, die es sich zur Aufgabe setzen, klarzulegen, daß in der organischen Welt neben den Einzelwesen die Gesamtheiten und die Gesamtbeziehungen ihre ausschlaggebende Bedeutung haben, und die es versuchen, den verschiedenen Formen dieser Gesamtbeziehungen und der Art ihrer Betätigung nachzugehen. Die Arbeiten sind teilweise Behandlungen neuzeitlicher Probleme, wie z. B. die von Brees: *Les Régies et les concessions communales en Belgique*, Leener: *Ce qui manque au Commerce Belge d'exportation*, Fromont: *Une expérience industrielle de réduction de la journée de travail*; ebenso die Studie von Prins: *De l'esprit du gouvernement démocratique*. Teilweise gehen sie auf die inneren Probleme der Soziologie über; so eine Studie von Waxweiler: *Esquisse d'une sociologie*, von Petrucci: *Les origines naturelles de la propriété und Origine polyphylétique, homotypie et non comparabilité directe*, und von Houzé: *L'Aryen et l'anthroposociologie*. Hier sei insbesondere hingewiesen auf die

Darstellung über die Entstehung des Gesamtbewußtseins in der Waxweilerschrift über die Soziologie S. 248 f. und sodann auf die Ausführungen von Petrucci über die Eigentumsentwicklung: der Gedanke der Verknüpfung zwischen der Person und einem Teil der Außenwelt findet sich auch im Tierreich und zwar in der Gestalt des familiären, kollektiven, aber auch des individuellen Eigentums; Petrucci untersucht diese Formen bei verschiedenen Tierklassen und kommt zum überzeugenden Nachweis, daß hier die mannigfaltigsten Entwicklungsstufen der Eigentumsidee zum Ausdruck gekommen sind, daß viele Tiere beispielsweise kollektive Wohnstätten haben, andere wieder völlig individuell gewählte und individuell behütete und verteidigte Unterkunftsplätze besitzen, während die familiär lebenden Tiere sich ihr Familienheim gründen. In gleich belehrender Weise sucht Petrucci in der anderen Schrift: „Origine polyphylétique, homotypie et non comparabilité directe“ die Gruppenbildungen unter den Tieren zu kennzeichnen und beweist auch hier, daß die verschiedensten Formen und Bildungen vertreten sind. Daß manche dieser Gruppenformen bei den Tieren höher stehen als die bei gewissen Naturvölkern, ist keine Frage: das ist längst hervorgehoben, beweist jedoch nichts gegen den Menschen; das eingehende Studium dieser Erscheinungen aber und ihrer Zusammenhänge ist für die Menschensoziologie und für die Rechtsgeschichte im höchsten Grade belehrend: es ist sicher, daß die häufige Behauptung der Unmöglichkeit gewisser soziologischer Erscheinungen im Menschenreich auf Grund dessen, daß im Tierreich sich bereits darüber hinausgehende Lebensformen gestaltet haben, völlig unrichtig ist. Ueberhaupt sind diese wie alle derartige Beziehungen der mannigfachsten Art; sie hängen nicht bloß mit der seelischen Verfassung, sondern auch mit der ganzen Lebensweise und den umgebenden Umständen zusammen.

Hildebrand, Recht und Sitte auf den verschiedenen wirtschaftlichen Kulturstufen (Jena 1896),

setzt seine wirtschafts- und rechtsgeschichtlichen Studien fort. Ueber seine Schrift: Problem der allgemeinen Entwicklungsgeschichte des Rechts (1894) habe ich anderwärts ausführlich gehandelt³⁾ und ge-

³⁾ Jurist. Literaturblatt VII S. 197.

zeigt, daß der Verfasser auf unrichtigem Wege geht und darum nicht zu haltbaren Ergebnissen gelangen kann.

Flach, Jacques, Leviratshe und Blutverwandtschaft (Berlin 1899).

Die Ausführungen des Verfassers sind dankenswert; doch muß hervorgehoben werden, daß die Leviratshe kein einfaches, sondern ein mannigfaches Institut ist, welches aus verschiedener Grundlage hervorgehen und einem verschiedenen Gestaltungsprinzip dienen kann. Den Hinweis, daß, wenn eine Frau einmal von einem Manne geboren hat, die Einwirkung dieses Mannes auch noch dann fort dauert, wenn sie mit anderen Männern Kinder zeugt, und die physiologische Parallele dieser Erscheinung zum Leviratsrecht habe ich übrigens schon längst in einem Aufsatz in der Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft III S. 395, gegeben, was der Verfasser übersehen hat.

Grosse, Ernst, Die Formen der Familie und die Formen der Wirtschaft (1896),

bietet, da die richtige geschichtliche Methode fehlt, wenig ergiebiges. Man vergleiche beispielsweise die ganz verfehlten Ausführungen S. 42 über die ehemalige Geschlechtsgemeinschaft; der Verfasser folgert, wie manche andere, so: wenn diese einst bestand, so müßten die niedrigsten der gegenwärtigen Völker sie noch heute haben. Eine solche Folgerung zeugt aber von völliger Methodelosigkeit: denn gerade die niedrigen Völker haben, was die Eheverhältnisse betrifft, oft die mannigfaltigsten Wandlungen durchgemacht. Die Behauptung, daß die Annahme einer Promiskuität eine Jugendsünde der Soziologie sei und die Beziehung auf ein so grundverfehltes Buch wie Westermarck, richtet sich von selbst. Ueber diese Art von Rechtsvergleichung können wir hinweggehen.

Mommsen, Theodor, Zum ältesten Strafrecht der Kulturvölker (Leipzig 1905).

Ueber diese von Mommsen angeregte, nach seinem Tod herausgegebene Sammlung habe ich schon anderwärts ausführlicher berichtet¹⁾ und dargelegt, daß sie im einzelnen viel Schätzenswertes enthält, aber im großen ganzen deshalb verfehlt ist, weil auf der

¹⁾ Literaturzeitung 1905 S. 1828.

einen Seite die rechtsvergleichende Leitung fehlte, und auf der anderen Seite die Ergebnisse der von Nichtjuristen beigebrachten Darstellung nicht juristisch verarbeitet sind. Das gilt insbesondere von dem Beitrag von Goldziher über den Islam.

Der tüchtige Forscher Steinmetz

bringt in dem Werk über Rechtsverhältnisse von eingeborenen Völkern die Berichte nach dem seinerzeit von Post ausgearbeiteten Fragebogen. Ich habe darüber schon im Jurist. Literaturbl. XV S. 100 f. ausführlicher gesprochen. Die Antworten bieten eine Reihe bedeutsamer Auskünfte, und das Werk reiht sich den Quellenwerken über die Rechte der Naturvölker würdig an.

Hermant, Paul, Evolution Economique et sociale und Les Coutumes et les conditions économiques (Brüssel 1904),

sucht mit vielem Einzelmaterial soziologische Verhältnisse australischer wie nordamerikanischer Völker darzustellen; da es aber an der richtigen rechtsgeschichtlichen Methode fehlt, so sind seine Ausführungen wenig ergiebig.

Wiener, Studies in biblical law (London 1904),

enthält einiges Belehrende, aber im ganzen ungeordnet und unmethodisch unter verfehelter Polemik gegen die moderne Bibelforschung.

Löw, Leopold, Gesammelte Schriften (Szegedin 1893),

umfaßt mehrere Abhandlungen; die wichtigste ist die über das talmudische Eherecht. Ich verweise beispielsweise auf die S. 235 f. gegebene lehrreiche Darstellung über die Entwicklung des talmudischen Ehescheidungsrechts aus dem alttestamentarischen.

Bertholet, Die Stellung der Israeliten und der Juden zu den Fremden (Freiburg 1896).

Während in Babylonien die Fremden in völlig weltmännischer Weise behandelt wurden, hat sich das israelitische Recht ihnen gegenüber erst allmählich zutraulich erwiesen. Der Fremde, der Ger, mußte sich einer Familie anschließen und ihren Schutz erwerben. Das Eheschließungsrecht mit Einheimischen fehlte ihm nicht; wahr-

scheinlich aber erfolgte die Ehe in der Art, daß der Fremde inmitten der Familie der Frau blieb und von ihr täglich und stündlich beherrscht wurde. Späterhin unterlag das Verhältnis mehrfach Schwankungen, bis der eindringende Hellenismus einen gänzlichen Umschwung zu bewirken schien; aber nur eine Zeitlang, denn durch die Makkabäer wurde dem siegreichen Fremdentum ein Damm entgegengesetzt, und so entstanden die zwei Richtungen der Saduzäer und Pharisäer, von denen die Pharisäer obsiegten. Ueber diese nicht nur für die Geschichte Israels, sondern auch für die allgemeine Geschichte höchst interessanten Erscheinungen finden wir reichliche Belehrung.

Farbstein, Das Recht der unfreien und der freien Arbeiter nach jüdisch-talmudischem Recht (Frankfurt a. M. 1896).

Bemerkenswert ist hier insbesondere die Darstellung des Talmudrechts über die Schuldknechte. Der Talmud suchte die aus dem Diebstahl hervorgehende Schuldknechtschaft (II Moses 22, 2) womöglich zu verdrängen und durch gewagte Auslegungen aus dem Leben zu entfernen. Dagegen wurde die vertragsmäßige Pfandlingschaft in der Art umgestaltet, daß der Pfandling sich für eine längere Zeit als 6 Jahre binden konnte. Offenbar entnahm der Talmud beides der damaligen Praxis; später ist auch die vertragsmäßige Schuldknechtschaft aus dem Leben verschwunden.

Dahlmann, Das Mahābhārata als Epos und Rechtsbuch (Berlin 1895).

Im Mahābhārata finden sich eine große Menge von Rechtsverhältnissen, oft sehr eingehend erörtert und von tiefgreifendem Einfluß auf die in dem Epos geschilderten Vorgänge. Eine zusammenfassende Darstellung dieser Rechtssätze ist für die Geschichte des indischen Rechts von Wichtigkeit und bietet dem Juristen das größte Interesse. Hervorgehoben seien darum die Erörterungen über das Niyoga, d. h. den Brauch, daß die kinderlose Witwe sich einem Verwandten des Mannes preisgeben mußte, um dem Verstorbenen Kinder zu zeugen: der etwas heikle Gebrauch war damals nicht mehr in harmloser Geltung, und das etwas kühne Mittel kam nur nach vieler Erwägung und als letzte Aushilfe in

Uebung. Sodann wird von dem Tochtersohn, dem Putrikā Putra, von der Familiengemeinschaft und von den verschiedenen Eheformen gesprochen. In Betracht kommt namentlich die Gandarvache, die Rakshasa (die Raubehe) und die Kaufehe (die Asurache). Eine merkwürdige Erscheinung ist die Ehe der Draupadi mit den fünf Brüdern: ein dem indischen Recht völlig widerstrebendes polyandrisches Verhältnis, das nur ein Ueberrest früherer Zeiten sein kann. Auch die Ehezeremonie der sieben Schritte „Saptapadi“ wird erwähnt; reicht sie doch bis in das Zeitalter des Rigveda hinein, und findet sie doch noch in deutschen Bräuchen ihr Ebenbild.

Ein Rechtsbuch liegt dem Mahabharata sicher nicht zu Grunde. Aber das indische Volk war, wie das römische, ein Volk des Rechts; darum werden wir in dem großen Epos immer wieder mit Rechtsfragen überschüttet: das Recht galt als die Grundlage der leiblichen und geistigen Ordnung.

Preux, Jules, La loi du Vinodol (Paris 1897).

Das Gesetz von Vinodol, ein kroatisches Rechtsbuch aus dem Jahre 1288 von der Küste des Adriatischen Meeres, gehört zu den interessantesten Ueberresten des altslavischen Rechtes; darüber soll anderwärts ausführlich gehandelt werden.

Shek, Adalbert, Allgemeines Gesetzbuch über Vermögen für das Fürstentum Montenegro (Berlin 1893).

Die Bedeutung dieses für das slavische Rechtsleben äußerst belehrenden Rechtsbuchs, dieses Meisterwerks von Bogisic, bedarf keiner weiteren Hervorhebung. Seine Kenntnis ist für die vergleichende Rechtswissenschaft unentbehrlich.

Timon, Akos von, Ungarische Verfassungs- und Rechtsgeschichte.

Die ungarische Verfassungs- und Rechtsgeschichte von Akos v. Timon ist durch meinen Schüler Schiller übersetzt und uns dadurch zugänglich geworden. Die Darstellung reicht in die Urzeiten des ungarischen Staatswesens hinein und schildert nicht nur die Art des Staatsverbandes und der Staatsverfassung, sondern auch das mittelalterliche Privatrecht. Ich verweise in dieser Beziehung vor allem auf die Geschichte der Eheschließung S. 343 f. und auf

die hier gegebene Mitteilung des Berichtes des persischen Schriftstellers Gurdézi. Danach war die Ehe eine Kaufehe: der Kaufpreis richtete sich nach dem Vermögen der Frau, denn die Frau brachte bereits einen Vermögensbeitrag mit, und das Rechtsverhältnis war bereits so gestaltet, daß der Kaufpreis mehr ein Kaufpreis für die Mitgift, als ein Kaufpreis für die Frau selbst war. Auch die ungarische Sprache zeigt völlig die Entstehung der Ehe aus dem Kauf: der Bräutigam ist ein kaufender, das heiratsfähige Mädchen ein verkäufliches Mädchen. Später wurde, wie gewöhnlich, der Kaufpreis zum Scheinpreis: an Stelle des Preises wurde das Handgeld überreicht in Gestalt des Verlobungsringes. Bereits zu Zeiten Ladislaus des Heiligen finden wir die lebenslängliche Leibzucht der Witwe bei unbeerbter Ehe, während sie bei beerbter Ehe in Gemeinsamkeit der Kinder im Hausvermögen sitzt, d. h. Mitgenuß hat, solange sie sich nicht weiter verhehelichen will.

Auch das Eigentum zeigt die Entwicklung aus dem Stammzum Geschlechtergut und von da zum Privateigentum. Aus dem Stammesgut wurde das Familiengut, indem es den Familien zur Eigenbenutzung gegeben wurde, bis sich daraus in üblicher Weise das Privateigentum entwickelte, während eine zweite Art des Privateigentums das vom König geschenkte Kronland war. Ueber diese Kronschenkungen wird uns ausführliche Mitteilung gemacht.

Das Testament war ursprünglich nur durch königliches Privileg gestattet, wenigstens soweit es sich um angeerbtes Gut handelte, während erworbene Güter der freien Verfügung von Todes wegen unterstanden. In den Städten wurde nicht selten ein allgemeiner Freibrief für die Testamentserrichtung erteilt.

Noch sei auf die Darstellung des Bürgschaftsrechts hingewiesen: der Bürgschaftsvertrag war ein Geiselvertrag und der Bürge haftete mit Leib und Leben. Auch der Gottespfennig läßt sich nachweisen und so verschiedenes andere. Daß auch das Strafrecht ursprünglich auf Blutrache und Komposition beruhte, wäre schon an und für sich wahrscheinlich, wird aber insbesondere durch ein Gesetz des Königs Ladislaus des Heiligen sicher bewiesen: hiernach soll der Richter in die Fehde der Parteien nicht eingreifen, sondern nur dann dazwischentreten, wenn die Parteien sich an ihn wenden. Doch im übrigen muß auf das inhaltsreiche Werk selbst verwiesen werden.

Swoboda, Heinrich, Beiträge zur griechischen Rechtsgeschichte (Weimar 1905),

bietet treffliche Einzeluntersuchungen, zunächst über die Aechtung und sodann über die Schuldknechtschaft im griechischen Rechte. Die Aechtung machte den Geächteten friedlos, ἀτιμος und zu gleicher ἀγώγμος; das letztere findet seine Erklärung in der Aehnlichkeit des germanischen Rechts: denn der Friedlose konnte nicht nur verletzt werden, sondern es galt als eine löbliche Tat, ihn vor Gericht zu bringen. Ebenso trefflich sind die Ausführungen über die Schuldknechtschaft: der κατακείμενος des griechischen Rechts ist, wie der Nexus des römischen Rechts, kein Sklave, sondern ein Pfandling, der nur relativ an seiner Freiheit einbüßt und daher durch Loskauf wieder frei werden kann; weshalb es begreiflich ist, daß der Schuldner, um den schweren Folgen der Personalvollstreckung zu entgehen, sich und seine Familie der Pfandlingschaft unterwarf. Auch über das Hypothekenrecht und das Grundeigentum im alten Griechenland finden sich belehrende Bemerkungen: es wird angenommen, daß schon zu Homers Zeiten das Privateigentum an Grund und Boden vollständig entwickelt war, daß aber das Testament erst unter Solons Zeiten aufkam. Auffallend ist es, daß meine Forschungen über Schuldknechtschaft in Shakespeare vor dem Forum der Jurisprudenz nicht beachtet worden sind.

Waszynski, Die Bodenpacht (1905).

Waszynski gibt auf Grund von über 100 griechischen Pachtverträgen aus der ptolemäischen, römischen und byzantinischen Zeit, sowie aus einigen kopitischen und demotischen Urkunden eine Darstellung der Bodenpacht in Aegypten. Es wird hierbei festgestellt, daß die Bodenpacht in der ägyptischen Periode nur ein Jahr währte, während die Griechen alsbald Pachtverträge für längere Dauer einführten. Schon in der Mitte der 8. Jahrh. v. Chr. finden wir eine Pacht von 7 Jahren, doch wurden auch in der griechischen und selbst in der römischen Zeit die Pachten vielfach nur auf 2, 3 bis 9 Jahre geschlossen. Längere Pachtdauern finden wir in dem ersten nachchristlichen Jahrhundert, während später wieder bei Sinken der wirtschaftlichen Verhältnisse geringere Perioden üblich wurden oder dem Verpächter einfach das Recht gegeben wurde, den Pächter jederzeit zu vertreiben. Der Pachtzins wurde

teils in Früchten, teils in Geld gegeben, teils in beidem. Außerdem übernahm der Pächter die Zahlung gewisser Abgaben und die Tragung sonstiger Lasten: dazu gehörten insbesondere auch die Fronden beim Bau der Nildämme. Die *remissio mercedis* scheint allgemein üblich gewesen zu sein. Die griechische Privatpfändungsklausel findet sich auch hier: wir treffen sie bereits in der ägyptischen Zeit, aber in der ägyptischen Periode nur bezüglich der Sachpfändung, entsprechend der der Personalpfändung feindlichen Gesetzgebung von Bocchoris; die Griechen aber brachten die Personalvollstreckung mit nach Aegypten, und so finden wir sie auch in Pachtverträgen, obgleich die römischen Kaiser ihr widerstrebten. Mehrere Pächter hafteten als Gesamtschuldner.

Auch die Teilpacht ist bekannt, namentlich in der Art, daß der Pächter $\frac{1}{2}$ und der Verpächter $\frac{1}{2}$ der Ernte bekommt, oder so, daß sie halb und halb teilen. In späterer Zeit allerdings ist die Teilung manchmal noch ungünstiger für den Pächter, so $\frac{1}{3}$ und $\frac{2}{3}$. Wir finden die Teilpacht bei Wein, Oel, Flachs, Obst, auch bei Getreidebau. Dem Teilpächter wurden vielfach die nötigen Arbeitsgeräte zur Verfügung gestellt; der Verpächter bestimmte die Art der Kultur.

Walter, *Priester und Tempel im hellenistischen Aegypten* (1905), ist auch juristisch sehr wertvoll: sowohl die Schilderungen über die Stellung der Priester und ihre priesterliche Laufbahn, als auch die Ausführungen über die Einnahmen der Tempel, ihren Landbesitz und dessen Verpachtung, über die Herbergen und den Verkehr, der sich bei dem Wallfahrtsleben in dem Tempelbezirke entwickelte, sind von höchster Wichtigkeit. Die Tempel hatten eigene Oelfabriken, eigene Mühlen, ja Bierbrauereien, und außerdem bezogen sie Steuereinnahmen und staatliche Gehaltszuschüsse.

Profumo, *Attilio, Le fonti ed i tempi dello incendio Neroniano* (1905),

enthält eine sehr ausführliche Untersuchung über den Neronianischen Brand und seine Ursachen; der Verfasser prüft die Gründe und Gegengründe bezüglich der Schuld Neros. Juristisch ist insbesondere interessant die Ausführung über die rechtlichen Grundlagen der Christenverfolgungen und über die römischen Gesetze, auf

welche sich die Anklagen gegen die Christen gründeten, wobei die verschiedensten Ansichten von Mommsen, Leblant, Allard, Guérin und anderen eingehend geprüft werden. Es ist offenbar, daß die Christen, welche sich dem Opfer und dem heidnischen Eide nicht fügen konnten, nach Auffassung jener Zeit ein *crimen laesae Romanae Majestatis* begingen; in welcher Beziehung besondere Bestimmungen von Tiberius und von Nero gegeben sein mögen.

Appleton, *Le testament romain, la méthode du droit comparé et l'authenticité des XII tables* (Paris 1903),

bietet in manchen Punkten eine Polemik gegen Lamberts Anschauung über die Entwicklung des römischen Testaments, welche ich aber trotzdem im großen und ganzen für die richtige halte.

Cornil, Georges, *La patria potestas* (Paris 1897),

enthält manches bemerkenswerte, insbesondere hebt sie im Schluß den Unterschied zwischen den Ländern des geschriebenen Rechts und des Gewohnheitsrechts hervor, der darin bestand, daß in den Ländern des geschriebenen Rechts die väterliche Gewalt eine lebenslängliche war, während sie in den Ländern des Gewohnheitsrechts mit der Volljährigkeit erlosch. Noch im Jahre 1440 findet sich ein südfranzösischer Akt, wonach ein Vater oder vielmehr ein Großvater seinen sechsjährigen Enkel verkaufte.

Cornil, Georges, *Traité de la possession dans le droit romain* (Paris 1905),

steht ganz auf dem Standpunkte Windscheids und Jherings und geht nicht wesentlich über sie hinaus, ist darum heutzutage überholt. In der Abneigung gegen das *constitutum possessorium* stimmt der Verfasser mit Jhering überein; allein dieses hat eine mächtige Bedeutung für das Rechtsleben und ist ein ungeheurer Fortschritt, den die Menschheit nicht mehr zurückmachen wird. Meine Darstellung über das *constitutum* und manches andere hat der Verfasser übersehen. Die Ausführungen über das germanisch-französische Recht sind dürftig.

Weitere Versuche zur Lösung des Besitzproblems sind Bascio, *Sistema positivo del Diritto di possesso e proprietà* (Napoli 1895), mit eigenartigen, aber mitunter etwas gewagten Ideen und

Scillama, *Sistema generale del possesso nel diritto civile moderno* (Genova 1895);

er führt insbesondere aus, daß der Besitz ein Recht sei, kommt aber dann zu dem Ergebnis, er sei ein Recht an der Person, also zu der längst verlassenen Theorie Puchtas.

Below, von, *Die Ursachen der Rezeption des römischen Rechts in Deutschland* (München und Berlin 1905),

ist eine durch erstaunliche Fülle von Einzelheiten, scharfe Durchführung und richtige geschichtliche, aber auch juristische Methode ausgezeichnete Schrift. Auf die von mir herausgegebenen Kölner Juristen Ende des 14. und Anfang des 15. Jahrhunderts wird gebührend Rücksicht genommen: es ergibt sich daraus ein Eifer des Studiums des römischen Rechts zu einer Zeit, wo man ihn noch nicht vermutet hatte. Auf die populäre Literatur wird weniger Gewicht gelegt, dagegen umsomehr auf die Pflege des römischen Rechts auf den Universitäten und auf die Wirksamkeit des Reichskammergerichts. Daß die wirtschaftlichen Umstände für die Aufnahme des römischen Rechts weniger bedeutsam waren, nimmt der Verfasser mit Recht an, und ich verweise in dieser Beziehung vor allem auf die gleichmäßige Aufnahme des Strafrechts; denn jeder, der die Carolina liest, insbesondere die Art. 104 und 105, aber auch 117, 118, 120, 121, 122, 126, 135, 165 sieht, wie der Kaiser ohne weiteres das römische Recht als das Recht seiner Vorfahren darstellt, das ganz natürlich weiterdauern müsse, und es wäre unter diesen Umständen gerade zu verwundern, wenn man das römische bürgerliche Recht nicht ebenso als das geltende betrachtet hätte. Völlig unrichtig ist die seit Martiz viel verbreitete Meinung, daß das deutsche Recht sich nicht selber hätte forthelfen können: das Gegenteil wird aus dem englischen und französischen Rechte klar. Die Zersplitterung Deutschlands ist nicht bedeutungslos gewesen, aber mehr die Zersplitterung der Zentralgewalt als die Zersplitterung des Rechts: hätte eine Zentralgewalt die Gewohnheitsrechte in Deutschland ebenso systematisch gesammelt wie das

französische Königtum die Coutumes, so wäre dem römischen Rechte ein Damm entgegengesetzt worden.

In den Festgaben für Heusler (Basel 1904) findet sich:

Wieland, Karl, Cabium und Wechselbrief. Das Studium der Italiener führt uns immer mehr dahin, in dem Wechsel ursprünglich einen Münztausch zu erblicken: man zahlt eine Summe und bekommt dafür am anderen Orte eine Summe in anderer Münze. Hierüber und über andere Fragen finden wir reichliche Nachweise. Auf die Einzelheiten werden wir an anderer Stelle eingehen.

Eine gründliche Arbeit von Teichmann handelt über die für die Rechtsgeschichte so überaus bedeutsamen Assisen von Jerusalem und von Antiochien. Ich verweise beispielsweise auf den Satz, daß der Kauf so lange widerruflich ist, bis der Kaufpreis bezahlt oder der Besitz auf den Käufer übertragen worden ist; ferner auf das Recht des Wandels wegen heimlicher Mängel in den Assisen von Jerusalem, neben welchem in den Assisen von Antiochien auch der Minderungsanspruch hervortritt; ferner auf den Satz, daß der Kauf nicht die Miete bricht. Die Blutrache ist dadurch ergänzt, daß bei Fehlen oder Nichtauftreten von Verwandten der Staat eintritt.

Burckhardt sucht dem Probleme der dinglichen Rechte eine neue Seite abzugewinnen und spricht von dem Satz, daß durch Aenderung der Sache der Nießbrauch verlösche.

Stehlin handelt von einer Gerichtsordnung, welche er dem Jahre 1518 oder 19 zuschreibt; jedenfalls hat sie im Jahre 1520 schon bestanden.

Ein Aufsatz von Fleiner bespricht die öffentlich-rechtliche Vorurteilsausgleichung und sucht insbesondere den Rechtssatz, — daß, wenn dem Enteignenden durch den Enteignungsakt zugleich Vorteil zukomme, weil der Wert des übrigen Geländes steigt, dieser Vorteil mit in Betracht zu ziehen ist, — in systematischer Weise zu erklären.

Ficker, Untersuchungen der Erbenfolge der ostgermanischen Rechte (Innsbruck 1904).

Ficker hat leider sein großes Werk nicht mehr zu Ende geführt. Aus seinem Nachlaß ist der beifolgende Teil gedruckt,

welcher isländisches, göthisches, ost- und westnorwegisches, burgundisches, alemannisches, longobardisches, gothländisches und warnisches Recht enthält. Diese großen erbrechtlichen Forschungen können nur in der Gesamtheit beurteilt werden; das allerdings kann ich nicht verschweigen, daß, soweit ich seine Darstellung der französischen Rechte nachprüfen konnte, seine Schlußfolgerungen mir mehr als gewagt, ja oft als unrichtig erschienen sind.

Horten setzt in der Schrift: *Personalexekution* (Wien 1905),

seine Untersuchungen fort und handelt insbesondere von den vollstreckbaren Urkunden: sie leiten ihre Entstehung theils aus germanischen Rechtsgedanken, theils aus dem römischen Vulgarrecht ab. Namentlich die Klausel „cum stipulatione subnixa“ war schließlich nichts anderes als eine *Vadiatio*, wobei man schließlich die Urkunde selber übergab und der Erwerber der Urkunde das Recht der Vollstreckung erlangte. In der einen und der anderen Form ist der große germanische Gedanke durchgedrungen, der nunmehr in Gestalt der vollstreckbaren Urkunde eine immer größere Bedeutung annimmt.

Vleuten, *Die Grunddienstbarkeiten nach altwestnordischem Rechte* (1902),

beginnt die Grundlage zu legen für eine Darstellung des germanischen Grunddienstbarkeitsrechts. Der erste Teil handelt vom altisländischen Rechte, weist verschiedene Dienstbarkeiten nach und tut dar, daß die Dienstbarkeiten theils durch Vertrag entstanden, theils aber auch durch Ersitzung und unvordenkliche Zeit. Hervorzuheben sind die Viehtrift-, die Schifffahrtsgerechtigkeiten, vor allem das Strandrecht: das Recht des Strandeigentümers nämlich auf das angeschwemmte Holz und die angetriebenen Walfische konnte auch Gegenstand einer Dienstbarkeit werden. Im altnorwegischen Rechte galten ähnliche Grundsätze. Als Dienstbarkeit wird auch das Erbbaurecht angeführt, d. h. das Recht, auf fremdem Grund ein Bauwerk zu haben. Im Isländischen findet sich auch ein Ausdruck für Dienstbarkeit, das Wort *Itak*, d. h. Eingriff: der Berechtigte greift in ein fremdes Eigentum ein.

Wyß, Friedrich von, Abhandlungen zur Geschichte des schweizerischen öffentlichen Rechts (Zürich 1892):

diese Abhandlungen sind von großer Bedeutung für die Geschichte des deutschen Rechts, das wir fast am besten aus der Schweiz lernen können. Die eine handelt von der Landgemeinde, die andere von den freien Leuten und die dritte gibt eine Verfassungsgeschichte von Zürich. Ich verweise beispielsweise auf die Zeugeninquisition S. 375 und auf die Darstellung des städtischen Vogteirechts S. 443 f.

Behre, Die Eigentumsverhältnisse im ehelichen Güterrecht des Sachsenspiegels und Magdeburger Rechts (Weimar 1904),

kommt zu der Schlußfolgerung, daß im Rechte des Sachsenspiegels die Ungerade der Frau in das Eigentum des Mannes kam, allerdings nicht mit der Eheschließung, wohl mit dem Augenblick, wo sie in seine Gewerbe trat; eine Auffassung, die ich nicht teile.

Gal, Der Ausschluß der Aszendenten von der Erbenfolge und das Fallrecht (Breslau 1904),

spricht ausführlich von dem in verschiedenen Rechten, namentlich auch in den französischen coutumes auftretenden Grundsätze des Fallrechts: paterna — paternis, materna — maternis, sowie von dem Satze des Ausschlusses der Aszendentenfolge: propres ne remontent. Daß beide Grundsätze erst später aufgetreten sind, ist sicher, ebenso, daß sie in einem gewissen Zusammenhang miteinander stehen, wenn sie auch nicht zusammenfallen. Der Entstehungsgrund ist fraglich. Was der Verfasser darüber S. 188 f. bringt, ist kaum überzeugend.

Moeller, v., Die Rechtsgeschichte der Insel Helgoland (Weimar 1904).

Von der heiligen Insel, die ehemals Balders Sohne geweiht war, hören wir außer Lokalgeschichtlichem auch einiges von allgemeiner Bedeutung, so z. B. über das Lotsenwesen und über das Strandrecht. Dieses war sehr ausgebildet. Man plünderte allerdings den gestrandeten Fremdling nicht völlig, aber man nahm ihm doch einen guten Teil seiner Habe und erblickte darin eine

Frucht des mehr oder weniger gesegneten Strandes, deren man sich mit gutem Rechte bemächtigen dürfe.

Leske, Bürgerliches Gesetzbuch und Preußisches allgemeines Landrecht

kommt von geschichtlichen Betrachtungen über das frühere, namentlich das preußische Recht auf das bürgerliche Gesetzbuch zu sprechen und gibt eine, wenn auch nicht tiefgehende, so doch faßliche und brauchbare Darstellung. Man vergleiche beispielsweise S. 793 f. über die Behandlung der Ehescheidung.

Rietsch, Dr., Der besondere Voraussetzungstatbestand beim Vergleich (Berlin 1906),

spricht von dem bürgerlichen und vom Prozeßvergleich und führt S. 79 aus, daß zum Prozeßvergleich ein gegenseitiges Nachgeben nicht erforderlich sei, sondern jeder Vertrag dazu gehöre, der nach Erhebung des Anspruchs vor dem Richter abgeschlossen wurde. Dies habe ich schon längst in der Zeitschrift für den Zivilprozeß XXIX S. 42 (1901) dargelegt. Im übrigen sind seine Erörterungen, welche sich auch auf den § 779 BGB. erstrecken, wenig durchsichtig und ergiebig. Der Voraussetzungs-begriff Windscheids ist unentbehrlich und wird durchdringen.

Der Schrift von Stammer, Privilegien und Vorrechte (Halle 1903), können wir nur sehr teilweise zustimmen; ich muß in dieser Beziehung auf meine Ausführung in meinem Lehrbuch des bürgerlichen Rechts I S. 117 f. verweisen.

Rietschel, Das Recht am eigenen Bilde (1903),

bietet manches Bemerkenswerte, obgleich er dadurch, daß er das Individual- oder Persönlichkeitsrecht in unserem Sinne nicht anerkennt, sich selbst die Grundlage für eine gedeihliche Behandlung der Sache entzieht. Nachdem § 826 in das BGB. aufgenommen wurde, ist das praktische Mittel gegeben, um das Persönlichkeitsrecht nach jeder Richtung hin zu wahren und zu schützen.

Ich möchte noch erwähnen, daß von meinem Urheberrecht an Schriftwerken und Verlagsrecht die erste und die zweite Liefere

rung erschienen ist. Die dritte wird erscheinen, sobald die Revision der Berner Konvention erfolgt und damit für das zwischenstaatliche Recht eine dauernde Grundlage gebaut ist.

Bauer, Die Jagdgesetze Preußens (1904),
bringt die reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen unter reichlichem Kommentar. Hinzuweisen ist auf die Vogelschutzkonvention, welche S. 489 f. besprochen ist.

Schiller, Rechtsverhältnisse des Automaten (Zürich 1898),
behandelt namentlich den Vertragsabschluß und insbesondere auch den Abschluß eines Versicherungsvertrages auf dem Wege des selbsttätigen Werkzeugs.

Krückmann, Dr. P., Anfechtung, Wandlung und Schadenersatz
beim Viehkauf (1904),

bietet auch wissenschaftlich gar manches Belehrende; man vergleiche beispielsweise die Ausführung über das Verhältnis von Anfechtung und Wandel. Im Anhang wird von einem Mitglied des Reichsgesundheitsamts eine ausführliche Darstellung der Viehkrankheiten gegeben.

Wettstein, Dr., Das Kassenschrankschank-Geschäft (Berlin 1903).

Dieses Geschäft ist, wie auch der Verfasser mit Recht annimmt, eine Art des Verwahrungs-, nicht des Mietsvertrags, woraus sich wichtige Folgerungen für die gegenseitigen schuldrechtlichen Beziehungen ergeben.

Stranz, Ein Protest gegen den Wechselprotest (Berlin 1903),
spricht mit Recht gegen den unerhörten Formalismus des Wechselprotestes, der unnötige Kosten verursacht und wegen seiner bei Nichtigkeit vorgeschriebenen Formbedingungen eine Menge von Rechten gefährdet. Es wäre Zeit, daß man sich dieser Perücke entledigte; bereits haben einige Gesetzgebungen den Anfang gemacht.

Wüstendörfer, Dr. Hans, Studien zur modernen Entwicklung
des Seefrachtvertrags (Dresden 1905),

enthält eine sehr schätzenswerte Ausführung insbesondere zum Charterrecht und über den in der Fassung recht mißratenen § 662 H.B.G.

Hecker, Zur Lehre von der rechtlichen Natur der Versicherungsverträge (München 1894).

Versicherung ist m. E. ein Umsatzvertrag, wonach jemand die Gefahr gegen Gegenleistung übernimmt. Der Verfasser will S. 101 dies als bedenklich bezeichnen, indem statt Gefahr der mögliche Schaden einzuschalten sei. Er betont insbesondere, daß der Ausdruck Gefahr vieldeutig sei, indem je nach der Beziehung einer Person zur Sache die Gefahr in den verschiedensten möglichen Nachteilen, die der Person drohen, bestehen könne. Er betont auch, daß ein Versicherungsvertrag in der Art vorkommen könne, daß keine bestimmte Schadensursache angegeben sei, sondern überhaupt ein bestimmter Schaden gedeckt werden solle, gleichgültig, in welcher Weise er entstanden ist. Das ist alles sehr richtig, steht aber unserer Lehre von der Uebernahme der Gefahr nicht im Wege. Im übrigen ist die Schrift nach mehrfacher Richtung hin förderlich und bedeutsam.

Landmann, Dr. Julius, Das schweizerische Bankgesetz (Zürich 1905).

Mit dem Gesetz vom 6. Oktober 1905 ist in der Schweiz ein Ziel erreicht, dem wir noch heute zustreben, nämlich die Vereinheitlichung des Notenbankwesens. Sie ist erfolgt, nachdem man mit dem früheren Bankgesetz vom 8. März 1881 schlimme Erfahrungen gemacht hatte. Diese schweizerische Notenbank ist in ähnlicher Weise konstruiert wie unsere Reichsbank als eine Aktiengesellschaft, deren Vorstand (Direktorium) vom Bundesrate ernannt wird. Die Metallreserve ist auf 40 % erhöht. Der Geschäftskreis der Nationalbank ist ähnlich wie bei uns gestaltet. Der Reingewinn fällt teils an die Aktionäre, teils an den Bund, und dem Bund steht das Recht zu, das auf 20 Jahre erteilte Privileg zu kündigen und die Nationalbank mit Aktiven und Passiven zu übernehmen, wobei die Aktien zum Nennwert zuzüglich 4 % für die Dauer der Liquidation zurückgezahlt und der Reservefonds unter den Bund, die Kantone und die Aktionäre verteilt wird. Hierüber und über die Ereignisse, welche zu den Gesetzen geführt haben, bietet die Schrift lehrreiche Auskunft.

Zum Schweizer Gesetz über die Haftung des Fabrikbetriebs vom 25. Juli 1881 mit Zusatz vom 26. April 1887, — welches die

Haftung des Betriebsunternehmers dahin verschärft, daß er für Körperverletzung oder Tod eines Arbeiters haftet, sofern nicht höhere Gewalt oder Verbrechen oder Vergehen dritter Personen oder eigenes Verschulden des Verletzten vorliegt, — bietet Scherer, *Haftpflicht des Unternehmers* (1905) einen eingehenden Kommentar.

Schuler, Hans, *Die Concurrence déloyale* (Zürich 1895)

ist sehr lesenswert, und zwar noch heutzutage, obgleich seit 1895 sich hier gar manches geändert hat. Namentlich ist die Darstellung des französischen und Schweizer Rechts, wo sich das ganze Gebiet nicht durch Gesetzgebung, sondern durch den Gerichtsgebrauch entwickelte, bedeutsam.

Manara, Ulisse, *Contro un codice unico delle obbligazioni* (Torino 1893),

spricht gegen die Vereinheitlichung des Schuldrechts mit dem Handelsrecht, und dies wesentlich aus Gründen der Rechtseinheit, weil ein einheitliches Welthandelsrecht sich viel leichter gestalten läßt als ein einheitliches Schuldrecht. In der Tat ist, wie ich in der Einleitung zu den Handelsgesetzen des Erdballs ausgeführt habe, das Handelsrecht ein dem Weltrecht angehöriges Gebiet, das sich in das Nationalrecht hineinschiebt, weshalb es sachgemäß auch äußerlich davon getrennt bleibt.

Flach, Jacques, *Les origines de l'ancienne France* II (Paris 1893), III (1904),

handelt im zweiten Band von der Entstehung der Ortsgemeinschaften und Städte und bietet eine Fülle bedeutsamen Materials in tüchtigster Bearbeitung. Ich verweise beispielsweise auf die Darstellung der Rechte der Stadtherren, in welcher Beziehung sich der Unterschied der Gebiete des geschriebenen Rechts, wo die römischen Traditionen fort dauerten, und des nördlichen Rechts, wo die Stadtherren viel mächtiger waren, ganz besonders kundgab. So insbesondere, wenn wir die Languedoc auf der einen Seite und die Normandie auf der anderen Seite vergleichen. Die Lehnsvorfassung wird gründlich behandelt unter Beziehung auf die Lebensverhältnisse jener Zeit. Für das Privatrecht von besonderem Interesse

sind die Darstellungen über das Compagnonnage: einem kräftigen Heerführer traten tatkräftige junge Leute zur Seite und ließen sich in seine Familie aufnehmen, oder auch ältere Krieger, die ihm ihre Treudienste versprachen; die so Verbundenen bildeten eine Fara, die durch einen Treneid aneinander gekettet war. Damit verband sich später die Commendation oder sie stammt von ihr. Wie sich dies zum Lehnswesen gestaltete, wird vom Verfasser ausführlich dargelegt: das Lehnswesen entstand aus den großen Gutschenkungen, die der Commendationsherr seinen Vasallen gab, um diese an sich zu knüpfen, welches Verhältnis dann erblich wurde. Auf solche Weise wurde das ursprünglich persönliche Verhältnis verdinglicht, so daß das Edellehen dem längst bekannten Fief Roturier ähnlich wurde. Verstärkt wurden die Bande durch die Blutsbrüderschaft, welche den ganzen Menschen so in Anspruch nahm, daß ohne Zustimmung des Blutsbruders keiner in eine neue Blutsbrüderschaft eintreten durfte; wie bei so vielen Völkern, bewirkte die Blutsbrüderschaft eine Gemeinsamkeit des Vermögens. Auch über die Blutrache finden sich auf S. 449 f. eine Reihe ausgezeichneter Einzelheiten.

Der dritte Band spricht über das Königsrecht und die sich hierin entwickelnden staatlichen Verhältnisse, auch hier auf Grund eines umfassenden Materials. Von besonderer Bedeutung sind auch hier die Entwicklungen über das Lehnswesen: vor allem wird von den Feudalzuständen in der Languedoc eingehend gehandelt. Sodann ist auf die Darstellung der Beamtenschaft und auf die Geschichte der Einzelfürstentümer nachdrücklich hinzuweisen, so Vermandois, Vexin, Valois u. a.; namentlich aber wird über Anjou und Maine ausführlich berichtet, und auch die geistlichen Fürstentümer finden ihre Erörterung. Für die Geschichte des Gerichtswesens sind S. 360 f. besonders wichtig: die karolingische Königsgerichtsbarkeit dauerte weiter trotz der vielfachen Gerichtsbarkeit der Landesherren, und obgleich wesentlich geschwächt, tritt sie doch hervor, namentlich in dem appel d'équité, in der enquête und im Königsbann, ban royal. Das Königsurteil hatte einen Vorteil, es konnte nicht être faussé: eine Anfechtung mit Berufung auf Zweikampf, wie bei anderen Gerichten, war unmöglich; denn rex non pugnât.

Viollet, Histoire du droit civil français (1905).

Dieses klassische Werk erscheint hier in zweiter Auflage. Sie ist erheblich vermehrt und insbesondere die Literatur bis in die Neuzeit beigelegt. Ich verweise z. B. auf die Zusätze über Beaumanoir, du Brueil u. a. Wie bisher, möge das Werk ein Führer in die Geschichte des französischen Rechts sein, welche leider in unserer germanistischen Welt noch lange nicht so bekannt ist, wie sie es verdient.

Francken, Rheinisches Zivilrecht (Berlin 1898)

ist auch heutzutage noch schätzenswert und man sieht beispielsweise, wie die Gerichte in gesundem Takt auch ohne Gesetz Rechtsätze aufgenommen haben, die heutzutage gesetzliche Bestimmungen erlangt haben; so S. 129 das Urteil, wonach ein Ehegatte keine Ehescheidung begehren kann, wenn er mit dem Ehebruch des anderen einverstanden war.

Fléchère, H. Brocher de la, Philosophie de l'histoire du droit à Genève (Genève 1895),

bietet u. a. eine Reihe schätzenswerter Notizen über die Geschichte des Genfer Rechts. Hier bestanden trotz der geistlichen Herrschaft Stadtfreiheiten, so schon 1343, später 1387 gesammelt, 1444 vom Papst bestätigt, 1486 etwas geändert; eine Erneuerung trat ein im Jahre 1586, welche beeinflusst wurde durch die französische coutume von Berry, weil ein Flüchtling von dort einen großen Einfluß gewonnen hatte, ganz ähnlich wie die Ansiedler von Kanada dorthin das Pariser Stadtrecht brachten. Im 16., 17. und 18. Jahrhundert lehrten in Genf Hotman, Dionysius und Jacobus Godofredus und der Naturrechtslehrer Burlamaqui. Schlimm war es unter dem Regiment Calvins mit dem Strafrechte bestellt, welches völlig unter politischem Einflusse stand.

Ciccaglione, Manuale di storia del diritto italiano (Milano.)

Band I und II kann als Lehrbuch mit Frucht benutzt werden, wenn es auch wenig tief geht und insbesondere in den Literaturangaben unvollständig ist; so sind beispielsweise meine entsprechenden Arbeiten nur teilweise erwähnt.

Fodera, Dei possesso del mobili (1891)

handelt über den Besitz an beweglichen Sachen nach italienischem Rechte in gründlicher und tüchtiger Weise. Hervorzuheben sind insbesondere seine Ausführungen über den Satz: Hand muß Hand wahren, worin er kräftig für die Ausdehnung des in dem Artikel 707 enthaltenen Grundsatzes spricht, wonach der gutgläubige Erwerber ohne weiteres Eigentümer wird. Er eifert gegen die Ausnahmen, welche bezüglich der verlorenen und gestohlenen Sachen gemacht werden. Darüber läßt sich streiten, denn es handelt sich hier wie gewöhnlich im Recht um die Versöhnung entgegengesetzter Interessen.

Wertheim, Wörterbuch des englischen Rechts (Berlin 1899).

Es ist sehr wünschenswert, daß dieses Werk in Deutschland zu einer eindringlichen Kenntnis des englischen Rechts führt, denn die Schwierigkeiten und Sonderlichkeiten der englischen Gedankenwelt pflegen gewöhnlich abzuschrecken. Ich verweise nur beispielsweise auf die Artikel *Felo de se*, auf *Equity*, wo die großen Verdienste des Lord Hardwicke richtig hervorgehoben sind, auf die Erklärung von Ausdrücken wie *Scire facias*, *Mandamus*, auf die gedrängte Schilderung der Irrengesetzgebung unter *Lunacy* und anderes.

Schirrmeister, Dr. Gustav. Das Bürgerliche Recht Englands (Berlin 1906).

Diese ausführliche Darstellung des englischen Rechts ist bis jetzt auf zwei Lieferungen gediehen und wird dem deutschen Juristen die merkwürdigen Wandelgänge des englischen Rechts dartun und zugleich eine Verbindung zwischen England und dem Kontinent anbahnen: denn noch immer ist die Rechtssprache und die ganze Gedankenwelt Englands dem Deutschen wenig sympathisch und darum einem fremden Lande vergleichbar, dessen Lebensbedingungen vollkommen andere sind, als die, in denen unsere Juristen aufwachsen.

Schnitzler, Wegweiser für den Rechtsverkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika (1903)

ist ein belehrender Führer für die Praxis und auch für den Studierenden. Ich verweise beispielsweise nur auf die Ausführungen

über Eherecht S. 71 f., auf die eigentümliche Gestaltung der Ehescheidung in New York, wo der des Ehebruchs schuldig erklärte Ehegatte während Lebzeiten des anderen nicht heiraten darf u. a.

Auch die skandinavische Literatur muß bei uns volles Bürgerrecht erwerben:

Hier sei nur hingewiesen auf Lassen, Haandbok i Obligationsretten (Kopenhagen 1892).

Das Werk zeigt, in welcher umfangreicher Weise die deutsche Literatur berücksichtigt wird. Ich verweise beispielsweise auf die Ausführung über die Willentheorie, auf die Darstellung über die Willensmängel, auf die Vertragsschließung durch Zwischenpersonen u. s. w. Wir schulden volle Gegenseitigkeit.

Von dem nordischen Obligationsrecht des viel zu früh verstorbenen Aubert liegt uns das erste Heft des speziellen Teils vor (1890), welches von Schenkung, Kauf, Tausch, Miete (Pacht) handelt. Für unsere Zwecke ist insbesondere auf die Darstellung der Geschichte der Grundpacht hinzuweisen.

* * *

Gareis, Rechtsenzyklopädie und Methodologie (Gießen 1905).

Die faßlich geschriebene Rechtsenzyklopädie erscheint in dritter Auflage. Von der Rechtsvergleichung ist insbesondere S. 2 f. die Rede.

Affolter, Dr. A.: Grundzüge des allgemeinen Staatsrechts (Stuttgart 1892),

bringt eine Reihe beachtenswerter Ausführungen. Mit Recht tritt der Verfasser auch der Ansicht entgegen, wonach dem dinglichen Rechte eine Verpflichtung aller vernünftigen Lebewesen gegenüberstehe, oder das dingliche Recht gerade auf einer solchen Verpflichtung beruhe: es besteht für die Mitwelt lediglich ein Nichtdürfen, d. h. die Negation eines Rechts, in das Eigentum anderer einzugreifen, keine Verpflichtung.

In Kloppel, P., Gesetz und Obrigkeit (Leipzig 1891)

sind namentlich die Untersuchungen über Gesetz und Verordnung lesenswert S. 118 f. Vgl. auch, was S. 105 f. über die Bindungsche Strafrechtslehre gesagt ist.

Loewy, Dr. Walter, Die bestrittene Verfassungsmäßigkeit der Arbeitergesetze in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (Heidelberg 1905).

Die Frage über die Verfassungsmäßigkeit und Gültigkeit der Gesetze über die Beschränkungen des Arbeitsvertrags ist in Amerika mehrfach aufgeworfen worden, da man sie als im Widerspruch erachtete mit den Verfassungsbestimmungen über die Freiheit der Person und über das Recht ihrer vertragsmäßigen Betätigung. Die interessante amerikanische Rechtsprechung wird in ausgiebiger Weise dargestellt.

Boden, Die isländische Regierungsgewalt in der freistaatlichen Zeit (Breslau 1905).

Der durch verschiedene Arbeiten auf dem Gebiete des nordischen Rechts bekannte Verfasser schildert hier die isländische Regierungsgewalt und ihre Geschichte, insbesondere was die Häuptlingschaft, das Godord, betrifft. Es zeigt sich, wie auch hier das Tatsächliche in das Rechtliche übergeht, wie allmählich die Vererblichkeit entsteht und sodann unter den Erben auch wieder eine Auslese nach der Tüchtigkeit gehalten wird, — alles Erscheinungen, die in der Häuptlingschaft auf der ganzen Erde auftauchen.

Hubrich, E., Deutsches Fürstentum und deutsches Verfassungswesen (1905)

ist eine anziehende Darstellung der deutschen Fürsten- und Verfassungsgeschichte von der altgermanischen Zeit bis zum neuen deutschen Reich mit einer Reihe trefflicher Einzelbemerkungen. Man vergleiche z. B., was S. 59 f. über Montesquien und Rousseau ausgeführt wird.

Schwalm, J., Die Appellation König Ludwigs des Bayern von 1324 (1906).

Die Appellation König Ludwigs von Bayern 1324 wird von Schwalm, nachdem er die ursprüngliche Fassung gefunden hatte, in genauer Weise wiedergegeben, und diese Wiedergabe bietet einen wertvollen Beitrag zur Charakteristik der Persönlichkeit des vielangefochtenen Königs.

Rauch, Traktat über den Reichstag im 16. Jahrhundert (Weimar 1905).

Aus dem Ende des 16. Jahrhunderts, etwa von 1577, stammt eine ausführliche Abhandlung über den deutschen Reichstag: Ausführlicher Bericht, wie es auf Reichstagen pflegt gehalten zu werden, eine der bedeutsamsten Quellen für das Reichstagsverfahren. Er ist von Rauch neu herausgegeben und damit dem allgemeinen Studium eröffnet worden, was bei dem frisch erweckten Interesse an den Rechtsentwicklungen des alten deutschen Reichs höchst erfreulich ist. Ich verweise beispielsweise S. 95 auf die Art, wie die Reichsabschiede veröffentlicht, und S. 92 auf die Art und Weise, wie aus den Arbeiten des Reichstags heraus die Beschlüsse und Abschiede verfaßt wurden. Das mögen alle diejenigen beachten, welche geglaubt haben, in dem Druckprivileg der Carolina eine moderne Gesetzespublikation zu finden!

Krammer, Wahl und Einsetzung des deutschen Königs im Verhältnis zueinander (Weimar 1905).

Die Königswahl hatte in Deutschland ursprünglich die Bedeutung eines Vertrags zwischen dem Gewählten und den Wählern: dann erst trat die Königskrönung und die Erhebung auf den Thron hinzu. Das Verhältnis zwischen diesen beiden Akten war aber vielen Streitigkeiten unterworfen, insbesondere seitdem die Bischöfe behaupteten, daß die Thronerhebung eine Sache der Geistlichkeit sei: um diese zu beseitigen, hat man später der Wahl eine gesteigerte Bedeutung gegeben.

Lentner, Der schwarze Kodex (Innsbruck 1891)

bietet vor allem eine Darstellung der Antisklavereiaakte vom 2. Juli 1890 mit belehrenden Ausführungen.

Lehmann, B., Die Rechtsverhältnisse der Fremden in Argentinien (Buenos Aires 1889).

Die moderne argentinische Verfassung stammt aus dem Jahre 1861. Daraufhin erfolgten eine Reihe begründender neuer Gesetze, welche versuchten, das Land der modernen Bewegung zu erschließen: so das Zivilhegesetz von 1888, welches allerdings nur eine Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft, keine Ehescheidung kennt; sodann ein

Zivilgesetzbuch vom Jahre 1869 und 1882, eine Zivilprozeßordnung von 1880 nebst verschiedenen Sonderbestimmungen, denn die Zivilprozeßordnung gilt zunächst nur für die Hauptstadt und die Provinz Buenos Aires, ist aber teilweise auf andere Provinzen ausgedehnt worden; sodann Strafgesetzbuch 1887 und Strafprozeßordnung 1888. Neben dem Bundesrecht besteht das Recht der den Bund bildenden Einzelstaaten. Ueber diese Punkte bietet der Verfasser belehrende Darstellung. Zu verweisen ist auch noch auf das Auslieferungsgesetz vom 25. August 1885.

Meili, Das internationale Zivil- und Handelsrecht (Zürich 1902).

Gegenüber den Versuchen, das zwischenstaatliche Privatrecht a priori zu konstruieren, hat der Verfasser das große Verdienst, geschichtlich und rechtsvergleichend gearbeitet und dadurch wie kein anderer das zwischenstaatliche Recht gefördert zu haben. Er ist es, der zuerst eine richtige Würdigung des Bartolus anbahnte und die Züge der Entwicklung des zwischenstaatlichen bürgerlichen Rechts klarlegte: auf Bartolus folgte Argentré und damit eine wesentlich andere Theorie; hierauf haben die Niederländer die Lehre des Argentré aufgenommen und weitergebildet, namentlich Burkundus, die beiden Voët und Ulricus Huber; und von da kam die Lehre nach England und nach Amerika. Mit Savigny trat ein Umschwung ein, und man kam im wesentlichen auf die Grundgedanken von Bartolus zurück. Im übrigen bedarf die Darstellung des Verfassers kaum einer weiteren Hervorhebung: sie gehört zum Besten, was das zwischenstaatliche Privatrecht hervorgebracht hat.

Escher, Das schweizerische interkantonale Privatrecht (Zürich 1895).

Das interkantonale Privatrecht der Schweiz hat, was das Familien- und Erbrecht betrifft, im Bundesgesetz vom 25. Juni 1891 eine bedeutsame Regelung erfahren. Bekanntlich geht das Gesetz hauptsächlich vom Wohnsitzprinzip aus, und nur ausnahmsweise ist die Heimat entscheidend, eine Behandlungsweise, welche mit den jetzt herrschenden Grundsätzen des zwischenstaatlichen Privatrechts nicht übereinstimmt. Ueber dieses Gesetz gibt der Verfasser eine lehrreiche Darstellung.

Leske und Loewenfeld, Die Rechtsverfolgung im internationalen Verkehr, IV. Band (1904).

Der vierte Band weist nicht nur wertvolles praktisches Material, sondern auch bedeutsame rechtsgeschichtliche Züge auf; so beispielsweise den Rechtssatz aus Montenegro, wonach das Mädchen schon mit dem 13. Jahre verheiratet wird, und die Eltern hierzu die Zustimmung sämtlicher männlichen Mitglieder des ganzen Bratstvo einholen müssen: denn das Mädchen gehört nicht der Familie, sondern dem Bratstvo an und wird von diesem verheiratet. Ganz besonders interessant sind die Verhältnisse in Bulgarien, worin wir noch recht ursprüngliche Bestimmungen verfolgen können: der Mann wird Verwalter des Frauenvermögens, kann aber Liegenschaften nicht ohne Genehmigung der Frau veräußern; dies scheint aber ein fortgeschrittener Standpunkt zu sein, denn bei den Bauern gilt noch das Wohnheitsrecht, daß das Vermögen mit Ausnahme der Kleidungsstücke und Schmucksachen in das Eigentum des Mannes übergeht, oder vielmehr in das Eigentum der Hausgemeinschaft, zu der der Mann gehört. Im Gegensatz dazu scheint die Frau vielfach die tatsächliche Macht in Händen zu haben, denn es soll Ehescheidungsgrund sein, wenn die Frau den Mann davonjagt und ihn innerhalb einer bestimmten Zeit nicht mehr aufnimmt. Das Verlöbniß hat bei den Slawen eine gesteigerte Bedeutung, und so kommt es, daß beispielsweise in Kroatien die Ehe des Verlobten mit einer dritten Person ungültig ist, solange das erste Verlöbniß nicht gelöst ist, denn das Verlöbniß verpflichtet während dieser ganzen Dauer zur Treue. Ja, es bewirkt bereits ein Schwägerschaftsverhältnis, und der Verlobte, durch dessen Verschulden die Ehe verhindert wurde, ist zum Schadenersatz verpflichtet. Ueber Band I u. II siehe S. 465 f.

Schmitz-Wichmann, Die Eheschließung im internationalen Verkehr (1905).

Der Artikel 43 des preußischen Ausführungsgesetzes zum B.G.B. bestimmt, daß, wenn Ausländer in Preußen heiraten wollen, sie ein Zeugnis der zuständigen Behörde ihres Staates beizubringen haben, daß ihr ein Ehehindernis nicht bekannt sei. Hierüber und über die von dem Verlobten vorzulegenden Urkunden überhaupt handelt die praktische, namentlich für den Gebrauch der Standesbeamten bestimmte Schrift im ersten Bande. Der zweite Band enthält eine

sehr ins einzelne gehende Darstellung der eherechtlichen Gesetzgebungen der einzelnen Staaten, die auch für das rechtsvergleichende Studium schätzenswert ist.

Guillaume, *Le mariage en droit international privé et la conférence de la Haye* (Brüssel),

spricht in belehrender Weise über die Bestrebung der Haager Konferenz bezüglich der Regelung der zwischenstaatlichen Fragen des Eherechts und über das zur Geltung gebrachte Nationalitätsprinzip.

Beckmann, *Die Vielehe in der Türkei* (Berlin 1905),

behandelt in den Berliner Juristischen Beiträgen die Frage mit außerordentlicher Gründlichkeit; er hebt insbesondere den Umstand hervor, daß das eine jede Vielehe verbietende deutsche Recht auch in der Türkei unter den deutschen Konsulargenossen gelte, daß aber ein Mohammedaner unter allen Umständen nach mohammedanischem Rechte behandelt werden müsse; denn nach den Grundanschauungen der Türkei kann ein solcher unmöglich unter fremder Gerichtsbarkeit stehen.

Leder, *Die Diakonen der Bischöfe und Presbyter und ihre urchristlichen Vorläufer* (Stuttgart 1905).

Wann beginnt in der christlichen Kirche die Zeit, in der die von der bloßen Liebe erfüllten Einrichtungen zu Rechteinrichtungen wurden? Für diese Frage bietet, wie für verschiedene andere, der Verfasser, indem er insbesondere die Stellung der Sieben in der apostolischen Zeit ins Auge faßt, einen belehrenden Beitrag. Seine Anschauungen zielen im ganzen dahin, den Beginn der Rechteeigenschaft möglichst früh zu setzen, indem die ethischen Ämter sehr bald in Rechtsämter übergegangen seien.

Schaub, *Der Kampf gegen den Zinswucher, ungerechten Preis und unlauteren Handel im Mittelalter* (1905).

Hier hat die Geschichte der Zinslehre eine neue fruchtbare Darstellung gefunden; sie bespricht die Zinsverhältnisse von der Zeit Karls des Großen bis zum Ende der Karolingerzeit und von da bis zur Zeit des Papstes Alexander III. Das Zinsverbot wird zurückgeführt auf Wirtschaftsverhältnisse und Moralanschauungen, es wird

in das Licht der ganzen Handelspolitik jener Zeit gestellt. Besonders ausführlich werden die Schriftsteller jener Tage herangezogen. Die Bedeutung der *Palea C. ejiciens* (c. 11 D 88: *homo mercator vix aut nunquam potest Deo placere . . . , nullus Christianus debet esse mercator*) wird abgeschwächt und hervorgehoben, daß die dortige Geringschätzung des Handels durchaus nicht die allgemeine Anschauung der Kirche war.

Freisen, Staat und katholische Kirche in den deutschen Bundesstaaten (Stuttgart 1906).

Das Studium der Verhältnisse zwischen dem Staat und der katholischen Kirche, welches immer den Scharfsinn des Staats- und Völkerrechtslehrers von neuem reizt, kann nur durch eine Reihe von Einzelstudien in fruchtbarer Weise gefördert werden. Der Verfasser bietet eine Darstellung für die Thüringischen Staaten, Anhalt und Waldeck.

Kisky, Die Domkapitel der geistlichen Kurfürsten (Weimar 1906),

handelt von den Domkapiteln der drei geistlichen Kurfürsten und bringt in dankenswerter Weise vollständige Verzeichnisse der Domherren mit biographischen Bemerkungen, die für Staats- und Rechtsgeschichte von Interesse sind.

Knecht, System des Justinianischen Kirchenvermögens (Stuttgart 1905),

behandelt die Frage gründlich und bietet damit eine wesentliche Ergänzung zu der früheren Literatur. Mit Recht wird ausgeführt, daß hier das Christentum nicht einfach in die heidnischen Rechtsideen eingetreten ist, sondern selbst gestaltet hat. Das Kirchengut ist Anstaltsgut, an den Kirchen bestand kein Privateigentum. Dem Stifter konnten verschiedene Rechte eingeräumt werden.

Ueber die für die Papstwahl wichtigste Bulle vom Jahre 1621 und über die daran sich anlehrende Literatur finden wir bei Wurm, Die Bulle „Aeterni patris filius“ und der staatliche Einfluß auf die Papstwahlen (1894) belehrende Auskunft.

Das Wormser Konkordat ist in neuerer Zeit mehrfach zum Gegenstande des Studiums geworden. Der Ansicht von Schäfer,

wonach dieses zwar eine ständige Bindung des deutschen Reichs, dagegen auf seiten des Papstes bloß eine persönliche Bindung bis zum Tode des Kaisers oder Papstes bewirkt habe, tritt entgegen Rudorff in der Schrift zur Erklärung des Wormser Konkordats (1906).

Ueber die Lehre von dem Ablass, dieser großartigen Einrichtung des Katholizismus, handelt Gottlob, Kreuzablass und Almosenablass (1906), vom juristischen und theologischen Standpunkte. Die gründliche Abhandlung reicht bis ins 13. Jahrhundert. Besonders bedeutsam für die scholastische Entwicklung war der Franziskaner Alexander von Hales, obgleich hier, wie so oft, die Lehre des Thomas die verbreitete und populärste war.

Brünneck, Zur Geschichte und Dogmatik der Gnadenzeit (Stuttgart 1905).

Das zuerst in den Dom- und Kollegiatstiften auftretende Gnadenjahr mit der Wirkung, daß auch nach dem Tode des Kanonikers die Präbenden eine Zeitlang noch sein gehören und also seiner Verfügung unterliegen, hat in der katholischen wie in der evangelischen Kirche Nachahmung und Weiterentwicklung gefunden. Darüber bringt der Verfasser eine ausführliche Studie. Der ganze Gedanke geht auf die Anschauung alter Zeiten zurück und kann mit dem dreißigsten verglichen werden: er ist noch ein Nachklang der Vorstellung, daß der Tote eine Zeitlang weiterlebe.

Silberschmidt, Die deutsche Sondergerichtsbarkeit in Handels- und Gewerbesachen (Stuttgart 1904).

Die Versuche des 19. Jahrhunderts zur Bildung der Handelsgerichtsbarkeit finden in dem Verfasser ihren kundigen Geschichtsschreiber. Das Werk schließt sich insofern an die früheren Forschungen des Verfassers an und bietet die erwünschte Fortsetzung. Von Interesse ist die Darstellung der Handelsgerichtsbarkeit in Nürnberg, die schon bis in das 16. Jahrhundert zurückgreift. Eine Handelsgerichtsordnung vom Jahre 1804 gab den Handelsgerichten neue Festigkeit und ebenso eine V.O. vom Jahre 1808, nachdem Nürnberg an Bayern gefallen war; im Jahre 1809 wurde ein Handelsappellationsgericht errichtet, und so ist es bis zur Reichsgerichtsverfassung geblieben.

Vierhaus, Ueber die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben der
Zivilprozeßgesetzgebung (Berlin 1903),

spricht sich namentlich für die Beschleunigung der Prozesse aus und tut dar, daß in dieser Beziehung die österreichische Prozeßordnung bedeutend mehr leistet als die deutsche. Der Grund ist offensichtlich: es ist die größere Amtsgewalt des Richters; es ist das System, welches ich in meinem Prozeß als Rechtsverhältnis ausgeführt habe, dessen Gedanken in der österreichischen Zivilprozeßordnung mehr ihre Verwirklichung fanden als in Deutschland; allerdings damals wurde die Schrift von der herrschenden Schule des Zivilprozesses nicht anerkannt, und heutzutage denkt man kaum mehr an die Anregung, die meine damalige Ausführungen für die Entwicklung des Prozesses gegeben haben.

Demelius, Zur Lehre von der Rechtskraft des Zivilurteils (Wien 1892),

kommt in Widerspruch mit Unger mannigfach zu unrichtigen Ergebnissen. So nimmt er an, daß eine Forderung, welche auf rechnungsweise geltend gemacht und in dieser Form abgelehnt wurde, (nach österreichischem Rechte) noch einmal klagend geltend gemacht werden dürfe, und daß umgekehrt, wenn jemand mit einer Forderungsklage abgewiesen wurde, dieselbe Forderung noch auf rechnungsweise vorgebracht werden dürfe. Beides ist unhaltbar. Richtig dagegen ist das Postulat, daß die Einwendung der rechtskräftig entschiedenen Sache auch als prozeßhindernde Einrede gelten solle.

Leske und Loewenfeld, Die Rechtsverfolgung im internationalen Verkehr (Berlin 1895) I. II.

Die ersten zwei Bände enthalten die Darstellung des Zivilprozesses folgender Länder: Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bosnien, Herzegowina, Schweiz, Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Belgien, Italien, Monako, Spanien, Portugal, England, Irland, Schottland, Indien, Griechenland, Rumänien, Serbien, Bulgarien, Montenegro, Türkei, Schweden, Finnland, Rußland, Polen, Dänemark und Norwegen. Die Bedeutung des Werkes für die rechtsvergleichende Forschung, wie für das praktische Recht ist allgemein

anerkannt und bedarf keiner Hervorhebung mehr. War doch gerade die vergleichende Zivilprozeßwissenschaft das Stiefkind des vergleichenden Rechts.

Fedozzi, Il diritto processuale civile internazionale (Bologna 1905).

Von diesem Werk, das ich anderwärts ausführlicher besprechen werde, sei insbesondere das Kapitel über fremde Gerichtsbarkeit S. 299 f. hervorgehoben.

Meili, Dr. F., Das internationale Zivilprozeßrecht (Zürich 1904/06).

Wie immer eine meisterhafte Beherrschung des Materials, Klarheit der Gedanken und Feinheit der praktischen Anschauung. Ich verweise insbesondere auf die Darstellung über die Vollziehung ausländischer Urteile. Meine Theorie, daß die Beschränkung des ausländischen Urteils in seiner inländischen Wirkungskraft sowohl nach der negativen, wie nach der positiven Seite zutrifft, so daß insbesondere auch das abweisende Urteil des Auslandes für uns nur unter ganz besonderen Umständen bindend ist, kann ich allerdings nicht als widerlegt erachten, und die Annahme einer Arglist des Klägers, weil er das Ausland angerufen hat und sodann dessen Entscheidung nicht anerkennen will, ist durchaus nicht vorhanden: denn er erkennt ja die Wirksamkeit der Entscheidung an für das Ausland, er will sie nur nicht für das Inland gelten lassen! Für jeden Staat sein eigenes Urteil (sofern nicht kraft völkerrechtlichen Entgegenkommens etwas anderes gilt)!

Aus Bunge, Th., Aus dem baltischen Rechtsleben der Neuzeit (1894),

mögen insbesondere die Ausführungen über den Eid im Zivilprozeß S. 32 f. hervorgehoben werden; denn namentlich hier ist das russische Recht bedeutsam, welches den Parteieneid nur auf freiwillige Vereinbarung beider Parteien zuläßt, S. 55.

Lindheim, Das Schiedsgericht im modernen Zivilprozesse (Wien 1901),

geht treffend von der Anschauung aus, daß das Schiedsgerichtswesen möglichst zu fördern ist. Auch ich bin dieser Ansicht, allerdings mit der Beschränkung, daß nicht durch die Schiedsgerichtsklausel

unerlaubte Verträge oder Spielverträge auf mittelbarem Wege zur Geltung gebracht werden dürfen.

Pennetti, Fallimento delle società commerciali nei rapporti internazionali,

bespricht insbesondere auch das Problem des Universal-Konkurses, ein Problem, das durch die eifrigen Bestrebungen der Italiener zu Gunsten der Gemeinwirkungen immer und immer wieder aufgeführt wird. Die Gründe, die der Verfasser hierüber beibringt, sind weder neu, noch überzeugend. Es ist richtig, daß das Problem nach der Natur des Konkurses zu lösen ist: diese ist zwar keine reale, aber eine prozessuale, und der Prozeß beschränkt sich in seinen Wirkungen auf das Land des Prozeßgerichts, wenn nicht eine völkerrechtliche Erstreckung angebahnt worden ist.

— — — — —

Zürcher, Die neuen Horizonte im Strafrecht (Zürich 1892),

bespricht die Bestrebungen von Lombroso, Garofalo u. a. als die Bringer neuer Horizonte; wobei er über die ganze Richtung viel zu milde urteilt. Die ganze Richtung ist unfruchtbar und nur negativ bedeutsam.

Eine kurze Zusammenstellung der Lehre Lombrosos über den Verbrechertypus bietet auch Kurella: Cesare Lombroso und die Naturgeschichte des Verbrechers.

Napodano, Prof. Gabriele, La Dottrina della pena (1891),

sucht im Gegensatz zu jenen verkehrten Anschauungen die eigentliche Natur der Strafe als die efficienza coercitiva del diritto und ihr Ziel als die reintegrazione dell'ordine giuridico darzutun.

Ferriani, Minderjährige Verbrecher, Deutsch von Alfred Ruhemann (1896),

bringt Notizen über minderjährige Verbrecher, über die Ursache und über den Werdegang der Verbrecheranlage, sowie über die dem Verbrechen zu Grunde liegenden moralischen Mängel; hierbei wird eine Reihe von lehrreichen Typen wiedergegeben und beleuchtet. Ein ähnliches Werk (1897) handelt über entartete Mütter. Die Schriften sind kriminologisch nicht ohne Interesse.

Lombroso, C. und Laschi, R., Der politische Verbrecher und die Revolutionen (1892).

Eine Fülle von teilweise ungenauen Exzerpten, manchmal ein richtiger Gedanke, verbunden mit zwei unrichtigen, das Ganze ein nur mit größter Vorsicht zu benutzender Aufbau, oft scheinhaft blendend, meist aber irreführend —, das ist die Kennzeichnung aller Lombrososchen Schriften, die seinerzeit einiges Aufsehen erregten, heutzutage aber längst überholt und in ihrer Scheinhaftigkeit dargelegt sind.

Bresler, Alkohol auch in geringen Mengen Gift (Halle 1902).

Eine bemerkenswerte Antialkoholschrift, die insbesondere auch der Meinung entgegentritt, als ob der Alkohol für den Künstler nötig wäre, um sich zur Kunstschöpfung die nötige geistige Beweglichkeit zu schaffen.

Sighele, Psychologie des Auflaufs und der Massenverbrechen (Dresden 1897).

Die Massenverbrechen haben eine besondere Psychologie, weil der einzelne in der Masse, durch einen gewissen Gesamtgeist erfaßt, oft wie traumhaft den Impulsen folgt und Taten begeht, die er sonst als einzelner von sich abweisen würde. Daher bedarf die Behandlung, namentlich des Landfriedensbruchs und des Aufruhrs ihre besonderen Gesetze. Wir sind vollständig damit einverstanden, daß alle diese Umstände berücksichtigt werden und können insbesondere nicht gelten lassen, daß es nur die sog. moderne Strafrechtsschule sei, welche hier zur sachgemäßen Behandlung führe.

Birkmeyer, Dr. Karl, Grundriß zur Vorlesung über das deutsche Strafrecht (München 1905),

ist in dem Aufbau bedeutsam und durch die Literaturangaben (Literatur der Jahre 1903—1904) schätzenswert. Zu wünschen wäre es, daß das Urheberrecht nicht mehr in der Kategorie der Individualrechte erschiene.

Stenglein, Dr. M., Die strafrechtlichen Nebengesetze des deutschen Reichs (Berlin 1902).

Das förderliche Unternehmen, die Nebengesetze, deren Studium häufig hinter dem des Strafgesetzbuchs zurücktritt, einem ein-

gehenden Kommentar zu unterziehen, ist zur dritten Auflage gelangt. Das Werk ist so bekannt, daß ein Hinweis genügt.

Stoß, Carl, Die Grundzüge des schweizerischen Strafrechts (Basel und Genf 1892),

in seiner enzyklopädischen Zusammenfassung des riesigen Materials ist allgemein anerkannt und bedarf keiner weiteren Einführung.

Lacointa, Jules, Code pénal d'Italie,

bietet eine französische Uebersetzung des italienischen Strafgesetzbuchs mit ausführlicher Einleitung, welche das im ganzen vorzügliche Gesetzbuch in tüchtigster Weise kennzeichnet.

Aus Goltdammers Archiv 52 darf ich vielleicht meinen neuen Aufsatz über das Strafrecht zu Cervantes Zeiten erwähnen. In seinem unsterblichen Werke bringt der große Novellist eine Reihe von Zügen aus dem damaligen Privat- und Strafrechtsleben, vor allem in jener Szene, in der Don Quichotte dem Zuge von Gefangenen begegnet. Darüber und über die Beziehungen zur Ley de las siete partidas ist dort gehandelt.

Huther, Der Kausalzusammenhang als Voraussetzung des Strafrechts (Wismar 1903),

bietet eine Reihe von teilweise treffenden Ausführungen über den Kausalzusammenhang und handelt namentlich auf S. 37 f. über Wirken und Wirkungen, welchen Begriffen auch ich sehr große Bedeutung beilege.

Eine andere Schrift über das Kausalitätssystem ist von Horn, Der Kausalitätsbegriff in der Philosophie und im Strafrechte (Leipzig 1903), welche in der Unterscheidung zwischen Ursache und Bedingung zu einem ähnlichen Ergebnisse wie ich gelangt.

2. Strafrechtliche Literatur

besprochen von Prof. E. Zürcher.

Lucas, Dr. jur. Hermann, wirkl. geh. Oberjustizrat und Ministerialdirektor, Anleitung zur strafrechtlichen Praxis. Ein Beitrag zur Ausbildung unserer jungen Juristen und ein Ratgeber für jüngere Praktiker. Berlin (O. Liebmann) 1902, 415 S. 8 Mk., gebd. 9 Mk.

Wie Stölzels „Schulung für die zivilistische Praxis“ seine Entstehung den Erfahrungen und Wahrnehmungen des Verfassers in seiner Stellung als Prüfungskommissär verdankt, so auch dieses vorliegende Werk. Es will kein Lehrbuch des Strafprozesses sein und bietet daher weder systematische Vollständigkeit noch Nachweise wissenschaftlicher Literatur. Dafür werden dem angehenden Praktiker lebendige Bilder aus allen Stadien des Strafprozesses vorgeführt, es wird ihm gezeigt, wie er seine rechtswissenschaftlichen Kenntnisse anzuwenden, welche Formen er sich anzueignen habe und auch, ein Vorzug dieses Buches gegenüber älteren praktischen Darstellungen des Strafverfahrens, in welchem Geiste eine Untersuchung durchzuführen, eine Sache vor Gericht zu vertreten sei. Das Gesetzesmaterial und die praktischen Hilfsmittel, Formulariensammlungen u. dgl. sind, wie mir scheint, in ausreichender Vollständigkeit zitiert. — Ein vortreffliches Buch, nicht zum Nachschlagen, sondern zum Durcharbeiten.

Die preußischen Strafgesetze, erläutert von A. Groschuff, G. Eichhorn und Dr. H. Delius. Zweite gänzlich neu bearbeitete und vermehrte Auflage. Berlin (Otto Liebmann) 1903/1904. 874 S. 23 Mk. 50 Pfg.

Das Werk bildet den zweiten Band des „Kommentare zu den strafrechtlichen Nebengesetzen“, dessen erster Band von derselben Verlagshandlung herausgegeben, die strafrechtlichen Nebengesetze des Deutschen Reichs, erläutert von Stenglein, Appellius und Kleinfeller enthält. Die Bearbeiter haben sich nicht auf die Wiedergabe der Strafbestimmungen der einschlägigen Gesetze beschränkt, es

sind auch die zivil- und verwaltungsrechtlichen Teile, soweit sie für die Strafrechtspraxis von besonderer Bedeutung sind, aufgenommen, aber auch so noch scheint es uns nicht unbedenklich, dem Richter ein unvollständiges Gesetz in die Hand zu geben. — Die Erläuterungen sind reichhaltig und bringen insbesondere auch die Gerichtspraxis zur Darstellung.

Endres, Karl, Kriegsgerichtsrat bei der k. b. 4. Division, Militärstrafgesetzbuch für das Deutsche Reich, nebst dem Einführungsgesetze. Handausgabe, unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts und Reichsmilitärgerichts, sowie der einschlägigen Gesetze, Verordnungen und Erlasse. — Würzburg (Stahelsche Verlagsanstalt), ohne Jahrzahl. (Vorwort vom Februar 1903), 152 S. steif broch. 2 Mk. 50 Pfg.

Ein Kommentar des Militärstrafgesetzbuchs mit knappen Worterklärungen, zahlreichen Verweisungen und gutem Register, ein gewiß sehr praktisches Büchlein.

Stenglein, Dr. M., Reichsgerichtsrat a. D., Kommentar zur Militärstrafgerichtsordnung, nebst dem Einführungsgesetz, den Nebengesetzen und den Ausführungsvorschriften. Berlin (Otto Liebmann) 1901, 382 S., br. 9 Mk., geb. 10.25 Mk.

Das bedeutsame und langersehnte Gesetzeswerk einer einheitlichen deutschen Militärstrafgerichtsordnung hat schon einer Anzahl wissenschaftlicher Bearbeitungen gerufen. Die besondere Bedeutung des vorliegenden Kommentars, der kurz und bündig gehalten, ein reiches Auslegungsmaterial bietet, liegt in der steten Vergleichung mit der bürgerlichen Prozeßordnung, wodurch die Rechtsprechung des Reichsgerichts auch für die Anwendung des vorliegenden Gesetzes fruchtbar gemacht werden konnte. Der hervorragende Anteil, den der Verfasser an der früheren bayerischen Militärstrafgesetzgebung genommen, bürgt allein schon dafür, daß bei dieser Benutzung des bürgerlichen Rechts nichts in die Erläuterung der Militärstrafgerichtsordnung hineingetragen wurde, was ihrer Anlage und ihrem Geiste fremd wäre.

Archiv für Kriminalanthropologie und Kriminalistik,
herausgegeben von Dr. Hanns Groß. Leipzig, Vogel.

Das Archiv erscheint in zwanglosen Heften, von denen vier einen Band zum Preise von 12 Mk. bilden. Im Jahre 1898 gegründet, hat es nun schon den 10. Band eröffnet. Das Archiv will alle jene Tatsachen sammeln, die für die Kriminalistik, d. h. die Methodik der Untersuchung im Strafprozesse von Bedeutung sein können. So ist auch die Einbeziehung der Kriminalanthropologie zu verstehen; Groß steht nämlich im Gegensatze zur italienischen anthropologischen Schule. Auch so noch ist das Gebiet ein weites und wenig abgegrenztes.

So bietet in dem uns vorliegenden 4. Heft des 9. Bandes v. Oefele unter dem Titel „Strafrechtliches aus dem Orient“ eine interessante Studie aus den Papyrusfunden in Aegypten. Anknüpfend an einen Kriminalroman aus der Zeit des mittleren Reichs (2200 bis 1800 v. Chr.) wird uns der Begriff des Unrechts in der orientalischen Despotie und die rechtliche Stellung der Beamten zwischen König und Untertan in fesselnder Weise klargelegt. Die Behandlung des politischen Verbrechens bei Palastrevolutionen, die Bestrafung der Zauberei, wenn Mittel zu Unrecht und zur Verführung durch Frauen, ein Schuldspruch wegen angeblich falscher Denunziation, das sind die Ueberschriften einer Reihe weiterer lebensvoller Bilder.

Blätter für Gefängniskunde. Organ des Vereins der deutschen Strafanstaltsbeamten. Redigiert von Dr. jur. v. Engelberg. Kassel (G. Weiß) 1902.

Diese im Jahre 1867 gegründete Zeitschrift fährt in bisheriger Weise fort, die Erfahrungswissenschaft und die Jurisprudenz des Strafvollzugs in den Strafanstalten durch vortreffliche Beiträge zu fördern. Das uns vorliegende Doppelheft (3. und 4. Heft des 36. Bandes) enthält neben anderen eine eingehende Studie über die Stellung der Einzelhaft im heutigen deutschen Strafvollzug von Hermann Link, Referendar in Lübeck und als Beilage ein Verzeichnis der Strafanstalten und Arbeitshäuser in Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit Angabe ihrer Größe, der Art des Strafvollzugs und des Arbeitssystems.

Netter, Oskar, Das Prinzip der Vervollkommnung als Grundlage der Strafrechtsreform. Eine rechtsphilosophische Untersuchung. Berlin (Otto Liebmann) 1900. 357 S.

Auf einem für Juristen besonders schweren Unterbau, der indessen viele schöne Einzelheiten aufweist, konstruiert der Verfasser seine Theorie: Staat und Recht haben den Zweck, dem einzelnen es zu ermöglichen, sich nach seinem sittlich-freien Willen auszuleben, die sittliche Vervollkommnung also des Volkes und jedes einzelnen. Demselben Zwecke muß auch das Strafrecht dienen. Als Verbrechen ist daher anzusehen „diejenige Verhaltensweise, die sich in zweifacher Weise gegen das Prinzip der Vervollkommnung auflehnt, einmal soweit sie dem im Recht gewährleisteten Triebe der Vervollkommnung sich entgegensetzt und zweitens, indem sie innerhalb der eigenen Willenssphäre ein Abweichen von diesem Prinzip erkennen läßt“. Das ist gar nicht weit weg von der „radikal-reformatorischen“ Deutung des Verbrechens als Symptom von Mangel altruistischer Gefühle und von ihrer Zwecksetzung für das Strafrecht: Moralische Evolution durch Selektion. In letzterer Formel finden wir auch den Bezug auf die Art der Strafrechtsreform recht deutlich ausgedrückt. Der Verfasser lehnt es leider schon in der Einleitung ab, diese Beziehungen zu erörtern, obgleich uns der Titel diese Erörterung fast erwarten läßt. Erfreulich war für uns, also Uebereinstimmung zu finden darin, daß die Strafrechtstheorie nicht beim Rechtsgüterschutz und noch viel weniger beim Normenschutz stehen bleiben darf. Der vergleichenden Rechtswissenschaft dient das Kapitel über den mosaischen, christlichen, griechischen, römischen und germanischen Gesetzesbegriff, mittelbar auch die geschichtliche Darstellung der ethischen Wandlungen.

Baer, Dr. A. (Oberarzt am Strafgefängnis Plötzensee bei Berlin), Ueber jugendliche Mörder und Totschläger. Kriminalanthropologische Beobachtungen. S.-A. aus dem Archiv für Kriminalanthropologie, XI. Band. Leipzig (F. C. W. Vogel) 1903. 68 S.

Der Verfasser hat in seinem Hauptwerke: Der Verbrecher in anthropologischer Beziehung (Leipzig 1893) die von Lombroso aufgestellte Theorie vom Verbrechertypus bekämpft. In der vorliegenden Studie werden diese Untersuchungen fortgesetzt und der Ver-

fasser sieht die Richtigkeit seiner Ansicht bestätigt. Wie immer man hierüber denke, so wird man mit höchstem Interesse und vielem Nutzen die Darstellung der 22 Fälle und Menschen lesen und den verdienstlichen Anregungen zur Umgestaltung des Strafvollzugs bei Jugendlichen nach pädagogisch-progressivem System beistimmen, insbesondere auch nach der Richtung, daß Leuten, die nach langem Strafvollzug keine Aenderung und keine Umkehr zeigen, nicht nach formaler Verbüßung der ihnen gesetzlich auferlegten Strafzeit die Gefängnistüren zu öffnen und damit diese gefährlichen Leute auf die Gesellschaft loszulassen seien.

Ferriani, Cav. Lino, Staatsanwalt in Como, Schlaue und glückliche Verbrecher. Ein Beitrag zur gerichtlichen und gesellschaftlichen Psychologie. Deutsch von Alfred Ruhemann. Berlin (Siegfried Cronbach) 1899. 492 S. Mk. 8.—
Schreibende Verbrecher. Ein Beitrag zur gerichtlichen Psychologie. Deutsch von Alfred Ruhemann. Berlin (S. Cronbach) 1900. 192 S. Mk. 6.—

Die neueren Richtungen im Strafrecht fordern das Studium der Menschen, welche Verbrechen begangen haben und der Ursachen, aus denen sie verbrochen haben, heraus. Es war ein glücklicher Gedanke von Ferriani, zu diesen Studien das reiche Erfahrungsmaterial zu benutzen, das ihm seine eigene langjährige Amtstätigkeit geliefert hatte. Die Bearbeitung befolgt die statistische Methode, aber die wenigen Zahlentabellen werden umrankt und überwachsen von lebensvollen Einzelschilderungen und von allgemeinen Betrachtungen, die das kriminalistische Ergebnis der systematischen Beobachtung enthalten und von tiefem Mitleid mit all dem geistigen und materiellen Elend der Menschheit und von glühendem Zorne über ihre Ausbeuter getragen sind. In den „Schlaunen und glücklichen Verbrechern“ betritt der Verfasser das interessante Gebiet, das der Strafgesetzgeber noch nicht zu erfassen vermochte und auf welchem sich daher eine ausbeuterische, gewissenlose, aber schlaue Menge tummelt: die Verführer, die Spekulanten, die Wucherer feinerer Sorte u. s. w. Das andere Buch zeigt die Bedeutung der Briefe und anderer schriftlicher Ergüsse für die Feststellung des inneren und äußeren Tatbestandes und des Charakters des Verbrechers. So reihen sich die obengenannten Werke den früheren

desselben Verfassers würdig an. Leider hat die Uebersetzungskunst des deutschen Uebersetzers noch garkeinerlei Fortschritte gemacht.

Wachenfeld, Dr. F., Prof. in Rostock, Homosexualität und Strafgesetz, Ein Beitrag zur Untersuchung der Reformbedürftigkeit des § 175 St.G.B. Leipzig (Dieterichsche Verlagsbuchhandlung) 1901. 148 S.

Eine rechtsgeschichtliche und rechtsvergleichende Darlegung („Das Verbrechen der widernatürlichen Unzucht in Vergangenheit und Gegenwart“) vorausschickend, bespricht der Verfasser die Angriffe auf § 175 R.Str.G.B. und gelangt zu dem Vorschlage, ihn dahin zu fassen, daß die widernatürliche Unzucht zwischen Personen gleichen Geschlechts überhaupt, aber auch nur diese unter Strafe gestellt würde. Für die Behandlung der wirklich pathologischen Fälle genügen auch hier die allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs. Die Beweisführung ist klar und überzeugend.

v. Alberti, Dr. O., Das Notwehrrecht. Stuttgart (W. Kohlhammer) 1901. 86 S. 1 Mk. 80 Pfg.

Das Notwehrrecht ist nach dem Verfasser Rechtsausübung, Zubehörde des gefährdeten Rechtsgutes, die Lehre von der Notwehr ist daher nicht im Strafrecht, sondern im Zivilrecht zu behandeln. Notwehr gegen Angriffe auf Dritte, deren Interessen wir nicht zu vertreten haben, ist somit unmöglich, sie fällt unter den Begriff der Nothilfe. Auch diese wird eingehend hier behandelt. Das Büchlein wird unter den Kriminalisten Widerspruch hervorrufen, in den verschiedensten Richtungen; darin liegt vielleicht sein Hauptverdienst. Aber man muß sich mit den juristisch scharf gefaßten Erörterungen recht ernstlich auseinandersetzen.

Katz, Dr. Edwin, Die strafrechtlichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs und des Seehandelsrechts. Mit Kommentar und Anmerkungen. Zweite völlig neu bearbeitete Auflage. Berlin (Guttentag) 1902. 122 S.

Das Buch enthält eine Zusammenstellung der Strafbestimmungen des Handelsgesetzbuchs vom 10. Mai 1897, des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896, des Reichsgesetzes betreffend das Flaggenrecht der Kauffahrteischiffe vom 22. Juni 1899 und der Seemannsordnung vom 2. Juni 1902 mit ausführlichen, praktischen Erläuterungen.

3. Weitere Besprechungen.

Edmond de Bruyn, „Le folklore du droit immobilier.“
Bruxelles 1904. 70 S. 8°.

Diese, nur in kleiner Auflage erschienene Schrift zeigt von neuem, wie wertvolle Resultate sich für die Rechtsgeschichte bei Anwendung der folkloristischen Methode gewinnen lassen.

Der Gedankengang der Abhandlung ist folgender: Es werden unterschieden „droit spontané“ und „droit artificiel“, d. h. das im Volke sich bildende und das von Gesetzgebern geschaffene Recht (S. 17). Auf das „droit spontané“ haben Einfluß Rasse (S. 18 ff.), das Milieu, z. B. die Bodenbeschaffenheit (S. 21 ff.) und die Zeit (S. 25 ff.). Wenn auch in den einzelnen Jahrhunderten das Recht eines und desselben Volkes sich ändert, so darf man doch die geschichtliche Kontinuität nicht übersehen (S. 25 f.). Dem „droit artificiel“ kann man den Vorwurf machen, „d'être obligatoire et définitive en des matières où l'esprit et les circonstances admettent la fantaisie ou pourraient apporter des modifications d'une année à l'autre.“ (S. 31.) Und doch finden sich auch noch im Code Napoléon Ueberbleibsel aus dem „droit spontané“. (S. 37.) In vorliegender Arbeit sollen die im Grundstücksrecht befindlichen betrachtet werden. Es wird dann die Symbolik bei der Grundstück-übereignung einer eingehenden Betrachtung unterzogen, unter vielfacher Heranziehung der folkloristischen Survivals zur Erklärung, so die Bedeutung der Uebergabe der Schlüssel (S. 43 ff.), Ueber-eignung durch Auslöschen und Anzünden des Feuers (S. 46 ff.), Abschluß des Vertrages durch Handschlag (S. 56) — wie bei uns noch vielfach beim Viehkauf — oder durch ein Gelage (S. 57 ff.), wie auch bei uns heute weit verbreitet.

In seinen Einzelheiten enthält das Buch eine Fülle von Anregungen und interessanten Bemerkungen. So erhalten wir z. B. Aufschluß, daß schon die Etrusker und Römer ihre Toten an den Grenzen ihrer Ländereien begruben, eine Sitte, die sich auch im Südosten Frankreichs findet (S. 12 f.). Dies erklärt, weshalb die Grenzverrückung für eine so schwere Sünde gehalten wurde und noch gehalten wird. Sehr interessant ist auch ein Zitat, das Verf. bei Besprechung der Sitte, daß der Verkäufer dem Käufer irgend ein Geschenk gibt, anführt: „En échange d'un objet qu'on vous offre,

vous devez faire un cadeau, fût-il de la plus minime importance. Ainsi il est d'usage de donner une 'pièce d'un centime', ou une 'épingle', lorsqu'on va chercher du petit lait à la ferme" (Harou „Le folklore de Godarville [Hainaut]“) (S. 59). Hierdurch wird ein interessantes Schlaglicht geworfen auf die Hypothese von der Entwicklung des Kaufes und Tausches aus dem wechselseitigen Geschenk (hierüber vgl. Bücher, „Die Entstehung der Volkswirtschaft“. 4. Aufl. Tübingen 1904, S. 72 ff.). Zweifelhaft dagegen kann es erscheinen, ob man mit dem Verf. die Uebereignung durch Löschen eines Feuers von seiten des Verkäufers und Anzünden von seiten des Käufers darauf zurückführen darf, daß einst das Land durch Anlegen von Feuer im Urwald der Kultur zugänglich gemacht und dadurch Eigentum des Betreffenden wurde, oder ob nicht vielmehr einfach der Verkäufer durch Löschen des Feuers kundgibt, daß er das Grundstück verläßt — das ja ohne Feuer unbewohnbar ist — und der Käufer durch Anzünden eines Feuers andeutet, daß er fortan auf dem Grund und Boden sein Essen bereiten, überhaupt wohnen will.

Dr. Albert Hellwig.

P. Posener, *Corpus-iuris-Exegese*. Berlin, J. J. Heines Verlag, 1902. 78 S.

Das Büchlein enthält in seinem ersten Teil den Text von rund 100 Stellen aus den ersten vier Büchern der Digesten, im zweiten Teil eine Uebersetzung dieser Stellen mit kurzen Anmerkungen; die letzteren enthalten neben sprachlich-grammatikalischen Erklärungen kurze Verweise auf die gebräuchlichen Lehr- und Handbücher, sodann auf Parallelstellen aus dem Corpus iuris und dem B.G.B. Uebersetzung und Erklärung sind nicht immer einwandfrei, zeigen aber pädagogische Geschicklichkeit und das Bestreben nach Klarheit und Anpassung an den Horizont des Anfängers. Dem letzteren wird nicht zu viel zugemutet, auch bezüglich der lateinischen Sprache nicht, denn die Anmerkungen geben auch darüber Aufschluß, welche termini des lateinischen Textes mit den einzelnen deutschen Bezeichnungen wiedergegeben werden sollen.

Da die Stellen alle aus den ersten vier Büchern in Legalfolge entnommen sind, erklärt sich, daß sie an Umfang und Schwierig-

